

Manfred Piehl

Der konzernpolitische Erkenntniswert
der Berichterstattung
privatwirtschaftlicher Unternehmen

1968

1968

Der konzernpolitische Erkenntniswert
der Berichterstattung
privatwirtschaftlicher Unternehmen

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von

Manfred Piehl
aus Deutsch-Krone

1 9 6 9



Erster Berichterstatter: Prof. Dr. Deutsch

Zweiter Berichterstatter: Prof. Dr. Hardach

Dekan: Prof. Dr. Seidenfus

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Dezember 1968

G l i e d e r u n g

<u>Erster Abschnitt:</u>	Seite
Einführung, Grundlegung und Aufgabenstellung	1
A Einführung	1
B Grundlegung	9
I. Der Begriff des Konzerns	9
1. Verbundene Unternehmen	12
2. Die rechtliche Selbständigkeit der verbundenen Unternehmen	13
3. Die einheitliche Leitung der verbundenen Unternehmen	15
II. Das Wesen des Konzerns	23
III. Die Typologie der Konzerne	27
IV. Die Konzernpolitik	35
1. Die unternehmenspolitischen Ziele	39
2. Die konzernpolitischen Mittel	44
3. Die Daten der Konzernpolitik	48
V. Die Publizität der Unternehmen in bezug auf ihre Konzernpolitik	49
1. Die Publizitätspflicht der Aktiengesellschaft	53
2. Die Publizitätspflicht des Konzerns	60
C Aufgabenstellung und Lösungsweg	74

Zweiter Abschnitt:

Der Erkenntniswert der Unternehmensberichterstattung in bezug auf die n a t i o n a l e Konzernpolitik	76
A Der kapitalwirtschaftliche Konzernaufbau	78
I. Das mitgliedschaftliche Stimmrecht als Gegenstand des konzernpolitischen Interesses	79
1. Der gegenständliche Umfang des Stimmrechts	80
2. Das Gewicht der Stimmgabe	83
a) Die Stimmkraft einzelner Aktiengattungen	83
b) Die Stimmkraft bei direkter Beteiligung	89
c) Die Stimmkraft bei indirekter Beteiligung	93

	Seite
d) Die Stimmkraft bei wechselseitigen Beteiligungen	94
e) Die Stimmkraft bei zwei- und mehrseitigen Beteiligungen	97
3. Die abstimmungspolitische Bedeutung der Hauptversammlungs-Präsenz	99
a) Das Stimmgewicht der Großaktionäre	100
b) Das Stimmgewicht der Depotbanken	103
II. Das Kapitaleigentum als Spiegelbild der beteiligungs- politischen Interessen an den Gesellschaften	108
1. Aktiengesellschaften als Eigentümer von Aktien- paketen	113
2. Unternehmen jeglicher Rechtsform als Eigentümer von Aktienpaketen	117
3. Ausländische Unternehmen als Eigentümer von Aktienpaketen und Geschäftsanteilen	119
4. Der Staat als Eigentümer von Aktienpaketen	123
5. Natürliche Personen als Eigentümer von Aktien- paketen	132
III. Das Beteiligungskonto als Spiegelbild der konzern- politischen Aktivität	134
1. Die Investitionsobjekte im Rahmen des Anlage- vermögens	134
a) Der formale Inhalt der Konten des Sachanlage- vermögens	138
b) Der formale Inhalt des Beteiligungskontos	139
c) Die Mengen- und Wertbewegungen im Beteiligungs- konto	144
2. Der konzernpolitische Erkenntniswert des Betei- ligungskontos	148
a) Das Beteiligungskonto als Spiegelbild der Konzernherrschaft	148
b) Das Beteiligungskonto als Spiegelbild der konzerninternen Eigenfinanzierung	150
c) Das Beteiligungskonto als Spiegelbild des Unternehmenswachstums	151
3. Die gesamtwirtschaftliche Analyse der direkten Beteiligungsinvestitionen der deutschen Aktien- gesellschaften	156

	Seite
4. Die einzelwirtschaftliche Analyse der direkten Beteiligungsinvestitionen ausgewählter deutscher Konzernobergesellschaften	168
a) Die Bedeutung des Beteiligungsvermögens im Rahmen des Anlagevermögens und im Verhältnis zum Eigenkapital	172
b) Die Veränderung der Buchwerte der Beteiligungen und Sachanlagen sowie des Eigenkapitals	176
c) Die Zu- und Abgänge im Beteiligungs- und Sachanlagevermögen	182
d) Die Finanzierung der Zugänge im Beteiligungs- und Sachanlagevermögen durch entsprechende Abschreibungen	185
IV. Die Beteiligungstransaktionen im Auf- und Ausbau der Konzerne	190
1. Die Systematik der konzernpolitischen Beteiligungstransaktionen	192
2. Die zustimmungsfreien Beteiligungstransaktionen	195
a) Der originäre Beteiligungserwerb	196
aa) Die Gründung von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften	197
ab) Die Kapitalerhöhung bei Tochter- und Beteiligungsgesellschaften	201
b) Der derivative Beteiligungserwerb	202
ba) Der Kauf von Unternehmensbeteiligungen	204
bb) Der Tausch von Unternehmensbeteiligungen	205
c) Die Beteiligungsveräußerung	207
d) Die Vernichtung von Anteilsrechten	209
da) Die Kapitalherabsetzung bei Tochter- und Beteiligungsgesellschaften	209
db) Die Auflösung und Abwicklung von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften	211
3. Die zustimmungspflichtigen Beteiligungstransaktionen	212
a) Die auf die An- und Eingliederung gerichtete Kapitalerhöhung	214
aa) Die genehmigte Kapitalerhöhung der Obergesellschaft	214
ab) Die bedingte Kapitalerhöhung der Obergesellschaft	216
ac) Die aktienrechtliche Eingliederung	217

b) Die Verschmelzung im weiteren Sinne	218
ba) Die aktienrechtliche Fusion	219
bb) Die verschmelzend übertragende Umwandlung	222
4. Konzernbildungen und -erweiterungen durch Beteiligungstransaktionen	226
a) Die Bildung des Feldmühle-Konzerns	226
b) Die Erweiterung des VEBA-Konzerns	234
B Der leistungswirtschaftliche Konzernaufbau	240
I. Die leistungswirtschaftlichen Verbundeffekte der Programmerweiterung	243
1. Die horizontale Programmerweiterung	243
2. Die vertikale Programmerweiterung	248
3. Die diagonale Programmerweiterung	251
II. Die leistungswirtschaftliche Zuordnung der beteiligungspolitisch verbundenen Aktiengesellschaften	253
1. Die wirtschaftliche Zuordnung des Beteiligungsbesitzes	254
2. Die wirtschaftliche Zuordnung des Kapitaleigentums	268
III. Die leistungswirtschaftliche Verflechtung der beteiligungspolitisch verbundenen Versicherungsaktiengesellschaften	274
1. Die Struktur des versicherungseigenen Beteiligungsbesitzes an anderen Versicherungsaktiengesellschaften	279
2. Die Struktur des Eigentums am Versicherungsaktienkapital	282
IV. Die leistungswirtschaftliche Bedeutung der gesellschaftsrechtlich abgegrenzten Konzernbereiche	285
1. Die Aufteilung der Arbeitskräfte	286
2. Die Aufteilung der Umsätze	288
C Die finanzwirtschaftliche Konzernführung	293
I. Der laufende konzerninterne Finanzaustausch	296
1. Der Inhalt der konzerninternen Fremdkapitalkonten	299
2. Der konzernpolitische Erkenntniswert der konzerninternen Fremdkapitalkonten der Obergesellschaften	300
3. Die Analyse der Fremdkapitalverflechtungen ausgewählter deutscher Konzernobergesellschaften	302
a) Die finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen im Rahmen des Gesamtvermögens	302

	Seite
b) Die Konzernforderungen im Rahmen der gesamten finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen	307
II. Die Steuerpolitik der Konzerne	311
1. Die steuerliche Organschaft	312
a) Die konzernpolitische Bedeutung der umsatzsteuerlichen Organschaft	315
b) Die konzernpolitische Bedeutung der körperschaftsteuerlichen Organschaft	323
c) Die konzernpolitische Bedeutung der gewerbesteuerlichen Organschaft	329
2. Das steuerliche Schachtelprivileg	330
a) Die konzernpolitische Bedeutung des körperschaftsteuerlichen Schachtelprivilegs	331
b) Die konzernpolitische Bedeutung des gewerbesteuerlichen Schachtelprivilegs	333
c) Die konzernpolitische Bedeutung des bewertungsrechtlichen Schachtelprivilegs	334
III. Die Gewinnpolitik der Konzerne	334
1. Die steuerliche Gewinnpolitik	339
2. Die handelsrechtliche Gewinnpolitik	342
a) Die Beteiligungserträge	343
b) Die Ergebnisübernahmen	346
c) Der Jahresüberschuß	350
3. Die Analyse des Konzerneinkommens ausgewählter deutscher Obergesellschaften	351
a) Das laufende Konzerneinkommen	351
b) Die Neutralisierung der aus Ergebnisübernahmeverträgen stammenden Gewinne durch Verluste gleicher Herkunft	354
c) Die Bruttorendite des Beteiligungsvermögens	356

Dritter Abschnitt:

Der Erkenntniswert der Unternehmensberichterstattung in bezug auf die i n t e r n a t i o n a l e Konzernpolitik	358
A Die Problematik der internationalen Unternehmenspolitik	359
I. Die wirtschaftliche Struktur der internationalen Unternehmen	374
II. Die rechtliche Selbständigkeit der ausländischen Gliederbetriebe	379
III. Die kapitalgesellschaftliche Rechtsform der ausländischen Konzernglieder	383
IV. Der Auf- und Ausbau der internationalen Konzerne	386
1. Die Zwillingskonzerne	386
2. Die Gemeinschaftsunternehmen	390
3. Die ausländischen Zwischenholdings	392
a) Die nationalen Auslandsholdings	393
b) Die internationalen Auslandsholdings	396
4. Die Beteiligungsinvestitionen deutscher Konzerne im Ausland	424
V. Die Führung der internationalen Konzerne	435
1. Die leistungsbezogene Führung	436
2. Die finanzwirtschaftliche Führung	442
Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	450
Erläuterung der benutzten Firmen-Kurzbezeichnungen	454
Tabellenverzeichnis	455
Literaturverzeichnis	458

Erster Abschnitt:

Einführung, Grundlegung und Aufgabenstellung

A Einführung

Die privatwirtschaftlich-kapitalistische Wirtschaftsordnung gestattet es ~~der unternehmerischen~~ Initiative, zwei oder mehrere wirtschaftlich und rechtlich selbständige Unternehmen nach einem einheitlichen Wirtschaftsplan zu führen. Die Bildung einer zusammengefaßten neuen Wirtschaftseinheit setzt voraus, daß die bisher wirtschaftlich selbständigen Unternehmen miteinander verschmolzen oder konzerniert werden. Gegenüber der Verschmelzung hat die Konzernbildung den Vorteil, daß die rechtliche Selbständigkeit der unter einheitlicher Leitung zusammengefaßten Unternehmen beibehalten wird. Dieser Unterschied bewirkt nicht nur, daß die Unternehmungszusammenfassung durch Konzernbildung einfacher durchzuführen ist, sondern auch, daß die Konzernierung es gestattet, die vielseitigsten wirtschaftlichen und rechtlichen Gestaltungsformen der Einzelwirtschaft zu verwirklichen. Unleugbar hat der Konzern im Vergleich zu dem durch Verschmelzung entstandenen Einheitsunternehmen auch Nachteile aufzuweisen. Sein Formenreichtum erlaubt es aber, diese Nachteile weitgehend auszugleichen oder in Vorteile umzuwandeln.

Damit ist der Konzern zum Prototyp der Unternehmenszusammenfassung und des Großunternehmens geworden¹⁾. In dieser Eigenschaft spielt er eine bedeutende Rolle in der wirtschaftlichen Konzentration durch externes Wachstum, d.h. durch Zusammenfassung bisher wirtschaftlich selbständiger Unternehmen. Die Unternehmenskonzentration ist jedoch nur ein Teil-

1) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung im Rahmen der betrieblichen Finanzwirtschaft, 2. Aufl., Wiesbaden 1967, S. 111

aspekt der Konzentration in der Wirtschaft. Diese kann sich auch abhängig oder unabhängig von der Unternehmenskonzentration auf Betriebe als die örtlich-technischen Wirtschaftseinheiten sowie auf die Kategorien Einkommen, Vermögen und/oder Verfügungsmacht beziehen ¹⁾.

Die Frage nach dem konzernpolitischen Erkenntniswert der Berichterstattung privatwirtschaftlicher Unternehmen läßt sich zwar in den Rahmen der Konzentration in der Wirtschaft einordnen. Ihre Beantwortung erfordert jedoch eine einzelwirtschaftliche Betrachtungsweise. Konzernpolitik ist, wie noch zu zeigen sein wird, prinzipiell Einzelwirtschaftspolitik. Die wirtschaftliche Konzentration ist dagegen ein Vorgang, der nur gesamtwirtschaftlich bzw. innerhalb einer Gesamtheit gemessen und beurteilt werden kann. Das wird an dem Begriff der "relativen" Konzentration deutlich und sogar an dem der "absoluten" Konzentration. Auch sie wird letztlich gesamtwirtschaftlich abgeleitet. Zwar kann die Konzentration als Resultante einzelwirtschaftlicher Dispositionen betrachtet werden, doch zeigt sie im Ergebnis eine Verschiebung überbetrieblicher Relationen an ²⁾.

1) Vgl. Arndt, Helmut - Ollenburg, Günter, Begriff und Arten der Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I, Berlin 1960, 23 ff.

2) Vgl. Gunzert, Rudolf, Was ist Konzentration? Wirtschaftssoziologische Studien, Hrsg. Rudolf Gunzert, Frankfurt a.M. 1960, S. 87 ff.; Schneider, Olaf, Der Begriff der Konzentration, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 30. Jg., 1960, S. 632 ff.

Die Untersuchung des konzernpolitischen Erkenntniswertes der Berichterstattung privatwirtschaftlicher Unternehmen hat deshalb ausschließlich unter dem einzelwirtschaftlichen Aspekt zu stehen. Es spricht nicht dagegen, daß die Ergebnisse dieser Untersuchung zur Erklärung gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen herangezogen werden könnten.

Die Themenstellung läßt eine bipolare Blickrichtung erkennen. Geht es einerseits um die Gewinnung konzernpolitischer Erkenntnisse aus der Unternehmensberichterstattung, so interessiert andererseits zugleich die Frage nach dem Inhalt und der Qualität der in bezug auf die Konzernpolitik geübten Unternehmenspublizität. Beide Fragen sind so eng miteinander verwoben, daß es unmöglich ist, sie etwa in einer zweiteilig gegliederten Arbeit gesondert zu untersuchen. Das empirische Thema erfordert eine simultane oder bestenfalls parallelaufende Analyse beider Problemkreise, da sie einander wechselseitig bedingen. Der Schwerpunkt des Interesses liegt dabei in der Gewinnung konzernpolitischer Einsichten, soweit sie durch die Unternehmensberichterstattung vermittelt werden.

Das Interesse an einer Untersuchung der Konzernpolitik und der von ihr abgeleiteten Publizitätspolitik rührt von der überragenden Bedeutung des Konzerns in unserer privatwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung her. Der Konzern ist das Sinnbild des Großunternehmens und des externen Unternehmenswachstums. Die Erforschung seiner Ziele und Mittel soll einen Einblick in das Wesen und Werden dieser Wirtschaftsgebilde vermitteln, die als finanziell-organisatorische Grundlagen der nationalen und weltweiten Unternehmensexpansion

anzusehen sind ¹⁾.

Untersuchungsobjekte sind die Großkonzerne, die als Arbeitgeber, Marktpartner, Vermögenseigentümer, Steuerzahler und Zellen des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts zu überragender gesamt- und weltwirtschaftlicher Bedeutung herangewachsen sind. Sie interessieren nicht nur wegen ihrer Größe, sondern auch aufgrund ihrer differenzierteren Berichterstattung ²⁾. Diese ist in erster Linie ein Ergebnis ihrer Größe, durch welche sie der Allgemeinheit verpflichtet sind. Die Großunternehmen sind "der Sphäre (ihrer) Eigentümer enthoben und zur Sache der Gesamtheit gemacht" ³⁾ worden. Die Öffentlichkeit interessiert sich streng genommen ebenso für die große Einzelfirma, bspw. für die Firma Krupp, wie für die große Aktiengesellschaft. Die erweiterte Publizität des Großunternehmens ist der Preis für die "latente Staatsgarantie" ⁴⁾, auf welche es zur Erhaltung seiner Existenz zurückgreifen kann.

1) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung im Rahmen der betrieblichen Finanzwirtschaft, 2. Aufl., Wiesbaden 1967, S. 115; 1. Aufl., Wiesbaden 1962, S. 98.

2) Da Großunternehmen insbesondere organisatorisch stark differenziert sind, werden sie auch für allgemeine betriebswirtschaftliche Untersuchungen bevorzugt. Vgl. hierzu Pöhlmann, Gerhard, Der Prozeß der Unternehmensführung, in: Schriftenreihe Die Unternehmung im Markt, Hrsg. Hanns Linhardt, Berlin 1964, S. 30 f.

3) Beste, Theodor, Aus Geschichte und Gegenwart der Publizität im Aktienwesen, in: Studium Bero-linense, Aufsätze und Beiträge zu Problemen der Wissenschaft und zur Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Hrsg. Hans Leussink, Eduard Neumann und Georg Kotowski, Berlin 1960, S. 180.

4) Salin, Edgar, Soziologische Aspekte der Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik in Bad Kissingen 1960, Berlin 1961, S. 29.

Aktueller Anlaß zur Erforschung des konzernpolitischen Erkenntniswertes der Berichterstattung privatwirtschaftlicher Unternehmen ist die insbesondere im letzten Jahrzehnt eingetretene Verbesserung der gesetzlichen und freiwilligen Publizität ¹⁾. Sie hat in Geschäftsberichten, Börseneinführungsprospekten, Jubiläumsschriften, Kunden- und Werkzeitschriften, Hauptversammlungsprotokollen, Sammelwerken und nicht zuletzt in der Wirtschaftspresse eine unübersehbare Fülle von Anschauungsmaterial zutage gefördert. Das vorliegende Material rechtfertigt den Versuch einer wissenschaftlichen Analyse.

Das weitgefaßte Thema erlaubt keine strengen Kausal- oder Partialanalysen. Vielmehr zwingt es zu einer systematischen Gewinnung von Tatsachenkenntnis über die Ziele, Daten und Mittel der Konzernpolitik. Es kommt darauf an, "das zahlenmäßig Registrierte und alle sonstigen betriebswirtschaftlichen Sachverhalte quantitativ, qualitativ, temporal, kausal, statisch und dynamisch (zu) analysieren, um zu allgemein gültigen Erkenntnissen, zur Theorie, zu gelangen" ²⁾. Aufgrund des beschränkten Aussagewertes ist es trotz ihrer Fülle nur auf Teilgebieten möglich, bei typologisch-

1) Hierbei sei an die "Kleine Aktienrechtsreform von 1959 (BGBI. I S. 789) und die Ablösung des Aktiengesetzes von 1937 (RGBI. I S. 107) durch das Aktiengesetz 1965 (BGBI. I S. 1089) erinnert sowie an das als Rechtsgrundlage einer Konzentrationsenquete dienende "Gesetz über eine Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft" (BGBI. 1961 I S. 9).

2) Deutsch, Paul, Entwicklungstendenzen der Betriebswirtschaftslehre im Zeichen des technischen Fortschritts, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 26. Jg., 1956, S. 484.

kasuistischer Betrachtungsweise zu partiellen Theorien der Konzernpolitik durchzustoßen.

"Theorie und Politik stehen im interdependenten Verhältnis des Gebens und Nehmens" ¹⁾. "Während Theorie die einheitliche Erklärung von Erscheinungen und Vorgängen auf Grund von Hypothesen oder auf empirisch-statistischer Grundlage sucht, befaßt sich Politik im wissenschaftlichen Sinne mit den Zielsetzungen und Entscheidungen derer, denen die Führung einer Einheit, hier einer Unternehmung, obliegt. Es handelt sich gewissermaßen um eine Theorie der Führungsentscheidungen, die zu zeigen hat, was in Sachen der Führung gegeben ist und was sein kann. Ihr Gegenstand betrifft also die tatsächlichen und möglichen Führungsentscheidungen in ihren Zielsetzungen, ihren Ursachen, ihren Bedingungen und ihren möglichen Auswirkungen" ²⁾.

Die Gewinnung der Tatsachenkenntnis richtet sich zunächst auf die Analyse der Lage. Die Kenntnis der Datenkonstellation ermöglicht es, "aus bereits getroffenen konkreten Maßnahmen auf die ihnen zugrundeliegenden objektiven Beweggründe" ³⁾ der Unternehmenspolitik zu schließen. Dagegen bleibt die Erforschung der subjektiven Motive anderen

1) Deutsch, Paul, Entwicklungstendenzen der Betriebswirtschaftslehre im Zeichen des technischen Fortschritts, aaO, S. 484.

2) Sandig, Curt, Unternehmenspolitik, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. IV, 3. Aufl., Stuttgart 1962, Sp. 5555.

3) Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. I, Freiburg 1963, S. 67.

Disziplinen vorbehalten. Die Analyse der objektiven Zwecke und der historisch bedingten Datenkonstellation ermöglicht es dem externen Betrachter, die angewandten konzernpolitischen Mittel auf ihre Zweckbezogenheit hin zu untersuchen.

Da in den Unternehmern Menschen handeln, kann nicht nach logischen Gesetzen gesucht werden, nach denen das unternehmerische Handeln unter bestimmten Annahmen rational deduziert werden könnte. Die hier zu gewinnenden empirischen "Gesetze" haben lediglich Wahrscheinlichkeitscharakter. Sie stellen Regeln dar, die jederzeit durch Ausnahmen bestätigt werden können. Nur auf der Abstraktionsebene der typisierenden Betrachtungsweise kann nach den Zusammenhängen zwischen Politik und Theorie des Konzerns gesucht werden. Der Zweck dieser Betrachtungsweise liegt darin, einerseits die zu hohe Abstraktion zu vermeiden und andererseits auf eine zu weitgehende Berücksichtigung von Details zu verzichten. Damit bilden die Realtypen die adaequaten Instrumente des Erkennens in der empirisch-realistischen Forschung ¹⁾.

Die Aufgabenstellung und Lösungsmethode dieser Untersuchung kann erst nach einer begrifflichen Klärung der Erfahrungs- und Erkenntnisobjekte näher umrissen werden. Diese Grundlegung bezieht sich einerseits auf Begriff, Wesen und Typologie des

1) Vgl. Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. I, aaO, S. 82; derselbe, Idealtypische und realtypische Betrachtungsweise in der Betriebswirtschaftslehre, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 23. Jg., 1953, S. 553 ff.

Konzerns sowie den Begriff der von der Unternehmenspolitik abgeleiteten Konzernpolitik. Andererseits dient sie der Klärung des Begriffs und Inhalts der Publizität der Unternehmen, die sich auf ihre Konzernpolitik bezieht.

B Grundlegung

I. Der Begriff des Konzerns

Das Aktiengesetz von 1965 definiert den Konzern in § 18 als eine Zusammenfassung rechtlich selbstständiger Unternehmen unter einheitlicher Leitung ¹⁾. Diese allgemein verbindliche Definition scheint angesichts der Fülle verschiedener Konzernarten und konzernähnlicher Unternehmensverbindungen einfach und elegant zu sein. Doch nur der Kenner vermag zu sagen, welcher Gestaltungsreichtum sich hinter dem abstrakten Begriff verbirgt. Zu vielfältig sind die wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Probleme, die sich um das Phänomen des Konzerns ranken, um ihn mit diesen wenigen Worten zu umschreiben. Der Formenreichtum und die vielfältigen Aspekte des Konzernwesens haben bis in die jüngste Zeit hinein eine präzise Bestimmung des Konzernbegriffs verhindert.

Die Bemühungen um eine begriffliche Klärung reichen in die zwanziger Jahre zurück, als das Konzernwesen seine erste Blütezeit erlebt hatte. Der Konzern wurde zur umstrittensten Erscheinungsform des kapitalistischen Wirtschaftslebens. Sein Auftreten und seine rasche Verbreitung haben somit

1) Der etymologische Ursprung des Wortes "Konzern" ist im spätlateinischen "concernere" (zusammenfügen, zusammenschließen) zu suchen. Dieser Begriff ist über die englische Sprache ins Deutsche gelangt. Dabei hat das Wort "concern" (Geschäft, Unternehmung) im Deutschen jenen Bedeutungswandel erfahren, durch den sich die Begriffe heute unterscheiden. Verbindet sich mit dem englischen Begriff ein rechtseinheitliches Unternehmen, so deutet der deutsche auf eine Vielzahl solcher Unternehmen hin. Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., Köln-Berlin-Bonn-München 1966, S. 4; Lehmann, Helmut, Wesen und Formen des Verbundbetriebes. Ein Beitrag zur betriebswirtschaftlichen Morphologie, Betriebswirtschaftliche Forschungsergebnisse, Hrsg. Erich Kosiol und Erwin Grochla, Bd. 24, Berlin 1965, S. 83.

auch im Schrifttum zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt ¹⁾. Dabei ist es jedoch nicht gelungen, sich auf eine allgemein verbindliche Definition des Konzerns oder Konzernunternehmens festzulegen.

Aus dem Kreise der vielfältigen Begriffsbestimmungen seien diejenigen herausgestellt, deren Elemente in den § 15 des Aktiengesetzes von 1937 eingegangen sind. So verstand Haussmann ²⁾ unter einem Konzern "eine Mehrzahl von Unternehmungen, die aufgrund dinglicher oder obligatorischer Rechtsbeziehungen vermögensrechtlich zusammengeschlossen sind und von einer Zentralgewalt nach verwaltungsmäßig und wirtschaftlich einheitlichen Gesichtspunkten geleitet werden". Passow ³⁾ definierte den Konzern als "eine Gruppe von zivilrechtlich selbständigen Unternehmungen, die eine gewisse wirtschaftliche Einheit bilden, einer einheitlichen Leitung unterstehen". Die wohl am häufigsten benutzte Definition stammt von Liefmann ⁴⁾. Er kennzeichnete den Konzern als "eine

1) Vgl. Haussmann, Fritz, Die Tochtergesellschaft, Berlin 1923; v. Beckerath, Herbert, Kräfte, Ziele und Gestaltungen in der deutschen Industriewirtschaft, 2. Aufl., Jena 1924; Passow, Richard, Betrieb, Unternehmung, Konzern, Jena 1925; Wiedenfeld, Kurt, Kartelle und Konzerne. Bericht für den Vorbereitungsausschuß der Weltwirtschafts-Konferenz mit Anhang: Gegenwartsfragen industrieller Organisationen, Berlin-Leipzig 1927; Friedländer, Heinrich E., Konzernrecht, Mannheim 1927; Liefmann, Robert, Kartelle, Konzerne, Trusts, 7. Aufl., Stuttgart 1927.

2) Haussmann, Fritz, Grundlegung des Rechts der Unternehmungszusammenfassungen, Berlin und Leipzig 1926, S. 87.

3) Passow, Richard, Betrieb, Unternehmung, Konzern, aaO, S. 100.

4) Liefmann, Robert, Kartelle, Konzerne und Trusts, 8. Aufl., Stuttgart 1930, S. 275.

Zusammenfassung rechtlich selbständig bleibender Unternehmungen zu einer Einheit in produktions-technischer, verwaltungstechnischer, kommerzieller und namentlich finanzieller Hinsicht. Nicht alle vier Zwecke müssen aber bei jeder Konzernbildung vorhanden sein".

Aus den Definitionsversuchen der genannten und anderer rechts- und wirtschaftswissenschaftlicher Autoren ist die Begriffsbestimmung des Aktiengesetzes von 1937 hervorgegangen, das in § 15 in zwei Absätzen bestimmt:

" I Sind rechtlich selbständige Unternehmen zu wirtschaftlichen Zwecken unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt, so bilden sie einen Konzern; die einzelnen Unternehmen sind Konzernunternehmen.

II Steht ein rechtlich selbständiges Unternehmen auf Grund von Beteiligungen oder sonst unmittelbar oder mittelbar unter dem beherrschenden Einfluss eines anderen Unternehmens, so gelten das herrschende und das abhängige Unternehmen zusammen als Konzern und einzeln als Konzernunternehmen".

Für die Belange der Rechts- und Wirtschaftspraxis war die erste Legaldefinition des Konzerns ungenau, weil sie das Abhängigkeitsverhältnis dem Konzern gleichstellte. Die Kriterien der Abhängigkeit und der einheitlichen Leitung können zwar, müssen aber nicht zwangsläufig zugleich vorliegen. Einerseits kommt der Gleichordnungskonzern ohne Abhängigkeitsverhältnisse aus, andererseits liegt bei einem Abhängigkeitsverhältnis dann kein Konzernverhältnis vor, wenn das Kriterium der einheitlichen Leitung nicht erfüllt ist ¹⁾. Trotz ungenauer Begriffs-

1) Vgl. Gessler, Ernst, Probleme des neuen Konzernrechts, in: Beiträge zum Aktienrecht 1965 (I), Schriftenreihe "Der Betrieb", Düsseldorf 1966, S. 5 f.; Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 2. Aufl., Köln-Berlin 1955, S. 21 f. und S. 37 f.

klärung sah das Aktiengesetz von 1937 bereits unterschiedliche Rechtsfolgen für die verschiedenartigen Tatbestände vor ¹⁾. Erst das Aktiengesetz von 1965 hat die Fiktion des § 15 Abs. 2 AktG 1937 durch eine widerlegbare Vermutung ersetzt.

1. Verbundene Unternehmen

Im Vergleich zu den elf Paragraphen des Aktiengesetzes von 1937, die dem Recht der Abhängigkeits- und Konzernverhältnisse galten, widmet das reformierte Aktiengesetz dem Problemkreis der verbundenen Unternehmen nunmehr 56 selbständige Vorschriften ²⁾. Hierin werden die Begriffe und Rechtsfolgen der Konzernverhältnisse und der konzernähnlichen Rechtsfiguren geklärt und voneinander abgegrenzt. Im Rahmen dieser Bestimmungen stellt der Konzern lediglich eine Sonderform verbundener Unternehmen dar. An den gesetzestechnischen Differenzierungen tritt die Problematik des Konzernbegriffs deutlicher zutage als an der abstrakten Definition des Konzerns.

Verbundene Unternehmen sind nach § 15 AktG rechtlich selbständige Unternehmen, die trotz ihrer

1) Für Konzerne und Konzernunternehmen galten die Vorschriften der §§ 95 Abs. 2 Satz 1, 112 Abs. 1 Satz 2, 128 Abs. 2 Nr. 8, 131 Abs. 1 A. III 9, 131 Abs. 1 B. V 7, 131 Abs. 6 Satz 2, 134 Nr. 2 AktG 1937. Für herrschende und abhängige Unternehmen galten die Bestimmungen der §§ 51, 65 Abs. 5 und 6, 80 Abs. 1 Satz 3, 114 Abs. 6, 131 Abs. 1 A. III 5, 137 Abs. 2 AktG 1937.

2) Es handelt sich um die §§ 15 bis 22 AktG und §§ 291 bis 338 AktG.

Zusammenfassung rechtlich selbständig bleiben ¹⁾. Die verbundenen Unternehmen können zueinander alternativ oder kumulativ in einem Mehrheitsbeteiligungs-, Abhängigkeits- oder Konzernverhältnis stehen, wechselseitig aneinander beteiligt oder Vertragspartner von Unternehmensverträgen sein.

2. Die rechtliche Selbständigkeit der verbundenen Unternehmen

Auch das neue Aktiengesetz umschreibt den Begriff des Unternehmens "angesichts der großen praktischen Schwierigkeiten" nicht ²⁾. In der Begründung zu § 15 des Regierungsentwurfs des neuen Aktiengesetzes wird nur festgehalten, daß Unternehmen jeglicher Rechtsform einschließlich des Einzelkaufmanns miteinander verbunden werden können ³⁾.

Die aktienrechtlichen Bestimmungen gelten nicht nur für Aktiengesellschaften und Kommanditge-

1) Von diesen Unternehmenszusammenfassungen sind diejenigen abzugrenzen, bei denen zumindest eines der am Zusammenschluß beteiligten Unternehmen seine rechtliche Selbständigkeit verliert. Hierbei handelt es sich um die verschiedenen Formen der Verschmelzung und der verschmelzenden Umwandlung, die zu rechtseinheitlichen Unternehmen führen. Vgl. hierzu Deutsch, Pául, Grundfragen der Finanzierung, aaO, S. 77 ff. und S. 101 ff.; Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 31 f.

2) Begründung § 15 Reg E, bei: Kropff, Bruno, Aktiengesetz 1965, Textausgabe des Aktiengesetzes vom 6.9.1965 und des Einführungsgesetzes zum Aktiengesetz vom 6.9.1965, mit Begründung des Regierungsentwurfs, Düsseldorf 1965, S. 27.

3) Vgl. ebenda.

sellschaften auf Aktien. Sie beziehen sich auch auf Gesellschaften mit beschränkter Haftung und bergrechtliche Gewerkschaften ¹⁾. Rechtserheblich wird der Tatbestand der verbundenen Unternehmen freilich nur, soweit sich unter ihnen eine inländische Aktien- oder Kommanditaktiengesellschaft befindet ²⁾.

Bei den rechtlich selbständigen Unternehmen handelt es sich nicht um Betriebe als örtlich-technische Produktionseinheiten, sondern um erwerbswirtschaftliche Unternehmen im handelsrechtlichen Sinn ³⁾.

Das Unternehmen des § 15 AktG "ist die Zusammenfassung von beweglichen und unbeweglichen Sachen, Rechten und Verbindlichkeiten sowie immateriellen Werten (geschäftlichen Beziehungen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, Kundschaft usw.) zu einem Ganzen als Ausdruck der wirtschaftlichen Betätigung und Leistung des Unternehmers, losgelöst von seiner Person und der Person der mit ihm Schaffenden ⁴⁾.

Das in den §§ 22 ff. des Handelsgesetzbuchs als "Handelsgeschäft" bezeichnete Unternehmen braucht nicht notwendigerweise eigene Rechtspersönlichkeit zu besitzen. Für die Unternehmenseigenschaft genügt vermögensrechtliche Selbständigkeit und Teilnahme am Handelsverkehr ⁵⁾.

1) Vgl. die §§ 16 Abs. 2, 19 Abs. 1, 20 Abs. 3, 21 Abs. 1 AktG.

2) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 22.

3) Vgl. hierzu Tegethoff, Georg, Betrieb und Unternehmung im Handelsrecht, in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift für Wilhelm Rieger, Hrsg. Johannes Fettel und Hanns Linhardt, Stuttgart 1963, S. 136 ff.

4) Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 24.

5) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 2. Aufl., aaO, S. 30; Hintner, Otto, Konzern, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Sp. 3322.

3. Die einheitliche Leitung der verbundenen Unternehmen

Das wichtigste konstitutive Merkmal des Konzerns ist die einheitliche Leitung der rechtlich selbständigen Unternehmen. Sie setzt voraus, daß die Unternehmen durch Kapitalbeteiligung, Unternehmensvertrag, Personalunion oder sonstige Beziehungen miteinander verbunden sind. Vor der Erörterung der Voraussetzungen und Auswirkungen der einheitlichen Leitung sind daher die wichtigsten Möglichkeiten zur Schaffung eines Unternehmensverbundes darzulegen.

Das wichtigste Medium der Konzernbildung ist die Kapitalbeteiligung. Sie wird durch die Gewährung von Kapital in Geld- oder Sachform zu unternehmerischer Betätigung erworben. Mit der Kapitalbeteiligung, die in einer einzigen Aktie bestehen kann, ist die bewußte Teilnahme am Gedeih und Verderb der Unternehmung verbunden. Das allgemeine Anteilsrecht vermittelt in seiner kleinen Stückelung noch keine wirksame Einflußnahme auf die Geschäftspolitik des Unternehmens ¹⁾.

Auch die bilanzrechtliche Umschreibung der Beteiligung, wonach diese gemäß § 131 Abs. 1 A II Nr. 6 AktG 1937 bzw. § 152 Abs. 2 AktG bei einem Besitz von mindestens 25 vH des Kapitals einer Gesellschaft angenommen wird, qualifiziert sie

1) Vgl. Schmalenbach, Eugen, Die Beteiligungsfinanzierung, 9. Aufl., bearbeitet von Richard Bauer, Köln und Opladen 1966, S. 182 f.; le Coutre, Walter, Beteiligungen, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. I, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Sp. 733 ff

nicht als Einflußfaktor auf die Geschäftsführung der Gesellschaft. Die bilanzrechtliche Vermutung, daß ein Anteilspaket dieser Mindestgröße als Beteiligung im Rahmen des Anlagevermögens auszuweisen ist, kann widerlegt werden. Auch ein geringerer Anteilsbesitz kann, sofern er für die Dauer erworben worden ist, zur Einflußnahme auf die Geschäftspolitik benutzt werden. Andererseits gilt ein Anteilspaket von über 25 vH bspw. dann nicht als Beteiligung im bilanzrechtlichen Sinne, wenn es nur vorübergehend im Eigentum der bilanzierenden Gesellschaft steht ¹⁾.

Der Tatbestand der in Mehrheitsbesitz stehenden und mit Mehrheit beteiligten Unternehmen ist erfüllt, wenn die Unternehmensverbindung auf einer kapital- oder stimmenmäßigen Mehrheitsbeteiligung beruht (§ 16 AktG) ²⁾.

Das zwischen Unternehmen bestehende tatsächliche oder mögliche, direkte oder indirekte Abhängigkeitsverhältnis des § 17 AktG kann auf mannigfachen Grundlagen beruhen, welche das Gesetz wegen ihrer Vielfalt nicht aufzählt ³⁾. In § 17 Abs. 2 vermutet das Aktiengesetz, daß ein in Mehrheitsbesitz stehendes Unternehmen zu dem an ihm mit Mehrheit beteiligten Unternehmen in einem Abhängigkeitsverhältnis steht. Diese Vermutung kann durch den Nachweis widerlegt werden, daß die Mehrheits-

1) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 41.

2) Über die Ausgestaltung der Stimmrechte bei Beteiligungen an Kapitalgesellschaften vgl. Seite 83 ff. dieser Arbeit.

3) Vgl. Begründung zu § 16 Reg E, bei Kropff, Bruno; Aktiengesetz 1965, aaO, S. 31.

beteiligung keine Herrschaftsmöglichkeit eröffnet. So kann eine Stimmenmehrheit nicht zuwegegebracht werden, wenn die Kapitalmehrheit auf dem Besitz stimmrechtloser Vorzugsaktien beruht, wenn Höchststimmrechte nach § 134 Abs. 1 Satz 2 ff. AktG bestehen oder wenn die Kapitalmehrheit durch Stimmrechtsbindungsverträge neutralisiert ist ¹⁾.

Wird von einer gegebenen Beherrschungsmöglichkeit tatsächlich Gebrauch gemacht, erfüllt sich der Tatbestand der einheitlichen Leitung der verbundenen Unternehmen. Wo der Übergang von der Beherrschungsmöglichkeit zur einheitlichen Führung der verbundenen Unternehmen liegt, klärt das Gesetz nicht. Einen Hinweis gibt jedoch die amtliche Begründung des Regierungsentwurfs. Danach liegt eine einheitliche Leitung der verbundenen Unternehmen bereits vor, "wenn die Konzernleitung die Geschäftspolitik der Konzerngesellschaften und sonstige grundsätzliche Fragen ihrer Geschäftsführung aufeinander abstimmt. Diese Abstimmung setzt (grundsätzlich Anm. d. Verf.) kein Weisungsrecht voraus. Sie kann sich vielmehr auch in der lockeren Form gemeinsamer Beratungen vollziehen oder aus einer personellen Verflechtung der Verwaltungen ergeben" ²⁾. An den Umfang der einheitlichen Leitung werden in der Literatur unterschiedliche Anforderungen gestellt. Sie reichen von einem nicht näher definierten "Mindestmaß von Vereinheitlichung" ³⁾ über einen "einheitlichen

1) Vgl. Obermüller, Walter - Werner, Winfried - Winden, Kurt, Aktiengesetz 1965, Erläuterung mit praktischen Hinweisen, Stuttgart 1965., S. 170.

2) Begründung RegE zu § 18 AktG, bei: Kropff, Bruno, Aktiengesetz 1965, aaO, S. 33.

3) Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, 3. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1956, S. 252.

Einfluß" auf die finanzielle und produktions-technische Leitung ¹⁾ bis zur "einheitlichen Leitung mit sachlich unbegrenzter Zuständigkeit" ²⁾. Die einheitliche Leitung soll die Unternehmen in ihrer Gesamtheit und jedes einzelne als Ganzes ergreifen ³⁾.

Von einem abhängigen Unternehmen vermutet der § 18 Abs. 1 Satz 3 AktG, "daß es mit dem herrschenden Unternehmen einen (Subordinations - Anm. d. Verf.) Konzern bildet". Auch diese Vermutung kann widerlegt werden, indem nachgewiesen wird, daß es an der einheitlichen Leitung der durch Mehrheitsbesitz oder andere Tatsachen in einem Abhängigkeitsverhältnis stehenden Unternehmen fehlt ⁴⁾. Andererseits wird die einheitliche Leitung, und damit ein Konzernverhältnis, unwiderlegbar fingiert, wenn zwischen den Unternehmen ein Beherrschungsvertrag nach § 291 AktG besteht oder wenn das abhängige in das herrschende Unter-

1) Koberstein, Günther, Unternehmungszusammenschlüsse, Essen 1955, S. 57 f.

2) Frh. v. Godin, Reinhard - Wilhelmi, Hans, Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, vom 30. Januar 1937, 2. Aufl., Berlin 1950, S. 46.

3) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 2. Aufl., aaO, S. 31.

4) Banken oder auch reine Kapitalverwaltungs- oder Holdinggesellschaften mit hochgradigen Industriebeteiligungen ordnen diese nicht einer einheitlichen Führung unter, wenn sie sie nur vorübergehend besitzen oder wenn sie sich mit der finanziellen Beherrschung und Betreuung der Unternehmen begnügen und sich auf die Wahl des Managements beschränken. Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 52 und S. 60 f.

nehmen gemäß § 319 AktG eingegliedert ist ¹⁾.

Es klang oben bereits an, daß die einheitliche Führung grundsätzlich keine Weisungsbefugnis voraussetzt. Kann die widerlegliche Fiktion der einheitlichen Leitung nicht widerlegt werden, besteht der Konzern faktisch. Dagegen kann die einheitliche Leitung beim Vertragskonzern nicht widerlegt werden. Sie ist rechtlich sanktioniert ²⁾.

Den faktischen Konzernen sind somit auch jene zuzurechnen, die durch Unternehmensverträge zusammengehalten werden, welche nicht als Beherrschungsverträge gelten. Faktische Konzernverhältnisse können somit bei Vorliegen eines Gewinnabführungsvertrages nach § 291 Abs. 1 Satz 1 und 2 AktG gegeben sein oder nach dem Abschluß der "anderen Unternehmensverträge" des § 292 Abs. 1 Nr. 3 AktG, den Verträgen zur Betriebspacht oder Betriebsüberlassung. Diese Verträge begründen die faktische Konzernmacht allein oder zusammen mit anderen Mitteln. Die Vertragsfreiheit gestattet es, sie von ihrem typischen Vertragsinhalt abzuwandeln und sie zur Schaffung faktischer Konzernverhältnisse umzubilden. Ob ein Konzernverhältnis

1) Näheres hierzu auf Seite 217ff. dieser Arbeit.

2) In der älteren konzernrechtlichen Terminologie bezeichnete man als Vertragskonzerne meist solche Unternehmensverbindungen, die im Gegensatz zu den auf Beteiligungsbesitz beruhenden (faktischen) auf vertraglichen Grundlagen beruhen. Nach diesem Sprachgebrauch wurden auch andere als Beherrschungsverträge zur Begründung von Vertragskonzernen anerkannt. Vgl. Mestmäcker, Ernst-Joachim, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre. Eine rechtsvergleichende Untersuchung nach deutschem Aktienrecht und dem Recht der Corporations in den Vereinigten Staaten, Karlsruhe 1958, S. 316ff., Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 2. Aufl., aaO, S. 39.

vorliegt, hängt somit von der individuellen Vertragsgestaltung ab ¹⁾.

Die bisher dargestellten Möglichkeiten der Zusammenfassung rechtlich selbständiger Unternehmen unter einheitlicher Leitung betrafen den in § 18 Abs. 1 AktG geregelten Subordinationskonzern. Bestehen zwischen den einheitlich geführten Unternehmen keine Abhängigkeitsverhältnisse, so bilden sie einen Koordinationskonzern nach § 18 Abs. 2 AktG. Ein Gleichordnungskonzern liegt bei Unternehmen vor, deren Anteile von einem Eigentümer gehalten werden, der die Unternehmen zwar nach einheitlichen Wirtschaftsplänen führt, jedoch kein Unternehmen im Sinne des Aktienrechts ist ²⁾³⁾. Unterstellen sich voneinander unabhängige und unabhängig bleibende Unternehmen vertraglich einer einheitlichen Leitung, so liegt nach § 291 Abs. 2 AktG kein Beherrschungsvertrag vor, da der die Herrschaft ausübende Vertragsteil ein Unternehmen sein muß. Die vertraglich vereinbarte Personalunion zwischen den Verwaltungen der zusammengehenden Gesellschaften kann somit ebenfalls – meist im Rahmen einer Interessengemeinschaft – zu einem Gleichordnungskonzern führen ⁴⁾.

1) Die Untersuchung der Frage, ob die genannten Verträge Abhängigkeits- oder Konzernverhältnisse begründen, ist wegen der unterschiedlichen Rechtsfolgen bezüglich der Rechnungslegung, der Konzernbilanz und des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen bedeutsam. Vgl. Gessler, Ernst, Probleme des neuen Konzernrechts, aaO, S. 7.

2) Vgl. Obermüller -Werner -Winden, Aktiengesetz 1965, aaO, S. 172.

3) Werden mehrere rechtlich selbständige Unternehmen zwar personengebunden beherrscht, jedoch nicht bewußt als einheitliches Unternehmensgebilde geführt, liegt eine Unternehmensgruppe vor. Vgl. Krämer, Hans, Konzernbeherrschung und Konzerngestaltung aus der Sicht der beherrschenden Unternehmung, in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift für Wilhelm Rieger, Hrsg. Johannes Fettel und Hanns Linhardt, Stuttgart 1963, S. 256.

4) Vgl. Obermüller-Werner-Winden, Aktiengesetz 1965, aaO, S. 180; Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 53 und S. 78 f.

Bei welcher Ausgestaltung ein Interessengemeinschaftsvertrag einen Gleichordnungskonzern begründet, ist wiederum Tatfrage. Die bereits im § 256 AktG 1937 zusammen mit der einseitigen Gewinnabführung (Subordinationsverhältnis) behandelte und im § 292 Abs. 1 Nr. 1 AktG nunmehr gesondert geregelte Gewinngemeinschaft ¹⁾ gilt in der Konzernpraxis als Merkmal einer Interessengemeinschaft. Diese wird jedoch nicht durch die Gewinngemeinschaft zum Konzern. Auch hier kommt es auf das Kriterium der einheitlichen Leitung an, die durch den Inhalt des ursprünglichen Interessengemeinschaftsvertrages nach § 705 BGB nicht unbedingt gewährleistet ist. Danach können auch untergeordnete Funktionen oder fachlich abgegrenzte Teile gleichberechtigter Unternehmen durch Vertrag zusammengefaßt werden, ohne daß die Unternehmen ihre wirtschaftliche Selbständigkeit verlieren. Darüberhinaus kann die Interessengemeinschaft als bürgerlich rechtliche Gesellschaft jederzeit "aus wichtigem Grund" gekündigt werden (§ 723 BGB). Diese auch als Teil-Interessengemeinschaft bezeichnete vertragliche Bindung ist weder umfassend noch dauerhaft ²⁾. Erst wenn die Interessengemeinschaft sich auf sämtliche Funktio-

1) Eine Gewinngemeinschaft im engeren Sinne liegt nach § 291 Abs. 1 Nr. 1 AktG vor, wenn eine Aktiengesellschaft oder eine Kommanditgesellschaft auf Aktien "sich verpflichtet, ihren Gewinn oder den Gewinn einzelner ihrer Betriebe ganz oder zum Teil mit dem Gewinn anderer Unternehmen oder einzelner Betriebe anderer Unternehmen zur Aufteilung eines gemeinschaftlichen Gewinns zusammenzulegen".

2) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., S. 72; Bühler Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 255 f. und S. 342; Friedlaender, Heinrich E., Konzernrecht unter Berücksichtigung der amerikanischen Praxis, 2. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1954, S. 114 ff.

nen der Betriebswirtschaften bezieht und ihre Kündbarkeit bspw. durch die häufig angewandte Rechtsfigur der Doppelgesellschaft (der Zusammenfassung¹⁾), den wechselseitigen Tausch von Anteilspaketen und/oder Verwaltungsposten aufgehoben ist, kann sie als Konzern betrachtet werden²⁾. Ein zusätzliches Indiz dafür, daß die Interessengemeinschaft einen Gleichordnungskonzern repräsentiert, ist ihre Verknüpfung mit einer Gewinngemeinschaft. Hinter der Gewinnpoolung steht meist die paritätische Gleichrichtung der Leitung der verbundenen Unternehmen. Doch auch die Gewinngemeinschaft kann sich auf eng begrenzte Teilbereiche beziehen, so daß auch sie für sich nicht zwangsläufig ein Konzernverhältnis begründet³⁾.

Beschränkt sich die Interessengemeinschaft auf eine marktwirtschaftliche Abstimmung der Vertragspartner, so ist sie die rechtliche Gestaltung eines Kartells. Dieser Verband rechtlich selbständiger Unternehmen hat zum Zweck, "die Erzeugung oder die Marktverhältnisse für den Verkehr mit Waren oder gewerblichen Leistungen durch Beschränkung des Wettbewerbs zu beeinflussen"⁴⁾.

1) Vgl. Naegeli, Eduard, Die Doppelgesellschaft als rechtliche Organisationsform der Kartelle, Konzerne und anderen Unternehmerzusammenschlüsse nach deutschem und schweizerischem Recht, Bd. I, Rechtssoziologischer Teil, Zürich-Berlin 1936, S. 9.

2) Vgl. Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 256 und S. 348; Mestmäcker, Ernst-Joachim, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, aaO, S. 321 ff.; Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 78 ff.

3) Vgl. Koberstein, Günther, Unternehmungszusammenschlüsse, aaO, S. 95; Bühler, Ottmar, Besteuerung der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 252 und S. 343.

4) § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Diesem Zweck dienen Vereinbarungen über Preise, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen und/oder die Aufteilung von Absatz- und Produktionsquoten sowie Absatzgebieten. Selbst der Ausbau des Kartells zum Syndikat, das unter Anwendung der Rechtsfigur der Doppelgesellschaft äußerlich dem Konzern ähnelt ¹⁾, ist hiermit die einheitliche Leitung der Unternehmen noch nicht herbeigeführt. Die Syndikatsverkaufsgesellschaft nimmt den Kartellmitgliedern lediglich die Absatzfunktion aus der Hand ²⁾.

II. Das Wesen des Konzerns

Das Wesen des Konzerns besteht darin, daß er sich, je nach Betrachtungsweise, als einheitliches oder vielheitliches Gebilde offenbart. Daraus erwächst das Problem, die Rechtssphäre der zusammengefaßten Unternehmen voneinander und die des Gesamtkonzerns nach außen hin abzugrenzen.

Der Zwiespalt zwischen der Einheits- und Mehrheitsauffassung ergibt sich aus der Einheitlichkeit der Leitung und der rechtlichen Selbständigkeit der verbundenen Unternehmen ³⁾. Die heutige Wirtschaftsverfassung beruht auf der Grundlage recht-

1) Die Syndikats-Doppelgesellschaft besteht in der Verknüpfung einer nicht rechtsfähigen Personenvereinigung, den in einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts zusammengeschlossenen Kartellmitgliedern, mit einer juristischen Person, welche die Absatzaufgabe übernimmt. Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 36.

2) Vgl. Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 258; Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 37 f.

3) Vgl. Bühler, Ottmar, Konzernbilanzen und Konzernbesteuerung, aaO, S. 229.

rechtlich und wirtschaftlich selbständiger Unternehmen. Die Konzernbildung hat jedoch Verschiebungen bewirkt, in deren Folge nicht nur die wirtschaftliche Selbständigkeit der beherrschten Unternehmen aufgehoben worden ist. Auch ihre rechtliche Selbständigkeit ist zunehmend in Frage gestellt worden. Den beherrschten Unternehmen ist lediglich die Rechtsform als "äußeres Gerippe" geblieben. Die tatsächliche Leitungsmacht ist entwichen und auf die Führungsorgane des Konzerns, die Konzernspitze des Subordinationskonzerns oder den Verwaltungsrat bzw. die natürliche Person des Eigentümers im Gleichordnungskonzern übergegangen. Im Zuge dieser Entwicklung konnte das beherrschte Unternehmen zu Handlungen veranlaßt werden, die mit ihm selbst seinen Gläubigern und Gesellschaftern zum Schaden gereichen konnten. Bei eigener Rechtspersönlichkeit respektierte das Konkursrecht die rechtliche Selbständigkeit sogar soweit, daß es die Verantwortlichkeit der Konzernführung selbst bei 100 %-iger Beteiligung negierte. Bis zur Neufassung des Aktienrechts bestand eine Ausnahme nur bei den körperschaftsteuerlich motivierten Organverhältnissen ¹⁾.

Diesen Tendenzen hat das Aktiengesetz von 1937 bereits durch die Schaffung der Tatbestände des Konzerns und der Beherrschung Rechnung zu tragen versucht. Wesentlich deutlicher wird jedoch das reformierte Aktiengesetz, das die Leitungsmacht und Verantwortlichkeit der Führung des faktischen und des Vertragskonzerns in den §§ 308 ff. und 311 ff. regelt. Mit dem Tatbestand der in den

1) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 2. Aufl., aaO, S. 291; 3. Aufl., aaO, S. 333.

§§ 319ff AktG geregelten Eingliederung wurde schließlich eine juristische Person geschaffen, für deren Verbindlichkeiten die Hauptgesellschaft voll haftet.

Wesentlich eher und weit stärker als im Handelsrecht hat sich die Einheitsauffassung im Steuerrecht durchgesetzt. Mit den steuerlichen Rechtsinstituten der Organschaft, des Schachtelbesitzes und der Unternehmereinheit wird die dem bürgerlichen Recht entlehnte Vielheitsauffassung durchbrochen ¹⁾. Gemeinsames Kriterium dieser Rechtsinstitute ist nicht der Konzern, sondern die Kapitalbeteiligung.

In betriebswirtschaftlicher Hinsicht ist der Konzern eine finanz-, leistungs- und verwaltungswirtschaftlich determinierte Einheit ²⁾. Der Konzern ist eine einzige Unternehmung ³⁾. Die darin zusammengefaßten Unternehmen haben ihre ursprüngliche Autonomie eingebüßt. Sie sind nur noch Glieder im Sinne von Abteilungen einer Unternehmung, die in der Gestalt des Konzerns betrieben wird. Diese Tatsache wird auch von juristischer Seite gewürdigt. So betont Mestmäcker: "Das Unternehmen der beherrschten Gesellschaft wird durch die "einheitliche Leitung" (Hervorhebung im Original) des Konzerns, verbunden mit der Eingliederung der Tochtergesellschaft in das Unternehmen der herrschenden Gesellschaft, vernichtet.

1) Vgl. Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 321 und S. 323 ff.; Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 332; v. Wallis, H. Besteuerung der Unternehmenszusammenfassungen. Konzerne, Interessengemeinschaften, Kartelle und Syndikate, 3. Aufl., Herne-Berlin 1965, S. 50 ff., S. 77 ff. und S. 110 ff.

2) Vgl. insbesondere die Konzerndefinitionen Liefmanns und Passows auf S. 10 f. dieser Arbeit.

3) Vgl. Köhler, Hans, Über Konzerne und Konzernbilanzen, Hamburg 1950, S. 17; Käfer, Karl, Probleme der Konzernbilanz, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F., 9. Jg., 1957, S. 346 und 358.

Die Konzernierung beseitigt die Fähigkeit der beherrschten Gesellschaft, nach einem eigenen Wirtschaftsplan zu handeln. "Datum" (Hervorhebung im Original) ist für die eingegliederte Gesellschaft nicht der Markt, sondern die Weisung des Konzerns" ¹⁾.

Die Einheitsauffassung der Betriebswirtschaftslehre kommt in der Anerkennung der Konzernbilanz am deutlichsten zum Ausdruck ²⁾. Die konsolidierte Bilanz gibt das hinter den Beteiligungen der Obergesellschaft stehende Reinvermögen wieder und eliminiert die konzerninternen Schuldverhältnisse und Erfolge, als stellten die im Konsolidierungskreis enthaltenen Unternehmen rechtlich unselbständige Gliedbetriebe einer rechtseinheitlichen Unternehmung dar ³⁾. Bei abnehmernder Beteiligungsquote wird jedoch die nicht nur rechentechnische Problematik sichtbar, die sich bei dem Versuch ergibt, die Innen- von der Außensphäre zu trennen und das eigene und fremde Kapital der "polykorporativen" Wirtschaftseinheit von-einander abzugrenzen ⁴⁾.

1) Mestmäcker, Ernst-Joachim, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, aaO, S. 303.

2) Vgl. Bühler, Ottmar, Konzernbilanzen und Konzernbesteuerung, in: Betriebsgröße und Unternehmenskonzentration, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Hrsg. Hanns Linhardt, Heft 10, Berlin 1959, S. 230; derselbe, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 322; Fuchs - Gerloff, Die konsolidierte Bilanz, Köln 1954, S. 26 ff.

3) Vgl. Münstermann, Hans, Konsolidierte Bilanzen deutscher Konzerne, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F., 9. Jg., 1957, S. 437; Kosiol, Erich, Grundfragen der Konzernbilanzierung, in: Die Betriebswirtschaft, 31. Jg., 1938, S. 154; Schuhmann, Werner, Der Konzernabschluß. Die Bilanzierungspraxis deutscher Konzerne, Schriftenreihe "Betriebswirtschaftliche Beiträge", Hrsg., Hans Münstermann, Wiesbaden 1962, S. 35.

4) Vgl. Käfer, Karl, Probleme der Konzernbilanz, aaO, S. 346.

III. Die Typologie der Konzerne

Es entspricht dem Wesen des Konzerns, daß er sich in einer heterogenen Vielfalt rechtlicher und wirtschaftlicher Aspekte offenbart. Um diese Formenvielfalt begrifflich zu bewältigen, sind die wichtigsten Kriterien heranzuziehen, welche die Bildung von Konzerntypen gestatten. Derartige Angelpunkte sind die Bildung und Durchsetzung des Konzernwillens, die qualitative und quantitative Struktur des Eigentums, die leistungswirtschaftliche Konzernstruktur und die Verteilung der Konzernstandorte.

Bezüglich der Bildung und Durchsetzung des Konzernwillens unterscheidet das Aktienrecht den Subordinationskonzern vom Koordinationskonzern. Im Subordinationskonzern liegt die zentrale Willensbildung bei der Konzernspitze und wird von dieser Kraft ihres Beteiligungsbesitzes und etwa hierauf beruhender Unternehmensverträge und/oder Personen-delegationen bei den von ihr abhängigen Konzerngliedern durchgesetzt. Die äußere Gestalt des Subordinationskonzerns wird durch die Kapitalbeteiligung geprägt. Direkte und indirekte Beteiligungen offenbaren somit die Reichweite der Konzernherrschaft.

Ein zwei- und mehrstufiger Konzernaufbau kann analog der Momentaufnahme eines Sonnensystems dergestalt gedacht werden, daß die direkten Unternehmensbeteiligungen wie Planeten um das Gravitationszentrum der Konzernspitze herum angeordnet

sind ¹⁾. Unabhängig von der Größe (Masse) der Unternehmen bestimmt sich ihre geometrische Entfernung vom Zentrum nach der Beteiligungs- bzw. Einflußquote dergestalt, daß vollständige (100 %-ige) Beteiligungen unmittelbar am Zentrum liegen. Mit abnehmender Beteiligungsquote wächst die Entfernung vom Zentrum, so daß Minderheitsbeteiligungen an der Peripherie des Konzerns angeordnet sind ²⁾. Ist die Muttergesellschaft über ihre Tochtergesellschaften auch an Enkelgesellschaften (indirekt) beteiligt, so sind letztere als Trabanten der Planeten aufzufassen ³⁾⁴⁾. Sind Tochter- und Enkelgesellschaften ihrerseits unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt, bilden sie für sich Unterkonzerne, denen analog dem aufgezeichneten System weitere Ringe von Beteiligungen angehören können.

1) Kahl und Pausenberger sprechen daher sehr bildhaft von der Planetenkonstruktion oder dem Planetensystem des Konzernaufbaus. Vgl. Kahl, Joachim, Aufbau und Finanzierung der deutschen Großkonzerne, Diss. Berlin, - Würzburg - Aumühle 1940, S. 136; Pausenberger, Ehrenfried, Der Konzernaufbau. Versuch einer Morphologie des Konzerns, Diss. München 1957, S. 68.

2) Die dem Zentrum anliegenden (direkten) Beteiligungen bilden zusammen mit ihm den Kernkonzern oder Konzernkern. Vgl. Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, Freiburg 1964, S. 558; Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 300.

3) Bei "Verschachtelungen" durch direkte und nachfolgende indirekte Beteiligungen sprechen Kohl und Pausenberger von Konzerntreppen bzw. Treppenkonzernen. Dabei verlassen sie das Modell des Sonnensystems und bedienen sich der bilanztechnischen Darstellungsweise. Vgl. Kahl, Joachim, Aufbau und Finanzierung der deutschen Großkonzerne, aaO, S. 134; Pausenberger, Ehrenfried, Der Konzernaufbau, aaO, S. 66 f.

4) Schachtelsysteme, die unter einheitlicher Leitung stehen, bezeichnet Mellerowicz als Kettenkonzerne. Vgl. Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, aaO, S. 559.

Bestehen an den Einzelgesellschaften zwei- oder mehrseitige Beteiligungen und liegen auch diese ganz oder teilweise im Besitz von Konzerngesellschaften, so bewirken die direkten und indirekten Parallelbeteiligungen durch ihre Kumulierung eine stärkere Bindung an den Konzern ¹⁾.

Im Koordinationskonzern sind die Konzernglieder nicht voneinander abhängig. Hier bilden Interessen- und Gewinngemeinschaftsverträge die Basis zur gleichberechtigten Willensbildung. Bis zur Neufassung des Aktienrechts konnten auch wechselseitige Beteiligungen gleicher Quote und gleichen Umfangs die Funktion des Interessenausgleichs übernehmen. Nun fingiert der § 19 Abs. 3 AktG bei Vorliegen wechselseitiger mehrheitlicher Kapitalbeteiligungen jeweils zwei Abhängigkeitsverhältnisse, die sich nach dem Willen des Gesetzgebers nicht aufheben. Inhaber wechselseitiger Beteiligungen werden in der Weise diskriminiert, daß sie nur bis zu einem Viertel des Nennkapitals der beteiligungspassiven Gesellschaft stimmrechtlich nutzen dürfen (§ 328 Abs. 1 und 2 AktG). Eine Ausweichmöglichkeit besteht in der Bildung von Ringbeteiligungen ²⁾. Daß ein Gleichordnungskonzern auch zwischen Schwesterunternehmen bestehen kann, die nicht untereinander, sondern von einem Unternehmer abhängig sind und von diesem einheitlich geführt werden, wurde bereits dargelegt.

1) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 118 ff.

2) Vgl. Obermüller - Werner - Winden, Aktiengesetz 1965, aaO, S. 173 und S. 236 ff.

Die Frage nach der quantitativen und qualitativen Struktur des Eigentums an der Konzernspitze gestattet ebenfalls die Bildung von Konzerntypen. Allein- und Bruchteilseigentum eröffnet höchst unterschiedliche Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Konzernspitze. Die Berücksichtigung der Tatsache, daß das unternehmenspolitische Interesse des Eigentümers mit sinkender Beteiligungsquote abnimmt, ermöglicht mit der Quantifizierung des Eigentums zugleich die Qualifikation seiner Führungsmacht. Der Konzerntyp wird danach geprägt, ob das Eigentum an seiner Spitze bei Publikumsaktionären, Familien und Einzelpersonen oder dem Staat liegt ¹⁾.

Der Publikumskonzern hat eine Publikumsgesellschaft an der Spitze. Die Kapitalbeschaffung dieser klassischen Form der Aktiengesellschaft ruht auf einem breiten Fundament. Die Kapitalgeber bleiben jedoch wegen ihrer Zersplitterung ohne Macht und Einfluß auf die Geschäftspolitik. Diese wird allein durch Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft bestimmt. Die Publikumsgesellschaft ist für die Rolle der Konzernmutter prädestiniert.

1) Vgl. Hardach, Fritz Wilhelm, Konzernorganisation, 2. Aufl., Köln und Opladen 1964; S. 26 f.; Koberstein, Günther, Unternehmungszusammenschlüsse, aaO, S. 62 f.; Haussmann, Fritz, Konzerne und Kartelle im Zeichen der "Wirtschaftslenkung", Zürich-Leipzig 1938, S. 94, wo der Autor den objektivierten Konzern, den Familienkonzern und den öffentlichen Konzern unterscheidet.

Der Familien- oder Einmannkonzern verdankt seine Struktur im wesentlichen der Persönlichkeit seines Gründers und seiner Erben ¹⁾. Die Führung wird meist einem Unternehmen jeglicher Rechtsform, vielfach auch einer Stiftung übertragen. Bei geschlossenem Gesellschafterkreis überwiegen die personengesellschaftlichen Rechtsformen aufgrund ihrer Anpassungsfähigkeit an die persönlichen Verhältnisse. Soll die Kapitalbeschaffung auf eine breitere Basis gestellt werden, fungiert eine Aktiengesellschaft als Konzernspitze. Soweit die Konzernbeherrschung nicht durch Aufkäufe gefährdet werden kann, gelangt ein Teil der Aktien an den Kapitalmarkt. Die laufende Geschäftsführung des Familienkonzerns liegt in der Hand der Eigentümer oder von ihnen beauftragter Manager. Hier beginnt der Übergang zum Publikumskonzern.

Der Staatskonzern verdankt seine Entstehung weniger unternehmens- als vielmehr staatspolitischen Zielsetzungen. In der deutschen Geschichte haben wirtschaftliche Interventionen, kriegsrische Zwecke oder der Mangel an privatem Risikokapital zur unternehmerischen Betätigung des Staates geführt. Die einheitliche Leitung der oftmals heterogenen Staatsunternehmen wurde durch ihre Konzernierung sichergestellt und zumeist in Aktiengesellschaften institutionalisiert. Die

1) Bei genetischer Betrachtungsweise unterscheidet man den Personalkonzern vom Realkonzern. Während der Personalkonzern aufgrund individueller Unternehmerentscheidung entstanden ist, geht der Realkonzern auf gemeinschaftliche Überlegungen aufgrund sachlicher Notwendigkeit zurück. Vgl. Braun v. Stumm, Egbert, Die Dachgesellschaften im Aufbau deutscher Konzerne unter besonderer Berücksichtigung der Familien-Konzerne, Stuttgart und Berlin 1941, S. 30 ff. und S. 37 ff.; Hardach, Fritz Wilhelm, Konzernorganisation, aaO, S. 25.

Staatskontrolle wird durch die Besetzung der wichtigsten Aufsichtsratsposten durch Beamte der betreffenden Bundes- oder Landesministerien aufrechterhalten ¹⁾. Auch der Staatskonzern kann die Kapitalbasis seiner Spitze durch partielle Effektivifizierung verbreitern. Sie wird mit sozialpolitischen Zwecken motiviert.

Die Frage nach dem Fehlen oder Bestehen leistungswirtschaftlicher Zuordnungen innerhalb der Konzernteile ermöglicht die Unterscheidung von Finanz- und Sachkonzernen ²⁾. Fehlt jeglicher leistungswirtschaftlicher Konzernzusammenhang, liegt ein Finanzkonzern vor. Zum Zwecke der Erhöhung seiner Eigenkapitalrentabilität begnügt er sich mit der bloßen beteiligungspolitischen Verknüpfung von Unternehmen heterogener Tätigkeitsbereiche. Hax ³⁾ verneint die wirtschaftliche Einheitlichkeit dieser Unternehmenszusammenfassung und damit die Konzern-eigenschaft. Koberstein ⁴⁾ nennt dieses Gebilde

1) Vgl. Cassier, Siegfried C., Wer bestimmt die Geschäftspolitik der Großunternehmen? Das Verhältnis zwischen Kapitaleigentum und Entscheidungsgewalt, Frankfurt a.M. 1962, S. 85 ff. und S. 175 ff.; Hardach, Fritz Wilhelm, Konzernorganisation, aaO, S. 26 f.

2) Vgl. Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, aaO, S. 554 ff.

3) Vgl. Hax, Karl, Konzernprobleme und Aktienrechtsreform in theoretischer Sicht, in: Betriebsgröße und Unternehmungskonzentration, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Hrsg. Hanns Linhardt, Heft 10, Berlin 1959, S. 50.

4) Vgl. Koberstein, Günther, Unternehmungszusammen-schlüsse, aaO, S. 62.

einen anorganisch-gemischten Konzern, spricht ihm aber den dauerhaften Bestand ab, da ihm die betriebswirtschaftliche Idee fehlt. Das braucht nicht unbedingt zuzutreffen. So kann dem Finanzkonzern die Idee der Diversifizierung, der zielbewußten Ausweitung des Leistungsprogramms, zugrundeliegen ¹⁾.

Für den Aufbau des reinen Finanzkonzerns ist die konsequente Anwendung des Holding-Prinzips typisch. Es beruht auf der Grundlage der Effektersubstitution und führt zu vielgliedrigen, nach dem Treppen-, Pagoden- oder Pyramidensystem aufgebauten Konzernen. Sie werden aufgrund des aktienrechtlichen Mehrheitsprinzips durch einen relativ geringen Anteilsbesitz an der Konzernspitze gesteuert und kontrolliert ²⁾.

Dem Sachkonzern liegt zumeist ein Finanzkonzern zugrunde. Die Teile des Sachkonzerns sind einander jedoch in leistungswirtschaftlicher Hinsicht (sachlich) zugeordnet. Der Sachkonzern ist durch horizontale, vertikale oder diagonale Strukturen gekennzeichnet, die der Erzielung betriebswirtschaftlicher Rationalisierungseffekte dienen. Der Horizontalkonzern besteht aus Unternehmen, die sich in einem oder mehreren Wirtschaftszweigen auf einer Stufe des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses betätigen. Die Unternehmen des Vertikalkonzerns arbeiten nur innerhalb eines

1) Vgl. Hardach, Fritz Wilhelm, Konzernorganisation, aaO, S. 30.

2) Vgl. Mestmäcker, Ernst-Joachim, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, aaO, A. 102; Mellerowicz, Konrad, Unternehmenskonzentration, Bd. III, aaO, S. 557 f.

Wirtschaftszweiges. Sie sind in nacheinanderfolgenden Stufen tätig und bilden durch ihre Zusammenfassung eine integrierte Einheit. Das Interesse des Horizontalkonzerns gilt - ähnlich dem des Kartells - vornehmlich dem Absatz- oder Beschaffungsmarkt. Der Vertikalkonzern erstrebt primär betriebliche Rationalisierungserfolge bei gleichzeitiger Marktunabhängigkeit ¹⁾.

Gehören die Konzernunternehmen weder derselben Produktionsstufe, noch demselben Wirtschaftszweig an, bilden sie die geometrisch darstellbare Figur des Diagonalkonzerns ²⁾. Lassen die Unternehmen dieses Konzerns jeglichen leistungswirtschaftlichen Zusammenhang vermissen, beruht ihr Zusammenhalt auf rein finanzwirtschaftlicher Grundlage. Bei komplementären Beziehungen zwischen den verschiedenen Stufen und Programmen der Leistungserstellung ist ein Sachkonzern auch bei diagonalem Aufbau gegeben.

Horizontal oder vertikal aufgebaute Sachkonzerne können nicht zuletzt nach ihrer Bereichs- oder Branchenzugehörigkeit typisiert werden. So spricht man von Industrie-, Handels-, Bank-, Versicherungs-, Versorgungs- oder Verlagskonzernen, wenn man nicht genauer nach Geschäftssparten und -zweigen differenziert. Neben Industriekonzernen der Grundstoffgewinnung gibt es solche der verarbeitenden

1) Vgl. Hintner, Otto, Konzern, aaO, Sp. 3325; Hardach, Fritz Wilhelm, Konzernorganisation, aaO, S. 25; Pausenberger, Ehrenfried, Der Konzernaufbau, aaO, S. 37 ff.

2) Der Diagonalkonzern wird auch als gemischt-gegliedeter Konzern bezeichnet (vgl. bspw. Koberstein, Günther, Unternehmungszusammenschlüsse, aaO, S. 19 und S. 61 f.). Da man sich zur Bezeichnung des wirtschaftlichen Konzernaufbaus geometrischer Figuren bedient, sollte man sie auch hier beibehalten. Vgl. Pausenberger, Ehrenfried, Der Konzernaufbau, aaO, S. 33 f.

Wirtschaft. Innerhalb dieser Gruppen werden sodann die Konzerne der einzelnen Industriezweige unterschieden ¹⁾.

Als letztes sei nach dem Kriterium der Verbreitung der betrieblichen Standorte der Konzerne gefragt. Die Antwort führt zur Unterscheidung nationaler von internationalen Konzernen. Innerhalb des letztgenannten Typs sind wiederum Unterkonzerne bestimmter Währungs- oder Wirtschaftsgebiete wie des Commonwealth oder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft möglich. Wesentlich häufiger sind jedoch nationale Unterkonzerne anzutreffen.

IV. Die Konzernpolitik

Politik ²⁾ im weitesten Sinne ist der "Inbegriff der Kunst, die Führung menschlicher Gruppen zu

1) Für die Untersuchung leistungswirtschaftlicher Probleme bei Industriekonzerne ist es von Belang, ob man einen Konzern der Mineralölwirtschaft oder des Kalibergbaus vor sich hat oder einen solchen der Elektro-, Stahl-, Maschinenbau- oder chemischen Industrie.

2) Der etymologische Ursprung des Wortes "Politik" liegt im griechischen "tà polîtikà" (Staatsgeschäfte) oder "polîtikḗ (technḗ)" (Kunst der Staatsverwaltung). Stammwort dieser Begriffe ist "pólis" (Stadt, Stadtbürgerschaft; Staat). Vgl. Duden, Etymologie, Herkunftwörterbuch der deutschen Sprache, Hrsg. Paul Grebe, Mannheim 1963, S. 519.

ordnen und zu vollziehen ¹⁾. Menschliche Gruppen sind Zweckverbände, deren Zusammenschluß um eines konkreten Zieles willen geschieht ²⁾. Gruppen gibt es demnach soviel wie Zwecke ³⁾. Nach herrschender Meinung bezieht sich eine zielbewußte Politik nur auf jene finalen Gruppen, die mit ausgeprägter Befehlshoheit ausgestattet sind und diese tatsächlich ausüben ⁴⁾.

Politik als Ordnung und Vollzug der Führung menschlicher Gruppen besteht in der Festlegung von Zielen, die sich auf das Gruppenleben beziehen und in der Bestimmung der zielgerichteten Mittel ⁵⁾. Die Zielsetzungen und Mittelzuordnungen stellen nur Endpunkte gedanklicher Entscheidungsprozesse dar. Auch ihre Verwirklichung bedarf des politisch handelnden Menschen. Er tut seinen Willen kund und unternimmt es, "andere Menschen in ihrem Handeln und Verhalten so zu lenken, daß die eigenen, gemeinsamen oder übergeordneten Ziele erreicht werden" ⁶⁾.

1) "Das politische Handeln bezieht sich auf den diese Gruppen begründenden Daseinssinn und vollzieht sich entsprechend ihrem Ordnungsgefüge. Die Ordnungen können durch Gewohnheit oder statuarisch im einzelnen bestimmt sein. Dieser weiteste Begriff, der auch die Politik der Familie, des Vereins, der Interessentengruppe einschließt, wird gewöhnlich dadurch eingeschränkt, daß die Politik die leitende oder die auf die Leitung einwirkende Vorsorge für das Gesamtdasein nur solcher Verbände verstanden wird, die mit ausgeprägter Befehlshoheit ausgestattet sind und sie ausüben". Bergstraesser, Arnold, Politik, (I) Phänomen und Begriff, in: Staatslexikon, Hrsg. Görres-Gesellschaft, Bd. VI, 6. Aufl., Freiburg 1961, Sp. 335 ff. In der Literatur werden die Begriffe "Ziel" und "Zweck" häufig mit dem Terminus "Motivation" gleichgesetzt. Die Ausdrücke unterscheiden sich jedoch ohne einander auszuschließen insofern, als in der Motivation die der Zielfixierung unmittelbar vorgelagerte Phase zu sehen ist. Die konkurrierenden Motive finden im Ziel erst ihren objektiven Ausdruck. Vgl. Bidlingmaier, Johannes, Unternehmerziele und Unternehmerstrategien, Bd. VIII der Studienreihe Betrieb und Markt, Hrsg. Christian Behrens, Wiesbaden 1964, S. 17.

Bei der Gestaltung und Formung der Gemeinschaft bedient sich der Führende des Mittels, das der Gemeinschaft eigentümlich ist, der Macht ¹⁾.

Macht ist im "Unterschied zur physischen Gewalt die leiblich-seelisch-geistig formende und durchdringende Kraft jener Art, die anderen das Gesetz ihres Willens auferlegt" ²⁾. Macht bedeutet, "jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht" ³⁾. Da die Chance aufgrund irgendwelcher Umstände und Lagen, Quellen und Motive entstehen kann, ist dieser vielfach zitierte Machtbegriff "soziologisch amorph". Im Unternehmen käme eher die institutionalisierte und auf Befehlsbereiche abgestimmte Macht zur Wirkung, die in dieser Form als Herrschaft bezeichnet wird ⁴⁾. Herrschaft bedeutet die "Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden" ⁵⁾.

Fortsetzung der Fußnoten der vorhergehenden Seite:

2) Vgl. Wörterbuch der Soziologie, Hrsg. Wilhelm Bernsdorf und Friedrich Bülow, Stuttgart 1955, S. 205, wo bspw. auch die Aktiengesellschaft als spezifischer Zweckverband angesehen wird.

3) Vgl. Bergstraesser, Arnold, Politik, aaO, Sp. 335.

4) Vgl. Amonn, A., Leitfaden zum Studium der Nationalökonomie, Bern 1945, S. 115.

5) Vgl. Bornemann, Ernst, Sozialpsychologische Probleme der Führung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln und Opladen, 14. Jg., 1962, S. 105.

1) Freund, Michael, Politik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. VIII, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1964, S. 356 f.

2) Philosophisches Wörterbuch, Hrsg. Georgi Schischkopf, 16. Aufl., Stuttgart 1961, S. 356.

3) Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Studienausgabe, Hrsg. Johannes Winkelmann, Berlin 1964, Erster Halbband, S. 38.

4) Gehlen, Arnold, Macht, (I) Soziologie der Macht, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. VII, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 77.

5) Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, aaO, S. 38.

Der Führungswille bezieht sich auf die Verwirklichung von Führungsentscheidungen, die immer dann zu treffen sind, wenn alternative Zielsetzungen möglich sind und mehrere Wege zur Erreichung bestimmter Ziele offenstehen ^{1) 2)}. Der Inhalt der Ziel- und Mittelentscheidungen ergibt sich aus dem Bereich der politischen Betätigung, dem Unternehmen in der Rechtsform des Konzerns.

Eine Begriffsbestimmung der Politik kann grundsätzlich auf dreierlei Weise vorgenommen werden. So kann die Politik durch ihr spezifisches Mittel, ihren spezifischen Zweck oder durch beide Kategorien zusammen bestimmt werden. Da die politische Zielsetzung eine bestimmte Mittelzuordnung impliziert, genügt eine bloße Mittel- oder Zweckdefinition nicht, um sie begrifflich und wesensmäßig zu erfassen ³⁾.

Der Versuch zur Definition der Konzernpolitik ist somit an ihren Zielen und Mitteln auszurichten. Die Definition des Konzerns als Zusammenfassung rechtlich selbständiger Unternehmen unter einheitlicher Leitung enthält keinen unmittelbaren Hinweis auf die Ziele und Mittel dieses Vorgangs oder Zustands. Diesen Hinweis vermittelt die Tatsache, daß die konzernmäßige Zusammenfassung durch ein Unternehmen oder einen Unternehmer vorgenommen oder genutzt wird. Die Konzernbildung

1) Sandig, Kurt, Betriebswirtschaftspolitik, 2., völlig neu bearbeitete Auflage von "Die Führung des Betriebes. Betriebswirtschaftspolitik", Stuttgart 1966, S. 7.

2) "Entscheidung ist offensichtlich eine der Formen, in welcher der Mensch auf eine multivalente, d.h. also mehrere Möglichkeiten enthaltende und in mehrfacher Richtung auffordernde, Situation reagiert". Thomae, Hans, Der Mensch in der Entscheidung, München 1960, S. 18.

3) Vgl. Freund, Michael, Politik, aaO, S. 356 f.

hat einen unternehmenspolitischen Zweck. Sie selbst ist das Mittel hierzu. Die Konzernpolitik, die als Bestandteil der Unternehmenspolitik angesehen wird ¹⁾, steht zu dieser in einem Zweck-Mittelverhältnis. Inhalt der konzernpolitischen Führungsentscheidungen ist es, allgemeine oder besondere Ziele der Unternehmenspolitik mit konzernpolitischen Mitteln anzustreben.

1. Die unternehmenspolitischen Ziele

Die unternehmenspolitischen Ziele ergeben sich aus der zur Unternehmung führenden und darin wirkenden Idee, der "genialen Verknüpfung zwischen dem Bestehenden und Gewollten" ²⁾, begründet auf dem Erkennen von Betätigungsmöglichkeiten in der Wirtschaft ^{3) 4)}. In seiner wirtschaftlichen Betätigung sucht der Unternehmer persönliche und sachliche Ziele zu verwirklichen ⁵⁾, die zueinander ebenfalls in einer Ziel-Mittel-Beziehung stehen. Als Mensch hat er zunächst nur ein mittelbares Interesse am Wirtschaften ⁶⁾. Die mensch-

1) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 1. Aufl., aaO, S. 97; Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, aaO, S. 564.

2) Sandig, Kurt, Betriebswirtschaftspolitik, aaO, S. 13.

3) Vgl. Gronau, Fr., Die Sicherung der Unternehmung, Stuttgart 1935, S. 112 ff.

4) "Eine derartige Unternehmungsidee mag sich entzünden an der Beobachtung bestimmter Wandlungen der Technik oder des Bedarfs, deren wirtschaftliche Konsequenzen anderen noch nicht bewußt geworden sind". Schäfer, Erich, Die Unternehmung. Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 4. Aufl., Köln und Opladen 1961, S. 48.

5) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 79, wo darauf hingewiesen wird, daß sich die persönlichen Beweggründe "vor allem auf die Ausübung der Gewalten in der autonomen oder in der geteilten und kontrollierten Geschäftsführung beziehen".

Fußnote 6 s. folgende Seite

lichen Primärziele, die eigentlichen Triebfedern des Wirtschaftens, sind mit wirtschaftswissenschaftlichen Methoden nicht zu erforschen ¹⁾. Sie können nur mit allgemeinen formalen Prinzipien umschrieben werden, die intersubjektiv mit unterschiedlichen Wert- und Bewußtseinsinhalten ausgefüllt sind. Diese metaökonomischen Universalziele bestehen in dem Streben nach "befriedigendem Erleben" (Abbott), "persönlicher Zufriedenheit" (Englis), "Behebung eines Unbefriedigtseins" (v. Mises), "Erreichung eines als optimal gewerteten Zustands" (Paulsen), "Maximierung des individuellen Nutzens" (Preisner) ²⁾. Im Verhältnis zu den genannten Universalzielen haben die nachstehenden metaökonomischen Ziele Mittelcharakter ³⁾. Sie äußern sich in den vielgestaltigen Bedürfniskomplexen Macht, Prestige, Anerkennung, Unabhängigkeit, Sicherheit, Gerechtigkeit etc. ⁴⁾.

Fußnote 6 der vorhergehenden Seite

6) Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo, Die Instrumentalfunktion der Unternehmung - Methodische Perspektiven zur betriebswirtschaftlichen Forschung, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 19. Jg., 1967, S. 237.

1) Vgl. Nicklisch, Heinrich, Die Betriebswirtschaft, 7. Auflage der Wirtschaftlichen Betriebslehre, Stuttgart 1932, S. 10 ff.; Weisser, Gerhard, Wirtschaft, in: Handbuch der Soziologie, Hrsg., Werner Ziegenfuß, Stuttgart 1956, S. 996.

2) Vgl. Bidlingmaier, Johannes, Unternehmerziele und Unternehmerstrategien, aaO, S. 75.

3) Die "Vorschaltung" einer höherrangigen Zweckebene läßt bisherige Zwecke zu Mitteln werden (Ziel-Mittel-Umschlag). Vgl. Linhardt, Hanns, Grundlagen der Betriebsorganisation, Essen 1954, S. 109.

4) Vgl. Bidlingmaier, Johannes, Unternehmerziele und Unternehmerstrategien, aaO, S. 75.

Der Ziel-Mittel-Umschlag setzt sich bei unternehmerischer Betätigung dergestalt fort, daß er vom persönlichen in den sachlichen Bereich überwechselt. Im Verhältnis zu den außerökonomischen haben die ökonomischen Ziele der Gewinn-, Umsatz- und Marktanteilsausweitung sowie das Streben nach Kapazitätsausnutzung und Wachstum wiederum Mittelcharakter. Dienen diese der Ausdehnung des unternehmerischen Tätigkeits- und Machtbereichs, so tragen die unternehmerischen Bestrebungen zur Erhaltung der Liquidität, des Umsatzes und des Marktanteils, des Firmen- und Markenrufs, des Unternehmens und seiner Substanz die Züge des Bewahrenden und Konsolidierenden.

Die herausgestellten ökonomischen und außerökonomischen Zielsetzungen bestimmen das unternehmerische Handeln nicht isoliert voneinander. Vielmehr sind sie in einer komplexen Zielstruktur zu sehen, deren Elemente zueinander in vielfältigen Wechselbeziehungen komplementärer, konkurrierender oder neutralisierender Art stehen. Die oberste formale Maxime des Unternehmers ist der "ökonomische Erfolg" ¹⁾. Bei der Erstrebung dieses Hauptzwecks hat der Unternehmer eine Reihe von Nebenbedingungen zu erfüllen, die den erreichbaren Erfolg begrenzen ²⁾. Der Verfolg auch ökonomischer und außerökonomischer Nebenziele läßt auf Zielkonflikte in der individuellen Willensbildung schließen.

1) Der "ökonomische Erfolg" im weitesten Sinne ist die positive Differenzgröße, die sich aus den Komponenten Aufwand und Ertrag zusammensetzt. Aufgrund der Erfolgsaffinität des Unternehmerhandelns eignet sich der "ökonomische Erfolg" zur Darstellung der Unternehmerziele. Vgl. Bidlingmaier, Johannes, Unternehmerziele und Unternehmerstrategien, aaO, S. 79 und S. 82.

2) Vgl. derselbe, Unternehmerziele und Unternehmerstrategien, aaO, S. 99.

So erlangt das Macht- und Prestigestreben im Verhältnis zum Gewinnprinzip vielfach starke Bedeutung. Es entspricht individuellen wie sozialen Bedürfnissen des Unternehmers und äußert sich nicht nur im Bemühen um persönliche Autorität gegenüber Untergebenen, um Herrschaft über Vermögenswerte. Es äußert sich auch in der Schaffung starker Machtstellungen¹⁾. Das Streben nach Macht und Prestige steht mit den ökonomischen Zielsetzungen der Gewinn-, Umsatz-, Marktanteils- oder Wachstumsmaximierung meist im Einklang. Doch zahlreich sind die Fälle des "Bauens über die Verhältnisse hinaus", des reinen "Prestigeaufwands", der Vornahme von Erweiterungsinvestitionen, "um es der Konkurrenz zu zeigen", des Aufkaufens von Unternehmen, um sie "dem Erzfeind vor der Nase wegzuschnappen"²⁾.

Mit dem Anwachsen der Verlustgefahren gewinnt das Sicherheitsmoment in der Unternehmenspolitik an Bedeutung, zumal diese nicht nur auf "Gestaltung", sondern auch auf "Erhaltung" gerichtet ist. Das Streben nach Erhaltung des Gewordenen, des Bestehenden und des Werdenden wird zum Bestandteil der betrieblichen Risikopolitik³⁾.

1) Vgl. Heinen, Edmund, Die Zielfunktion der Unternehmung, in: Zur Theorie der Unternehmung, Festschrift zum 65. Geburtstag von Erich Gutenberg, Hrsg. Helmut Koch, Wiesbaden 1962, S. 24 f.

2) Vgl. Wittmann, Waldemar, Überlegungen zu einer Theorie des Unternehmenswachstums, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 13. Jg., 1961, S. 500.

3) Vgl. Sandig, Curt, Gewinn und Sicherheit in der Betriebspolitik, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 10. Jg., 1933, S. 349; derselbe, Betriebswirtschaftspolitik, aaO, S. 83 ff.; Albach, Horst, Rentabilität und Sicherheit als Kriterien betrieblicher Investitionsentscheidungen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 30. Jg., 1960, S. 583 ff.

Hierzu gehört die Wahrung des finanziellen Gleichgewichts, die jederzeit mögliche Deckung der Ausgaben durch Einnahmen, die Erhaltung des Umsatzes oder des wertmäßigen Marktanteils ¹⁾. Auch die "Erhaltung des guten Rufs der Firma oder des Markennamens" kann das Streben nach dem augenblicklichen Höchstgewinn in den Hintergrund treten lassen ²⁾.

Bei der im Großunternehmen vorherrschenden kollektiven Willensbildung bringt jeder Teilnehmer der horizontalen und vertikalen Organisationsstruktur eigene Stellungnahmen, Wertungen und Ziele in den Entscheidungsprozeß ein ³⁾. Somit ist die Zielsetzung nicht mehr a priori bestimmt. Ihre Konkretisierung selbst ist vielmehr Gegenstand der Auseinandersetzung. So können Konfliktsituationen auftreten, wenn die individuellen Ziele voneinander oder von denen der Unternehmung abweichen. Daher sind die Unternehmensziele von allen beteiligten Gruppen auszuhandeln. Sie stellen somit einen Kompromiß dar, der den individuellen Zielvorstellungen der Teilnehmer am besten entspricht ⁴⁾.

1) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, aaO, S. 22 und S. 129 f., wo insbesondere auf die endogenen und exogenen Risikofaktoren eines Unternehmens eingegangen wird, die mit oder nach seiner Gründung wirksam werden können. Vgl. ferner: Bidlingmaier, Johannes, Unternehmerziele und Unternehmerstrategien, aaO, S. 106 ff.

2) Katona, George, Psychological Analysis of Economic Behavior, First Edition, New York - Toronto-London 1951, S. 201, zitiert bei Bidlingmaier, Johannes, Unternehmerziele und Unternehmerstrategien, aaO, S. 108; vgl. ferner: Sandig, Curt, Betriebswirtschaftspolitik, aaO, S. 104 f.

3) Vgl. Heinen, Edmund, Die Zielfunktion der Unternehmung, aaO, S. 53 ff.

4) Vgl. ebenda, S. 64 ff.

Die Aufgabe der Unternehmensführung besteht im Ausgleich und der Koordination der verschiedenen Kräfte- und Machtgruppen. Nur aus der Sicht des Ganzen heraus kann sie Entscheidungen treffen ¹⁾, die sie vor allen interessierten Gruppen vertreten kann. Somit tendiert die Führung der Großunternehmen zu langfristigen strategischen Erwägungen, bei denen die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung der finanziellen Position im Vordergrund stehen. Damit dient die Preispolitik nicht so sehr dem Ziel der Gewinnmaximierung, sondern der langfristigen Erhaltung der Wettbewerbsposition. Wichtige Investitionsentscheidungen basieren im allgemeinen auf finanzwirtschaftlichen und strategischen Erwägungen. Unter diesen Aspekten tritt die Forderung nach dem Ausgleich der erwarteten Kosten und Erlöse in den Hintergrund. ²⁾.

2. Die konzernpolitischen Mittel

"Konzernpolitik ist die Betriebswirtschaftspolitik der Konzerne, die Gesamtheit aller Maßnahmen zur Erreichung der Konzernziele" ³⁾.

Der Konzernpolitik liegt die Idee zugrunde, die unternehmerischen Ziele durch die einheitliche

1) Vgl. Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, Die Produktion, 11. Aufl., Berlin - Heidelberg - New York 1965, S. 136.

2) Vgl. Gordon, R.A., Business Leadership in the Large Corporation, Washington 1945, S. 328, zitiert bei Heinen, Edmund, Die Zielfunktion der Unternehmung, aaO, S. 68.

3) Bussmann, Karl Ferdinand, Kartelle und Konzerne, Stuttgart 1963, S. 61.

Führung rechtlich selbständiger Unternehmen zu erreichen. Im Verhältnis zur Politik des rechtseinheitlichen Unternehmens stellt die Konzernpolitik eine Erweiterung der unternehmerischen Betätigungsmöglichkeiten dar. Hieraus folgt nicht nur, daß das Instrumentarium der Unternehmenspolitik um eine wirksame Variante erweitert wird. Hieraus folgt auch, daß die Möglichkeit und der Erfolg der Anwendung konzernpolitischer Mittel die Fixierung und den Verfolg neuer Ziele induzieren ¹⁾²⁾.

Die konzernpolitische Zwecksetzung besteht in der wirtschaftlichen Nutzung der Vorteile, welche aus der Verbundenheit rechtlich selbständiger Unternehmen gezogen werden können ³⁾. Das Mittel hierzu ist die Herstellung eines Unternehmensverbundes, der die Führung der Gliedunternehmen nach einheitlichen Grundsätzen gestattet. Damit sind die beiden ineinandergreifenden Hauptaufgaben der Konzernpolitik, die rechtliche Etablierung und die wirtschaftliche Nutzung der Konzernherrschaft, herausgearbeitet. Das erste Ziel besteht in der Gestaltung, das folgende in der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Betriebsgemeinschaft ⁴⁾⁵⁾.

1) Das folgt aus der von Wundt mit "Heterogonie der Zwecke" bezeichneten Feststellung, daß in den Wirkungen stets noch Nebenwirkungen gegeben sind, die in den vorausgegangenen Zweckvorstellungen nicht mitgedacht waren, die aber gleichwohl in neue Motivreihen eingehen und die bisherigen Zwecke umändern oder ihnen neue hinzufügen. Vgl. Philosophisches Wörterbuch, Hrsg. Georgi Schischkopf, 16. Aufl., Stuttgart 1961, S. 233.

2) Eine der wichtigsten Aufgaben der Konzernpolitik ist die Festlegung der Konzernziele, um der Gefahr einer "Ausuferung" zu entgehen. Diese Gefahr ergibt sich aus den besonderen finanziellen Möglichkeiten, die der Konzern im Vergleich zum Einheitsunternehmen aufweist. Vgl. Hardach, Fritz Wilhelm, Konzernorganisation, aaO, S. 31.

3) Vgl. Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, aaO, S. 563.

Anmerkungen 4) und 5) s. folgende Seite.

Der ersten Zielsetzung liegen vornehmlich konstitutive, der zweiten hauptsächlich situationsbedingte Führungsentscheidungen zugrunde ¹⁾.

Die rechtliche Etablierung der Konzernherrschaft beginnt mit der Interessennahme an bestehenden oder zu gründenden Unternehmen und endet mit der faktischen oder vertraglichen Konstituierung der einheitlichen Leitung der zusammengefaßten Unternehmen. Die Phase der strukturellen Organisation, der Bildung und Umbildung des Konzerns, vermittelt dem externen Betrachter einen Einblick in die zugrundeliegende Idee oder Konzeption ²⁾ der Konzernpolitik. Mit der äußeren Konzernorganisation werden bestimmte Handlungen und damit das Gesamtunternehmen im voraus festgelegt. Sie spiegelt somit den Plan der konzernmäßig organisierten Unternehmung wider ³⁾.

4) und 5) der vorhergehenden Seite:

4) Vgl. Nicklisch, Heinrich, Betriebspolitik, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Hrsg. Heinrich Nicklisch, Bd. I, Stuttgart 1926, Sp. 1115 f.

5) "Liegt die erste Führungsaufgabe des Unternehmers in der strukturellen Organisation der Unternehmung als Ganzes, so folgt als zweite die laufende Betriebsführung, die die Aufgaben des Tages abzuwickeln hat". Deutsch, Paul, Entwicklungstendenzen der Betriebswirtschaftslehre im Zeichen des technischen Fortschritts, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 26. Jg., 1956, S. 485.

1) "Die Gesamtheit der Führungsentscheidungen in einer Betriebswirtschaft ist in zwei große Abschnitte zu zerlegen, die im allgemeinen zeitlich hintereinander liegen. Sie betreffen das Aufbauen und das Betreiben. Es kann auch unterschieden werden in einmalige und in fortlaufende Führungsentscheidungen". Sandig, Curt, Betriebswirtschaftspolitik, aaO, S. 134.

2) Die wirtschaftliche Konzeption besteht in der Vorstellung eines bestimmten obersten Sachzieles und eines mit dem Anstreben des Zieles verbundenen Fortsetzung und Anmerkung 3) s. folgende Seite.

Die wirtschaftliche Nutzung der Konzernherrschaft besteht in der Realisierung der durch die Konzernorganisation vorgezeichneten Verbundeffekte mit dem Ziel, die Wettbewerbskraft des Konzerns sicherzustellen. Hierbei geht es um die einheitliche Wahrnehmung der betrieblichen Funktionen insbesondere des Leistungs- und Finanzbereichs ¹⁾, die ursprünglich verschiedenen Willenszentren zugeordnet waren ²⁾. So ist die gesamte Beschaffung und Produktion so zu lenken, daß der Bedarf an Gütern und Diensten zu den geringstmöglichen Kosten gedeckt wird. Absatzwirtschaftlich geht es um die Sicherung der höchstmöglichen Erlöse für die durch den Konzern beschafften oder erstellten Leistungen.

Die einheitliche Finanzwirtschaft besteht in der Beschaffung und Bereitstellung von Kapital, um es den Konzernbereichen zuzuführen, welche für die langfristige Steigerung der Rentabilität des Gesamtkonzerns die besten Voraussetzungen bieten. In diesem Rahmen erlangt die Gewinnpolitik überragende Bedeutung. Sie wird gegenüber dem Steuereffizient und den Minderheitsaktionären aktiv betrieben, um dem auf Wachstum bedachten Konzern die erwirtschafteten Mittel zu erhalten ³⁾.

Fortsetzung 2) und 3) der vorhergehenden Seite

Geschehensablaufs, die gedankliche Verbindung eines vorgestellten Zieles mit den zur Erreichung notwendigen Mitteln. Damit kann es sich ebenso um einen durch gegebene Verhältnisse verursachten, wie auch um einen durch Menschen gewollten Geschehensablauf handeln". Sandig, Curt, Betriebswirtschaftspolitik, aaO, S. 10.

3) Vgl. Grochla, Erwin, Planung, betriebliche, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. VIII, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1964, S. 317 f.; Koch, Helmut, Planung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. III, 3. Aufl., Stuttgart 1960, Sp. 4341; derselbe, Betriebliche Planung, Wiesbaden 1961, S. 9.

Anmerkungen 1), 2) und 3) s. folgende Seite.

3. Die Daten der Konzernpolitik

Die konzernpolitischen Führungsentscheidungen können nicht ohne Kenntnis und Berücksichtigung der gegenwärtigen und künftigen Lage gefällt werden, in welcher sich der Konzern befindet. Das ist jene Zuordnung von Daten, die im Konzern selbst oder in seiner Umgebung begründet liegen ¹⁾.

Die konzernabhängigen (endogenen) Faktoren ergeben sich aus seiner Größe und Finanzkraft, seinen Tätigkeitsbereichen, der persönlichen Einstellung und Fähigkeit seiner Führung sowie seiner wirtschaftlichen und rechtlichen Struktur. Die horizontale, vertikale oder diagonale Zuordnung der Leistungsbereiche bestimmt die Konzernführung in gleicher Weise wie die den Unterordnungs- und Gleichordnungskonzernen zugrundeliegenden Beteiligungs- und Herrschaftsverhältnisse ²⁾.

Die exogenen Daten der Konzernpolitik sind ein Ausfluß der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung des Staates, in dem der Konzern sich betätigt. Vorzugsweise hat sich die Konzernpolitik an den Normen des Gesellschafts- und Steuerrechts sowie des Wettbewerbs- und Mitbestimmungsrechts zu orientieren ³⁾.

1), 2) und 3) der vorhergehenden Seite

1) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, aaO, S. 20.

2) Vgl. Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, aaO, S. 552.

3) Vgl. derselbe, Unternehmenspolitik, Bd. III, aaO, S. 568 ff.

1) Vgl. Jakob, Herbert, Preispolitik, aaO, S. 16.

2) Bussmann, Karl Ferdinand, Kartelle und Konzerne, aaO, S. 62; Hardach, Fritz Wilhelm, Konzernorganisation, aaO, S. 32; Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, aaO, S. 589 f.

3) Vgl. Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, aaO, S. 563 f.; Bussmann, Karl Ferdinand, Kartelle und Konzerne, aaO, S. 62.

V. Die Publizität der Unternehmen in bezug auf ihre Konzernpolitik

Unter der Publizität privater Unternehmen soll mit Mayer ¹⁾ "die Gesamtheit aller Maßnahmen" verstanden werden, "mit deren Hilfe eine fallweise oder laufende Unterrichtung der Allgemeinheit, bestimmter öffentlicher oder privater Stellen, Wirtschaftszweige oder Interessentengruppen über die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Unternehmungen, Gruppen von solchen oder ganzer Wirtschaftszweige erreicht werden soll". Diese weit gefaßte Definition beschränkt sich nicht auf die "Gesamtheit der von den Unternehmungen über ihre eigenen Verhältnisse zu Informationszwecken veröffentlichten Mitteilungen"²⁾. Sie umfaßt auch Bekanntmachungen, die der Allgemeinheit durch Vermittlung und statistische Bearbeitung öffentlicher Stellen zugänglich werden ³⁾⁴⁾.

Im Bereiche der endogenen Publizität spielt die Publizitätspflicht neben der freiwilligen Publizität der Unternehmen die wichtigste Rolle. Beide bilden auch die Grundlage für die informierende Publizistik der Wirtschaftspresse im weitesten

1) Mayer, Leopold, Publizität, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. III, 3. Aufl., Stuttgart 1960, Sp.4510.

2) Käfer, Karl, Konzentration und Publizität, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriftenreihe des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/III, Berlin 1960, S. 1605.

3) Vgl. Mayer, Leopold, Publizität, aaO, Sp.4510.

4) Auskunft über die Adressaten und Interessenten der Unternehmenspublizität geben die Beiträge anlässlich der Diskussion "Das Frankfurter Publizitätsgespräch" in Königstein/Ts. am 13. und 14. April 1962. Die Beiträge sind in der gleichnamigen Schrift in Frankfurt a.M., 1962, erschienen.

Sinne sowie der Kreditinstitute und größeren Auskunftsstellen¹⁾. Innerhalb der exogenen Publizität in bezug auf private Unternehmen ist die informierende Publizistik staatlicher Behörden und Ämter, insbesondere der Statistischen Bundes- und Landesämter, sowie der Deutschen Bundesbank von Bedeutung. Kraft gesetzlicher Bestimmung sind sie befugt, Statistiken zu erheben und ihre Ergebnisse zu veröffentlichen. Die informierende Publizistik von Enquete-Kommissionen gehört ebenfalls in den Bereich der exogenen Publizität. Diese werden gesetzlich oder behördlich zur Ergründung aktueller Wirtschaftsprobleme und der Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse eingesetzt. Zu nennen bleibt weiter die informierende Publizistik der Konjunkturforschungsinstitute sowie der inter- und supranationalen Organisationen und Institutionen²⁾. Mit der Aufzählung und Charakterisierung der Stellen, die im Dienste der Wirtschafts- und Unternehmenspublizistik tätig sind, ist zugleich eine Aussage über die Medien und den Gegenstand der Publizität getroffen.

Jahresbilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Geschäftsberichte und Satzungen, Börseneinführungsprospekte, Jubiläums- und Festschriften sowie Werk- und Kundenzeitschriften sind die wichtigsten Mittel der gesetzlichen und freiwilligen Unternehmenspublizistik. Statistiken und Enquetebe-

1) Vgl. Pastuszek, Horst, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspublizistik. Insbesondere Bankpublizistik, Bankwirtschaftliche Schriftenreihe, Hrsg. Hanns Linhardt, Köln und Opladen 1959, S. 95 ff.

2) Vgl. derselbe, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspublizistik, aaO, S. 100 ff.

richte sowie Handbücher und Sammelwerke der genannten Behörden und Institutionen ergänzen das Mosaik einzelwirtschaftlicher Informationen durch eine zumeist gesamtwirtschaftlich ausgerichtete Berichterstattung.

Die Wirtschaftspresse gibt nicht nur den Inhalt der Publikationen mit und ohne fachmännische Kommentierung wieder. Sie mediatisiert auch das bei Hauptversammlungen, Pressekonferenzen und Interviews gesprochene Wort. Damit wird sie zum "Reflektor der Publizität" ¹⁾.

Aus der Vielzahl der publizierten Sachverhalte interessieren hier diejenigen, welche es gestatten, die Grundlinien der unternehmerischen Konzernpolitik zu erkennen. Da sich der Konzern von seiner Entstehung bis zu seiner Auflösung meist mit einem Schleier des Geheimnisses umgibt ²⁾,

1) Frh. v. Wangenheim, Hans-Ulrich, Wirtschaftspresse und Publizität der Gesellschaften, Diskussionsbeitrag anlässlich der Arbeitstagung der Schmalenbach-Gesellschaft in Bad Godesberg am 6. Juni 1958, wiedergegeben in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F., 10. Jg., 1958, S. 470; vgl. ferner Semler, Johannes, Die Publizität der Kapitalgesellschaften vom Standpunkt des Kapitalgebers und des öffentlichen Interesses, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F., 10. Jg., 1958, S. 453.

2) Vgl. Köhler, Hans, Über Konzerne und Konzernbilanzen, aaO, S. 13; Stützel, Wolfgang, Aktienrechtsreform und Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/II, Berlin 1960, S. 1617.

leitet sich Publizitätspolitik unmittelbar aus der Konzernpolitik ab ¹⁾²⁾. Andererseits können auch konzernpolitische Maßnahmen publizitätspolitisch motiviert sein. Das erklärt sich daraus, daß die vielfach als streng empfundene Publizitätspflicht seit jeher an den Tatbestand der aktiengesellschaftlichen Rechtsform und neuerdings auch an den des Konzernverhältnisses anknüpft, an dem zumindest eine Aktien- oder Kommanditgesellschaft aktiv oder passiv beteiligt ist. Diese Publizitätspflicht kann durch konzernpolitische Beteiligungstransaktionen und Umwandlungen sowie die gezielte Verrechnung konzerninterner Lieferungs- und Leistungsbeziehungen wirksam umgangen werden ³⁾.

Die verlässlichsten Informationen über die Konzernpolitik sind bis heute aus den Pflichtveröffentlichungen der Aktiengesellschaften zu gewinnen, die der Prüfung durch unabhängige Sachverständige

1) Daß die Publizität selbst Gegenstand politischer Ziel- und Mittelentscheidungen ist, geht aus der nachstehenden Definition hervor. Danach ist Publizität eine "Tätigkeit, die durch die Vorgänge oder Tatsachen zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht werden, die ohne diese Tätigkeit nicht zu ihrer Kenntnis gelangen würden oder es nicht notwendigerweise müßten". Frh. v. Wangenheim, Hans-Ulrich, Publizität, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. II, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1957, S. 1327.

2) "Das Endziel jeder Bilanzpolitik ist einmal die optimale Gestaltung des betrieblichen Leistungsprozesses und zum anderen die optimale Erreichung des Unternehmenszieles". Bouffier, Willy, Bilanzpolitik, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. I, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Sp. 1146.

3) Vgl. Moxter, Adolf, Der Einfluß der Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962, S. 145 ff.

unterliegen ¹⁾. Das besondere Interesse gilt daher den Einzel- und Konzernabschlüssen und -geschäftsberichten. Ihr Inhalt und Aussagewert sei deshalb in knapper Form kritisch gewürdigt, soweit hierauf nicht in den einzelnen Abschnitten der Arbeit eingegangen wird.

1. Die Publizitätspflicht der Aktiengesellschaften

Bis zum Inkrafttreten des Aktiengesetzes von 1965 bezog sich die an die aktiengesellschaftliche Rechtsform ²⁾ anknüpfende Publizitätspflicht insbesondere auf die Aufstellung, Auslegung und Bekanntmachung des Jahresabschlusses (§§ 125 und 143 AktG 1937) und des Geschäftsberichtes (§§ 127 und 143 AktG 1937).

Den allgemeinen Inhalt des Jahresabschlusses regelt der § 129 AktG 1937 mit der Maßgabe, daß dieser den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung zu entsprechen hat. Somit dienten die Vorschriften der §§ 130 bis 133 AktG 1937 über die Bildung gesetzlicher Rücklagen, die Gliederung und Wertansätze der Jahresbilanz sowie die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung dem Schutz der Interessen der Gesellschaft, ihrer Gläubiger und Aktionäre. Der Geschäftsbericht hatte nach

1) Vgl. Käfer, Karl, Konzentration und Publizität, aaO, S. 1615.

2) Für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung besteht eine allgemeine Publizitätspflicht nur, wenn sie sich in den Wirtschaftsbereichen des Kreditwesens oder der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft oder als Wirtschaftsbetrieb der öffentlichen Hand betätigt. Vgl. hierzu: Mayer, Leopold, Publizität, aaO, Sp. 4516 f.

§ 128 AktG 1937 im Rahmen des Lageberichts über den Geschäftsverlauf, die Lage der Gesellschaft und über bedeutsame Vorfälle Auskunft geben, die nach Ablauf des Geschäftsjahres eingetreten sind. Im Erläuterungsbericht war der Vermögensstand der Gesellschaft und der Jahresabschluß zu erläutern. Auch die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes waren hierzu vollzählig und namentlich aufzuführen.

Um eine externe Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft zu ermöglichen, waren über den Jahresabschluß hinausgehende Angaben zu machen über die Entwicklung der Kosten und Erlöse, die Liquidität und Rentabilität, Auftrags-
eingang, Produktion und Beschäftigung, Mengen- und Wertumsatz sowie über besondere Maßnahmen der Geschäftsführung. Zu letzteren gehörte der Abschluß wichtiger Verträge, das Vorhandensein schwebender Geschäfte, die Vornahme von Betriebs-
erweiterungen und -einschränkungen, die An- und Ausgliederung von Unternehmen, die Gründung von Filialen, der Erwerb von Schutzrechten und die Führung wichtiger Prozesse. Auch die sozialen Verhältnisse und Leistungen der Gesellschaft waren im Lagebericht darzustellen ¹⁾.

Im Erläuterungsbericht waren die Abschlußpositionen und deren Abweichungen vom Vorjahr zu kommentieren. Darüber hinaus war hierin Auskunft zu geben über Vorratsaktien, eigene Aktien, bedingtes und genehmigtes Kapital, Genußrechte, Haftungsverhältnisse

1) Vgl. Adler, Hans - Düring, Walther - Schmaltz, Kurt, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1957, § 128, Tz 23 f.

Gesamtbezüge der Verwaltungsorgane, Beziehungen zu Konzernunternehmen sowie die Zugehörigkeit zu Verbänden der Preis- und Absatzregelung ¹⁾.

Die Vorschriften zur Gliederung der Bilanz sahen gemäß § 131 AktG 1937 für die Aktivseite insbesondere den Ausweis von Beteiligungen, eigenen Aktien und solchen einer herrschenden Gesellschaft sowie Forderungen an Konzernunternehmen und für die Passivseite die Offenlegung der Konzernverbindlichkeiten vor. Das reformierte Aktiengesetz rechnet gemäß § 151 den Aktien einer herrschenden Gesellschaft nunmehr sämtliche Anteile an einer herrschenden oder an einer an der Gesellschaft mehrheitlich beteiligten Kapitalgesellschaft zu. Anstelle der Forderungen an Konzernunternehmen gelangen nach der neuen Terminologie die Forderungen an verbundene Unternehmen zum Ausweis. Eine entsprechende Ausweitung hat der die Verbindlichkeiten ausweisende Gegenposten erfahren. Die bisher "unter dem Strich" in einem Betrag ausgewiesenen Bürgschaften und Rückgriffsforderungen sind nunmehr aufzugliedern, soweit sie gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen.

Im Rahmen der Kleinen Aktienrechtsreform ²⁾ wurde die bis dahin kaum aussagefähige Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Bruttoprinzip untergliedert.

1) Vgl. Adler, Hans - Düring, Walther - Schmatz, Kurt, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Aufl., aaO, § 128, Tz 39 ff.

2) Vgl. das Gesetz über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung vom 23. Dezember 1959, BGBl. I, S. 789.

Damit sollte insbesondere der Umsatz- und Gewinnausweis der größeren Gesellschaften ¹⁾ transparent gemacht werden ²⁾. Durch die Verpflichtung, die Aufwendungen und Erträge aus Gewinnabführungs- und Verlustübernahmeverträgen auszuweisen, sollte insbesondere die Konzernpublizität verbessert werden. Diese Posten gingen vorher im heterogen zusammengesetzten Saldo "Rohüberschuß nach Organschaftsabrechnung" unter. Damit traten diese Positionen neben die bereits vorher ausweispflichtigen Erträge aus Beteiligungen. Auch die Gewinn- und Verlustrechnung ist gemäß § 157 AktG der präziseren Terminologie des neuen Aktienrechts angepaßt worden. Nach § 17 EGAktG gilt die Bruttorechnung nunmehr auch für kleine und Familiengesellschaften.

Der Geschäftsbericht hatte nach § 128 AktG 1937 die Rechnungslegung zu ergänzen und über die Erläuterung der Abschlußpositionen vor allem etwas über "die Beziehungen zu einem Konzernunternehmen" auszusagen. So hatte die herrschende Gesellschaft alle wesentlichen von ihr abhängigen Unternehmen aufzuzählen. Die abhängige Gesellschaft hatte demgegenüber das sie beherrschende Unternehmen zu nennen. Darüber hinaus war klarzustellen, worauf das Konzernverhältnis beruhte und welchen Änderungen es unterlag. Auch die laufenden Geschäfts-

1) Als größere (Kapitalmarkt-) Gesellschaften galten gemäß dem neugefaßten § 132 Abs. 5 AktG 1937 Aktiengesellschaften mit Bilanzsummen von über 3 Mill. DM sowie "Familiengesellschaften" mit Bilanzsummen von über 10 Mill. DM.

2) Vgl. Wilhelmi, Hans - Friedrich, Werner, Kleine Aktienrechtsreform, zugleich Nachtrag zu Godin-Wilhelmi, Aktiengesetz, Berlin 1960, S. 89 ff. und S. 94 ff.; Adler, Hans - D'iring, Walther - Schmaltz, Kurt, Die neue Gewinn- und Verlustrechnung, Ergänzungsband zur dritten Auflage des Handkommentars, Stuttgart 1961, § 132, Tz 1 ff.

beziehungen zwischen den Konzerngliedern (einschließlich der beherrschten Unternehmen) waren darzulegen sowie der Inhalt der Gesellschafts-, Lieferungs-, Kredit- und Pachtverträge anzugeben, soweit diese Vereinbarungen ohne die Verbundenheit der Unternehmen nicht zustandegekommen wären.

Da die Offenlegung der Konzernbeziehungen vielfach dem Prinzip der Geheimhaltung zuwiderläuft, konnte die Berichterstattung soweit unterblieben, "wie überwiegende Belange der Gesellschaft oder eines beteiligten Unternehmens oder der gemeine Nutzen von Volk und Reich^{es} erfordern" (§ 128 Abs. 3 AktG 1937) ¹⁾.

Der § 160 des neuen Aktiengesetzes stimmt mit seinem Vorgänger hinsichtlich des Lageberichts überein. Dagegen ist der Erläuterungsbericht entsprechend dem neuen Sprachgebrauch ausgebaut worden. So ist das Bestehen wechselseitiger Beteiligungen zu nennen. Statt einer Darstellung der "Beziehungen zu einem Konzernunternehmen" sind jetzt die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu allen verbundenen Unternehmen im Inland darzulegen. Außerdem sind Angaben über geschäftliche Vorgänge bei diesen Unternehmen zu machen, wenn sich die Ereignisse auf die berichtende Gesellschaft auswirken können. Darüberhinaus sind im Geschäftsbericht die der Gesellschaft nach § 20 Abs. 1 oder 4 AktG zugegangenen Mitteilungen über das Bestehen einer Beteiligung an ihr wiederzugeben. Dabei ist auch der Eigen-

1) Vgl. Adler - Düring - Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 128, Tz 6 ff., 22 ff. und 108 ff.

tümer zu nennen und die von ihm gehaltene Beteiligungssquote, je nachdem, ob sie über 25 vH. oder über 50 vH ihres Grundkapitals ausmacht. Die Inanspruchnahme der Schutzvorschrift bei der Berichterstattung ist erschwert worden. So können insbesondere Angaben über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nur unterbleiben, wenn die Gesellschaft "nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung" damit rechnen muß, daß den verbundenen Unternehmen hieraus Nachteile erwachsen. In diesem Fall ist aber zu vermerken, daß von der Schutzvorschrift Gebrauch gemacht worden ist (§ 160 Abs. 4 Satz 3 und 4 AktG).

Die aufgeführten Publizitätsvorschriften galten und gelten nur für Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. Der Kreis der hiervon betroffenen Unternehmen ist jedoch überraschend klein, wenn man die Rechtsformen der 100 oder 1 000 größten deutschen Industrieunternehmen überprüft. Im Jahre 1960 befanden sich unter den 100 größten Industrieunternehmen nur 79 Aktiengesellschaften. 21 der 100 größten Unternehmen unterlagen nicht der aktienrechtlichen Publizität. Das Bild verschlechtert sich, wenn man sich unter den 1 000 größten Industrieunternehmen umsieht. Hier waren nur 440 Gesellschaften zur Publizität verpflichtet, von denen wiederum nur 200 an der Börse notiert waren. Von den 560 nicht publizitätspflichtigen Großunternehmen hatten mit 299 über die Hälfte die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, boshaft auch "Gesellschaft mit beschränkter Publizität" genannt. Auffallend hoch ist aber auch die Anzahl der offenen Handelsgesellschaften und Einzelfirmen, die für 1960 mit 36 und 38 beziffert wird. Diese Daten sind das Ergebnis einer langfristigen Ent-

wicklung. Innerhalb der 1 000 größten Industrieunternehmen ist der Anteil der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien von 1954 bis 1960 von 502 auf 440 geschrumpft. Dafür ist der Anteil der Gesellschaften mit beschränkter Haftung von 278 auf 299 und der Kommanditgesellschaften von 122 auf 159 angewachsen ¹⁾.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund zweier Umwandlungswellen zu sehen, die durch befristete gesetzestechnische Erleichterungen in Gang gesetzt wurden. Diese Bewegungen haben in den Jahren 1937 und 1959 ihren Höhepunkt erlebt, ohne je völlig zum Erliegen zu kommen. So hat vor allem das Jahr 1965 noch die letzte Gelegenheit gegeben, sich den strengeren Publizitäts- und Berichtspflichten des neuen Aktiengesetzes durch Rechtsformwechsel zu entziehen ²⁾³⁾.

Der bloße Rechtsformwechsel ist nicht die einzige Möglichkeit zur "Flucht vor der Publizität". Für die großen Kapitalmarktgesellschaften verbietet sich dieser Weg von selbst. Umso nachhaltiger machen sie von den Möglichkeiten der Konzernierung durch An- und Ausgliederung Gebrauch. Durch die Zwischenschaltung nicht publizitätspflichtiger in- und ausländischer Mutter-, Tochter- und Enkelgesellschaften kann der Publizitätsrahmen nach

1) Vgl. Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft vom 29. Februar 1964, Bundestagsdrucksache IV/2320, Bonn 1964. Zit.: Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 97 f.; dasselbe, Anlagenband zum Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft vom 29. Februar 1964, zu Bundestagsdrucksache IV/ 2320, Frankfurt a.M. 1964, Zit.: Anlagenband zur Konzentrationsenquete, S. 523 f.

2) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 81 ff.

3) Vgl. Commerzbank AG, Düsseldorf (Hrsg.), von der AG in die GmbH, in: Bericht zur Wirtschaftslage, Januar 1966, S. 6 f.

Belieben variiert werden. So kann die Reichweite der Konzernherrschaft verschleiert werden, indem Beteiligungen durch nicht publizitätspflichtige Tochtergesellschaften oder Treuhänder gehalten oder sogar stille Beteiligungen an Aktiengesellschaften eingegangen werden, die wiederum in der Hand von Treuhändern liegen ¹⁾.

Die auf die Aktiengesellschaften bezogenen Bestimmungen zu Rechnungslegung reichen allein nicht aus, die Verlagerung und Kompensation von Unternehmens- und Konzernergebnissen, die Vortäuschung einer guten Liquiditätslage und die Verschleierung aller sonst berichtspflichtigen Sachverhalte zu verhindern. Daher galt es, die gesellschaftsbezogene durch eine konzernbezogene Publizitätspflicht zu ergänzen.

2. Die Publizitätspflicht des Konzerns

Einzelabschlüsse und Einzelgeschäftsberichte reichen für den Außenstehenden nicht aus, um sich ein wahres Bild von den Verhältnissen und Beziehungen der im Konzern zusammengefaßten Unternehmen zu machen. Sie würden selbst dann nicht ausreichen, wenn sich der Konzern nur aus publiz-

1) Durch die Konzentrationsenquete ist auch die Praxis einiger Personalkonzerne belegt worden, die sich zwecks Tarnung ihres Konzerneinflusses der gestreuten Beteiligung bedienten. Wurde ein Teil der Anteilsrechte durch Konzerngesellschaften gehalten, so lag die entscheidende Spitze zur Erreichung einer kumulierten Schachtel- oder Mehrheitsbeteiligung bei dem Konzerneigentümer selbst. Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 63.

tätspflichtigen Teilen zusammensetzte.

So ergibt die bloße Addition der in den Einzelbilanzen ausgewiesenen Gewinne nicht das Gesamtergebnis des Konzerns. Sieht man den Konzern als wirtschaftliche Einheit, stecken in den Einzelausweisen der rechtlich selbständigen Glieder insoweit nicht realisierte Gewinne, als die mit Gewinnen verrechneten Lieferungen und Leistungen den Konzernbereich noch nicht verlassen haben. Auch die Vermögenslage läßt sich nicht zuverlässig aus der Addition der Aktiva und Passiva sämtlicher Konzernunternehmen ermitteln. So werden die Konzernaktiva durch die Addition der im Konto der Obergesellschaft ausgewiesenen Beteiligungen und der durch sie repräsentierten Aktiva der Untergesellschaft aufgrund der Doppelzählung unrichtig wiedergegeben. Die konzerninternen Forderungen und Verbindlichkeiten blähen die Bilanzsumme auf und täuschen eine wirklichkeitsfremde Liquiditätslage des Konzerns vor ¹⁾.

Ein wirklichkeitsnahes Bild erhält der Abschlußleser nur aus einer konsolidierten Bilanz ²⁾ und Gewinn- und Verlustrechnung. Mittels Kapitalkonsolidierung wird der wenig aussagende Posten "Beteiligungen" durch die hierdurch repräsentierten Aktiva der Untergesellschaften ersetzt. Mit dem

1) Vgl. Gutenberg, Erich, Konzernbilanzen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. VI, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 179.

2) "Eine konsolidierte Bilanz ist eine aus Einzelbilanzen einer Gruppe wirtschaftlich eng zusammengehöriger Gesellschaften zusammengefaßte Bilanz, bei der alle zwischengesellschaftlichen Konten aufgerechnet werden". Bores, Wilhelm, Konsolidierte Erfolgsbilanzen und andere Bilanzierungsmethoden für Konzerne und Kontrollgesellschaften, Leipzig 1935, S. 4 f.

Wegfall der Beteiligung auf der Aktivseite der Obergesellschaft entfällt das eigene Kapital auf der Passivseite der Untergesellschaft. Bei vollständigem Besitz wirft die Kapitalkonsolidierung noch die wenigsten Probleme auf. Hier bereiten jedoch Bewertungsunterschiede Schwierigkeiten, die sich aus dem Erwerbspreis und der Fortführung der Beteiligung ergeben. Wird die Beteiligung im Konto der Obergesellschaft über oder unter pari bewertet, sind die Differenzen, die bei der Eliminierung des Eigenkapitals (Nennkapital + Rücklagen + Gewinn ./ Verlust) auftreten, je nach der Ursache ihrer Entstehung durch Neubewertung der Aktiva oder Einstellung positiver und negativer "Geschäftswerte" auf der Gegenseite der Bilanz auszugleichen ¹⁾.

Die Kapitalkonsolidierung wirft Probleme auf, wenn an den Untergesellschaften auch Minderheiten beteiligt sind. Die Eliminierung geht in der oben beschriebenen Weise vor sich, doch besteht die Problematik in der buchtechnischen Behandlung des konzernexternen Eigenkapitals. Eine Kapitalkonsolidierung entsprechend der Beteiligungsquote der Obergesellschaft wird abgelehnt ²⁾. Daher

1) Vgl. Gutenberg, Erich, Konzernbilanzen, aaO, S. 181 f.; Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, Teil II, Wiesbaden 1958, S. 224 ff.; Schuhmann, Werner, Der Konzernabschluß, aaO, S. 90 ff.; Fuchs-Gerloff, Die konsolidierte Bilanz, aaO, S. 88 f. und S. 102 ff.-Über den Charakter der Ausgleichsposten bzw. -differenzen vgl. Bores, Wilhelm, Konsolidierte Erfolgsbilanzen, aaO, S. 65 f.; Käfer, Karl, Probleme der Konzernbilanz, aaO, S. 359 ff.; Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 168 f.; Edelkott, Dieter, Der Konzernabschluß in Deutschland. Eine Untersuchung über seine Aussagefähigkeit und seine zweckmäßige Gestaltung, Staatswissenschaftliche Studien, Hrsg. Edgar Salin und Gottfried Bombach, N.F., Bd. 48, Zürich 1963, S. 117 ff.

2) s. folgende Seite.

wird zunächst wie bei vollständigem Besitz verfahren, um dann die Anteile Dritter am Nennkapital, an den Rücklagen und am Gewinn ihrer Gesellschaften in der Konzernbilanz als Sonderposten auszuweisen. Das konzernexterne Eigenkapital wird damit wie Gläubigerkapital behandelt ¹⁾.

Durch die Schuldenkonsolidierung sollen die manipulierbaren Schuldverhältnisse im Konsolidierungskreis eliminiert werden. Sieht man von zeitlich und sachlich bedingten Buchungsdifferenzen ab, so gleichen sich die Summen von Konzernforderungen mit denen der Konzernverbindlichkeiten jederzeit aus. Damit wird die Summe der Konzernbilanz um die konzerninternen Schuldverhältnisse gekürzt ²⁾.

Mit der Erfolgskonsolidierung wird bezweckt, die durch konzerninterne Lieferungs- und Leistungsbeziehungen aufgebauchten Aufwendungen und Erträge auf das Maß zurückzuführen, das dem Konzern aus dem Wirtschaftsverkehr mit der Außenwelt erwachsen ist. Den im konzerninternen Austausch von Lieferungen und Leistungen entstandenen Aufwendungen der einen stehen die entsprechenden

2) der vorhergehenden Seite:

2) Vgl. Hoffmann, Alexander, Die Konzern-Bilanz, in: Betrieb und Unternehmung, Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 11, Hrsg. Alexander Hoffmann, Leipzig 1930, S. 55; Gutenberg, Erich, Konzernbilanzen, aaO, S. 182; Käfer, Karl, Probleme der Konzernbilanz, aaO, S. 358; Schuhmann, Werner, aaO, Konzernabschluß, aaO, S. 102.

1) Vgl. Gutenberg, Erich, Konzernbilanzen, aaO, S. 182; Schuhmann, Werner, Der Konzernabschluß, aaO, S. 103 ff.; Käfer, Karl, Probleme der Konzernbilanz, aaO, S. 358.

2) Vgl. Gutenberg, Erich, Konzernbilanzen, aaO, S. 182 f.; Schuhmann, Werner, Der Konzernabschluß, aaO, S. 110 ff.

Erträge der anderen Gruppe von Konzernunternehmen gegenüber. Ihre Ausschaltung berührt den Erfolg der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung nicht. Dagegen wird bei der erfolgswirksamen Konsolidierung der Gewinn- und Verlustrechnung auch ein Bilanz- bzw. Bestandskonto berührt. Auf diese Weise werden nicht nur die Gewinne und Verluste aus Umsätzen als realisiert verzeichnet, die mit Konzernexternen getätigt worden sind ¹⁾. Sind Minderheiten an den Untergesellschaften beteiligt, gelten konzerninterne Gewinne ihrer Gesellschaften für sie zwar als realisiert. Doch werden die Aufwendungen und Erträge gemäß ^{der} Interessentheorie nicht vollständig, wie bei der Einheitstheorie, eliminiert. Vielmehr werden die auf die Minderheiten entfallenden Aufwendungen und Erträge nach der Eliminierung der gesamten konzerninternen Erfolge zurückbehalten und gesondert ausgewiesen ²⁾.

Bis zum Inkrafttreten des Aktiengesetzes von 1965 bestand für die deutschen Konzerne keine Verpflichtung zur Veröffentlichung von Konzernabschlüssen. Der § 134 Nr. 2 AktG 1937 sah nur eine Ermächtigung des zuständigen Ministers vor, "für Konzernunternehmen Vorschriften über die Aufstellung des eigenen und über die Aufstellung eines gemeinschaftlichen Jahresabschlusses zu erlassen". Von dieser Ermächtigung ist jedoch kein Gebrauch gemacht worden.

1) Vgl. Gutenberg, Erich, Konzernbilanzen, aaO, S. 183; Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, Teil II, aaO, S. 240 ff.; Schuhmann, Werner, Der Konzernabschluß, aaO, S. 126 ff.

2) Vgl. Schuhmann, Werner, Der Konzernabschluß, aaO, S. 120 f.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Besatzungsbehörden den westlichen Alliierten mit der Umbildung der deutschen Montankonzerne zugleich die Pflicht zur Veröffentlichung konsolidierter Rechnungen eingeführt. Das zur "Umgestaltung des deutschen Konzernbergbaus und der deutschen Stahl- und Eisenindustrie" erlassene Gesetz Nr. 27 des Rates der Alliierten Kommission vom 16. Mai 1950 enthielt eine entsprechende Mustersatzung. Sie bestimmte in § 16 Abs. 2, daß dem Geschäftsbericht eine konsolidierte Bilanz sowie eine konsolidierte Gewinn- und Verlust-Rechnung beizufügen war. Hierin waren alle Konzernunternehmen einzubeziehen, an denen die bilanzierende Gesellschaft mindestens hälftig beteiligt war oder sonst einen beherrschenden Einfluß ausübte. Hierzu waren in der Bilanz oder im Geschäftsbericht gesonderte Erläuterungen zu geben. Außerdem war die Prüfung und Bestätigung durch den Abschlußprüfer vorgesehen. Von den statutarischen Verpflichtungen konnten sich die Gesellschaften gemäß § 15 Nr. 5 A der Mustersatzung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln des gesamten Grundkapitals befreien ¹⁾

Die Gesellschaften haben ihre Satzungen zwar geändert, nicht aber die neue Tradition aufge-

1) Vgl. Münstermann, Hans, Konsolidierte Bilanzen deutscher Konzerne, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F., 9. Jg., 1957, S. 440 und S. 442; Fettel, Johannes, Konzernbilanzen, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. II, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 3331 f.

geben. Mit den Satzungsänderungen haben die Montankonzerne nur die Konsolidierungsbereiche entsprechend ihren individuellen publizitätspolitischen Zielen neu, d. h. enger, abgesteckt ¹⁾.

Die Zahl der Gesellschaften, die freiwillig Konzernabschlüsse in Geschäftsberichten und Börsenzulassungsprospekten publizieren, hat im vergangenen Jahrfünft zugenommen. Der zwischenzeitliche und zwischenkonzernliche Vergleich wird jedoch aufgrund der Wahl unterschiedlicher Kriterien zur Abgrenzung des Konsolidierungskreises stark beeinträchtigt ²⁾. Auch die Methoden der Kapital-, Schulden- und Erfolgskonsolidierung sind unterschiedlich gehandhabt oder ungenügend erläutert worden ³⁾. Somit kann der Erkenntniswert der freiwillig vorgelegten Konzernabschlüsse nicht allzu hoch veranschlagt werden.

Das reformierte Aktiengesetz versucht, in den §§ 329 ff. einheitliche Richtlinien für die Konsolidierung der Jahresabschlüsse von Konzernunternehmen aufzustellen. Sie gelten gemäß § 23 EGAktG jedoch erst für das nach dem 31. Dezember 1966 beginnende Geschäftsjahr.

1) Vgl. Busse v. Colbe, Walther, Der Konzernabschluß nach neuem Aktienrecht, in: Die Aktiengesellschaft, 11. Jg., 1966, S. 269; Schuhmann, Werner, Der Konzernabschluß, aaO, S. 44 und S. 53 ff.

2) Vgl. Schuhmann, Werner, Der Konzernabschluß, aaO, S. 86 ff.

3) Vgl. derselbe, S. 97 ff., S. 111 ff., S. 122 ff.

Die gesetzliche Festlegung des Konsolidierungsbereichs dient dem Zweck, auch die nicht publizitätspflichtigen Konzernglieder jeglicher Rechtsform in den Konzernabschluß einzubeziehen. Damit soll den Konzernunternehmen die Möglichkeit genommen werden, sich den konzernrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften durch Rechtsformwechsel zu entziehen.

Nach § 329 Abs. 1 AktG haben inländische Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien, die an der Spitze eines Konzerns stehen, einen Konzernabschluß und -geschäftsbericht zu erstellen. Diese Verpflichtung gilt gemäß § 28 Abs. 1 EGAktG auch für Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder bergrechtliche Gewerkschaften, wenn diese an der Spitze eines Konzerns stehen, in dem mindestens ein Konzernglied die Rechtsform der Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien hat.

Wird die Konzernspitze in einer anderen als der bereits erfaßten kapitalgesellschaftlichen Rechtsform geführt, so sind die ihr am nächsten stehenden (Unter-) Kapitalgesellschaften verpflichtet, nach dem obigen Schema Konzernabschlüsse für die ihnen unterstellten Konzernbereiche zu erstellen (§ 330 Abs. 1 AktG und § 28 Abs. 2 EGAktG). Diese Verpflichtung entfällt, wenn die nicht publizitätspflichtige Konzernleitung freiwillig einen Gesamtkonzernabschluß vorlegt, welcher den aktienrechtlichen Vorschriften entspricht (§ 330 Abs. 1 Satz 3 AktG).

Teilkonzernabschlüsse nach dem vorgenannten Muster sind auch zu erstellen, wenn sich die Konzernspitze im Ausland befindet, es sei denn, diese veröffentlicht einen aktienrechtlichen Konzernabschluß im Bundesanzeiger (§ 330 Abs. 2 AktG und § 28 Abs. 2 AktG).

In den Teil- oder Vollkonzernabschluß sind sämtliche inländischen Konzernunternehmen ein-zubeziehen, an denen der Konzern direkt oder indirekt überhäftig beteiligt ist (§ 329 Abs- 2 Satz 1 AktG). Bei geringerer Beteiligungs- quote müssen inländische Konzernunternehmen dann einbezogen werden, wenn ihre Einbeziehung für die Beurteilung der Vermögens- und Ertragslage des Konzerns wesentlich ist (§ 329 Abs. 2 Satz 4 AktG). Ausgenommen bleiben Unternehmen von geringer Bedeutung, wesens- und artfremde Nebenbetriebe und vorübergehend gehaltene Be- teiligungen, inländische Unternehmen mit häl- tiger oder geringerer Konzernbeteiligung sowie ausländische Konzernunternehmen. Die beiden letztgenannten Gruppen können jedoch freiwillig in den Konzernabschluß aufgenommen werden (§ 329 Abs. 2 Satz 1 bis 4 AktG). Die Aufnahme ausländischer Konzernunternehmen ist im Konzern- Geschäftsbericht zu vermerken (§ 334 Abs. 1 Satz 3 AktG).

Der Konzern-Geschäftsbericht enthält, ähnlich dem Einzel-Geschäftsbericht der Aktiengesell- schaft, einen Lagebericht zum Konzern und einen Erläuterungsbericht zum Konzernabschluß. Darüber- hinaus sind besondere Angaben zu machen über

die dem Konzern angehörenden und die in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen. Die Einbeziehung oder Nichteinbeziehung ist zu begründen. Nach dem Stichtag des Konzernabschlusses eingetretene Vorfälle von besonderer Bedeutung sind darzulegen sowie entstandene oder zu erwartende größere Verluste bei nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen. Die Abweichungen gegenüber dem letzten Konzernabschluß sind zu erörtern und Angaben über den Charakter der Ausgleichsdifferenzen aus der Konsolidierung zu machen. Wie im Einzel-Geschäftsbericht sind Angaben über rechtliche und geschäftliche Beziehungen zu verbundenen Unternehmen mit Sitz im Inland zu machen, die nicht Konzernunternehmen sind. Dabei ist auch auf geschäftliche Vorgänge bei diesen Unternehmen einzugehen, welche die Lage des Konzerns beeinflussen können. Aus dem Abschluß nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse und Sicherheitsbestellungen für Verbindlichkeiten der konsolidierten Konzernunternehmen sind ebenfalls anzugeben. Nicht zuletzt sind dem Konzern-Geschäftsbericht die Abschlüsse der nicht konsolidierten Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien beizufügen (§ 334 AktG).

Die Darlegungen über die Problematik des konsolidierten Abschlusses und den Inhalt des Konzern-Geschäftsberichts lassen erkennen, auf welchen Gebieten die neue aktienrechtliche Konzernpublizität einen Fortschritt verspricht.

Daß auch sie nicht frei von Schwächen sind, zeigt der für die Bestimmung des Konsolidierungskreises freigelassene Spielraum, der vor allem die ausländischen Konzernglieder auszuschließen erlaubt. Dem vorgelegten Abschluß ist die Liquiditätslage nicht unbedingt zu entnehmen, da für die Obergesellschaft eine recht unterschiedliche Verfügungsmacht über die kurzfristigen Finanzmittel der Untergesellschaften besteht. Sie richtet sich nach Art und Umfang des Konzerneinflusses und kann sich im Zeitablauf ändern. Bei unterschiedlichen Geschäftsjahren ist der ausgewiesene Reingewinn nicht mit dem ausschüttungsfähigen Gewinn identisch. Auch die Anteile der Minderheiten an verschiedenen Bilanzpositionen, bspw. den "Sonderposten mit Rücklagenanteil", bleiben unsichtbar. Den Minderheiten selbst erschließt der Konzernabschluß keinen zusätzlichen Einblick in ihre eigene Vermögenslage ¹⁾.

Die neuen Vorschriften zur Konzernpublizität haben ihre Bewährungszeit noch nicht angetreten. Der Konzerntraktionsenquete-Bericht gibt jedoch erste Hinweise auf die durch die Aktienrechts-

1) Vgl. Peupelmann, Hans W., Die Rechnungslegung im Konzern nach dem AktG 1965, in: Beiträge zum Aktienrecht 1965 (I), Schriftenreihe "Der Betrieb", Düsseldorf 1966, S. 27 ff.

reform herbeizuführende Verbesserung der Publizität der Konzernumsätze ¹⁾. Danach hatte der Gesamtumsatz der 100 größten Unternehmensverbindungen der Industrie einschließlich ihrer überhöftigen Beteiligungen im Jahre 1960 ein Volumen von 134,6 Mrd. DM erreicht ²⁾. Auf 34 Konzerne mit jeweils weniger als 10 Beteiligungen entfiel ein Umsatz von 27,9 Mrd. DM. Davon waren nach dem derzeit geltenden Aktienrecht 81,2 vH publizitätspflichtig. Nach den Publizitätsvorschriften des reformierten Aktiengesetzes hätte der Anteil der bekanntzugebenden Umsätze bei 90,2 vH gelegen.

Die Diskrepanz verstärkt sich bei den größeren Unternehmensverbindungen. Bei den 43 Konzernen, die mit je 10 bis 25 Beteiligungen insgesamt 44,5 Mrd. DM umgesetzt haben, unterlagen 60,9 vH ihrer Umsätze der geltenden und 75,7 vH der künftigen Publizitätspflicht. Die 23 Konzerne mit mehr als 25 Beteiligungen haben 61,9 vH ihres mit 62,2 Mrd. DM bezifferten Umsatzes publiziert. Nach dem neuen Aktiengesetz hätten sie 84,5 vH ihres Umsatzes veröffentlichen müssen.

1) Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 70 f.

2) Die Umsatzangaben entstammen den Umsatzsteuererklärungen der industriellen Bereiche der 100 größten Industriekonzerne.

Detaillierte Hinweise vermitteln die entsprechenden Angaben zu den einzelnen Rechtsformen. Sie liegen jedoch nur für Konzerne mit 10 bis 25 und für solche mit mehr als 25 Beteiligungen vor. Die durch Aktiengesellschaften geführten Konzerne veröffentlichen nur 84,2 vH bzw. 73,1 vH ihrer nunmehr publizitätspflichtigen Umsätze. Bei den GmbH-Konzernen beider Größenklassen erhöht sich der Anteil der bekanntzugebenden Umsätze sogar von 2,4 vH bzw. 9,5 vH auf 20,5 vH bzw. 29,7 vH.

C Aufgabenstellung und Lösungsweg

Die historisch gegebene Datenkonstellation ist für die Erklärung der möglichen Ziele und Mittel der Konzernpolitik von derart wichtiger Bedeutung, daß sie eine Zweigliederung der Aufgabenbereiche erfordert. Neben der nationalen hat die internationale Konzernpolitik als eigenständiges Untersuchungsobjekt zu stehen. Für beide Bereiche gelten unterschiedliche Rahmenbedingungen.

Bestimmungsmerkmale für die auf den nationalen Raum beschränkte Konzernpolitik sind die wirtschaftliche Größe und Leistungsfähigkeit eines Landes, seine kulturelle Situation und soziale Struktur sowie die daraus hervorgehende Rechtsordnung und nicht zuletzt die Art und Intensität der kulturellen und wirtschaftlichen Integration mit anderen Volkswirtschaften. Danach gibt es so viele nationale Konzernpolitiken, wie es Staaten mit privatwirtschaftlich-kapitalistischer Grundordnung gibt. Der erste Aufgabenbereich ist der Untersuchung der nationalen Konzernpolitik im bundesdeutschen Wirtschaftsraum einschließlich West-Berlins gewidmet.

Die internationale Konzernpolitik ist mehr als die Summe der nationalen Konzernpolitiken. Dieses Mehr ist Untersuchungsobjekt des zweiten Problemkreises. Es besteht nicht in der Berücksichtigung der individuellen Daten der durch die internationale Konzernpolitik tangierten Gastländer, sondern in den Bedingungen des bi- und multilateralen Wirtschaftsverkehrs.

Für die Bearbeitung beider Bereiche der Konzernpolitik bietet sich die in der Betriebswirtschaftslehre entwickelte Lehre von der strukturellen Organisation der Betriebswirtschaften an. Sie widmet sich der produktiven Kombination der Elementarfaktoren Arbeit und Kapital. Hieraus ergeben sich die vielfältigen Unternehmungs- und Beteiligungsformen, die unter anderem "zu den modernen Verflechtungen der Konzerne und Trusts" ¹⁾ geführt haben. Mit der Politik der strukturellen Organisation ist die der laufenden Betriebsführung eng verzahnt. Beide Bereiche lassen sich gedanklich trennen. Ihre ganzheitliche Bearbeitung führt jedoch zu verschiedenen Überschneidungen. Damit bestätigt sich ihre Interdependenz ²⁾.

Die externe Untersuchung der Konzernpolitik beschränkt sich auf einige charakteristische Schwerpunkte. So wird die Wahrnehmung der Gestaltungsaufgabe in den Bereichen der Kapital- und Leistungswirtschaft untersucht. Innerhalb der laufenden Konzernführung konzentriert sich das Interesse auf die dominierende Funktion der finanzwirtschaftlichen Steuerung der Konzerne.

1) Deutsch, Paul. Entwicklungstendenzen der Betriebswirtschaftslehre im Zeichen des technischen Fortschritts, aaO, S. 484.

2) Vgl. daselbst, S. 485.

Zweiter Abschnitt:

Der Erkenntniswert der Unternehmensberichterstattung in bezug auf die nationale Konzernpolitik

Bei der Untersuchung der nationalen Konzernpolitik gilt das besondere Augenmerk den räumlichen Bedingungen, die sich aus den nationalen Standorten der Konzernunternehmen ergeben. Die wichtigsten Daten der Konzernpolitik liegen bei aller wirtschaftlichen Realität auf den Gebieten des Gesellschafts- und Steuerrechts. Die Begriffsbestimmung des Konzerns und der konzernverwandten Unternehmensverbindungen zeigt, daß sie ihre Existenz auf Kategorien insbesondere dieser Rechtsgebiete begründen.

Besondere Bedeutung erlangt hierbei das reformierte Aktiengesetz von 1965. Es hat mit seinen zahlreichen Bestimmungen über die verbundenen Unternehmen neue gesellschaftsrechtliche Daten gesetzt. Da die Untersuchung in die Vorphase des Übergangs zum neuen Aktiengesetz fällt, ist ein permanenter Vergleich der alten und neuen Bestimmungen zum Konzernrecht unerläßlich. Daneben hat gerade in diesen Teilbereichen das Steuerrecht einen starken Einfluß auf die konzernbezogenen Gestaltungs- und Steuerungsaufgaben genommen. Auch dieser Rechtskreis kann nicht ignoriert werden.

Die konzernbezogenen Daten des Gesellschafts- und Steuerrechts werden jedoch nur insoweit gewürdigt, als sie für die wichtigsten Rechtsformen gelten, deren sich die Konzernpolitik bedient. Es handelt sich um die gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen des Aktien- und GmbH-Rechts und um die steuerlichen Vorschriften, soweit sie sich auf die kapitalgesell-

schaftlichen Rechtsformen bei verbundenen Unternehmen beziehen.

Aus räumlichen Gründen muß auf die Darstellung der Datensetzung durch das deutsche ¹⁾ und europäische ²⁾ Wettbewerbsrecht und das deutsche Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer ³⁾ verzichtet werden.

1) Vgl. hierzu bspw. Wolff, Jürgen, Wettbewerbsbeschränkende Wirkungen der Gründung gemeinsamer Produktionsunternehmen und ihre Beurteilung nach den §§ 1, 23 GWB, in: Der Betriebs-Berater, 21. Jg., 1966, S. 920 ff.; Deringer, Arved - Herrmann, Hans-Jürgen, Konzernmäßige Zusammenschlüsse und das Kartellverbot des § 1 GWB, in: Der Betriebs-Berater, 21. Jg., 1966, S. 1157 ff.; Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 321 ff.

2) Näheres bei: Kern, Peter R., Das Recht der Unternehmenszusammenschlüsse in der Montanunion, Berlin und Frankfurt a.M. 1955; Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 325 f.; Skaupy, Walther, "Kooperation und Konzentration im gemeinsamen Markt". Ein Bericht zum II. Internationalen Forum "EWG-Kartellrecht" in Brüssel 17.-19. April 1967, in: Die Aktiengesellschaft, 12. Jg., 1967, S. 185 ff.

3) Vgl. bspw. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 100 f., 178 ff., 339 f.

A Der kapitalwirtschaftliche Konzernaufbau

Der kapitalwirtschaftliche Auf- und Umbau des Konzerns richtet sich auf die Erlangung und Aufgabe des mitgliedschaftlichen Stimmrechts der Gesellschaften, um sie in das Interessengebiet der Konzernpolitik einzubeziehen. Sind sie bereits einbezogen, kann die Politik darauf gerichtet sein, die gesellschaftsrechtliche Bindung zu intensivieren, zu lockern oder völlig aufzugeben.

Mittel der gesellschaftsrechtlichen Einflußnahme ist das Eigentum an den erforderlichen Gesellschaftsanteilen. Hinweise auf die Konzernpolitik gibt die beteiligungspassive und beteiligungsaktive Kapitalverflechtung. Aufgrund der unvollständigen Unternehmenspublizität interessiert hier das bei Konzernunternehmen liegende Kapitaleigentum an den Gesellschaften ebenso wie die bei den Gesellschaften liegenden Kapitalbeteiligungen an anderen Unternehmen.

Die systematische Darstellung der Beteiligungstransaktionen, die im Auf- und Umbau des Konzerns vorgenommen werden, vermittelt einen Einblick in die hierin angewandten Techniken und die kapitalwirtschaftlichen Gestaltungsformen der Konzernpolitik.

I. Das mitgliedschaftliche Stimmrecht als Gegenstand des konzernpolitischen Interesses

Die kollektive Willensbildung der Gesellschaftsunternehmen vollzieht sich in dem Akt der Beschlußfassung, an dem sich die Mitglieder durch Abgabe ihrer Stimmen beteiligen. Im Rahmen ihrer Versammlung erklären die Abstimmenden durch Stimmgabe, daß sie einen Beschlußantrag gutheißen oder ablehnen. Die Abstimmungsmacht des einzelnen Gesellschafters richtet sich nach dem Umfang der Beschlußgegenstände und dem Gewicht seiner Stimme innerhalb der Beschlußfassung. Die der Beschlußfassung unterliegenden Gegenstände und die Berechnung des mitgliedschaftlichen Stimmgewichts sind in Gesetz und Satzung normiert ¹⁾. Das von maßgebenden Gesellschaftern oder der Verwaltung ausgehende Beschlußantrags- oder Initiativrecht hat mit der Abstimmungsmacht unmittelbar nichts zu tun. Es ist für die Willensbildung jedoch nicht minder bedeutsam. Durch den Antrag wird die Willensäußerung der Gesellschafter nicht nur auf "ja" oder "nein" beschränkt. Die Weichen für die Antwort werden vielfach mit der geschickten Formulierung des Antrags gestellt ²⁾.

1) Vgl. Zöllner, Wolfgang, Die Schranken mitgliedschaftlicher Stimmrechtsmacht bei den privatrechtlichen Personenverbänden, Schriften des Instituts für Wirtschaftsrecht an der Universität Köln, Hrsg. H.C. Nipperdey, Bd. 15, München und Berlin 1963, S. 1.

2) Vgl. derselbe, S. 13 und S. 358 f.

1. Der gegenständliche Umfang des Stimmrechts.

Mit der Anzahl der Gesellschaftsangelegenheiten, die der Beschlußfassung unterliegen, wächst der stimmrechtliche Einfluß der Gesellschafter. Der mitgliedschaftlichen Beschlußfassung unterliegen kraft Gesetzes oder Satzung die Maßnahmen zur Gestaltung und Änderung der Gesellschaftsverfassung, Maßnahmen der Geschäftsführung und Maßnahmen auf Sondergebieten ¹⁾.

Die Gesellschaftsverfassung ist in der Satzung bzw. dem Gesellschaftsvertrag niedergelegt. Sie bestimmt die Rechtsform und Kapitalgrundlage der Gesellschaft und regelt die mitgliedschaftlichen Rechte und Pflichten. Nach § 119 Abs. 1 AktG beschließen die Aktionäre in der Hauptversammlung über die Gegenstände, die Gesetz oder Satzung ausdrücklich bestimmen. Das gilt insbesondere für die Aufstellung und Änderung der Satzung (§ 179 AktG) sowie die Festlegung der Kapital- und Vermögensgrundlage der Gesellschaft ²⁾.

Im weitgehend dispositiven Recht der Gesellschaft mit beschränkter Haftung werden die Rechte der Gesellschafter in erster Linie durch die Satzung

1) Vgl. Zöllner, Wolfgang, Die Schranken mitgliedschaftlicher Stimmrechtsmacht, aaO, S. 14 ff.

2) Dazu gehört die Kapitalerhöhung gegen Einlagen und aus Gesellschaftsmitteln (§§ 182, 207 AktG), das Bezugsrecht (§ 186 AktG), das bedingte und genehmigte Kapital (§§ 192, 202 AktG), die ordentliche und einfache Kapitalherabsetzung (§§ 222, 229 AktG), die Auflösung (§ 262 AktG), die Fortsetzung der Gesellschaft (§ 274 AktG), der Unternehmensvertrag (§ 293 AktG), die Verschmelzung durch Aufnahme und durch Neubildung (§§ 340, 353 AktG), die Vermögensübertragung (§§ 359 ff. AktG) und die Umwandlung (§§ 362 ff. AktG).

geregelt (§ 45 GmbHG), soweit die Zuständigkeit der Mitglieder nicht durch Gesetzesvorschriften zwingend festgelegt wird ¹⁾. Nur bei fehlender Regelung im Gesellschaftsvertrag bestimmen sich die Kapitalgrundlagen der Gesellschaft nach § 46 Abs. 2 und 3 GmbHG. Diese Vorschrift unterwirft die Einforderung von Einzahlungen auf Stammeinlagen und die Rückzahlung von Nachschüssen der Bestimmung durch die Gesellschafter, soweit die Satzung dies gemäß § 26 GmbHG vorsieht.

Maßnahmen der Geschäftsführung, die der Bestimmung durch die Mitglieder unterworfen werden können, sind insbesondere der Abschluß von Rechtsgeschäften mit oder gegenüber Dritten, der An- und Verkauf von Waren, der Abschluß von Miet- und Werkverträgen, die Aufnahme und Gewährung von Krediten, der Abschluß und die Kündigung von Einstellungsverträgen oder die Erteilung von Weisungen an Arbeitnehmer, d.h. alle auf die "Verfolgung des Verbandszweckes" gerichteten Tätigkeiten ²⁾.

Der Hauptversammlung überläßt das Aktienrecht die Entscheidung über Fragen der Geschäftsführung nur, "wenn der Vorstand es verlangt" (§ 119 Abs. 2 AktG). Die Gesellschafter interessiert insbesondere die Feststellung des Jahresabschlusses. Dieses Recht steht den Aktionären jedoch nur zu, falls sich Aufsichtsrat und Vorstand nicht einigen

1) Das GmbH-Gesetz legt die Zuständigkeit der Gesellschafter in bezug auf die Satzungsänderung (§ 53 GmbHG) und die Einforderung von Nachschüssen (§ 26 GmbHG) fest.

2) Zöllner, Wolfgang, Die Schranken mitgliederschaftlicher Stimmrechtsmacht, aaO, S. 14.

können oder freiwillig beschließen, die Hauptversammlung hierüber befinden zu lassen (§ 173 Abs. 1 AktG). Die Hauptversammlung beschließt nach wie vor über die Verwendung des Bilanzgewinns. Dabei ist sie an den festgestellten Jahresabschluß gebunden, auch wenn sie ihn selbst festgestellt hat (§ 174 Abs. 1 AktG).

Das GmbH-Gesetz spricht den Mitgliedern in § 46 Nr. 1 eindeutig das Recht zu, den Jahresabschluß festzustellen.

Die den Mitgliedern obliegenden gesellschaftsrechtlichen Einzelmaßnahmen berühren weder die konstitutiven Grundlagen der Gesellschaft noch die Fragen der Geschäftsführung ¹⁾. Sie hängen mit der eigenen Rechtspersönlichkeit der Gesellschaften zusammen. So sind ihre Organe zu bestellen und abzurufen ²⁾ (§§ 101 und 103 AktG; § 46 Nr. 5 und 7 GmbHG), ihre Verwaltungsträger zu entlasten (§ 120 AktG; § 46 Nr. 5 GmbHG) und ihre Abschluß- und Sonderprüfer zu nominieren (§§ 163 und 142 AktG; § 46 Nr. 6 GmbHG). Nicht zuletzt befinden die Gesellschafter über die Genehmigung der Teilung (§ 46 Nr. 4 GmbHG) und Veräußerung (§§ 15 und 17 GmbHG; § 68 Abs. 1 AktG (Namensaktien)) von Gesellschaftsanteilen.

1) Vgl. Zöllner, Wolfgang, Die Schranken mitgliederschaftlicher Stimmrechtsmacht, aaO, S. 15.

2) Bezüglich der Bestellung und Abberufung des Aufsichtsrates (§§ 101 und 103 AktG) ist zu berücksichtigen, daß die Kompetenz der Hauptversammlung aufgrund der Satzung, des Betriebsverfassungsgesetzes sowie des Mitbestimmungs- oder Mitbestimmungsergänzungsgesetzes stark eingeschränkt worden ist.

2. Das Gewicht der Stimmabgabe

Mit der Stimmkraft verfügt der Gesellschafter über das Gewicht, das seiner Stimme "im Rahmen des Gesamtbeschlusses zukommt" ¹⁾. Die absolute Stimmkraft bemißt sich bei der Kapitalgesellschaft typischerweise nach Kapitalnennbeträgen. So gewähren eine Aktie oder 100 DM eines Geschäftsanteils jeweils eine Stimme in der Haupt- oder Gesellschaftsversammlung (§§ 12 Abs. 1 Satz 1 und 134 Abs. 1 AktG; § 47 Abs. 2 GmbHG). Diese Bestimmungen ermöglichen es, Abstimmungsmacht auf eine Person entsprechend ihrer Kapitalbeteiligung zu kumulieren.

Entgegen dieser Norm kann die Satzung der Aktiengesellschaft die Gleichheit von Kapitalbeteiligung und Stimmkraft aufheben, indem sie Höchststimmrechte festlegt, stimmrechtslose Vorzugsaktien vorsieht oder einer bestimmten Gruppe von Aktionären Mehrstimmrechtsaktien an die Hand gibt.

a) Die Stimmkraft einzelner Aktiengattungen

Die Höchststimmrechte der Besitzer von Aktienpaketen können an einer oder mehreren abgestuften Obergrenzen fixiert werden (§ 134 Abs. 1 Satz 2 AktG). Das neue Aktiengesetz sieht auch vor, durch

1) Zöllner, Wolfgang, Die Schranken mitglied-schaftlicher Stimmrechtsmacht, aaO, S. 1.

die Satzung festzulegen, daß den Aktien des Parteieigentümers im Abstimmungsfall auch diejenigen Anteile zuzurechnen sind, die beherrschenden oder konzernverbundenen Unternehmen oder Dritten für seine Rechnung gehören (§ 134 Abs. 1 Satz 3 und 4 AktG). Damit soll eine Umgehung der Höchststimmrechte durch Einschaltung von Stroh Männern oder Konzernfirmen verhindert werden. Die genannten Stimmrechtsbeschränkungen dürfen nicht einseitig bestimmten Aktionären auferlegt werden (§ 134 Abs. 1 Satz 5 AktG), da sonst die nicht beschränkten Aktien im Verhältnis zu den Höchststimmrechtsaktien wie die rechtspolitisch unerwünschten Mehrstimmrechtsaktien wirken könnten. In allen Fällen der Stimmrechtsbegrenzung behält der Aktionär den seiner Kapitalbeteiligung entsprechenden Stimmrechtseinfluß bei den Beschlußgegenständen, die neben der Stimmenmehrheit eine gesetzlich oder satzungsmäßig festgelegte Kapitalmehrheit erfordern (§ 134 Abs. 1 Satz 6 AktG) ¹⁾.

Die GmbH-Gesellschafter können ihre Satzung nach herrschender Meinung freizügiger gestalten. Sie können das Realstimmrecht völlig ausschließen und, wie in der Personengesellschaft, nach Köpfen abstimmen ²⁾.

1) Eine ähnliche Wirkung wird durch die gesellschaftsexterne Norm erzielt, die den Erwerb einer Beteiligung nur bis zu einer bestimmten Höhe erlaubt. Solches sieht der § 7 Abs. 4 des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften vom 16. April 1957 vor. Danach darf die Kapitalanlagegesellschaft Wertpapiere eines Ausstellers für alle von ihr verwalteten Sondervermögen nur erwerben, soweit bei Aktien ihr Gesamtnennbetrag 5 vH des Grundkapitals einer Aktiengesellschaft nicht übersteigt. Mehrstimmrechtsaktien dürfen nur erworben werden, soweit die damit verbundenen Stimmrechte 5 vH der gesamten Stimmrechte aus Aktien derselben Gesellschaft nicht übersteigen.

2) Vgl. Baumbach, Adolf - Hueck, Alfred, GmbH-Gesetz, 8. Aufl., München und Berlin 1957, S. 180 f.

Mit der Schaffung von Höchststimmrechten suchen die Gesellschaften ihre wirtschaftliche Selbständigkeit zu wahren ¹⁾. Desgleichen haben die öffentlichen Großaktionäre der teilprivatisierten Gesellschaften durch Gesetz und Satzung Höchststimmrechte für den Streubesitz festgelegt, um eine konzernpolitische Interessennahme durch Außenstehende zu unterbinden ²⁾³⁾⁴⁾. So erreichten der Bund und das Land Niedersachsen, die mit 40 vH des Grundkapitals der Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Wolfsburg, in der zu 63,9 vH besuchten Hauptversammlung im Jahre 1961 vertreten waren, ein Stimmgewicht von 62,6 vH ⁵⁾.

1) Die Satzung vom 21. Juni 1966 der Schering Aktiengesellschaft, Berlin, legt in § 18 Abs. 2 ein Höchststimmrecht bei nominal 3 Mill. DM fest. Diese Grenze kann nicht durch gesonderte Stimmgabe eines Dritten umgangen werden, der Aktien für Rechnung der Aktionäre besitzt. Ist der Aktionär ein Unternehmen, so werden seinen Aktien auch die von ihm abhängiger oder ihn beherrschender oder mit ihm konzernverbundener Unternehmen zugerechnet sowie solche, die Dritten für Rechnung der genannten Unternehmen gehören. Bei gesetzlich oder satzungsmäßig geforderten Kapitalmehrheiten fallen die Beschränkungen fort.

2) Das Stimmrecht bei der Preußag Aktiengesellschaft, Berlin-Hannover, ist nach § 23 Abs. 4 der Satzung auf ein Tausendstel des Grundkapitals, d.h. auf 225 000 DM beschränkt. Diese Beschränkung kann mit einer Mehrheit von 90 vH des in der Hauptversammlung vertretenen Grundkapitals und der abgegebenen Stimmen aufgehoben werden (§ 23 Abs. 5 der Satzung in der Fassung vom 30. Juni 1965).

3) Der § 2 des Volkswagenwerk-Gesetzes und § 24 der Satzung der Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Wolfsburg, beschränken das Stimmrecht auf ein Zehntausendstel (75 000 DM) des Grundkapitals. Diese Stimmrechtsbeschränkung gilt bis zum 22. August 1970 nicht für die Bundesrepublik Deutschland und das Land Niedersachsen.

4) Die Satzung der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft, Bonn und Berlin (VEBA), begrenzt das Stimmrecht gemäß § 21 Abs. 4 für die Inhaberaktien der Serie Lit. B auf ebenfalls ein Zehntausendstel (82 500 DM) des Grundkapitals.

5) Vgl. Bericht zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 66.

Ein anderes Mittel gegen die "Gefahr der Überfremdung" stellte bislang die Mehrstimmrechtsaktie dar. Ihre Ausgabe war bis zum Inkrafttreten des neuen Aktiengesetzes nur zulässig, "wenn das Wohl der Gesellschaft oder gesamtwirtschaftliche Belange" es forderten (§ 12 Abs. 2 AktG 1937). Von dieser Möglichkeit konnten gemeinwirtschaftliche oder Familienunternehmen Gebrauch machen, wenn eine stimmrechtliche Bevorzugung gerechtfertigt erschien ¹⁾. Das neue Aktiengesetz beläßt den vorhandenen Mehrstimmrechtsaktien zwar ihre Gültigkeit (§ 5 Abs. 1 EGAktG). Die Neuausgabe wird jedoch erschwert, indem sie nur noch durch "überwiegende gesamtwirtschaftliche Belange" gerechtfertigt werden kann (§ 12 Abs. 2 AktG). Damit werden private Interessen nicht mehr durch Mehrstimmrechtsaktien gegen die Gefahr der "Überfremdung" geschützt. Bestehende Mehrstimmrechtsaktien kann die Hauptversammlung nunmehr mit Dreiviertelmehrheit des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals abschaffen oder verringern, ohne daß die Mehrstimmrechtsaktionäre dies kraft ihrer Stimmenmehrheit verhindern können (§ 5 Abs. 2 EGAktG) ²⁾.

Vor Inkrafttreten der neuen aktienrechtlichen Bestimmungen zu den Mehrstimmrechtsaktien wurde ihre rechtliche Ausgestaltung und wirtschaftliche Bedeutung im Rahmen der Konzentrationsenquete näher untersucht ³⁾. Danach gab es im Jahre 1961 bei

1) Vgl. Baumbach, Adolf - Hueck, Alfred, Aktiengesetz, 12. Aufl., München und Berlin 1965, S. 40 f.

2) Stellt das Gesetz nicht auf die Mehrheit der Stimmen, sondern des Kapitals ab, verliert das mehrfache Stimmrecht seine Bedeutung (§§ 179 Abs. 1; 182 Abs. 1; 193 Abs. 1; 222 Abs. 1; 293 Abs. 1 AktG). Da neben den Kapitalmehrheiten auch Stimmenmehrheiten gefordert werden, können diese Beschlüsse durch Mehrstimmrechtsaktien verhindert werden. Vgl. Würdinger, Hans, Aktien- und Konzernrecht, 2. Aufl., Karlsruhe 1966, S. 71.

3) Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 65 f.

82 der 661 börsennotierten Gesellschaften Mehrstimmrechtsaktien. In 68 Fällen handelte es sich um allgemeine Mehrstimmrechte. Sie galten für alle Hauptversammlungsbeschlüsse. In 39 Fällen lagen sogenannte qualifizierte Mehrstimmrechtsaktien vor. Sie bezogen sich auf spezielle Beschlußgegenstände wie Kapitalerhöhungen und sonstige Satzungsänderungen oder die Wahl des Aufsichtsrates. Die positive Differenz von 25 besagt, daß in diesen Fällen allgemeine und qualifizierte Mehrstimmrechtsaktien nebeneinander bestanden haben.

Die maßgeblichen Eigentümer der allgemeinen Mehrstimmrechtsaktien waren bei 21 Gesellschaften Familien, bei elf Gesellschaften Banken, bei sechs Gesellschaften Versicherungen, bei vier Gesellschaften die öffentliche Hand und bei 26 Gesellschaften wurden verschiedene Anteilseigner festgestellt.

Die qualifizierten Mehrstimmrechtsaktien lagen in zehn Fällen bei Familien, in 14 Fällen bei Banken, in drei Fällen bei Versicherungen und in zwölf Fällen bei sonstigen Anteilseignern.

In 27 Fällen des allgemeinen Mehrstimmrechts lag das Stimmgewicht in der Hauptversammlung meist unter 10 vH. Die hierfür erforderlichen Kapitalbeteiligungen lagen zumeist unter 1 vH. Bei einer börsennotierten Versicherungsgesellschaft vermittelten 12,5 vH Kapitalbeteiligung einen stimmrechtlichen Einfluß in Höhe von 58,8 vH des vertretenen Grundkapitals.

Eine wesentlich stärkere Stimmkraft verschaffen die von Energieversorgungsunternehmen ausgegebenen

Mehrstimmrechtsaktien. Mit einer Kapitalbeteiligung über 2,83 vH wurde bei zwanzigfachem Stimmrecht eine Stimmkraft von 46,89 vH erzielt. Das erklärt sich damit, daß ein Drittel des Grundkapitals in stimmrechtslosen Vorzugsaktien bestand. In einem Extremfall lag der Kapitalanteil bei nur 3 Promille. Er verschaffte aber mit seinem 3 200-fachen Stimmrecht eine Stimmquote in Höhe von 49 vH!

Wie bereits angeklungen ist, kann die Abstimmungsmacht auch durch die Ausgabe stimmrechtloser Vorzugsaktien verschoben werden. Diese müssen jedoch "mit einem nachzuzahlenden Vorzug bei der Verteilung des Gewinns ausgestattet" sein (§ 139 Abs. 1 AktG). Bisher durften stimmrechtlose Vorzüge nur bis zur Hälfte des gesamten Nennwertes der übrigen Aktien emittiert werden. Das neue Aktiengesetz erweitert die Obergrenze nunmehr auf die volle Höhe des gesamten Nennwertes der übrigen Aktien (§ 115 Abs. 2 AktG 1937, § 139 Abs. 2 AktG) ¹⁾.

In den Jahren 1960/61 hat es bei 19 börsennotierten Gesellschaften stimmrechtslose Vorzugsaktien gegeben. Die Grundkapitalien dieser Gesellschaften lagen in sechs Fällen zwischen 10 und 50 Mill. DM, in fünf Fällen über 50 Mill. DM. Die stimmrechtslosen Kapitalquoten lagen bei zehn Gesellschaften zwischen einem Viertel und einem Drittel, bei sechs Gesellschaften zwischen einem Viertel und einem Zehntel des Nennbetrages der stimmberechtigten Aktien. In drei Fällen waren neben stimm-

1) Nach wie vor haben stimmrechtslose Vorzugsaktien ein bedingt volles Stimmrecht für den Fall, daß die Gesellschaft mit ihren Vorzugszahlungen im Rückstand ist (§ 140 Abs. 2 AktG).

rechtslosen Vorzugsaktien auch Mehrstimmrechtsaktien in Umlauf ¹⁾.

b) Die Stimmkraft bei direkter Beteiligung

Die Konzernführung ist vielfach bestrebt, das volle Kapitaleigentum an bestimmten Gesellschaften zu erwerben oder zu behalten. Die gesellschaftsrechtlichen Vorzüge der handels- und steuerrechtlich zulässigen Einmanngesellschaft liegen in der unumschränkten Sachherrschaft über das Gesellschaftsvermögen, da weder auf Partner noch auf Minderheiten Rücksicht zu nehmen ist. Bei der Einmanngesellschaft sind jedoch besonders strenge Maßstäbe an die Funktionen des Gläubigerschutzes zu stellen, da in besonders gelagerten Fällen eine Durchgriffsmöglichkeit auf den Alleingesellschafter besteht ²⁾.

- Die formell notwendigen Gesellschafterbeschlüsse werden einstimmig gefaßt. Gehört die Einmann-Aktiengesellschaft einer Aktiengesellschaft, kann sie nach neuem Recht mit einstimmigem Beschluß in die künftige Hauptgesellschaft eingegliedert werden (§ 319 AktG). Darüberhinaus kann die Einmann-Kapitalgesellschaft durch einstimmigen Beschluß nach Maßgabe des Umwandlungsgesetzes fusionsartig auf eine bestehende Personengesellschaft oder die natürliche oder juristische Person

1) Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 66.

2) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 46 f.

des Alleingesellschafters sowie sachgründungsartig auf eine zu errichtende Personengesellschaft umgewandelt werden ¹⁾.

Der Konzerneinfluß ist regelmäßig gesichert, wenn der Anteilsinhaber über die qualifizierte Mehrheit verfügt. Die Hauptversammlung kann ihre Beschlüsse zwar mit der "Mehrheit der abgegebenen Stimmen" fassen (§ 133 Abs. 1 AktG), doch erfordert die Durchsetzung konstitutiver Maßnahmen daneben stets eine Mehrheit "die mindestens drei Viertel des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals umfaßt". Die in der Kapitalmehrheit stehende Qualifikation bildet ein wirksames Gegengewicht zu den eventuell umlaufenden Mehrstimmrechtsaktien, da diese bei der Ermittlung der Kapitalmehrheit nur nach Maßgabe ihres Nennwertes berücksichtigt werden ²⁾.

Die qualifizierte Mehrheit wird nach dem neuen Aktiengesetz für folgende Beschlußgegenstände gefordert: Satzungsänderung (§ 179 Abs. 2), Erhöhung des Grundkapitals gegen Einlagen (§ 182 Abs. 1), Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrecht der Aktionäre (§ 186 Abs. 3), bedingte Kapitalerhöhung (§ 193 Abs. 1), genehmigte Kapitalerhöhung (§ 202 Abs. 2), Ausgabe von Wandel- und Gewinnschuldverschreibungen sowie Gewährung von Genußrechten (§ 221 Abs. 1 und 2), ordentliche Kapitalherabsetzung (§ 222 Abs. 1), einfache Kapitalherabsetzung

1) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 86 ff. und S. 93 ff.

2) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 45.

(§ 229 Abs. 3), Auflösung der Gesellschaft (§ 262 Abs. 1), Zustimmung zu Abschluß, Änderung und Beendigung von Unternehmensverträgen (§ 293), Verschmelzung durch Aufnahme (§ 340 Abs. 2) und Verschmelzung durch Neubildung (§ 353 Abs. 1).

In der Regel kann die Satzung größere Kapitalmehrheiten bestimmen und/oder weitere Erfordernisse festlegen. Andere und damit auch geringere Kapitalmehrheiten kann die Satzung für Satzungsänderungen vorsehen, soweit sie nicht eine Änderung des Unternehmensgegenstands beinhalten (§ 179 Abs. 2 AktG) sowie für Kapitalerhöhungen, soweit sie sich nicht auf die Ausgabe stimmrechtsloser Vorzugsaktien beziehen (§ 182 Abs. 1 AktG)¹⁾. Geringere als Dreiviertelmehrheiten sind schließlich auch möglich bei der Ausgabe von Wandel- und Gewinnschuldverschreibungen und der Gewährung von Genußrechten (§ 221 AktG).

Im GmbH-Recht bedarf der Beschluß zwecks Änderung des Gesellschaftsvertrages sowie zur Erhöhung oder Herabsetzung des Stammkapitals (§ 53 Abs. 2 GmbHG) und zur Auflösung der Gesellschaft (§ 60 Abs. 1 Nr. 2 GmbHG) ebenfalls einer Dreiviertelmehrheit. Diese bemißt sich nach der Zahl der abgegebenen Stimmen. Auch bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung kann der Gesellschaftsvertrag für Satzungs- und Kapitalveränderungen weitere Erfordernisse vorsehen.

1) Die letztgenannte Vorschrift ist neu.

Besondere Formen der qualifizierten Mehrheit werden bei der Eingliederung und der Umwandlung durch Mehrheitsbeschluß gefordert. So kann die aktienrechtliche Eingliederung einer Aktiengesellschaft in eine andere Aktiengesellschaft nur beschlossen werden, wenn die künftige Hauptgesellschaft mindestens 95 vH des Grundkapitals der einzugliedernden Gesellschaft in ihrer Hand hält (§ 320 Abs. 1 AktG). Zur Beschlußfassung über die übertragende Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz genügte bis zum Inkrafttreten des neuen Aktiengesetzes das Eigentum an drei Vierteln des gesamten Grundkapitals. Jetzt müssen über neun Zehntel des Kapitals in der Hand des Hauptaktionärs liegen ¹⁾²⁾. Bei der Eingliederung wie der Umwandlung kommt es nicht allein auf das Zustandekommen der geforderten Kapitalmehrheiten an, sondern darauf, daß direkte Kapitalbeteiligungen im genannten Umfang in der Hand der Hauptgesellschafter liegen.

Mit einfacher Stimmenmehrheit können gemäß § 133 AktG all die Hauptversammlungsbeschlüsse gefaßt werden, für die Gesetz oder Satzung keine größeren Mehrheiten oder weitergehende Erfordernisse aufstellen. Die Stimmkraft richtet sich grundsätzlich nach dem Nennwert der Aktien (§ 134 Abs. 1 Satz 1 AktG), doch sind Mehrstimmrechte, soweit sie ausnahmsweise fortbestehen, voll mitzuzählen ³⁾. Auch bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung werden die Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt (§ 47 Abs. 1 GmbHG), wenn die

1) Vgl. § 15 Abs. 1 UmwG 1956 sowie § 15 Abs. 1 UmwG gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 6 EGAktG.

2) Vgl. hierzu insbesondere Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 94.

3) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 43.

Abstimmungsmodalitäten nicht durch Gesetz oder Satzung näher bestimmt werden.

Die konzernpolitische Bedeutung der qualifizierten Minderheit ¹⁾ liegt nicht darin begründet, daß sie gegenüber der Mehrheit positive Beschlüsse durchsetzen könnte. Der Besitz einer Sperrminorität schließt vielmehr die Bildung einer qualifizierten Mehrheit aus. Die Sperrminorität muß daher grundsätzlich um eine Stimme bzw. einen Kapitalanteil größer sein als die Differenz zwischen dem Grundkapital und der zur Beschlußfassung notwendigen Kapitalmehrheit. Da diese bei den konstitutiven Beschlußgegenständen bei 75 vH liegt, genügt zur Sicherung der Sperrminorität eine Anteilskonzentration von 25 vH und einem weiteren stimmberechtigten Kapitalanteil. Der Besitzer einer qualifizierten Minderheit kann die Pläne des Mehrheitsbesitzers vereiteln oder ihn zu Zugeständnissen zwingen ²⁾, die zu einer annehmbaren Formulierung des Beschlußantrages führen.

c) Die Stimmkraft bei indirekter Beteiligung

Da sich die Konzernherrschaft auch auf die einheitliche Ausübung der im Konzernbereich verfügbaren Stimmrechte erstreckt, kann die Konzernführung direkte und indirekte Kapitalbeteiligungen an einer konzerninternen oder konzernexternen

1) Die einfache Minderheit umfaßt 5 vH oder 10 vH des Grundkapitals. Sie gewährt ihren Eigentümern gewisse Antrags- bzw. Widerspruchsrechte, die dem Schutze ihrer Rechtsstellung dienen.

2) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 43.

Gesellschaft abstimmungstechnisch zusammenfassen. Durch die Kumulierung des direkten und indirekten Anteilsbesitzes verstärkt der Konzern sein Stimmgewicht in der Mitgliederversammlung der betreffenden Gesellschaft ¹⁾.

Die Kumulation direkten und indirekten Anteilsbesitzes ist jedoch nur abstimmungstechnisch relevant. Knüpft der Gesetzgeber das Zustandekommen eines Gesellschafterbeschlusses an die materielle Voraussetzung der eigentumsrechtlichen Anteilsvereinigung in einer Hand, so entfällt die Möglichkeit der Beteiligungskumulation. Die aktienrechtliche Eingliederung oder die übertragende Umwandlung kann nur nach der eigentumsrechtlichen Übertragung der zum Beschluß erforderlichen Kapitalbeteiligungen auf einen Rechtsträger vollzogen werden.

d) Die Stimmkraft bei wechselseitigen Beteiligungen

Das Eingehen und die Aufrechterhaltung der in der Konzernpraxis vielfach vorzufindenden wechselseitigen Beteiligung ist rechtspolitisch unerwünscht ²⁾. Deshalb verbot bereits das Aktienge-

1) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 116 ff.

2) Wechselseitige Beteiligungen schaffen regelmäßig unklare Rechtsbeziehungen, weil sie geeignet sind, die Verwaltungen der verflochtenen Gesellschaften von der Kontrolle ihrer Aktionäre freizustellen und die Gesellschaften gleichzeitig unter Umgehung des Verbots der Einlagenrückgewähr zu beherrschen. Vgl. Mestmäcker, Ernst-Joachim, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, aaO, S. 115; Zöllner, Wolfgang, Die Schranken mitgliedschaftlicher Stimmrechtsmacht, aaO, S. 134.

setz von 1937 die Übernahme von Aktien der herrschenden Gesellschaft durch ein abhängiges Unternehmen (§ 51 Abs. 2 Satz 1 AktG 1937; § 56 Abs. 2 AktG) und schloß das Stimmrecht für zwar widerrechtlich, jedoch nicht rechtsunwirksam erworbene Aktien aus (§§ 51 Abs. 2 Satz 2, 65 Abs. 7 und 114 Abs. 6 AktG 1937; §§ 71 Abs. 4 und 136 Abs. 2 AktG) ¹⁾.

Über die genannten Beschränkungen hinaus sieht das reformierte Aktiengesetz weitere Stimmrechtsbeschränkungen für den Fall vor, daß zwischen den wechselseitig beteiligten Unternehmen kein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis besteht ²⁾. Haben die Gesellschaften von dem Bestehen einer wechselseitigen Beteiligung Kenntnis erlangt ³⁾, so können sie ihre Stimmrechte nur noch für höchstens 25 vH sämtlicher Anteile des anderen Unternehmens ausüben. Diese Beschränkung bezieht auch Anteile ein, die ein vom wechselseitig beteiligten Unternehmen abhängiges Unternehmen oder ein Dritter für deren Rechnung hält (§ 328 Abs. 1 Satz 3 i.V.m. § 16 Abs. 4 AktG).

1) Darüberhinaus stellte der § 65 Abs. 5 AktG 1937 (§ 71 Abs. 4 AktG) die Übernahme von Aktien der herrschenden (oder der mehrheitlich beteiligten) Gesellschaft dem Erwerb eigener Aktien mit allen sich daraus ergebenden Rechtsbeschränkungen gleich.

2) Vgl. § 328 AktG, der außer dem Stimmrecht auch das Recht auf den Bezug neuer Aktien gegen Einlagen und auf den Anspruch von Gewinnanteilen entzieht.

3) Hierzu gehört auch die Mitteilung über das Bestehen einer über 25 vH hinausgehenden Beteiligung an der Gesellschaft nach den §§ 20 Abs. 3 oder 21 Abs. 1 AktG.

Die genannten Beschränkungen gelten nicht für das zuerst der Mitteilungspflicht gemäß den §§ 20 Abs. 3 oder 21 Abs. 1 AktG nachkommende Unternehmen, bevor ihm das Bestehen einer Gegenbeteiligung bekannt geworden ist (§ 329 Abs. 2 AktG). Damit ist ein Anreiz zur Bekanntgabe seiner Beteiligung geschaffen worden. Aufgrund der gewonnenen Rechtssicherheit wird das beteiligungspassive Unternehmen vom Erwerb einer Gegenbeteiligung absehen, da es die Stimmrechte nicht voll nutzen kann, sobald sie die 25 vH-Grenze des Grundkapitals der Gegengesellschaft überschreiten.

Die beteiligungspassive Gesellschaft kann dennoch am Erwerb einer Gegenbeteiligung interessiert sein, sobald es sich um ein großes Anteilspaket handelt, das ihm die Stimmenmehrheit sichert ¹⁾. In diesem Fall greifen die Vorschriften für herrschende und abhängige Unternehmen Platz. Bei einseitiger Herrschaft entfallen die Stimmrechtsbeschränkungen für das herrschende Unternehmen. Bei zweiseitigen Abhängigkeitsverhältnissen bleiben die Stimmrechtsbeschränkungen aufrechterhalten ²⁾.

Vor dem Inkrafttreten des neuen Aktiengesetzes und bis zum 31. Januar 1966 mitgeteilte wechselseitige Beteiligungen sind von den genannten Stimmrechtsbeschränkungen ausgenommen (§ 6 Abs. 1 EG AktG). Die fortgeltenden Stimmrechte können

1) Der kontinuierliche Zuerwerb einzelner Aktien ist wegen des hohen Rechtsrisikos jedoch kaufmännisch unvertretbar, wenn damit nicht eine anderweitige Mehrheitsbildung durch Dritte verhindert werden soll.

2) Vgl. Begründung zu den §§ 316 und 19 Abs. 5 RegE, bei: Kropff, Bruno, Aktiengesetz, aaO, S. 433 f.

jedoch nicht durch die Ausübung von Bezugsrechten bei effektiven Kapitalerhöhungen oder anderweitigen Anteilserwerb aufgestockt werden ¹⁾.

Im GmbH-Recht ist die Ausübung von Stimmrechten aus eigenen oder diesen gleichzustellenden Anteilen zwar nicht verboten, doch führten die gleiche Interessenlage und die Analogie zum Aktienrecht nach herrschender Meinung zu einer entsprechenden Behandlung. Mitgliedschaftsrechte, die ein abhängiges Unternehmen oder ein Dritter für Rechnung der Gesellschaft oder des abhängigen Unternehmens besitzt, ruhen deshalb auch bei den Anteilen an der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²⁾.

Die Vorschriften über wechselseitig beteiligte Unternehmen gelten nach dem neuen Aktienrecht auch für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (§ 19 AktG).

e) Die Stimmkraft bei zwei- und mehrseitigen Beteiligungen

Bestehen an einer Gesellschaft zwei- und mehrseitige Beteiligungen, die nicht in der Hand eines Konzerns liegen, wirft die abstimmungstechnische Beteiligungskumulierung Probleme auf, wenn ein beherrschender Einfluß auf die Gesellschaft nicht ohne die Mitwirkung Dritter möglich ist.

1) Vgl. § 6 Abs. 2 EGAktG, der nur die Stimmrechte, nicht aber die Vermögensrechte nach dem Muster des § 328 Abs. 1 AktG beschränkt.

2) Vgl. Zöllner, Wolfgang, Die Schranken mitgliedschaftlicher Stimmrechtsmacht, aaO, S. 142.

Sind die Gesellschafter quoten- und stimmengleich beteiligt, kann der Konzern das Gemeinschaftsunternehmen nicht ohne weiteres durch Stimmrechtsausübung in seinen Verband eingliedern. Diesem Zweck dient der zwischen den Gesellschaftern abgeschlossene Konsortialvertrag. Er spricht einem der Beteiligten die Führung des (atypischen) Gemeinschaftsunternehmens zu, ohne sich laufend mit den übrigen Konsorten bezüglich der Geschäftspolitik verständigen zu müssen ¹⁾. Dieser Vertrag beinhaltet im wesentlichen die Beschränkung des Stimmrechts der gebundenen Anteile zugunsten eines einheitlichen Konsortialbeschlusses, der sich auf die Stimmgabe in der Gesellschaftsversammlung bezieht ²⁾.

Da innerhalb des Konsortiums darüber Beschluß gefaßt wird, wie in der betreffenden Gesellschafterversammlung abgestimmt werden soll, kann sich der Konsortialführer über die Stimmrechtsbindung ein Stimmgewicht verschaffen, das über seine Beteiligungquote hinausgeht ³⁾.

Im Rahmen der Konzentrationsenquete sind die unterschiedlichsten Konsortialverträge auf ihren Inhalt hin überprüft worden ⁴⁾. Die hierin ent-

1) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 54. und S. 65 ff.; Friedlaender, Heinrich E., Konzernrecht, 2. Aufl., aaO, S. 95 ff. und S. 84 ff.

2) Neben der Stimmrechtsbindung finden sich häufig Beschränkungen hinsichtlich der Verfügungsmacht über die Aktien oder Geschäftsanteile am Gemeinschaftsunternehmen. Damit sollen die Eigentums- und Einflußverhältnisse zementiert oder wenigstens kontrolliert werden. Vgl. hierzu Seite 278 dieser Arbeit.

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 128, Tz 135.

4) Vgl. Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 583 ff.

haltenen Vereinbarungen über die Ausübung der Stimmrechte dienten der Stimmpoolung, wenn die Vertragspartner über ihre eigene, unzureichende Beteiligungsquote hinaus an Einfluß gewinnen wollten. Bei unterschiedlichen Beteiligungsquoten wurde vielfach ein paritätisches Stimmrecht vereinbart ¹⁾. In besonderen Fällen war die Beibehaltung des paritätischen Stimmrechts auch für den Fall vertraglich vorgesehen, daß sich die Beteiligungsverhältnisse änderten. Andererseits sollte bei einer Aktiengesellschaft, an der die Partner paritätisch mit je 50 vH beteiligt waren, ein Schiedsgericht entscheiden, wenn ein Beschluß mit einfacher Mehrheit zu fällen war. Für qualifizierte Mehrheitsbeschlüsse war jedoch keine Ausweichregelung vorgesehen.

3. Die abstimmungspolitische Bedeutung der Hauptversammlungs-Präsenz

In der Hauptversammlung berechnen sich die beschlußfähigen Mehrheiten nach den "abgegebenen Stimmen" oder dem "vertretenen Grundkapital". Damit werden bei der Mehrheitsberechnung die überhaupt vorhandenen oder anwesenden Stimmen ebenso wenig als Basis berücksichtigt wie das gesamte Grundkapital. Da die Durchsetzung der konstitutiven Beschlüsse regelmäßig die Dreiviertelmehrheit des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals

1) Zwischen den beiden Großaktionären der Guano-Werke Aktiengesellschaft, Hamburg, der Wintershall Aktiengesellschaft, Celle-Kassel, die mit 50 vH und der Wasag-Chemie A.G., Essen, die mit 41 vH am 16,8 Mill. DM betragenden Grundkapital des Düngemittel-Produzenten beteiligt sind, besteht eine Vereinbarung über eine paritätische Verwaltung der Beteiligungen. Vgl. Das Wertpapier, 13. Jg., 1965, S. 564.

erfordert, gewinnt die Hauptversammlungs-Präsenz umso mehr an abstimmungspolitischen Interesse, je mehr sie von dem insgesamt vorhandenen Grundkapital abweicht.

b) Das Stimmgewicht der Großaktionäre

Die Konzentrationsenquete hat die aus zahlreichen Pressemitteilungen genährte Erfahrung bestätigt, daß die Hauptversammlungen der Publikumsgesellschaften durchschnittlich zu 70 vH bis 80 vH besucht werden ¹⁾. In solchen Fällen sind Sperrminoritäten bereits mit 20 vH des gesamten Grundkapitals zu erreichen. In einem Fall erzielte ein Großaktionär mit einem offen vertretenen Grundkapitalanteil in Höhe von 26,8 vH eine Stimmenmehrheit von 72,1 vH des vertretenen Grundkapitals, weil die Kapitalpräsenz bei 37,2 vH lag. Wäre das gesamte Grundkapital vertreten, hätte die Kapitalbeteiligung gerade für eine Sperrminorität gereicht. In einer anderen Gesellschaft vermittelten schon 10 vH des Grundkapitals wegen der durchschnittlich bei 40 vH liegenden Anwesenheit eine Sperrminorität.

Bei kleineren (Familien-) Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung herrschen andere Verhältnisse. Diese mehr personenbezogenen Gesellschaften haben eine überschaubare Anzahl von Mitgliedern, die ihren Unternehmen meist näher verbunden sind ²⁾.

1) Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 63.

2) Bezüglich der Präsenz in der Gesellschaftsversammlung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 44.

Die stimmrechtlichen Chancen der Paketaktionäre lassen sich aus Tabelle 1 ersehen. Bei 521 von insgesamt 661 börsennotierten Gesellschaften wurden Einzelbeteiligungen zwischen 25,0 und 99,9 vH festgestellt. Paketbesitz hat also bei knapp 80 vH der börsennotierten Gesellschaften bestanden, die fast 60 vH des Grundkapitals aller Börsengesellschaften repräsentierten. 21,2 vH der an der Börse notierten Gesellschaften mit 41,7 vH des Kapitals waren frei vom Einfluß irgendwelcher Großaktionäre. Es handelt sich um die großen Publikumsgesellschaften, deren Kapitalanteil doppelt so hoch ist wie ihre zahlenmäßige Quote. Bei den Börsengesellschaften mit Großaktionären überwog die Zahl der ermittelten Sperrminoritäten und der einfachen Mehrheiten mit fast zwei Dritteln. Das Kapital der hiervon betroffenen Gesellschaften machte die Hälfte aus.

Diesen 412 Gesellschaften gilt das besondere Interesse jener Paketaktionäre, deren Einzelbeteiligungen kapitalmäßig nicht zur Bildung der qualifizierten oder einfachen Mehrheiten ausreichen. Hier besteht die Chance der unvollständigen Hauptversammlungs-Präsenz, um über die Abstimmungshürden hinwegzukommen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß an den genannten 412 Aktiengesellschaften weitere 125 Einzelbeteiligungen bestanden haben. Bei abstimmungspolitischer Kumulierbarkeit der Einzelbeteiligungen verliert das Risiko einer voll besuchten Hauptversammlung an Bedeutung.

Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Stimmrechte nur bei 425 der 661 Börsengesellschaften mit einem Grundkapital von 13,3 Mrd. DM einheitlich geregelt waren. Bei 236 Gesellschaften ergaben sich Ver-

schleubungen zwischen Kapitalbeteiligung und Abstimmungsmacht, weil es einfache oder gestaffelte Höchststimmrechte, stimmrechtslose Vorzugsaktien oder Mehrstimmrechtsaktien neben den normalen Stammaktien gab ¹⁾.

Tabelle 1:

Einzelbeteiligungen ¹⁾ an börsennotierten Aktiengesellschaften
der Industrie
1960

Beteiligungs- quotengruppe vH	Börsennotierte Aktiengesellschaften			
	Anzahl	vH	Grundkapital	
			Mill. DM	vH
1	2	3	4	5
unter 25,0	140	21,2	7 260	41,7
25,0 bis 50,0	210 ²⁾	31,8	4 270	24,5
50,1 bis 75,0	202 ²⁾	30,5	4 031	23,2
75,1 bis 99,9	109	16,5	1 849	10,6
Insgesamt	661 ³⁾	100	17 410	100

1) Beteiligungen über 25 vH.

2) An diesen insgesamt 412 Aktiengesellschaften bestanden weitere 125 Einzelbeteiligungen, die nicht einbezogen worden sind.

3) Einheitliche Stimmrechte hat es bei 425 Gesellschaften gegeben.

Quelle: Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aa0, S. 65 und S. 40.

Nur an 109 Gesellschaften der obigen Tabelle, die rund 10 vH des Grundkapitals sämtlicher Börsengesellschaften repräsentierten, bestanden "qualifizierte" Kapitalmehrheiten, die von den Zufällen wechselnder Präsenzen ebenso unabhängig sind wie von der Zustimmung durch andere Großaktionäre, da sie keine Sperrminoritäten bilden können.

1) Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aa0, S. 40.

Die zu beobachtende Politik der weitgehenden Aktienstreuung geht vielfach von den Verwaltungen der Publikumsgesellschaften aus. Sie suchen sich damit nicht nur einen ergiebigeren Kapitalmarkt zu erschließen, sondern auch ihre Selbständigkeit zu bewahren, indem sie die Bildung von Aktienpaketen und damit das Aufkommen von Großaktionären verhindern. Die Tendenz zur Aktienstreuung besteht auch bei Gesellschaften, die Familien oder Einzelpersonen als Großaktionäre haben. Einerseits verfügen sie nicht über die Mittel, ihre Bezugsrechte bei notwendigen Kapitalerhöhungen auszunutzen, andererseits verbleibt ihnen unter Berücksichtigung einer geringeren Hauptversammlungspräsenz immer noch ein ausreichender Einfluß auf die Geschäftspolitik ihrer Unternehmen ¹⁾.

Wenn der Einfluß der Familien und Einzelpersonen zurück- oder vollends verlorengeht, kristallisieren sich neue Mehrheiten heraus, die zumeist bei eingespielten, kapitalkräftigen Unternehmen wiederzufinden sind ²⁾.

b) Das Stimmgewicht der Depotbanken

Bei den börsennotierten Gesellschaften liegt die durchschnittliche Hauptversammlungspräsenz zwischen

1) Vgl. Krämer, Hans, Die Finanzpolitik westdeutscher Konzerne der Elektroindustrie, der chemischen Industrie und des Kohle-Eisen-Stahlbereichs von 1950 - 1959, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Hrg. Hanns Linhardt, Heft 13, Berlin-München 1961, S. 29; Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 65.

2) Vgl. Stützel, Wolfgang, Aktienrechtsreform und Konzentration, aaO, S. 907 ff.

70 bis 80 vH des stimmberechtigten Kapitals. Diese im internationalen Vergleich recht hohe Kapitalanwesenheit ist im wesentlichen auf die Ausübung von Stimmrechten durch Kreditinstitute zurückzuführen, die nur zu einem geringen Teil aus Eigenbesitz stammen. Wesentlich größer ist der Anteil jener Stimmen, welche die Banken aus dem Depotbesitz ihrer Kunden abgeben. Außerdem üben die Banken Rechte aus sog. Leihstimmen aus, welche ihnen aus Drittbesitz übertragen werden ¹⁾.

Rechtsgrundlage für die Ausübung des Depotstimmrechts war die Ermächtigungsvorschrift des § 114 Abs. 4 AktG 1937. Danach hatte die Bank nach den Grundsätzen des allgemeinen Auftragsrechts gemäß § 665 BGB dem Kunden gegenüber grundsätzlich weisungsgemäß zu handeln. Lagen keine Weisungen vor, hatte die Bank so zu stimmen, wie es die Interessenlage des Kunden forderte (§ 242 BGB). Nach § 666 BGB hatte die Bank den Kunden Auskunft über die Stimmgabe zu erteilen, soweit dieser es verlangte ²⁾.

Die Ermächtigungsvorschrift des § 114 Abs. 4 AktG 1937 erlaubte es der Bank, die Stimmrechte ihrer Kunden im eigenen Namen auszuüben. Das hatte Vorteile für den Eigentümer von Inhaberaktien, wenn dieser auf die Wahrung seiner Anonymität bedacht war. Da es der Öffentlichkeit verborgen blieb, in welchem Umfang die Bank eigene oder fremde Stimmrechte ausübte, diente die Ermächtigung

1) Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 39.

2) Vgl. Frh. v. Falkenhausen, Bernhard, Das Bankstimmrecht im neuen Aktienrecht, in: Die Aktiengesellschaft, 11. Jg., 1966, S. 69 ff.

vor allem ihren Interessen ¹⁾.

Das reformierte Aktienrecht hat das Depotstimmrecht der Banken trotz umfangreicher Kritik ²⁾ nicht abgeschafft. Nach Meinung des Gesetzgebers sind die Banken "aufgrund ihrer Erfahrung und Sachkunde besonders geeignet, den Aktionär bei der Ausübung seiner Rechte zu beraten und zu unterstützen", denn es gäbe keine Institution, "welche diese Aufgabe in derselben Weise wie die Banken erfüllen könnte" ³⁾.

Um das Depotstimmrecht beizubehalten und gleichzeitig die Anonymität der Aktionäre zu wahren, sieht der § 135 Abs. 4 AktG statt der allgemeinen Ermächtigung offene ⁴⁾ und verdeckte Vollmachten vor. Bei letzterer muß die Bank nunmehr das Stimmrecht "im Namen dessen, den es angeht" wahrnehmen (§ 135 Abs. 4 Satz 2 AktG).

1) Das Depotstimmrecht vermittelt den Banken "unmittelbar gesellschaftsrechtliche Mitsprache in den Gesellschaften, denen sie als Kreditgeber und Emissionshäuser ohnehin verbunden sind. Indem die Banken in den Hauptversammlungen ihr Depotstimmrecht so gut wie ausnahmslos den Verwaltungen zur Verfügung stellen, sichern und schützen sie ihre Geschäftsverbindungen, über die in der Aktiengesellschaft die Verwaltung entscheidet". Mestmäcker, Ernst-Joachim, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, aaO, S. 92.

2) Vgl. Linhardt, Hanns, Wider das Depotstimmrecht der Banken, in: Die Aktiengesellschaft, 3. Jg., 1958, S. 169 ff.; derselbe, Mitbestimmung der Aktionäre, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 13. Jg., 1961, S. 1 ff.; Mestmäcker, Ernst-Joachim, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, aaO, S. 93; Lenel, Hans Otto, Ursachen der Konzentration unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse, Tübingen 1962, S. 177 ff.

3) Vgl. Begründung zu § 129 RegE, bei: Kropff, Bruno, Aktiengesetz, aaO, S. 194.

4) Die offene Vollmacht gab es bereits im § 114 Abs. 3 AktG 1937.

Die ebenfalls kritisierte Einrichtung der sogenannten Leihstimmen wird an Bedeutung verlieren, da die hierfür erforderliche Erteilung von Untervollmachten nur noch gestattet wird, wenn ein echtes Bedürfnis besteht ¹⁾.

Im Rahmen der Konzentrationsenquete sind 343 Kreditinstitute in bezug auf die Ausübung eigener und fremder Stimmrechte bei 425 Börsengesellschaften befragt worden ²⁾. Diese Gesellschaften hatten im Jahre 1961 ein Grundkapital in Höhe von 13,3 Mrd. DM. Davon lagen rund 8 Mrd. DM in Kundendepots und fast 1,2 Mrd. DM in Eigendepots der Banken. Sie verwalteten damit rund 70 vH des Kapitals der 425 Börsengesellschaften, welche wiederum 75 vH des Grundkapitals sämtlicher börsennotierten Gesellschaften repräsentierten.

Von den 8 Mrd. DM Kundenbesitz wurden 2,5 Mrd. DM zumeist wegen fehlender Ermächtigung nicht vertreten, vielfach, weil die Bankkunden ihre Stimmrechte selbst ausgeübt haben. Von den vertretenen Depotstimmen in Höhe von 5,5 Mrd. DM ³⁾ wurden

- 4 225 Mill. DM (77,3 vH) von der Depotbank im eigenen Namen,
- 998 Mill. DM (18,2 vH) von Dritten im Namen der Depotbank,
- 130 Mill. DM (2,3 vH) von Dritten in deren Namen und
- 122 Mill. DM (2,2 vH) von der Depotbank im Namen des Depotkunden

1) Die Weitergabe von (Dritt-)Stimmrechten wird nur noch den Regionalbanken gestattet, wenn sie am Hauptversammlungsort keine Niederlassung unterhalten und wenn sich die Vollmacht auch auf die Erteilung von Untervollmachten erstreckt (§ 135 Abs. 3 AktG).

2) Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 40 f.

3) 70 vH aller bankvertretenen Stimmen entfielen auf die drei deutschen Großbanken.

abgegeben. Das Volumen der Stimmleihe der Banken untereinander betrug 1,2 Mrd. DM. Davon wurden fast 500 Mill. DM durch konzernverbundene Bankhäuser in Anspruch genommen.

Die abstimmungspolitische Ergänzung des Eigenbesitzes der Kreditinstitute durch Depot- und Leihstimmen verschaffte den Banken in 18 Hauptversammlungen die Mehrheit. In 23 Fällen konnten sie die 50 vH-Grenze durch die bloße Verwertung von Kunden- und Leihbesitz überspringen. Allein der Leihbesitz erlaubte es den Banken bei fünf Gesellschaften, diese Hürde zu nehmen. Es versteht sich von selbst, daß es bei den genannten Gesellschaften derzeit keine Großaktionäre mit Beteiligungen von mehr als 50 vH gab.

II. Das Kapitaleigentum als Spiegelbild der beteiligungspolitischen Interessen an den Gesellschaften

Die Struktur des Eigentums am Kapital der Gesellschaften gibt einen ersten Hinweis auf die gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse und die möglichen Interessenkämpfe in ihren Generalversammlungen. Der Konfliktstoff ergibt sich aus der Aufspaltung der Unternehmerfunktion in die Funktionen der Führung und der Kapitalaufbringung. Bei monokratischer Struktur des Kapitaleigentums entscheidet eindeutig der Wille des Groß- oder Alleingesellschafters. Bei oligokratischer Eigentumsstruktur hängt die einheitliche Willensbildung von der Kompromißbereitschaft der wenigen Großgesellschaftler ab. In diesen Fällen dominiert der vom Eigentum ausgehende Einfluß eindeutig oder fallweise. Bei polykratischer Struktur des Kapitaleigentums, die sich nur bei der großen (Publikums-) Aktiengesellschaft findet, hängt die Willensbildung zwar von den Hauptversammlungs-Mehrheiten ab, doch liegt das eigentliche Willenszentrum bei dem Vorstand der Gesellschaft, der sich gegebenenfalls mit Depotbanken abstimmt, welche die Stimmrechte der von ihnen vertretenen Kleinaktionäre zusammenfassen und damit quasi-oligokratische Herrschaftsstrukturen schaffen ¹⁾.

1) Vgl. Schwantag, Karl, Aktiengesellschaft, (II) AG in wirtschaftlicher Hinsicht, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. I, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1956, S. 146 f.

Tabelle 2 vermittelt eine Übersicht über das Eigentum am Grundkapital der deutschen Aktiengesellschaften. Den Ergebnissen für das Jahr 1965 sind die entsprechenden Daten des Jahres 1956 als Anhaltspunkte gegenübergestellt. Die Angaben sind jedoch nicht ohne weiteres vergleichbar. Zwischenzeitliche Zu- und Abgänge haben den Bestand der Aktiengesellschaften von 2 577 um rund 20 vH auf 2 057 verringert. Außerdem befanden sich 1956 mit 5,8 Mrd. DM noch rund 15 vH des Grundkapitals aller Aktiengesellschaften in unaufklärbarem Besitz. Dieser anonyme Besitz konnte dank der verbesserten Unternehmenspublizität auf 400 Mill. DM reduziert werden. Der Zuordnung zu den einzelnen Kategorien des Besitzes brauchen in den dazwischenliegenden Jahren keine Transaktionen zugrundegelegt zu haben.

Tabelle 2:

Das Eigentum am Grundkapital der deutschen Aktiengesellschaften

Ende 1956 und 1965

Art des Besitzes und der Kapitaleigner	Anteile am Grundkapital			
	1956 ¹⁾		1965 ¹⁾	
	Mill.DM	vH	Mill.DM	vH
1	2	3	4	5
Beteiligungsgesellschaften	2 800	11,8	2 583	5,8
Übrige Aktiengesellschaften	3 385	14,2	8 211	18,4
Schachtelbesitz	6 185	26,0	10 794	24,2
Öffentlicher Besitz	3 294	13,9	6 420	14,4
Auslandsbesitz	2 254	9,5	6 522	14,6
Sonstiger Dauerbesitz	2 516	10,6	7 435	16,7
Dauerbesitz	8 064	33,9	20 377	45,6
Sonstige ²⁾	9 521	40,0	13 491	30,2
Grundkapital insgesamt	23 760	100	44 662	100

1) 1956 wurden 2 577 und 1965 2 057 Aktiengesellschaften ohne die bundeseigenen Dachgesellschaften gezählt.

2) Nicht nach den vorgenannten Kriterien aufgliederbarer Besitz einschließlich Streubesitz und völlig anonymen Besitz. Letzterer betrug 1965 393 Mill. DM und blieb somit unter 1 vH des gesamten Grundkapitals. Im Jahre 1956 befanden sich noch 5,8 Mrd. DM in ungeklärtem Besitz.

Rund 70 vH des Kapitals der deutschen Aktiengesellschaften befanden sich Ende 1965 in sogenanntem Dauerbesitz.¹⁾ Da der auf Dauer erworbene und gehaltene Anteilsbesitz der gesellschaftsrechtlichen Einflußnahme durch die Eigentümer dient, ist er im wesentlichen mit dem Paketbesitz identisch²⁾.

Es ist die konzernpolitisch bedeutsame Feststellung zu treffen, daß ein Viertel des gesamten Grundkapitals der deutschen Aktiengesellschaften in den Händen anderer deutscher Aktiengesellschaften liegt. Damit ist das spezifische Beteiligungsinteresse statistisch belegt, welches von der Aktiengesellschaft ausgeht und welches an der Aktiengesellschaft besteht.

1) In dem nicht aufgliederbaren Besitz und dem völlig anonymen Kapitalbesitz, der die restlichen 30 vH des deutschen Aktienkapitals ausmacht, ist in der Hauptsache Streubesitz enthalten. Nach einer Depoterhebung der Deutschen Bundesbank wurden allein 6,5 Mrd. DM von "Wirtschaftlich Unselbständigen", d.h. von Arbeitern, Angestellten, Beamten, Pensionären und Rentnern, gehalten. Der Umfang des gesamten Streubesitzes, einschließlich der Kapitalanlagen der institutionellen Anleger, ist aus den Statistiken nicht ersichtlich. Aus den unterschiedlich abgegrenzten Angaben kann aber geschätzt werden, daß der gesamte gesellschaftsrechtlich machtlose Streubesitz knapp über 11 Mrd. DM und damit 25 vH des gesamten deutschen Aktienkapitals ausmachte. Vgl. hierzu Gefromm, Erich, Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, in: Wirtschaft und Statistik, 1966, S. 94 ff.; Deutsche Bundesbank, Ergebnisse der Depoterhebung für 1965, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 18. Jg., Juli 1965, S. 3 ff.

2) Zum Begriff der Beteiligung vgl. Seite S. 14 f. dieser Arbeit.

Außerdem wird deutlich, daß der bei den "übrigen Aktiengesellschaften" liegende Beteiligungsnennwert rund dreimal höher ist als bei den "Beteiligungsgesellschaften". Die wirtschaftlich tätige "Muttergesellschaft" übt eine wesentlich stärkere Anziehungskraft auf Beteiligungen aus als die reine Holdinggesellschaft.

Die starke relative Abnahme des Aktienbesitzes in den Händen der Beteiligungsgesellschaften ist weniger auf Veräußerungen oder Zurückhaltung bei Neuerwerbungen zurückzuführen als vielmehr auf den Positionswechsel ehemaliger Holdinggesellschaften in die Kategorie der "übrigen Aktiengesellschaften" ¹⁾.

Vor der Erörterung des Paketbesitzes in der Hand von Aktiengesellschaften und anderen Unternehmen, des Staates und des Auslands sei ein Blick auf den "sonstigen Dauerbesitz" geworfen. In dieser heterogenen Gruppe von Eigentümern befanden sich mit 7,4 Mrd. DM 16,7 vH des gesamten Grundkapitals der deutschen Aktiengesellschaften. Die Aufgliederung der Beteiligungsfälle sowie des anteiligen und gesamten Grundkapitals auf die verschiedenen Eigentümergruppen ist in Tabelle 3 wiedergegeben.

1) Im Zuge der Re-Konzentration der deutschen Montanindustrie wurden entflochtene Beteiligungsgesellschaften durch Fusionen und übertragende Umwandlungen mit bzw. von wirtschaftlich tätigen (entflochtenen) Untergesellschaften wieder zu wirtschaftlich tätigen Muttergesellschaften ausgebaut. Den konzernpolitischen Neuordnungen trägt die Statistik Rechnung, indem sie die Kapitaleigentümer entsprechend ihren neuen Eigenschaften umordnet. Vgl. WiSta 66/282.

Tabelle 3:

Aufgliederung des "sonstigen Dauerbesitzes" an deutschen Aktiengesellschaften

Ende 1965

Anteilseigner	Fälle	Grundkapital			Nennwert je Paket Mill. DM
		insgesamt	anteilig		
		Mill.DM		vH	
1	2	3	4	5	6
Gesellschaften mbH	207	5 874	2 239	38,1	10,8
Investment-Gesellschaften	235	19 411	631	3,3	2,7
Sonstige Gesellschaften und Körperschaften ¹⁾	346	9 083	1 812	19,9	5,2
Familien	418	4 980	1 980	39,8	4,7
Einzelpersonen	360	2 604	773	29,7	2,1
Insgesamt ²⁾	1 297	27 418	7 435	27,1	5,7

- 1) Die Gruppe umfaßt vornehmlich Personengesellschaften, Vereine und Stiftungen.
 2) Gesellschaften mit Aktionären verschiedener Gruppen wurden nur einmal berücksichtigt.

Quelle: WiSta 66/96.

Die direkten Aktienbeteiligungen der Familien und Einzelpersonen hatten einen Nennwert von fast 2,8 Mrd. DM. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung hielten 2,2 Mrd. DM und die "sonstigen Gesellschaften" 1,8 Mrd. DM. Inwieweit die Gesellschaften als durch natürliche Personen zwischen geschaltete Konzernspitzen oder als von anderen Unternehmen abhängige Gesellschaften mit Holdingfunktion anzusehen sind, kann aus der Statistik nicht ersehen werden.

Die durchschnittliche Beteiligungsquote liegt bei Familiengesellschaften mit 40 vH an der Spitze. Bei Investmentgesellschaften ist sie natürlicherweise am geringsten.

Die durchschnittlichen Kapitalbeträge je Anteilspaket sind bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung am höchsten. Bei Einzelpersonen sind sie immerhin halb so groß wie bei Familien.

1. Aktiengesellschaften als Eigentümer von Aktienpaketen

In Tabelle 2 wurde bereits nachgewiesen, daß Ende 1965 ein Viertel des Kapitals der deutschen Aktiengesellschaften als "Schachtelbesitz" in der Hand anderer Aktiengesellschaften lag. Über die Intensität der Verflechtungen gibt Tabelle 4 Auskunft. Darin sind die 1 632 festgestellten Einzelbeteiligungen nach Maßgabe ihres absoluten Stimmgewichts, d.h. der Quote am Grundkapital, in die fünf wesentlichen gesellschaftsrechtlichen Beteiligungsquotengruppen eingeordnet worden.

In den 346 Fällen der qualifizierten Mehrheit und des vollständigen Besitzes können die Obergesellschaften sämtliche konstitutiven Beschlüsse ohne Mitwirkung Dritter durchsetzen, In 351 Fällen haben Aktiengesellschaften eine Sperrminorität inne, womit sie allein in der Lage sind, das Zustandekommen konstitutiver Beschlüsse zu verhindern oder von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig zu machen.

Tabelle 4:

Aufgliederung des Schachtelbesitzes von Aktiengesellschaften an Aktiengesellschaften
nach Beteiligungsgrößenklassen

Ende 1965

Beteiligungsquote vH	Beteiligungen von Aktiengesellschaften an Aktiengesellschaften			
	einzeln		kumuliert	
	Fälle Anzahl	Anteil Mill.DM.	Gesellschaften Anzahl	Anteil Mill.DM.
1	2	3	4	5
Einfache Minderheit (bis 25)	794	1 842	202	554
Qualifizierte Minderheit (über 25 bis 50)	351	2 480	183	1 507
Einfache Mehrheit (über 50 bis unter 75)	141	1 075	151	1 630
Qualifizierte Mehrheit (75 bis unter 100)	185	2 794	235	3 705
Vollständiger Besitz (100)	161	2 603	218	3 398
Zusammen	1 632	10 794	989	10 794
Gesellschaften und Grundkapital insgesamt ¹⁾	989	24 163	989	24 163

1) Anzahl und Grundkapital der Gesellschaften wurden nur einmal berücksichtigt.

Quelle: WiSta 66/94.

Die Abstimmungsmacht der Obergesellschaften erscheint in einem anderen Licht, wenn man die Einzelbeteiligungen insoweit zusammenrechnet, als sie jeweils an einer Gesellschaft bestehen. Die Kumulierung zeigt, daß die 1 632 Einzelbeteiligungen nur an 989 Gesellschaften bestanden haben. In 643 Fällen kumulieren sich die Einzelbetei-

ligungen statistisch zu höheren Beteiligungsquotengruppen ¹⁾.

In der kumulierten Darstellung geht die Anzahl der einfachen Minderheiten um 592 und die der Sperrminoritäten um 168 zurück. Dafür nimmt die Zahl der einfachen Mehrheiten um 10, die der qualifizierten um 50 und die des vollständigen Besitzes um 57 zu. Somit sind durch die Anhäufung mehrseitigen Beteiligungsbesitzes 117 höhere Beteiligungskategorien zustandegekommen. Die tatsächliche Anzahl der in mehrseitigem Besitz stehenden Aktiengesellschaften liegt jedoch zwischen 117 und 643 ²⁾.

Durch die Kumulierung gewinnt die Einzeldarstellung zwar erheblich an Farbe, doch das "tatsächliche ökonomische Gewicht der Schachtelbeteiligungen" ³⁾ kann auch hieraus nicht genau erkannt werden.

1) Mit Ausnahme der Gruppe "vollständiger Besitz" rücken alle übrigen Beteiligungsquotengruppen nach ein- oder mehrfacher Kumulierung in höherrangige Beteiligungskategorien auf.

2) Aus der Statistik ist nicht zu ersehen, wieviele Gesellschaften insgesamt in mehrseitigem Besitz von Aktiengesellschaften gestanden haben. Es wird nicht darüber berichtet, wieviele kumulationsbedingte Abgänge aus den Gruppen der qualifizierten Minderheit sowie der einfachen und qualifizierten Mehrheit in höhere Beteiligungskategorien gegeben hat, welche durch die entsprechenden Zugänge aus den darunterliegenden Gruppen kompensiert worden sind. Nur bei den "hundertprozentigen" Gesellschaften sind Kompensationen ausgeschlossen, so daß man mit Gewißheit sagen kann, die Zahl der mehreren Großaktionären gehörenden Gesellschaften beläuft sich auf 57.

3) Gefromm, Erich, Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, aaO, S. 95.

Auch die beispielhaften Erläuterungen sollte man nicht überbewerten. Darin heißt es: "Bei 453 Unternehmen ... haben somit die Muttergesellschaften mit kumulierten Beteiligungen die qualifizierte Mehrheit" ¹⁾.

Nicht in jedem Fall können die mehrseitigen Kapitalbeteiligungen einfach einer Muttergesellschaft und den von ihr abhängigen Gesellschaften zugerechnet werden. Das ist nur ein möglicher Spezialfall der bloßen statistischen Beteiligungskumulation. Ein anderer Spezialfall, der zur effektiven Beherrschung einer Gesellschaft durch Beteiligungskumulation führen kann, ist der der oben erörterten vertraglichen Stimmrechtsbindung zwischen voneinander unabhängigen Gesellschaften. Eine "Muttergesellschaft" wird sich in diesem Fall nur feststellen lassen, wenn einem der Konsortialpartner die Führung zugesprochen worden ist ²⁾.

Ansonsten muß die statistische Beteiligungskumulation eine statistische bleiben, solange die Beteiligungen nicht tatsächlich abstimmungspolitisch zusammengefaßt werden. Das kann bei rivalisierenden Großaktionären wohl kaum angenommen werden ³⁾.

1) Gefromm, Erich, Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, aaO, S. 95.

2) Vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite S. 97 ff. dieser Arbeit.

3) Als vorläufig gültiges Beispiel gilt die gegenseitige Blockierung ihres Einflusses auf die Chemische Werke Hüls Aktiengesellschaft, Marl, durch die beiden IG-Farben-Nachfolger, die Farbfabriken Bayer Aktiengesellschaft, Leverkusen, und die Farbwerke Hoechst Aktiengesellschaft, Frankfurt a.M. Vgl. hierzu bspw. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. November 1966, Nr. 264, S. 8; Nr. 15, S. 9; Der Spiegel vom 9. Oktober 1967, Nr. 42, S. 65 f.

2. Unternehmen jeglicher Rechtsform als Eigentümer von Aktienpaketen

Als Schachtelbesitz wurde der Besitz von Aktienpaketen in der Hand von Aktiengesellschaften bezeichnet. Unter dem konzernpolitischen Aspekt ist dieser Begriff zu erweitern. Als Schachtelbesitz im weiteren Sinne soll der Besitz von Aktienpaketen in der Hand von Unternehmen jeglicher Rechtsform verstanden werden.

Über die in- und ausländischen Unternehmen im Sinne des Aktienrechts und ihre beteiligungs- und konzernpolitische Aktivität gibt Tabelle 5 Auskunft. Danach befanden sich Ende 1965 insgesamt 2 653 Aktienpakete im Nominalwert von 21,4 Mrd. DM in der Hand von Unternehmen verschiedener Rechts-

Tabelle 5:

Unternehmen als Großaktionäre deutscher Aktiengesellschaften

1965

Paketeigner	Beteiligungsfälle ¹⁾		Beteiligungsnennwerte		Durchschnitt	
	Anzahl	vH	Mill.DM	vH	der Beteiligungsquote vH ²⁾	des Paketnennwertes Mill.DM
1	2	3	4	5	6	7
Aktiengesellschaften	1 632	61,6	10 794	50,5	44,6	6,61
Gesellschaften mbH	207	7,8	2 239	10,5	37,3	10,82
Personengesellschaften ³⁾	346	13,0	1 812	8,5	19,7	5,24
Auslandsunternehmen	468	17,6	6 522	30,5	31,7	13,94
Insgesamt	2 653	100	21 367	100	-	8,05

1) Nicht kumulierte Einzelbeteiligungen.

2) Beteiligungsnennwerte in vH der Gesamt-Grundkapitalien.

3) Einschließlich Vereine und Stiftungen.

Quelle: WiSta 66/94 ff.

formen. Von den unternehmenseigenen Aktienpaketen entfielen 61,6 vH auf deutsche Aktiengesellschaften, 82,4 vH auf deutsche Unternehmen insgesamt und 17,6 vH auf ausländische Unternehmen ¹⁾. Andere Relationen ergeben sich aus der Aufgliederung der Beteiligungsnennbeträge. Hiervon beanspruchten die deutschen Aktiengesellschaften etwa die Hälfte und ausländische Unternehmen fast ein Drittel.

Die durchschnittliche Beteiligungsquote war gemäß Spalte 6 bei den Aktiengesellschaften mit 44,6 vH am höchsten, bei Personengesellschaften mit 19,7 vH des gesamten Grundkapitals der beteiligungspassiven Aktiengesellschaften am geringsten. Dagegen war der durchschnittliche Nominalwert je Aktienpaket gemäß Spalte 7 bei den ausländischen Unternehmen mit rund 14 Mill. DM mehr als doppelt so hoch wie bei den inländischen Aktiengesellschaften (6,6 Mill. DM). Sehr beachtlich ist der durchschnittliche Nominalwert der von Gesellschaften mit beschränkter Haftung gehaltenen Aktienpakete.

Aus beiden Kennziffernreihen ist zu schließen, daß die inländischen Aktiengesellschaften mit im Durchschnitt relativ kleinen Aktienpaketen verhältnismäßig hohe Beteiligungsquoten erreichen, d.h. sie sind vielfach an kleineren Aktiengesellschaften beteiligt. Dagegen erzielen die ausländischen Unternehmen trotz hoher durchschnittlicher Nominalwerte eine geringere Quote als die inländischen Aktiengesellschaften. Die Ausländer sind zumeist an größeren deutschen Aktiengesellschaften beteiligt.

1) Der als gering bezeichnete ausländische Streubesitz wurde nicht eliminiert.

3. Ausländische Unternehmen als Eigentümer von Aktienpaketen und Geschäftsanteilen

Die direkte Auslandsbesitz am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften hatte lt. Tabelle 2 Ende 1965 mit 6,5 Mrd. DM fast das gleiche Volumen wie der Staatsbesitz. Die durchschnittliche Beteiligungsquote lag jedoch erheblich unter der des Staates. Hatten seine Gesellschaften zusammen ein Grundkapital von 11,5 Mrd. DM, so lag das der Gesellschaften mit festgestelltem Auslandsbesitz bei 20,6 Mrd. DM. Die geringere Durchschnittsquote ergibt sich statistisch daraus, daß im Auslandseigentum ein Streubesitz von etwa 400 Mill. DM enthalten ist ¹⁾, der vornehmlich den Publikumsgesellschaften mit hohen Grundkapitalbeträgen zuzurechnen ist. Damit lagen rund 6 Mrd. DM des Grundkapitals der deutschen Aktiengesellschaften in der Hand ausländischer Großaktionäre. Da es sich bei diesen fast durchweg um Unternehmen handelt, kann dieser Paketbesitz als Konzernbesitz gewertet werden.

In Tabelle 6 sind die wichtigsten Eigentümerländer, die Anzal der Beteiligungsfälle sowie die gesamten und die den Ausländern gehörenden Grundkapitalbeträge aufgeführt. Daraus errechnen sich die durchschnittlichen Beteiligungsquoten am Grundkapital sowie die durchschnittlichen Kapitalbeträge je Beteiligungsfall bzw. Aktienpaket.

1) Vgl. Gefromm, Erich, Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, aaO, S. 96.

Tabelle 6:

Aufgliederung des ausländischen Dauerbesitzes
an deutschen Aktiengesellschaften nach Eigentümerländern
Ende 1965

Staatsangehörigkeit der Anteilseigner	Fälle	Grundkapital			Kapital- betrag je Fall Mill.DM
		insgesamt	anteilig		
			Mill.DM	vH	
1	2	3	4	5	6
Vereinigte Staaten	81	10 089	2 550	25,3	31,5
Schweiz	137	5 607	1 007	18,0	7,4
Niederlande	78	12 082	919	7,6	11,8
Großbritannien	33	2 771	918	33,1	27,8
Frankreich	43	2 942	389	13,2	9,5
Luxemburg	17	3 315	265	8,0	15,6
Übrige Länder	54	1 890	194	10,3	3,6
Belgien	14	393	172	43,8	12,3
Italien	11	157	108	68,8	9,8
EWG-Länder ¹⁾	151	15 022	1 853	12,3	12,3
Insgesamt ¹⁾	390	20 571	6 522	31,7	16,7

1) Gesellschaften mit Aktionären verschiedener Gruppen wurden nur einmal berücksichtigt.

Quelle: WiSta 66/96.

Mit fast 2,6 Mrd. DM bzw. rund 40 vH des gesamten ausländischen Aktienbesitzes erreichen die Beteiligungen amerikanischer Unternehmen den größten Umfang, gefolgt von schweizerischen ¹⁾, nieder-

1) Der optisch hohe schweizerische Anteilsbesitz ist nicht-ausschließlich schweizerischen Unternehmen zuzurechnen. Vielfach verwalten nicht-schweizerische Konzerne ihren ausländischen Beteiligungsbesitz durch schweizerische Holdinggesellschaften (Zwischenholdings).

ländischen und britischen Unternehmen, deren Beteiligungsbeträge nahe bei einer Milliarde DM liegen. Die EWG-Länder kommen zusammen auf 1,85 Mrd. DM.

Auf eine gravierende Interessennahme im Verhältnis zum eingesetzten Kapital lassen die hohen durchschnittlichen Beteiligungsquoten Italiens (68,8 vH), Belgiens (43,8 vH), Großbritanniens (33,1 vH), der USA (25,3 vH) und der Schweiz (18 vH) schließen. Für die EWG-Länder zusammen liegt diese Durchschnittsziffer wesentlich unter der des gesamten Auslandes.

Für die Grundkapitalbeträge je Beteiligungsfall ergibt sich unter den Eigentümerländern eine andere Reihenfolge. Sie wird von den USA mit 31,5 Mill. DM angeführt, gefolgt von England (27,8 Mill. DM), Luxemburg (15,6 Mill. DM), Belgien (12,3 Mill. DM) und den Niederlanden (11,8 Mill. DM).

Das Interesse ausländischer Investoren an den deutschen Kapitalgesellschaften ist in Tabelle 7 festgehalten worden. Danach bestanden zwar nur an 5,8 vH aller deutschen Gesellschaften mit beschränkter Haftung ausländische Beteiligungen. Daß die wirtschaftliche Bedeutung dieses Beteiligungsbesitzes wesentlich höher zu veranschlagen ist, kann aus der hohen Kapitalbeteiligung des Auslands ersehen werden, die bei 22 vH des gesamten Stammkapitals gelegen hat. Der Nominalwert der Geschäftsanteile ist mit 5,9 Mrd. DM fast so hoch wie der der in ausländischem Besitz liegenden Aktien (6,2 Mrd. DM). Bei den Aktiengesellschaften liegt die gesamte Beteiligungsquote wegen des

höheren Grundkapitals erheblich unter der Quote der Auslandsbeteiligungen bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Tabelle 7:

Die direkten Beteiligungen des Auslands am Nominalkapital deutscher Kapitalgesellschaften ¹⁾

Ende 1965

Rechtsform der Gesellschaften	Gesellschaften			Nominalkapital		
	insgesamt	mit ausländischer Beteiligung		insgesamt	in ausländischem Besitz	
	Anzahl		vH	Mrd. DM		vH
1	2	3	4	5	6	7
Aktiengesellschaften ²⁾	2 508	359	14,3	46,0	6,2	13,5
Gesellschaften mbH	54 072	3 120	5,8	26,4	5,9	22,3
Insgesamt	56 580	3 479	6,1	72,4	12,1	16,8

1) Bei den Einzelfirmen und Personengesellschaften betrug das haftende Auslandskapital Ende 1965 350 Mill. DM. Das Dotationskapital der rechtlich unselbständigen Zweigniederlassungen und Betriebsstätten ausländischer Unternehmen lag zum selben Zeitpunkt bei 560 Mill. DM.

2) Einschließlich Kommanditgesellschaften auf Aktien.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Die Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 18. Jg., 1966, Nr. 11, S. 18.

Bevorzugte Beteiligungsobjekte der ausländischen Konzerne mit weltweit gestreuten Kapitalien sind die Großunternehmen beider Rechtsformen. Ende 1964 konzentrierte sich fast die Hälfte des Auslandsbesitzes auf 28 Großunternehmen mit Nominalkapitalien von jeweils 100 Mill. DM und mehr ¹⁾. Gerade

1) Vgl. Deutsche Bundesbank, Die Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 17. Jg., Mai 1965, S. 54.

diese Großunternehmen können als Brückenköpfe der konzernpolitischen Aktivität des Auslands angesehen werden. Sie bilden die Basis ihrer wirtschaftlichen Betätigung im bundesdeutschen Wirtschaftsgebiet, indem sie zumeist als Muttergesellschaften weitverzweigter nationaler Unterkonzerne fungieren.

4. Der Staat als Eigentümer von Aktienpaketen

Das Interesse der öffentlichen Hand an den deutschen Aktiengesellschaften wurde in Tabelle 2 mit 6,4 Mrd. DM beziffert. Damit hatte sich der Staat am gesamten Grundkapital der Aktiengesellschaften beteiligt.

Das Nennkapital der insgesamt 396 Gesellschaften mit festgestellten Staatsbeteiligungen betrug 11,5 Mrd. DM. Mit seinen 6,4 Mrd. DM erreichte der Staat eine durchschnittlich überhöftige Kapitalbeteiligung an den Gesellschaften. Davon lag ein Drittel beim Bund, 22,6 vH teilten sich die Länder und 38,9 vH die Gemeinden und Gemeindeverbände. Bei letzteren dominieren die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaften, zumal zahlreiche Kommunen ihre Eigenbetriebe in Aktiengesellschaften umgewandelt hatten. Daß der Anteil des Bundes gering erscheint, ist auf die inzwischen vollzogenen Teilprivatisierungen zurückzuführen ¹⁾.

1) Vgl. Gefromm, Erich, Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, aaO, S. 95 f.

Auch für den öffentlichen Dauerbesitz liegt eine Aufgliederung nach Beteiligungsgrößenklassen vor. Da vielfach mehrere öffentlich-rechtliche Körperschaften an jeweils einer Gesellschaft beteiligt sind, gibt Tabelle 8 neben der Aufteilung der 484 Einzelbeteiligungen auf die fünf wesentlichen Beteiligungsgrößenklassen die korrespondierende Aufgliederung der auf 396 Gesellschaften kumulierten 484 Einzelbeteiligungen wieder. Die Gegenüberstellung zeigt, daß die öffentliche Hand 145 einzelne qualifizierte Kapitalmehrheiten innehatte. Diese Zahl erhöht sich auf 176, wenn man die Beteiligungen mehrerer öffentlich rechtlicher Körperschaften an jeweils einer Gesellschaft zusammenrechnet.

Aus der Addition der Gesellschaften und des Beteiligungskapitals in den Spalten 4 und 5 der einfachen und qualifizierten Mehrheiten mit den entsprechenden Zahlen des vollständigen Besitzes geht hervor, daß die öffentliche Hand bei 227 Gesellschaften mit einem Grundkapital in Höhe von 5,5 Mrd. DM rund 5 Mrd. DM ¹⁾ selbst besaß.

Die Stimmkraft des staatlichen Anteilseigner, insbesondere der Gemeinden, reicht auch bei den Minderheitsbeteiligungen über das durch den Kapitalbesitz gekennzeichnete Maß hinaus, da ihre Aktien vielfach mit mehrfachen Stimmrechten ausgestattet sind ²⁾.

1) Vgl. Gefromm, Erich, Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, aaO, S. 96.

2) Vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 86 f. dieser Arbeit.

Tabelle 8:

Aufgliederung des öffentlichen Dauerbesitzes am Kapital der Aktiengesellschaften
nach Beteiligungsgrößenklassen
Ende 1965

Beteiligungsquote vH	Beteiligungen der öffentlichen Hand an Aktiengesellschaften			
	einzeln		kumuliert	
	Fälle Anzahl	Anteil Mill.DM	Gesellschaften Anzahl	Anteil Mill.DM
1	2	3	4	5
Einfache Minderheit (bis 25)	164	551	98	194
Qualifizierte Minderheit (über 25 bis 50)	106	1 458	71	1 215
Einfache Mehrheit (über 50 bis unter 75)	69	1 038	51	537
Qualifizierte Mehrheit (75 bis unter 100)	52	1 136	63	1 439
Vollständiger Besitz (100)	93	2 237	113	3 035
Zusammen	484	6 420	396	6 420
Gesellschaften und Grund- kapital insgesamt ¹⁾	396	11 461	396	11 461

1) Anzahl und Grundkapital der Gesellschaften wurden nur einmal berücksichtigt.

Quelle: WiSta 66/95.

Die Eigentümerstellung von Bund, Ländern und Gemeinden ¹⁾ erhellt Tabelle 9. Darin sind außer den direkten Beteiligungen an Aktiengesellschaften auch solche an Unternehmen sonstiger Rechtsformen sowie Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts enthalten. Die im Jahre 1960 gehaltenen 913 Beteiligungen hatten einen Nominalwert von 6,6 Mrd.DM ²⁾.

Tabelle 9:

Anzahl und Nominalwert der direkten Beteiligungen
der öffentlichen Hand
1960

Anteilseigner	Beteiligungen		Nominalkapital	
	Anzahl ¹⁾	vH	Mill.DM	vH
1	2	3	4	5
Bund ²⁾	155	17,0	2 704	40,9
Länder	261	28,6	1 962	29,7
Gemeinden	497	54,4	1 945	29,4
Insgesamt	913	100	6 611	100

1) Bei mehrseitigen Beteiligungen wurde nur ein Unternehmen gezählt (Kumulation).

2) Die Sondervermögen des Bundes, wie Bundesbahn, Bundespost, ERP-Vermögen und Lastenausgleichsfonds sind hierin nicht enthalten, wohl aber deren direkte Beteiligungen.

Quelle: Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 468.

1) Berücksichtigung fanden nur Gemeinden und Landkreise ab 100 000 Einwohner.

2) Die 913 Beteiligungen hatten an 729 Unternehmen im Sinne des Aktienrechts bestanden, von denen 682 die Rechtsform der Aktiengesellschaft und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung hatten. Vgl. Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S.468 f.

Die Bedeutung des Bundes als Unternehmer kommt weniger in der Anzahl (155) seiner direkten Beteiligungen an Wirtschaftsunternehmen zum Ausdruck als in ihrem Nennwert. Der Bund war nur an 17 vH der Unternehmen mit staatlichem Anteilsbesitz beteiligt, hielt aber fast 41 vH des gesamten in der öffentlichen Hand befindlichen Beteiligungskapitals. Sein gesamtwirtschaftlicher Konzerneinfluß geht über den statistisch nachgewiesenen Umfang noch hinaus, weil er im Gegensatz zu den autonomen Ländern und Gemeinden mit einheitlicher Willensbildung operiert bzw. zu operieren vermag, soweit man von den besonderen Zielsetzungen seiner Sondervermögen absieht.

Die Beteiligungsnennbeträge des Bundes haben von 1954 bis 1960 um 175 vH, die der Länder um 189 vH und die der Gemeinden um 218 vH zumeist aufgrund von Kapitalerhöhungen zugenommen. Die Beteiligungsquoten haben sich hierbei nicht wesentlich verändert. Sie lagen im Durchschnitt bei 70 vH ¹⁾.

Die konzernpolitische Aktivität des Staates wird erst an Hand einer Darstellung seines indirekten Beteiligungsbesitzes deutlich, die in Tabelle 10 wiedergegeben ist. Sie enthält im wesentlichen den mehrfach verschachtelten Industriebesitz des Bundes, da mittelbare Beteiligungen der Länder nur bis zum ersten Grad berücksichtigt sind ²⁾. Indirekte Beteiligungen der Gemeinden sind hierin nicht enthalten.

1) Vgl. Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 468 f.

2) Im Rahmen der Konzentrationsenquete ist auch eine branchenmäßige Spezifizierung des Staatsbesitzes vorgenommen worden. Vgl. Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 482.

Indirekte Staatsbeteiligungen ersten bis vierten Grades haben an insgesamt 316 Gesellschaften mit einem Nominalkapital von rund 3 Mrd. DM bestanden. Die Darstellung zeigt deutlich, daß Anzahl und Kapital der Unternehmen zur Konzernperipherie hin deutlich zurückgehen. Obzwar die Verschachtelung beim Bund sehr weit reicht, kann nicht gesagt werden, daß er vom Holdingprinzip übermäßigen Gebrauch gemacht hat. Die Staatskonzerne sind deutlich zentralistisch aufgebaut.

Tabelle 10:

Anzahl und Nominalkapital der in indirektem Mehrheitsbesitz von Bund und Ländern ¹⁾ stehenden Unternehmen

1960

Grad der indirekten Beteiligung	Unternehmen		Nominalkapital	
	Anzahl	vH	Mill.DM	vH
1	2	3	4	5
Erster	191	60,4	2 347	77,3
Zweiter	68	21,5	619	20,4
Dritter	54	17,1	67	2,2
Vierter	3	1,0	2	0,1
Insgesamt	316	100	3 035	100

1) Mittelbare Beteiligungen der Länder sind nur bis zum ersten Grad berücksichtigt.

Quelle: Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aa0, S. 470.

Der Bundesbesitz wird im wesentlichen durch drei Großkonzerne repräsentiert, die AG für Berg- und

Hüttenbetriebe, Salzgitter (Salzgitter), die Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG, Berlin-Bonn (VIAG), und die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerke AG, Hamburg (VEDA), welche nunmehr eine Schachtelbeteiligung an der inzwischen aus ihrem Verband herausgelösten Preußischen Bergwerks- und Hütten AG, Hannover (Preußag), besitzt.

Am 31. März 1959, also vor Beginn der Teilprivatisierung, waren die drei Holdinggesellschaften des Bundes gemäß Tabelle 11 an 65 Aktiengesellschaften, 124 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und 21 sonstigen Gesellschaften direkt oder indirekt beteiligt. Das Nennkapital der mit den Bundeskonzernen verbundenen Unternehmen betrug derzeit 2,4 Mrd. DM, wovon dem Bund anteilmäßig 1,5 Mrd. DM gehörten. Lt. Spalte 15 der Tabelle lag die durchschnittliche Beteiligungsquote des Bundes bei rund 64 vH, so daß von einer weitgehenden Beherrschung des konzernexternen Eigenkapitals gesprochen werden kann, das immerhin ein Drittel des Unternehmerrisikos trug.

Die durchschnittliche Beteiligungsquote des Bundes ist im Salzgitter-Konzern am höchsten. Hier hat die Holding 91,5 vH des Konzern-Eigenkapitals in der Hand. Am geringsten ist die durchschnittliche Beteiligungsquote der zur VEBA gehörenden Preußischen Elektrizitäts-AG, Hannover (PREAG). An den von der PREAG beherrschten Elektrizitätsversorgungsunternehmen sind auch die betreffenden Gebietskörperschaften stark interessiert.

Innerhalb der Bundeskonzerne gab es zwar nur halb so viele Aktiengesellschaften wie Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Sie nahmen jedoch 82,6 vH des gesamten Nominalkapitals aller mit dem Konzern

verbundenen Gesellschaften ein und repräsentierten 81,1 vH des Bundesanteils an allen Gesellschaften ¹⁾. Daraus erhellt, daß die durchschnittliche Beteiligungsquote des Bundes bei den Aktiengesellschaften nur wenig geringer ist als bei den Unternehmen anderer Rechtsform. Die Aktiengesellschaften werden demnach nicht mehr zur Heranziehung konzernexternen Eigenkapitals eingesetzt als die in anderen Rechtsformen betriebenen Konzernglieder.

Tabelle 11: s. folgende Seite

1) Die vH-Sätze errechnen sich aus den Spalten 4/13 und 5/14 der Tabelle 11.



Tabelle 11:

Die Beteiligungen der drei großen Bundeskonzern

31.

Konzernspitze	Beteiligungsquote vH	Aktiengesellschaften			
		Anzahl	Nennkapital		Anzahl
			Anteil		
			Mill. DM		
1	2	3	4	5	6
I. AG für Berg- und Hütten- betriebe, Salzgitter	bis 25	1	0,6	0,1	1
	über 25 bis 50	1	25,0	7,5	6
	über 50 bis 75	1	35,0	25,9	2
	über 75 bis 100	11	434,6	429,6	27
	Zwischensumme	14	495,2	463,1	36
II. Vereinigte Industrie- Unternehmungen AG, Berlin-Bonn	bis 25	6	93,3	20,7	5
	über 25 bis 50	9	423,6	152,2	7
	über 50 bis 75	1	32,0	22,4	1
	über 75 bis 100	4	208,5	208,5	6
	Zwischensumme	20	757,4	403,8	19
III. Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG, Hamburg	bis 25	11	62,8	9,5	27
	über 25 bis 50	7	192,1	79,0	6
	über 50 bis 75	2	66,0	38,0	5
	über 75 bis 100	3	97,6	77,4	4
	Zwischensumme	23	418,5	203,9	42
2. Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne	bis 25	1	150,0	37,5	1
	über 25 bis 50	2	30,6	14,9	9
	über 50 bis 75	1	3,0	2,1	1
	über 75 bis 100	4	114,0	110,2	5
	Zwischensumme	8	297,6	164,7	16
3. Preußische Bergwerks- und Hütten-AG, Hannover	bis 25	-	-	-	-
	über 25 bis 50	-	-	-	2
	über 50 bis 75	-	-	-	1
	über 75 bis 100	-	-	-	8
	Zwischensumme	-	-	-	11
Zwischensumme III 1,2,3		31	716,1	368,6	69
Insgesamt		65	1 968,7	1 235,5	124

Quelle: Lauffs, Hans, Unternehmenskonzentration beim Bund,
aaO, S. 534 ff.

nach Teilungsgrößenklassen und Rechtsformen

130

irz 1959

Beteiligungs- und Tochtergesellschaften

Gesellschaften mbH		S o n s t i g e				i n s g e s a m t			
Nennkapital	Anteil	Anzahl	Nennkapital	Anteil	Anzahl	Nennkapital	Anteil		vH
Mill. DM			Mill. DM			Mill. DM			
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
0,2	0,1	2	3,9	0,9	4	4,7	1,1	23,4	
5,4	1,5	1	0,2	0,1	8	30,6	9,1	29,7	
0,3	0,2	1	40,0	22,0	4	75,3	48,1	63,9	
113,5	112,4	2	30,2	30,2	40	578,3	572,2	98,9	
119,4	114,2	6	74,3	53,2	56	688,9	630,5	91,5	
1,4	0,2	3	1,4	0,2	14	96,1	21,1	22,0	
6,3	1,8	2	2,4	0,6	18	432,3	154,6	35,8	
0,1	0,1	-	-	-	2	32,1	22,5	70,1	
18,0	18,0	-	-	-	10	226,5	226,5	100,0	
25,8	20,1	5	3,8	0,8	44	787,0	424,7	54,0	
31,9	3,1	3	4,5	0,6	41	99,2	13,2	13,3	
1,2	0,5	-	-	-	13	193,3	79,5	41,1	
25,8	15,5	-	-	-	7	91,8	53,5	58,3	
2,7	2,7	-	-	-	7	100,3	80,1	80,0	
61,6	21,8	3	4,5	0,6	68	484,6	226,3	46,7	
0,0	0,0	1	0,0	0,0	3	150,0	37,5	25,0	
16,9	8,3	-	-	-	11	47,5	23,2	48,8	
0,4	0,3	-	-	-	2	3,4	2,4	70,6	
5,9	5,2	1	20,0	20,0	10	139,9	135,4	96,8	
23,2	13,8	2	20,0	20,0	26	340,8	198,5	58,2	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	
0,5	0,2	2	40,1	15,2	4	40,6	15,4	37,9	
28,0	16,0	2	7,1	4,0	3	35,1	20,0	57,0	
7,4	7,4	1	0,0	0,0	9	7,4	7,4	100,0	
35,9	23,6	5	47,2	19,2	16	83,1	42,8	51,5	
120,7	59,2	10	71,7	39,8	110	908,5	467,6	51,5	
265,9	193,5	21	149,8	93,8	210	2 384,4	1 522,8	63,9	

5. Natürliche Personen als Eigentümer von Aktienpaketen

Die natürlichen Personen als Begründer oder Erben des unternehmerischen Aktienvermögens hielten Ende 1965 einen Paketbesitz im Nominalwert von fast 2,8 Mrd. DM ¹⁾. Unternehmerfamilien waren danach mit rund 2 Mrd. DM in 418 Fällen direkt an Aktiengesellschaften beteiligt, deren kumuliertes Grundkapital bei 5 Mrd. DM lag. Ihre durchschnittliche Beteiligungsquote lag bei 40 vH, der durchschnittliche Nennwert je Aktienpaket bei 4,7 Mill. DM. Einzelpersonen hatten sich mit fast 0,8 Mrd. DM in 360 Fällen direkt an Aktiengesellschaften beteiligt, deren Kapital bei 2,6 Mrd. DM lag. Ihre Beteiligungsquote lag bei 30 vH und der Nennwert ihrer Anteilspakete im Durchschnitt bei 2,1 Mill. DM.

Diese Angaben reichen jedoch nicht aus, um den wirklichen unternehmens- und konzernpolitischen Einfluß natürlicher Personen als Eigentümer darzustellen. Große Teile ihres Besitzes sind in Unternehmen jeglicher Rechtsform eingebracht worden, welche sie vollständig beherrschen. Diesem Umstand trägt die Konzentrationsenquete Rechnung, indem sie zwischen "sach-" und "personenbezogenen" Unternehmensverbindungen unterscheidet. An der Spitze der Personalkonzerne stehen vielfach Gesellschaften mit beschränkter Haftung, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften oder Einzelfirmen, welche die Holdingfunktion wahrzunehmen haben. Ihre Bedeutung erhellt daraus, daß sie im Jahre 1960 18 der hundert umsatzstärksten deutschen Industriekonzerne führten. Von den insgesamt 1 410 Beteiligungen zwischen 25 vH und 100 vH entfielen mit

1) Vgl. Tabelle 3 auf Seite 112 dieser Arbeit.

325 rund 23 vll auf "personenbezogenen" Konzernspitzen ¹⁾.

Die Zwischenschaltung einer Konzernholding in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung verbindet den Vorteil der Haftungsbegrenzung mit dem der Anonymität bezüglich der Geschäftsbearbeitung und der dahinterstehenden Eigentümer. Als Kapitalgesellschaft ermöglicht sie dem Konzern die Ausnutzung der Schachtelprivilegien des Körperschaft-, Gewerbe- und Vermögensteuerrechts ²⁾. Für die Zwischenschaltung wirtschaftlich tätiger, d.h. gemischter, Holdings jeglicher Rechtsform zwischen der natürlichen Person des Inhabers und seinem Konzern spricht nicht zuletzt die Möglichkeit der Inanspruchnahme der umsatz-, gewerbe- und körperschaftsteuerlichen Organschaft ³⁾.

Nicht zuletzt sprechen die zahlreichen "rechtlich-organisatorischen Schwierigkeiten" der Konzernleitung für eine "Institutionalisierung" der Konzernführung. Der hierfür notwendige persönlich-sachliche Apparat wird rechtlich verselbständigt und nach der Übernahme der Konzernbeteiligungen zur Konzernspitze ausgebaut ⁴⁾.

Vielfach steht auch eine Familienstiftung an der Spitze eines (personenbezogenen) Konzerns. Ihre

1) Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 62.

2) Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 70 f.

3) Vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 314 dieser Arbeit.

4) Vgl. Hardach, Fritz Wilhelm, Konzernorganisation, aaO, S. 33 ff.; derselbe, Die "einheitliche Leitung" von Konzernen, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F., 13. Jg., 1961, S. 713ff.

Aufgabe ist es, das Unternehmen als Ganzes aus voraussichtlichen Erbstreitigkeiten herauszuhalten, Erbschaftsteuern zu sparen und Einblicke Außenstehender abzuwehren, zumal das diffizile Stiftungsrecht die Erlangung objektiver Anhaltspunkte für die Herrschaftsstrukturen verhindert ¹⁾.

Dem direkten Besitz der Familien und Einzelpersonen sind somit auch große Teile des in Tabelle 2 ausgewiesenen Paketbesitzes der Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie der sonstigen Gesellschaften und Körperschaften zuzurechnen, in denen auch der Besitz von Personengesellschaften und Stiftungen enthalten ist.

1) Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 71 f.; Hardach, Fritz Wilhelm, Konzernorganisation, aaO, S. 36 f.; Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 91 ff.; Cassier, Siegfried C., Wer bestimmt die Geschäftspolitik der Großunternehmen?, aaO, S. 107 ff. und S. 119; Nipperdey, Hans Carl, Stiftungen, (I) Recht der Stiftungen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. X, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1959, S. 201 ff.; Strickrodt, Georg, Stiftungen, (II) Stiftungsunternehmen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. X, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1959, S. 205 ff.

III. Das Beteiligungskonto als Spiegelbild der konzernpolitischen Aktivität

Im vorhergehenden Abschnitt wurde das beteiligungs- und konzernpolitische Interesse an der Kapitalgesellschaft und insbesondere an der Aktiengesellschaft untersucht. In diesem Abschnitt steht die von der Aktiengesellschaft ausgehende beteiligungs- und konzernpolitische Aktivität im Mittelpunkt der Betrachtungen. Es ist zu prüfen, welche Aufschlüsse das Beteiligungskonto allein und im Vergleich zu anderen Bilanzkonten auf diese Frage zu geben vermag.

1. Die Investitionsobjekte im Rahmen des Anlagevermögens

Aus der Vielzahl der betriebswirtschaftlichen Investitionsbegriffe ¹⁾ sei der allgemeine vermögensbestimmte und bilanzmäßig darstellbare Begriff der Investition zugrundegelegt, der insbesondere durch die Auffassungen Schmalenbachs, Preisers und le Coutres geprägt worden ist. Danach besteht die Investition in der Umwandlung abstrakten Kapitals in Vermögen bzw. reales Kapital, welches auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen wird ²⁾.

1) Vgl. hierzu Pack, Ludwig, Betriebliche Investition, Begriff - Funktion - Bedeutung - Arten, Wiesbaden 1959; Heinen, Edmund, Zum Begriff und Wesen der betriebswirtschaftlichen Investition, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 9. Jg., 1957, S. 16 ff. und S. 85 ff.

2) Vgl. Pack, Ludwig, Betriebliche Investition, aaO, S. 16 ff.

Da es in diesem Kapitel um die konstitutiven Investitionsentscheidungen geht, sind im folgenden die einander ergänzenden oder miteinander konkurrierenden Vermögensgruppen innerhalb des Anlagevermögens ¹⁾, die Sachanlagen und die Beteiligungen, daraufhin zu überprüfen, ob sie unter dem konzernpolitischen Aspekt als alternative Investitionsobjekte angesehen werden können.

Nach Pack gilt nur die Überführung finanzieller Mittel in materielle und immaterielle "konkrete Werte", d.h. Anlage- und Umlaufgüter sowie geleistete Dienste eigener Arbeitnehmer und Dritter, als Investition. Dagegen löst der Erwerb "abstrakter Werte", die als Kapitalbeteiligungen und Forderungen nur Rechte an konkreten Werten vermitteln, keinen Investitionsvorgang aus. Hierin erfüllt sich nur der Tatbestand der aktiven Finanzierung, bei welcher sich der "Finanzierer" bspw. auf die Hingabe von Kapital gegen Gesellschaftsrechte beschränke und normalerweise keinen Einfluß auf die Entscheidung des "Investierers" in der kapitalempfangenden Gesellschaft nehmen könne ²⁾.

Der hier zu erörternde Beteiligungserwerb durch ein Unternehmen kann jedoch ein Herrschafts- oder Konzernverhältnis begründen. Liegt ein solches vor, muß die rechtliche und personelle Entscheidung zwischen Kapitalgeber und Kapitalverwender aufgehoben werden. Die einheitliche Leitung des Konzerns

1) Das Umlaufvermögen wird im Rahmen der Untersuchung der situationsbedingten bzw. taktisch-dispositiven konzernpolitischen Entscheidungen berücksichtigt.

2) Vgl. Pack, Ludwig, Betriebliche Investition, aaO, S. 45 ff., S. 69 ff. und S. 75.

erstreckt sich primär auf eine einheitliche Finanz- und Investitionspolitik im Konzernbereich. Der Beteiligungserwerb ist dann nicht ein bloßer Finanzierungsakt, sondern zugleich ein wichtiger Investitionsvorgang, der durch die Konzernführung ausgelöst wird ¹⁾.

Liegt ein originärer Beteiligungserwerb vor, sei es, daß eine Tochtergesellschaft ausgegründet wird oder ihr Kapital erhöht, beschränkt sich die Muttergesellschaft nicht auf die Rolle des "Finanzierers". Leistet die Mutter eine Sacheinlage, hat sie die eigentliche Investitionsentscheidung in bezug auf konkrete Werte bereits vorweggenommen. Bei der Bareinlage beteiligt sich die Muttergesellschaft im Zweifel ebenfalls an der eigentlichen Investitionsentscheidung. Das gilt vor allem für den Fall, daß die Konzernteile in leistungswirtschaftlichen Zusammenhängen stehen. Dann kann der planmäßige Ausbau der Kapazitäten nur aus der Sicht des Ganzen gesteuert werden. Nur die Konzernführung kann darüber befinden, welche Kapazitäten zu erweitern, beizubehalten oder abzubauen sind ²⁾.

1) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 124.

2) Daß die Muttergesellschaft bei der Ausgründung nicht nur als Finanzierer, sondern auch als der eigentliche Investor anzusehen ist, mögen die umfangreichen Chemie-Anlagen-Investitionen der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen, an der Scheldemündung zeigen. Rechtsträger der Investitionen am belgischen Standort ist die im Dezember 1964 durch die BASF gegründete BASF Antwerpen N.V., Antwerpen. Diese Tochtergesellschaft hat ein 460 Hektar großes Hafengelände erworben. Für die hierauf in der ersten Ausbaustufe zu erstellenden Chemie-Anlagen ist ein Betrag von 600 Mill. DM vorgesehen. (Vgl. Geschäftsberichte BASF 1964, S. 49 und 1966, S. 49.) Die Muttergesellschaft könnte es nicht zulassen, Investitionen dieser Größenordnung allein durch die Geschäftsführung der Tochtergesellschaft bestimmen zu lassen. Die großtechnischen Spezialanlagen können nur im Rahmen eines Großkonzerns ausgelastet werden, d.h. ihre Leistungsquerschnitte sind auf den Bedarf des Gesamtkonzerns zuzuschneiden.

Beim derivativen Beteiligungserwerb durch Kauf oder Tausch tritt das erwerbende Unternehmen an die Stelle des bisherigen Eigentümers. Dem beteiligungs-passiven Unternehmen fließen hierdurch keine zusätzlichen Mittel für Investitionszwecke zu. In der Sicht des erwerbenden Unternehmens stellt der originäre und derivative Beteiligungserwerb zunächst eine aktive Finanzierung dar ¹⁾. Soweit der Beteiligungserwerb der konzernpolitischen Einflußnahme dient, beinhaltet er jedoch zugleich eine Investitionsentscheidung in bezug auf eine bestimmte gedachte oder bestehende personelle und technische Apparatur ²⁾.

Dem originären und derivativen Beteiligungserwerb liegen damit die gleichen Investitionsentscheidungen zugrunde wie den eigentlichen "konkreten" Investitionen. Sie unterscheiden sich von letzteren nur durch die Erwerbsmethode. Inwieweit die Unternehmen ihre Anlagenerweiterung durch "konkrete" oder "abstrakte" bzw. direkte oder indirekte Investitionen vornehmen, soll im folgenden aufgehehlt werden.

1) Liesel Beckmann und Erich Preiser sprechen von aktiver Finanzierung, wenn eine Betriebswirtschaft einer anderen (rechtlich selbständigen) Betriebswirtschaft Mittel zur Verfügung stellt. Vgl. Beckmann, Liesel, Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, 2. Aufl., Stuttgart 1956, S. 28 f.; Preiser, Erich, Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie, in: Die Unternehmung im Markt, Festschrift für Wilhelm Rieger, Stuttgart und Köln 1953, S. 17; Pack, Ludwig, Betriebliche Investition, aaO, S. 70 und S. 75.

2) So auch Kuhn, Klaus, Die Sacheinlage bei der Kapitalgesellschaft in betriebswirtschaftlicher Sicht, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 36. Jg., 1966, S. 651, Note 19.

a) Der formale Inhalt der Konten des Sachanlagevermögens

Der § 131 AktG 1937 faßt die Gegenstände des Sachanlagevermögens in Absatz 1 A II in den Gruppen 1 bis 5 zusammen. Die ersten beiden Gruppen beinhalten bebaute und unbebaute Grundstücke, die dritte Maschinen und maschinelle Anlagen, die vierte Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung und die fünfte Konzessionen, Patente, Lizenzen, Marken- und ähnliche Rechte. Im Gegensatz zu den vorgenannten besteht bei der letztgenannten, der Gruppe des immateriellen Sachanlagevermögens, kein Zwang, sondern nur ein Recht zur Aktivierung ¹⁾.

Die aktivierungspflichtigen Güter des Sachanlagevermögens setzen sich aus technisch verschleißenden und nicht verschleißenden Gegenständen zusammen. Die sog. Verschleißanlagen werden grundsätzlich zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Zugang angesetzt, um durch Abschreibungen auf die mutmaßliche oder tatsächliche Lebensdauer verteilt zu werden. Die Notwendigkeit zur Abschreibung besteht primär in der technischen Abnutzung, doch erkennt das Handels- und Steuerrecht auch die "wirtschaftliche Entwertung" an, die durch technische oder marktwirtschaftliche Veränderungen hervorgerufen werden kann und geeignet ist, die

1) Vgl. Adler - Düring - Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 131, Tz. 42; § 133, Tz. 118.

Wirtschaftlichkeit der vorhandenen Anlagen zu beeinträchtigen ¹⁾. Die technisch nicht verschleißenden Wirtschaftsgüter können nur in Sonderfällen nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung abgeschrieben werden. Die Abschreibung bemißt sich nach der wirtschaftlichen Nutzungsdauer bzw. Nutzungsfähigkeit ²⁾.

b) Der formale Inhalt des Beteiligungskontos

Nach § 131 Abs. 1 A II Nr. 6 AktG 1937 sind "Beteiligungen, gleichviel, ob sie in Wertpapieren verkörpert sind oder nicht", im Rahmen des Anlagevermögens in der Gruppe "Finanzanlagen" als gesonderter Posten auszuweisen. Als Beteiligungen gelten gesellschaftsrechtliche Kapitalanteile an Kapital- oder Personengesellschaften sowie diesen wirtschaftlich entsprechende Kapitalanlagen (bspw. stille Beteiligungen). Sie sind dazu bestimmt, eine wirtschaftliche Bindung mit dem betroffenen Unternehmen auf längere Dauer herzustellen. Da nach herrschender Meinung die Zweckbestimmung der Kapitalanlage als Abgrenzungskriterium anzusehen ist, sind den Beteiligungen auch beteiligungsähnliche Darlehen zuzurechnen ³⁾⁴⁾⁵⁾.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 133, Tz. 123.

2) Vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 146 dieser Arbeit.

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 131, Tz. 44; Jost, Theodor, Die steuerliche Bewertung von Beteiligungen, Würzburg 1938, S. 2; Trumpler, Hans, Die Bilanz der Aktiengesellschaft nach Aktien- und Steuerrecht, Berlin-Leipzig 1937, S. 104.

Fußnoten 4 und 5 s. folgende Seite.

Das Beteiligungskonto gibt dem externen Bilanzleser damit keine Auskunft darüber, ob und in welchem Umfang neben den Eigenkapitalverflechtungen auch Fremdkapitalverflechtungen im Beteiligungskonto ausgewiesen werden. Diese Unterscheidung ist wegen ihrer wirtschaftlichen Konsequenzen bedeutsam, da es rechtlich nicht einerlei sein kann, ob der Kapitalgeber die Position des Gläubigers oder des Gesellschafters einnimmt ¹⁾. Dieser Standpunkt wird, allerdings selten, auch von der Praxis eingenommen. Dadurch werden dann Teile des Anlagevermögens im Rahmen des Umlaufvermögens ausgewiesen ²⁾.

1) Vgl. Ott, Max, Die Bilanzprobleme bei Konzernverflechtung, Frankfurt a.M. 1960, S. 17 ff.

2) Dem Geschäftsbericht 1959/60 des Hauses Siemens ist auf Seite 58 folgende Erläuterung zu entnehmen: "Am 30.9.1960 betrug unser Auslandsinvestment rund 160 Mill. DM. Davon werden 72 Mill. DM unter "Beteiligungen", 88 Mill. DM als beteiligungsähnliche Darlehen unter "Forderungen an nahestehende Gesellschaften" ausgewiesen". Im übernächsten Bericht, 1961/62, heißt es letztmalig auf Seite 66: "Von den gesamten Investitionen, die sich etwa zu 45 % auf Europa und zu 55 % auf Übersee verteilen, werden 95 Mill. DM unter "Beteiligungen" und 134 Mill. DM als beteiligungsähnliche Darlehen unter "Forderungen an nahestehende Gesellschaften" ausgewiesen". - Mit der Übertragung der meisten Auslandsbeteiligungen auf nicht publizitätspflichtige Holdinggesellschaften in der Schweiz und Kanada erübrigten sich in den folgenden Jahren die hierzu gegebenen Erläuterungen.

Fortsetzung der Fußnoten 4) und 5)

4) Im Gegensatz hierzu vertritt Fuchs die Meinung, daß beteiligungsähnliche Darlehen nicht unter "Beteiligungen", sondern unter "Konzernforderungen" gesondert auszuweisen seien. Vgl. Fuchs, Hermann, Begriff, Formen und Ausweis der Beteiligungen nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung im Jahresabschluß, Würzburg-Aumühle 1939, S. 89; ähnlich Gadow, Wilhelm-Heinrich, Eduard-Schmidt, Eberhard-Schmidt, W.-Weipert, O., Aktiengesetz, Kommentar, Berlin 1939, S. 583.

5) Auf den besonderen Zweck des Gesellschafterdarlehens stellt der § 3 Abs. 1 des Kapitalverkehrssteuergesetzes ab, indem er bestimmt: "auch die Gewährung von Darlehen an eine inländische Kapitalgesellschaft durch einen Gesellschafter" unterliegt der Gesellschaftsteuer dann, "wenn die Darlehensgewährung eine durch die Sachlage gebotene Kapitalzuführung ersetzt".

Im Beteiligungskonto dürfen nur mit spezifischer Beteiligungsabsicht erworbene und gehaltene Beteiligungen ausgewiesen werden. Dabei gelten Anteilspakete von Kapitalgesellschaften im Zweifel dann als Beteiligungen, wenn ihre Nennwerte mindestens ein Viertel des Nominalkapitals der beteiligungs-passiven Gesellschaft ausmachen. Bei Beteiligungen an bergrechtlichen Gewerkschaften liegt diese Abgrenzung entsprechend bei einer Anzahl von Kuxen, die insgesamt den vierten Teil ihrer sämtlichen Kuxe erreicht. Bei dauernder Betriebszugehörigkeit sind unter der 25 vH-Grenze liegende Anteilspakete ebenfalls in das Beteiligungskonto einzustellen, wenn sie dem Inhaber qualifizierte Minderheitsrechte vermitteln ¹⁾. Die 25 vH-Grenze gilt somit nur dann für Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, wenn nicht andere Kriterien ohnehin für das Vorliegen einer Beteiligung im bilanzrechtlichen Sinne sprechen ²⁾.

Hält die bilanzierende Gesellschaft die Beteiligungsrechte zwar für dauernd in der Hand, jedoch nicht in der Absicht, sie zur gesellschaftsrechtlichen Einflußnahme zu nutzen, so sind sie mit den anderen dauernd gehaltenen Wertpapieren im Rahmen des Finanzanlagevermögens unter Nr. 7 als "andere Wertpapiere des Anlagevermögens" neben

1) Vgl. Adler - Düring - Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 131, Tz. 44.

2) Vgl. Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, Teil I, Wiesbaden 1958, S. 128.

den Beteiligungen auszuweisen ¹⁾).

Unter den Wertpapieren des Umlaufvermögens sind nach § 131 Abs. 1 A III Nr. 4 AktG 1937 alle Wertpapiere auszuweisen, die weder den Finanzanlagen, noch den eigenen Aktien und den ihnen gleichgestellten Aktien einer herrschenden Gesellschaft, noch den Wechseln oder Schecks zuzuordnen sind. Im Verhältnis zu den Wertpapieren des Beteiligungsvermögens und des sonstigen Finanzanlagevermögens liegt die Zweckbestimmung der Wertpapiere des Umlaufvermögens in der zinsbringenden Anlage liquider Mittel ²⁾. Dennoch ist es nicht ausgeschlossen, daß sogar über 25 vH liegende Aktienbeteiligungen in der Praxis den Wertpapieren des Umlaufvermögens zugeschlagen werden. In solchen Fällen kann der Buchwert des direkt gehaltenen Beteiligungsvermögens nicht eindeutig festgestellt werden ³⁾.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 131, Tz. 43 und Tz. 48; Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 2. Aufl., aaO, S. 146. Rasch weist in der Note 321 darauf hin, daß man in der Praxis vielfach die "Beteiligungen" richtig im Anlagevermögen ausweist, jedoch alle darüberhinaus vorhandenen Wertpapiere in der Position "Wertpapiere des Umlaufvermögens" unterbringt.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 131, Tz. 66.

3) So enthält der Geschäftsbericht 1962/63 des Hauses Siemens in den Erläuterungen zum Jahresabschluß der Siemens & Halske AG auf Seite 26 den Hinweis, daß 15 vH der mit rund 102 Mill.DM ausgewiesenen Wertpapiere des Umlaufvermögens in Aktien bestanden haben, worunter sich auch "unser schachtelprivilegiierter Besitz an der Großkraftwerk Franken AG, Nürnberg" befand. In den entsprechenden Erläuterungen zum Jahresabschluß der Siemens-Schuckertwerke AG heißt es in demselben Geschäftsbericht auf Seite 46, daß der mit 130 Mill.DM bezifferte Buchwert der Wertpapiere des Umlaufvermögens zur Hälfte durch Aktien repräsentiert wurde. Hierin war wiederum "unser schachtelprivilegiierter Besitz an der Metallgesellschaft AG, Frankfurt, und der Märkische Kabelwerke AG, Berlin, enthalten".-Diese Erläuterungen wiederholen sich bis zum Bericht 1964/65,

Fortsetzung dieser Fußnote s. folgende Seite.

Steht die bilanzierende Gesellschaft in einem Abhängigkeitsverhältnis zu einer anderen Gesellschaft, darf sie deren Aktien grundsätzlich nicht übernehmen oder erwerben (§§ 51 Abs. 2, 65 Abs. 5 AktG 1937). Ausnahmsweise oder verbotswidrig erlangte Aktien sind somit unter Angabe ihres Nennbetrages nach § 131 Abs. 1 A III AktG 1937 unter Nr. 5 zusammen mit etwa vorhandenen eigenen Aktien der Gesellschaft im Rahmen des Umlaufvermögens aufzuführen. Die Bilanzierung dieser Beteiligungspapiere ist bereits nach § 131 Abs. 6 Satz 3 AktG 1937 unter einer anderen als der bezeichneten Position ausdrücklich verboten.

Die im Beteiligungskonto enthaltenen Beteiligungen brauchen nur in einer Summe genannt zu werden. Die Buchwerte einzelner Beteiligungen sind bei fehlender Untergliederung ebenso wenig zu erkennen wie die Buchwerte der eigentlichen Konzernbeteiligungen. Auch der § 151 des neuen Aktiengesetzes schreibt nicht vor, die Beteiligungsbuchwerte nach der neuen Terminologie zu den verbundenen Unternehmen zu spezifizieren.

Fortsetzung der Fußnote 3 der vorhergehenden Seite

in dem es auf Seite 30 heißt: "Der im Vorjahr in den Aktien (des Umlaufvermögens, Anm. d. Verf.) enthaltene schachtelprivilegierte Besitz an der Großkraftwerk Franken AG, Nürnberg, wurde als Sacheinlage in die Bergmann-Elektricitäts-Werke AG, Berlin, eingebracht; der Gegenwert der Bergmann-Aktien ist unter den Beteiligungen ausgewiesen". Im Geschäftsbericht 1965/66 wird zum Jahresabschluß der Siemens-Schuckertwerke auf Seite 46 bemerkt: "Aus unserem Besitz an "Wertpapieren" (des Umlaufvermögens, Anm.d.Verf.) verkauften wir unsere Anteile an der Märkische Kabelwerke AG, Berlin, an die Bergmann-Elektricitäts-Werke AG, Berlin. Unser schachtelprivilegierter Besitz an der Metallgesellschaft AG, Frankfurt, erhöhte sich durch den Bezug junger Aktien".

o) Die Mengen- und Wertbewegungen im Beteiligungs-
konto

Der § 131 Abs. 4 Satz 2 AktG 1937 bestimmt, daß die auf die einzelnen Posten des Sach- und Finanzanlagevermögens entfallenden jährlichen Zu- und Abgänge in der Bilanz gesondert aufzuführen sind. Das gilt auch für die Abschreibungen und Wertberichtigungen mit dem Unterschied, daß sie statt in der Jahresbilanz lediglich im Geschäftsbericht angegeben zu werden brauchen.

Bei den Zugängen im Beteiligungskonto handelt es sich im Gegensatz zu den Zuschreibungen um mengenmäßig bestimmte Zugänge. Sie sind wie die Zugänge bei Grund und Boden oder sonstigen Wertpapieren des Anlagevermögens auszuweisen, auch, wenn sie normalerweise nicht abgeschrieben werden ¹⁾.

Für den Wertansatz der Beteiligungszugänge bildeten die Anschaffungskosten einschließlich der Nebenkosten die Obergrenze ²⁾. Die Nebenkosten brauchten nicht in jedem Fall aktiviert zu werden wie der Anschaffungspreis. Es wurde als unzulässig erachtet, Überpreise beim Beteiligungserwerb nicht auszuweisen, um den Zugang nur zum tatsächlichen Wert zu aktivieren. Vielmehr sollte der volle Anschaffungspreis als Zugang ausgewiesen werden, wobei der Überpreis dann offen abgeschrieben werden sollte ³⁾.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 131, Tz.229.

2) Der § 153 AktG sieht nunmehr keine Obergrenze vor, sondern bestimmt die Maßgeblichkeit der Anschaffungskosten. Damit sollen bewußte Unterbewertungen verhindert werden. Vgl. Obermüller-Werner-Winden, Aktiengesetz 1965, aaO, S. 109.

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 131, Tz.238.

In praxi werden den Anschaffungskosten im Beteiligungskonto auch geleistete Zubeußen auf Kuxe, Sanierungsaufwendungen und ähnliche Zahlungen zugeschlagen. Diese Art der Zuschreibung setzt aber voraus, daß der Buchwert der Beteiligung vorher durch entsprechende Abschreibungen herabgesetzt worden ist ¹⁾.

Für im Tauschwege erworbene Beteiligungen kann als Zugangswert der Buchwert des dafür hingegebenen Wirtschaftsgutes eingesetzt werden. Liegt er unter dem Anschaffungspreis, können stille Rücklagen bis in Höhe der Differenz realisiert werden ²⁾.

Von den auf Mengenerhöhungen beruhenden Zugängen sind die Wertzuschreibungen abzugrenzen. Handelsrechtlich sind Zuschreibungen nur in dem Umfange gestattet, wie von den Anschaffungskosten bereits notwendige Abschreibungen abgesetzt worden sind. Eine Reaktivierung bereits abgeschriebener Anlagewerte ist nur ausnahmsweise zulässig, wenn es darum geht, Ausfälle und Verluste zu kompensieren, die Bilanz zu bereinigen oder an die Steuerbilanz anzupassen. Zuschreibungen im Rahmen des Anlagevermögens gelten somit als freiwillige Auflösung offener Rücklagen ³⁾⁴⁾.

1) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 2. Aufl., aaO, S. 151; derselbe, 3. Aufl., aaO, S. 164.
 2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 133, Tz. 36 und Tz. 61. Zur handels- und steuerrechtlichen Problematik der Gewinnverwirklichung beim Tausch vgl. Seite 205f. dieser Arbeit.

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 131, Tz. 235 f. und § 129, Tz. 86.

4) So berichtet die Farbenfabriken Bayer Aktiengesellschaft, Leverkusen, in ihrem Geschäftsbericht 1966 auf Seite 48f. über den Zuwachs des Beteiligungsbuchwertes um 328,6 Mill. DM auf 988,1 Mill. DM. Die darin enthaltenen Zuschreibungen in Höhe von 24,5 Mill. DM "erfolgten aufgrund der Ende des Berichtsjahres abgeschlossenen steuerlichen Betriebsprüfung zwecks Ausgleichung der Handelsbilanz an die Steuerbilanzwerte und im Hinblick auf die neuen aktienrechtlichen Bestimmungen".

Unter den Abgängen des Beteiligungskontos erscheinen ebenfalls nur die mengenmäßig erfaßbaren Vorgänge aufgrund von Veräußerungen. Sie werden mit dem Restbuchwert ausgewiesen, den die Beteiligung zur Zeit ihrer Veräußerung hatte ¹⁾. Die Differenz zwischen den Buchwerten und den Veräußerungspreisen bei Beteiligungsverkäufen zeigt das Ausmaß der hierin angesammelten stillen Rücklagen, das zumeist nur ungern aufgedeckt wird.

Von den Zu- und Abgängen sind die Umbuchungen zu unterscheiden. Sie werden bei der Übertragung von einem Anlagekonto auf ein anderes vorgenommen. Sie sind von den Zu- und Abgängen gesondert aufzuführen oder durch eine Fußnote dem Betrage nach zu nennen. Angaben im Erläuterungsbericht ersetzen die Kennzeichnung im Jahresabschluß nicht ²⁾.

Bei den Beteiligungen gibt es keinen Verschleiß im technischen Sinne wie beim abnutzbaren Anlagevermögen. Ob hierauf dennoch Abschreibungen vorzunehmen sind, entscheidet sich nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Kriterium für die Berechtigung von Abschreibungen ist die Frage, ob der Anschaffungswert der Beteiligung durch nachträglich eingetretene Vorkommnisse ausgehöhlt worden ist. Hohe Kapitalverluste oder Schmälerungen der Ertragskraft müssen den inneren Wert der Beteiligung nachhaltig verringert haben ³⁾, ehe man sich

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 131, Tz 226.

2) Vgl. dieselben, aaO, § 131, Tz 235.

3) Vgl. dieselben, aaO, § 133, Tz 152 ff. - Der innere Wert richtet sich nach dem Bilanz- und Ertragswert der beteiligungspassiven Gesellschaft.

zu Sonderabschreibungen entschließt. Durch vor-
eilige Abschreibungen könnte bei nachhaltiger
Besserung der Ertragslage in der Beteiligungsge-
sellschaft das Problem der Zuschreibungen akut
werden, das man besser vermeidet ¹⁾.

Die Abschreibungen werden normalerweise auf der
Aktivseite direkt abgesetzt. Gehen die steuer-
rechtlich möglichen Absetzungen über die handels-
rechtlich gebotenen Abschreibungen hinaus, sollten
sie, wie es im Steinkohlenbergbau vielfach üblich
ist, den Wertberichtigungen auf der Passivseite
zugeschlagen werden. Im Interesse der Bilanzklar-
heit ist es geboten, die handelsrechtlichen und
die darüberhinausgehenden steuerpolitisch beding-
ten Abschreibungen getrennt auszuweisen ²⁾.

1) Vgl. Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungs-
gemäßer Buchführung, Düsseldorf 1964, S. 249 f.
und S. 289.

2) Vgl. derselbe, aaO, S. 62 f.; derselbe, Der
Jahresabschluß in der Aktienrechtsreform, mit
einem Vorschlag zur Änderung des Regierungsent-
wurfs, Wiesbaden 1961, S. 52 f.

2. Der konzernpolitische Erkenntniswert des Beteiligungskontos

Das Beteiligungskonto könnte in dreierlei Hinsicht Einblick in konzernpolitische Tatbestände gewähren. Zwei Blickrichtungen ergeben sich aus der Doppelnatur der Kapitalbeteiligung. Wird sie als Instrument der Konzernherrschaft gesehen, ist danach zu fragen, ob und inwieweit sie aus dem Beteiligungskonto ermessen werden kann. Wird sie als eine Form der Kapitalgewährung gesehen, stellt sich die Frage, ob und inwieweit das Beteiligungskonto über die konzerninterne Eigenfinanzierung Auskunft gibt. Die dritte Fragestellung ergibt sich aus dem Charakter der Kapitalbeteiligung als investitions- bzw. konzernpolitische Alternative zur Erstellung und dem Erwerb unternehmenseigener Sachanlagen. Sie sucht eine Antwort darauf, ob und inwieweit zwischen beiden Vermögensgruppen substitutionale oder komplementäre Beziehungen bestehen.

a) Das Beteiligungskonto als Spiegelbild der Konzernherrschaft

Obwohl Macht und Herrschaft nicht quantifizierbar sind, vermitteln das Volumen des Beteiligungskontos und die hierzu gegebenen Erläuterungen sowie die Darstellung der beteiligungspassiven Gesellschaften, ihrer Kapitalien und der hiervon gehaltenen Anteile einen instruktiven Einblick in den unmittelbaren Herrschaftsbereich der Obergesellschaft. Die mittelbare Reichweite des Konzerneinflusses kann jedoch nicht hieraus ersehen werden, da die Obergesellschaft nur ihren direkten Be-

teiligungsbesitz ausweist und kommentiert. Nur wenn die Obergesellschaft freiwillig hierüber berichtet oder die Untergesellschaften als Aktiengesellschaften der Publizitätspflicht unterliegen oder selbst eine freiwillige Publizität ausüben, kann auch der mittelbare Konzerneinfluß ermessen werden.

Das Beteiligungskonto der Obergesellschaft enthält außer den Konzernbeteiligungen auch Beteiligungen, die nicht Konzernbeteiligungen sind. Hierbei handelt es sich um die nicht beschlußfähigen Minderheiten, nicht ein Herrschaftsverhältnis begründenden Kapitalmehrheiten oder die durch Gegenbeteiligung entwerteten (wechselseitigen) Beteiligungen. In dem Beteiligungskonto der konsolidierten Bilanz sammeln sich diese nicht konsolidierbaren Beteiligungen der Obergesellschaft und der konsolidierten Untergesellschaften an, es sei denn, die Obergesellschaft unterläßt die Einbeziehung von Konzerngesellschaften in den Konsolidierungskreis. Bisher bestimmten die Gesellschaften ihren Konsolidierungskreis nach eigenem Gutdünken. Mit der aktienrechtlichen Verpflichtung zur Aufstellung einer Konzernbilanz wird diese Freiheit bis auf einige (dennoch wesentliche) Ausnahmen aufgehoben ¹⁾. Im Umfang der gebotenen aber nicht durchgeführten Kapitalkonsolidierung enthält das Beteiligungskonto der Konzernbilanz auch Beteiligungen am Konzernunternehmen.

1) Vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 67 ff. dieser Arbeit.

b) Das Beteiligungskonto als Spiegelbild der konzerninternen Eigenfinanzierung

Finanzierung mit konzerninternem Eigenkapital liegt vor, wenn und soweit das Eigenkapital der Untergesellschaften durch die Obergesellschaften bereitgestellt bzw. gehalten wird. Liegen die Kapitalbeteiligungsanteile unter dem vollständigen Eigentum an der oder den Untergesellschaften, so arbeitet der Konzern auch mit konzernexternem Eigenkapital ¹⁾. Letzteres wird durch die Minderheiten der Konzernglieder gestellt und in der konsolidierten Bilanz bei allerdings unterschiedlicher Abgrenzung als "Anteile Dritter ...", "Anteile im Fremdbesitz", "Ausgleichsposten für Anteile im Fremdbesitz", "Anrechte Mitbeteiligter an Tochtergesellschaften" oder "Anteile von Minderheitsaktionären ..." ausgewiesen ²⁾³⁾.

1) Vgl. Mattes, Helmut, Finanzierungsvorgänge im Konzern, Betriebswirtschaftliche Abhandlungen, N.F., Bd. 13, Stuttgart 1966, S. 24.

2) Vgl. Schuhmann, Werner, Der Konzernabschluß, aaO, S. 104.

3) Das konzernexterne Eigenkapital stellt zwar eine gesellschaftsrechtliche Einlage mit allen sich daraus ergebenden haftungsrechtlichen Konsequenzen dar. Die Minderheiten haben jedoch keinen Einfluß auf die Geschäftspolitik "ihres" Unternehmens oder des Konzerns. Für die Abtretung ihres Mitspracherechts an die Konzernführung erhalten sie vielfach garantierte Dividendenansprüche, die einem festen Zins gleichkommen. Daher neigt man dazu, dem konzernexternen Eigenkapital Fremdkapitalcharakter zuzuschreiben. Vgl. Beckmann, Liesel, Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, aaO, S. 16; Everling, Wolfgang, Interne Konzernbeziehungen, Diss. Berlin 1957, S. 77; Mattes, Helmut, Finanzierungsvorgänge im Konzern, aaO, S. 26; ferner die Ausführungen auf den Seiten 64 und 65 dieser Arbeit.

Die Finanzierung der Konzernglieder mit konzerninternem Eigenkapital kann aus dem Beteiligungskonto nur annäherungsweise ersehen werden. Einerseits enthält das Beteiligungskonto aufgrund einer vielfach geübten Bilanzierungspraxis neben den eigentlichen aktiven Eigenkapitalverflechtungen (Beteiligungen) auch Fremdkapitalverflechtungen (beteiligungsähnliche Darlehen). Andererseits sind nur die direkten Kapitalbindungen ausgewiesen, nicht aber die durch Tochter- an Enkelgesellschaften "durchgeleiteten" Eigenkapitalien ¹⁾. Soweit das Beteiligungskonto unter den direkten Beteiligungen neben den eigentlichen Konzernbeteiligungen auch Nicht-Konzernbeteiligungen aufweist, kann definitionsgemäß nicht mehr von konzerninternen Eigenkapitalbindungen gesprochen werden, da diese Unternehmen keine Konzernunternehmen sind.

c) Das Beteiligungskonto als Spiegelbild des Unternehmenswachstums

Als Unternehmenswachstum soll die positive Veränderung der Unternehmensgröße im Zeitablauf bezeichnet werden ²⁾. Die Unternehmensgröße kann am "Umfang des Gesamteinsatzes der vom Unternehmer kombinierten Produktionsmittel" ³⁾ bzw. an den Produktions- und Verbrauchsziffern ⁴⁾ gemessen

1) Mattes spricht in diesem Zusammenhang von der mehrstufigen Konzerneigenfinanzierung. Diese umfaßt aber auch die Eigenkapitalerhöhung der Konzernspitze. Vgl. Mattes, Helmut, Finanzierungsvorgänge im Konzern, aaO, S. 34 ff.

2) Vgl. Riebel, Paul, Umgestaltung des Produktionsbereiches in wachsenden Industrieunternehmen, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 16. Jg., 1964, S. 251.

3) Koch, Helmut, Betriebsgröße, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. II, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 83.

4) Vgl. Hax, Karl, Industrielle Entwicklung, gesamtwirtschaftliches Wachstum und Unternehmenswachstum, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 16. Jg., N.F., 1964, S. 208.

werden. Im konkreten Fall liegt Unternehmenswachstum vor, "wenn vorhandene Kapazitäten stärker als bisher ausgenutzt werden und/oder wenn Kapazitäten neu geschaffen und ausgenutzt werden, wenn also der mengenmäßige Umfang der vom Betrieb übernommenen Aufgaben größer wird"¹⁾.

Das Wachstum des Unternehmens ist Ausdruck seiner Investitionspolitik²⁾. Nach der einleitend zugrundegelegten Terminologie wird die dem Wachstum vorausgehende konstitutive Investitionsentscheidung im Anlagevermögen sichtbar. Hier ist die Frage zu klären, ob und welche Wachstumsvorgänge sich in den Kontengruppen des Sachanlage- und Beteiligungsvermögens niederschlagen.

Vorweg ist zu bemerken, daß sich das Wachstum nicht gleichgewichtig zu vollziehen braucht. Wie die unterschiedliche Teilbarkeit der komplementären Produktionsmittel des Betriebes bewirkt, daß Größenvariationen mit Verschiebungen der Mengenrelationen einhergehen, so wächst auch der Konzern nicht harmonisch derart, daß die Proportionen zwischen den Sachanlagen und Beteiligungen gleichbleiben müßten. Gerade beim Konzern wachsen die durch beide Vermögensgruppen repräsentierten "eigenen" und "fremden" betrieblichen Teilbereiche in einer Kette von Anpassungsvorgängen sprunghaft an. So sind auch ungleichgewichtige bzw. einseitige

1) Schwarz, Horst, Organisationsprobleme expandierender Unternehmungen unter besonderer Berücksichtigung der Probleme der Leitungsorganisation, in: Gegenwartsfragen der Unternehmensführung, Festschrift zum 65. Geburtstag von Wilhelm Hasenach, Hrsg. Hans-Joachim Engeleiter, Herne/Berlin 1966, S. 256.

2) Vgl. Albach, Horst, Zur Theorie des wachsenden Unternehmens, in: Theorien des einzel- und gesamtwirtschaftlichen Wachstums, Hrsg. Wilhelm Krelle, Berlin 1965, S. 43.

Größenzunahmen bereits als Wachstumsvorgänge zu interpretieren ¹⁾. Es braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, daß derart ungleichgewichtiges Wachstum nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Veränderungen in der Struktur und Dynamik des Unternehmens bzw. Konzerns bewirkt ²⁾.

In der Literatur unterscheidet man zwischen internem Wachstum "durch (allmähliche, Anm.d.Verf.) Vermögensbildung in der Unternehmung" und externem Wachstum "durch (die einen Sprung verursachende, Anm. d.Verf.) Fusion und Übernahme (Ankauf) anderer Firmen" ³⁾ bzw. durch Erwerb von Gliedbetrieben anderer Unternehmen ⁴⁾. Dem internen entspricht das organische ⁵⁾ bzw. natürliche Wachstum "durch

1) In Anlehnung an Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, Die Produktion, 11. Aufl., aaO, S. 415 ff.; Koch, Helmut, Betriebsgröße, aaO, S. 83.

2) Vgl. Hax, Karl, Industrielle Entwicklung, gesamtwirtschaftliches Wachstum und Unternehmens-Wachstum, aaO, S. 209; Riebel, Paul, Umgestaltung des Produktionsbereiches in wachsenden Industrieunternehmungen, aaO, S. 210; Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, aaO, S. 552 ff.; Schwarz, Horst, Organisationsprobleme expandierender Unternehmungen unter besonderer Berücksichtigung der Probleme der Leitungsorganisation, aaO, S. 256.

3) Wittmann, Waldemar, Überlegungen zu einer Theorie des Unternehmenswachstums, aaO, S. 505.

4) Vgl. Busse v. Colbe, Walther, Verwaltungs- und Vertriebskosten wachsender Industrieunternehmen, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 16. Jg., 1964, S. 310.

5) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 18.

Ausbau der bestehenden Kapazität" und dem externen das "Wachstum durch Aufnahme anderer Unternehmungen, etwa durch Verschmelzung" ¹⁾.

Folgt man diesen Definitionen, so findet das interne Wachstum in den Konten des Sachanlagevermögens (und des hier vernachlässigten Umlaufvermögens) seinen Niederschlag. Weniger eindeutig sind jedoch die buchhalterischen Auswirkungen des externen Wachstums. Hier kommt es auf die gesellschaftsrechtliche Klärung des Einzelfalls an, der hinter der "Angliederung" steht. Diese kann sich auf rechtlich selbständige Unternehmen oder auf Betriebe rechtlich selbständiger Unternehmen beziehen.

Die Fusion oder Verschmelzung durch Aufnahme oder Neubildung führt zu einem rechtseinheitlichen Unternehmen, dessen neue Vermögenskonten inhaltlich, d.h. ohne Berücksichtigung von Neubewertungen, auf die Summe der "queraddierten" alten Vermögenskonten anwachsen, soweit keine gegenseitigen Beteiligungen oder Forderungen durch die Fusion untergehen ²⁾. Bringen die zusammengehenden Unternehmen Beteiligungen und Sachanlagen "in die Ehe ein", so zeigen beide Kontengruppen einen "externen" Zuwachs an. Wie bei der Fusion, so wachsen die Sachanlagen auch im Falle des Betriebskaufs "extern", d.h. sprunghaft an.

1) Hax, Karl, Betriebswirtschaftliche Probleme der Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik in Bad Kissingen, Hrsg. Fritz Neumark, Berlin 1961, S. 66; Baumberger, H.U., Die Entwicklung der Organisationsstruktur in wachsenden Unternehmungen, Bern 1961, S. 13 f.

2) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 1. Aufl., aaO, S. 101 ff. und S. 107 ff.

Das Beteiligungsvermögen nimmt beim originären und derivativen Beteiligungserwerb gleichermaßen zu, solange die rechtliche Selbständigkeit des beteiligungspassiven Unternehmens erhalten bleibt. Ob der Beteiligungserwerb zugleich externes Wachstum bedeutet, hängt vom Einzelfall ab. Beim Erwerb einer mehrheitlichen (Konzern-) Beteiligung an einem bereits wirtschaftlich tätigen Unternehmen liegt zugleich externes Wachstum vor. Beim originären Beteiligungserwerb, der Gründung oder Kapitalerhöhung einer Konzerngesellschaft gegen Bar- oder Sacheinlage, zeigt der Beteiligungszugang kein externes Wachstum an. Vielmehr spiegelt der Beteiligungszugang einen Aktivtausch (aus einem anderen Vermögenskonto) wider. Diese Aussage gilt nicht uneingeschränkt. Der originäre Beteiligungserwerb bedeutet zugleich externes Wachstum, wenn sich auch andere Gesellschafter (ohne gesellschaftsrechtlichen Einfluß) durch Sacheinlagen an der Kapitalausstattung oder -zuführung beteiligen bzw. bereits beteiligt haben. Dann ist die Einlage des bilanzierenden Unternehmens der Preis für die wirtschaftliche Verfügungsmacht auch über die von Dritten bereitgestellten Kapazitäten ¹⁾.

Im Beteiligungskonto schlagen sich nicht alle Vorgänge des externen Wachstums (Fusion und Kauf) nieder und nicht jeder Beteiligungszugang beruht auf externem Wachstum (Ausgründung und paritätische Kapitalerhöhung).

1) Vgl. hierzu die Ausführungen über die konzernpolitischen Beteiligungstransaktionen auf Seite 190 ff. dieser Arbeit.

Die unterschiedliche Entwicklung des Sachanlage- und Beteiligungsvermögens ist nur ein Ausdruck dafür, welche Bedeutung die Eigen- und Fremdbeteiligung für das Unternehmen hat. Der einheitliche Nenner für die Quantifizierung der beiden Tätigkeitsgruppen ist unter diesem Aspekt der Buchwert. Die Zugänge zu beiden Vermögensgruppen dürfen nicht über den Anschaffungs- oder Herstellungskosten ausgewiesen werden. Die "der Abnutzung unterliegenden" Sachanlagegüter werden jedoch laufend abgeschrieben, wohingegen bei Beteiligungen selbst keine technisch bedingten Abschreibungen vorzunehmen sind. Andererseits finden Wachstum und Wertsteigerung der Beteiligungen im Beteiligungskonto keinen Niederschlag, da Zuschreibungen bilanzrechtlich unzulässig sind.

3. Die gesamtwirtschaftliche Analyse der direkten Beteiligungsinvestitionen der deutschen Aktiengesellschaften

Die gesamtwirtschaftliche Analyse der direkten Beteiligungsinvestitionen beschränkt sich auf die Investoren, welche die Rechtsform der Aktiengesellschaft haben. Sie fußt auf den Ergebnissen der amtlichen Bilanzstatistik der deutschen Aktiengesellschaften, die in zusammengefaßten Übersichten für die in den Jahren 1952 bis 1961 endenden Geschäftsjahre vorliegt ¹⁾.

1) Vgl. Berndsen, Rudolf, Die deutschen Aktiengesellschaften. Bilanzanalysen seit 1948, Hannover 1965.

Die vorliegende Bilanzstatistik ist nur bedingt aussagefähig. So ist auf das Problem der Fluktuation der Aktiengesellschaften hinzuweisen, die durch Neugründungen, Umwandlungen in die Rechtsform der Aktiengesellschaft, Verschmelzungen und verschmelzende Umwandlungen von Aktiengesellschaften, Umwandlungen in andere Rechtsformen und durch Abwicklungen hervorgerufen wurde. Sie hat dazu geführt, daß die Anzahl der statistisch berücksichtigten Aktiengesellschaften ohne die des Banken- und Versicherungsbereichs von 1952 bis 1961 unter Schwankungen von 2 129 auf 1 886 abgenommen hat ¹⁾. Ein weiterer Vorbehalt gilt hinsichtlich der statistischen Berücksichtigung der Gliederungsprinzipien des § 131 AktG 1937. So können die eigentlichen Beteiligungsbuchwerte nach § 131 Abs. 1 A II Nr. 6 AktG 1937 nicht eruiert werden. Sie sind vielmehr in der Position "Beteiligungen u. sonst. Anl." zusammen mit den übrigen Finanzanlagen enthalten. Da letztere zumeist von untergeordneter Bedeutung sind, können sie in der folgenden Untersuchung vernachlässigt werden. Nicht zuletzt ist auf die allgeinen Schwächen des statistischen Mindest-Bilanzschemas hinzuweisen. Es kann nur so gut sein, wie die dem Bundesanzeiger entnommenen Jahresabschlüsse sachgerecht und einheitlich aufgestellt sind.

Die nachstehende Tabelle 12 enthält in den Spalten 2 und 3 für die Jahre 1952 und 1961 eine vergleichende Gegenüberstellung der prozentualen Anteile, welche die Beteiligungsbuchwerte an den Buchwerten des gesamten Anlagevermögens der erfaßten Gesellschaften hatten. In den Spalten 4 und 5 sind die

1) Vgl. Berndsen, Rudolf, Die deutschen Aktiengesellschaften, aaO, S. 17.

absoluten Werte der als Bezugsbasis zugrundegelegten Anlagevermögen wiedergegeben.

Tabelle 12:

Der Anteil der Beteiligungsbuchwerte am gesamten Anlagevermögen
der deutschen Aktiengesellschaften

1952 und 1961

Wirtschaftsbereich	vH-Anteil der Beteiligungsbuchwerte ¹⁾ am gesamten AV		gesamtes Anlagevermögen ²⁾	
	1961	1952	1961	1952
1	2	3	4	5
Beteiligungsgesellschaften	96,1	95,4	3 167	2 469
Handel ohne Banken und Versicherungen	23,5	26,4	1 748	469
Industrie (einschl. Energiewirtschaft und Baugewerbe)	15,1	12,0	62 164	22 113
Verkehrswirtschaft	4,0	6,7	3 018	1 114

1) Einschließlich "sonstiges Finanzanlagevermögen".

2) Jeweiliger Endbestand.

Quelle: Berndsen, Rudolf, Die deutschen Aktiengesellschaften, aaO.

Erwartungsgemäß nahmen die Beteiligungsbuchwerte bei den keinem Wirtschaftsbereich zurechenbaren Beteiligungsgesellschaften im Jahre 1961 mit über 96 vH fast das gesamte Anlagevermögen ein. Dagegen überrascht es, daß die Beteiligungsbuchwerte bei den Gesellschaften des Handels im Jahre 1961 mit 23,5 vH einen wesentlich höheren Anteil am Gesamtanlagevermögen hatten als die der Industrie, welche "nur" auf einen Satz von 15,1 vH kamen. Der Jahresvergleich lehrt aber, daß der prozentuale Anteil der Beteiligungsbuchwerte im Handel ab- und in der Industrie zugenommen hat.

Für die Industrie gibt Tabelle 13 eine nach Branchen detaillierte Übersicht, die ebenso wie die vorhergehende Tabelle aufgebaut ist. Nach Spalte 2 weisen die Beteiligungsbuchwerte der elektrotechnischen Industrie, der Ledererzeugung und -verarbeitung sowie der Papiererzeugung und -verarbeitung mit teilweise weit über 20 vH liegenden Sätzen die höchsten Anteile auf. Von besonderer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung ist in der ersten Gruppe eigentlich nur die elektrotechnische Industrie, deren Aktiengesellschaften im Jahre 1961 lt. Spalte 4 über ein Anlagevermögen im Buchwert von 2,9 Mrd. DM verfügten.

Die im Mittelfeld liegenden Industriezweige, deren Beteiligungen über 10 vH ihres gesamten Anlagevermögens ausmachten, können ebenfalls in die Gruppe der konzernpolitisch aktiven Branchen einge-
reicht werden. Ihr gesamtes Anlagevermögen liegt in neun von elf Fällen über einer Milliarde DM, in fünf Fällen über 10 Mrd. DM und erreicht in der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung den Buchwert von 23,8 Mrd. DM. Es fällt auf, daß der mit einem Anlagevermögen von fast 4 Mrd. DM ebenfalls anlageintensive Industriezweig des Straßen- und Luftfahrzeugbaus fast ausschließlich mit Sachanlagen innerhalb des rechtlich abgegrenzten Unternehmensbereichs zu arbeiten scheint.

Als Ergebnis der Untersuchung ist festzuhalten, daß sich die prozentualen Anteile der Beteiligungsbuchwerte am gesamten Anlagevermögen der Gesellschaften in fast allen Industriezweigen im Zeitvergleich 1952/1961 erhöht haben. Hierin kommt die konzernpolitische Attraktion des Beteiligungserwerbs durch Aktiengesellschaften an Unternehmen

Tabelle 13:

Der Anteil der Beteiligungsbuchwerte am gesamten Anlagevermögen
bei den deutschen Industrie-Aktiengesellschaften
1952 und 1961

Wirtschaftszweig	VII-Anteil der Beteiligungsbuchwerte am gesamten AV ¹⁾		gesamtes Anlagevermögen ²⁾	
	1961	1952	1961	1952
I	2	3	4	5
Elektrotechnische Industrie	37,7	40,9	2 919	1 261
Ledererzeugung u. -verarbeitung	27,8	18,2	151	77
Papiererzeugung, -verarbeitung	22,6	2,9	764	314
Glas und Feinkeramik	18,7	14,0	373	136
Steinkohlenbergbau	17,8	15,0	10 132	4 852
Chemische Industrie	16,6	18,2	6 939	1 962
Eisenschaffende Industrie	16,2	12,8	12 923	2 877
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	15,9	11,9	23 752	6 212
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- u. Metallverarbeitung)	15,1	12,9	14 457	5 229
Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie	14,5	3,2	2 568	647
Maschinenbau	14,0	7,5	2 174	878
Textil- und Bekleidungsindustrie	13,4	13,9	1 498	921
Energiewirtschaft	12,1	8,8	12 640	5 414
NE-Metallindustrie	11,6	9,7	721	289
Steine und Erden, Zementindustrie	9,1	11,9	840	310
Brauerei, Mälzerei	8,5	6,0	917	420
Baumindustrie	8,1	5,2	342	96
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	7,1	4,4	281	159
Stahlbau, Waggonbau	6,3	5,7	284	106
Gummi- und Asbestverarbeitung	5,9	5,2	403	155
Feinmechanik, Optik	5,3	4,0	169	50
Straßen- u. Luftfahrzeugbau	3,5	9,9	3 927	555
Zuckerindustrie	1,9	3,0	317	169
Schiffbau	0,8	8,8	355	130

1) Einschließlich "sonstige Finanzanlagevermögen".

2) Jeweiliger Fußbestand

Quelle: Berntsen, Rudolf, Die deutschen Aktiengesellschaften, a.a.O.

jeglicher Rechtsform im In- und Ausland sinnfällig zum Ausdruck. Nur in wenigen Industriezweigen ist der relative Anteil der Beteiligungsbuchwerte zurückgegangen, und zwar in nennenswertem Umfang bei den Aktiengesellschaften des Schiffbaus, des bereits erwähnten Straßen- und Luftfahrzeugbaus sowie der Zuckerindustrie. Leichte relative Rückgänge weisen aber auch die als konzernpolitisch aktiv geltenden Gesellschaften der chemischen und elektrotechnischen Industrie auf.

Die nachstehenden Tabellen 14 und 15 sind weniger unter struktur- als vielmehr unter wachstumspolitischen Aspekten zu sehen. Sie enthalten in den Spalten 2, 4 und 6 die prozentualen Zunahmen der Buchwerte der Beteiligungen und Sachanlagen sowie des Eigenkapitals im Neunjahreszeitraum von 1952 bis 1961. In den Spalten 3, 5 und 7 sind die absoluten Werte der Ausgangspositionen des Jahres 1952 wiedergegeben, um die Größenordnungen der Bilanzpositionen zu vermitteln.

Tabelle 14:

Die Entwicklung der Buchwerte der Beteiligungen und Sachanlagen sowie des Eigenkapitals
der deutschen Aktiengesellschaften
1952 bis 1961

Wirtschaftsbereich	Beteiligungen ¹⁾		Sachanlagen ²⁾		Eigenkapital ³⁾	
	1961 1952 = 100	1952 Mill.DM	1961 1952 = 100	1952 Mill.DM	1961 1952 = 100	1952 Mill.DM
1	2	3	4	5	6	7
Industrie insgesamt (einschl. Energiewirtschaft und Bau-gewerbe)	355	2 656	271	19 457	208	20 419
Handel (ohne Banken und Versicherungen)	331	124	387	345	294	470
Verkehrswirtschaft	161	75	279	1 038	161	778
Beteiligungsgesellschaften	129	2 356	107	113	134	2 420

1) Einschließlich "sonstiges Finanzanlagevermögen".

2) Jeweiliger Endbestand.

3) Grundkapital + gesetzliche und frei Rücklagen + Vermögensabgabe.

Quelle: Berndsen, Rudolf, Die deutschen Aktiengesellschaften, aaO.

Aus Tabelle 14 geht hervor, daß die Beteiligungsbuchwerte in den Bilanzen der Industrie-Aktiengesellschaften mit 355 vH am stärksten zugenommen haben. Eine vergleichbare Steigerung weisen noch die von den Handelsgesellschaften gehaltenen Beteiligungsbuchwerte mit 331 vH auf. Die geringste Steigerung ist bei den Beteiligungsgesellschaften festzustellen. Hier sind die Beteiligungen wertmäßig nur um 129 vH angewachsen. Ihr Zurückbleiben ist in erster Linie statistisch bedingt. So hat die aufgrund der alliierten Entflechtungsmaßnahmen angeordnete Gründung von Montan-Holdinggesellschaften in den Jahren 1951 bis 1954 zunächst hohe Zugänge in die Kategorie der Beteiligungsgesellschaften bewirkt. In den Jahren 1957 bis 1959, d.h. innerhalb des Untersuchungszeitraumes, haben die betroffenen Unternehmen in den meisten Fällen die eingeleiteten Entflechtungsmaßnahmen durch Fusionen und verschmelzende Umwandlungen mit den produzierenden Tochtergesellschaften rückgängig gemacht. Damit konnten die wieder "selbst" produzierenden Gesellschaften statistisch ihren ursprünglichen Industriezweigen zugeordnet werden. Das hat zu entsprechenden Abgängen bei den Beteiligungsgesellschaften geführt ¹⁾. Aus diesen Angaben kann somit nicht der Schluß abgeleitet werden, daß die Beteiligungsgesellschaften die geringste konzernpolitische Aktivität entfaltet hätten ²⁾.

1) Vgl. Berndsen, Rudolf, Die deutschen Aktiengesellschaften, aaO, S. 288 f.

2) Vgl. hierzu auch Seite 176 ff. dieser Arbeit.

Tabelle 14 zeigt auch, daß die von den Industrie-Aktiengesellschaften ausgewiesenen Buchwerte der Beteiligungen mit 355 vH wesentlich stärker angewachsen sind als die des Sachanlagevermögens (271 vH). In diesem Wirtschaftsbereich sind die konzernpolitischen Verbundvorteile höher eingeschätzt worden als im Handelsbereich. Dort haben sich die eigenen Sachanlagen mit 387 vH schneller entwickelt als die Beteiligungen. Im Handel hat sich vielfach aus den Erfahrungen der zwanziger Jahre die Erkenntnis durchgesetzt, daß gerade die Produktionsbeteiligungen den Handelsbetrieb unelastisch machen, da sie ihm die Bürde hoher Fixkosten auflasten. Das gilt jedoch nicht für die bereichsinternen Beteiligungen des Handels, die seine Marktmacht eher stärken ¹⁾.

Die Analyse der Investitionsdeckung durch Eigenkapital zeigt für die Gesellschaften der Industrie, des Handels und der Verkehrswirtschaft, daß sie das rapide Wachstum der miteinander verglichenen Kategorien des Anlagevermögens nicht mitgemacht hat. Sie hat sich verschlechtert. Vor allem in der Industrie mußte der starke Ausbau des Beteiligungsbesitzes (Bereitstellung konzerninternen Eigenkapitals) zunehmend durch langfristiges Fremdkapital und eigenkapitalähnliches Ersatzkapital finanziert werden ²⁾.

1) Diese Markt- und Konzernstrategie wurde von seiten der Großbetriebe des Einzelhandels wie folgt begründet: "Wir sind allein groß genug, um alle von uns erstrebten Bedingungen (im Einkauf, Anm.d.Verf.) durchsetzen zu können". Berichtsband zur Konzentrationenquerete, aaO, S. 32.

2) Näheres zur Investitionsdeckungsanalyse bei den deutschen Aktiengesellschaften bei Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S.30ff. sowie in theoretischer und literaturkritischer Hinsicht bei Mülhaupt, Ludwig, Der Bindungsgedanke in der Finanzierungslehre unter besonderer Berücksichtigung der holländischen Finanzierungsliteratur, Wiesbaden 1966.

Für die Entwicklung der eben besprochenen Bilanzpositionen gibt Tabelle 15 eine nach Industriezweigen detaillierte Übersicht. Die in Spalte 2 wiedergegebenen Steigerungsraten des Beteiligungsvermögens beginnen mit dem Neunzehnfachen bei der papiererzeugenden und -verarbeitenden Industrie und enden mit einer Zunahme um nur 120 vH bei der Zuckerindustrie. Der Schiffbau hat sogar einen erheblichen Rückgang aufzuweisen. Die Wachstumsraten des Beteiligungsvermögens müssen jedoch im Zusammenhang mit den Ausgangsdaten des Jahres 1952 gesehen werden, die in vier Fällen bereits über einer halben Milliarde DM gelegen haben. In diesen seit jeher konzernpolitisch aktiven Industriezweigen haben sich die Beteiligungsbuchwerte um das Zwei- bis Fünffache erhöht. Bei den genannten fünf Industriezweigen sind die Sachanlagen mit Ausnahme derer der elektrotechnischen Industrie langsamer als die Beteiligungen angewachsen. Im Straßen- und Luftfahrzeugbau sind die Sachanlagen dagegen dreimal schneller als die Finanzanlagen angewachsen. Die beiden vorgenannten bilden mit fünf weiteren Wirtschaftszweigen die Ausnahme von der Regel, daß die Beteiligungsbuchwerte in der Industrie (in 17 von 24 Fällen) stärker angewachsen sind als die Sachanlagen.

Wie bereits angedeutet, ist die Entwicklung des Eigenkapitals in allen Industriezweigen mit Ausnahme des Schiffbaus erheblich hinter der Zunahme der Anlagevermögen zurückgeblieben ¹⁾. Da jedoch

1) Das Eigenkapital ist teils Voraussetzung, teils Folge des Unternehmenswachstums. Die langsamere Zunahme dieser wichtigen Wachstumskomponenten läßt den Schluß zu, daß die zu geringe Eigenkapital- und damit die Gesamtkapitalausstattung das Wachstum hemmt. Vgl. Gutenberg, Erich, Über den Einfluß der Gewinnverwendung auf das Wachstum der Unternehmen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 33. Jg., 1963, S. 201 f.; Albach, Horst, Zur Theorie des wachsenden Unternehmens, aaO, S. 26.

Tabelle 15:

Die Entwicklung der Buchwerte der Beteiligungen und Sachanlagen
sowie des Eigenkapitals der deutschen Industrie-Aktiengesellschaften
1952 bis 1961

Industrieller Wirtschaftszweig	Beteiligungen ¹⁾		Sachanlagen ²⁾		Eigenkapital ³⁾	
	1961 1952=100	1952 Mill.DM	1961 1952=100	1952 Mill.DM	1961 1952=100	1952 Mill.DM
1	2	3	4	5	6	7
Papierherzeugung, -verarbeitung	1 922	9	194	305	178	297
Mineralölverarbeitung, Kohlen- wertstoffindustrie	1 781	21	350	626	307	643
Eisenschaffende Industrie	572	368	431	2 510	300	2 456
Bauindustrie	560	5	349	90	257	86
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	512	740	365	5 472	258	6 376
Maschinenbau	464	66	233	811	184	1 083
Feinmechanik, Optik	450	2	327	49	198	105
Glas und Feinkeramik	368	19	261	116	217	176
Verarbeitendes Gewerbe (o. Eisen- u. Metallverarb.)	326	674	269	4 555	194	6 416
Energiewirtschaft	325	474	225	4 940	190	3 348
Chemische Industrie	324	357	360	1 605	243	2 407
Straßen- und Luftfahrzeug- bau	313	45	921	411	548	447
Brauerei, Mälzerei	312	25	212	395	172	400
NE-Metallindustrie	300	28	243	262	145	409
Lederherzeugung und -verarbeitung	300	14	173	63	131	163
Gummi- und Asbestverarbeitung	300	8	258	147	171	266
Stahlbau, Waggonbau	300	6	265	100	199	143
Eisen-, Blech-, Metall- warenindustrie	286	7	171	152	135	206
Steinkohlenbergbau	248	728	202	4 127	162	3 884
Elektrotechnische Industrie	214	516	244	745	206	1 420
Steine und Erden, Zement- industrie	208	37	279	273	194	308
Textil- und Bekleidungs- industrie	157	128	163	794	121	1 331
Zuckerindustrie	120	5	191	163	123	186
Schiffbau	117	12	284	124	319	107

1) Einschließlich "sonstiges Finanzanlagevermögen".

2) Abschließen Inventar

3) Grundkapital + gesetzliche und freie Rücklagen + Vermögensabgabe.
Quelle: Bernsen, Rudolf, Die deutschen Aktiengesellschaften, 1960.

gerade in den Beteiligungen hohe stille Reserven vermutet werden können, wird man die Verschlechterung der offenen Eigenkapitaldeckung nicht als so gravierend empfinden.

Im folgenden sei ein internationaler Vergleich von insgesamt 105 in ihren Branchen führenden Aktiengesellschaften aus fünf EWG-Ländern getroffen. Er bezieht sich auf den prozentualen Anteil des gesamten Anlagevermögens und der Beteiligungen an einem einheitlich zugrundegelegten Vergleichsvermögen, das die Summe der gesamten Aktiva abzüglich der kurzfristigen Verbindlichkeiten darstellt.

Die in Tabelle 16 aufgeführten Anteile des gesamten Anlagevermögens und der Beteiligungen am oben definierten Vergleichsvermögen können aufgrund der länderspezifischen unterschiedlichen Bilanzierungsmethoden nur bedingt miteinander verglichen werden. Dennoch vermitteln sie einige Hinweise über den Holding-Charakter der führenden Aktiengesellschaften der Gemeinschaft.

1) Es handelt sich um eine von der "Börsen-Zeitung" vom 15. April 1964 zitierte Untersuchung der Jahresabschlüsse 1958 und 1962 der genannten 105 Börsengesellschaften. Die in einem Geschäftsbericht der Compagnie d'Outremer pour l'Industrie et la Finance, Brüssel, wiedergegebene Analyse baut auf Statistiken und Informationsquellen des Eurosyndicat Investment Research Bureau (EIRB), Brüssel, auf. Vgl. Berndsen, Rudolf, Die deutschen Aktiengesellschaften, aaO, S. 244 ff.

Die aus den Relativzahlen der Spalten 3 und 4 errechneten und in Spalte 5 wiedergegebenen Anteile der Beteiligungsbuchwerte am gesamten Anlagevermögen lassen erkennen, daß bei den 18 italienischen und 30 französischen Börsengesellschaften derzeit durchschnittlich fast ein Drittel des Anlagevermögens aus Beteiligungen bestand. Bei den 26 deutschen Gesellschaften war dieser Anteil mit knapp 15 vH gerade halb so hoch.

Tabelle 16:

Anteile der Beteiligungsbuchwerte am gesamten Anlagevermögen

in 105 Börsengesellschaften der EWG

1962

Gesellschaften		vH-Anteil am Vergleichsvermögen 1)		vH-Anteil der Beteiligungen am Anlagevermögen
Land	Anzahl	Anlagevermögen	Beteiligungen	
1	2	3	4	5
Italien	18	83,0	26,9	32,4
Frankreich	30	76,2	24,3	31,9
Belgien	22	77,9	14,6	18,7
BR Deutschland	26	68,3	10,2	14,9
Holland	9	54,4	7,6	14,0

1) Als Vergleichsvermögen liegt die Summe der Aktiva abzüglich der kurzfristigen Verbindlichkeiten zugrunde.

Quelle: Berndsen, Rudolf, Die deutschen Aktiengesellschaften, aaO, S. 244.

4. Die einzelwirtschaftliche Analyse der direkten Beteiligungsinvestitionen ausgewählter deutscher Konzernobergesellschaften

Die vorangestellten gesamtwirtschaftlichen Untersuchungen sind durch eine detaillierte einzelwirtschaftliche Analyse zu verfeinern. Diese stellt gewissermaßen auch zeitlich eine Fortsetzung dar, da sie sich über den Fünfjahreszeitraum 1961 bis 1965 erstreckt.

An die Stelle der Aktiengesellschaften ganzer Wirtschaftsbereiche und -zweige treten 28 ausgewählte deutsche Konzernobergesellschaften. Sie sind nach folgenden Kriterien ausgesucht worden:

1. Rechtsform der (publizitätspflichtigen) Aktiengesellschaft während des gesamten Untersuchungszeitraums;
2. Zugehörigkeit der Gesellschaft bzw. ihres Konzerns zur Industrie;
3. Buchwert des Beteiligungsvermögens am Ende des im Jahre 1965 endenden Geschäftsjahres mindestens 100 Mill. DM;
4. Höchster publizitätspflichtiger Rang in der Konzernhierarchie.

Die in den nachstehenden Tabellen alphabetisch aufgeführten und nach ihren Kurzformen benannten Konzernobergesellschaften lassen sich nach verschiedenen konzernpolitisch relevanten Merkmalen typisieren ¹⁾.

1) Die hier erörterten Kriterien sind wegen ihrer häufigen Verwendung bei der typisierenden Interpretation der Untersuchungsergebnisse in einem Tableau auf Seite 454 dieser Arbeit festgehalten worden. Die aufgeklappte Tafel ermöglicht eine jederzeitige Gegenüberstellung der betriebswirtschaftlichen Daten und der konzernpolitischen Merkmale der Gesellschaften.

Das Aktieneigentum an den 28 Gesellschaften liegt in vier Fällen in einer Hand (Einmanngesellschaften) und in acht Fällen ausschließlich im Streubesitz. In 16 Fällen liegt neben dem Streubesitz Paket-eigentum vor.

Im Hinblick auf die Struktur des Anlagevermögens können sieben reine von 21 gemischten Holdingtypen unterschieden werden.

Die Einordnung der Gesellschaften und ihrer Konzerne in bestimmte wirtschaftliche Tätigkeitsbereiche nach Maßgabe ihres Umsatzschwerpunktes führt zu folgenden Ergebnissen: Sieben Gesellschaften gehören der Mineralölwirtschaft und/oder dem Bergbau an. Davon betätigen sich drei (DEA, GBAG und VEBA) außer im Mineralölgeschäft im Kohlenbergbau und eines (WINTERSHALL) im Kalibergbau. Eine Gesellschaft bzw. ihr Konzern (SALZDETFURTH) betätigt sich nicht in der Mineralölwirtschaft, sondern fast ausschließlich im Kalibergbau. Der Eisen- und Stahlindustrie lassen sich sechs, der chemischen Industrie fünf, der Elektroindustrie und der NE-Metallgewinnung je drei und dem Fahrzeug- wie dem Maschinenbau je zwei Gesellschaften oder Konzerne zuordnen ¹⁾.

1) Um welche Gesellschaften es sich jeweils handelt, kann dem aufgefalteten Typentableau unmittelbar entnommen werden. Die ausführlichen Firmennamen und Domizile der mit ihren Kurzformen bezeichneten Gesellschaften befinden sich auf der gegenüberliegenden (Innen-) Seite des Tableaus. (Vgl. Seite 454 dieser Arbeit).

In bezug auf die räumliche Verteilung ihrer betrieblichen Standorte zeitigte die Untersuchung, daß sich 17 Konzerne, darunter vier nationale Unterkonzerne internationaler Gruppen (BP, DEA, DEUTSCHE SHELL und GLANZSTOFF) fast ausschließlich auf das Inland konzentrieren. Dagegen weisen zwölf Konzerne eine nennenwerte Auslandsproduktion auf.

Die Anzahl der Paralleltypen innerhalb der 28 Konzernobergesellschaften vermindert sich, wenn man ihre Strukturmerkmale kombiniert.

Von den acht reinen Publikumsgesellschaften, die ihre Geschäftspolitik autonom bestimmen und daher als echte Konzernspitzen anzusehen sind, fungieren sechs als wirtschaftlich tätige "Muttergesellschaften" (gemischte Holdings) und zwei als reine Holdings (RHEINSTAHL und SALZDETURTH). Von den sechs wirtschaftlich tätigen Gesellschaften sind mit den Nachfolgegesellschaften der IG-Farbenindustrie Aktiengesellschaft (BASF, BAYER und HOECHST) drei der chemischen Industrie, zwei der Eisen- und Stahlindustrie (HOESCH und MANNESMANN) und eine der elektrotechnischen Industrie (SIEMENS) zuzurechnen. Sechs der acht Publikums- (Mutter-) Gesellschaften haben ihre konzernpolitische Aktivität auch auf das Ausland ausgedehnt (die IG-Farben-Nachfolger, -MANNESMANN, SALZDETURTH und SIEMENS). Dagegen sind die verbleibenden Montankonzerne HOESCH und RHEINSTAHL fast ausschließlich im Inland tätig.

Unter den vier Einmann-Aktiengesellschaften befinden sich zwei gemischte (BP und DEUTSCHE SHELL) und zwei reine (SALZGITTER und VIAG) Holdinggesellschaften. Die gemischten Holdings sind im Allein-

besitz internationaler Mineralölkonzerne. Sie bilden die Spitzen ihrer nationalen Unterkonzerne in der Bundesrepublik Deutschland. Die reinen Holdings haben die Bundesrepublik Deutschland zum Alleinaktionär. Sie verwaltet durch sie wesentliche Teile des von ihrer Rechtsvorgängerin ererbten Industrievermögens des Eisen- und Stahl- wie der NE-Metallindustrie. Die Konzerne sämtlicher Einmann-Gesellschaften arbeiten fast ausschließlich im Bundesgebiet.

Von den 16 Gesellschaften, deren Geschäftspolitik durch Großaktionäre zumindest beeinflusst wird, sind wenigstens drei nach Maßgabe des Aktienbesitzes als Teilkonzerne anzusehen (BUDERUS, DEA, GLANZSTOFF). Weitere sieben Gesellschaften sind beteiligungsmäßig an der Peripherie anderer auf verwandten Gebieten arbeitender Konzerne oder Unternehmensgruppen wiederzufinden (AEG, DAIMLER-BENZ, DEUTSCHE CONTI-GAS, DHHU, METALLGESELLSCHAFT, PREUSSAG und WINTERSHALL). An vier Gesellschaften hielten Großbanken zumindest entscheidende Sperrminoritäten ¹⁾, und zwar bei zweien, die bereits als periphere Unterkonzerne eingestuft worden sind (DAIMLER-BENZ und METALLGESELLSCHAFT) und bei zweien, die seit geraumer Zeit als Angliederungsobjekte anderer Konzerne angesehen werden. Hier

1) Die Allein- und Großaktionäre der insgesamt 20 Konzernobergesellschaften sind auf der dem Typentableau gegenüberliegenden (Innen-) Seite namentlich und unter Angabe ihrer Beteiligungsquote aufgeführt. Vgl. Seite 454 dieser Arbeit.

fallen den Banken wichtige Schlüsselpositionen bei gegenwärtig in der Abwicklung befindlichen (CHEMIE-VERWALTUNG an HOECHST) oder hierfür vorgesehenen (GBAG an VEBA) konzernpolitischen Beteiligungstransaktionen zu.¹⁾

Von den 16 durch Großaktionäre beeinflussten Gesellschaften sind drei reine Holdings (CHEMIE-VERWALTUNG, GHH und VEBA). Die übrigen beteiligen sich selbst an der industriellen Produktion, die sich in ihren Schwerpunkten über alle aufgeführten Industriezweige erstreckt. Nur fünf der 16 durch Großaktionäre beeinflussten Gesellschaften haben ihre konzernpolitische Aktivität auch auf das Ausland ausgedehnt (AEG, DAIMLER-BENZ, METALLGESELLSCHAFT, VW und WINTERSHALL).

Die sieben Holdinggesellschaften weisen durchweg inländische Produktionsbeteiligungen auf. Nur SALZDETfurth hat mit dem Auf- und Ausbau ausländischer Produktionsstätten auf dem nordamerikanischen Kontinent begonnen.

- a) Die Bedeutung des Beteiligungsvermögens im Rahmen des Anlagevermögens und im Verhältnis zum Eigenkapital

Die Bedeutung der Holdingfunktion und die bilanzielle Inanspruchnahme des Eigenkapitals durch das Beteiligungsvermögen bei den 28 vorgestellten Konzernobergesellschaften soll in Tabelle 17 sichtbar gemacht werden. Sie enthält für das Ende des im Kalenderjahr 1965 endenden Geschäftsjahres in

1) Vgl. hierzu Seite 454 dieser Arbeit.

den Spalten 2 und 3 das gesamte Anlagevermögen als Bezugsbasis für das in Spalte 4 wiedergegebene Beteiligungsvermögen.

Bei den sieben reinen Holdinggesellschaften ¹⁾ nimmt das Beteiligungsvermögen zwischen 84 (VIAG) und 100 vH des gesamten Anlagevermögens ein. Liegen die Sätze unter 100 vH, so verwalten die Gesellschaften außer ihrer üblichen Geschäftsausstattung eigenen Grundbesitz (GHH, RHEINSTAHL und SALZ-DETFURTH) und Anlagewertpapiere sowie im Anlagevermögen ausgewiesene Konzernforderungen langer Bindungsdauer (VIAG).

Bei drei der 21 gemischten Holdings liegt die Quote des Beteiligungsvermögens bei zwei Dritteln (DEUTSCHE CONTI-GAS, SIEMENS, WINTERSHALL) und bei zwei weiteren bei mehr als der Hälfte (AEG, METALLGESELLSCHAFT) des gesamten Anlagevermögens. Von diesen fünf Gesellschaften mit relativ bedeutender Holdingfunktion stehen vier unter dem Einfluß von Großaktionären. Sämtliche der dem Kreis der 28 Gesellschaften angehörenden Elektrounternehmen sind unter den Gesellschaften mit relativ bedeutender Holdingfunktion wiederzufinden.

Bei weiteren zehn Gesellschaften besteht mehr als ein Viertel des Anlagevermögens aus Beteiligungen. Auch hier ist die Anzahl der von Großaktionären beherrschten Gesellschaften mit sieben recht hoch. Unter diesen zehn Gesellschaften befinden sich drei der insgesamt erfaßten Stahlunternehmen (DHHU,

1) Vgl. das Typentableau auf der aufgefalteten Seite 454 dieser Arbeit.

MANNESMANN, ATH) und zwei der drei IG-Farben-Nachfolger (BAYER und HOECHST).

Tabelle 17:

Das Beteiligungsvermögen im Verhältnis zum gesamten Anlagevermögen
und Eigenkapital bei ausgewählten deutschen Konzernobergesellschaften

Ende 1965

Gesellschaft 1)	AV	EK	Beteiligungen		
	insgesamt	insgesamt			
	Mill. DM				
1	2	3	4	vH Sp. 2	vH Sp. 3
A E G	848	735	480	57	65
B A S F	2 690	2 121	530	20	25
B P	745	451	112	15	25
BUDERUS	236	93	101	43	109
CHEMIE-VERWALTUNG	227	200	227	100	114
DAIMLER-BENZ	1 001	913	142	14	16
DEUTSCHE CONTI-GAS	179	122	119	66	98
D E A	691	471	341	49	72
DEUTSCHE SHELL	1 259	760	208	17	27
D H H U	793	419	265	33	63
FARBENF. BAYER	2 577	2 160	660	26	31
FARBW. HOECHST	2 395	1 944	590	25	30
G B A G	1 429	742	493	34	66
GLANZSTOFF	335	264	114	34	43
G H H	248	202	244	98	121
HOESCH	1 327	648	173	13	27
MANNESMANN	1 914	820	649	34	79
METALLGESELLSCHAFT	294	225	163	55	72
PREUSSAG	443	355	201	45	57
RHEINSTAHL	642	674	590	92	83
SALZDETfurTH	185	197	177	96	90
SALZGITTER	796	567	785	99	138
SIEMENS	1 140	1 274	679	60	53
A T H	2 422	1 376	956	39	69
V E B A	1 276	1 357	1 274	100	94
V I A G	517	369	433	84	117
V W	1 957	1 436	162	8	11
WINTERSHALL	305	311	187	61	60

1) Erläuterung der Kurzformen vgl. Seite

Quelle: Geschäftsberichte der Gesellschaften.

Die Relativzahlen sind jedoch im Zusammenhang mit den ihnen zugrundeliegenden absoluten Buchwerten des Beteiligungsvermögens zu würdigen. Diese liegen bei drei der insgesamt sieben Holdinggesellschaften über einer halben und bei weiteren dreien bei bzw. über einer Viertel Milliarde DM. Der Beteiligungsbesitz dieser Gesellschaften repräsentiert ihre gesamte wirtschaftliche Aktivität.

Unter den 21 gemischten Holdings haben sechs Beteiligungen im Buchwert von mindestens einer halben Milliarde DM aufzuweisen (BASF, BAYER, HOECHST, MANNESMANN, SIEMENS und ATH)¹⁾. Großaktionäre gibt es nur bei der ATH. Bei weiteren vier Gesellschaften liegen die Beteiligungsbuchwerte über einer Viertel Milliarde DM (AEG, DEA, DHHU und GBAG).

Für die bilanzielle Finanzierung der Beteiligungen werden durchweg sehr hohe Anteile des ausgewiesenen Eigenkapitals beansprucht. Bei den sieben Holdinggesellschaften liegt allein der Beteiligungsbuchwert in vier Fällen (CHEMIE-VERWALTUNG, GHH, SALZGITTER, VIAG) über dem Eigenkapital und in den

1) Die addierten Beteiligungsbuchwerte der drei großen Nachfolgesellschaften der IG-Farbenindustrie AG beliefen sich Ende 1965 auf 1,78 Mrd. DM. Demgegenüber wies die Bilanz der Ursprungsgesellschaft zu Beginn des Zweiten Weltkrieges Beteiligungen im Werte von 0,34 Mrd. RM aus. - Die Sachanlagen hatten derzeit einen Buchwert von 0,62 Mrd. RM. (Vgl. Geschäftsbericht IG-Farben, 1939, S. 13). - Der Anteil des Beteiligungsvermögens am gesamten Anlagevermögen erreichte bei der IG-Farbenindustrie AG rund 35 vH. Der entsprechende durchschnittliche Anteil läge bei den Nachfolgesellschaften nur bei 23 vH. Das "interne" Wachstum rangierte für sie in der Nachkriegszeit vor dem "externen" Wachstum, das erst in jüngster Zeit wieder an relativer Bedeutung gewinnt.

übrigen drei Fällen (RHEINSTAHL, SALZDETURTH, VEBA) knapp darunter.

Bei den 21 gemischten Holdings beansprucht allein das Beteiligungsvermögen in zwei Fällen das gesamte Eigenkapital (BUDERUS und CONTI-GAS), in weiteren drei Fällen drei Viertel (DEA, MANNESMANN und METALLGESELLSCHAFT), in weiteren sieben Fällen mehr als die Hälfte (AEG, DHHU, GBAG, PREUSSAG, SIEMENS, ATH, WINTERSHALL) und in weiteren sieben Fällen immerhin mehr als ein Viertel des Eigenkapitals (BASF, BP, SHELL, BAYER, HOECHST, GLANZ-STOFF und HOESCH).

- b) Die Veränderungen der Buchwerte der Beteiligungen und Sachanlagen sowie des Eigenkapitals
-

Die Analyse des Wachstums der Beteiligungs-, Sachanlage- und Eigenkapitalkonten bezieht sich auf den Fünfjahreszeitraum von 1961 bis 1965. Sie ist einmal als Fortsetzung der vorangestellten gesamtwirtschaftlichen Untersuchung zum selben Fragenkreis zu verstehen. Zum zweiten hat es in dieser Periode keine das Bild verfälschenden Fusionen gegeben mit dem Ergebnis, daß sich das externe Wachstum der Gesellschaften fast ausschließlich im Beteiligungskonto niedergeschlagen hat ¹⁾. Zum dritten soll eine zeitliche Übereinstimmung mit den auf der Erfolgsrechnung aufbauenden Untersuchungen hergestellt werden. Erst für das im Jahre 1961 endende

1) Vgl. die Voruntersuchungen zu diesem Fragenkreis auf Seite 156 ff. dieser Arbeit.

Geschäftsjahr legten alle der hier erörterten Aktiengesellschaften die nach dem Bruttoprinzip der Kleinen Aktienrechtsreform gegliederte Gewinn- und Verlustrechnung vor.

In Anlehnung an die Tabellen 14 und 15 gibt Tabelle 18 die Entwicklung der Buchwerte der Beteiligungen und Sachanlagen und des Eigenkapitals von 1961 bis 1965 wieder ¹⁾.

Bei 21 Gesellschaften ist das Beteiligungsvermögen schneller angewachsen als das Sachanlagevermögen. Die Gesellschaften BUDERUS, DAIMLER-BENZ, CONTIGAS, MANNESMANN, METALLGESELLSCHAFT, SALZGITTER und SIEMENS bilden die Ausnahme von der für die Industrie geltenden Regel. Bei ihnen sind die Sachanlagen buchmäßig schneller angewachsen als die Beteiligungen. Nur bei DAIMLER-BENZ ist das Eigenkapitalkonto schneller als das Sachanlagekonto angewachsen.

Bei den 21 Gesellschaften mit überproportionaler Zunahme des Beteiligungsbuchwertes ist das Eigenkapital nur in sechs Fällen noch schneller oder wenigstens im Gleichschritt mit den Beteiligungsvermögen gewachsen (AEG, GLANZSTOFF, GHH, SALZ-DETFURTH, VEB, VIAG).

1) Die Tabellen 14 und 15 enthielten in den "Beteiligungen" auch das "sonstige Finanzanlagevermögen". Die detaillierte Tabelle 18 führt unter den "Beteiligungen" nur die unter § 131 Abs. 1 A II Nr. 6 AktG 1937 auszuweisenden Werte auf. - Den gesamt- und branchenwirtschaftlichen Untersuchungen liegt das gesamte Anlagevermögen und den einzelwirtschaftlichen Analysen nur das (eben nur hier isolierbare) Sachanlagevermögen zugrunde.

Tabelle 18:

Die Entwicklung der Buchwerte der Beteiligungen und Sachanlagen
sowie des Eigenkapitals bei ausgewählten deutschen Konzernobergesellschaften

Anfang 1961 bis Ende 1965

Gesellschaft ¹⁾	Beteiligungen		Sachanlagen		Eigenkapital	
	1965	1961	1965	1961	1965	1961
	1961 = 100	Mill.DM	1961 = 100	Mill.DM	1961 = 100	Mill.DM
1	2	3	4	5	6	7
A E G ²⁾	175	274	147	251	191	395
B A S F	300	177	171	1 266	181	1 170
B P	155	72	139	433	127	354
BUDERUS	244	41	247	55	139	67
CHEMIE-VERWALTUNG	155	146	-	-	148	135
DAIMLER-BENZ	79	81	212	405	359	254
DEUTSCHE CONTI-GAS	104	115	133	27	104	117
D E A	158	215	127	275	119	397
DEUTSCHE SHELL	188	110	179	585	159	478
D H H U	182	146	120	440	98	429
FARBENF. BAYER	205	322	179	1 058	165	1 310
FARBW. HOECHST	198	299	167	1 083	177	1 098
G B A G	168	293	86	1 085	88	842
GLANZSTOFF	165	69	144	153	168	157
G H H	200	122	110	3	194	105
HOESCH	139	125	125	913	100	648
MANNESMANN	123	529	130	972	114	720
METALLGESELLSCHAFT	123	133	221	60	118	190
PREUSSAG	394	51	171	142	257	138
RHEINSTAHL	153	386	123	43	99	681
SALZDETFURTH	144	123	121	7	141	140
SALZGITTER	134	587	152	7	108	525
SIEMENS	153	444	227	203	166	769
A T H	255	375	204	661	172	801
V E B A	213	599	-	-	237	573
V I A G	106	410	-	-	103	364
V W	10 106	2	137	1 297	150	958
WINTERSHALL	148	127	90	131	128	242

1) Erläuterungen und Kurzformen vgl. Seite

2) Einschließlich Rumpfgeschäfts j. 1. 10. bis 31. 12. 1963.

Quelle: Geschäftsberichte der Gesellschaften.

Das Eigenkapital ist bei 21 Gesellschaften langsamer als das Beteiligungsvermögen, bei 14 Gesellschaften langsamer als das Sachanlagevermögen und bei 13 Gesellschaften langsamer als jeweils beide Anlagevermögenskategorien angewachsen. Unter letzteren befinden sich bezeichnenderweise sämtliche Stahlkonzerne, die mit strukturellen Wachstumsschwierigkeiten zu kämpfen haben und die drei nationalen Unterkonzerne internationaler Mineralölkonzerne (BP, DEA und SHELL). Diese Gesellschaften arbeiten teilweise mit durch die Muttergesellschaften bereitgestellten beteiligungsähnlichen Darlehen oder belassenen Dividendenansprüchen ¹⁾.

Bei acht Gesellschaften haben sich die Beteiligungsbuchwerte in dem Fünfjahreszeitraum zumindest verdoppelt. Bei VW ist eine Verzehnfachung, bei der PREUSSAG eine Vervierfachung und bei der BASF eine Verdreifachung eingetreten. Bei der ATH und BUDERUS ist das Beteiligungsvermögen in der Bilanz auf das Zweieinhalbfache und bei den Farbenfabriken Bayer, der Gutehoffnungshütte (GHH) und der VEBa auf das Doppelte angewachsen. Die Farbwerke Hoechst lagen mit einer Zunahme um 198 vH knapp unter der Abgrenzungsmarke.

Von diesen neun im Untersuchungszeitraum mit besonderer konzernpolitischer Aktivität hervorgetretenen Gesellschaften wurden sechs wiederum durch Großaktionäre beeinflusst, wohingegen es sich bei den übrigen dreien um die großen IG-Farben-Nachfolger handelt, die mit ihrem hohen Wachstum und

1) Vgl. hierzu die Darlegungen auf Seite 370 f. dieser Arbeit.

Kapitalbedarf die Chance zur Bildung von Aktienpaketen gar nicht erst aufkommen lassen.

Sieben der neun Gesellschaften betätigen sich selbst leistungswirtschaftlich. Die verbleibenden zwei Gesellschaften sind reine Holdings, die von Großaktionären maßgeblich beeinflußt werden (GHH und VEBA).

Aus dem Kreise der neun Gesellschaften, die ihre Beteiligungsbuchwerte zumindest verdoppelt haben, weisen nur die IG-Farben-Nachfolger und das Volkswagenwerk nennenswerte Auslandsbeteiligungen auf.

Der brancheninterne Vergleich innerhalb der Elektroindustrie zeigt, daß SIEMENS und CONTI-GAS ihre eigenen Sachanlagen stärker ausgebaut haben als ihre direkten Beteiligungen. Für CONTI-GAS wird die leistungswirtschaftliche Umstrukturierung in Richtung auf die Elektrizitätsversorgung und die Fortentwicklung von der reinen zur gemischten Holding durch Investitionen in "Eigenbetriebe" hierfür verantwortlich zu machen sein ¹⁾. Bei der

1) Da die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft, Düsseldorf, neben wertvollen Beteiligungen auch ihre Eigenbetriebe in Mitteldeutschland entschädigungslos verloren hatte, fungierte sie bis Ende 1957 als reine Holding, die ihre westdeutschen Beteiligungen verwaltete. Um ihren organisatorischen Aufbau zu vereinfachen und die Steuervorteile der Organschaft nicht in Frage zu stellen, wurde im Jahre 1958 das Vermögen der Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft mbH, Hagen/Westf., sowie deren Tochtergesellschaft, der Licht- und Kraftwerke Harz GmbH, Osterode, auf der Grundlage des Umwandlungsgesetzes vom 12. November 1956 und des Umwandlungssteuergesetzes vom 11. Oktober 1957 auf die Obergesellschaft übertragen. Vgl. Geschäftsbericht Deutsche Conti-Gas, 1958, S. 7 und 12.

AEG stand der Ausbau der direkten Beteiligungen mehr im Vordergrund. SIEMENS und AEG sind in bezug auf ihre Beteiligungspolitik nur bedingt vergleichbar. Wie bereits dargelegt, weist SIEMENS einen nicht unwesentlichen Teil seines Beteiligungsvermögens im Umlaufvermögen aus ¹⁾ und hält wichtige Beteiligungen durch Tochter- und Beteiligungsgesellschaften ²⁾. Dagegen hält die AEG ihren Beteiligungsbesitz zumeist direkt und weist ihn in ihrer eigenen Bilanz aus ³⁾.

Die IG-Farben-Nachfolger, GLANZSTOFF und CHEMIE-VERWALTUNG haben sämtlich den Beteiligungserwerb bevorzugt, wobei es für letztere lt. § 2 ihrer Satzung (i.d.F. von November 1965) keine Alternative gab. In der Stahlindustrie weisen die DHHU, HOESCH, RHEINSTAHL und die ATH höhere Beteiligungszugänge und MANNESMANN und SALZGITTER höhere Netto-Sachanlagenzugänge auf. Auch bei den drei nationalen Unterkonzernen der internationalen Mineralölgruppen und den ebenfalls in diesem Wirtschaftszweig tätigen Gesellschaften GBAG, VEBA und WINTERSHALL wuchs das Beteiligungsvermögen rascher an als das Sachanlagevermögen.

1) Vgl. hierzu die Anmerkung 3 auf Seite 142 dieser Arbeit.

2) Die durch Hauptversammlungsbeschlüsse vom März 1966 in die Siemens AG eingegliederten Siemens-Schuckertwerke AG und Siemens-Reiniger-Werke AG hielten ihrerseits am 30. September 1965 Beteiligungen im Buchwert von 163,0 und 8,5 Mill. DM, die den 679 Mill. DM der nunmehr als Hauptgesellschaft zu bezeichnenden Muttergesellschaft zuzurechnen sind. Die sehr umfangreichen Auslandsbeteiligungen werden fast ausschließlich durch internationale Zwischenholdings verwaltet. Vgl. hierzu die Darlegungen auf Seite 411 dieser Arbeit.

3) Die mit Beschluß vom 23. Juni 1966 in die AEG eingegliederte Telefunken AG wies zum 31. Dezember ein Beteiligungsvermögen von 20 Mill. DM aus, die sich neben den 480 Mill. DM ihrer Hauptgesellschaft als gering erweisen. Vgl. Geschäftsberichte AEG-Telefunken, 1965, S. 53 und 1966, S. 9.

DAIMLER-BENZ und das VOLKSWAGENWERK vermitteln als Repräsentanten des deutschen Automobilbaus gegenläufige Entwicklungen. Sie können als Schulbeispiele dafür angesehen werden, daß die unterschiedlichen Bewertungs- bzw. Abschreibungsmethoden bei in- und ausländischem Beteiligungsbesitz (insbesondere in Entwicklungsländern) zu Verzerrungen in der Bilanzoptik führen ¹⁾.

Die Veränderungen bei BUDERUS, CONTI-GAS und VEBA sind vor allem ihren Konzernneuordnungen zuzuschreiben ²⁾.

c) Die Zu- und Abgänge im Beteiligungs- und Sachanlagevermögen

An Hand der Zu- und Abgänge im Beteiligungs- und Sachanlagevermögen soll die Frage geklärt werden, ob das Beteiligungsvermögen stärker fluktuiert als das Sachanlagevermögen. Das Anschauungsmaterial zur Beantwortung dieser Frage liefert Tabelle 19. Sie enthält in den Spalten 3 und 4 sowie 6 und 7 die prozentualen Zu- und Abgänge im Beteiligungs- und Sachanlagevermögen (zu Buchwerten), die auf den Anfangsbestand der beiden Vermögensgruppen zu Beginn des fünfjährigen Untersuchungszeitraums bezogen sind. Die absoluten Basiswerte sind in den Spalten 2 und 5 wiedergegeben.

1) Vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 186 dieser Arbeit.

2) Näheres hierzu auf den Seiten 180 und 234 ff. dieser Arbeit.

Tabelle 19:

Die Zu- und Abgänge im Beteiligungs- und Sachanlagevermögen
bei ausgewählten deutschen Konzernobergesellschaften

Anfang 1961 bis Ende 1965

Gesellschaft ¹⁾	Beteiligungen			Sachanlagen		
	Buchwert 1961 Mill. DM	Zugang	Abgang	Buchwert 1961 Mill. DM	Zugang ²⁾	Abgang ⁴⁾
		vII Sp. 2			vII Sp. 5	
1	2	3	4	5	6	7
A E G ²⁾	274	89	7,5	251	246	4,0
B A S F	177	208	1,9	1 266	177	4,5
B P	72	61	4,9	433	116	2,1
BUDERUS	41	156	1,5	55	316	7,9
CHEMIE-VERWALTUNG	146	69	13,5	-	-	-
DAIMLER-BENZ	81	221	61,4	465	340	2,1
DEUTSCHE CONTI-GAS	115	29	24,6	27	81	10,2
D E A	215	82	15,5	275	156	2,8
DEUTSCHE SHELL	110	89	0,4	585	133	3,2
D I H U	146	150	5,1	440	110	5,7
FARBENF. BAYER	322	112	5,6	1 058	228	15,1
FARBW. HOECHST	299	118	7,8	1 083	191	6,9
G B A G	293	123	48,2	1 085	31	5,8
GLANZSTOFF	69	129	10,3	153	309	3,1
G H H	122	106	5,2	3	67	33,3
HOESCH	125	54	9,5	913	98	3,3
MANNESMANN	529	122	96,8	972	93	1,8
METALLGESELLSCHAFT	133	23	-	60	226	4,4
PREUSSAG	51	320	-	142	247	7,4
REFINSTAHL	386	60	3,4	43	78	14,4
SALZDETFURTH	123	52	8,7	7	41	-
SALZGITTER	597	39	0,5	7	152	21,1
SIEMENS	444	65	11,1	203	440	5,0
A T H	375	169	11,9	661	215	2,3
V F B A	509	113	0,4	-	-	-
V I A G	410	6	-	-	-	-
V S	2	22 844	-	1 297	181	1,2
WINDENSTALL	127	78	1,1	131	175	4,5

1) Erläuterungen der Kurzformen vgl. Seite

2) Einschließlich Rumpfgeschäftsjahr 1.10. bis 31.12.1963.

3) Einschließlich Umbuchungen aus dem Umlaufvermögen.

4) Einschließlich Umbuchungen in das Umlaufvermögen.

Quelle: Geschäftsberichte der Gesellschaften.

Die Zuwachsraten im Beteiligungsvermögen sind nur in elf Fällen größer als im Sachanlagevermögen. Letzteres hat in 17 Fällen relativ höhere Zugänge aufzuweisen. Der hiermit aufgezeigte Sachverhalt entspricht der Wirklichkeit mehr als das in den vorhergehenden Untersuchungen aufgezeigte Bild über das Wachstum der beiden Anlagekontengruppen. In den Zugängen, für die es allerdings nur eine Bewertungsobergrenze gibt, wirken sich die unterschiedlichen Abschreibungsprinzipien noch nicht aus.

Bei den Abgängen wandelt sich das Bild. Im Beteiligungsvermögen übertrifft die Abgangsrate die des Sachanlagevermögens in 15 Fällen. Die Buchwerte der Abgänge sind wiederum wie die der Bestände durch die zwischenzeitlichen Abschreibungen geprägt, so daß die effektiven Wertbewegungen aus der Bilanz kaum ersehen werden können.

Die Frage nach dem Ausmaß der Fluktuation des Beteiligungsbesitzes kann auch nach der Ermittlung der Zu- und Abgänge bei den konzernpolitisch aktiven Gesellschaften schwerlich beantwortet werden. Bei sämtlichen Gesellschaften waren die Beteiligungszugänge -oft erheblich- größer als die entsprechenden Abgänge. Der Anteil des am Markt fluktuierenden Beteiligungsbesitzes, der an diese Gesellschaften ging, kann nicht vollständig erfaßt werden, weil die Beteiligungszugänge aufgrund der Ausgründungen oder Kapitalerhöhungen von Tochtergesellschaften nicht eindeutig von den am Markt erworbenen Beteiligungen abgegrenzt werden. Bei den Abgängen handelt es sich vielfach nicht um Übertragungen an Fremde, sondern an eigene Konzerngesellschaften. Derartige Umgruppierungen

sind im Untersuchungszeitraum vor allem bei den Gesellschaften mit umfangreichem Auslandsbesitz festzustellen. Die organisationsbedingten Abgänge führen zu entsprechenden Zugängen im Beteiligungsvermögen, da die ausgebuchten Beteiligungen zugleich als Sacheinlagen bei der Gründung oder Kapitalerhöhung ausländischer Zwischenholdings verwandt werden, an denen sich die Muttergesellschaften meist direkt beteiligen. Durch derartige oder entgegengesetzt verlaufende Beteiligungstransaktionen (MANNESMANN, BAYER, SIEMENS) wird das Volumen der Zu- und Abgänge künstlich aufgebläht ¹⁾.

- d) Die Finanzierung der Zugänge im Beteiligungs- und Sachanlagevermögen durch entsprechende Abschreibungen
-

Die Finanzierung der Zugänge im Beteiligungs- und Sachanlagevermögen durch Abschreibungen innerhalb derselben Vermögensgruppen bei den 28 Konzernobergesellschaften findet in Tabelle 2o ihren zahlenmäßigen Niederschlag. Hierin sind die im Fünfjahreszeitraum 1961 bis 1965 angefallenen Abschreibungsbeträge der beiden Vermögensgruppen in den Spalten 3 und 6 wiedergegeben und zu den in den Spalten 2 und 5 festgehaltenen Zugängen desselben Zeitraums in Beziehung gesetzt worden. Die in den Spalten 4 und 7 aufgeführten Ergebnisse besagen, in welchem Umfang die Zugänge durch Abschreibungen innerhalb derselben Kategorie finanziert worden sind.

1) Näheres zu den Umgruppierungen des ausländischen Beteiligungsbesitzes der genannten und anderer Gesellschaften auf Seite 411ff dieser Arbeit.

Die Sachanlagezugänge sind erwartungsgemäß in weit stärkerem Ausmaß durch Abschreibungen finanziert worden als die Beteiligungen. Mit einer Ausnahme (DEUTSCHE SHELL) liegen die Abschreibungen auf Sachanlagen über 50 vH der Zugänge und reichen bis an 125 vH (GBAG) heran.

Im Gegensatz zu den kontinuierlich anfallenden Abschreibungen im Sachanlagevermögen schwanken die im Beteiligungsvermögen vorgenommenen (Sonder-)Abschreibungen erheblich. Da die deutschen Automobilkonzerne DAIMLER-BENZ und das VOLKSWAGENWERK direkte Produktionsbeteiligungen in Entwicklungsländern unterhalten, ist ihr Abschreibungsbedarf wegen der drohenden Verlustgefahren außerordentlich hoch. So pflegte DAIMLER-BENZ auf die Zugänge zu den ausländischen Beteiligungen bereits im Zugangsjahr jeweils pauschale Wertberichtigungen in Höhe von 50 vH vorzunehmen ¹⁾. Von den Abschreibungen auf Beteiligungen, die sich beim VOLKSWAGENWERK im Jahre 1965 allein auf 125,5 Mill. DM beliefen, entfielen 110 Mill. DM auf die im selben Jahre erworbenen Anteile an der Auto Union G.m.b.H., Ingolstadt, um sie "auf ihren Nominalwert abzuwerten". Die Zugänge bei den Auslandsbeteiligungen hat das VOLKSWAGENWERK "im Hinblick auf das allgemeine Risiko langfristiger Engagements in überseeischen Ländern (im gesamten Untersuchungszeitraum, Anm. d. Verf.) voll abgeschrieben" ²⁾.

1) Vgl. bspw. Geschäftsbericht Daimler-Benz, 1965, S. 50.

2) Geschäftsbericht VW, 1965, S. 33 sowie die entsprechenden Erläuterungen der Vorjahre.

Tabelle 20:

Die Abschreibungen im Beteiligungs- und Sachanlagevermögen
bei ausgewählten deutschen Konzernobergesellschaften

Anfang 1961 bis Ende 1965

Gesellschaft ¹⁾	Beteiligungen			Sachanlagen		
	Zugang	Abschreibung		Zugang ³⁾	Abschreibung ⁴⁾	
	Mill. DM		vH Sp.2	Mill. DM		vH Sp.5
1	2	3	4	5	6	7
A E G ²⁾	243	16,4	6,7	618	492	79,5
B A S F	369	12,1	3,3	2 244	1 293	57,6
B P	44	0,8	1,8	503	324	64,4
B U D E R U S	64	4,2	6,6	172	88	51,2
CHEMIE-VERWALTUNG	100	-	-	-	-	-
DAINLER-BENZ	179	68,4	38,2	1 375	912	66,3
DEUTSCHE CONTI-GAS	33	0,2	0,6	22	11	50,0
D E A	177	18,2	10,3	429	347	80,9
DEUTSCHE SHELL	98	0,1	0,1	780	297	38,1
D H H U	219	1,9	0,9	482	370	76,8
FARBENF. BAYER	361	6,0	1,7	2 408	1 413	58,7
FARBW. HOECHST	351	36,5	10,4	2 068	1 271	61,5
G B A G	360	19,5	5,4	340	426	125,3
GLANZSTOFF	89	37,6	42,2	474	401	84,6
G H H	129	0,1	0,1	2	1	50,0
HOESCH	67	6,7	10,0	896	640	71,4
MANNESMANN	646	14,4	2,2	901	590	65,5
METALLGESELLSCHAFT	30	-	-	134	69	51,5
PREUSSAG	163	13,1	8,0	440	329	74,8
RHEINSTAHL	231	13,9	6,0	33	17	51,5
SALZDETFURTH	65	-	-	-	-	-
SALZGITTER	228	26,2	11,5	11	6	54,5
SIEMENS	286	1,9	0,7	894	627	70,1
A T H	631	4,8	0,8	1 421	719	50,6
V F B A	677	-	-	-	-	-
V I A G	24	-	-	-	-	-
V W	366	205,4	56,1	2 349	1 858	79,1
WINTERSHALL	98	36,2	36,9	229	237	103,5

1) Erläuterungen der Kurzformen vgl. Seite

2) Einschließlich Rumpfgeschäftsjahr 1.10. bis 31.12.1963.

3) Einschließlich Umbuchungen aus dem Umlaufvermögen.

4) Abzüglich Zuschreibungen.

Quelle: Geschäftsberichte der Gesellschaften.

Die Notwendigkeit, hohe Abschreibungen auf ihren Beteiligungsbesitz vorzunehmen, begründet WINTERS-HALL zunächst mit dem Preisverfall am deutschen Heizölmarkt. Er hatte das Ergebnis ihrer 60 %igen Beteiligungsgesellschaft Erdöl-Raffinerie Mannheim GmbH, Mannheim, "so stark beeinflusst, daß eine größere Wertberichtigung vorgenommen werden mußte. Außerdem wurden die Zugänge an Auslandsbeteiligungen abgeschrieben" ¹⁾.

Die bei der Holding des Salzgitter-Konzerns im Geschäftsjahr 1964/65 verbuchte Abschreibung in Höhe von 23,4 Mill. DM diente dem Zweck, den Buchwert der Beteiligung an der Büssing Automobilwerke AG, Braunschweig, von 52,5 Mill. DM auf den Nennwert und den Buchwert der Beteiligung an der Deutsche Industrie-Werke AG, Berlin-Spandau, von 2,6 Mill. DM "auf einen Merkposten abzuwerten" ²⁾.

GLANZSTOFF begründet die im Berichtsjahr 1965 getätigten Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von 37,6 Mill. DM mit folgenden Argumenten: "In Anbetracht der in dem Beteiligungsbesitz liegenden allgemeinen Risiken haben wir uns entschlossen, alle Beteiligungen, die bisher mit einem höheren Wert als dem Nominalwert zu Buch standen, auf diesen abzuschreiben. Eine solche Maßnahme war auch deshalb geboten, weil nach Inkrafttreten der Bewertungsvorschriften des neuen Aktiengesetzes

1) Geschäftsbericht Wintershall, 1965, S. 21. Im Geschäftsbericht 1963 berichtet die Gesellschaft auf Seite 21, sie hätte Abschreibungen auf Auslandsbeteiligungen insbesondere dann vorgenommen, wenn die Erdölsuche noch nicht zu wirtschaftlichen Ergebnissen geführt hat.

2) Geschäftsbericht Salzgitter, 1964/65, S. 79.

eine Berücksichtigung allgemeiner Risiken in den Rückstellungen und Wertberichtigungen nicht mehr möglich sein wird" ¹⁾.

Es fällt auf, daß BAYER und SIEMENS trotz ihres bekanntermaßen hohen beteiligungspolitischen Auslandsengagements nur 1,7 vH bzw. 0,7 vH ihrer Beteiligungszugänge aus Abschreibungen finanziert haben. Sie haben das Auslandsrisiko auf internationale Zwischenholdings in politisch sicheren Niedrigsteuerländern übertragen ²⁾.

1) Geschäftsbericht Glanzstoff, 1965, S. 24.

2) Vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 411 ff. dieser Arbeit.

IV. Die Beteiligungstransaktionen im Auf- und Ausbau der Konzerne

Die Kapitalbeteiligung ist das typische Strukturelement des Konzerns der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Auf ihr beruht das organisatorische Gefüge der Gleich- und Unterordnung rechtlich selbständiger Unternehmen. Daher ist die wichtigste Aufgabe der Konzernpolitik in der beteiligungspolitischen Bildung und Erweiterung des Konzerns zu sehen ¹⁾. Obzwar dem Konzern die Tendenz zur Expansion innewohnt ²⁾, muß im Prinzip auch die Umbildung und Verkleinerung dieses Wirtschaftsgebildes den konstitutiven Maßnahmen der Konzernpolitik zugerechnet werden. Damit sollen sämtliche beteiligungspolitischen Maßnahmen, die dem Auf-, Um- und Abbau des Konzerns gelten, als konzernpolitische Beteiligungstransaktionen bezeichnet werden. Sie beziehen sich auf alle Vermögensübertragungen zwischen verschiedenen Rechtsträgern, die in Leistung und/oder Gegenleistung Unternehmensbeteiligungen zum Gegenstand haben und auf die Bildung oder den Abbau direkter und indirekter Konzernbeziehungen gerichtet sind.

Im Rahmen der allgemeinen betrieblichen Finanzwirtschaft werden die hier zu erörternden Maßnahmen als "organisatorische, dauerhafte Gestaltung der finanziellen Struktur der Betriebswirtschaft(en)

1) Vgl. Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, aaO, S. 564.

2) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 123.

von ihrer Entstehung bis zur Auflösung" gesehen ¹⁾. Innerhalb der Bereitstellung und des Einsatzes langfristig gebundenen Eigenkapitals wird unter anderem die Gründung der Betriebswirtschaft als ordentliche Finanzierung und die Vorbereitung und Durchführung von Umwandlungen und Verschmelzungen als außerordentliche Finanzierung angesehen. Neben und außerhalb der Bereitstellung langfristig gebundenen Kapitals stehen die allgemeinen unternehmenspolitischen und organisatorischen Vorgänge bei Konzernverflechtungen und der Auflösung von Betriebswirtschaften ²⁾.

Die Übung, die "eigenständigen Organisationsvorgänge" der Gründung, Umwandlung, Verschmelzung, Konzernierung, Sanierung und Auflösung als "Finanzierungen" oder "Umfinanzierungen" zu behandeln, obwohl sie nicht immer unmittelbar eine Kapitalzuführung beinhalten, ist damit zu begründen, daß die "totale betriebswirtschaftliche Betrachtung vor der speziellen Finanzanalyse den Vorrang hat", wenn es um die systematische Zuordnung der Fachprobleme geht ³⁾.

Diese, nicht nur finanzwirtschaftlich relevanten, "Sondervorgänge" der "Unternehmensgestaltung" wie der "Unternehmensumgestaltung" ⁴⁾ beziehen sich

1) Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 18.

2) Vgl. derselbe, S. 18 f.

3) derselbe, S. 19.

4) Beckmann, Liesel - Pausenberger, Ehrenfried, Gründungen, Umwandlungen, Fusionen, Sanierungen, Wiesbaden 1961, S. 11.

primär auf die Ordnung des Strukturelements Kapital in den betreffenden Betriebswirtschaften.

1. Die Systematik der konzernpolitischen Beteiligungstransaktionen

Der konzernpolitische Aspekt erlaubt es, die genannten "eigenständigen Organisationsvorgänge" nach Kriterien zu ordnen, die nicht im kapitalwirtschaftlich zu organisierenden Unternehmen selbst, sondern bei dem sie planenden und durchführenden Unternehmer liegen. Dabei wird davon ausgegangen, daß der Unternehmer ein Unternehmen in der Rechtsform der Aktiengesellschaft ist. Ihre aus Vorstand und Aufsichtsrat bestehende Verwaltung hat es, teils mit, teils ohne Zustimmung der Hauptversammlung, in der Hand, die Organisationsform und damit zumeist den Umfang ihrer unternehmerischen Betätigung durch die Herstellung oder Auflösung von Beteiligungsverhältnissen zu bestimmen. Die konzernpolitischen Beteiligungstransaktionen schlagen sich als Zu- oder Abgänge im Beteiligungskonto nieder.

Ein Blick auf das hierzu angefertigte Schema ¹⁾ zeigt, daß die Verwaltung ohne Hauptversammlungsbeschluß Beteiligungsverhältnisse durch den originären Beteiligungserwerb herstellen kann, indem sie eine Tochter- oder Beteiligungsgesellschaft gründet oder in einer solchen Gesellschaft den

1) Vgl. die Systematik der konzernpolitischen Beteiligungstransaktionen der Obergesellschaft auf Seite 193 dieser Arbeit.

Beschluß durchsetzt, das Eigenkapital effektiv zu erhöhen. Die derivativen Erwerbsvorgänge beziehen sich auf den Erwerb von Beteiligungen an bereits bestehenden Unternehmen im Wege des Kaufs oder Tausches ¹⁾.

Durch den Tausch können Beteiligungsverhältnisse begründet oder aufgelöst werden, je nachdem, ob das Tauschgeschäft auf der Hereinnahme oder Hingabe einer Unternehmensbeteiligung gegen andere Wirtschaftsgüter beruht. Werden wertgleiche Beteiligungen getauscht, wird die durch die Hingabe bewirkte Auflösung durch eine entsprechende Hereinnahme von Beteiligungen wieder ausgeglichen.

Das negative Pendant zum Kauf ist der Verkauf einer Beteiligung. Dem originären Beteiligungserwerb durch Neuschaffung von Beteiligungen steht die Vernichtung derselben gegenüber, die mit der Kapitalherabsetzung und der Abwicklung bei bzw. von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften verbunden ist.

Auch die zustimmungspflichtigen Beteiligungstransaktionen können die Herstellung oder Auflösung von Beteiligungsverhältnissen bezwecken. Das genehmigte und bedingte Kapital der Obergesellschaft und der Eingliederungsbeschluß der Hauptgesellschaft können zu einer Erhöhung des beteiligungspolitischen Engagements führen. Der Beschluß zur Verschmelzung mit einer beteiligungs-passiven Gesellschaft im Wege der aktienrechtlichen Fusion oder der übertragenden Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz läßt ein rechtseinheitliches Unternehmen entstehen. Dabei gehen die vorherigen

1) Die Unterscheidung zwischen den Vorgängen des originären und derivativen Beteiligungserwerbs wurde übernommen von Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 63 ff.

Beteiligungen zwischen den zusammengefaßten Gesellschaften unter.

2. Die zustimmungsfreien Beteiligungstransaktionen

Die Bedeutung der zustimmungsfreien Beteiligungstransaktionen liegt außer in ihrer konzernbegründenden oder -aufhebenden Wirkung vor allem in der Unabhängigkeit der Verwaltung von publizitätswirksamen und zeitraubenden Genehmigungsverfahren in der öffentlich geführten Hauptversammlung ihrer Gesellschaft. Daß die Initiative bei Vorhandensein eigener Großaktionäre vielfach von diesen ausgeht, berührt die Aussage nicht. Geheimhaltung und Schnelligkeit entscheiden vielfach über das Gelingen konzernpolitischer Beteiligungstransaktionen. Nur so kann die Konkurrenz oder die Aktienspekulation wirksam von Störmanövern abgehalten werden ¹⁾.

1) In der Diskussion zur Konzernrechtsreform wurde von Fischer vorgeschlagen, den § 103 AktG 1937 nicht nur auf Verträge mit konzernbegründender Wirkung, sondern auch auf den Erwerb von Beteiligungen an anderen Kapitalgesellschaften auszudehnen. Danach hätte es eines Hauptversammlungsbeschlusses mit qualifizierter Mehrheit bedurft, wenn die Gesellschaft eine Beteiligung an einer anderen Gesellschaft erwirbt, die 10 vH ihres eigenen oder 25 vH des Grundkapitals der angegliederten Gesellschaft überschreitet. Vgl. Fischer, Curt Eduard, Aktienrechtsreform als Beitrag zur Wirtschaftsordnung, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 24. Jg., 1954, S. 83 f.

a) Der originäre Beteiligungserwerb

Das mitgliedschaftliche Stimmrecht, das im Rahmen der Beschlußfassung geltend gemacht wird ¹⁾, kann nur durch den dinglichen Erwerb der Anteilsrechte einer Gesellschaft erlangt werden. Zeitpunkt und Wirksamkeit des Beteiligungserwerbs bestimmen sich nach dem dinglichen Erwerb ²⁾.

Beim ursprünglichen Erwerb von Aktien oder GmbH-Anteilen entsteht die Gesellschaft bzw. das Mitgliedschaftsrecht an ihr. Maßgebend ist die Eintragung in das Handelsregister. Das gilt auch für den Ersterwerb im Zuge einer Kapitalerhöhung ³⁾.

Konzernpolitisch bedeutet der originäre Beteiligungserwerb die rechtliche Verselbständigung von Teilen des Unternehmensvermögens. Damit verwandelt sich die unmittelbare in eine mittelbare Sachherrschaft. Sie wirft besondere Probleme für die Konzernführung auf, wenn es um die Festlegung und Neuordnung der Macht- und Ertragsquoten bei Untergesellschaften geht, an denen auch außenstehende Gesellschafter beteiligt sind.

1) Zum Umfang und Gewicht des mitgliedschaftlichen Stimmrechts vgl. die Ausführungen auf Seite 79 ff. dieser Arbeit.

2) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 63.

3) Vgl. § 41 Abs. 1 Satz 1 AktG und § 11 Abs. 1 GmbHG für die Gründung sowie § 191 Satz 1 AktG und § 54 Abs. 3 GmbHG.

aa) Die Gründung von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften

Das Handelsrecht bestimmt, daß eine zu gründende Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Mindestgrund- bzw. -stammkapital in Höhe von 100 000 bzw. 20 000 DM auszustatten ist (§ 7 AktG; § 5 Abs. 1 GmbHG).

Im Falle der Bargründung ist auf jede Aktie bzw. Stammeinlage mindestens ein Viertel des Nennbetrages und bei Überpariemission auch das Agio zur freien Verfügung des Vorstandes bzw. der Geschäftsführung einzuzahlen. Satzung oder Gesellschaftsvertrag können auch höhere Einzahlungsquoten bestimmen (§ 36 Abs. 2 AktG i.V.m. § 54 AktG; § 7 Abs. 2 GmbHG) ¹⁾.

Bei der Sachgründung gilt "jede Einlage eines Aktionärs, die nicht durch Einzahlung des Nennbetrages ... oder des höheren Ausgabebetrages ... der Aktien zu leisten ist", als Einlage. Sie umfaßt alle bilanzierungsfähigen materiellen und immateriellen Vermögenswerte ²⁾. Bei der Gründung einer Aktiengesellschaft sind besondere Formvorschriften zu beachten, die sich auf den Gründungsbericht und die Gründungsprüfung beziehen (§§ 32,

1) Bei der Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung können den Gesellschaftern durch den Gesellschaftsvertrag zusätzlich zur Einlagepflicht Nebenverpflichtungen jeglicher Art auferlegt werden, die bestimmte Lieferungs-, Arbeits- oder Unterlassungspflichten beinhalten. Vgl. Hefermehl, Wolfgang, Aktiengesetz mit Einführungsgesetz, GmbH-Gesetz, München 1965, S. 30; vgl. auch § 3 Abs. 2 GmbHG.

2) Als Sacheinlagen gelten demnach insbesondere Grundstücke, Gebäude, Anlage- und Umlaufgüter, ganze Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen, Erfinder-, Urheber- oder Lizenzrechte, Firmen oder Warenzeichen etc. Vgl. Baumbach-Hueck, Aktiengesetz, 12. Aufl., S. 65 f.

33 AktG). Die Höhe des ausgewiesenen Eigenkapitals bzw. die in der Satzung festzulegende Beteiligungsquote des einzelnen Gesellschafters hängt von der vorher festgelegten Bewertung seiner Sacheinlage ab (§ 27 Abs. 1 AktG; § 5 Abs. 4 GmbHG).

Durch die Eintragung in das Handelsregister entstehen mit der Aktiengesellschaft oder der Gesellschaft mit beschränkter Haftung die betreffenden Mitgliedschaftsrechte (§ 41 Abs. 1 Satz 1 AktG; § 11 Abs. 1 GmbHG). Die übertragbaren Aktienurkunden können erst nach ihrer "Entstehung" ausgestellt werden (§ 41 Abs. 4 Satz 1 AktG).

Ertragsteuerlich gilt die Ausstattung einer Kapitalgesellschaft mit Kapital gegen die Gewährung von Gesellschaftsrechten als Einlage. Sie löst für Gesellschaft und Gesellschafter keine Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht aus. Gilt dies für die Bargründung uneingeschränkt, so führt die Sachgründung zu einer unterschiedlichen Beurteilung.

Als gesellschaftsrechtlicher Vorgang wirkt die Sacheinlage bei der empfangenden Gesellschaft keine Körperschaftsteuerpflicht auf. Allerdings ist der Wertansatz der eingebrachten Wirtschaftsgüter für die spätere laufende Körperschaft- und Gewerbeertragsteuer bedeutsam, da die Abschreibungen auf der Basis der Anschaffungskosten verrechnet werden ¹⁾.

1) Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 2. Halbband, 2. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1965, S. 235 und S. 239 f.

Beim einbringenden Gesellschafter kann die Sacheinlage zur steuerlichen Gewinnverwirklichung führen, wenn sie aus seinem Betriebsvermögen erbracht wird. Im Tausch-Gutachten des Bundesfinanzhofs wird in der Sacheinbringung gegen Gesellschaftsrechte ein tauschähnliches Geschäft gesehen. Das hat zur Folge, daß der Anschaffungspreis des eingetauschten Wirtschaftsgutes nicht gleich dem Buchwert, sondern gleich dem gemeinen Wert, d.h. dem Einzelveräußerungspreis, des hingegebenen Wirtschaftsgutes ist ¹⁾. Damit werden beim einbringenden Gesellschafter die in den Buchwerten der Sachgüter enthaltenen stillen Rücklagen realisiert und besteuert.

Von einer Realisierung der stillen Reserven wird nach gleichlautenden Erlassen der Körperschaftsteuerreferenten der Länder abgesehen, wenn eine Kapitalgesellschaft einen Betrieb oder Teilbetrieb als Sacheinlage einbringt, soweit die empfangende Kapitalgesellschaft die Buchwerte des übernommenen Betriebes oder Teilbetriebes fortführt und die Einbringerin ihren Betrieb oder Teilbetrieb aufgrund der erworbenen Gesellschaftsrechte weiterhin im wesentlichen beherrscht ²⁾.

Verkehrsteuerlich wird die Gründung einer Kapitalgesellschaft im Inland durch ein Unternehmen als Austausch von Leistungen zwischen der Gesellschaft

1) Vgl. Gutachten des Bundesfinanzhofs ID1/575 vom 16. Dezember 1958, BStBl. 1959 III, S. 30 ff.

2) Vgl. v. Wallis, H., Besteuerung der Unternehmenszusammenfassungen, aaO, S. 39.

und ihren Gesellschaftern angesehen. Damit unterliegt die Bar- oder Sacheinlage des Gesellschafters grundsätzlich der Umsatzsteuer. Da diese Umsätze durch die Gesellschaftsteuer erfaßt werden, sind sie von der Umsatzsteuer ausgenommen (§ 4 Nr. 9 UStG).

Die Einbringung von Anteilen an anderen Gesellschaften unterliegt als Anschaffungsgeschäft der Börsenumsatzsteuer (§ 17 Abs. 1 KVStG)¹⁾. Diese Form der Sacheinlage ist zwar von der allgemeinen Umsatzsteuer befreit (§ 4 Nr. 8 UStG), doch wird die an ihre Stelle tretende Börsenumsatzsteuer bei der Gründung von Kapitalgesellschaften zur Gesellschaftsteuer erhoben (§ 26 KVStG)²⁾. Da die Erstausgabe von Aktien bei der Gründung einer Aktiengesellschaft bereits der Gesellschaftsteuer unterliegt, ist sie von der Börsenumsatzsteuer befreit (§ 22 Nr. 2 KVStG).

Auch die Darlehensgewährung durch den Gesellschafter unterliegt der Gesellschaftsteuer, wenn das Darlehen "eine durch die Sachlage gebotene Kapitalzuführung ersetzt" (§ 3 Abs. 1 KVStG).

Die Gesellschaftsteuer bemißt sich bei Sacheinlagen nach dem Wert der Leistung, dem gemeinen Wert. Untergrenze ist der Wert der übertragenen

1) Steuerpflichtig ist nicht die dingliche Übertragung, sondern das ihr zugrundeliegende Verpflichtungsgeschäft, gleichgültig, ob es abgewickelt wird oder nicht. Es ist auch unerheblich, ob es über die Börse getätigt wird oder nicht. Vgl. Kinnebrock, Franz, Kapitalverkehrsteuergesetz mit Durchführungsverordnung, Mommentar, 3. Aufl., München und Berlin 1960, S. 21 f.
 2) Der allgemeine Steuersatz für Anschaffungsgeschäfte über Dividendenwerte beträgt seit dem 27. Mai 1959 2,5 vT (§ 25 Abs. 1 Nr. 3 KVStG).

Gesellschaftsrechte (§ 8 Abs. 1 b KVStG)¹⁾. Der allgemeine Steuersatz lag bei 3 vH und wurde durch das Gesetz zur Änderung verkehrsteuerlicher Vorschriften vom 25. Mai 1959²⁾ auf 2,5 vH ermäßigt.

Die Einbringung von Grundstücken oder grundstücksähnlichen Rechten in eine Kapitalgesellschaft ist im allgemeinen grunderwerbsteuerpflichtig. Steuerwirksam sind die in § 1 GrEStG genannten Erwerbsvorgänge, welche den Kaufvertrag, die Auflassung, den Eigentumsübergang usw. umfassen. Selbst wenn bei der Einbringung des Grundvermögens in eine Kapitalgesellschaft Kapitalverkehrsteuer erhoben wird, bleibt die Grunderwerbsteuer zu zahlen³⁾.

ab) Die Kapitalerhöhung bei Tochter- und Beteiligungsgesellschaften

Bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung bezieht sich die effektive Kapitalerhöhung auf eine Aufstockung des Nennkapitals durch Zuführung von außen gegen Gewährung neuer Gesellschaftsrechte (§ 182 Abs. 1 AktG; § 55 GmbHG)⁴⁾.

1) Auch bei nicht voll eingezahltem Grund- oder Stammkapital entsteht die volle Gesellschaftsteuerschuld, da nicht die Einzahlung, sondern der Erwerb von Gesellschaftsrechten besteuert wird (§ 2 Abs. 1 KVStG).

2) Vgl. BGBI. 1959 I S. 261.

3) Vgl. Brönner, Herbert, Die Besteuerung der Gesellschaften, des Gesellschafterwechsels und der Umwandlungen, 11. Aufl., Stuttgart 1965, S. 670.

4) Die Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln im Wege der Umwandlung von Rücklagen in Nominalkapital bleibt hier außer Betracht.

Die zum Erwerb der neuen Anteile erforderlichen Einlagen können wie bei der Gründung in Geld- oder Sachform erbracht werden. In ertragsteuerlicher Hinsicht gelten für die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen die gleichen Bedingungen wie für die Erstaussstattung der Gesellschaft auf diesem Wege ¹⁾.

Die verkehrsteuerlichen Vorschriften zur Gründung gelten für die Kapitalerhöhung entsprechend ²⁾. Einen Sonderfall bildet die Kapitalerhöhung einer inländischen Untergesellschaft zum Zwecke des Schuldenausgleichs oder zur Deckung eines Verlustes am Grund- oder Stammkapital. Hierfür ist zwar ebenfalls Gesellschaftsteuer zu zahlen (§ 2 Abs. 2 KVStG), doch galt ein ermäßigter Satz von 1,5 vH, der mit Wirkung vom 27. Mai 1959 auf 1 vH verringert worden ist (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 KVStG).

b) Der derivative Beteiligungserwerb

Der derivative Beteiligungserwerb richtet sich nach den allgemeinen bürgerlich-rechtlichen Bestimmungen. Hervorzuheben ist nur das generelle Verbot des Erwerbs von Anteilen an der herrschenden durch die abhängige Gesellschaft bzw. von

1) Vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 197 ff. dieser Arbeit.

2) Vgl. Seite 199 f dieser Arbeit.

Aktien einer mehrheitlich beteiligten Gesellschaft durch eine in Mehrheitsbesitz stehende Gesellschaft¹⁾.

Die Unterscheidung zwischen originärem und derivativem Beteiligungserwerb interessiert in dem hier zu untersuchenden Fragenkreis weniger in dem rechtsgeschäftlichen, als vielmehr in ihrem finanzwirtschaftlichen Gehalt. Der für den Ersterwerb von Anteilsrechten entrichtete Kaufpreis fließt der gegründeten oder kapitalerhöhenden Gesellschaft unmittelbar in Form von Bar- oder Sachkapital zu. Beim abgeleiteten Beteiligungserwerb durch Kauf oder Tausch geht der entrichtete Gegenwert an die vormaligen und nunmehr ausscheidenden Inhaber der Gesellschaftsrechte.

Die konzernpolitische Problematik des derivativen Beteiligungserwerbs erwächst daraus, daß dieser geeignet ist, die Macht- und Ertragsquoten in den für die Angliederung vorgesehenen Gesellschaften umzuverteilen. Den an- und einzugliedernden Gesellschaften und ihren Gesellschaftern kann es nicht

1) Der § 71 Abs. 4 AktG stellt den Erwerb von Beteiligungen an der Obergesellschaft dem Erwerb eigener Aktien gleich. Für den Erwerb von Anteilsrechten der Obergesellschaft gelten jedoch die in Absatz 1 Nr. 1 bis 5 sowie in Absatz 3 Satz 2 dieser Vorschrift aufgeführten Ausnahmen. Der § 71 AktG ist hinsichtlich der Ausnahmeregelung gegenüber dem § 65 AktG 1937 insofern erweitert worden, als eigene Aktien bzw. solche der spezialisierten Obergesellschaft auch für Abfindungszwecke nach § 305 Abs. 2 AktG (Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag) und § 320 Abs. 5 AktG (Eingliederung durch Mehrheitsbeschluß) erworben werden können. Die ausnahmsweise zugelassenen Erwerbungen dürfen jedoch nicht 10 vH des Grundkapitals der (Ober-) Gesellschaft überschreiten.

gleichgültig sein, ob sie in die Abhängigkeit eines Großaktionärs geraten, der zugleich Partner oder Konkurrent auf ihren Absatz- und Beschaffungsmärkten ist.

ba) Der Kauf von Unternehmensbeteiligungen

Der Erwerb von Inhaberaktien erfordert lediglich Einigung und Übergabe gemäß § 929 BGB oder ersatzweise § 930 BGB, wenn die Aktien im Wertpapier-sammeldepot einer Bank liegen. Bei der Übertragung von Namensaktien sind die besonderen Vorschriften der §§ 67, 68 AktG zu beachten. Demnach gilt als Aktionär nur, wer auch im Aktienbuch eingetragen ist. GmbH-Anteile können dagegen nur durch gerichtlich oder notariell beurkundeten Vertrag erworben werden (§ 15 Abs. 3 GmbHG).

Anschaffungsgeschäfte über Gesellschaftsanteile (Wertpapiere) unterliegen der Börsenumsatzsteuer, wenn sie im Inland oder unter Beteiligung mindestens eines Inländers im Ausland abgeschlossen werden (§§ 17, 18 Abs. 1 KStG). Aufgrund der Börsenumsatzsteuerpflicht sind sie nach § 4 Nr. 8 UStG umsatzsteuerfrei. Da die Börsenumsatzsteuerpflicht mit dem Abschluß des Verpflichtungsgeschäftes entsteht, ist es unerheblich, ob der Kauf an der Börse getätigt wird oder nicht ¹⁾. Neben der Börsenumsatzsteuer in Höhe von 2,5 vT (§ 24 Abs. 1 Nr. 3 KStG) ist Grunderwerbsteuer in Höhe

1) Vgl. Kinnebrock, Franz, Kapitalverkehrsteuergesetz, aaO, S. 21 f.

von 3 vH (§ 13 Abs. 1 GrEStG) zu zahlen, wenn mit der vollständigen oder vervollständigten Beteiligung zugleich Grundstücke erworben werden (§ 1 Abs. 1 GrEStG) ¹⁾.

bb) Der Tausch von Unternehmensbeteiligungen

Rechtlich handelt es sich bei dem Tauschvertrag um einen gegenseitigen Vertrag, worin sich die Partner verpflichten, einander das Eigentum oder Recht an den von ihnen veräußerten Gegenständen zu verschaffen und die Gegenleistung anzunehmen (§ 515 i.V.m. § 433 BGB).

Bei den hier zu behandelnden Tauschgeschäften sollen die "tauschähnlichen" Vorgänge, welche die Einbringung einer Beteiligung gegen Gesellschaftsrechte bei der Gründung oder Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage ausgeschlossen werden. Die hier zu behandelnden Tauschvorgänge beziehen sich (derivativ) auf den reinen Gesellschafterwechsel derart, daß die Beteiligung A gegen die Beteiligung B eingetauscht wird.

Wie zum tauschähnlichen Geschäft bereits dargelegt, sehen Finanzverwaltung und Rechtsprechung im Tauschgeschäft eine Realisierung stiller Reserven. In dem bereits zitierten Gutachten wird davon ausgegangen, daß die erworbenen Beteiligungen gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG mit den Anschaffungs-

1) Vgl. Kinnebrock, Franz, Kapitalverkehrsteuergesetz, aaO, S. 183.

kosten zu bewerten sind. Besteht der Anschaffungspreis in einem an Geldes statt hingegebenen Wirtschaftsgut, bemisst sich dessen Wert nicht nach dem (zufälligen) Buchwert, sondern nach dem gemeinen Wert der hingegebenen Kapitalbeteiligung¹⁾. Liegt der am Markt erzielbare Einzelveräußerungspreis über dem Buchwert der hingegebenen Beteiligung, sind die aufgedeckten Reserven grundsätzlich zu versteuern²⁾.

Mit dem Steueränderungsgesetz 1964 ist die Vorschrift des § 6 b EStG eingeführt worden, die erstmals auf den Veranlagungszeitraum 1965 anzuwenden ist (§ 52 Abs. 5 EStG 1965). Diese Vorschrift gestattet die Übertragung aus Veräußerungsgeschäften stammender stiller Reserven auf andere Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die im selben Wirtschaftsjahre - auch im Tauschwege - erworben worden ist. Die im oben zitierten Gutachten des Bundesfinanzhofes dargelegten Rechtsgrundsätze werden durch die Vorschrift des § 6 b EStG nicht berührt. Danach können Buchgewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften, die mindestens sechs Jahre zum Anlagevermögen einer inländischen Betriebsstätte gehört haben, von

1) Vgl. BFH-Gutachten vom 16. Dezember 1958, aaO, S. 32.

2) Von diesem Grundsatz kann die Finanzbehörde nur ausnahmsweise abgehen, wenn die ausgetauschten Kapitalbeteiligungen wirtschaftlich identisch, d.h. wert-, art- und funktionsgleich, sind. Diese Kriterien werden jedoch sehr eng ausgelegt. Vgl. hierzu Brönner, Heribert, Die Besteuerung der Gesellschaften, des Gesellschafterwechsels und der Umwandlungen, aaO, S. 970 f., v. Wallis, H., Besteuerung der Unternehmenszusammenfassungen, aaO, S. 37.

den Anschaffungskosten der eingetauschten Beteiligungen abgesetzt werden ¹⁾,

Für das Tauschgeschäft gilt verkehrsteuerlich das gleiche wie für den Kauf mit dem Unterschied, daß im Tausch zwei steuerbare Vereinbarungen gesehen werden, nämlich die Verpflichtung zur Leistung (Beteiligung A) und zur Gegenleistung (Beteiligung B) ²⁾.

c) Die Beteiligungsveräußerung

Der hier zu behandelnde Verkauf und die tauschweise vereinbarte Hingabe einer Beteiligung entspricht - mit negativem Vorzeichen - dem derivativen Beteiligungserwerb durch Kauf oder Tausch. Da das Tauschgeschäft bereits behandelt wurde, beschränkt sich die Abhandlung auf den Verkauf von Beteiligungen. Für die Beteiligungsveräußerung können sich gesellschaftsrechtliche Bindungen als hinderlich erweisen.

1) Die Anwendung des § 6 b EStG setzt nach dessen Absatz 1 Nr. 5 weiter voraus, daß die darin genannten Stellen bescheinigt haben, "daß der Erwerb der Anteile unter Berücksichtigung der Veräußerung der Anteile volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig und geeignet ist, die Unternehmensstruktur eines Wirtschaftszweiges zu verbessern oder einer breiten Eigentumsstreuung zu dienen".

2) Vgl. § 18 Abs. 3 Nr. 1 KVStG.

Für die Veräußerung dinglicher Anteilsrechte gelten die dem Erwerb entsprechenden Bestimmungen. Bei Aktienpaketen und GmbH-Anteilen haftet der Veräußerer jedoch für Rechts- und Sachmängel. Hier werden, wie beim Verkauf eines Unternehmens als Ganzes, besondere Vereinbarungen getroffen, die insbesondere den Wert betreffen, für dessen Richtigkeit der Verkäufer einzustehen hat. Beim Verkauf ganzer Unternehmen gilt die Rechts- und Sachmängelhaftung auch ohne besondere Abmachung (§§ 434, 437, 459 ff. BGB) ¹⁾.

Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Beteiligungen, die zu einem Betriebsvermögen gehören, beeinflussen das steuerliche Jahresergebnis in vollem Umfange. Eine Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft gilt im allgemeinen nicht als Teilbetrieb im Sinne des § 16 Abs. 1 Nr. 1 EStG, dessen aus der Veräußerung stammender Gewinn gemäß § 34 Abs. 1 und 2 EStG begünstigt wäre. Erst nach der Ergänzung des § 16 Abs. 1 Nr. 1 EStG durch das Steueränderungsgesetz 1965 ²⁾ gilt eine solche Beteiligung als Teilbetrieb, wenn sie "das gesamte Nennkapital der Gesellschaft oder alle Kuxe der bergrechtlichen Gewerkschaft umfaßt".

1) Vgl. Loos, Gerold, Die Haftung für Rechts- und Sachmängel beim Verkauf von Aktien oder GmbH-Anteilen, in: Neue Juristische Wochenschrift, Jg., 1962, S. 519 ff.; Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 64.

2) Vgl. StÄndG 1965 (BGBl. I S. 1477).

Wie der Kauf, so löst auch der Verkauf von Aktien oder GmbH-Anteilen als "Anschaffungsgeschäft" des Erwerbers Börsenumsatzsteuerpflicht aus ¹⁾. Soweit keine Börsenhändler zwischengeschaltet sind, haften die Vertragspartner gesamtschuldnerisch (§ 25 KVStG).

d) Die Vernichtung von Anteilsrechten

Als Beteiligungsvernichtung sollen die Vorgänge der Kapitalherabsetzung wie der Abwicklung inso- weit bezeichnet werden, als sie, spiegelbildlich zur Schöpfung von Beteiligungsverhältnissen durch Gründung und effektive Kapitalerhöhung den Unter- gang von Beteiligungen zur Folge haben.

Die Kapitalrückzahlungen an die Gesellschafter werden im Wege der Einzelrechtsnachfolge abge- wickelt. Bewegliche Sachen gehen durch Einigung und Übergabe (§§ 929, 930 BGB), Grundstücke durch Auflassung und Eintragung (§§ 873, 925 BGB), Forderungen durch Abtretung (§ 398 BGB) und Orderpapiere durch Indossament und Übergabe an die vormaligen Gesellschafter über.

da) Die Kapitalherabsetzung bei Tochter- oder Betei- ligungsgesellschaften

Die Kapitalherabsetzung bei Kapitalgesellschaften, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, kann in dreierlei Hinsicht motiviert sein. Im Sanierungs-

1) Vgl. hierzu Seite 204 dieser Arbeit.

fall dient sie der Anpassung des bilanzmäßigen Eigenkapitals an das durch Verluste verringerte Vermögen oder dem Ausgleich einer Unterbilanz, der Änderung der Kapitalstruktur zur Einleitung einer neuen Reservepolitik und der Aufhebung einer echten Überkapitalisierung der Untergesellschaft ¹⁾.

Das Aktiengesetz bietet hierfür die Verfahren der ordentlichen Kapitalherabsetzung (§§ 222 bis 228 AktG), der vereinfachten Kapitalherabsetzung (§§ 229 bis 236 AktG) und der Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Aktien (§§ 237 bis 239 AktG). Die für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung getroffene Regelung entspricht verfahrenstechnisch der aktienrechtlichen ordentlichen Kapitalherabsetzung. Die Mindestnennkapitalien von 100 000 DM bzw. 20 000 DM dürfen im Endeffekt nicht unterschritten werden (§ 228 Abs. 1 AktG; § 58 Abs. 2 GmbHG).

Die ordentliche Kapitalherabsetzung hat Kapitalrückzahlungen zum Gegenstand. Diese stellen ertragsteuerlich grundsätzlich einen gesellschaftsrechtlichen Vorgang dar. Bei Kapitalgesellschaften, die sich im vollständigen oder überwiegenden Besitz von Allein- oder Großaktionären befinden, kann allerdings ein Gestaltungsmissbrauch und verdeckte Gewinnausschüttung angenommen werden, wenn Gewinne im Wege der Kapitalherabsetzung steuerfrei ausgeschüttet werden sollen ²⁾.

1) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 163 f.

2) Vgl. hierzu Brönnner, Herbert, Die Besteuerung der Gesellschaften, des Gesellschafterwechsels und der Umwandlungen, aaO, S. 734.

Die Kapitalrückzahlung in Form von Sachwerten löst Umsatzsteuerpflicht aus, soweit für Grundstücke und Wertpapiere keine Befreiungen (§ 4 Nr. 8 und 9 UStG) und für die Übertragung von Teilbetrieben keine Ermäßigungen (§ 85 UStDB) vorgesehen sind. Für die Übertragung von Grundstücken an die Gesellschafter ist Grunderwerbsteuer (§ 1 GrEStG) und für die Übertragung von Wertpapieren (Beteiligungen) Börsenumsatzsteuer zu entrichten (§ 18 Abs. 1 KVStG).

db) Die Auflösung und Abwicklung von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften

Die Beendigung einer Tochter- oder Beteiligungsgesellschaft beinhaltet den formal-rechtlichen Vorgang der Auflösung und den materiell-wirtschaftlichen der Liquidation bzw. Abwicklung ¹⁾.

Die in § 262 AktG und ähnlich in § 60 GmbHG genannten Auflösungsgründe sind der satzungsmäßige Zeitablauf, ein Hauptversammlungsbeschluß, die Eröffnung des Konkursverfahrens und die Ablehnung des Konkurses mangels Masse.

Der § 14 KStG sieht vor, die bis zur Abwicklung noch nicht erfaßten stillen Rücklagen aufzudecken, um sie nach einem Dreijahreszeitraum der Besteuerung zum normalen Tarif zuzuführen.

1) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 171.

Bei der Übertragung von Teilbetrieben, Grundstücken und Beteiligungen auf die Gesellschafter der aufgelösten Kapitalgesellschaft treten die gleichen verkehrsteuerlichen Verpflichtungen ein wie bei den entsprechenden Transaktionen anläßlich der (effektiven) Kapitalherabsetzung ¹⁾.

3. Die zustimmungspflichtigen Beteiligungstransaktionen

Die Verwaltung der Gesellschaft kann die zustimmungsbedürftigen Beteiligungstransaktionen erst nach einem formellen Hauptversammlungsbeschluß in die Tat umsetzen. Der Beschluß bedarf nach dem reformierten Aktiengesetz in jedem Falle mindestens einer Mehrheit von drei Vierteln des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals. ²⁾.

Nach dem Aktiengesetz von 1937 brauchte die Hauptversammlung der übernehmenden Gesellschaft der Verschmelzung durch Aufnahme nicht zuzustimmen, wenn der gesamte Nennwert der abfindend zu gewährenden eigenen Aktien unter 10 vH ihres Grundkapitals blieb (§ 234 Abs. 1 Satz 2 AktG 1937). Das neue Aktienrecht hat diese Erleichterung fallengelassen, weil die Vermögens- und Ertragsquote der Altaktionäre durch die Aufnahme neuer

1) Vgl. hierzu Seite 206 dieser Arbeit.

2) Vgl. § 202 Abs. 2 AktG für das genehmigte Kapital, § 193 Abs. 1 AktG für das bedingte Kapital, § 319 Abs. 2 AktG für die Eingliederung und § 340 Abs. 2 für die Verschmelzung und analog für die "verschmelzende" Umwandlung.

Gesellschafter grundsätzlich beeinflußt wird ¹⁾. Der übertragenden Umwandlung auf eine Aktiengesellschaft liegt im Falle der Abfindung durch Aktien der Übernehmerin der gleiche Sachverhalt zugrunde wie der Verschmelzung durch Aufnahme.

Da es das alte Aktienrecht zuließ, die Fusion nach den gleichen Vorschriften zu beschließen, welche die Satzung für die Kapitalerhöhung vorsah, war es möglich, sie mit einfacher Mehrheit (bei der Übernehmerin) zu beschließen (§ 234 Abs. 2 Satz 2 AktG 1937). Die zustimmungspflichtigen Transaktionen beinhalten im Regelfall eine gesellschaftsrechtlich bedingte Kapitalerhöhung bei der durch Konzernierung oder Verschmelzung vorgenommenen Angliederung. Die Erhöhung des Eigenkapitals erübrigt sich in dem Umfang, in dem die Übernehmerin bereits an der zu übernehmenden Gesellschaft beteiligt ist. Dagegen sind etwa notwendige Erhöhungen des Eigen- oder Fremdkapitals zur Vorbereitung zustimmungsfreier Beteiligungserwerbungen finanzwirtschaftlich bedingt. Da die zustimmungspflichtigen Beteiligungstransaktionen zumeist als Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen angesehen werden können, setzen sie im Prinzip keine liquiden Mittel für die Durchführung voraus.

1) Vgl. Begründung zu § 328 RegE, bei Krapff, Bruno, Aktiengesetz 1965, aaO, S. 456.

a) Die auf die An- und Eingliederung bezogene Kapitalerhöhung

Die An- und Eingliederung einer Gesellschaft durch Beteiligungserwerb kann durch die Schaffung eines genehmigten oder bedingten Kapitals bei der Obergesellschaft oder den Eingliederungsbeschluß bei der künftigen Hauptgesellschaft vorbereitet werden. Die Anteilsrechte der an - oder einzugliedernden Gesellschaft werden in der Regel im Tausch gegen eigene junge Aktien erworben, soweit nicht das genehmigte Kapital den Weg des künftigen Erwerbs offen läßt. Für die Tauschgeschäfte erübrigt sich die Bereitstellung liquider Mittel.

aa) Die genehmigte Kapitalerhöhung der Obergesellschaft

Bei der genehmigten Kapitalerhöhung wird der Vorstand durch die Hauptversammlung ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft innerhalb der nächsten fünf Jahre ohne weiteres Befragen durch Ausgabe neuer Aktien gegen Einlagen bis zu einem Betrage zu erhöhen, dessen Nennwert nicht über 50 vH des zum Beschlußzeitpunkt vorhandenen Grundkapitals hinausgehen darf (§ 202 AktG).

Nach § 171 Abs. 1 AktG 1937 konnte der Vorstand das Bezugsrecht ausschließen, wenn der Ermächtigungsbeschluß nichts Gegenteiliges vorsah. Nach dem neuen Aktiengesetz kann das Bezugsrecht wie bei der normalen Kapitalerhöhung nur noch durch aus-

drücklichen Hauptversammlungsbeschluß ausgeschlossen werden ¹⁾.

Bei der genehmigten Kapitalerhöhung steht es meist nicht fest, ob die Aktionäre ihre Bezugsrechte ausüben können oder ob sie für die hier zu erörternden konzernpolitischen Beteiligungstransaktionen benötigt werden. In diesem Fall kann die Hauptversammlung den Vorstand durch qualifizierten Mehrheitsbeschluß dazu ermächtigen, hierüber selbst zu entscheiden und die Zustimmung des Aufsichtsrates einzuholen (§ 204 Abs. 1 AktG). Wurde die Ermächtigung vor Inkrafttreten des neuen Aktiengesetzes erteilt, kann der Vorstand das Bezugsrecht auch ausschließen, wenn der Hauptversammlungsbeschluß dies nicht ausdrücklich vorsieht ²⁾.

Sind im Falle der Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen die Modalitäten nicht vorher durch die Hauptversammlung festgelegt worden, hat der Vorstand ihren Gegenstand, den Nennwert der hierfür zu gewährenden Aktien sowie die Person des Einbringers selbst festzusetzen. Hierfür soll er aber die Zustimmung des Aufsichtsrates einholen. Voraussetzung ist aber, daß die Ermächtigung die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen vorsieht ³⁾.

1) Der Beschluß zum Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre bedarf einer einfachen Stimmenmehrheit und der Dreiviertelmehrheit des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals (§ 203 Abs. 1 i.V.m. § 186 Abs. 3 AktG).

2) Für die Auslegung einer Ermächtigung gilt auch hier die Rechtsordnung, unter der sie aufgesetzt worden ist. Vgl. Obermüller - Werner - Winden, Aktiengesetz 1965, aaO, S. 131.

3) Vgl. § 205 Abs. 1 und 2 AktG.

ab) Die bedingte Kapitalerhöhung der Obergesellschaft

Die bedingte Kapitalerhöhung ist unter anderem dazu bestimmt, "zur Vorbereitung des Zusammenschlusses mehrerer Unternehmen" Beteiligungen im tauschähnlichen Geschäft gegen Hingabe eigener junger Aktien zu erwerben. Bis zu 50 vH des vorhandenen Grundkapitals können zum Zwecke der Abfindung der Gesellschafter des anzugliedernden Unternehmens neu geschaffen werden (§ 192 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 AktG). Wenngleich das bedingte im Gegensatz zum genehmigten Kapital für einen genau bezeichneten Zweck vorgesehen ist, so bleibt es doch freigestellt, ob der im "tauschähnlichen Vorgang" zu erwerbende Anteilsbesitz der Konzernierung oder der nachherigen Verschmelzung zu dienen bestimmt ist ¹⁾.

Mit der Festlegung des Kapitalerhöhungszweckes ist auch der Kreis der Bezugsberechtigten zu bestimmen und die Höhe des Ausgabebetrages, zu dem die jungen Aktien zu gewähren sind (§ 193 AktG). Werden Anteilsrechte als Sacheinlagen eingebracht, so sind sie selbst in ihrem Gegenstand festzulegen. Weiter ist im Beschluß über das bedingte Kapital festzulegen, welcher Nennbetrag an eigenen Aktien hierfür zu gewähren ist und welche Personen als Einleger in Frage kommen (§ 194 AktG).

1) Vgl. Baumbach - Hueck, Aktiengesetz, aaO, S. 603.

ac) Die aktienrechtliche Eingliederung

Die Eingliederung einer Aktiengesellschaft in eine andere Aktiengesellschaft setzt nach § 319 Abs. 1 AktG voraus, daß die künftige Hauptgesellschaft selbst alle Aktien der einzugliedernden inländischen Aktiengesellschaft besitzt. Der § 320 AktG gestattet die Durchsetzung des Eingliederungsbeschlusses in der Untergesellschaft, wenn die Obergesellschaft mindestens 95 vH des Grundkapitals in ihrer Hand hat. Die Obergesellschaft erhält damit das Recht, bis zu 5 vH des fehlenden Aktienkapitals von den Minderheitsaktionären gegen eine angemessene Abfindung zu erwerben. Sie kann nach § 320 Abs. 5 Satz 2 AktG nur in eigenen Aktien der Hauptgesellschaft gewährt werden ¹⁾.

Soweit es um die zwangsweise Abfindung der Minderheitsaktionäre der Untergesellschaft geht, ähnelt die Eingliederung der übertragenden Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz. Soweit eigene junge Aktien als Abfindung gegen die Sacheinlage der

1) Hiervon kann ausnahmsweise nur abgewichen werden, wenn die künftige Hauptgesellschaft von einer dritten Gesellschaft beherrscht wird. Dann ist den Minderheitsaktionären auch eine Barabfindung zur Wahl anzubieten (§ 320 Abs. 5 Satz 3 AktG). Steht die Hauptgesellschaft nur in Mehrheitsbesitz einer dritten Gesellschaft, ohne daß sie jedoch beherrscht wird, sieht das Gesetz kein Wahlrecht vor. Über die -nicht immer konsequenten- Unterschiede bei den Abfindungsregelungen des neuen Aktiengesetzes bei der Eingliederung, der Umwandlung und dem Abschluß eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages vgl. Bernhardt, Wolfgang, Die Abfindung von Aktionären nach neuem Recht, in: Der Betriebs-Berater, 21. Jg., 1966, S. 257 ff., hier S. 260.

Minderheitsaktionäre im Wege der Kapitalerhöhung zu schaffen sind, nähert sie sich der genehmigten Kapitalerhöhung an.

Befanden sich bereits sämtliche Anteile der Unter-
gesellschaft mit Grundvermögen vor dem Eingliederungsbeschuß in der Hand der künftigen Hauptgesellschaft, stellt die Eingliederung keinen grunderwerbsteuerpflichtigen Vorgang dar. Bei der Eingliederung durch Mehrheitsbeschuß gehen die Minderheitsanteile gemäß § 320 Abs. 4 AktG mit der Eintragung in das Handelsregister kraft Gesetzes auf die Hauptgesellschaft über. Soweit dieser rechtlichen keine "wirtschaftliche" Anteilsvereinigung¹⁾ vorausgegangen ist, löst sie gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 2 GrEStG Grunderwerbsteuerpflicht aus²⁾.

b) Die Verschmelzung im weiteren Sinne

Der Zweck der Fusion oder der "verschmelzenden" Umwandlung liegt in der juristischen Zusammenfassung bisher rechtlich selbständiger Unternehmen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge.

1) Nach ständiger Rechtsprechung wird die Grunderwerbsteuerpflicht bereits bei einem Besitz von zunächst 99 vH und nunmehr 98 vH des Gesellschaftskapitals als Anteilsvereinigung in einer Hand angesehen. Vgl. Brönnner, Herbert, Die Besteuerung der Gesellschaften, des Gesellschafterwechsels und der Umwandlungen, aaO, S. 860.

2) Vgl. Institut "Finanzen und Steuern" (Hrsg.), Verkehrsteuerliche Fragen bei der Eingliederung (§ 319 ff. AktG) - Grunderwerbsteuer und Gesellschaftsteuer-, Brief 88, Januar 1967, S. 23 f. und S. 41.

Die primäre konzernpolitische Bedeutung liegt in der Herstellung der unmittelbaren Sachherrschaft über die zusammengefaßten Vermögensgüter, die bisher mittelbar durch die Kapitalbeteiligung verbunden waren. Eine sekundäre konzernpolitische Bedeutung hat die Verschmelzung von konzernmäßig oder nicht konzernmäßig verbundenen Unternehmen in dem Fall, da der Beteiligungsbesitz der zusammengehenden Unternehmen für sich oder im Verhältnis zur Einheitsgesellschaft neue konzernpolitische Möglichkeiten eröffnet. Als Beispiel für derartige sekundäre Konzernwirkungen sei der Fall angeführt, daß sich Unternehmen zusammenschließen, die über einander ergänzende (kumulierbare) Beteiligungen verfügen.

ba) Die aktienrechtliche Fusion

Die hier zu behandelnde Verschmelzung beinhaltet die Aufnahme einer Kapitalgesellschaft in eine Aktien- oder Kommanditaktiengesellschaft (§§ 339 ff AktG). Die Fusion setzt keine Beteiligung der aufnehmenden an der zu übertragenden Gesellschaft voraus. Den Anteilseignern der übertragenden Gesellschaft gewährt die Übernehmerin eigene Aktien, so daß diese an der Substanz beteiligt bleiben.

In körperschaftsteuerlicher Hinsicht erscheint die Übertragung von Wirtschaftsgütern von einer auf die andere Kapitalgesellschaft zum Buchwert auf den ersten Blick als steuerunschädliche Transaktion. Es kommt jedoch auf die der Übertragung zugrundeliegenden Rechtsgeschäfte an. Aus der Idee der §§ 14 bis 16 KStG ergibt sich, daß bei der Über-

tragung einer Kapitalgesellschaft auf einen anderen Rechtsträger die stillen Rücklagen grundsätzlich aufzulösen und zu versteuern sind ¹⁾.

Bei der Verschmelzung von Kapitalgesellschaften ändert sich die Art der Gewinnbesteuerung nicht. Deshalb sieht der § 15 Abs. 2 KStG unter bestimmten Voraussetzungen eine Befreiung von der Pflicht zur steuerlichen Gewinnverwirklichung vor, wenn sichergestellt ist, daß der Gewinn später der Körperschaftsteuer unterworfen wird. Wesentliche Voraussetzung ist, daß das Vermögen einer inländischen Kapitalgesellschaft als Ganzes auf eine andere inländische Kapitalgesellschaft gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten der aufnehmenden Gesellschaft übertragen wird ²⁾. Die spätere Heranziehung zur Körperschaftsteuer ist gewährleistet, da die Übernehmerin handelsrechtlich (§ 348 Abs. 1 AktG) und damit auch steuerlich gehalten ist, die Buchwerte der untergehenden Gesellschaft fortzuführen ³⁾.

1) Die §§ 14 bis 16 KStG beruhen darauf, "daß bei der Beendigung der Körperschaftsteuerpflicht einer Kapitalgesellschaft auf die vorhandenen stillen Reserven Körperschaftsteuer wie auf den normalen Jahresgewinn zu zahlen ist". Böttcher, Conrad - Meilicke, Heinz, Umwandlung und Verschmelzung von Kapitalgesellschaften, 5. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1958, S. 470.

2) Damit werden Vermögensübertragungen auf Nichtkapitalgesellschaften ebenso von der Befreiung ausgeschlossen wie solche im Wege des Kaufs oder Tausches.

3) Vgl. Brönner, Herbert, Die Besteuerung der Gesellschaften, des Gesellschafterwechsels und der Umwandlungen, aaO, S. 990; Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, 2. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1965, S. 266.

Diese Bilanzansätze sind aktienrechtlich auch dann geboten, wenn die Übernehmerin nicht ihr Kapital zu erhöhen braucht, weil sie gemäß § 344 Abs. 1 AktG auf bereits vorhandene eigene Aktien zurückgreift oder Anteile an der aufzunehmenden Gesellschaft besitzt. Die Befreiungsvorschrift des § 15 Abs. 2 KStG ist jedoch auf Verschmelzungen beschränkt, die "auf gesellschaftsrechtlicher Grundlage", d.h. unter gleichzeitiger Kapitalerhöhung der aufzunehmenden Gesellschaft durchgeführt werden ¹⁾. Nur im Umfang der notwendigen Kapitalerhöhung gilt die von den Gesellschaftern der untergehenden Gesellschaft erbrachte Sacheinlage in Form von Anteilsrechten als erfolgsneutral für die Übernehmerin ²⁾.

In verkehrsteuerlicher Hinsicht treten bei der Verschmelzung die gleichen Verpflichtungen auf wie bei der Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen.

1) Im Gegensatz hierzu steht die vom Bundesfinanzhof so bezeichnete Verschmelzung "auf betrieblicher Grundlage", bei der die aufzunehmende Gesellschaft bereits an der übertragenden Gesellschaft beteiligt ist. Hierin wird keine erfolgsneutrale Einlage, sondern ein erfolgswirksames Anschaffungsgeschäft gesehen. Vgl. BFH-Urteil vom 4. März 1958, BStBl. 1958, S. 298 f.

2) Vgl. Thiel, Rudolf, Gedanken zu einer Neugestaltung des steuerlichen Umwandlungsrechts, in: Der Betrieb, 19. Jg., 1966, S. 1366.

bb) Die verschmelzend übertragende Umwandlung

Eine Kapitalgesellschaft kann auf einen Rechtsträger jeglicher Rechtsform übertragen werden ¹⁾. Hier soll nur die Übertragung auf eine Aktiengesellschaft behandelt werden, um die Überschneidungen der Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz mit der aktienrechtlichen Verschmelzung herauszuarbeiten ²⁾.

Im Gegensatz zur Verschmelzung, die auch ohne vorher bestehende Kapitalbindungen auskommt, setzt die verschmelzend übertragende Umwandlung voraus, daß die Übernehmerin das Grund- oder Stammkapital der auf sie umzuwandelnden Kapitalgesellschaft ganz oder überwiegend besitzt ³⁾.

Erhielten die Aktionäre der untergehenden Gesellschaft im Falle der Verschmelzung Aktien der Übernehmerin, so waren sie bei der verschmelzend übertragenden Umwandlung bis zum Inkrafttreten des neuen Aktiengesetzes nach § 12 UmwG in bar abzufinden.

1) Bei der errichtend übertragenden Umwandlung kann der neue Rechtsträger nur eine Personengesellschaft sein. An der Verschmelzung durch Neubildung (Errichtung) können sich nur zwei Aktiengesellschaften zu einer neuen Aktiengesellschaft vereinigen. Vgl. die Systematik der "Umwandlung i.w.S." bei: Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 88.

2) Vgl. im Vergleich hierzu die Darlegungen zu aktienrechtlichen Verschmelzung auf Seite 219 ff. dieser Arbeit.

3) Die §§ 9 Abs. 1 und 15 Abs. 1 UmwG 1956 forderten das Eigentum von 75 vH des gesamten Grundkapitals. Die entsprechenden, durch den § 39 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 6 EGAktG geänderten, neuen Vorschriften sehen eine Mindestbeteiligung von 90 vH vor.

Bleibt die Umwandlung auf einen Hauptgesellschafter nach neuem Recht gestattet und ist dieser eine inländische Aktien- oder Kommanditaktiengesellschaft ¹⁾, muß der Hauptgesellschafter den Minderheitsaktionären an Stelle einer Barabfindung wahlweise eigene Aktien oder im Falle seiner Abhängigkeit von einer inländischen Gesellschaft gleicher Rechtsform Aktien dieser Gesellschaft anbieten ²⁾. Durch dieses Abfindungsverfahren nähern sich die übertragende Umwandlung und die aktienrechtliche Verschmelzung rechtlich an. Kongruent sind beide Vorgänge in dem Spezialfall, in dem eine Kapitalgesellschaft (Aktiengesellschaft) zu über 90 vH an einer anderen Kapitalgesellschaft beteiligt ist ³⁾.

Soweit es sich um die verschmelzend übertragende Umwandlung einer Kapitalgesellschaft auf eine Kapitalgesellschaft handelt, gilt körperschaftsteuerlich das gleiche, was bereits zur Verschmelzung gesagt wurde. Da die Umwandlung jedoch eine bestehende Beteiligung von 75 vH bzw. 90 vH der übernehmenden an der untergehenden Gesellschaft voraussetzt, sieht der Bundesfinanzhof hierin eine Verschmelzung "auf betrieblicher Grundlage" ⁴⁾ mit

1) Nach dem neuen Aktiengesetz wird die übertragende Umwandlung nicht mehr gestattet, wenn an der Übernehmerin eine juristische Person beteiligt ist oder die aufnehmende Gesellschaft eine GmbH ist, es sei denn, diese wird von einer inländischen Aktien- oder Kommanditaktiengesellschaft beherrscht. Vgl. § 1 Abs. 2 UmwG gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 EGActG.

2) Vgl. § 15 Abs. 1 Satz 2 und 3 UmwG gemäß § 39 Nr. 6 EGActG.

3) Vgl. Thiel, Rudolf, Gedanken zu einer Neugestaltung des steuerlichen Umwandlungsrechts, aaO, S. 1365 f.

4) Vgl. Anmerkung 2 auf Seite 221 dieser Arbeit.

der Folge, daß der § 15 Abs. 2 KStG nicht angewandt werden kann. Die stillen Rücklagen der übertragenden Gesellschaft sind somit aufzulösen. Ihr Vermögen wird zu Teilwerten übertragen. Daneben entstehen in Höhe der Differenz zwischen den Beteiligungsbuchwerten und den Teilwerten der durch die Beteiligung repräsentierten Vermögenswerte steuerliche Fusions- oder Umwandlungsgewinne ¹⁾.

Die wichtigste Erleichterung des Umwandlungssteuergesetzes vom 11. Oktober 1957 ²⁾, das nur für die Zeit vom 1. Januar 1957 bis zum 31. Dezember 1959 galt und die Anwendbarkeit der handelsrechtlichen Umwandlungsvorschriften voraussetzte (§ 1 UmwStG), bestand in der Befreiung von der sonst üblichen Verpflichtung, die stillen Rücklagen aufzulösen, die in den Wirtschaftsgütern der untergehenden Gesellschaft lagen (§ 3 UmwStG). Andererseits unterlagen bei der Übernehmerin nur die stillen Rücklagen der Besteuerung, die im Buchwert der untergehenden Beteiligung enthalten waren. Das übernommene Vermögen war deshalb mit (fiktiven) Anschaffungskosten zu bewerten, die grundsätzlich mit dem Buchwert der geschwundenen Beteiligung anzusetzen waren (§ 4 UmwStG). Daher beschränkte sich die Steuerpflicht prinzipiell auf die im Buchwert der anteiligen Vermögensgüter enthaltenen stillen Rücklagen.

1) Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, aaO, S. 276.

2) Vgl. BGBI. 1957 I S. 1713.

Das Umwandlungssteuergesetz sah darüberhinaus verkehrsteuerliche Erleichterungen vor. So wurde die durch die Übertragung von Wertpapieren an sich ausgelöste Börsenumsatzsteuerpflicht zwischenzeitlich aufgehoben (§ 10 UmwStG). Desgleichen wurde die Besteuerung des Grunderwerbs durch die entsprechenden Ländergesetze ausgesetzt ¹⁾.

1) Vgl. Umwandlungs-Grunderwerbsteuergesetz
Hamburg vom 18. Oktober 1957, GVBl 1957, S. 471.

4. Konzernbildungen und -erweiterungen durch Beteiligungstransaktionen

Die Wirtschaftspresse berichtet alltäglich über Konzernbildungen und -neuordnungen auf der Grundlage von Beteiligungstransaktionen. Aus der vorangestellten Systematik erhellt zwar die überragende Bedeutung der Daten des Gesellschafts- und Steuerrechts. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß die durch die Transaktionen ermöglichten Kombinationen betriebswirtschaftlich motiviert sind. Deshalb wird darauf verzichtet, die einzelnen Formen konzernpolitischer Beteiligungstransaktionen durch Beispiele aus der Konzernpraxis zu belegen. Es ist vielmehr angezeigt, sich auf zwei Fälle der Konzernbildung und -neuordnung zu beschränken, um die betriebswirtschaftlichen Motive herauszustellen und zu zeigen, daß die einzelnen Beteiligungstransaktionen zumeist Glieder einer längeren Kette sind. Es geht um die Bildung des Feldmühle-Konzerns und die Erweiterung des VEBA-Konzerns.

a) Die Bildung des Feldmühle-Konzerns

Die Bildung des Feldmühle-Konzerns durch den wohl erfolgreichsten Konzernarchitekten der Nachkriegszeit, Dr. Friedrich Flick, fällt in die Endphase der letzten größeren Umwandlungswelle in der Geschichte der deutschen Kapitalgesellschaften ¹⁾.

1) Zum statistischen Nachweis über die Art und Anzahl der Umwandlungsfälle in dem Zeitraum von 1934 bis Ende 1965 vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 81 ff.

Das Umwandlungsgesetz von 1956 ebnete dieser Konzerngründung den Weg, indem es den Mehrheitsgesellschaftern bei einer Mindestbeteiligung von 75 vH gestattete, Minderheiten gegen eine Barabfindung auszuschließen (§ 9 i.V.m. §§ 11 bis 14 UmwG) ¹⁾. In der Öffentlichkeit haben die auf dieser Grundlage eingeleiteten Maßnahmen stärkste Kritik hervorgerufen, da das Eigentumsprinzip durch das der Konzernraison außer Kraft gesetzt worden ist ²⁾.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Feldmühle-Umwandlung und damit das Umwandlungsgesetz nachträglich mit folgender Begründung sanktioniert: "Zu der unternehmerischen Freiheit der Konzernleitung gehört, daß sie den Aufbau des Konzerns bestimmen, ihm seine Organisation geben und damit das Feld seiner wirtschaftlichen Betätigung nach ihren Plänen ordnen kann. Die hier zu treffenden Entscheidungen erfordern einen umfassenden Überblick über die Planung des Konzerns im Rahmen der Gesamtwirtschaft, den zwar naturgemäß die Konzernleitung besitzt, der aber den Minderheitsaktionären in der Regel verschlossen ist, so daß dieser zwangsläufig weitgehend auf das Interesse an Rendite und Kurs beschränkt wird. Daher muß für ihn die Aktie typischerweise mehr reine Kapitalanlage als unternehmerische Beteiligung sein" ³⁾.

1) In der Laufzeit des Umwandlungssteuergesetzes vom 1. Januar 1957 bis zum 31. Dezember 1959 sind von den 500 größten rechtlich selbständigen Industrie Unternehmen 155 Unternehmen "verschmelzend" auf andere Unternehmen umgewandelt worden. Lagen die Beteiligungsquoten der Allein- bzw. Mehrheitsgesellschaften in 141 Fällen über 95 vH, so bewegten sie sich in den verbleibenden 14 Extremfällen zwischen fast 80 vH und 95 vH des gesamten Grundkapitals der umzuwandelnden Gesellschaften. Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 68 f.

Fußnoten 2 und 3 s. folgende Seite.

Friedrich Flick hatte von dem 47 Mill. DM-Grundkapital der Dynamit-AG vorm. Alfred Nobel & Co, Troisdorf, bis Anfang 1959 durch Käufe an der Börse ein Paket über 17 vH erworben. Diese einfache Minderheit wurde durch den Erwerb weiterer 8 vH aus dem Besitz der Bührle-Gruppe zu einer qualifizierten Minderheit aufgestockt ¹⁾. Darüber hinaus konnte Flick von den Rheinischen Stahlwerken, Essen, kurz vor Fristablauf des Umwandlungssteuergesetzes ein weiteres Paket über 32 vH erwerben ²⁾. Damit verfügten die Gruppen Flick und Bührle zusammen über 81,7 vH des Dynamit Nobel-Kapitals.

Da das Umwandlungsgesetz die eigentumsmäßige Zusammenfassung von mindestens 75 vH der "verschmelzend" auf den Großaktionär umzuwandelnden Gesellschaft in einer Hand verlangte, brachten beide Aktionärsgruppen ihren Anteilsbesitz in die am 8. Dezember 1959 gegründete AG. für Kunststoffwerte ein. Somit verblieben 8,6 Mill. DM bzw. 18,3 vH des Dynamit Nobel-Kapitals, die gegen eine Barabfindung zu erwerben waren. Die mit 70 Mill. DM

Fußnoten 2 und 3 der vorhergehenden Seite:

2) Vgl. Hornef, Heinrich, Die Aktie bleibt ein Risikopapier, in: Der Volkswirt, 14. Jg., 1960, S. 57 f.; Institut für Bilanzanalysen, Wochendienst Nr. 38/40 vom 31. Dezember 1963, Feldmühle AG, S. 4.

3) Vgl. Die Zeit vom 17. August 1962, Nr. 33, S. 16.

1) Die Beteiligungsquote der schweizerischen Bührle-Gruppe verminderte sich damit von knapp über 32 vH auf 25 vH des Grundkapitals von Dynamit-Nobel.

2) Die Rheinischen Stahlwerke erhielten hierfür nominal 6,65 Mill. DM Aktien der Gussstahlwerk Witten AG, Witten, und eine Barzahlung in unbekannter Höhe. Die Beteiligungsquote von Rheinstahl erhöhte sich durch dieses Tauschgeschäft von 30 auf 62 vH des derzeitigen Grundkapitals (20,7 Mill. DM) des Edelstahl-Produzenten. Vgl. Geschäftsbericht Rheinstahl, 1959, S. 97.

zu beziffernde Abfindungsverpflichtung ging zu Lasten der AG. für Kunststoffwerte, welche die Dynamit Nobel AG übernommen hatte. Damit wurden die ausscheidenden Aktionäre aus der Substanz ihrer Gesellschaft abgefunden.

Auf ähnlich dramatische Weise konnte Flick den Einfluß auf die ehemalige Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke AG, Düsseldorf, gewinnen. Bei dieser Gesellschaft trat seine Gruppe erstmalig auf der am 7. August 1958 abgehaltenen Hauptversammlung als Großaktionär mit 52,23 vH des Grundkapitals auf. In dieser Hauptversammlung wurde beschlossen, das Kapital unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre um 5 Mill. DM auf 42 Mill. DM gegen Sacheinlagen zu erhöhen. Die Sacheinlage wurde von der Flick-Gruppe eingebracht. Sie bestand in einem Paket über 10 vH des 47 Mill. DM-Kapitals der Dynamit Nobel AG. Durch den Bezug der jungen Feldmühle-Aktien erhöhte die Flick-Gruppe ihre Beteiligungsquote an dieser Gesellschaft auf 58 vH des Grundkapitals, ohne daß der Einfluß auf Dynamit Nobel verlorenging. Wie in dieser Hauptversammlung bekannt wurde, hatte die Feldmühle von Flick bereits ein Paket von 15,7 vH an der chancenreichen Dynamit Nobel AG erworben. Diese einfache Minderheit konnte durch die Ausgabe junger Aktien zu einer Sperrminorität aufgewertet werden ¹⁾.

Da das Eigentum an 58 vH des Feldmühle-Kapitals nicht ausreichte, um in der Hauptversammlung den

1) Vgl. der Volkswirt, 13. Jg., 1959, S. 1935.

Umwandlungsbeschluß durchzusetzen, einigte sich der Großaktionär mit der Gruppe Hugo Stinnes jr., die vor der Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zwischen 16 vH und 20 vH des Feldmühle-Kapitals besaß ¹⁾, auch für die Feldmühle eine Auffanggesellschaft zu gründen. In die AG. für Papier- und Zellstoffinteressen wurden insgesamt 31,9 Mill. DM Feldmühle-Aktien eingebracht. Damit kam die neue Großaktionärin auf eine Quote von 75,95 vH der auf sie umzuwandelnden Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke AG, Düsseldorf.

Soweit die Stinnes-Gruppe ihren Feldmühle-Besitz nicht vorher an Flick übertragen hatte, beteiligte sie sich an der Gründung der Aufnahmegesellschaft, in die sie die entscheidenden 5 vH Feldmühle-Aktien per 30. September 1959 eingebracht hatte. Ohne diese Sacheinlage hätte die Flick-Gruppe die 75 vH-Hürde nicht nehmen können ²⁾. Seit ihrer Gründung konnte die Auffanggesellschaft ihre Beteiligungsquote bis zur Umwandlungs-Hauptversammlung am 22. Dezember 1959 noch von 75,95 vH auf 79,36 vH aufrunden.

1) Das Arrangement sah vor, daß die Stinnes-Gruppe von Flick die Hälfte des Kapitals der MaK Maschinenbau AG., Kiel, erhielt. Damit wurde die Stinnes-Gruppe Alleinaktionärin dieser Gesellschaft. Darüberhinaus erhielt diese Gruppe aus dem Besitz der Feldmühle die qualifizierte Kapitalmehrheit an der Firma Wolff & Co. Ob Barzahlungen zum Spitzenausgleich geleistet wurden, ist nicht bekannt geworden. Vgl. Institut für Bilanzanalysen, Nr. 38/40, aaO, S. 2.

2) Zum Zeitpunkt der Umwandlungs-Hauptversammlung der Feldmühle wurde jedoch klargestellt, daß die Stinnes-Gruppe nicht mehr am Kapital der Auffanggesellschaft beteiligt war. Vgl. Institut für Bilanzanalysen, Nr. 38/40, aaO, S. 2.

Im Zuge der Feldmühle-Umwandlung waren somit knapp über 20 vH des alten Kapitals abzufinden. Dafür waren -wiederum aus ihrer Substanz- ebenfalls fast 70 Mill. DM aufzubringen. Darüberhinaus bestand für die Feldmühle eine Verpflichtung über rund 20 Mill. DM, die sie für die bereits erwähnten Abrundungskäufe ihrer Auffanggesellschaft zu erfüllen hatte ¹⁾.

Zu dieser mit etwa 160 Mill. DM veranschlagten liquiditätsmäßigen Belastung beider Gesellschaften ist ein weiterer Liquiditätsentzug bei der Feldmühle von mehr als 160 Mill. DM dafür anzusetzen, daß sie die Schachtelbeteiligung an Dynamit Nobel durch käuflichen Erwerb von ihrem Großaktionär auf eine Quote von 81,64 vH aufgestockt hatte.

Die konzernmäßige Zusammenfassung der beiden Unternehmen mußte im wesentlichen aus ihren eigenen Mitteln finanziert werden. Die Flick-Gruppe selbst hat zur Verwirklichung ihrer Konzeption schätzungsweise 100 bis 130 Mill. DM aufgewandt ²⁾. Die Konzernidee lag darin begründet, zwei von verschiedenen Rohstoffen abhängige Unternehmen so miteinander zu integrieren, daß sie eine lebensfähige Wirtschaftseinheit bildeten, die sich von dem Risiko der Rohstoffversorgung weitgehend emanzipieren konnte.

Dynamit Nobel war bis Kriegsende nicht nur ein

1) Vgl. Institut für Bilanzanalysen, Nr. 38/40, aaO, S. 2.

2) Vgl. dasselbe, Nr. 38/40, aaO, S. 3; Handelsblatt vom 2./3. August 1963, Nr. 145, S. 6.

bedeutender Rüstungsproduzent, sondern auch der Kunststoff-Verarbeiter der I.G. Farbenindustrie AG, Frankfurt a.M. Die Beendigung des Krieges brachte nicht nur den Verlust des Rüstungsgeschäftes, sondern mit der Entflechtung der IG-Farbenindustrie auch den Verlust der Rohstoffbasis für die Kunststoffverarbeitung mit sich ¹⁾. Hierzu kam, daß sich die großen Nachfolgegesellschaften der IG-Farbenindustrie selbst in die Kunststoffverarbeitung einschalteten.

Auch für die Feldmühle, den derzeit größten Papiererzeuger in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, ist das Problem der kostengünstigen Rohstoffversorgung akut geworden. Die Bildung der europäischen Wirtschaftsblöcke hat mit der Aufrechterhaltung der Außenzölle die natürlichen Standortvorteile der traditionellen Holzüberschußländer Skandinaviens und der Alpen verstärkt. Die starke Stellung der Feldmühle als Papierlieferant drohte durch den Zollabbau in der Freihandelszone verlorenzugehen.

Deshalb lag es für die Feldmühle nahe, sich wieder der nach Kriegsende vernachlässigten Chemieproduktion zuzuwenden, zumal diese mit der Papierherstellung verwandtschaftliche Beziehungen aufwies. Es bot sich die Zusammenarbeit mit Dynamit Nobel an, deren Werksanlagen in Troisdorf nur wenige Kilometer vom Feldmühle-Chemiewerk Lüssdorf entfernt liegen. In Lüssdorf sollte der von Troisdorf zu verarbeitende Kunststoffrohstoff erzeugt

1) Vgl. Geschäftsbericht Dynamit Nobel, 1964, S. 14 f.

werden. Die erforderlichen Zusatzinvestitionen wären bei beiden Gesellschaften relativ gering gewesen. Doch konnte man den Aktionären beider Gesellschaften die einseitige Ausrichtung auf die andere Gesellschaft ebenso wenig zumuten wie eine irgendwie geartete Festlegung des Verrechnungspreises für die Rohstofflieferungen. Der einzig gangbare Weg schien die Konzernierung und gleichzeitige Abfindung der außenstehenden Aktionäre der Gesellschaften zu sein ¹⁾.

Nach Abschluß der Umwandlungstransaktionen konnte man an die Integration der vorher wirtschaftlich selbständigen Unternehmen gehen. Das Kapital der Dynamit Nobel AG wurde bis Ende 1965 auf 96 Mill. DM aufgestockt. Es liegt zum unveränderten Satz von 81,64 vH bei der Feldmühle AG, mit der ein körperschaftsteuerlicher Ergebnisübernahmevertrag besteht ²⁾. Das Kapital der Feldmühle AG beläuft sich auf 75 Mill. DM und wird von der -VG-Verwaltungsgesellschaft für industrielle Unternehmungen Friedrich Flick GmbH, Düsseldorf, gehalten. Mit der Flick-Holding besteht ebenfalls ein Ergebnisübernahmevertrag ³⁾.

1) Vgl. Frhr. von Wangenheim, Ulrich, Die Lehre aus den Umwandlungen - eine retrospektive Betrachtung. Das Flick-Konzept bei Feldmühle und Dynamit Nobel, in: Der Volkswirt, 14. Jg., 1960, S. 144 f.; Der Volkswirt, 13. Jg., 1959, S. 1935.

2) Der Rest des Dynamit Nobel-Kapitals liegt bei der Oerlikon-Bührle Holding AG, Zürich, die eine garantierte Dividende in unbekannter Höhe erhält. Vgl. Commerzbank (Hrsg.), Wer gehört zu wem, aaO, S. 123; Institut für Bilanzanalysen, Wochendienst Nr. 1/2 vom 30. Januar 1965, Der Feldmühle-Konzern, S. 2.

3) Die straffe finanzwirtschaftliche Führung des Feldmühle-Konzerns und dessen enge Bindung an die Flick-Holding erhellt daraus, daß Dynamit Nobel für das Geschäftsjahr 1965 einen Gewinn von 18,96 Mill. DM an die Feldmühle abführte, welche ihrerseits 25,23 Mill. DM Gewinn an die Holding übertrug. Vgl. Geschäftsbericht Dynamit Nobel, 1965, S. 34 und Geschäftsbericht Feldmühle, 1965, S. 48.

Der Außenumsatz des Feldmühle-Unternehmens lag im Jahre 1965 bei 684 Mill. DM und der des Dynamit Nobel-Unternehmens bei 1,05 Mrd. DM. Die konzern-internen Umsätze zwischen beiden Teilen scheinen mit 5 Mill. DM angesichts der oben dargelegten unternehmerischen Konzeption gering zu sein. Es ist aber zu berücksichtigen, daß das Feldmühle-Werk Lülsdorf nach seinem Ausbau seit 1962 an Dynamit Nobel verpachtet worden ist. Über den Umfang seiner "Lieferungen" wird jedoch nichts berichtet. Vor dem endgültigen Ausbau und der Verpachtung der Anlagen dürften die jährlichen Innenlieferungen zwischen 80 und 90 Mill. DM betragen haben ¹⁾.

b) Die Erweiterung des VEBA-Konzerns

Als zweites Beispiel soll die Teilprivatisierung der Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft (VEBA), Bonn und Berlin erörtert werden. Sie war ebenfalls mit einer Reihe konzern-politischer Beteiligungstransaktionen verbunden, durch welche der Konzern in wichtigen Bereichen umstrukturiert worden ist ²⁾.

Der Kapitalbedarf der im Jahre 1929 von dem derzeitigen Freistaat Preußen gegründet und von der Bundesrepublik Deutschland als dessen Rechtsnach-

1) Vgl. Geschäftsbericht Feldmühle, 1965, S. 23 f.

2) Vgl. Geschäftsbericht VEBA, 1964/65, S. 11 ff.

folgerin übernommenen VEBA überstieg die Finanzkraft des Bundes. Um die Finanzierung des zukunfts-trächtigen Konzerns der Energiewirtschaft und zahlreicher Nebenbereiche zu sichern, entschloß sich die Bundesregierung, wie vordem bei der PREUSSAG und dem VOLKSWAGENWERK, die notwendigen Kapitalerhöhungen durch Teilprivatisierungen sicherzustellen. So wurde in der ordentlichen Hauptversammlung vom 12. April 1965 beschlossen, das Grundkapital der Bundesholding von 450 Mill. DM um 375 Mill. DM auf 825 Mill. DM zum Kurse von 210 vH zu erhöhen ¹⁾.

Der VEBA sind nach Abzug der Kapitalerhöhungskosten (39,7 Mill. DM) und Abführung der vom Bund gestundeten Dividenden für die Geschäftsjahre 1960/61 bis 1962/63 (83,6 Mill. DM) insgesamt 664,2 Mill. DM zugeflossen. Für Kapitalerhöhungen in den Tochtergesellschaften einschließlich der mit 4 Mill. DM bezifferten Zinsaufwendungen zu deren teilweiser Vorfinanzierung verblieben 402,5 Mill. DM. Für die Erweiterung des Konzerns durch die Angliederung des Stinnes-Komplexes standen weitere 261,7 Mill. DM zur Verfügung.

Das Kapital der Bergwerksgesellschaft Hibernia AG wurde von 350 um 60 auf 410 Mill. DM zum Kurse von 170 vH erhöht und gänzlich von der VEBA übernommen, die damit ihren vollständigen Besitz an dem ehe-

1) Der Zeichnungserfolg veranlaßte den Alleinaktionär, in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 12. Juli 1965, aus seinem Besitz weitere nominal 153 Mill. DM zum Kurse von 210 vH zu veräußern. Damit verringerte sich sein Anteil auf 297 Mill. DM und seine Quote auf 36 vH. Dem Bund flossen hierdurch brutto 321,3 Mill. DM zu.

mals preußischen Bergwerksunternehmen behielt. Aufgewandt wurden hierfür 102 Mill. DM. Die Preußische Elektrizitäts-AG hat ihr Kapital von 300 um 125 auf 425 Mill. DM zum Kurse von 200 vH erhöht. Da die VEBA die Bezugsrechte dreier Aktionäre übernommen hatte, erhöhte sie bei der PREAG bzw. Preußenelektra ihre Anteilsquote von 83,64 vH auf 86,51 vH. Für diese Kapitalerhöhung stellte sie den Betrag von 209,1 Mill. DM bereit.

Die in den Jahren 1964 und 1965 durchgeführten Kapitalerhöhungen der PREUSSAG AG erforderten die Summe von 87,4 Mill. DM. Die 70 Mill. DM, welche für die Kapitalerhöhung 1965 aufzubringen waren, dienten dem Zweck, einen Fehler aus dem Jahre 1959 zu korrigieren. Durch die -ebenfalls mit einer Kapitalerhöhung verbundene- Teilprivatisierung der bis dahin in vollständigem Besitz der VEBA liegenden Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft (Preußag) verringerte sich der Anteil der VEBA an dem neuen Kapital in Höhe von 105 Mill. DM auf 22,39 vH. Trotz der Aufgabe ihrer Sperrminorität erhielt die VEBA das satzungsmäßig verankerte Recht, vier Aufsichtsratsmitglieder der Preußag zu stellen, solange sie eine Minderheit an der ehemaligen Tochter besitzt. Andererseits fiel auch der Anteil der VEBA unter die satzungsmäßige Stimmrechtsbegrenzung, die ein Höchststimmrecht von einem Tausendstel des Preußag-Kapitals festlegte ¹⁾. Die Einflußnahme blieb damit zwar gesellschaftsrechtlich gesichert. Das körperschaft-

1) Vgl. Geschäftsbericht VEBA, 1958/59, S. 5 f.

und vermögensteuerliche Schachtelprivileg ging jedoch verloren ¹⁾.

In den Folgejahren sank die Beteiligungsquote der VEBA von 22,39 vH auf 17,34 vH, da die Bundesholding nicht in der Lage war, ihre Bezugsrechte voll auszuüben. Erst die eigene Kapitalerhöhung im Wege der Teilprivatisierung versetzte die VEBA in die Lage, 70 Mill. DM für die Aufstockung ihrer einfachen Minderheitsbeteiligung zu einer qualifizierten Minderheit aufzubringen. So beschloß die Hauptversammlung der Preußag am 29. Juni 1965, ihr Kapital um 25 Mill. DM auf 225 Mill. DM zum Kurse von 280 vH zu erhöhen. Das Bezugsrecht der Aktionäre brauchte nicht ausgeschlossen zu werden, da der Erwerbskurs für die jungen Aktien um 37 Punkte über dem derzeitigen Tageskurs lag ²⁾. Dem Vorwurf der "Reverstaatlichung" begegneten die Verwaltungen beider Gesellschaften mit dem Hinweis, daß von der für 1964 an die VEBA ausgeschütteten Preußag-Dividende in Höhe von 3,4 Mill. DM fast 3 Mill. DM wegen des Fehlens der Schachtelvergünstigung weggesteuert wurden. Die "betriebswirtschaftliche" Begründung für diese Maßnahme wurde

1) Da das Bundesschatzministerium die Absicht hatte, die restlichen 23,5 Mill. DM Preußag-Aktien zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls aus der Hand zu geben, hielt man den nicht unbeträchtlichen Steuerschaden (25 vH Kapitalertragsteuer auf die vereinnahmte Preußag-Dividende und 1 vH Vermögenssteuer auf den Kurswert der Anteile) für eine vorübergehende Angelegenheit. Vgl. Industrie-Kurier vom 25. Mai 1965, Nr. 80, S. 11.

2) Die durch das Bankhaus Ansmann, Düsseldorf, eingeleitete Opposition gegen die Festsetzung des Paketkurses von "mindestens 250 vH" hat zu einer Einigung auf der Basis von 280 vH geführt. Damit hatte die ehemalige Alleinaktionärin für den Rückwerb des Anteils zur Aufrundung einer Sachtelbeteiligung einen Paketzuschlag von 15 vH auf den Tageskurs zu zahlen. Vgl. Handelsblatt vom 24. Juni 1965, Nr. 119, S. 7.

weiter dadurch unterstrichen, daß die auf 26,53 vH erhöhte Schachtel weiterhin unter die Höchststimmrechtsklausel fiel und daß die VEBA auf zwei der vier ihr lt. Satzung zustehenden Aufsichtsrats-Mandate verzichtete ¹⁾.

Um Produktion, Handel und Schifffahrt des VEBA-Konzerns rationeller ausbauen zu können, wurde außerdem beschlossen, den Konzern der Hugo Stinnes AG, Mülheim (Ruhr), durch käuflichen Erwerb anzugliedern. 64,8 Mill. DM wurden von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zum Kurse von 190 vH und 21,6 Mill. DM zum Kurse von 225 vH von den übrigen unter der Konsortialführung der Deutschen Bank AG stehenden Geschäftsbanken erworben. Dem an die freien Aktionäre gerichteten Abfindungsangebot lag ebenfalls ein Kurs von 225 vH bzw. 215 vH ex Dividende zugrunde. Dadurch konnten weitere 8,6 Mill. DM Aktien der Hugo Stinnes AG erworben werden. Einschließlich der Erwerbsnebenkosten mußten für diese Transaktionen insgesamt 191,7 Mill. DM aufgewandt werden. Dafür erwarb die VEBA 96,05 vH des Kapitals der Hugo Stinnes AG ²⁾.

Das Verkaufsangebot der Konsortialführerin enthielt außerdem die Bedingung, die freien Aktionäre der Steinkohlenbergwerke Mathias Stinnes AG, Essen, abzufinden. Hierfür stellte die VEBA der Hugo Stinnes AG 70 Mill. DM darlehensweise zur Verfügung ³⁾. Durch das im Juni 1965 veröffentlichte Abfindungsangebot und einen anderweitigen Zukauf

1) Vgl. Handelsblatt vom 25. Mai 1965, Nr. 100, S. 9; Industrie-Kurier vom 25. Mai 1965, Nr. 80, S. 1.

2) Vgl. Geschäftsbericht VEBA, 1964/65, S. 14 f.

3) Vgl. Geschäftsbericht VEBA, 1964/65, S. 15.

konnte Hugo Stinnes nominal 27,9 Mill. DM Stamm- und 7,95 Mill. DM Vorzugsaktien erwerben und damit ihre Beteiligungsquote am 100 Mill. DM-Kapital von Mathias Stinnes auf 97 vH erhöhen ¹⁾.

Im Rahmen des VEBA-Konzerns bestritt die Stinnes-Gruppe von Januar bis September 1965 36,5 vH des mit 4,1 Mrd. DM bezifferten Außenumsatzes. Vor allem mit der Hibernia ergeben sich zahlreiche Ansatzpunkte konzerninterner Rationalisierung, da sie wie die Stinnes-Gruppe im Steinkohlenbergbau, der Chemiewirtschaft und Mineralölverarbeitung sowie im Brennstoffhandel tätig ist. Darüberhinaus konnte der Fächer der wirtschaftlichen Betätigung durch die Angliederung des vielseitig tätigen Stinnes-Komplexes wesentlich verbreitert werden ²⁾.

1) Vgl. Blick in die VEBA, Aktionärsbrief, Nr. 3, Oktober 1967, S. 8 f.

2) Vgl. Börsenzulassungssprospekt VEBA, abgedruckt in: Industrie-Kurier vom 3. August 1965, Nr. 119, S. 11 ff.

B Der leistungswirtschaftliche Konzernaufbau

Der Konzern setzt sich aus einer Mehrzahl rechtlich selbständiger Unternehmen zusammen, welche sich zur Erfüllung ihres Unternehmens- oder Konzernzweckes jeweils eines oder mehrerer Betriebe bedienen. Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, welche betriebswirtschaftlichen Beweggründe der Zusammenfassung von Betrieben gleich- oder verschiedenartiger Leistungsbereiche zu Verbundbetrieben ¹⁾ bzw. Verbundunternehmen ²⁾ zugrundeliegen und in welchen Formen sie sich äußert ³⁾. Hierbei geht es weniger um den Aufbau und Ablauf des einzelnen Gliedbetriebes, als vielmehr um die abstrakte leistungswirtschaftliche Zurodnung und konkrete Zusammenarbeit der einheitlich geführten örtlich-technischen Wirtschaftseinheiten.

1) In dem Verbundbetrieb werden die bisherigen "Oberaufgaben" der vorher wirtschaftlich selbständigen Produktionsgliedbetriebe zu einer neuen "Oberaufgabe" verschmolzen. Die bisherigen "Oberaufgaben" werden durch "Unteraufgaben" ersetzt. Grochla, Erwin, Betriebsverband und Verbandbetrieb. Wesen, Formen und Organisation der Verbände aus betriebswirtschaftlicher Sicht, Berlin 1959, S. 40.

2) Verbundunternehmen und Verbundhaushalte sind besondere Formen des Verbundbetriebes. Im Rahmen des Verbundbetriebes können die (Verbund-) Gliedbetriebe gleichartige oder ungleichartige Leistungen erbringen. Art und Intensität ihrer (internen) Leistungsbeziehungen richten sich danach, ob die Gliedbetriebe homogene oder heterogene Gesamtaufgaben zu erfüllen haben. Haben sie heterogene Gesamtaufgaben zu erbringen, stehen die Gliedbetriebe zueinander in unmittelbaren oder mittelbaren Leistungsbeziehungen, wenn diese nicht gänzlich fehlen. Vgl. Lehmann, Helmut, Wesen und Formen des Verbundbetriebes. Ein Beitrag zur betriebswirtschaftlichen Morphologie, Berlin 1965, S. 103 ff. und S. 160 ff.

3) s. folgende Seite

Soweit die kapitalwirtschaftliche sich mit der leistungswirtschaftlichen Organisation des Konzerns deckt, eröffnet er dem Außenstehenden einen Einblick in die leistungswirtschaftliche Zuordnung seiner rechtlich selbständigen Betriebe oder Betriebsgruppen, den das rechtseinheitliche Mehrbetriebsunternehmen nur bei außerordentlich umfangreicher Publizität zu geben vermag. Zugleich vermittelt die mit der rechtlichen übereinstimmende leistungswirtschaftliche Organisation einen Abglanz von der zugrundeliegenden Konzernidee.

Der Zweck der Konzernbildung durch **A n g l i e d e r u n g** (externes Wachstum) besteht darin, bisher voneinander unabhängig geführte Betriebe einer einheitlichen Leitung zu unterstellen. Aus ihrem Zusammenwirken hofft man, insbesondere jene leistungswirtschaftlichen Wettbewerbsvorteile zu erlangen, die ohne diese Zusammenfassung nicht oder nur schwerlich zu erreichen wären. Es geht um die Verwirklichung des in der Kombination und Integration von Betrieben liegenden Verbundeffekts ¹⁾, bzw. "synergistic effect" ²⁾.

3) der vorhergehenden Seite:

Als Verbundwirtschaft bezeichnet Krähe nur "Verbindungen im Produktionsbereich". Krähe, Walter, Verbundwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. XI, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 1 - Diese Beschränkung kann hier nicht eingehalten werden, da die Leistungswirtschaft neben der Leistungserstellung auch die Leistungsverwertung beinhaltet und sich somit auf betriebliche und marktwirtschaftliche Leistungszusammenhänge erstreckt.

1) Vom Verbundeffekt können positive oder negative Einflüsse auf die Effizienz der betrieblichen Strukturelemente und Funktionen ausgehen. Bei positiver Auswirkung findet der Verbundeffekt seinen materiellen Niederschlag in Kostensenkungen oder Leistungssteigerungen. Letztere lassen sich jedoch kaum quantifizieren. Vgl. Everlin, Wolfgang, Der Verbundeffekt und seine Erfassung, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 15. Jg., 1963, S. 203 ff. und S. 208 ff.

2) s. folgende Seite.

Einen andersgearteten Sinn hat die Konzernbildung durch **A u s g r ü n d u n g** von Tochtergesellschaften oder die Gründung von Schwestergesellschaften durch ein Unternehmen oder einen Unternehmer. Die Dispersion ist im Regelfall kein (externer) Wachstumsvorgang ¹⁾, sondern eine organisatorische Maßnahme. Sie dient der rechtlichen Verselbständigung bereits bestehender oder noch aufzubauender Betriebseinheiten.

Da die Konzernbildung zumeist auf eine Ausweitung des Leistungsprogramms hinausläuft, sind zunächst die theoretisch gegebenen Möglichkeiten zur Verwirklichung des nicht immer meßbaren Verbundeffekts zu erörtern ²⁾. An Hand der hierbei herausgearbeiteten Gesichtspunkte sind sodann die beteiligungspolitischen Verflechtungen der Aktiengesellschaften aller Wirtschaftsbereiche im allgemeinen und der Versicherungswirtschaft im besonderen zu untersuchen. Abschließend ist auf die leistungs-

1) Vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 153 ff. dieser Arbeit.

2) "Wichtige Vorteile der Konzernbildung i.. lassen sich überhaupt nicht in Zahlen einwandfrei ausdrücken oder gar im einzelnen ausrechnen. Das schließt nicht aus, daß man gelegentlich derartige Zusammenhänge einem nüchternen Kalkül unterwirft". Kosiol, Erich, Grundfragen der Konzernbilanzierung, aaO, S. 159.

2) der vorhergehenden Seite:

In der amerikanischen Literatur wird der "synergetic effect" mit dem "two-plus-two-equals-five effect" umschrieben. Dieses einleuchtende konzernpolitische Prinzip kann jedoch schwerlich quantifiziert werden. Deshalb wird es vielfach zur Rechtfertigung persönlichen Expansions- und Machtstrebens herangezogen. Vgl. Burck, Gilbert, The Perils of the Multi-Market Corporation, in: Fortune, Februar 1967, S. 312.

wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Konzernbereiche einzugehen, die unter anderem an dem Einsatz des Strukturelements Arbeit und an der Wahrnehmung der Absatzfunktion gemessen werden kann.

I. Die leistungswirtschaftlichen Verbundeffekte der Programmerweiterung

Um die Zwecke mehrheitsbetrieblicher Leistungserstellung und -verwertung besser herausarbeiten zu können, empfiehlt es sich, von ihrer abstrakten leistungswirtschaftlichen Zuordnung auszugehen. Sie kann darin bestehen, daß Betriebe derselben Wirtschaftsstufe zu einer horizontal gegliederten Leistungseinheit zusammengefaßt werden oder daß Betriebe aufeinanderfolgender Wirtschaftsstufen vertikal integriert werden. Bestehen weder horizontale noch vertikale Leistungszusammenhänge zwischen den zusammengefaßten Betrieben, so sind sie einander diagonal zugeordnet.

1. Die horizontale Programmerweiterung

Das durch die Angliederung von Unternehmen der gleichen Wirtschaftsstufe gekennzeichnete (externe) horizontale Wachstum kann aufgrund der damit einhergehenden Erhöhung des einheitlich gelenkten Produktionsmitteleinsatzes ¹⁾ produktions- und marktwirtschaftliche Vorteile mit sich bringen.

1) Vgl. Koch, Helmut, Betriebsgröße, aaO, S. 83.

Die Erhöhung des Produktionsmitteleinsatzes ermöglicht der Konzernführung, die Kosten der Leistungserstellung durch multiple und mutative Betriebserweiterungen und durch die Steigerung der Auflagengröße zu senken. Die bloße Nebenordnung gleichartiger Betriebseinheiten führt -für sich genommen- noch nicht zu Kostensenkungen. Die "multiple" Betriebserweiterung gestattet es aber, sich den Beschäftigungsschwankungen quantitativ anzupassen. Unter entsprechenden Voraussetzungen kann es für das Unternehmen billiger sein, sich den Beschäftigungsschwankungen durch Stilllegung und Wiederingangsetzung eines Teils der gleichartigen Anlagen anzupassen, als die Produktion sämtlicher Anlagen zu drosseln ¹⁾. Darüberhinaus ermöglicht es die horizontale Gliederung der einheitlich geleiteten Betriebe, ihnen spezielle Fertigungen im Rahmen des Gesamtprogramms zuzuweisen. Die arbeitsteilige Spezialisierung der Anlagen und Fachkräfte kann zu weiteren Kostensenkungen führen ²⁾.

Der Schritt von der "multiplen" zur "mutativen" Kapazitätserweiterung ist nicht groß. Bei der Überschreitung bestimmter "kritischer Mengen" lohnt es sich, kapitalintensivere Produktionsverfahren anzuwenden, die bei zunehmender Beschäftigung mit stärker sinkenden Durchschnittskosten je Produktionseinheit arbeiten als kleinere parallelgeschaltete

1) Vgl. Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, Die Produktion, aaO, S. 412 ff.

2) Vgl. Koch, Helmut, Betriebsgröße, aaO, S. 87 f.; Schnettler, Albert, Betriebsanalyse, 2. Aufl., Stuttgart 1960, S. 212 ff.

Aggregate, welche insgesamt die gleiche Kapazität haben können wie das Großaggregat ¹⁾. Aufgrund technischer Bedingtheiten nimmt der Anteil der Fixkosten eines Großaggregats im Verhältnis zu kleineren Anlagen mit gleicher Gesamtkapazität ab. Diese Tatsache ergibt sich unter anderem aus mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundzusammenhängen etwa derart, daß die Fläche eines Kreises nicht proportional, sondern quadratisch mit seinem Umfang anwächst und der Inhalt der Kugel um eine Potenz rascher ansteigt als ihre Fläche. Die Kapazität eines Hochspannungs-Transformators wächst um eine Potenz schneller als die Zunahme des Gewichts oder der Verluste ²⁾. So ist es verständlich, daß zunehmend Großanlagen eingesetzt werden, die jeweils an der Kapazitätsgrenze mit den geringsten Durchschnittskosten je Produkteinheit arbeiten. Da immer weniger Anlagen für die Versorgung ganzer Volkswirtschaften ausreichen, besteht vor allem in den Grundstoffindustrien ein unwiderstehlicher Drang zu horizontalem Wachstum ³⁾.

Die bereits erwähnte Spezialisierung im Rahmen des horizontal gegliederten Leistungsprogramms gestattet nicht nur die Durchführung einer Typenbe-

1) Vgl. Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, Die Produktion, aaO, S. 119 ff. und S. 416 ff.; Koch, Helmut, Betriebsgröße, aaO, S. 87; Heinen, Edmund, Konzentration und Kosten, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/III, Berlin 1960, S. 1644 f.

2) Vgl. Waffenschmidt, Walter, Technik und Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/II, Berlin 1960, S. 791.

3) Vgl. Kilger, Wolfgang, Industrie und Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I, Berlin 1960, S. 297.

reinigung. Sie erlaubt auch den Übergang von der "Alternativproduktion" zur "Parallelproduktion"¹⁾. Damit werden die Kosten der Serienumstellung pro Leistungseinheit ebenso verringert wie die auf-lagenfixen Kosten, welche durch die "Auftrags-geheraltätigkeit"²⁾ verursacht werden.

In marktwirtschaftlicher Hinsicht führt die horizontale Unternehmenszusammenfassung zu einer Vergrößerung der Beschaffungs- und Absatzmengen. Auf der Beschaffungsseite kann die angewachsene Marktmacht zur Durchsetzung günstiger Liefer- und Preiskonditionen eingesetzt werden. Die Zulieferer handeln unter dem Druck, daß der Horizontalkonzern seine Nachfrage auf andere Anbieter lenken oder durch Angliederung der Vorstufe konzernintern befriedigen könnte³⁾. Bei hohen Abnahmemengen können die Beschaffungsnebenkosten, vor allem bei Vorhandensein hoher bezugsfixer Kosten, nachhaltig gesenkt werden⁴⁾.

1) Heinen, Edmund, Konzentration und Kosten, aaO, S. 1644.

2) Koch, Helmut, Betriebsgröße, aaO, S. 87; vgl. ferner Schmalenbach, Eugen, Kostenrechnung und Preispolitik, 7. Aufl., Köln und Opladen 1956, S. 115; Mellerowicz, Konrad, Kosten und Kostenrechnung, 3. Aufl., Berlin 1957, S. 328; Beste, Theodor, Die Entflechtung der Eisen-schaffenden Industrie, Köln und Opladen 1949, S. 63 ff.; Hax, Karl, Betriebswirtschaftliche Probleme der Konzentration, aaO, S. 76; Lenel, Hans Otto, Ursachen der Konzentration, aaO, S. 77 ff.

3) Vgl. Lenel, Hans Otto, Ursachen der Konzentration, aaO, S. 74.

4) Vgl. Heinen, Edmund, Konzentration und Kosten, aaO, S. 1641; Hax, Karl, Betriebswirtschaftliche Probleme der Konzentration, aaO, S. 79 f.

Auf der Absatzseite können die horizontal zusammengefaßten Unternehmen die Kosten zur Überwindung des Marktwiderstands auf eine größere Anzahl von Leistungseinheiten verteilen. Kosten und Erfolg von Werbung und Marktforschung hängen nicht zuletzt von der Marktgröße ab ¹⁾. Die mit der horizontalen Unternehmenszusammenfassung resp. Konzernierung vielfach erst ermöglichte Sortimentserweiterung gestattet einen besseren Ausgleich von Absatzschwankungen. Die Sortimentserweiterung erstreckt sich vielfach auch auf Leistungen der Substitutionskonkurrenz, um sich auch hiergegen zu behaupten oder ihre Gewinnchancen selbst wahrzunehmen ²⁾. Erst bei ausreichendem Markt- und Finanzpotential können hohe Aufwendungen zur Erforschung und Entwicklung neuer Produkte und Verfahren bewilligt werden, da sie sich auf eine große Zahl von Leistungseinheiten verteilen lassen. So können auch die substitutiven Leistungen im eigenen Hause entwickelt und die der Wettbewerber durch Schubladen- oder Sperrpatente zurückgedrängt werden ³⁾. Diese Politik wird dadurch begünstigt, daß ein neues Produkt von mehreren Produkten her entwickelt werden kann. So kann synthetischer Kautschuk von der Gummi-, der chemischen oder der Mineralölindustrie aus entwickelt und produziert werden ⁴⁾. Damit schlägt man bereits den Weg der Diversifizierung ein, die an anderer Stelle zu würdigen ist ⁵⁾.

1) Vgl. Hax, Karl, Betriebswirtschaftliche Probleme der Konzentration, aaO, S. 82 f.; Heinen, Edmund, Konzentration und Kosten, aaO, S. 1646.

2) Vgl. Hax, Karl, Betriebswirtschaftliche Probleme der Konzentration, aaO, S. 83 f.

3) Vgl. Giersch, Herbert, Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bd. I, Grundlagen, Wiesbaden 1960, S. 205.

4) Vgl. Rexhausen, Felix, Der Unternehmer und die volkswirtschaftliche Entwicklung, aaO, S. 96 ff.

5) Vgl. Seite 251ff. dieser Arbeit.

2. Die vertikale Programmerweiterung

Die vertikale Zusammenfassung ermöglicht die Einführung integrierter und kontinuierlicher Produktionsverfahren. Die hierfür erforderliche standortmäßige und technische Abstimmung der aufeinanderfolgenden Fertigungsstufen setzt voraus, daß sie in einer Hand liegen ¹⁾. Hierdurch können doppelte Investitionen sowie Transport- und Zwischenlagerkosten vermieden werden. Der wirtschaftliche Erfolg der vertikalen Integration setzt jedoch eine weitgehende qualitative und quantitative Harmonisierung der nacheinander geschalteten Leistungsquerschnitte voraus ²⁾. Die unterschiedliche Teilbarkeit der Produktionsfaktoren führt zwangsläufig zu einem disproportionalen Aufbau der in Serie geschalteten Anlagen oder Betriebe. Das hat zur Folge, daß unterdimensionierte Bereiche die Gesamtkapazität des integrierten Fertigungsapparates limitieren. Überdimensionierte Bereiche können für die integrierte Fertigung nicht voll genutzt werden. Sie müssen ihre Leistungen am Markt absetzen, um durch Auslastung der Kapazitäten einen niedrigen Durchschnittskostensatz zu erreichen.

1) Vgl. hierzu die Darlegungen zur wirtschaftlichen Begründung des Feldmühle-Konzerns auf Seite 231 dieser Arbeit.

2) Vgl. Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, Die Produktion, aaO, S. 356 ff.; Hax, Karl, Betriebswirtschaftliche Probleme der Konzentration, aaO, S. 78.

Die produktionswirtschaftlichen Vorteile der vertikalen Integration sind in großem Umfange frühzeitig in der Montanindustrie genutzt worden. Durch Arbeiten "in einer Hitze" oder "in einer Schmelze" konnten beträchtliche Energiekosten eingespart werden, die bei fehlender Kontinuität zum neuerlichen Erhitzen oder Erschmelzen aufzuwenden wären. Darüberhinaus ermöglicht die vertikale Integration die Verwirklichung des Energieverbundes durch Austausch von Strom, Gas und Wärme ¹⁾.

In wohl höchster Vollendung wird die Verbundwirtschaft in der Großchemie angewandt. In den "Werken der großen Grundsynthesen" werden aus wenigen Rohstoffen nach zehn- bis zwölfmaligem Umschlag tausende von Zwischen- und Endprodukten hergestellt. Da die hierbei anfallenden Energiekosten fast die halbe Höhe der Rohstoffkosten erreichen, besteht das Ziel der Integration von Energie- und Stoffkreisläufen in der nahezu vollständigen Ausnutzung der in ihnen steckenden Verwendungsmöglichkeiten ²⁾.

1) Vgl. Beste, Theodor, Die Entflechtung der Eisen schaffenden Industrie, aaO, S. 17; Hick, Wilhelm, Der Verbund von Kohle und Eisen als betriebswirtschaftliches Problem, Köln und Opladen 1960; Hennig, Helmut, Entflechtung und Neuordnung der westdeutschen Montanindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Verbundwirtschaft zwischen Kohle und Eisen, Diss. Bern 1952, S. 117 ff.; Lenel, Hans Otto, Ursachen der Konzentration, aaO, S. 48 ff.; Heinen, Edmund, Konzentration und Kosten, aaO, S. 1645; Hax, Karl, Betriebswirtschaftliche Probleme der Konzentration, aaO, S. 76 f.; Pohle, Wolfgang, Konzentration und Wettbewerb, aaO, S. 442.

2) s. folgende Seite.

Das marktwirtschaftliche Motiv der "backward integration" ist die Sicherung der Beschaffungsgrundlage für die einzusetzenden Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Entsprechend gilt die "forward integration" der Absatzsicherung ¹⁾. Wegen der heutzutage überragenden Bedeutung der Absatzwirtschaft spielt die Angliederung von Handelsunternehmen eine ähnliche Rolle wie die Angliederung von Unternehmen, die sich der Weiterverarbeitung der eigenen Leistungen widmen. Das Absatzrisiko wird dabei auf die nachgelagerte Stufe übertragen.

Weist der Vertikalkonzern in einer oder mehreren Zwischenstufen überdimensionierte Leistungsquerschnitte auf, muß er als Anbieter oder Nachfrager auf den betreffenden Märkten auftreten, um die Großproduktion zu niedrigen Durchschnittskosten je Leistungseinheit zu verwirklichen. Bei genügender Größe kann der Vertikalkonzern jedoch versucht sein, auf einer hierfür aussichtsreich erscheinenden Stufe einen Verdrängungswettbewerb zu betreiben, den er aus den Gewinnen anderer Stufen finanziert ²⁾.

2) der vorhergehenden Seite:

Vgl. Riebel, Paul, Mechanisch-technologische und chemisch-technologische Industrien in ihren betriebswirtschaftlichen Eigenarten, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F., 6.Jg., 1954, S. 430 f.; Magener, Rolf, Wirtschaften im Großbetrieb, in: Die Zeit vom 4. Juni 1965, Nr. 23, S. 37 f. -Einen instruktiven Einblick in den Chemie- und Energieverbund der zum VEBA-Konzern gehörenden HIBERNIA Aktiengesellschaft, Herne, vermitteln die mehrdimensionalen Lage- und Verbundpläne ihrer Betriebe auf den Seiten 53 ff. ihres Geschäftsberichts 1966.

1) Diese Terminologie stammt von E.A.G. Robinson, The Structure of Competitive Industry, Cambridge 1959, S. 110.

2) Vgl. Giersch, Herbert, Allgemeine Wirtschaftspolitik, aaO, S. 204; Lenel, Hans Otto, Ursachen der Konzentration, aaO, S. 55 ff.

3. Die diagonale Programmiererweiterung

Das Wachstum durch Angliederung von Unternehmen, deren Betriebe im Verhältnis zu den vorhandenen weder horizontale noch vertikale leistungswirtschaftliche Beziehungen aufweisen, ist hier unter dem Aspekt der Diversifizierung zu würdigen. Die Politik der gezielten Ausweitung des Leistungsprogramms ¹⁾ dient nicht primär der konzerninternen Kostensenkung oder Sicherung von Absatz und Beschaffung in dem oben besprochenen Sinn. Da die Diversifizierung ein Ausgreifen über das eigene Leistungsprogramm hinweg beinhaltet, ist sie mehr als bloße Produktdifferenzierung, Sortimentserweiterung oder technisch bedingte Weiterentwicklung ²⁾.

Das Unternehmen gliedert sich Tätigkeitsbereiche an, die im Verhältnis zu seinem angestammten und beibehaltenen Leistungsprogramm keine oder nur geringe verwandtschaftliche Beziehungen aufweisen. Der Zweck der Diversifizierung besteht jedoch nicht allein darin, bei minimalem Verwandtschaftsgrad der Leistungsprogramme einen weitgehenden

1) Der Aufbau der heterogenen Finanzkonzerne der zwanziger Jahre, als deren Prototyp der 1925/26 auseinandergefallene Stinnes-Konzern anzusehen ist, beruhte nicht auf gezielten programmpolitischen Überlegungen. Bei den "Inflationskonzernen" spielten jene finanzpolitischen Motive eine Rolle, die den Möglichkeiten der Konzern- bzw. Vermögensbeherrschung durch die konsequente Anwendung des Holding-, Treppen- oder Pagodenprinzips entsprangen. Vgl. Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 298; Cassier, Siegfried C., Wer bestimmt die Geschäftspolitik der Großunternehmen?, aaO, S. 96 f.

2) Vgl. Bartels, Gerhard, Diversifizierung. Die gezielte Ausweitung des Leistungsprogramms der Unternehmung, Betriebswirtschaftliche Abhandlungen, N.F., Bd. 20, Stuttgart 1966, S. 32 ff.

Risikoausgleich herbeiführen. Es muß - zumindest der Idee nach - einen "gemeinsamen Nenner" geben, auf den die verschiedenartigen Leistungsprogramme zurückzuführen sind ¹⁾.

Die diversifizierend miteinander kombinierten Leistungsprogramme können, ähnlich der horizontalen oder vertikalen Programmerweiterung, produktions-, beschaffungs- oder absatzwirtschaftliche Gemeinsamkeiten aufweisen. Die rohstoff-, produkt- oder kundenorientierte Diversifizierung dient nicht so sehr der Kostensenkung oder Erlössteigerung im angestammten Bereich, sondern der Ausnutzung latent vorhandener Wettbewerbsvorteile. Sie können vor allem aus dem besonderen Unternehmenstyp (Rechtsform, Standort, Tätigkeitsbereich), Vorsprängen in der Produkt- und/oder Verfahrensentwicklung sowie günstigen Lieferanten- oder Abnehmerbeziehungen herrühren. Nicht zuletzt bildet das Management einen bedeutenden Potentialfaktor, dessen Leistungsreserven zu mobilisieren sind.

Die Motive für die Entwicklung zu multi-market oder multi-industry corporations bzw. conglomerate companies sind ebenso vielgestaltig wie die Variationsmöglichkeiten ²⁾ hierzu. Sind dem Wachs-

1) Vgl. Bartels, Gerhard, Diversifizierung, aaO, S. 40 ff.

2) Die Politik der zielbewußten Diversifizierung hat in den Vereinigten Staaten von Amerika zu Beginn der sechziger Jahre bis in die Gegenwart hinein eine ungeahnte Verbreitung gefunden. Bis vor 15 Jahren gab es vorwiegend horizontale oder vertikale Zusammenschlüsse, die jedoch durch die Antitrust-Behörde beaufsichtigt wurden. Die von der Federal Trade Commission bisher offengelassenen Möglichkeiten der diversifizierenden Unternehmenszusammenschlüsse durch "corporate acquisitions" und "mergers" wurden von 1960 bis 1965 in 70 vH aller wichtigsten Fortsetzung der Fußnote s. folgende Seite.

tum der eigenen Leistungsbereiche Grenzen gesetzt, greift man auf Bereiche mit Wachstumschancen über, um wieder zu höheren Gewinnen zu gelangen. Da Produkte und Märkte nicht nur konjunkturellen und saisonalen Schwankungen, sondern zunehmend auch strukturbedingten Risiken ausgesetzt sind, sucht man das Gesamtrisiko durch Betätigung in möglichst verschiedenartigen Leistungsbereichen zu streuen. Nicht zuletzt ist das Bestreben zu beobachten, ungenutzte Kapazitäten auszuschöpfen, die in der Markt- und Finanzkraft, dem Forschungs- und Entwicklungsvolumen oder dem Führungspotential der expandierenden Unternehmen schlummern ¹⁾.

II. Die leistungswirtschaftliche Zuordnung der beteiligungspolitisch verbundenen Aktiengesellschaften

Die kapitalwirtschaftliche Verflechtung der Aktiengesellschaften wurde bereits an anderer Stelle unter dem Gesichtspunkt der von Aktiengesellschaften ausgehenden und hieran bestehenden beteiligungspolitischen Attraktion untersucht. Dabei galt das besondere Augenmerk der Anzahl und Quotenstruktur der Aktienpakete, die ihren Eigentümerinnen, einzeln und kumuliert, gesellschaftsrechtlich begründete Einflußmöglichkeiten

Fortsetzung der Fußnote 2) der vorhergehenden Seite
Fälle wahrgenommen. Nur 13 vH der Konzernierungen und Verschmelzungen waren auf horizontales Wachstum gerichtet. Vgl. Burck, Gilbert, The Perils of the Multi-Market Corporation, aaO, S. 131.

1) Vgl. Bartels, Gerhard, Diversifizierung, aaO, S. 53 ff.; Burck, Gilbert, The Perils of the Multi-Market Corporation, aaO, S. 132; Pohle, Wolfgang, Konzentration und Wettbewerb, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 17. Jg., 1965, S. 440 f.

und steuerrechtlich fixierte Einsparungsmöglichkeiten eröffnen ¹⁾.

Im folgenden geht es um die Untersuchung der am Nominalkapital der beteiligungspassiven Gesellschaften verschiedener Wirtschaftsbereiche und -zweige gemessenen leistungswirtschaftlichen Zuordnung zu anderen Gesellschaften, die selbst in sechs verschiedenen Wirtschaftsgruppen tätig sind oder als Beteiligungsgesellschaften keine leistungswirtschaftlichen Funktionen wahrnehmen. Die Analyse der leistungswirtschaftlichen Zuordnung der verbundenen Aktiengesellschaften wird jeweils aus dem Blickwinkel der beteiligungsaktiven und der beteiligungspassiven Gesellschaften vorgenommen. Es sei nochmals festgehalten, daß die beteiligungspolitischen Verknüpfungen in den Quoten zwischen 5 vH und 100 vH liegen. Die einzelnen oder kumulierfähigen Aktienpakete begründen vielfach, jedoch nicht in jedem Fall, Konzernverhältnisse. Dennoch wird zumindest die leistungsbezogene konzernpolitische Interessenahme sichtbar, soweit sie sich auf das Inland bezieht.

1. Die wirtschaftliche Zuordnung des Besteiligungsbesitzes

Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wo die wirtschaftlichen Beteiligungsschwerpunkte der Aktiengesellschaften im Verhältnis zu eigenen Wirtschaftstätigkeit liegen. Als Grundlage dienen

1) Vgl. hierzu Seite 113 dieser Arbeit.

die nachstehenden Tabellen 21, 22 und 23, deren erste den Schachtelbesitz an den Gesellschaften der einzelnen Wirtschaftsbereiche und deren zweite und dritte eine Spezifizierung hinsichtlich der einzelnen Wirtschaftszweige innerhalb der Wirtschaftsbereiche enthält.

Die gleichartig aufgebauten Tabellen geben Aufschluß über die wirtschaftliche Verteilung des Schachtelbesitzes der in den Spalten 4 bis 10 nach ihrer Wirtschaftsgruppenzugehörigkeit eingeordneten Aktiengesellschaften. Laut Tabelle 21 befand sich Ende 1965 fast ein Viertel (10,79 Mrd. DM) des gesamten Grundkapitals (44,66 Mrd. DM) der Aktiengesellschaften in der Hand anderer Aktiengesellschaften. Ihre Beteiligungsinteressen konzentrierten sich laut Spalte 11 zu 46,7 vH auf das "Verarbeitende Gewerbe" und zu 31,8 vH auf "Energiewirtschaft und Bergbau". Mit weiteren 8,6 vH und 6,4 vH ihrer inländischen Aktienbeteiligungen waren die Aktiengesellschaften an solchen des Kredit- und Versicherungsgewerbes sowie des Dienstleistungssektors beteiligt. Die Anteile müssen jedoch im Zusammenhang mit den vorhandenen Nominalkapitalien der Gesellschaften der aufgeführten Wirtschaftsbereiche gesehen werden, die in Spalte 3 vermerkt sind.

Aus Spalte 4 ergibt sich, daß 92,2 vH des insgesamt von Gesellschaften der Energiewirtschaft und Wasserversorgung gehaltenen Schachtelbesitzes im Nominalwert von 1,22 Mrd. DM der leistungswirtschaftlichen Verbindung mit gleichgearteten Unternehmen dienen. Die Spezifikation in Tabelle 23 zeigt, daß 74,2 vH dieses bereichsinternen Paketbesitzes der Herstellung horizontaler Leistungs-



Tabelle 21:

Die wirtschaftlichen Beteiligungsschwerpunkte

Untergesellschaften			Beteiligungen der Obergesellschaften		
Wirtschaftsbereiche	Anzahl	Grundkapital Mill.DM	Energiewirtschaft und Wasserversorgung	Steinkohlenbergbau, Kokerei, Übriger Bergbau	Chemische Industrie
1	2	3	4	5	6
Verarbeitendes Gewerbe	1 193	24 365	-	48,1	8,1
Energiewirtschaft und Bergbau	163	10 444	92,2	39,0	10,0
Baugewerbe	44	243	1,9	-	-
Handel	153	1 253	-	1,9	-
Verkehr	145	1 238	3,5	2,7	-
Kreditinstitute und Versicherungen	364	3 461	-	1,1	-
Dienstleistungen	456	3 672	2,2	6,9	-
Insgesamt	2 527	44 662	vH 100 Mill.DM 1 218	100 979	100 10,0

1) Anteile unter 1 vH blieben unberücksichtigt.

Quelle: WiSta 66/104* f.

de 1965

Gesellschaften in vH ihrer gesamten inländischen Aktienbeteiligungen 1)					
Industrie	Eisen- u. Stahl- erzeugung	Elektrotechnik	Kreditinstitute und Versicherungen	Beteiligungs- gesellschaften	Insgesamt
	7	8	9	10	11
3,4	75,5	90,3	25,0	36,6	46,7
4,9	11,9	3,3	10,7	59,9	31,8
-	-	-	1,0	-	1,0
-	-	3,6	12,0	1,6	3,8
-	-	-	2,9	1,0	1,8
2,7	-	-	39,0	-	8,6
3,3	11,1	-	9,2	6,1	6,4
0	100	100	100	100	100
683	1 331	964	2 227	2 538	10 794

Tabelle 22:

Die branchenbezogenen Beteiligungsschwerpunkte bei

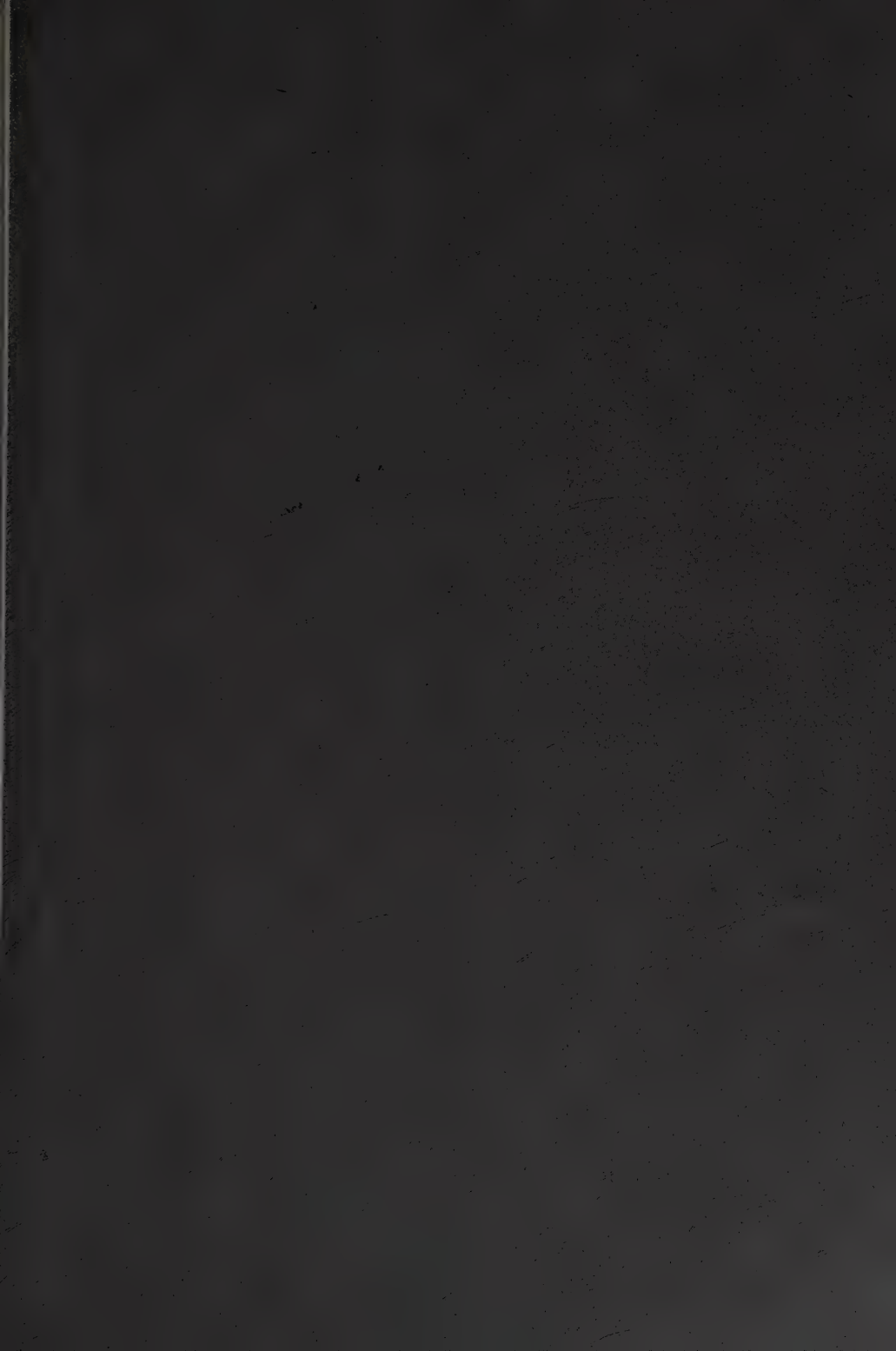
Untergesellschaften			Beteiligungen der		
Bereiche und Branchen	Anzahl	Grundkapital Mill.DM	Energiewirtschaft und Wasserversorgung	Steinkohlenbergbau Kokerei, übriger Bergbau	Chemische Industrie
1	2	3	4	5	6
Chemische Industrie	85	4 907	-	18,0	42,2
Herstellung von Chemiefasern	8	366	-	-	14,4
Mineralölverarbeitung	11	2 401	-	79,1	-
Kunststoffverarbeitung	7	42	-	-	2,1
Gummi- und Asbestverarbeitung	21	391	-	-	-
Verarbeitung Steine, Erden	54	280	-	-	-
Herstellung von Zement	14	240	-	-	-
Feinkeramik	24	103	-	-	-
Herstellung u. Verarbeitung v. Glas	17	159	-	2,5	-
Eisen- und Stahlerzeugung	77	4 906	-	-	6,5
NE-Metallerzeugung, Gießerei	20	392	-	-	4,7
Stahl- und Leichtmetallbau	23	172	-	-	-
Maschinenbau	150	1 802	-	-	1,4
Straßen- und Luftfahrzeugbau	20	2 290	-	-	-
Schiffbau	10	175	-	-	-
Elektrotechnik	55	2 717	-	-	1,1
Feinmechanik, Optik	23	287	-	-	22,7
Herstellung von EBM-Waren	43	192	-	-	-
Herstellung v. Spielwaren, Schmuck	6	19	-	-	-
Holzbe- und -verarbeitung	27	51	-	-	-
Zellstoff- und Papiererzeugung	23	314	-	-	1,
Papierverarbeitung, Druckerei	30	59	-	-	-
Lederherstellung u. -verarbeitung	26	126	-	-	-
Textil- und Bekleidungsgewerbe	152	876	-	-	3,6
Zuckerindustrie	31	135	-	-	-
Brauerei und Mälzerei	141	542	-	-	-
Übriges Nahrungsmittelgewerbe	95	420	-	-	-
Insgesamt	1 193	24 365	vH - Mill.DM	100 471	100

1) Anteile unter 1 vH blieben unberücksichtigt.

Quelle: WiSta 66/104* f.

1965

Gesellschaften in vH ihrer bereichsbezogenen Aktienbeteiligungen ¹⁾					
	Eisen- u. Stahl- erzeugung	Elektrotechnik	Kreditinstitute und Versicherungen	Beteiligungs- gesellschaften	Insgesamt
	7	8	9	10	11
	5,4	-	2,8	11,0	12,5
	-	-	-	-	1,9
	-	-	-	-	7,9
	-	-	-	-	-
	-	-	5,6	-	-
	4,5	-	5,1	-	2,0
	-	-	5,0	-	1,0
	-	-	2,1	-	-
	-	-	-	-	-
	83,7	-	2,1	38,0	24,8
	-	1,0	4,1	1,8	3,0
	-	-	-	4,3	1,0
	3,6	8,6	6,6	28,9	10,5
	-	-	31,8	-	3,7
	1,0	-	4,2	1,0	-
	-	89,2	-	8,9	17,3
	-	-	1,0	-	2,8
	-	1,0	-	-	-
	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	-
	-	-	4,6	1,2	1,1
	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	-
	-	-	7,5	-	2,8
	-	-	-	-	-
	-	-	11,2	2,4	2,6
	-	-	1,4	1,0	9,0
	100	100	100	100	100
04	1 006	871	930	558	5 049



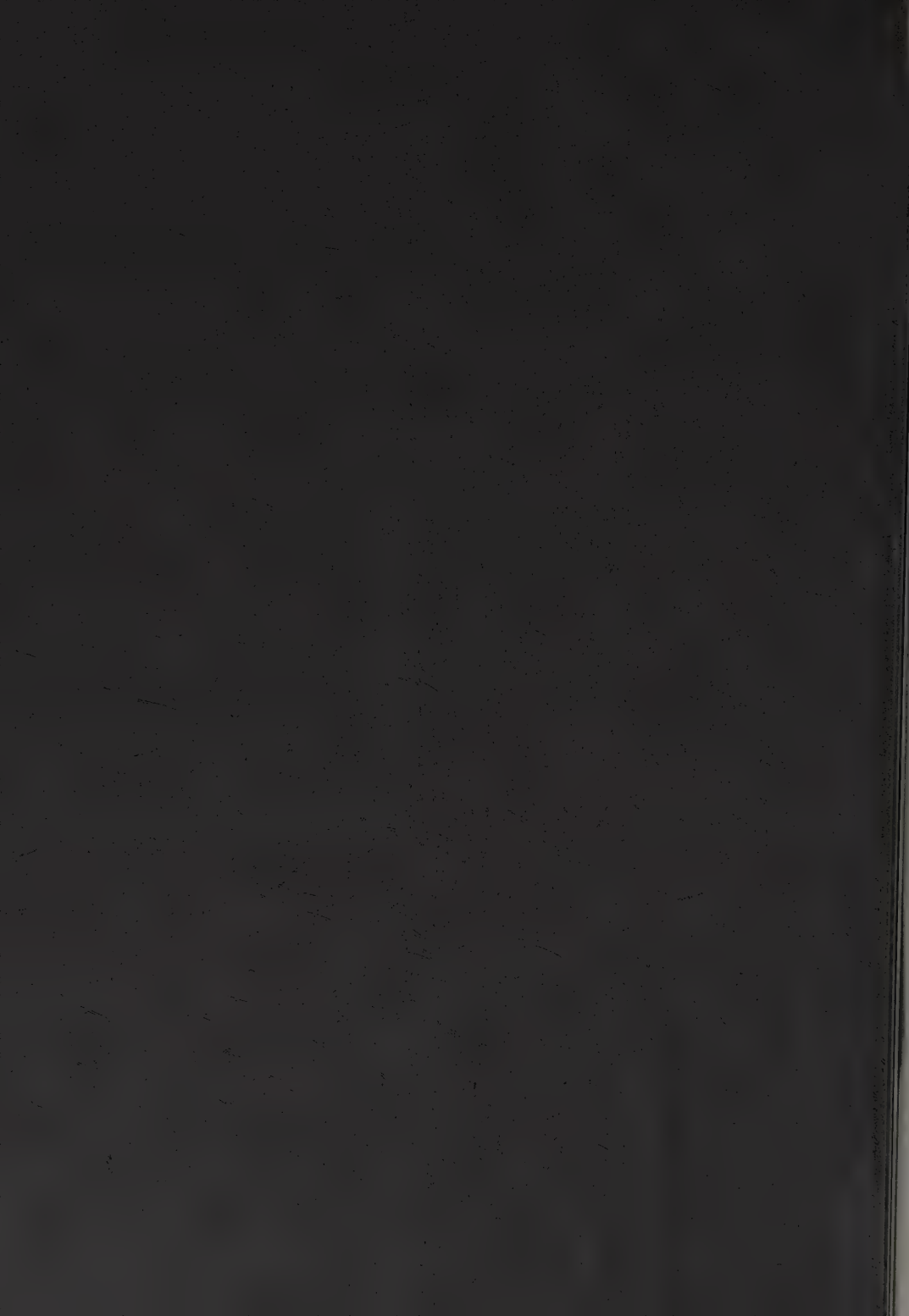


Tabelle 23:

Die branchenbezogenen Beteiligungsschwerpunkte

Untergesellschaften			Beteiligungen d.		
Bereiche und Branchen	Anzahl	Grund- kapital Mill.DM	Energiewirtschaft und Wasserversorgung	Steinkohlenbergbau Kokerei übriger Bergbau	Chem. Indu.
1	2	3	4	5	6
Energiewirtschaft, Wasserversorgung	116	6 389	74,2	32,7	-
Steinkohlenbergbau, Kokerei	29	2 758	-	58,4	100
Übriger Bergbau	18	1 297	25,8	8,9	-
Energiewirtschaft und Bergbau	163	10 444	vH 100	100	100
			Mill.DM 1 123	382	
Baugewerbe	44	243	Mill.DM 24	-	
Großhandel, Handelsvermittlung	127	529	100	73,6	100
Einzelhandel	26	724	-	26,4	-
Handel	153	1 253	vH 100	100	100
			Mill.DM 1	19	
Eisenbahnen (ohne Bundesbahn)	34	118	34,8	-	-
Straßenverkehr	45	507	65,2	-	-
Schiffahrt, Wasserstraßen Häfen	49	287	-	100	-
Sonstiger Verkehr	17	326	-	-	-
Verkehr	145	1 238	vH 100	100	
			Mill.DM 43	27	
Kreditinstitute	179	2 517	-	100	100
Versicherungsgewerbe	185	944	-	-	-
Kreditinstitute und Versiche- rungsgewerbe	364	3 461	vH -	100	100
			Mill.DM -	11	
Beteiligungsgesellschaften	69	2 482	Mill.DM 24	6	

1) Anteile unter 1 vH blieben unberücksichtigt.

Quelle: WiSta 66/104* f.

Ende 1965

Obergesellschaften in vH ihrer bereichsbezogenen Aktienbeteiligungen 1)					
ische strie	Eisen- u. Stahl- erzeugung	Elektrotechnik	Kreditinstitute und Versicherungen	Beteiligungs- gesellschaften	Insgesamt
	7	8	9	10	11
	12,5	100	2,5	34,3	45,0
	71,7	-	97,9	56,9	41,2
	15,8	-	-	8,8	13,8
	100	100	100	100	100
34	159	32	239	1 419	3 435
-	-	8	21	2	61
	88,8	100	16,0	100	41,4
	11,2	-	84,0	-	58,6
	100	100	100	100	100
4	9	35	268	42	420
	-	-	-	55,0	16,0
	-	60,0	3,0	30,0	21,0
	80,0	-	89,4	15,0	55,0
	20,0	40,0	7,6	-	8,0
	100	100	100	100	100
-	10	5	66	25	199
	-	78,5	52,2	-	53,5
	-	21,5	47,8	100	46,5
	-	100	100	100	100
18	-	7	869	8	931
16	81	5	124	143	408

zusammenhänge zwischen den energie- und wasserwirtschaftlichen Versorgungsunternehmen dienen. Die restlichen 25,8 vH gelten der Einflußnahme auf den "Übrigen Bergbau". Hierbei handelt es sich vornehmlich um den Braunkohlenbergbau, den sich die Elektrizitätsversorgungsunternehmen zur Sicherung einer billigen Primärenergiegrundlage angegliedert haben ¹⁾. Es fällt auf, daß sich die Versorgungsunternehmen nicht an Gesellschaften des Steinkohlenbergbaus beteiligt haben.

Neben beschaffungsorientierten Beteiligungen weisen die Elektrizitätsversorgungsunternehmen auch absatzorientierte Beteiligungsinteressen auf. Auf diesem Gebiete interessieren sie sich für Eisen- und Straßenbahngesellschaften mit elektrischem Zugbetrieb (Tabelle 23, Spalte 4).

Die in Spalte 5 eingeordneten Aktiengesellschaften des Steinkohlenbergbaus, der Kokereiwirtschaft und des übrigen Bergbaus verwalteten Ende 1965 einen Schachtelbesitz in Nennwert von 979 Mill. DM. Davon entfielen 48,1 vH auf das "Verarbeitende Gewerbe", 39 vH auf "Energiewirtschaft und Bergbau" und 6,9 vH auf den Dienstleistungssektor.

1) Als Beispiel sei die fast vollständige Beteiligung des Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE), Essen, an dem 228 Mill. DM betragenden Grundkapital der Rheinische Braunkohlenwerke AG, Köln, genannt. Diese Gesellschaft ist an weiteren Braunkohlenbergbau- und Braunkohlenverwertungsgesellschaften beteiligt, die 1965 mit 158,2 Mill. DM zu Buch standen. Vgl. Bayerische Hypotheken- und Wechselbank (Hrsg.), Wegweiser durch deutsche Aktiengesellschaften, München 1966, S. 465 und S. 467.

Die Beteiligungen im Nominalwert von 471 Mill. DM, die sich auf das Verarbeitende Gewerbe beziehen, gelten zu 79,1 vH der Interessennahme an Gesellschaften der Mineralölverarbeitung. Da die Kohlehydrierung in der Nachkriegszeit fast völlig eingestellt wurde, ist aus der ehemaligen Stufe der Weiterverarbeitung das geworden, was als Diversifizierung zu bezeichnen ist. Als "Zebras" stehen die Bergbauunternehmen nach dem Ausbau des Mineralölgeschäfts nicht mehr "auf einem Bein"¹⁾. Auf Beteiligungen an der Chemischen Industrie entfallen 18 vH des bergbaueigenen Beteiligungsbesitzes. Auch dieser Besitz dient der chemischen Auswertung der Kohle bzw. ihrer Wertstoffe und damit der vertikalen absatzgerichteten Integration²⁾.

Weitere 382 Mill. DM des Paketbesitzes der Bergbau- und Kokereigesellschaften gelten der Einflußnahme auf den Bereich "Energiewirtschaft und Bergbau" (Tabelle 23, Spalte 4). Hiervon dienen 58,4 vH der Verflechtung von Steinkohlenbergbau- und Kokereigesellschaften untereinander. Je nach

1) So besitzt die zum VEBA-Konzern gehörende HIBERNIA Aktiengesellschaft, Herne, das volle Eigentum an dem 165 Mill. DM-Kapital der in der Mineralölverarbeitung tätigen Scholven Chemie AG, Gelsenkirchen-Buer, oder die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, Essen, das vollständige Eigentum an dem 100 Mill. DM-Kapital der Gelsenberg Benzin AG, Gelsenkirchen. Vgl. Geschäftsbericht HIBERNIA, 1966, S. 8; Geschäftsbericht GBAG, 1965, S. 43.

2) In diesem Rahmen ist auch die von der HIBERNIA AG, Herne, gehaltene Schachtelbeteiligung in Höhe von 25 vH des 260 Mill. DM-Kapitals der Chemischen Werke Hüls AG, Marl, zu sehen, deren Betriebsanlagen mit denen der Scholven-Chemie AG in einem eigenen Gasverbund stehen. Vgl. Geschäftsbericht HIBERNIA, 1966, S. 8 und S. 54.

Zuordnung bilden die Betriebe dieser Gesellschaften einen horizontalen oder vertikalen Leistungszusammenhang. Weitere 32,7 vH des auf "Energiewirtschaft und Bergbau" gerichteten Beteiligungsbesitzes der Bergbau und Kokereigesellschaften zielen auf die Angliederung von energiewirtschaftlich tätigen Gesellschaften ab. Diese Unternehmen widmen sich neben der Stromerzeugung vor allem der Gasversorgung ¹⁾. Damit ist dieser Vertikalverbund absatzorientiert.

Ebenfalls absatzorientiert ist der mit 19 Mill. DM bezifferte Beteiligungsbesitz der Bergbau- und Kokereigesellschaften an solchen des Handels. Er verteilt sich zu 73,6 vH auf den Großhandel und zu 26,4 vH auf den Einzelhandel mit Brennstoffen. Weitere mit 27 Mill. DM bezifferte Beteiligungen an der Binnen- und Seeschifffahrt sind zu dem Zweck eingegangen worden, um den Transport von Kohle und Koks in eigener Regie durchzuführen (Tabelle 23, Spalte 5) ²⁾.

Der Schachtelbesitz der Chemischen Industrie belief sich Ende 1965 auf 683 Mill. DM. Hiervon konzentrierten sich 88,4 vH auf das Verarbeitende Gewerbe und 4,9 vH auf Energiewirtschaft und Bergbau (Tabelle 21, Spalte 6).

1) Hier ist an das Gemeinschaftsunternehmen des Ruhrkohlenbergbaus, die Ruhrgas AG, Essen, zu denken. An ihrem Kapital im Nennwert von 103,75 Mill. DM ist die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, Essen, mit einem Anteil von 35,9 vH beteiligt. Vgl. Geschäftsbericht GBAG, 1965, S. 43.

2) Ein bedeutender Teil der Handels- und Schifffahrtsbeteiligungen entfällt auf die Bergbaugesellschaften Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, Essen, HIBERNIA AG, Herne, und die an die HIBERNIA angegliederte Hugo Stinnes AG, Mülheim (Ruhr).

Der mit nominal 604 Mill. DM angegebene Paketbesitz an der Verarbeitenden Industrie entfällt zu 42,2 vH auf brancheninterne Beteiligungen. Sie begründen sowohl horizontale als auch vertikale Leistungszusammenhänge, die in der chemischen Industrie überaus vielfältig sind (Tabelle 22, Spalte 6). 22,7 vH des von Aktiengesellschaften der chemischen Industrie gehaltenen Paketbesitzes verbinden sie mit der feinmechanischen und optischen Industrie. Hierauf beruht die Absatzsicherung für die forschungsintensiven Produkte der fotochemischen Industrie ¹⁾. Weitere 14,4 vH ihres deutschen Beteiligungsbesitzes stellen eine - ebenfalls absatzorientierte - Verbindung mit der Chemiefaser-Industrie her, die in jüngster Zeit weiter ausgebaut worden ist. ²⁾.

Mit weiteren 34 Mill. DM ihres deutschen Aktienbeteiligungsbesitzes haben die Gesellschaften der chemischen Industrie vertikale Verbindungen zum Steinkohlenbergbau hergestellt. Sie dienen der Sicherung ihrer Rohstoff- und Energieversorgung (Tabelle 23, Spalte 6).

1) Das 150 Mill. DM-Kapital der AGFA Aktiengesellschaft, Leverkusen, befindet sich zu 91,5 vH im Besitz der Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen, und zu 8,5 vH im Besitz der C.F. Boehringer & Soehne G.m.b.H., Mannheim. Der Besitz von Boehringer ist nicht im Schachtelbesitz aufgeführt, da die Eigentümerin nicht die Rechtsform der Aktiengesellschaft hat. Vgl. Geschäftsbericht BAYER, 1965, S. 37.

2) So hat die Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen, bis Anfang 1967 96,7 vH des 77 Mill. DM-Kapitals der Phrix-Werke AG (Phrix), Hamburg, erworben. 37,2 vH des Phrix-Kapitals erwarb die BASF käuflich und 59,5 vH durch ein Umtauschangebot an die Phrix-Aktionäre. Der Einstandswert lag bei 202 vH bzw. 150,7 Mill. DM. Vgl. Geschäftsbericht BASF, 1966, S. 17.

Der in der Hand der Eisen- und Stahlindustrie liegende Paketbesitz im Nominalwert von 1,33 Mrd. DM verteilt sich zu 75,5 vH auf das Verarbeitende Gewerbe, zu 11,9 vH auf Energiewirtschaft und Bergbau und zu 11,1 vH auf den Dienstleistungssektor (Tabelle 21, Spalte 7).

Mit einer Milliarde DM vereinigt die Eisen- und Stahlindustrie ein Fünftel des Schachtelbesitzes am Verarbeitenden Gewerbe auf sich. Davon entfallen 83,7 vH auf bereichsinterne Beteiligungen. Inwieweit sie horizontal oder vertikal ausgerichtet sind, kann der Darstellung nicht entnommen werden. Mit 5,4 vH ihres Aktienpaketbesitzes stellt die Eisen- und Stahlindustrie eine Verbindung mit der Chemischen Industrie her. Das unmittelbare Interesse an diesem Industriezweig kann darin gesehen werden, daß man der Substitutionskonkurrenz durch Kunststoffe zu begegnen sucht. Durch die Herstellung und Verarbeitung von Kunststoffen soll der Marktanteil an Rohren und anderen Bauelementen erhalten oder ausgeweitet werden. Darüberhinaus kann bspw. durch die Beschichtung mit Kunststoffen eine Veredelung vor allem von Walzwerkprodukten erzielt werden ¹⁾. Das beteiligungs-

1) In diesem Zusammenhang sind unter anderem die Beteiligungen der Mannesmann AG, Düsseldorf, an der Ruhrchemie AG, Oberhausen-Hotten, (Grundkapital 60 Mill. DM, Beteiligung 33,3 vH), der Süd-West-Chemie GmbH, Neu-Ulm (Stammkapital 3 Mill. DM, Beteiligung 52 vH) und der Mannesmann-Plastik GmbH, Düsseldorf, (Stammkapital 6,5 Mill. DM, Beteiligung 60 vH) zu sehen. An der Ruhrchemie AG sind neben Mannesmann als weiterer Stahlkonzern die Hüttenwerk Oberhausen AG, Oberhausen, und als Chemie-Partner die Farbwerke Hoechst, Frankfurt (Main)-Hoechst, mit je 20 Mill. DM beteiligt. Vgl. Geschäftsbericht Mannesmann, 1965, S. 22 und S. 57; Commerzbank AG (Hersg.), Wer gehört zu wem, aaO, S. 378.

politische Engagement der Eisen- und Stahlindustrie an der Bergbau- und Kokereiwirtschaft kann sie darüberhinaus veranlaßt haben, für diese Gesellschaften eine leistungswirtschaftliche Verbindung mit der chemischen Industrie herzustellen, um ihre Kosten- und Ertragssituation zu verbessern. In der Konzernhierarchie stehen die Bergbau- und Kokereigesellschaften in einem Schwesterverhältnis zu den mit ihnen leistungswirtschaftlich verbundenen chemiewirtschaftlichen Kohle- verwertungsgesellschaften. Unerwartet gering ist das beteiligungspolitische Interesse der Eisen- und Stahlindustrie an den Aktiengesellschaften des Maschinenbaus, auf die nur 3,6 vH ihrer Beteiligungen am Verarbeitenden Gewerbe entfallen (Tabelle 22, Spalte 7)¹⁾.

Soweit die beteiligungspolitischen Interessen der Eisen- und Stahlindustrie außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes liegen, haben sie mit 159 Mill. DM ihren Schwerpunkt in dem Bereich "Energie- wirtschaft und Bergbau". Hiervon sichern 71,7 vH den Bezug von Steinkohle, Koks und Gas für die Prozesse der Energieerzeugung und Verhüttung. Ebenfalls beschaffungsorientiert ist der mit 15,8 vH angegebene Anteil, der auf den "Übrigen Bergbau" entfällt. Damit wird die Belieferung mit Erz und Kalk für die Roheisengewinnung sichergestellt. Die verbleibenden 12,5 vH repräsentieren die Interessen der Eisen- und Stahlindustrie an Gesellschaften der Energiewirtschaft. Sie werden in den Energieverbund und -spitzenausgleich der Montanindustrie einbezogen (Tabelle 23, Spalte 7).

1) Vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 257 dieser Arbeit.

Der Paketbesitz der Elektroindustrie, dessen Nominalwert 1965 bei 964 Mill. DM lag, konzentriert sich zu 90,3 vH auf das Verarbeitende Gewerbe (Tabelle 21, Spalte 8). Von diesen 871 Mill. DM verbleibt mit 89,2 vH ein höherer Anteil in der eigenen Branche als in der Chemischen Industrie (42,2 vH) und der Eisen- und Stahlindustrie (83,7 vH). Auch hier können die horizontalen und vertikalen Verflechtungen nicht voneinander isoliert werden. Aufgrund der Breite der Arbeitsgebiete dürften die horizontalen Verbindungen überwiegen. Eindeutig vertikale Verflechtungen bestehen mit dem Maschinenbau, auf den 8,6 vH des Beteiligungspolitischen Engagements der Elektroindustrie innerhalb der Verarbeitenden Gewerbes entfallen. Sie dienen vor allem der Absatzsicherung für Elektromotoren und andere elektrotechnische Serienerzeugnisse sowie der Herstellung von Großanlagen zur Energiegewinnung (Tabelle 22, Spalte 8).

Die Kreditinstitute und Versicherungsgesellschaften verwalteten Ende 1965 einen Beteiligungsbesitz in Höhe von nominal 2,23 Mrd. DM. Dieser Besitz ist höchstens zu 39 vH konzernpolitisch motiviert. Der überwiegende Teil der Beteiligungen ist aus geschäfts- und anlagepolitischen Gründen erworben worden. Hiervon entfallen allein 930 Mill. DM auf das Verarbeitende Gewerbe, 268 Mill. DM auf den Handel und 239 Mill. DM auf Energiewirtschaft und Bergbau (Tabellen 21, 22 und 23, Spalte 9)¹⁾.

1) Über die Motive des geschäftsfremden Beteiligungserwerbs der Kreditinstitute und Versicherungsgesellschaften vgl. insbesondere den Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 37 f. und S. 47 sowie den Anlagenband hierzu, S. 336 ff. und S. 372.

Der konzernpolitisch orientierte Paketbesitz hatte das Volumen von 869 Mill. DM und bezog sich zu 52,2 vH auf Kreditinstitute und zu 47 vH auf Versicherungsgesellschaften (Tabelle 23, Spalte 9).

Mit 2,54 Mrd. DM lag fast ein Viertel des gesamten Schachtelbesitzes (10,79 Mrd. DM) in der Hand von Beteiligungsgesellschaften. Aus dieser Darstellung können keine unmittelbaren Leistungszusammenhänge abgeleitet werden. Aus der Kenntnis individueller Konzernstrukturen kann aber gefolgert werden, daß die Beteiligungsgesellschaften zumeist als Spitzen von Industriekonzernen fungieren, in denen die leistungswirtschaftlichen Horizontal-, Vertikal oder Diagonalzusammenhänge zumeist zwischen konzernmäßig zusammengefaßten Schwester-gesellschaften bestehen ¹⁾. Diese Organisationsformen können zumeist als Überbleibsel der Entflechtungspolitik der Alliierten Besatzungsbehörden angesehen werden. Als Prototypen gelten insbesondere die Rheinischen Stahlwerke, Essen, die Gutehoffnungshütte Aktienverein, Nürnberg-Oberhausen sowie die Chemie-Verwaltungs-AG, Frankfurt (Main).

1) Vgl. hierzu insbesondere die Darlegungen zur Struktur der Innenumsätze in den Holdingkonzernen auf Seite 289f. dieser Arbeit.

2. Die wirtschaftliche Zuordnung des Kapitaleigentums

Die nachstehenden Tabellen 24, 25 und 26 bauen auf demselben Quellenmaterial wie die drei vorhergehenden Tabellen auf. Ging es bei jenen um die Herausarbeitung der Beteiligungsschwerpunkte der Gesellschaften einzelner Wirtschaftsbereiche, so geht es im folgenden um die Darstellung der kapital- und leistungswirtschaftlichen Abhängigkeiten der untereinander aufgeführten Gesellschaften einzelner Wirtschaftsbereiche und -zweige von anderen Aktiengesellschaften des gleichen oder fremder Geschäftszweige.

Ohne nochmals auf die leistungswirtschaftlichen Zuordnungen der Gesellschaften einzugehen, sei hier kurz der Aufbau der gleichartigen Übersichten am Beispiel der Tabelle 24 erläutert. Danach hatten die in Spalte 1 aufgeführten Aktiengesellschaften Ende 1965 insgesamt ein Grundkapital von 44,66 Mrd. DM. Es lag laut Spalte 11 zu insgesamt 24,1 vH in der Hand anderer Aktiengesellschaften. 5,8 vH des Grundkapitals aller Aktiengesellschaften waren im Besitz von Beteiligungsgesellschaften, weitere 5,0 vH im Besitz von Kreditinstituten und Versicherungen usw. Eine genaue Aufschlüsselung des Kapitaleigentums an den einzelnen Wirtschaftszweigen enthalten die Tabellen 25 und 26.

Einen besonderen Hinweis verdient die Tatsache, daß 30,9 vH des Aktienkapitals der Kunststoffverarbeitung in der Hand der Chemischen Industrie liegen (Tabelle 25, Spalte 6). Diese hat hierauf



Tabelle 24:

Die wirtschaftliche Zuordnung des Schachtelbesitzes an den A

Ende 1963

Untergesellschaften			Beteiligu		
Wirtschaftsbereiche	Anzahl	Grund- kapital Mill.DM	Energiewirtschaft und Wasserversorgung	Steinkohlenbergbau, Kokerei, Übriger Bergbau	Chemische Industrie
1	2	3	4	5	6
Verarbeitendes Gewerbe	1 193	24 365	-	1,9	2,5
Energiewirtschaft und Bergbau	163	10 444	10,8	3,7	-
Baugewerbe	44	243	10,0	-	-
Handel	153	1 253	-	1,5	-
Verkehr	145	1 238	3,4	2,1	-
Kreditinstitute und Versicherungen	364	3 461	-	-	-
Dienstleistungen	456	3 672	-	1,9	-
Insgesamt	2 527	44 662	2,7	2,2	1,5

1) Anteile unter 1 vH blieben unberücksichtigt.

Quelle: WiSta 66/104* f.

n der Obergesellschaften in vH des Grundkapitals 1)

	Eisen- u. Stahl- erzeugung	Elektrotechnik	Kreditinstitute und Versicherungen	Beteiligungs- gesellschaften	Insgesamt
	7	8	9	10	11
	4,1	3,5	2,3	3,8	20,7
	1,5	-	2,3	13,6	32,8
	-	3,2	8,6	-	25,1
	-	2,8	21,4	3,4	33,5
	-	-	5,3	2,0	16,0
	-	-	25,9	-	26,8
	4,1	-	5,7	4,3	19,0
	3,0	2,2	5,0	5,8	24,1

Tabelle 25:

Die wirtschaftliche Zuordnung des Schachtelbesitzes an den Akt

Ende 1965

Untergesellschaften			Beteiligun		
Wirtschaftsbereiche	Anzahl	Grund- kapital Mill.DM	Energiewirtschaft und Wasserversorgung	Steinkohlenbergbau, Kokerei übriger Bergbau	Chemische Industrie
1	2	3	4	5	6
Chemische Industrie	85	4 907	-	1,7	5,2
Herstellung von Chemiefasern	8	366	-	-	23,8
Mineralölverarbeitung	11	2 401	-	15,5	-
Kunststoffverarbeitung	7	42	-	-	30,9
Gummi- und Asbestverarbeitung	21	391	-	-	-
Verarbeitung Steine, Erden	54	280	-	-	-
Herstellung von Zement	14	240	-	-	-
Feinkeramik	24	103	-	-	-
Herstellung u.Verarbeitung v.Glas	17	159	-	7,5	-
Eisen- und Stahlerzeugung	77	4 906	-	-	-
NE-Metallerzeugung, Gießerei	20	392	-	-	7,1
Stahl- und Leichtmetallbau	23	172	-	1,1	-
Maschinenbau	150	1 802	-	-	-
Straßen- und Luftfahrzeugbau	20	2 290	-	-	-
Schiffbau	10	175	-	-	-
Elektrotechnik	55	2 717	-	-	-
Feinmechanik, Optik	23	287	-	-	47,7
Herstellung von EBM-Waren	43	192	-	-	-
Herstellung v.Spielwaren, Schmuck	6	19	-	-	-
Holzbe- und verarbeitung	27	51	-	-	-
Zellstoff- und Papiererzeugung	23	314	-	-	2,2
Papierverarbeitung, Druckerei	30	59	-	-	-
Lederherstellung u. -verarbeitung	26	126	-	-	-
Textil- und Bekleidungsgewerbe	152	876	-	-	2,5
Zuckerindustrie	31	135	-	-	-
Brauerei und Mälzerei	141	542	-	-	-
Übriges Nahrungsmittelgewerbe	95	420	-	-	-
Insgesamt	1 193	24 365	-	1,9	2,5

1) Anteile unter 1 vH blieben unberücksichtigt.

Quelle: WiSta 66/104* f.

gen der Obergesellschaften in vH des Grundkapitals ¹⁾				
Eisen- u. Stahl- erzeugung	Elektrotechnik	Kreditinstitute und Versicherungen	Beteiligungs- gesellschaften	Insgesamt
7	8	9	10	11
1,1	-	-	2,1	12,8
-	-	1,1	-	27,0
-	-	-	-	16,4
-	-	7,1	-	38,0
1,2	-	8,1	4,7	10,2
16,4	-	10,3	0,7	37,8
-	-	11,6	2,0	20,8
-	2,9	11,6	-	16,5
-	-	-	-	15,7
17,2	-	-	7,2	25,4
-	2,0	5,8	4,3	39,7
-	-	2,3	23,2	27,9
2,1	4,2	2,1	14,9	29,3
-	-	7,8	-	8,0
5,7	-	13,7	5,1	24,5
-	28,6	-	6,6	32,2
-	-	1,7	-	49,8
3,6	4,1	1,0	-	24,4
-	-	15,7	-	15,7
-	-	-	-	3,9
-	-	8,2	3,5	18,8
-	-	1,6	-	1,6
-	-	1,5	-	10,3
-	-	4,7	-	16,0
-	-	-	-	-
-	-	11,6	4,0	24,5
-	-	1,9	2,1	9,0
4,1	3,5	2,3	3,8	20,7



Tabelle 26:

Die wirtschaftliche Zuordnung des Schachtelbesitzes an d

Ende

Untergesellschaften					Betei
Bereiche und Branchen	Anzahl	Grund- kapital Mill.DM	Energiewirtschaft und Wasserversorgung	Steinkohlenbergbau, Kokerei, Übriger Bergbau	Chem Indus
1	2	3	4	5	6
Energiewirtschaft, Wasser- versorgung	116	6 389	13,0	2,0	
Steinkohlenbergbau, Kokerei	29	2 758	-	8,9	
Übriger Bergbau	18	1 297	22,4	2,6	
Energiewirtschaft und Bergbau	163	10 444	10,8	3,7	
Baugewerbe	44	243	-	-	
Großhandel, Handelsvermittlung	127	529	-	2,6	
Einzelhandel	26	724	-	-	
Handel	153	1 253	-	1,5	
Eisenbahnen (ohne Bundesbahn)	34	118	12,7	-	
Straßenverkehr	45	507	5,5	-	
Schiffahrt, Wasserstraßen, Häfen	49	287	-	9,4	
Sonstiger Verkehr	17	326	-	-	
Verkehr	145	1 238	3,4	2,1	
Kreditinstitute	179	2 517	-	-	
Versicherungsgewerbe	185	944	-	-	
Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	364	3 461	-	-	
Beteiligungsgesellschaften	69	2 482	1,0	-	

1) Anteile unter 1 vH blieben unberücksichtigt.

Quelle: WiSta 66/104^{ff}.

1965

Beteiligungen der Obergesellschaften in vH des Grundkapitals ¹⁾

Industrie	Eisen- u. Stahl- erzeugung	Elektrotechnik	Kreditinstitute und Versicherungen	Beteiligungs- gesellschaften	Insgesamt
	7	8	9	10	11
	-	-	-	7,6	24,1
,2	4,3	-	9,0	29,2	54,4
	1,9	-	-	9,7	36,6
	1,5	-	2,3	13,6	32,8
	-	-	-	-	-
	1,6	6,6	8,1	8,1	32,8
	-	-	31,1	-	33,9
	-	2,8	21,4	3,4	33,5
	-	-	-	11,8	27,1
	-	-	-	1,5	8,4
	-	-	20,5	1,3	38,3
	-	-	1,5	-	4,9
	-	-	5,3	2,0	16,0
	-	-	18,0	-	19,8
	-	-	44,0	-	45,7
	-	-	25,9	-	26,8
	3,0	-	5,0	5,8	16,4

jedoch nur 2,1 vH ihrer gesamten deutschen Beteiligungsinteressen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes eingesetzt (Tabelle 22, Spalte 6). Hierin kommt die Kapital- und Rohstoffabhängigkeit der Kunststoffverarbeitung von der forschungsintensiven Chemischen Industrie zum Ausdruck. Liegt das Kapital der Kunststoffverarbeiter zu 38 vH in der Hand anderer Aktiengesellschaften, so ist das der Chemischen Industrie nur zu 12,8 vH im inländischen Schachtelbesitz (Tabelle 25, Spalte 11). Der überwiegende Teil ihres Kapitals liegt im Streubesitz ¹⁾.

An dieser Stelle sei nochmals auf die Verbindungen der Eisen- und Stahlindustrie mit dem Maschinenbau eingegangen. Wie Tabelle 25 zeigt, hält die Eisen- und Stahlindustrie nur 2,1 vH des Kapitals eines ihrer wichtigsten Abnehmerkreise. Der entsprechende Besitz der Elektroindustrie ist mit einer durchschnittlichen Beteiligungsquote von 4,2 vH genau doppelt so hoch. Allein 14,9 vH des Maschinenbauaktienkapitals liegen in der Hand von Beteiligungsgesellschaften. Hier bildet der Gutehoffnungshütte Aktienverein, Nürnberg-Oberhausen, die Spitze eines horizontal gegliederten, vielseitigen Maschinenbaukonzerns. Über gemeinsame Großaktionäre ist der GHH-Konzern mit dem Konzern der Hüttenwerk Oberhausen AG, Oberhausen (Rhld.), verbunden, der die Stahlseite des vor der Entflechtung zusammengehörenden Konzerns der "Gutehoffnungshütte Oberhausen AG" repräsentiert.

1) Zur Aufteilung des Eigentums am gesamten Kapital der Aktiengesellschaften vgl. die Übersicht auf Seite 109 ff. dieser Arbeit.

Insofern besteht eine indirekte Verbindung der Stahl- mit der Maschinenbauindustrie. Ebenfalls indirekt, jedoch wesentlich enger gekoppelt, ist der durch die Rheinischen Stahlwerke, Essen, hergestellte Leistungszusammenhang zwischen den beiden aufeinanderfolgenden Stufen der Investitionsgüterindustrie. Neben ihren Beteiligungen an Gesellschaften des Steinkohlenbergbaus, der Hüttenindustrie und der Gießereiindustrie hält die Rheinstahl-Holding Beteiligungen an Gesellschaften der Stahlverarbeitung einschließlich des Maschinenbaus. Trotz ihrer rechtlichen Selbständigkeit bilden die wirtschaftlich tätigen Rheinstahl-Schwestern einen integrierten Horizontal- und Vertikalkonzern. Im Gegensatz zum GHH-Konzern, dessen Konzernglieder nur teilweise in vollständigem Eigentum der Holding stehen, findet die leistungswirtschaftliche Integration des Rheinstahl-Konzerns ihre kapitalwirtschaftliche Parallele darin, daß die Rheinstahl-Töchter ausschließlich im Besitz der Spitzengesellschaft liegen ¹⁾.

Wie aus Tabelle 26, Spalte 9 zu entnehmen ist, befindet sich der außerordentlich hohe Anteil von 44,0 vH des mit 944 Mill. DM angegebenen Kapitals der Versicherungswirtschaft in der Hand von Aktiengesellschaften des Kredit- und Versicherungsgewerbes. Die hier bestehenden Leistungszusammenhänge sollen im folgenden näher untersucht werden.

1) Vgl. Geschäftsbericht Gutehoffnungshütte, 1964/65, S. 21 ff.; Geschäftsbericht Rheinstahl, 1965, S. 37.

III. Die leistungswirtschaftliche Verflechtung der beteiligungspolitisch verbundenen Versicherungsaktiengesellschaften

Wie in anderen Wirtschaftsbereichen so unterscheidet man auch in der Versicherungswirtschaft zwischen horizontalen und vertikalen Leistungszusammenhängen. Durch die einheitliche Leitung mehrerer Erstversicherungsunternehmen gleicher oder verschiedener Sparten entsteht eine horizontale Verknüpfung der Betriebe. Durch den Zusammenschluß von Erst- und Rückversicherern wird eine vertikale Leistungszuordnung der Gesellschaften hergestellt. In größeren Versicherungskonzernen oder -gruppen bestehen sowohl horizontale als auch vertikale Leistungsstrukturen. Sie stimmen mit der rechtlichen Organisation der Konzerne weitgehend überein.

Ein wesentlicher Grund für die Kongruenz zwischen dem kapital- und leistungswirtschaftlichen Aufbau der Versicherungskonzerne ist in der Praxis der Versicherungsaufsichtsbehörde zu sehen. Sie hat auf eine rechtliche Trennung der Hauptsparten Lebens-, Kranken-, Schaden- und Unfallversicherung hingewirkt. Darüberhinaus dürfen aufgrund möglicher Interessenkollisionen die Zweige der Kreditversicherung überhaupt nicht mit einer anderen Sparte zusammengefaßt werden. Damit sind dem horizontalen und vertikalen Wachstum innerhalb rechtlich selbständiger Gesellschaften Riegel vorgeschoben. Die wirtschaftlichen Vorteile, die aus der Zusammenfassung verschiedener Leistungsbereiche unter einheitlicher Leitung zu erzielen sind, können nur durch Konzernierung erreicht werden ¹⁾.

1) Vgl. Braeß, Paul, Konzentration in der Versicherungswirtschaft, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I, S. 415 f.

Die Konzernbildung gestattet der Versicherungswirtschaft zumindest die wirtschaftliche Zusammenfassung von Gesellschaften verschiedener Sparten in einer Hand. Durch die damit geschaffenen Leistungszusammenhänge können die zusammengefaßten Gesellschaften ihre Wettbewerbskraft verstärken. Durch Konzernierung können die Unternehmen ihr Leistungsangebot nach dem Warenhausprinzip ausdehnen.. Die damit einhergehende Vergrößerung des Konzerns erleichtert es, das Vertrauen der Versicherungsnehmer zu gewinnen, vor allem wenn die Konzernglieder durch gleiche Firmierung auf ihre Zugehörigkeit zu einem Großunternehmen der Versicherungswirtschaft hinweisen. Die Vielseitigkeit des Versicherungsangebotes ermöglicht es, den Außendienst rationeller einzusetzen. Die Vergrößerung der Versicherungsbestände und die Kombination verschiedener Sparten bewirkt einen indirekten Risikoausgleich. Darüberhinaus können Großrisiken durch Austausch von Mit- und Rückversicherungen intern aufgeteilt werden. Die konzernpolitische Spartenkombination erleichtert es, besonders hart umkämpften Versicherungsmärkten aus dem Wege zu gehen und sich aussichtsreicheren Geschäftszweigen zuzuwenden. Schließlich können die zusammengefaßten Gesellschaften in einen offenen Erfahrungsaustausch treten. Er kann sich auf bestimmte Versicherungssparten oder Auslandsmärkte beziehen, die erschlossen werden sollen. Nicht zuletzt können sich die einheitlich geleiteten Versicherungsunternehmen in der Anlage und Beschaffung von Kapital und in der Liquiditätspolitik unterstützen ¹⁾.

1) Vgl. Braeß, Paul, Konzentration in der Versicherungswirtschaft, aaO, S. 417.

Da auch die Untersuchung der versicherungswirtschaftlichen Verflechtung zu den Gegenständen der Konzentrationsenquete gehörte, seien ihre Ergebnisse unter dem Aspekt ihrer kapital- und leistungswirtschaftlichen Organisation weiter aufgeschlüsselt. Die Analyse bezieht sich auf insgesamt 149 Versicherungsaktiengesellschaften, von denen 16 an der Börse notiert und 113 nicht notiert wurden ¹⁾.

Im Jahre 1960 waren die deutschen Versicherungsaktiengesellschaften in 436 Fällen durch Beteiligungen untereinander verbunden. In 55 Fällen handelte es sich um Mehrheitsbeteiligungen und in weiteren 80 Fällen um qualifizierte Minderheitsbeteiligungen. Die übrigen 301 Beteiligungen lagen über 1 vH und unter 25 vH. Diese einfachen Minderheiten repräsentierten rund die Hälfte des Nennwertes sämtlicher Versicherungsbeteiligungen.

Die meisten Majoritäten lagen in der Hand von Gesellschaften anderer Versicherungssparten. Nur 15 Mehrheiten verbanden spartengleiche Gesellschaften untereinander. An sechs Versicherungsaktiengesellschaften bestanden neben den (einfachen) Mehrheiten auch qualifizierte Minderheitsbeteiligungen anderer Gesellschaften. Die bereits erwähnten 80 Sperrminoritäten kumulierten sich auf 56 Gesellschaften derart, daß auf 21 Gesellschaften 43 miteinander verkoppelte "Gemeinschaftsbeteiligungen" entfielen ²⁾.

1) Vgl. Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 351 ff.

2) Vgl. daselbst, S. 363..

Die kapitalmäßige Verfilzung der Versicherungswirtschaft wird besonders deutlich, wenn man die in 46 Fällen festgestellten wechselseitigen Beteiligungen näher untersucht. Ihre Struktur kann aus Tabelle 27 ersehen werden. Danach hielten die Beteiligungsinhaber der Gruppe A acht Mehrheitsbeteiligungen an den Gesellschaften der Gruppe B. Dagegen hatten die der Gruppe B keinen direkten Mehrheitsbesitz an den Gesellschaften der Gegen-
gruppe in der Hand. Die A-Gesellschaften besaßen darüberhinaus 17 qualifizierte Minderheiten, die B-Gesellschaften nur drei direkte Sperrminoritäten. Dafür hatten die B-Gesellschaften 43 möglicherweise kombinierbare einfache Minderheiten in ihren Portefeuilles, deren die A-Gesellschaften nur 21 aufzuweisen hatten.

Tabelle 27:

Wechselseitige Beteiligungen der Versicherungsaktiengesellschaften

1960

Gruppe A \ Gruppe B	Beteiligungsquotengruppen vH				
	über 1 bis 10	über 10 bis 25	über 25 bis 50	über 50	ins- gesamt
Beteiligungsquotengruppen vH	Fälle				
1	2	3	4	5	6
über 1 bis 10	14	-	-	-	14
über 10 bis 25	4	3	-	-	7
über 25 bis 50	11	3	3	-	17
über 50	5	3	-	-	8
Insgesamt	34	9	3	-	46

Quelle: Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 365.

Aus diesen Beteiligungsstrukturen kann nicht ohne weiteres auf eine gesellschaftsrechtliche Überlegenheit der Beteiligungsträger der Gruppe A geschlossen werden. Die Gegenüberstellung zeigt nicht, in welchem Umfang die einfachen und qualifizierten Minderheitsbeteiligungen durch Kumulation direkten und indirekten Beteiligungsbesitzes und durch Stimmrechtsbindungen konzernpolitisch aufgewertet werden. Außerdem können Aktien verschiedener Gattungen, vor allem solche mit Mehrstimmrechten, für die Beurteilung der Herrschaftsverhältnisse bedeutsam sein ¹⁾.

In den 25 größten versicherungswirtschaftlichen Unternehmensverbindungen waren 115 Gesellschaften der Lebens-, Kranken- und Sachversicherung zusammengefaßt. Insgesamt 97 Erstversicherer gehörten einer Gruppe an. Davon waren 33 jeweils die einzigen ihrer Sparte innerhalb ihrer Gruppe. Hierin spiegelt sich das Prinzip wider, die aufsichtsrechtliche Spartentrennung durch die horizontale konzernmäßige Zusammenfassung von Erstversicherern mit anderen Erstversicherern zu neutralisieren.

1) Im Rahmen der Konzentrationsenquete wurden 20 Verträge untersucht, welche die Rechte aus einseitigen, gemeinsamen, wechselseitigen und Ringbeteiligungen regelten. 15 dieser Vereinbarungen bezogen sich auf Aktien an 14 börsennotierten Gesellschaften. Die Verträge über Namensaktien bezogen sich im einzelnen auf die Obergrenze der Beteiligung, das Aktienoptionsrecht, den Beherrschungsbeschluß, den Ausschluß der Stimmrechtspoolung, temporäre Hauptversammlungsabsenzen oder auf die Vertretung durch von den beteiligten Gesellschaften benannte Personen. Die sechs Verträge über Mehrstimmrechtsaktien regelten ihren Treuhandbesitz und die Rückgabepflicht oder die Stimmrechtsausübung nach Weisung des Aufsichtsrates der beteiligungspassiven Gesellschaft. Vgl. Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 366 f.

Die übrigen 64 Gesellschaften waren innerhalb ihrer Gruppe nicht die einzigen ihrer Sparte. Die horizontale Zusammenfassung von Erstversicherern bringt eine Erhöhung und zunehmende Mischung von Versicherungsbeständen gleicher Risikoklassen mit sich. Durch den gegenseitigen Austausch von Teilen ihrer Versicherungsbestände kann ein interner Risikoausgleich herbeigeführt werden, ohne daß Rückversicherungsprämien zu zahlen sind. Nur die weniger guten Risiken verbleiben den nicht konzernverbundenen Rückversicherern. Doch auch hierfür könnten die Erstversicherer durch intensiven internationalen Austausch einen Ausgleich schaffen.

Für Erstversicherer kann es dennoch interessant sein, sich Rückversicherer anzugliedern. Die an sie abgegebenen Prämien bleiben dann im "eigenen Bereich". Umgekehrt beteiligen sich genügend starke Rückversicherer vielfach an Erstversicherern, selbst wenn diese derselben Geschäftssparte angehören, um sich eine ausreichende Geschäftsbasis zu sichern ¹⁾.

1. Die Struktur des versicherungseigenen Beteiligungsbesitzes an anderen Versicherungsgesellschaften

Die spartenmäßigen Beteiligungsschwerpunkte der Gesellschaften bestimmter Versicherungszweige können aus der für das Jahr 1960 erstellten Tabelle 28 ersehen werden. Sie enthält in Spalte 2 jeweils den gesamten Nennwert des Beteiligungskapitals, das die untereinander aufgeführten

1) Vgl. Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 370 f.

Anteilseigner, Versicherungsunternehmen und Nichtversicherer, an den in den Spalten 3 bis 6 eingeordneten Versicherungsgesellschaften halten. In diesen Spalten ist die prozentuale Aufgliederung des Versicherungsaktienbesitzes auf die einzelnen Sparten wiedergegeben.

Nach dieser Übersicht befinden sich 343,4 Mill. DM des Kapitals der deutschen Versicherungsaktiengesellschaften in der Hand in- und ausländischer Versicherungsunternehmen sowie deren Vermögensverwaltungsgesellschaften. Ihre Beteiligungen konzentrieren sich zu 54,5 vH auf Sachversicherer, zu 21,5 vH auf Rückversicherer und zu 19,9 vH auf Lebensversicherer.

Tabelle 28:

Die Beteiligungsschwerpunkte von Versicherern und Nichtversicherern

in den einzelnen Versicherungssparten

1960

Anteilseigner	Beteiligungspassive Versicherungsaktiengesellschaften				
	Beteil- lungskapi- tal insges. Mill. DM	Lebens-	Kranken- Sach- versicherer	Rück-	
	vH Sp. 2				
1	2	3	4	5	6
Lebensversicherungs- gesellschaften	48,4	14,5	11,4	71,0	3,1
Krankenversicherungs- gesellschaften	4,1	46,4	14,6	36,7	2,3
Rückversicherungs- gesellschaften	105,8	24,4	3,2	59,6	12,8
Sachversicherungs- gesellschaften	125,8	18,9	0,9	47,7	32,5
Vermögensverwaltungs- gesellschaften ¹⁾	13,8	22,5	-	17,4	60,1
Ausländische Versicherungsunternehmen	46,2	14,7	7,8	56,3	21,2
Versicherungswirtschaft insgesamt	343,4	19,9	4,1	54,5	21,5
Banken	45,8	6,1	-	64,4	29,5
Sonstige Unternehmen ²⁾	18,5	15,1	-	84,9	-
Private	33,7	31,2	6,5	59,0	3,3
Nichtversicherer insgesamt	98,0	16,4	2,2	66,4	15,0
Insgesamt ³⁾	441,4	19,2	3,7	57,1	20,0

1) Vermögensverwaltungsgesellschaften von Versicherungsunternehmen.

2) Ohne Banken und Versicherungen.

3) Ohne ungeklärten und gestreuten Besitz.

Mit nominal 125,8 Mill. DM verfügen die Sachversicherungsgesellschaften über das höchste versicherungswirtschaftliche Beteiligungsportefeuille. Davon entfällt mit 47,7 vH der größte Anteil auf Beteiligungen an anderen Sachversicherungsgesellschaften. Mit Lebens- und Krankenversicherungsbeteiligungen zusammen nehmen die horizontal ausgerichteten Versicherungsbeteiligungen der Sachversicherer einschließlich ihres sparteninternen Besitzes 67,5 vH ihres Beteiligungsbesitzes ein. Die beteiligungspolitische Angliederung von Rückversicherern macht mit 32,5 vH den höchsten Gruppenanteil vertikal orientierten Beteiligungsbesitzes in der Hand von Erstversicherern aus.

Die Lebens- und Krankenversicherer haben sich nur mit 3,1 vH bzw. 2,3 vH ihres deutschen Versicherungsinvestments bei Rückversicherern engagiert. Die Beteiligungen der Lebensversicherer konzentrieren sich zu 71 vH auf Sachversicherer und zu 11 vH auf Krankenversicherer. Für horizontale Verflechtungen in der eigenen Sparte verbleiben den Lebensversicherern nur 14,5 vH ihre Beteiligungsengagements. Fast ebenso niedrig (14,6 vH) ist der Anteil des sparteninternen Versicherungsinvestments der Krankenversicherungen. Auch sie haben mit 46,4 vH und 36,7 vH ihrer Versicherungsinteressen das Schwergewicht ihrer horizontalen Expansion auf das Lebens- und Sachgeschäft gelegt.

Nach den Sachversicherern haben die Rückversicherer mit 105,8 Mill. DM das größte versicherungswirtschaftliche Beteiligungsportefeuille aufzuweisen. Die horizontale Verflechtung mit anderen Rück-

versicherern ist mit 12,8 vH ihres (deutschen) Beteiligungsnennwertes gering gegenüber den für die vertikale Expansion eingegangenen Beteiligungseingagements. Die von den Rückversicherern zwecks Sicherung der eigenen Geschäftsbasis erworbenen Beteiligungen an Erstversicherern konzentrieren sich zu 59,6 vH auf Sachversicherer und zu 24,4 vH auf Lebensversicherungen. Die von den Rückversicherern auf Erstversicherer gelenkte Interessennahme ist mit 87,2 vH ihres gesamten deutschen Versicherungsbeteiligungsbesitzes ungleich höher als die entgegengesetzt verlaufende Einflußnahme.

Die Aufteilung der Versicherungsbeteiligungen der versicherungseigenen Vermögensverwaltungsgesellschaften und der ausländischen Versicherungsunternehmen sowie der Nichtversicherer soll nicht weiter erörtert werden, da sich aus diesen Verbindungen keine versicherungswirtschaftlichen Leistungszusammenhänge ableiten lassen.

2. Die Struktur des Eigentums am Versicherungskapital

Die nachstehende Tabelle 29 dient der Aufhellung der Eigentümerstruktur in den wichtigsten Versicherungssparten. Sie basiert auf dem gleichen Zahlenmaterial, das der vorhergehenden Tabelle zugrundegelegt hat. Die hier angegebenen Werte spiegeln dieselben, bereits erörterten Sachverhalte wider. Durch die Umpolung der Bezugsbasis soll die Gewichtung der Abhängigkeitsverhältnisse verdeutlicht werden, in welche die einzelnen Versicherungssparten durch die Betei-

ligungnahme von Gesellschaften derselben und anderer Versicherungssparten geraten sind.

Tabelle 29:

Die Eigentümerstruktur in den einzelnen Versicherungssparten

1960

Anteilseigner	Beteiligungspassive Versicherungsaktiengesellschaften				
	insgesamt	Lebens-	Kranken-	Sach-	Rück-
	vH des Beteiligungskapitals				
1	2	3	4	5	6
Lebensversicherungs- gesellschaften	11,0	8,3	33,5	13,7	1,7
Krankenversicherungs- gesellschaften	0,9	2,3	3,7	0,6	0,1
Rückversicherungs- gesellschaften	24,0	30,5	20,7	25,0	15,3
Sachversicherungs- gesellschaften	28,3	28,1	6,7	23,7	45,9
Vermögensverwaltungs- gesellschaften	3,1	3,7	-	0,9	9,4
Ausländische Versicherungsunternehmen	10,5	8,0	22,0	10,3	11,1
Versicherungswirtschaft insgesamt	77,8	80,9	86,6	74,2	83,5
Banken	10,4	3,3	-	11,7	15,3
Sonstige Unternehmen ²⁾	4,2	3,3	-	6,2	-
Private	7,6	12,5	13,4	7,9	1,2
Nichtversicherer insgesamt	22,2	19,1	13,4	25,8	16,5
Beteiligungskapital ³⁾ insgesamt Mill. DM	441,4	84,4	16,4	252,2	88,4

1) Vermögensverwaltungsgesellschaften von Versicherungsunternehmen.

2) Ohne Banken und Versicherungen.

3) Ohne ungeklärten und gestreuten Besitz.

Quelle: Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 384 f.

Aus der Übersicht geht hervor, daß im Jahre 1960 77,8 vH des insgesamt mit 441,4 Mill. DM angegebenen aufgliederbaren deutschen Versicherungsaktienkapitals in der Hand anderer in- und ausländischer Versicherungsunternehmen lagen. Die bedeutende Rolle der Banken, die hauptsächlich als Großaktionäre bei börsennotierten Versicherungsaktiengesellschaften fungieren, wird dadurch belegt, daß sie allein 20,4 vH des gesamten aufgliederbaren Versicherungsaktienkapitals in der Hand hielten. Im Rückversicherungsbereich waren sie sogar mit 15,3 vH seines Grundkapitals vertreten ¹⁾.

Die Sachversicherer halten mit 28,3 vH und die Rückversicherer mit 24 vH die größten Spartenanteile am gesamten Versicherungsaktienkapital. Die Anteile der Lebensversicherer und des Auslands liegen nur knapp über dem der Banken. Da auf die leistungsbezogene Zuordnung der Versicherungsgesellschaften bereits eingegangen wurde, brauchen die Zusammenhänge hier nicht wiederholt zu werden.

1) Die Banken waren im Jahre 1960 mit 45,8 Mill. DM überwiegend an börsennotierten Versicherungsgesellschaften beteiligt. Ihre Interessen erklären sich im wesentlichen aus der Bedeutung, welche die Versicherer als Kapitalsammelstellen haben. Darüberhinaus schalten sich die Banken ein, wenn es um die Abwehr versuchter Einflußnahme durch Dritte geht. Vgl. Anlagenband zu Konzentrationenquete, aaO, S. 362.

IV. Die leistungswirtschaftliche Bedeutung der gesellschaftsrechtlich abgegrenzten Konzernbereiche

Im folgenden ist die leistungswirtschaftliche Bedeutung der handelsrechtlich abgegrenzten Bereiche deutscher Großkonzerne ¹⁾ in arbeits- und absatzwirtschaftlicher Hinsicht zu untersuchen. Damit soll die konzerninterne produktions- und marktwirtschaftliche Aufgabenteilung an Hand von Kriterien untersucht werden, die einen hinreichend zuverlässigen, weil eindeutig abgrenzbaren, Vergleichsmaßstab abgeben. Das ist die den einzelnen Konzernbereichen zurechenbare Anzahl der Arbeitskräfte und die Höhe der Umsätze.

Die handelsrechtliche Abgrenzung der Konzernbereiche ergibt sich aus der rechtlichen Selbständigkeit der Konzernglieder, der Intensität ihrer beteiligungspolitischen Verknüpfung und dem Standort ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Kapital- und leistungswirtschaftlicher Mittelpunkt des konventionellen, d.h. horizontal oder vertikal gegliederten, Konzerns ist die wirtschaftlich tätige Muttergesellschaft. Um sie herum gruppieren sich jene Konzerngesellschaften, die aufgrund ihrer engen kapital- und leistungswirtschaftlichen Verflechtung mit der Muttergesellschaft den (inländischen) Konsolidierungskreis bilden. Dieser ist mit dem Inlandskonzern identisch, soweit letzterer nicht weitere inländische Konzernglieder einschließt, deren Jahresabschlüsse aus grundsätzlichen oder publizitätspolitischen Erwägungen nicht mit dem der Muttergesellschaft konsolidiert werden. Der Inlandskonzern bildet zusammen mit den Konzerngesellschaften des Auslands den Gesamtkonzern.

1) Zur quantitativen Abgrenzung des Großkonzerns vgl. Seite 168f. dieser Arbeit.

1. Die Aufteilung der Arbeitskräfte

Jede Konzernobergesellschaft macht Angaben über die Anzahl ihrer Beschäftigten. Die größeren Konzerne teilen darüberhinaus mit, wie viele Arbeitnehmer sie "insgesamt" beschäftigen. Dabei legen sie jedoch recht unterschiedliche Abgrenzungen zugrunde. Die Unterschiedlichkeit ergibt sich entweder aus der individuellen Struktur des Konzerns oder aus der willkürlichen Wahl der Abgrenzungskriterien. Über die hierin geübte Publizität gibt Tabelle 30 Auskunft. Darin sind nur die Großkonzerne aufgeführt, deren Muttergesellschaften selbst wirtschaftlich tätig sind und die auch über die Anzahl der zum "Konzern" gehörenden Arbeitskräfte berichten.

Der Spalte 5 sind die Angaben über die Anzahl der bei der Mutter tätigen Arbeitnehmer zu entnehmen. Je nach mitgeteilter Abgrenzung enthalten die Spalten 2, 3 oder 4 die entsprechenden Angaben zum "Konzern". Über den aus in- und ausländischen Unternehmen zusammengesetzten Gesamtkonzern berichten die traditionell auch im Ausland tätigen Gesellschaften. Die Mutter des Siemens-Konzerns, der mit 257 000 die meisten Mitarbeiter der deutschen Großunternehmen beschäftigt, weist mit 109 000 Arbeitnehmern auch als Einzelgesellschaft die größte Mitarbeiterschaft auf, doch ist ihr Anteil an der Arbeitnehmerschaft des Gesamtkonzerns mit 43 vH der geringste bei den -auch-international tätigen Konzernen.

Ein wesentlich stärkeres Gewicht hat der Mitarbeiterstamm bei den Muttergesellschaften der Automobilkonzerne Daimler-Benz und Volkswagen-

Tabelle 30:

Die Verteilung der Beschäftigten auf einzelne Konzernbereiche

1965

Obergesellschaft ¹⁾	K o n z e r n b e r e i c h				
	Gesamt	Inland	Konsolidie- rungskreis	Obergesellschaft	
T a u s e n d					VH Sp. 2, 3, 4
1	2	3	4	5	6
A E G		128,3		67,7	53
BÜDERUS		29,1		12,5	43
DAIMLER-BENZ	98,5			81,8	83
DEUTSCHE CONTI-GAS		19,4		6,0	31
D E A		26,8		11,0	41
DEUTSCHE SIELL		6,8		6,1	90
D H H U			27,3	15,3	56
FARBENF. BAYER	99,8			54,1	54
FARBW. HOECHST	72,9			38,0	52
FELDMÜHLE			30,0	8,0	27
GLANZSTOFF		30,0		12,7	42
MANNESMANN	77,5			46,1	60
METALLGESELLSCHAFT		30,7		7,0	23
PREUSSAG			18,2	12,4	68
SIEMENS	257,0			109,4	43
A T H		94,2		17,2	18
V W	125,2			94,3	75
WINTERSHALL		14,1		5,3	38

1) Erläuterung der Kurzformen vgl. Seite dieser Arbeit.

Quelle: Geschäftsberichte der Gesellschaften.

werk. Sie beschäftigen selbst 83 vH und 75 vH ihrer gesamten im In- und Ausland tätigen Arbeitnehmer. Nur etwas mehr als die Hälfte der konzernzugehörigen Arbeitskräfte beschäftigen die Muttergesellschaften der international tätigen Chemie-Konzerne Bayer und Hoechst. Neben Mannes-

mann als einzigem deutschen Stahlkonzern beschäftigten Siemens, Bayer und Hoechst bedeutende Teile ihrer Arbeitnehmerschaft in ausländischen Konzernbetrieben ¹⁾.

Die Hälfte der tabellarisch aufgeführten Gesellschaften berichtet über die Belegschaftszahlen des gesamten Inlandskonzerns. In dieser Gruppe verfügt die Muttergesellschaft des Thyssen-Konzerns mit nur 18 vH der Gesamtbelegschaft über den geringsten Anteil. Das andere Extrem bildet die Spitze des nationalen Unterkonzerns der internationalen Royal Dutch-Shell-Gruppe. Bei ihr sind 90 vH aller Arbeitnehmer des deutschen Konzernzweiges tätig. Die Spitzengesellschaften der übrigen Großkonzerne, die über die Arbeitnehmerschaft des gesamten Inlandsbereichs berichten, beschäftigen, mit Ausnahme der AEG, durchweg weniger als die Hälfte ihrer gesamten Arbeitnehmer auf eigene Rechnung. Über die Anzahl der im Konsolidierungskreis beschäftigten Personen berichten nur drei Gesellschaften.

2. Die Aufteilung der Umsätze

Die umsatzwirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Konzernbereiche und die diesbezügliche Publizität kann aus Tabelle 31 ersehen werden. Sie enthält die gleiche Bereichseinteilung wie die arbeitswirtschaftliche Übersicht. In der absatzwirtschaftlichen Synopsis sind auch die durch reine

1) Näheres hierzu auf Seite 377 dieser Arbeit.



Tabelle 31

Die Verteilung der Umsatzerlöse

1965
1. 1.

K o

Obergesellschaft ²⁾						
	G e s a m t			I n l a n d		
	insgesamt	außen	innen ³⁾	insgesamt	außen	innen ³⁾
1	2	3	4	5	6	7
A E G				4 463	4 135	
B A S F	4 050					
BUDERUS				1 310		
DAIMLER-BENZ	5 300					
DEUTSCHE CONTI-GAS				500		
D E A						
DEUTSCHE SHELL						
D H H U						
FARBENF. BAYER	6 301					
FARBW. HOECHST	5 236					
FELDMÜHLE						
G B A G				2 828		
GLANZSTOFF						
G H H				4 398	4 094	
HOESCH						
MANNESMANN	5 304	4 160	1 144 (22)		3 710	
METALLGESELLSCHAFT		3 100				
PREUSSAG						
SALZGITTER						
SIEMENS		7 179				
A T H						
V I A G						
V W		9 268				
WINTERSHALL				1 244		

1) Angaben für das im Jahre 1965 endende Geschäftsjahr.

2) Erläuterung der Kurzbezeichnungen vgl. Seite dieser Arbeit.

3) Die in Klammern wiedergegebenen Zahlen stellen die vH-Anteile der Inneren jeweiligen Konzernbereiche dar.

4) vH-Anteile beziehen sich auf die Spalten 3 oder 9.

Quelle: Geschäftsberichte der Gesellschaften.

5 1)

n z e r n b e r e i c h

nen 3)	Konsolidierungskreis			O b e r g e s e l l s c h a f t			
	insgesamt	außen	innen 3)	insgesamt	vH Sp. 2 5, 8	außen	innen 3)
7	8	9	10	11	12	13	14
28 (7)				2 683	60		
				3 261	81		
				528	40		
				4 475	84		
				34	7		
		2 006		1 039	52 4)		
		2 020		1 873	93 4)		
	2 091	1 636	455 (22)	996	48		
				3 709	59		
				3 698	71		
		1 725		684	40 4)		
		3 073		1 097	39	985	112 (10)
	1 735	1 347	388 (22)	1 073	62		
				-	-		
97 (7)	2 859	2 358	501 (18)	1 721	60		
	4 321	3 363	958 (22)	1 824	34	1 667	157 (9)
				2 234	72 4)		
	1 219	939	280 (23)	442	36		
	4 238	3 301	937 (22)	-	-		
		6 013		2 525	35		
	8 641	6 899	1 742 (20)	1 699	20		
	1 415	1 111	304 (22)	-	-		
				7 458	81		
				625	50		

1-- an den Gesamtumsätzen des

Holdinggesellschaften geführten Konzerne dargestellt.

Der erste Überblick zeigt, daß jeder der aufgeführten Großkonzerne neben der Nennung des Umsatzes der "Muttergesellschaft" in einer oder mehreren Abgrenzungen¹⁾ auch Angaben zu den "Konzernumsätzen" macht. Die für den "Gesamtkonzern", "Inlandskonzern" oder den Konsolidierungsbereich mitgeteilten Umsatzziffern stimmen nur selten formal überein. Vielfach wird über den "Gesamtumsatz" eines Bereiches berichtet, ohne daß mitgeteilt wird, ob und in welchem Umfang Innenumsätze darin enthalten sind. Die tabellarisch dargestellte Umsatzpublizität der Konzerne ist eindeutig, wenn die Gesamtumsätze - welchen Bereichs auch immer - sich nach Innen- und Außenumsätzen aufgliedern lassen. Die Umsatzangaben verschiedener Konzerne sind vergleichbar, wenn sie bereichsmäßig einheitlich abgegrenzt werden. Die Umsatzpublizität ist breit gegliedert, wenn zugleich über mehrere Bereiche berichtet wird.

1) Als Umsätze im Sinne des § 312 Abs. 3 Nr. 1 AktG 1937 i.d.n.F. gelten nur Umsätze mit Dritten, die Gegenstand der eigentlichen Betriebsleistung des Unternehmens sind. Die Veräußerungen nicht mehr benötigter Anlagegüter, Mietzinsen, Kantineerlöse etc. werden dagegen als "leistungsfremde" Umsätze unter den "Sonstigen Erträgen" der Position Nr. 14 dieser Vorschrift verbucht. Vgl. Adler - Düring - Schmaltz, Die neue Gewinn- und Verlustrechnung, aaO, § 132, Tz 54 f. - Das Aktienrecht grenzt den Umsatz wesentlich enger ab als das Umsatzsteuergesetz. Nach § 1 UStG (RGBl. I 942) unterliegen "die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt", als steuerbare Umsätze der Umsatzsteuer.

Die vielseitigste Umsatzpublizität übt der Mannesmann-Konzern. Er gibt als einziger die Aufgliederung des gesamten Umsatzes des in- und ausländischen Gesamtkonzerns nach Außen- und Innenlieferungen bekannt (Tabelle 31, Spalte 2, 3 und 4). Über den in- und ausländischen Konzern geben BASF, Daimler-Benz, Bayer und Hoechst nur die gesamten Umsätze und Metallgesellschaft, Siemens und das Volkswagenwerk nur die Außenumsätze bekannt.

Für den Inlandskonzern teilen die Konzerne der AEG-Telefunken-Gruppe und der Gutehoffnungshütte den Gesamtumsatz und seine Aufgliederung nach Innen- und Außenlieferungen mit. Beide Konzerne sind im wesentlichen horizontal gegliedert. Damit ist es zu erklären, daß die Innenlieferungen nur 7 vH der Gesamtumsätze ausmachen. Buderus, Deutsche Conti-Gas, GBAG und Wintershall geben nur die Gesamtumsätze ihres Inlandskonzerns bekannt, wohingegen Mannesmann den um die Innenlieferungen gekürzten Außenumsatz mitteilt.

Am umfangreichsten ist die konzernbezogene Umsatzpublizität bei der Berichterstattung über den Konsolidierungskreis. Acht der 24 aufgeführten Konzerne geben die Aufschlüsselung der Gesamtumsätze nach Außen- und Innenlieferungen bekannt. Hierunter befinden sich fünf Konzerne der Eisen- und Stahlindustrie. Die zwischen 18 vH und 23 vH liegenden Anteile der Innen- an den Gesamtumsätzen sprechen für eine hochgradige leistungswirtschaftliche Verflechtung der kon-

solidierten Gesellschaften (Tabelle 31, Spalte 10)¹⁾
 Sie ist bei diesen hauptsächlich vertikal gegliederten Konzernen dreimal höher als bei den Horizontalkonzernen der AEG-Telefunken-Gruppe oder der Gutehoffnungshütte, soweit man Zahlen des Konsolidierungskreises mit solchen des (weiter ausladenden) Inlandskonzerns vergleichen darf.

Die um die Innenlieferungen gekürzten Außenumsätze ihrer Konsolidierungsbereiche werden von weiteren fünf Gesellschaften mitgeteilt. In drei Fällen stellen sie die einzigen "Konzernziffern" dar. Dagegen werden sie bei Siemens zusätzlich zum Außenumsatz des Gesamtkonzerns und bei der GBAG zusätzlich zum Gesamtumsatz des Inlandskonzerns genannt.

Die am Umsatz gemessene leistungswirtschaftliche Bedeutung der Muttergesellschaften im Rahmen ihrer Konzerne kann aus Spalte 12 ersehen werden²⁾
 Da die Muttergesellschaften (nur) ihre Gesamtumsätze bekanntgeben, können ihre Leistungsziffern nur durch Bezugnahme auf die Gesamtumsätze ihrer Konzernbereiche errechnet werden, die in den Spalten 2, 5 oder 8 wiedergegeben sind. Bis auf

1) Einen tiefgehenden Einblick in die Gesamt-, Innen- und Außenumsätze seiner Produktions- und Handelsgesellschaften gibt der Mannesmann-Konzern. Dabei werden die Produktionsgesellschaften in folgende Gruppen aufgeteilt: "Kohle und sonstige Rohstoffe", "Walzstahl und Röhrenhalbzeug", "Rohre und Rohrerzeugnisse", "Erzeugnisse der sonstigen Weiterverarbeitung" und "Sonstige Umsätze". Vgl. Geschäftsbericht Mannesmann, 1965, S. 9.

2) Die Spalten 13 und 14 sind für die Aufgliederung der Mutterumsätze nach Außen- und Innenlieferungen vorgesehen. Hierüber berichten die Gelsenkirchener Bergwerks Aktiengesellschaft, Essen, und die Mannesmann AG, Düsseldorf. Beide Muttergesellschaften tätigen rund ein Zehntel ihrer Umsätze mit Konzerngesellschaften.

fünf in Spalte 12 gekennzeichnete Ausnahmen werden die Gesamtumsätze der Muttergesellschaften auch auf die "Insgesamt"-ziffern ihrer Konzerne bezogen, doch gelten die Konzernziffern für verschieden abgegrenzte Bereiche.

Die an den Umsatzziffern ermessene leistungswirtschaftliche Bedeutung der Muttergesellschaften bildet erwartungsgemäß die Parallele zu ihrer absatzwirtschaftlichen Stellung im Rahmen ihrer Gesamtkonzerne. Ein Vergleich der arbeitswirtschaftlichen (Tabelle 30, Spalte 6) mit den absatzwirtschaftlichen (Tabelle 31, Spalte 12) Leistungsziffern zeigt bei 18 Konzernen, daß die umsatzwirtschaftliche Bedeutung in zehn Fällen größer ist als die arbeitswirtschaftliche, wohingegen die Verhältnisse in den acht übrigen Fällen umgekehrt liegen. Die individuellen Leistungsverhältnisse sind jedoch zu vielgestaltig, um aus der Anordnung dieser Ziffern auf bestimmte Regeln schließen zu können.

C Die finanzwirtschaftliche Konzernführung

Die finanzielle Führung des Konzerns vollzieht sich nach den gleichen Grundsätzen, wie sie für rechtseinheitliche Unternehmen entwickelt worden sind. Sie umfaßt alle "betriebspolitischen Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, o r g a n i s a t o r i s c h die Kapital- und Vermögensstruktur dem Betriebszweck entsprechend zu gestalten und d i s p o s i t i o n e l l die jeweils notwendigen geldwirtschaftlichen Voraussetzungen für den reibungslosen Ablauf aller

Produktions-, Markt- und Verwaltungsfunktionen im inner- und zwischenbetrieblichen Wertekreislauf zu schaffen" ¹⁾.

Die "strukturpolitisch-organisatorische" Komponente der betrieblichen Finanzwirtschaft beinhaltet "die organisatorische, dauerhafte Gestaltung der finanziellen Struktur der Betriebswirtschaft von ihrer Entstehung bis zur Auflösung". Hierbei geht es einerseits um die "Bereitstellung und (den, Anm.d.Verf.) Einsatz langfristigen gebundenen Eigen- und Fremdkapitals unter Inanspruchnahme des Beteiligungs- und Fremdkapitalmarktes oder des Gewinns" ²⁾ und andererseits um die "finanzwirtschaftlichen Dauermaßnahmen ... bei primär allgemeinen unternehmenspolitischen und organisatorischen Vorgängen", die insbesondere bei Konzernverflechtungen bedeutsam sind ³⁾.

Von den vorgenannten lassen sich die "dynamisch-dispositiven" finanzwirtschaftlichen Maßnahmen nicht immer eindeutig abgrenzen. Sie haben ihren Schwerpunkt in den laufenden "finanziellen Dispositionen". Sie gelten der "Bereitstellung und (dem, Anm.d.Verf.) Einsatz kurzfristig gebundenen Kapitals unter Inanspruchnahme des Geldmarktes" und der "permanenten Steuerung des Kapitaleinsatzes in Form von Umlauf- und Anlagevermögen zur optimalen Verwirklichung der Betriebsziele im Umsatzprozeß" ⁴⁾.

1) Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 18. Hervorhebungen im Original.

2) Derselbe, S. 18. Hervorhebungen im Original.

3) Derselbe, S. 19.

4) Derselbe, S. 19. Hervorhebungen im Original.

Die für das rechtseinheitliche Unternehmen entwickelten finanzwirtschaftlichen Grundaufgaben gelten auch für den Konzern. Dieser bildet nach der bereits vorgestellten Liefmann'schen Definition¹⁾ eine "Einheit in produktionstechnischer, verwaltungstechnischer, kommerzieller und namentlich finanzieller Hinsicht". Bei aller wirtschaftlichen Einheitlichkeit darf jedoch nicht übersehen werden, daß Kopf und Glieder des Konzerns rechtliche Selbständigkeit besitzen. Die polykorporative Struktur des Konzerns hat zur Folge, daß von der Bereitstellung bis zum Einsatz befristeten oder unbefristeten Kapitals vielfach "gesellschaftsrechtliche Hürden" zu überwinden sind²⁾.

Die Besonderheiten der finanziellen Führung des Konzerns liegen in seinem von gesellschaftsrechtlichen Grenzen durchzogenen Innenbereich³⁾. Daraus folgt, daß die im konzerninternen Finanzausgleich bereitgestellten Kapitalien nach ihrem rechtlichen Charakter als Haftungs- oder Forderungskapital zu klassifizieren sind.

1) Vgl. Note 4 auf Seite 10 dieser Arbeit.

2) Everling, Wolfgang, Fragen der internen Zinsverrechnung im Konzern, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 12. Jg., 1960, S. 72.

3) Die externe Eigen- und Fremdkapitalbeschaffung weist keine konzernspezifischen Merkmale auf. Doch auch hierbei handelt die Konzernführung nach dem Grundsatz, durch die hierfür am besten geeigneten Konzerngesellschaften die externen Finanzquellen zu erschließen, welche für den Gesamtkonzern die besten Bedingungen bieten. Vgl. Everling, Wolfgang, Fragen der internen Zinsverrechnung im Konzern, aaO, S. 72; Mattes, Helmut, Finanzierungsvorgänge im Konzern, aaO, S. 79 ff.; Krämer, Hans, Die Finanzpolitik westdeutscher Konzerne, aaO, S. 28 ff.

Die folgenden Erörterungen gelten dem laufenden konzerninternen Finanzausgleich, der seine Parallele in den "finanziellen Dispositionen" des rechtseinheitlichen Unternehmens hat ¹⁾. Der Unterschied liegt jedoch darin, daß der (laufende) konzerninterne Finanzausgleich über Fremdkapitalkonten abgewickelt wird, die sich für Kapitalumschichtungen innerhalb des Einheitsunternehmens erübrigen. Andererseits beinhalten die konzerninternen Fremdkapitalkonten neben kurz- auch langfristige Bindungen. Die strukturpolitisch-organisatorische Komponente des (einmaligen) konzerninternen Finanzausgleichs beschränkt sich dagegen auf Eigenkapitalbindungen, die im Beteiligungskonto festgehalten werden ²⁾.

I. Der laufende konzerninterne Finanzaustausch

Der Zweck des konzerninternen Finanzausgleichs besteht in der Durchführung der langfristigen Kapitalumschichtungen, die dem Ausbau des Konzerns dienen. Dabei werden die finanziellen Mittel den Konzerngliedern zur Verfügung gestellt, die den höchsten Gewinn zu bringen versprechen oder die vor unmittelbaren Liquiditätsanforderungen stehen ³⁾. Da die finanzielle Steuerung des Konzerns unmittelbar an den konzernpolitischen

1) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, 2. Aufl., aaO, S. 19.

2) Zur Eignung des Beteiligungskontos zur Darstellung der konzerninternen Eigenfinanzierung vgl. Seite 150ff. dieser Arbeit.

3) Vgl. Stützel, Wolfgang, Aktienrechtsreform und Konzentration, aaO, S. 920 ff.; Everling, Wolfgang, Fragen der internen Zinsverrechnung im Konzern, aaO, S. 72.

Zielen ausgerichtet wird, liegt sie in der Hand der Konzernführung. Der weitgehend dezentralen Wahrnehmung der Markt- und Betriebsaufgaben des Konzerns steht somit die zentrale Steuerung der Finanzwirtschaft gegenüber. Die Gleichartigkeit ihrer Aufgaben, ihre nur abstrakte Beziehung zu den (heterogenen) Markt- und Betriebsaufgaben und ihre enge funktionelle Verbindung mit der Konzernhauptverwaltung begünstigt die zentrale Zusammenfassung der finanzwirtschaftlichen Funktionen ¹⁾. Darüberhinaus lassen sich finanzwirtschaftliche Verbundeffekte erzielen. Sie beruhen auf Geld- und Kreditzusammenhängen, die durch die volkswirtschaftliche Theorie bereits geklärt worden sind ²⁾.

Im Vertikalkonzern kann die Wirkung des konzern-internen Reproduktionskredites dadurch erreicht werden, daß im Rhythmus des Produktionsablaufs Kapitalbedarf und Kapitalüberschuß der einzelnen Stufen einander ablösen. So ist es einmal möglich, durch die Gewährung von Lieferantenkrediten der jeweiligen Vorstufe auf die Bewegung finanzieller Mittel zu verzichten. Der für die extern durch die einzelnen Zwischenstufen zur Vervollkommenung der Produkte zu beschaffenden Sach- und Arbeitsleistungen entstehende Bedarf an liquiden Mitteln wird durch die mit den Absatzmärkten verbundenen

1) Vgl. Deutsch, Paul, Zentralisation und Dezentralisation im Einzelhandel -Leitbilder im Aufbau seiner Betriebsformen, in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift für Wilhelm Rieger, Hrsg. Johannes Fettel und Hanns Linhardt, Stuttgart 1963, S. 344; Hardach, Fritz Wilhelm, Konzernorganisation, aaO, S. 75 ff. und S. 103 ff.

2) Vgl. hierzu Mattes, Helmut, Finanzierungsvorgänge im Konzern, aaO, S. 42 ff.

Endstufen gedeckt. Die ihnen aus ihrer Absatz-tätigkeit zufließenden Geldmittel ermöglichen die Gewährung von Kassenüberschußkrediten. Letztere bilden die Voraussetzung dafür, daß die Vorstufen auf einen sofortigen geldmäßigen Ausgleich für ihre Lieferungen an die nachgeschalteten Stufen verzichten können.

In Konzernen jeglicher Leistungsstruktur können die liquiditätspolitischen Vorteile des Revolving-Systems genutzt werden. Die in den einzelnen Konzerngliedern auftretenden rhythmischen Schwankungen des Kapitalbedarfs bzw. -überschusses brauchen sich nicht aus ihrer produktionswirtschaftlichen Verknüpfung zu ergeben. Es genügt, daß die betriebs- und branchenbedingten Investitions- und Desinvestitionsrhythmen der Konzernglieder unterschiedlich verlaufen. Die regelmäßige Kapitalfreisetzung ermöglicht es, kurzfristig verfügbares Kapital partiell in langfristig festlegbares Kapital umzuwandeln.

Die Wirkung eines konzerninternen Geldschöpfungsmultiplikators kann ebenfalls anhand des Vertikalkonzerns demonstriert werden, in dem die weitergegebenen Lieferungen und Leistungen durch Barzahlung beglichen werden. Die Multiplikatorwirkung ist darin zu sehen, daß die die Barzahlung erhaltende Stufe einen Teil ihrer Gelder an die sie beliefernde Stufe weiterleitet, welche wiederum mit einem Teil des empfangenen Geldes die Lieferungen ihrer Vorstufe begleicht usw. Die finanzwirtschaftliche Multiplikatorwirkung bemißt sich nach dem Prozentsatz der in den Vorstufen verbleibenden und verwendbaren Mittel und nach der Anzahl der leistungs- und finanzwirtschaftlich verbundenen Stufen. Die gleiche Wirkung

kann im Horizontalkonzern durch eine (wesensnotwendige) Abfolge von Lieferungen und Gegenlieferungen gegen Barzahlung erzielt werden.

Der Erfolg der finanzwirtschaftlichen Verbundwirtschaft zeigt sich in einer im Verhältnis zum gesamten Leistungsvolumen des Konzerns verringerten Kassenhaltung. Damit vergrößert sich zugleich der Anteil des Konzernvermögens, der ertragbringend investiert werden kann. Diese Größen sind durch die externe Analyse nicht in Erfahrung zu bringen. Dagegen ist es möglich, die zeitpunktbezogenen finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen zu durchleuchten, die in den Bilanzen der Ober- bzw. Spitzengesellschaften dargestellt werden. Da der laufende Finanzaustausch der mutmaßlichen Finanzzentren der Konzerne zu untersuchen ist, beziehen sich die folgenden Erörterungen auf die konzerninternen Fremdkapitalkonten.

1. Der Inhalt der konzerninternen Fremdkapitalkonten

Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen ¹⁾ erwachsen aus dem laufenden

1) Bis zum Inkrafttreten der neuen aktienrechtlichen Bestimmungen werden die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen gemäß § 131 Abs. 1 AktG 1937 normalerweise unter den Positionen A III 9 und B V 7 ausgewiesen. Nach Absatz 6 Satz 2 dieser Vorschrift können die konzerninternen Kreditbeziehungen auch in spezifizierte Bilanzpositionen eingestellt werden, soweit der Konzernanteil besonders vermerkt wird. Das neue Bilanzschema des § 151 Abs. 1 III Nr. 10 und VI Nr. 5 AktG bezieht die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber sämtlichen verbundenen Unternehmen in die Ausweisungspflicht ein.

konzerninternen Lieferungs- und Leistungsverkehr. Sie gelangen in dem Umfang zum Ausweis, als dieser nicht durch Gegenlieferungen und -leistungen ausgeglichen worden ist. Neben den gegenseitigen Leistungs- und Finanzbeziehungen werden hierin auch die einseitigen gesellschaftsrechtlichen Ansprüche auf Dividenden oder sonstige Gewinnausschüttungen und aus Unternehmensverträgen dargestellt sowie die Verbindlichkeiten aufgrund von Kapitaleinzahlungsverpflichtungen bei Untergesellschaften. Die Entstehungsursache und Zusammensetzung der konzerninternen Fremdkapitalverflechtungen braucht im einzelnen nicht nachgewiesen zu werden, da es die Konzernführung in der Hand hat zu bestimmen, in welcher Form die konzernverbundenen Unternehmen einander Kredite zur Verfügung stellen ¹⁾.

2. Der konzernpolitische Erkenntniswert der konzerninternen Fremdkapitalkonten der Obergesellschaft

Im Beteiligungskonto der Obergesellschaften finden die konstitutiven bzw. strukturpolitisch-organisatorischen Entscheidungen der Konzernpolitik ihren zahlenmäßigen Niederschlag. Dagegen geben die Konten Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen primär Auskunft über die situationsbedingten bzw. dynamisch-dispositionellen finanzpolitischen Maßnahmen. In ihrer Zusammenfassung geben die verschiedenartigen Konten einen stichtagsbezogenen Hinweis

1) Vgl. Adler - Düring - Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 131, Tz 81 ff.

auf die kapitalwirtschaftlichen Verflechtungen der Gesellschaft mit ihrem Konzern. Beide Kontengruppen sind aber nur bedingt zusammenfaßbar oder vergleichbar.

Das Beteiligungskonto enthält nur die Eigenkapitalverflechtungen mit Untergesellschaften. Dagegen können unter "Forderungen an Konzernunternehmen" auch finanzwirtschaftliche Bedingungen an Unternehmen wiedergegeben werden, an denen die Gesellschaft gar nicht oder nur indirekt beteiligt ist. Ersteres gilt für Kreditbeziehungen zu Mutter- und Schwestergesellschaften, letzteres für den Kreditverkehr mit Enkelgesellschaften. Das gleiche gilt für die Konzernverbindlichkeiten. Die passiven Eigenkapitalverflechtungen mit Konzernunternehmen können aus der Bilanz nicht ohne die zusätzliche Kenntnis des Eigentums am Gesellschaftskapital ermittelt werden.

Die externe Analyse der Einzelbilanz läßt nicht erkennen, in welchem Umfange die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen "auf Gegenseitigkeit" beruhen. Räumen Konzerngesellschaften einander bzw. über interne oder externe Dritte Kredite ein, so können sie ihre Bilanzen zur Vortäuschung einer guten Liquiditätsslage verlängern. Somit kann nicht gesagt werden, ob und in welchem Umfang die konzerninternen Forderungen und Verbindlichkeiten bilanzpolitisch beeinflußt worden sind.

3. Die Analyse der Fremdkapitalverflechtungen ausgewählter deutscher Konzernobergesellschaften

Zur Ergänzung der Analyse der direkten Beteiligungsinvestitionen ausgewählter deutscher Konzernobergesellschaften sind im folgenden ihre Fremdverflechtungen zu untersuchen ¹⁾. Da diese einerseits dispositiv bestimmbar sind und andererseits im Zusammenhang mit dem Gesamtvermögen und den gesamten finanzwirtschaftlichen Bindungen der Obergesellschaften zu sehen sind, werden sie auf diese Bilanzgrößen bezogen. Die hierauf aufbauenden Untersuchungsreihen dienen einmal der Herausarbeitung der gesamten finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen im Rahmen des Gesamtvermögens der Gesellschaften und zum anderen der Darstellung des Anteils, den die Konzernforderungen am gesamten finanzwirtschaftlichen Konzernengagement haben. Da vor allem die konzerninternen Fremdkapitalverflechtungen starken zufallsbedingten Schwankungen unterliegen, stützt sich die Untersuchung auf einfachen arithmetischen Mittelwerten, denen die Jahreswerte von 1961 bis 1965 zugrundeliegen.

a) Die finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen im Rahmen des Gesamtvermögens

In Tabelle 32 wird das gesamte finanzwirtschaftliche Engagement der 28 Obergesellschaften dargestellt, das ihren Konzernen im Durchschnitt der Jahre von 1961 bis 1965 galt. Die in Spalte 3

1) Zu den Auswahlkriterien und der Typologie der Obergesellschaften vgl. Seite 168 ff. dieser Arbeit.

aufgeführten finanziellen Konzernbindungen beinhalten die Buchwerte der Beteiligungen einschließlich der um die Konzernverbindlichkeiten gekürzten Konzernforderungen ¹⁾. Die so definierten finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen werden auf die in Spalte 2 eingesetzte wertberichtigte Bilanzsumme und damit auf das Gesamtvermögen der Gesellschaften bezogen.

Laut Spalte 4 gelten bei acht Gesellschaften mehr als 70 vH des Bilanzvermögens der internen Eigen- und Fremdfinanzierung ihrer Konzerne. Mit Ausnahme der inzwischen wieder zur gemischten Holding ausgebauten DEUTSCHE CONTI-GAS handelt es sich bei den übrigen sieben Gesellschaften um die reinen Holdings des Untersuchungskreises ²⁾. Bei weiteren acht Gesellschaften machen die finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen weniger als 20 vH ihres Bilanzvermögens aus. Darunter befinden sich die drei großen Nachfolgegesellschaften der I.G.-Farbenindustrie, die Spitzengesellschaften der großen deutschen Automobilkonzerne DAIMLER-BENZ und VOLKSWAGENWERK sowie HOESCH als Vertreter der Eisen- und Stahlindustrie. Diese Gesellschaften bilden zugleich den leistungs- und finanzwirtschaftlichen Mittelpunkt ihrer Konzerne, wohingegen die BP und die DEUTSCHE SHELL als deutsche Obergesellschaften nationaler Unterkonzerne in den weltweiten Rahmen ihrer internationalen Konzernbindungen eingefügt sind.

1) Übertrafen die Konzernverbindlichkeiten die Konzernforderungen, so wurden lediglich die Beteiligungen berücksichtigt. Vgl. Note 4 zu Tabelle 32.

2) Vgl. das Typentableau zu diesen Gesellschaften auf Seite 454 dieser Arbeit.

Tabelle 32:

Die finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen im Rahmen des Gesamtvermögens

bei ausgewählten deutschen Obergesellschaften

Durchschnittswerte der Jahre 1961 bis 1965

Gesellschaft 1)	Bilanz- summe 2)	Beteiligungen und Konzernforderungen 3)	
	Mill. DM	vH	Sp. 2
1	2	3	4
A E G	1 851	406	22
B A S F	3 200	347	11
B P	1 162	98 4)	8
BUDERUS	247	62	25
CHEMIE-VERWALTUNG	172	169	98
DAIMLER-BENZ	1 709	201	12
DEUTSCHE CONTI-GAS	165	117	71
D E A	968	272 4)	28
DEUTSCHE SHELL	1 697	174 4)	10
D H H U	1 119	304	27
FARBENF. BAYER	3 576	664	19
FARBW. HOECHST	3 440	630	18
G B A G	1 784	480	27
GLANZSTOFF	532	118	22
G H H	266	255	96
HOESCH	1 779	263	15
MANNESMANN	2 633	884	33
METALLGESELLSCHAFT	961	233	24
PREUSSAG	596	255	43
RHEINSTAHL	1 149	906	79
SALZDETFURTH	259	223	86
SALZGITTER	953	759	80
SIEMENS	2 657	780	29
A T H	2 315	758	33
V E B A	925	896	97
V I A G	508	463	91
V W	2 553	181	7
WINTERSHALL	572	283	49

1) Erklärung der Kurzformen vgl. Seite

2) Bilanzsumme abzüglich Wertberichtigungen.

3) Konzernforderungen abzüglich Konzernverbindlichkeiten.

4) Nur Beteiligungsbuchwerte.

Quelle: Geschäftsberichte der Gesellschaften.

Bei 12 Gesellschaften liegt das konzernbedingte finanzwirtschaftliche Engagement zwischen 22 vH und 49 vH ihres gesamten Vermögens. Hierzu gehören die gemischten Elektroholdings AEG (22 vH) und SIEMENS (29 vH), die Stahlmuttergesellschaften DHHU (27 vH), MANNESMANN (33 vH) und ATH (33 vH), die Spitzen der NE-Metallkonzerne, METALLGESELLSCHAFT (24 vH) und PREUSSAG (43 vH), die Mineral- und Bergbaugesellschaften DEA (28 vH), GBAG (27 vH) und WINTERSHALL (49 vH) sowie BUDERUS (25 vH) und GLANZSTOFF (22 vH). BUDERUS, DEA und GLANZSTOFF stehen in übergeordneten Konzernzusammenhängen und können deshalb nicht als die wirklichen Zentren ihres konzerninternen Finanzausgleichs angesehen werden. Das gilt bedingt auch für WINTERSHALL, die einen wesentlichen Teil des konzerninternen Finanzaustausches über die in ihrem vollständigen Besitz befindliche Kali-Bank Aktiengesellschaft, Kassel, abgewickelt ¹⁾.

Die Gesamtkapitalverflechtungen geben ein vollständigeres Bild über die finanzwirtschaftliche Führungsrolle und die Bedeutung der Konzernfinanzierung ab als die konzerninternen Eigenkapitalverflechtungen. Aus der externen Analyse der heterogen strukturierten Konzernobergesellschaften kann jedoch nicht auf den finanzwirtschaftlichen

1) Vgl. Geschäftsbericht WINTERSHALL, 1965, S. 18 und Geschäftsbericht KALI-BANK, 1965. - Über die finanzwirtschaftlichen Funktionen der Konzernbanken vgl. Mattes, Helmut, Finanzierungsvorgänge im Konzern, aaO, S. 57 ff. und die darin angegebene Literatur.

Zentralisationsgrad und die Methoden des Finanzausgleichs geschlossen werden.

b) Die Konzernforderungen im Rahmen der gesamten finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen

Die Bedeutung der konzerninternen Fremdfinanzierung kann aus Tabelle 33 ersehen werden. Darin werden die in Spalte 3 aufgeführten Netto-Konzernforderungen zu den in Spalte 2 dargestellten Konzernbindungen in Beziehung gesetzt. Die gesamten finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen beinhalten die Buchwerte der Beteiligungen und der um die Konzernverbindlichkeiten gekürzten Konzernforderungen.

Die Anteile der bilanzierten Fremdkapitalbindungen an den Gesamtkapitalbindungen liegen zwischen 0,7 vH (DEUTSCHE CONTI-GAS) und 78,3 vH (VOLKSWAGENWERK). Der hohe Anteil des Forderungskapitals bei den Automobil-Holdings DAIMLER-BENZ und VOLKSWAGENWERK erklärt sich zum Teil rechentechnisch, da auf das Beteiligungsvermögen dieser Gesellschaften hohe Abschreibungen vorgenommen worden sind ¹⁾.

Aus den dargestellten Werten lassen sich keine Grundsätze der finanziellen Führung durch die aufgeführten Gesellschaften ableiten. Hohe und niedrige anteilige Fremdkapitalbindungen sind gleichwohl bei den Gesellschaften jeglichen Typs zu finden. Es würde zu weit führen, auf die branchen-

1) Vgl. hierzu Seite 186 dieser Arbeit.

Tabelle 33:

Die Konzernforderungen im Rahmen der gesamten finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen bei ausgewählten deutschen Obergesellschaften
Durchschnittswerte der Jahre 1961 bis 1965

Gesellschaft ¹⁾	Konzern- ²⁾ bindungen	Konzernforderungen ³⁾	
	Mill. DM	vH Sp. 2	
1	2	3	4
A E G	406,4	23,8	5,9
B A S F	346,9	50,3	14,5
B P	99,3 ⁴⁾	./.. 359,5	-
BIDENUS	61,6	7,6	12,3
CHEMIE-VERWALTUNG	169,3	5,4	3,2
DAIMLER-BENZ	201,3	94,4	46,9
DEUTSCHE CONTI-GAS	116,9	0,8	0,7
D E A	271,9 ⁴⁾	./.. 15,6	-
DEUTSCHE SHELL	173,9 ⁴⁾	./.. 319,0	-
D H H U	303,6	63,9	21,0
FARBENF. BAYER	664,4	182,5	27,5
FARBN. HOECHST	630,3	193,0	30,6
G U A G	479,5	57,3	11,9
GLANZSTOFF	118,3	2,8	2,4
G H H	255,0	51,5	
HOESCH	263,3	102,6	39,0
MANNESMANN	883,6	262,8	29,7
METALLGESELLSCHAFT	233,0	85,8	36,8
PREUSSAG	255,0	59,9	23,5
RIEINSTAHL	905,6	408,0	45,1
SALZDETFURTH	223,1	70,8	31,7
SALZGITTER	758,7	71,1	9,4
SIEMENS	797,9	220,3	27,6
A T H	757,8	128,8	17,0
V E B A	896,3	108,2	12,1
V I A G	463,3	46,6	10,1
V W	180,6	141,4	78,3
WINTERSHALL	282,5	102,8	36,4

1) Erläuterung der Kurzformen vgl. Seite

2) Die finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen setzen sich zusammen aus den Buchwerten der Beteiligungen und der um die Konzernverbindlichkeiten gekürzten Konzernforderungen.

3) Nach Abzug der Konzernverbindlichkeiten.

4) Nur Beteiligungsbuchwerte.

Quelle: Geschäftsberichte der Gesellschaften.

organisations- und eigentumsbedingten Unterschiede einzugehen, die formell und materiell zu individuellen Bilanzausweisen führen. Hinzuweisen bleibt jedoch auf die Besonderheit, daß bei den in ausländischem Besitz befindlichen Mineralölgesellschaften BP und DEUTSCHE SHELL die Konzernverbindlichkeiten die Konzernforderungen bei weitem übertreffen. Diese Unternehmen werden durch ihre Mutter- bzw. Finanzierungsgesellschaften durch Darlehenskapital alimentiert, das die Funktion des Eigenkapitals übernommen hat. Für die nach dem Untersuchungszeitraum im Sommer 1966 durch die Deutsche Texaco Ltd., Delaware/USA, übernommene Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft, Hamburg (DEA), kann diese Begründung nicht gegeben werden ¹⁾.

1) Hierzu heißt es bspw. im Geschäftsbericht DEA, 1965, auf Seite 26: "Forderungen wie auch Verbindlichkeiten (gegenüber Konzernunternehmen, Anm. d. Verf.) ergeben sich aus dem laufenden Verrechnungsverkehr mit unseren Verkaufsgesellschaften und anderen Tochtergesellschaften".

II. Die Steuerpolitik der Konzerne

Die Kapitalbeteiligung bildet zugleich den Grundtatbestand des handelsrechtlich definierten Konzerns sowie der steuerrechtlich fingierten Rechtsfiguren der Organschaft, der Unternehmereinheit und des Schachtelprivilegs. Diese Institute dienen dem Ausgleich einer Reihe von Nachteilen, durch die das Steuersystem den Konzern im Vergleich zum rechtseinheitlichen Unternehmen dadurch trifft, daß es die Steuerpflicht an den Tatbestand des (einzelnen) rechtlich selbständigen Unternehmens und seiner Rechtsform knüpft. Zwecks Vermeidung derartiger Diskriminierungen geht das Steuerrecht auf Teilgebieten davon aus, daß die kapitalmäßig zusammengefaßten rechtlich selbständigen Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen als wirtschaftlich einheitliche Gebilde gelten. Dementsprechend werden sie in den einzelnen Steuerarten beschränkt oder unbeschränkt wie rechtseinheitliche Unternehmen behandelt.

Es ist jedoch nicht ganz korrekt, die genannten Steuerrechtsinstitute als "Privilegien" zu bezeichnen. Sie bezwecken nur eine (teilweise) Angleichung an die Steuersituation rechtseinheitlicher Unternehmen. Echte Privilegien stellen sie nur in den Fällen dar, in denen die Abgrenzung der Tatbestandsmerkmale willkürlich erscheint. Hier mag der Hinweis auf die für die Inanspruchnahme des Schachtelprivilegs geltende Mindestgrenze der Kapitalbeteiligung genügen, die mit einem Viertel des Nennkapitals der beteiligungs-passiven Gesellschaft angesetzt wird. Für unterhalb dieser Quote liegende Kapitalbeteiligungen

können die "Vergünstigungen" des Schachtelprivilegs nicht beansprucht werden ¹⁾.

Im folgenden ist die Bedeutung der am häufigsten anzutreffenden Rechtsfiguren der Organschaft und des Schachtelprivilegs zu würdigen und soweit möglich, durch externe Beobachtungen der Konzernpraxis zu belegen. Auf die Erörterung der Unternehmereinheit ²⁾, die für den Gleichordnungskonzern das umsatzsteuerliche Pendant zur Organschaft im Subordinationskonzern darstellt, soll wegen ihrer relativen Bedeutungslosigkeit innerhalb der hier vorzugsweise untersuchten Großkonzerne verzichtet werden. Es sei jedoch festgehalten, daß die Unternehmereinheit nach der Entflechtung der deutschen Großunternehmen der Montanindustrie und der Chemiewirtschaft und nach der Aussetzung der umsatzsteuerlichen Organschaft vom 1. Januar 1946 bis zu, 31. März 1958 durch Artikel II des Kontrollratsgesetzes Nr. 15 auch bei den Großkonzernen zu Ehren gekommen ist ³⁾.

1) Vgl. insbesondere Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, aaO, S. 185 ff., S. 193 und S. 237 ff.

2) Nach § 2 Abs. 1 Satz 2 UStG liegt Unternehmereinheit vor, wenn mehrere nebengeordnete Unternehmen den Gegenstand der gesamten gewerblichen und beruflichen Tätigkeit eines Unternehmers bzw. einer Unternehmergruppe und damit ein komplexes Unternehmen bilden. Sie setzt die Identität der Personen sowie der Beteiligungen und ihrer Quoten und damit die Gewährleistung einer einheitlichen Willensbildung voraus. Vgl. Brönnner, Herbert, Die Besteuerung der Gesellschaften, aaO, S. 286 ff.; v. Wallis, H., Besteuerung der Unternehmenszusammensetzungen, aaO, S. 110 f.; Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 269.

3) Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 56.

1. Die steuerliche Organschaft

Die von der Steuerrechtsprechung entwickelte Organtheorie besagt, daß die in einem Subordinationskonzern kapitalmäßig zusammengefaßten rechtlich selbständigen Unternehmen bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise hinsichtlich ihrer Besteuerung einem rechtseinheitlichen Unternehmen gleichzustellen sind, wenn hierfür besondere Voraussetzungen erfüllt sind ¹⁾. Der Tatbestand der Organschaft liegt vor, "wenn eine juristische Person dem Willen eines Unternehmers derart untergeordnet ist, daß sie keinen eigenen Willen hat". Das setzt wiederum voraus, daß das abhängige in das herrschende Unternehmen "nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch" ²⁾ eingegliedert ist, so daß sie eine wirtschaftliche Einheit bilden.

Die als Organträger oder -mutter bezeichnete Obergesellschaft kann jede Rechtsform haben. Sie kann sogar eine Einzelfirma oder eine Interessengemeinschaft sein ³⁾. Dagegen muß das Organ bzw. die Organgesellschaft oder -tochter in der Form der juristischen Person oder sogar als Kapitalgesellschaft ⁴⁾ geführt werden.

1) Vgl. Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 312 ff.; Lange, Robert, Die steuerliche Bedeutung der Organschaftstheorie in wirtschaftlicher Betrachtung, Berlin und Frankfurt a.M. 1960, S. 2 ff.

2) § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG (RGBI. I 942); vgl. auch § 2 Abs. 2 Nr. 2 GewStG (RGBI. I S. 567) und § 3 GewStDV (BGBl. I, S. 372, i.d.F. vom 30. Mai 1962).

3) Vgl. jedoch zu der neuerlichen Einschränkung bei der körperschaftsteuerlichen Organschaft die Ausführungen auf Seite 324 dieser Arbeit, Note 2.

4) Vgl. Brönnner, Herbert, Die Besteuerung der Gesellschaften, aaO, S. 248; Krollmann, Heinz, Organschaft im Steuerrecht, Herne-Berlin 1959, S. 2 ff.; Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, aaO, S. 209.

Die finanzielle Eingliederung der Organgesellschaft beruht in erster Linie auf der Mehrheitsbeteiligung am Kapital der Organtochter, die nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG mehr als 75 vH der Anteile oder Stimmrechte umfassen muß. Da gesellschaftsrechtlich maßgebender Einfluß nur bei qualifizierter Mehrheit ausgeübt werden kann, muß im allgemeinen auch für die gewerbe- und körperschaftsteuerliche Organschaft von dieser - nicht ausdrücklich genannten - Voraussetzung ausgegangen werden. Da die finanzielle Integration nach dem "Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse" zu beurteilen ist, kann auch eine geringere Beteiligung ausreichen, um Satzungsänderungen bei der Organgesellschaft durchzusetzen ¹⁾. Das ist bspw. der Fall, wenn die restlichen Kapitalanteile gestreut und damit gesellschaftsrechtlich machtlos sind. Des weiteren äußert sich die finanzielle Abhängigkeit der Organtochter in einer beträchtlichen Verschuldung bei der Organmutter. Diese übernimmt außerdem Bürgschaften und behält sich bei der Planung vor, die künftige finanzwirtschaftliche Führung in der Hand zu behalten. ²⁾.

Die Voraussetzung der wirtschaftlichen Eingliederung der Untergesellschaft ist erfüllt, wenn die finanzielle Beherrschung der Bildung eines Horizontal- oder Vertikalkonzerns dient. Werden

1) Vgl. Lange, Robert, Die steuerliche Bedeutung der Organschaftstheorie, aaO, S. 18 f.; Oskierski, Wolfgang, Organschaftstheorie und Unternehmensbesteuerung, Schriftenreihe des Instituts für Steuerrecht der Universität zu Köln, Hrsg. Armin Spitaler, Bd. 55, Düsseldorf 1966, S. 14.

2) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung 2. Aufl., aaO, S. 124; Krollmann, Heinz, Organschaft im Steuerrecht, aaO, S. 6.

branchenfremde Unternehmen zu einem Diagonal-konzern zusammengefaßt, muß die Tochtergesellschaft "durch ihre gewerbliche Betätigung dem Unternehmen der Muttergesellschaft dienen" ¹⁾. Dabei genügt es, daß der Organträger durch die Eingliederung des Organs einen Risikoausgleich oder eine höhere Rentabilität erreichen will ²⁾. Der Organträger muß aber in jedem Fall nach außen hin sichtbar selbst gewerblich tätig sein. In dieser Tätigkeit soll ihn der Betrieb der Organgesellschaft nämlich ergänzen ³⁾. Eine reine Vermögensverwaltung durch die Obergesellschaft genügt nicht, auch wenn sie als gewerbliche Tätigkeit im Rechtssinne zu bezeichnen ist. Der Organträger muß die durch die Organgesellschaft zu fördernde Haupttätigkeit ausüben. Das Verhältnis darf nicht umgekehrt sein. Nimmt eine Holdinggesellschaft neben ihrer Vermögensverwaltung bestimmte geschäftsführende Aufgaben wahr, die nach außen in Erscheinung treten, wird sie als Organträger anerkannt ⁴⁾.

Die Organisatorische Eingliederung der Organgesellschaft in das Oberunternehmen dient der einheitlichen Willensbildung im Organbereich. Damit die Untergesellschaft keine eigenen Entscheidungen fällen kann ⁵⁾, muß die Obergesellschaft

1) BFH-Urteil vom 25. Juni 1957, BStBl. 1957, S. 306, zit. bei: Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, aaO, S. 216.

2) Vgl. Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 318; Oskierski, Wolfgang, Organschaftstheorie und Unternehmensbesteuerung, aaO, S. 22.

3) Vgl. Krollmann, Heinz, Organschaft im Steuerrecht, aaO, S. 5.

4) Vgl. Brönner, Herbert, Die Besteuerung der Gesellschaften, aaO, S. 255.

5) Vgl. Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 318.

die Leitungsorgane der Tochtergesellschaft durch Vertrauensleute besetzt haben. Ist das Organ eine Aktiengesellschaft, befähigt die maßgebliche Beteiligung den Organträger, auf der Hauptversammlung die maßgebenden Aufsichtsratsmitglieder zu wählen (§§ 101, 119 AktG), die ihrerseits den Vorstand bestellen oder abberufen (§ 84 AktG).

Abschließend sei bemerkt, daß die organschaftlichen Integrationsvoraussetzungen im Einzelfall hinsichtlich ihres Umfanges und ihrer Intensität von den geforderten Normen abweichen können. Es müssen jedoch stets Merkmale aller drei Voraussetzungen nebeneinander gegeben sein ¹⁾.

a) Die konzernpolitische Bedeutung der umsatzsteuerlichen Organschaft

Bis zum Inkrafttreten des phasen- oder wegneutralen, wettbewerbsindifferenten Mehrwertsteuergesetzes ²⁾ am 1. Januar 1968 bestanden die Vorteile der umsatzsteuerlichen Organschaft darin, daß die zwischen

1) Vgl. Lenski, Edgar, Körperschaftsteuer, 5. Aufl., Stuttgart 1964, S. 80; Oskierski, Wolfgang, Organschaftstheorie und Unternehmensbesteuerung, aaO, S. 34 f.

2) Wenngleich die Wirkungen der umsatzsteuerlichen Organschaft durch das System der Mehrwertbesteuerung gegenstandslos geworden ist, so hat die Rechtsfigur der Organschaft nicht gänzlich ihre Daseinsberechtigung verloren. Sie ist durch das Mehrwertsteuergesetz nicht nur beibehalten (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 MwStG vom 29. Mai 1967 (BGBl. 1967 I S. 545)), sondern durch Aufhebung der 75 vH-Grenze der Beteiligung, die nach dem 30. September 1961 obligatorisch war, erleichtert worden. Die Organschaft vermittelt nunmehr nur noch abrechnungstechnische Vorteile bei konzerninternen Lieferungen und Leistungen. Vgl. Eckhardt, Walter; Meyer-Arndt, Lüder (Hrsg.), Mehrwertsteuergesetz, Regierungsentwurf und Erläuterungen, Synoptische Ausgabe, Berlin 1964, S. 30; Schlienkauf, August, Mehrwertsteuergesetz. Textausgabe, Erläuterungen, Ausführliche Warenlisten, Darmstadt 1967, S. 4 f.

den Mitgliedern des Organkreises getätigten Umsätze als steuerfreie Innenlieferungen galten. Steuerpflichtig waren generell nur die mit Dritten getätigten Umsätze.

Da die von der Allphasen-Bruttoumsatzsteuer ausgehende Kumulativwirkung der Steuerbelastung mit der Zahl der vom Umsatzgut zu durchlaufenden Wirtschaftsstufen anstieg und jeweils das volle Entgelt einschließlich der bezogenen Kostengüter und der angesammelten Umsatzsteuer der Vorstufen zu versteuern war, wog die Kumulation der Umsatzsteuerbelastung umso schwerer, je niedriger der Wertschöpfungsanteil der einzelnen Wirtschaftsstufen und je höher die Umsatzsteuervorbelastung war. Die organschaftliche Eingliederung aufeinanderfolgender Wirtschaftsstufen sowie die vertikale Verschmelzung waren deshalb von bedeutenden Umsatzsteuerersparnissen begleitet. Sie fielen für Unternehmen mit niedriger Wertschöpfung relativ stärker ins Gewicht als für solche mit hohem Wertschöpfungsanteil ¹⁾.

Lag der Tatbestand der umsatzsteuerlichen Organschaft vor, konnte sich die Konzernführung ihren Wirkungen nicht entziehen. Bei Umsatzsteuerfreiheit oder ermäßigten Steuersätzen wirkte sich die organschaftliche Zusammenfassung nachteilig aus. Dieses Problem entstand bspw. bei der absatzgerichteten Angliederung von Großhandelsunternehmen an Produktionsunternehmen auf. Während organschaftlich ungebundene Großhändler ihre Umsätze nur mit 1 vH zu versteuern brauchten ¹⁾, hatten sie

1) Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, aaO, S. 235.

2) Vgl. § 4 Nr. 4 UStG i.V.m. § 7 Abs. 3 UStG; § 11 UStGDB.

als Organe der Produktionsunternehmen ihre gesamten Außenumsätze mit 4 vH zu versteuern ¹⁾. Es war eine Frage der Gestaltung der Verrechnungspreise, ob man nach Organschaft aussehende Verbindungen zwischen Unternehmen unterschiedlicher Steuersätze herstellte oder nicht ²⁾.

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der umsatzsteuerlichen Organschaft läßt sich aus Tabelle 34 ableiten. Danach gab es im Jahre 1964 im Bundesgebiet und West-Berlin 3 398 Organkreise ³⁾. Ihre Außenumsätze hatten ein Volumen von 261,7 Mrd.DM. Damit bestritten sie 27,4 vH der mit 953,9 Mrd.DM bezifferten steuerpflichtigen Gesamtumsätze. Auf die Industrie entfielen 58,3 vH, auf den Großhandel 20,8 vH und auf den Einzelhandel 4,1 vH sämtlicher Organkreise.

Dagegen lagen die gesamten Außenumsätze der Industrie laut Spalte 5 bei 43,8 vH, des Großhandels bei 22,3 vH und des Einzelhandels bei 12,6 vH. Auf industrielle Organkreise entfielen laut Spalte 9 47,6 vH des gesamten industriellen Außenumsatzes. Dagegen vereinigten die Organkreise des Großhandels "nur" 18,6 vH der gesamten Großhandelsumsätze und die des Einzelhandels "nur" 13,1 vH der gesamten Einzelhandelsumsätze auf sich. Daß fast die Hälfte aller industriellen Außenumsätze durch organschaft-

1) Vgl. § 7 Abs. 1 UStG.

2) Pohmer, Dieter, Grundlagen der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Volks- und betriebswirtschaftliche Schriftenreihe der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, Hrsg. Erich Kosiol und Andreas Paulsen, Heft 12, Berlin 1958, S. 123; Lange, Robert, Die steuerliche Bedeutung der Organschaftstheorie, aaO, S. 39 und S. 42.

3) Die Anzahl der Konzerne, die das umsatzsteuerliche Organschaftsprinzip verwirklicht haben, dürfte unter der genannten Zahl liegen, da es innerhalb eines Konzerns mehrere voneinander unabhängige Organkreise geben kann.

lich integrierte Unternehmen bewältigt wurde, liegt an dem hohen Anteil der in diesem Wirtschaftsbereich anzutreffenden Vertikalkonzerne.

Tabelle 34:

Gesamt- und organschaftlicher Außenumsatz

1964

Bundesgebiet einschließlich Berlin - West

Wirtschaftsbereich	Steuerpflichtige ¹⁾		Gesamtumsatz		Organkreise		organschaftlicher Außenumsatz	
	Tad.	vH	Mrd.DM	vH	Anzahl	vH	Mrd.DM	vH Sp ⁴⁾
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Industrie	85,2	5,1	417,6	43,8	1 982	58,3	198,6	47,6
Handwerk und sonstiges produzierendes Gewerbe ²⁾	427,0	25,4	90,1	9,5	71	2,1	0,4	0,4
Großhandel	130,4	7,8	212,9	22,3	705	20,8	39,5	18,6
Einzelhandel	438,8	26,1	120,1	12,6	139	4,1	15,7	13,1
Übrige Wirtschaftsbereiche ³⁾	598,1	35,6	113,2	11,8	501	14,7	7,5	6,6
Insgesamt	1 679,5	100	953,9	100	3 398	100	261,7	27,4

- 1) Nur Unternehmen mit Jahresumsätzen über 12 500 DM. Freiberufliche mit Umsätzen ausschließlich aus freiberuflicher Tätigkeit über 20 500 DM.
- 2) "Produzierendes Handwerk" und "Sonstiges produzierendes Gewerbe" zusammengefaßt.
- 3) In den "Übrigen Wirtschaftsbereichen" sind Land- und Forstwirtschaft ... und "Handelsvermittlung" enthalten.
- 4) Die Abweichungen gegenüber den Angaben der Quelle ergeben sich aus den unter 2) und 3) genannten Zusammenfassungen.

Quelle: WiSta 65/716 und 721.

Andererseits besagen die Organschaftsaußenumsätze aller Wirtschaftsbereiche nichts über das Ausmaß ihrer Umsatzsteuerersparnis, da der Umfang der Innenlieferungen und die Struktur der umgesetzten Lieferungen und Leistungen mit ihren unterschiedlichen Steuersätzen nicht bekannt sind.

Die Bedeutung der Innenumsätze kann aus Tabelle 35 ersehen werden. Die darin aufgeführten 338 Industrie-Organkreise ¹⁾ der mit 10 Mill. DM beginnenden Umsatzgrößenklassen vereinigten im Jahre 1960 80 vH der Umsätze sämtlicher deutschen Industrie-Organkreise auf sich ²⁾. Von ihren mit 111,7 Mrd. DM angegebenen Gesamtumsätzen entfielen 9,5 vH (10,6 Mrd. DM) auf Innenlieferungen. Die Differenzierung nach Umsatzgrößenklassen zeigt, daß der Anteil der nicht steuerbaren Innenumsätze mit wachsender Marktbedeutung der Organkreise zunimmt. Er war bei den 49 größten Organkreisen mit 10,4 vH durchschnittlich dreimal höher als bei den 35 kleinsten Organkreisen. In den mittleren Größenklassen wichen die Innenumsatzanteile im Durchschnitt kaum voneinander ab. In 14 Organkreisen haben die Innenumsätze zwischen 20 vH und 30 vH und in 14 gleichartigen Verbindungen zwischen 30 vH und 47 vH der Gesamtumsätze ausgemacht. Die letztgenannten Unternehmensverbindungen gehören sämtlich der hochgradig vertikal integrierten Textilindustrie an. Da ihre individuellen Umsätze kaum über 250 Mill. DM hinausgehen, heben sie die durchschnittlichen Innenumsatzanteile der Umsatzgrößenklassen zwischen 10 und 250 Mill. DM stark an ³⁾.

1) Auch hier sei darauf verwiesen, daß die Darstellungseinheit Organkreis nicht mit dem Konzern identisch zu sein braucht. Großkonzerne mit horizontalen, vertikalen und diagonalen Leistungsstrukturen können mehrere voneinander unabhängige Organkreise beherbergen.

2) Die Umsatzsteuervorauszahlungen dieser Organkreise lagen bei über 2,4 Mrd. DM. Ihre organchaftliche Umsatzsteuerersparnis machte 370 Mill. DM aus. Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 54 und S. 98.

3) Vgl. daselbst, aaO, S. 54.

Tabelle 35:

Umsatzstruktur in 338 untersuchten Industrie-Organkreisen der Umsatzgrößenklassen über 10 Mill.DM

- 1960 -

Umsatzgrößenklassen Mill.DM	Anzahl der untersuchten Organkreise	Gesamt- umsatz 1)	Innenumsätze 2)			
			ingesamt		Produktions- bereich 3)	Handels- bereich 3)
			Mill.DM	vH Sp 3	vH Sp 4	vH Sp 4
1	2	3	4	5	6	7
10 bis unter 25	35	623	21	3,4	95,2	4,8
25 bis unter 100	161	9 965	768	7,7	93,5	6,5
100 bis unter 250	69	12 183	904	7,4	79,1	20,9
250 bis unter 500	24	9 016	584	6,5	77,6	22,4
500 und mehr	49	79 962	8 347	10,4	82,5	17,5
Ingesamt	338	111 749	10 624	9,5	82,8	17,2

1) Gesamtumsatz = steuerbarer Umsatz + Innenumsatz.

2) Innenumsätze = gemeldete, nicht steuerbare Umsätze zwischen den in den einzelnen Industrie-Organkreisen verbundenen Unternehmen.

3) Die Aufteilung der Innenumsätze auf Produktions- und Handelsbereich der Industrie-Organkreise erfolgte nach der gemeldeten Zugehörigkeit zum Wirtschaftsbereich.

Quelle: Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 640 f.

Der tabellarischen Aufgliederung der Innenlieferungen im Produktions- und Handelsbereich ist zu entnehmen, daß die Handelslieferungen mit wachsender Umsatzgrößenklasse an Bedeutung gewinnen. In den Gruppen mit Gesamtumsätzen zwischen 100 Mill. DM und 500 Mill. DM machen sie rund ein Fünftel der Innenumsätze aus.

Weitere Differenzierungen ergeben sich aus der leistungswirtschaftlichen Zuordnung der Konzernglieder. Bei vorwiegend vertikal strukturierten Konzernen liegen Innenumsatzanteile durchschnittlich zwischen 20 vH und 30 vH. Dagegen betragen die Innenlieferungen bei den Horizontalkonzernen

insbesondere der Elektroindustrie zwischen 1 vH und 10 vH ihrer Gesamtumsätze ¹⁾. Letzteres gilt auch für die Warenhauskonzerne, da sie fast sämtliche Waren bei den Herstellern unter Umgehung des (freien) Großhandels einkaufen. Dennoch erbrachte ihre organschaftliche Verbindung mit dem Großhandel unter der Annahme eines Steuersatzes von 1 vH und bei Außerachtlassung des Lebensmittelbereichs eine geschätzte Umsatzsteuerersparnis von 37,5 Mill. DM. Das waren 0,54 vH ihrer mit 7 Mrd. DM bezifferten steuerbaren Umsätze des Jahres 1960 ²⁾.

Die konzernpolitische Attraktion der umsatzsteuerlichen Organschaft geht aus der in Tabelle 36 dargestellten Entwicklung der Organschaftsverhältnisse von 1954 bis 1960 hervor. Im Abschlußjahr des Untersuchungszeitraums (1960) waren in den 338 Organkreisen insgesamt 1 266 Unternehmen zusammengefaßt. Davon hatten 173 die Rechtsform der Aktiengesellschaft und 1 062 die der Gesellschaft mit beschränkter Haftung³⁾. Der Vergleich mit den Daten des Jahres 1954 zeigt, daß die Anzahl der Aktiengesellschaften um 5 und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung um 250 angewachsen ist. Der Zugang um netto 255 Kapitalgesellschaften setzt sich aus 111 Abgängen aus der Beteiligungsquotengruppe "unter 50 vH" und 82 Zugängen in die Gruppe "50 bis unter 100 vH" sowie 284 Zugängen in die Gruppe "100 vH" zusammen. Es ist nicht zu

1) Vgl. Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 638. Siehe auch die Aufgliederung der individuellen Konzernumsätze in Tabelle 31 auf Seite 289 dieser Arbeit.

2) Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 54 f. und S. 98.

3) Die verbleibenden 31 Personengesellschaften haben in organschaftsähnlichen Verbindungen gestanden.

erkennen, inwieweit bereits bestehende Beteiligungen aufgestockt oder neu erworben worden sind. Der hohe Zugang an Gesellschaften mit beschränkter Haftung läßt andererseits darauf schließen, daß er größtenteils auf Ausgründungen (originärer Beteiligungserwerb, internes Wachstum) zurückzuführen ist.

Tabelle 36:

Anzahl der Organgesellschaften und Beteiligungsquoten
in 338 Umsatz-Organkreisen ¹⁾
1954 und 1960

Jahr bzw. Zeitraum	Beteiligungsquotengruppen			
	unter 50 vH	50 bis unter 100 vH	100 vH	insgesamt
Aktiengesellschaften				
1954 ²⁾	34	73	61	168
1960 ³⁾	1	90	82	173
1954/60	./.. 33	+ 17	+ 21	+ 5
Gesellschaften mbH				
1954 ²⁾	84	188	540	812
1960 ³⁾	6	253	803	1 062
1954/60	./.. 78	+ 65	+ 263	+ 250
AG und GmbH				
1954 ²⁾	118	261	601	980
1960 ³⁾	7	343	885	1 235
1954/60	./.. 111	+ 82	+ 284	+ 255

1) Organkreise mit Umsätzen über 10 Mill.DM im Jahre 1960.

2) Beteiligungen an Gesellschaften, die im Jahre 1960 organ-schaftlich integriert waren.

3) Nur direkte Beteiligungen an den Organgesellschaften.

Quelle: Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 647.

Die Bewegung zu höheren Beteiligungsgrößenklassen ist unter anderem mit dem Inkrafttreten des 11. Umsatzsteueränderungsgesetzes vom 16. August 1961 ¹⁾ zu begründen. Damit wurde die Inanspruchnahme des "Organschaftsprivilegs" an die Voraussetzung einer Mindestbeteiligung von 75 vH geknüpft. Im Jahre 1960 lagen die direkten Beteiligungen nur bei 100 Organverhältnissen unter 75 vH. In 25 Fällen mußte die umsatzsteuerliche Organschaft aufgehoben werden. In acht Fällen gelang die Aufstockung bis über die Mindestgrenze hinaus, und zwar zumeist durch Paketerwerb von "befreundeten Unternehmen". 64 Organverhältnisse konnten durch die Kumulierung direkten und indirekten Beteiligungsbesitzes beibehalten werden ²⁾.

b) Die konzernpolitische Bedeutung der körperschaftsteuerlichen Organschaft

Die Vorteile der körperschaftsteuerlichen Organschaft können erst wahrgenommen werden, wenn die finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Integration durch den Abschluß eines mindestens fünf Jahre währenden Ergebnisübernahmevertrages ³⁾

1) Vgl. BGBI. 1961 I S. 1330.

2) In den verbleibenden Fällen behalf man sich mit der Verschmelzung einer Aktien-Organgesellschaft mit der Obergesellschaft, der Verpachtung der Betriebsstätte einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung an Dritte oder der Anlagenverpachtung durch eine Aktiengesellschaft an den Organträger. Vgl. Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 649f.

3) Bis zum Inkrafttreten der neuen aktienrechtlichen Vorschriften zu den Unternehmensverträgen bestand die handelsrechtliche Komponente zum körperschaftsteuerlichen Ergebnisübernahmevertrag in der "Gewinngemeinschaft" des § 256 AktG 1937. Sie konnte nur mit qualifizierter Mehrheit beim Organ be-

Fortsetzung der Anmerkung 3 s. folgende Seite

besiegelt worden ist. Darin verpflichtet sich die Organgesellschaft, ihren gesamten steuerlichen Gewinn an die Obergesellschaft abzuführen. Letztere ist verpflichtet, die Verluste ihrer Organtochter auszugleichen ¹⁾.

Schließen Organmutter und Organtochter mit Gewinn ab, ergibt sich ein steuerlicher Vorteil nur, wenn die Organmutter die Rechtsform der nicht körperschaftsteuerpflichtigen Einzelfirma oder Personengesellschaft hat, da die vom körperschaftsteuerpflichtigen Organ abgeführten Gewinne nicht mehr der Körperschaftsteuer, sondern nur der Einkommensteuer der Gesellschafter des Organträgers unterliegen ²⁾. Ist die Organmutter dagegen eine Kapitalgesellschaft, vermittelt der Ergebnisübernahmevertrag gegenüber dem Schachtelprivileg keinen Vorteil, da die Organschaftserträge dem Gewinn der Obergesellschaft zugeschlagen und der Körperschaftsteuer unterworfen werden ³⁾.

3) der vorhergehenden Seite:

geschlossen werden. Über die Neuordnung der Handels- und steuerrechtlichen Gewinn- bzw. Ergebnisübernahmeverträge vgl. bspw. Winter, Ahrend, Die steuerliche Anerkennung von Gewinn- und Teilgewinnabführungsverträgen des neuen Konzernrechts nach dem AktG 1965, in: Der Betrieb, 19. Jg., 1966, S. 789ff.

1) Vgl. Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 319; Lange, Robert, Die steuerliche Bedeutung der Organschaftstheorie, aaO, S. 54 ff.; Brönner, Herbert, Die Besteuerung der Gesellschaften, aaO, S. 258 ff.; Oskierski, Wolfgang, Organtheorie und Unternehmensbesteuerung, aaO, S. 5.

2) Bis zu seinem Urteil vom 17. November 1966 (BStBl. 1966 I 280/63) gestattete der Bundesfinanzhof die Ergebnisabführung im Rahmen eines körperschaftsteuerlichen Ergebnisübernahmevertrages auch auf eine natürliche Person oder Personenvereinigung. Künftig rechtfertigt nicht einmal ein Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrag gemäß § 291 AktG die Zulassung einer Ausnahme des Prin-

Fortsetzung der Anmerkungen 2 und 3 s. folgende Seite

Die eigentlichen Vorteile des organschaftlichen Ergebnisübernahmevertrages liegen im sofortigen Verlustausgleich zwischen den Mitgliedern des Organkreises. Damit vermindert sich der steuerpflichtige Periodengewinn. Bestünde kein Ergebnisübernahmevertrag, könnte die mit Verlust abschließende Gesellschaft diesen innerhalb der folgenden fünf Jahre durch Gewinne ausgleichen (§ 10 d EStG und § 15 Nr. 1 KStDV).

Da sich der Ergebnisübernahmevertrag auf den gesamten Gewinn des Organs mit Ausnahme der als eigenes Einkommen zurückbehaltenen Beträge ¹⁾ bezieht, erhält die Organmutter, sofern ihre Beteiligung am Organ unter 100 vH liegt, mehr, als ihr aufgrund der Kapitalbeteiligung zusteht. Deshalb

2) der vorhergehenden Seite:

zips, daß der Gewinn einer Kapitalgesellschaft ungeschmälert der Körperschaftsteuer zu unterwerfen sei. Dementsprechend gelten Verlustdeckungen durch den Organträger als Einlagen und erhöhen den Buchwert der Beteiligung, sofern nicht die Voraussetzungen zur Teilwertabschreibung gegeben sind. Vgl. Labus, Otto, Keine Anerkennung der Ergebnisabführung an Personenunternehmen im Rahmen der Organschaft, in: Der Betriebs-Berater, 22. Jg., 1967, S. 108 f.

3) Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, aaO, S. 219 f.

1) Die subjektive Steuerpflicht bleibt auch nach dem Abschluß des Ergebnisübernahmevertrages bestehen. Damit verbindet sich grundsätzlich eine selbständige Steuerpflicht für solche Beträge, die dem Organ als eigenes Einkommen zu belassen sind, damit es seinen gesetzlichen (Dotierung der gesetzlichen Rücklage), öffentlich rechtlichen (Abführung der nicht abzugsfähigen Personensteuern) und satzungsmäßigen Verpflichtungen (Zahlung von Aufsichtsrats-Vergütungen) nachkommen kann. Bis zu einer anderslautenden Entscheidung des Bundesfinanzhofs werden diese Beträge aufgrund des Organschaftserlasses 1959, Abschnitt IV, Ziff. 1 nicht als eigenes Einkommen des Organs behandelt. Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, aaO, S. 223.

verpflichtet sie sich, den Minderheitsgesellschaftern eine festgelegte Dividende zu garantieren. Diese Dividendenzahlungen werden als Betriebsausgaben des Organträgers anerkannt. Sie beeinflussen jedoch das Ergebnis des Organs, das sie grundsätzlich als eigenes Einkommen zu versteuern hat ¹⁾.

Der Konzernspitze ist es freigestellt, mit welchen ihrer finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch eingegliederten Gesellschaften sie körperschaftsteuerliche Ergebnisübernahmeverträge abschließt. Damit kann sie die Grenzen des körperschaftsteuerlichen Organkreises selbst ziehen. Das primäre Ziel der Organschaft besteht in dem sofortigen Verlustausgleich durch Zusammenfassung von Konzerngliedern unterschiedlicher Ertragsstruktur. Der Organschaftsvertrag dient also nicht der Beherrschung. Sind Verlustbringer vorhanden, wird der Organkreis möglichst weit gezogen. Erzielt die überwiegende Zahl der Gesellschaften regelmäßig Gewinne, sind Ergebnisübernahmeverträge nur in den Konzernzweigen anzutreffen, in denen auch mit Verlusten abschließende Gesellschaften eingeordnet sind. Bei nachhaltiger Besserung der Ertragslage werden die Ergebnisübernahmeverträge nach Ab-

1) Nach dem Organschaftserlaß 1959, Abschnitt IV, Ziff. 4, letzter Satz, dürfen die garantierten Dividendenzahlungen weder beim Organträger noch beim Organ als berücksichtigungsfähige Ausschüttungen nach § 19 Abs. 3 Satz 1 KStG behandelt werden. Vgl. Krollmann, Heinz, Organschaft im Steuerrecht, aaO, S. 23; Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, aaO, S. 223 f.

lauf der Mindestdauer von fünf Jahren aufgehoben ¹⁾.

Genauere Angaben über den organschaftlichen Verlustausgleich liegen für 55 Organkreise vor, die in ihrer umsatzwirtschaftlichen Abgrenzung jeweils mehr als 250 Mill. DM jährlich umgesetzt haben. Bei ihnen betrugen die sofort ausgeglichenen Verluste in den Jahren 1952 bis einschließlich 1960 insgesamt 526 Mill. DM bzw. 5,2 vH ihres steuerlichen Einkommens in Höhe von 10,1 Mrd. DM vor Verlustabzug. Allerdings wäre ohne Ergebnisübernahmeverträge bei den einzelnen Gesellschaften ein nachträglicher interner Verlustausgleich möglich gewesen. Der Ausgleichszeitraum betrug vor 1955 drei und danach fünf Jahre ²⁾.

Dafür, daß trotz gegebener Voraussetzungen keine Ergebnisübernahmeverträge abgeschlossen worden sind, gibt es unterschiedliche Begründungen. Sollten einerseits bestehende Treuhandverhältnisse nicht aufgedeckt werden, so ging es in anderen Beispielen darum, die Haftungsbeschränkungen der Tochter- und Kapitalgesellschaften nicht aufzuheben. Nicht

1) Sichere Verluste erwachsen den expandierenden Konzernen aus den Forschungs- und Entwicklungsgesellschaften sowie aus neu gegründeten Unternehmen, die sich in bisher fremden Geschäftszweigen betätigen und aus angegliederten Gesellschaften, die bislang chronische Verlustträger waren und es bis zur endgültigen Eingliederung in den Konzern bleiben. Nicht zuletzt ermöglichten die Sondervergünstigungen der 7er-Gruppe des Einkommensteuergesetzes und des § 36 des Investitionshilfegesetzes Gewinn- und Verlustkompensationen größeren Ausmaßes. Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 57 f.

2) Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 57 und S. 99.

zuletzt haben die Finanzverwaltungen einiger Bundesländer darauf Einfluß genommen, daß mit Gesellschaften ihres Zuständigkeitsbereiches keine Ergebnisübernahmeverträge abgeschlossen wurden, damit sie die ihnen teilweise zustehende Körperschaftsteuer nicht verloren. Die Gegenleistung bestand in der Einräumung steuerlicher Sondervergünstigungen oder der Vermittlung billiger Kredite ¹⁾.

Einen Einblick in die körperschaftsteuerlichen Organverhältnisse in 285 Konzernen gibt Tabelle 37.

Tabelle 37:

Die Entwicklung der körperschaftsteuerlichen Organverhältnisse in 285 Konzernen ¹⁾

1952 bis 1962

Zeitpunkt bzw. Zeitraum	Körperschaftsteuerliche Organverhältnisse ²⁾					
	25 bis unter 50 vH	50 bis unter 75 vH	75 bis unter 100 vH	100 vH	insgesamt	
					alle Rechtsformen ³⁾	AG vH Sp. 6
1	2	3	4	5	6	7
Stand Ende 1952	8	18	33	306	365	14
Zugang 1952/62	18	39	106	316	479	9
Abgang 1952/62 ⁴⁾	2	5	15	39	61	20
Stand Ende 1962 ⁵⁾	26 (3)	57 (6)	169 (20)	676 (71)	878 (100)	11
1962/1952 = 100	325	317	512	205	241	190

1) Umsatzsteuerliche Industrieorgankreise mit Umsätzen über 10 Mill. DM (1960).

2) Nur direkte Beteiligungen.

3) Aktiengesellschaften, Gesellschaften mbH und "Sonstige".

4) Die Abgänge beruhen auf Verschmelzung, verschmelzender Umwandlung, Veräußerung oder Liquidation.

5) Die Differenzen zu den rechnerischen Summen beruhen auf 37 festgestellten Übergängen vom körperschaftsteuerlichen Organ- zum Schachtelverhältnis und 128 Wechsels in umgekehrter Richtung.

Quelle: Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 652 f.

1) Vgl. Berichtsband zu Konzentrationsenquete, aaO, S. 57.

Danach hat sich laut Spalte 6 die Zahl der Organverhältnisse von 365 um 513 auf 878 erhöht. Den in der Tabelle mit 479 ausgewiesenen Zugängen sind 128 Übergänge von Schachtel- in Organverhältnisse zuzurechnen. Desgleichen erhöht sich die Zahl der gesellschaftsrechtlich bedingten Abgänge (61) um 37 Übergänge vom Organ- in das Schachtelverhältnis. Über vier rechnerische Zugänge zu den Organschaftsverhältnissen konnte kein Aufschluß erlangt werden.

c) Die konzernpolitische Bedeutung der gewerbsteuerlichen Organschaft

Bei Vorliegen der Voraussetzungen der gewerbsteuerlichen Organschaft gilt die Organgesellschaft unentziehbar als Betriebsstätte des Oberunternehmens (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 GewStG; § 3 Gew StDV). Damit besteht für die gewerbliche Tätigkeit der Organgesellschaft weder objektive noch subjektive Steuerpflicht. Zwar hat jede Organgesellschaft aufgrund ihrer rechtlichen Selbständigkeit eine eigene Bilanz zu erstellen, doch unterbleiben bei der Ermittlung des Gewerbeertrages wie des Gewerbekapitals beim Organ zwecks Vermeidung von Doppelbesteuerungen die Hinzurechnungen und Kürzungen, die Ertrag und Kapital des Oberunternehmens oder eines anderen Organunternehmens bereits erhöht haben. Bei der Ermittlung des Einheitswertes muß der Organträger das bewertungsrechtliche Schachtelprivileg anwenden (§ 102 BewG 1965), das seit 1963 auch für Personengesellschaften und Einzelfirmen gilt. Dadurch bleiben die Beteiligungen außer Ansatz. Durch die Zusammenrechnung der Gewerbeerträge und -kapitalien beim Organträger werden die

Verluste ausgeglichen, die innerhalb des Organkreises eingetreten sind ¹⁾.

Die Unentziehbarkeit der gewerbsteuerlichen Organschaft kann sich für den Konzern nachteilig auswirken, wenn die Hebesätze der Gemeinden unterschiedlich hoch sind. Ohne Organschaft könnten die Gewerbeerträge der rechtlich selbständigen Betriebsstätten in den Gemeinden mit dem niedrigsten Hebesatz zum Ausweis gelangen. Die Zusammenrechnung der einzeln ermittelten Gewerbeerträge und die anschließende Zerlegung auf die einzelnen Betriebsstandorte verhindert dies ²⁾.

2. Das steuerliche Schachtelprivileg

Die Inanspruchnahme des Schachtelprivilegs setzt voraus, daß eine unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaft (Obergesellschaft) nachweislich seit Beginn des Wirtschaftsjahres unmittelbar mit mindestens 25 vH an einer anderen unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaft (Untergesellschaft) ununterbrochen mindesten 12 Monate lang beteiligt ist ³⁾. Da ausländische Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland beschränkt steuerpflichtig sind, beschränkt sich die Anwendbarkeit des Schachtelprivilegs auf inländische Kapitalgesellschaften.

1) Auf die zusammengerechneten Gewerbeerträge und -kapitalien wird die Steuermeßzahl zu Ermittlung des Steuermeßbetrages angewandt, der durch Zerlegung auf die Sitzgemeinden der Betriebsstätten aufgeteilt wird (§ 28 GewStG).

2) Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, aaO, S. 224 ff. und S. 228 f.

3) Vgl. § 9 Abs. 1 KStG und § 102 BewG 1965 (BGBI. I 1862).

a) Die Bedeutung des körperschaftsteuerlichen
Schachtelprivilegs

Entfallen materiell und formell die Voraussetzungen der organschaftlichen Ergebnisübernahme, so sieht § 9 KStG 1961 unter den genannten Voraussetzungen die Vermeidung einer doppelten oder mehrfachen Körperschaftsteuerpflicht vor ¹⁾. Bei der Obergesellschaft bleiben die auf ihre Beteiligung entfallenden Gewinne außer Ansatz. Liegt die Beteiligung unterhalb der festgesetzten Mindesthöhe, hat die Obergesellschaft die ihr daraus zufließenden Gewinne zu versteuern ²⁾.

Aufgrund des seit 1953 geltenden gespaltenen Körperschaftsteuertarifs unterliegen die berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen der Unter- gesellschaft nur einmal dem ermäßigten Steuersatz von 15 vH bzw. von 26,5 vH (bei personenbezogenen Kapitalgesellschaften), soweit sie in gleicher Höhe von der Obergesellschaft ausgeschüttet werden. Behält die Obergesellschaft die ihr zufließenden Schachtelgewinne jedoch ein, wofür 51 vH bzw. 49 vH Körperschaftsteuer zu zahlen sind, hat sie in Höhe der Differenz zu den vorgenannten Sätzen eine als Nachsteuer bezeichnete besondere Körperschaftsteuer zu entrichten ³⁾.

1) Die Doppelbesteuerung der in Kapitalgesellschaften erzielten Gewinne durch die Körperschaftsteuer und (im Ausschüttungsfall) durch die Einkommensteuer bei den Gesellschaftern wird hiervon nicht berührt.

2) Über die Frage, ob schachtelbegünstigte Einnahmen den abzugsfähigen Verlust der Obergesellschaft mindern und die erst seit dem BFH-Urteil vom 3. Juli 1963 bejaht wird, vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, aaO, S. 196 f.

3) Vgl. derselbe, aaO, S. 198 f.

Als Ergänzung zur Darstellung der Entwicklung der körperschaftsteuerlichen Organverhältnisse ist die nachstehende tabellarische Übersicht über die Entwicklung der körperschaftsteuerlichen Schachtelverhältnisse in 285 Konzernen zu sehen ¹⁾. Sie haben

Tabelle 38:

Die Entwicklung der körperschaftsteuerlichen Schachtelverhältnisse in 285 Konzernen ¹⁾

1952 bis 1962

Zeitpunkt bzw. Zeitraum	Körperschaftsteuerliche Schachtelverhältnisse ²⁾					
	25 bis unter 50 vH	50 bis unter 75 vH	75 bis unter 100 vH	100 vH	insgesamt	
					alle Rechts- formen ³⁾	AG vH Sp 6
1	2	3	4	5	6	7
Stand Ende 1952	79	68	102	210	459	23
Zugang 1952/62	62	74	66	171	373	11
Abgang 1952/62 ⁴⁾	12	9	23	29	73	22
Stand Ende 1962 ⁵⁾	127 (19) ⁶⁾	128 (19) ⁶⁾	100 (15) ⁶⁾	315 (47) ⁶⁾	670 (100) ⁶⁾	17
1962 (1952 = 100)	161	188	98	150	146	109

1) Umsatzsteuerliche Industrie-Organkreise mit Umsätzen über 10 Mill.DM (1960).

2) Nur direkte Beteiligungen.

3) Aktiengesellschaften, Gesellschaften mbH und "Sonstige".

4) Die Abgänge beruhen auf Verschmelzung, verschmelzender Umwandlung, Veräußerung oder Liquidation.

5) Die Differenzen zu den rechnerischen Summen beruhen auf 37 festgestellten Übergängen vom körperschaftsteuerlichen Organ- zum Schachtelverhältnis und 128 Wechslen in umgekehrter Richtung.

6) Anteile an der Gesamtzahl in vH.

Quelle: Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aa0, S. 652 f.

1) An der Spitze der 285 Unternehmensverbindungen standen 140 Aktiengesellschaften und 81 Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Damit konnten nur 78 vH der Konzernspitzen das Schachtelprivileg nutzen. Für die als Personengesellschaften (48) und Einzelfirmen (16) geführten Konzernspitzen selbst war die Anwendung des Schachtelprivilegs nach § 9 Abs. 1 KStG ausgeschlossen, nicht jedoch für die beteiligungspolitisch verbundenen Kapitalgesellschaften ihrer Konzerne. Vgl. Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aa0, S. 654.

sich im Zeitraum von 1952 bis einschließlich 1962 von 459 um netto 211 auf 670 erhöht. In den in Tabelle 38 vermerkten Zu- und Abgängen aufgrund gesellschaftsrechtlicher Veränderungen sind die Übergänge aus Organverhältnissen (37) und in Organverhältnisse (128) sowie ein ungeklärter Zugang von zwei Schachtelverhältnissen nicht enthalten. Beachtung verdient die Tatsache, daß beim Wechsel der Konzernsteuerrechtsinstitute eine wesentlich stärkere Bewegung in die fester gefügten Organverhältnisse als in die "anspruchsloseren" Schachtelverhältnisse stattgefunden hat.

Weiter sei darauf hingewiesen, daß die Beteiligungsquoten in 81 vH der Schachtelverhältnisse über dem geforderten Mindestanteil von 25 vH liegen. Soweit es an den übrigen Voraussetzungen der wirtschaftlichen und organisatorischen Eingliederung nicht mangelte, könnten mindestens 62 vH der aufgeführten Schachtelgesellschaften als Organgesellschaften geführt werden. Auf die Unterlassungsgründe wurde bereits an anderer Stelle eingegangen ¹⁾.

b) Die konzernpolitische Bedeutung des gewerbesteuerlichen Schachtelprivilegs

Der Sinn des gewerbesteuerlichen Schachtelprivilegs besteht darin, daß Teile des Gewerbeertrags und Gewerbekapitals, die bereits der Gewerbesteuer im beteiligungspassiven Betrieb unterlegen haben, bei ihrer Weitergabe als Beteiligungsgewinne oder ihrer Veranlagung als Beteiligungsvermögen nicht

1) Vgl. Seite 327 f. dieser Arbeit.

ein zweites Mal der Gewerbesteuer unterworfen werden ¹⁾.

c) Die konzernpolitische Bedeutung des bewertungsrechtlichen Schachtelprivilegs

Das vermögensteuerliche Schachtelprivileg hat zum Inhalt, daß die Beteiligungen gemäß § 102 BewG 1965 (§ 60 Abs. 1 BewG 1934) bei der Einheitswertermittlung des Betriebsvermögens der Obergesellschaft außer Ansatz bleiben. Damit wird eine mehr als zweifache Besteuerung von Vermögensteilen vermieden, die wirtschaftlich einer Kapitalgesellschaft angehören.

III. Die Gewinnpolitik der Konzerne

Im Rahmen der Konzernpolitik spielt die dispositive Gewinnpolitik eine dominierende Rolle. Sie beinhaltet neben den Maßnahmen zur Gewinnverlagerung solche, die auf die Beeinflussung des Gewinnausweises gerichtet sind ²⁾.

Die im wesentlichen über leistungs- und finanzwirtschaftlich begründete Verrechnungen bewirkte Politik der konzerninternen Gewinnverlagerung kann bei Fehlen gesellschafts- und steuerrechtlich anerkannter Gewinn- und Verlustübernahmeverträge

1) Weitere Einzelheiten hierüber bspw. bei Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd.II, 1. Halbband, aaO, S. 199 ff.

2) Vgl. Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, aaO, S. 568 ff.

zu Kollisionen mit den handels- und steuerrechtlichen Normen führen, die der Verhinderung bzw. Berücksichtigung verdeckter Gewinnausschüttungen dienen.

Aktienrechtlich gilt als verdeckte Gewinnausschüttung, was den Aktionären außer dem Reingewinn etwa in Form von Zinsen oder anders bezeichneten Zuwendungen zufließt. Die durch das Verbot der Rückgewähr oder Verzinsung von Einlagen ¹⁾ verwirklichten Prinzipien der Kapitalerhaltung und des Gläubigerschutzes können gerade bei passiver Konzernverflechtung via Verrechnungspreisgestaltung umgangen werden ²⁾. Die gesellschaftsrechtliche Problematik verdeckter Gewinnausschüttungen verschärft sich, wenn es außenstehende Minderheiten bei der beteiligungspassiven Gesellschaft gibt. Dann verstößt die einseitige verdeckte Gewinnausschüttung an den Großaktionär gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung der Aktionäre ³⁾. Da die verdeckte Gewinnausschüttung die Macht des Großaktionärs voraussetzt, die Verwaltung zu ihrer Durchführung zu bestimmen, wird hierdurch unmittelbar das Problem der Erreichung gesellschaftsfremder Sonder Vorteile zum Schaden der Gesellschaft und ihrer Gesellschafter ausgesprochen ^{4) 5) 6)}. Im Vergleich

1) Vgl. die §§ 52 und 54 Abs. 1 AktG 1937; § 57 AktG; § 30 Abs. 1 GmbHG.

2) Vgl. Mestmäcker, Ernst-Joachim, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, aaO, S. 223 ff.; Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 176 f.

3) "Auch die verdeckten Gewinnausschüttungen stellen einen rechtstatsächlichen wichtigen, "institutionalisierten" Konflikt zwischen Mehrheit und Minderheit, Verwaltung und außenstehenden Aktionären dar" Mestmäcker, Ernst-Joachim, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, aaO, S. 232.

Anmerkungen 4), 5) und 6) s. folgende Seite.

zum fusionierten Einheitsunternehmen oder dem Vertragskonzern gemäß der neuen aktienrechtlichen Terminologie bietet das auf einer Mehrheitsbeteiligung beruhende faktische Konzernverhältnis darüberhinaus die Möglichkeit, die aus der Zusammenarbeit der Konzernglieder sich ergebende und ⁱⁿ ihrer künftigen Höhe unbekannte "Komplementaritätsrente" ¹⁾ erst dann auf die einzelnen Gesellschaften aufzuteilen, wenn das tatsächliche Ergebnis bekannt ist. Eine derart asymmetrische Verteilung des Gewinn- und Verlustrisikos ist im Einheitsunternehmen oder Vertragskonzern vollständig oder weitgehend ausgeschlossen, da hier der Gewinnverteilungsschlüssel von vornherein festliegt ²⁾.

Der körperschaftsteuerliche Tatbestand der verdeckten Gewinnausschüttung wird erfüllt, wenn die Doppelbesteuerung des von der Kapitalgesellschaft erzielten Einkommens durch andere als gesellschaftsrechtliche Ausschüttungen umgangen zu werden droht.

Anmerkungen 4), 5) und 6) der vorhergehenden Seite:
 4) Über den Inhalt gesellschaftsfremder Sondervorteile vgl. Mestmäcker, Ernst-Joachim, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, aaO, S. 238.

5) Dieser Tatbestand begründet die Schadensersatzpflicht des § 101 AktG 1937 bzw. der §§ 117 und 317 AktG sowie die Haftpflicht der Aktionäre gegenüber den Gläubigern (§ 56 AktG 1937; § 62 AktG), des Vorstands gegenüber der Gesellschaft (§ 84 Abs. 3 Nr. 1 AktG 1937; § 93 Abs. 3 Nr. 1 AktG) und des Aufsichtsrats gegenüber der Gesellschaft (§ 99 AktG 1937; § 116 AktG).

6) Über die Behandlung der Minderheiten durch Großaktionäre vgl. den Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 66 ff.

1) Als Komplementaritätsrente bezeichnet Stützel den "Gewinn, den keine der beiden Gesellschaften allein erzielen kann, den sie vielmehr nur durch (einkaufs-, produktions- oder absatzpolitische) Kooperation erzielen können". Stützel, Wolfgang, Aktienrechtsreform und Konzentration, aaO, S. 945.

2) s. folgende Seite

Das Gesetz definiert die verdeckte Gewinnausschüttung nicht, sondern begnügt sich in § 19 KStG mit einer beispielhaften Erläuterung jener "Ausschüttungen", die gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 KStG bei der Ermittlung des Einkommens zu berücksichtigen sind. Die Rechtsprechung bezeichnet als verdeckte Gewinnausschüttung jeden Vorteil, "den eine Gesellschaft ihren Gesellschaftern oder diesen nahestehenden Personen zuwendet, den sie aber Dritten, der Gesellschaft fremd gegenüberstehenden Personen nicht einräumen würde ... Dabei ist nicht notwendig, daß der Vorteil allen Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Anteile gewährt worden ist. Eine verdeckte Gewinnausschüttung kann vielmehr auch vorliegen, wenn nur einigen oder gar nur einem Gesellschafter oder einer den Gesellschaftern nahestehenden Person solche Vorteile zugewendet werden" ¹⁾.

Nicht nur die Gewinnverlagerung, auch der Gewinnausweis birgt handels- und steuerrechtliche Probleme in sich ²⁾. Der Gesamtgewinn der Konzernspitze

2) der vorhergehenden Seite:

Der Anreiz zur nachträglichen Festlegung des Gewinnverteilungsschlüssels bei faktischen Konzernverhältnissen mit außenstehenden Minderheiten ergibt sich aus der Ungewißheit darüber, ob die in den Konzernverband eingefügte Gesellschaft überdurchschnittlich hohe, gleichbleibende oder unerwartet niedrige Gewinne erwirtschaften wird. Vgl. Stützel, Wolfgang, Aktienrechtsreform und Konzentration, aaO, S. 944 f.

1) RFH in RStBl. 1936, S. 252, Nr. 232, zitiert bei Mestmäcker, Ernst-Joachim, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, aaO, S. 225; ähnlich bei: Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 121 und S. 165; Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., aaO, S. 245.

2) Über die bei Konzernverhältnissen gegebenen Dispositionsmöglichkeiten zur Umgehung der Publizitätspflicht vgl. insbesondere Moxter, Adolf, Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, aaO, S. 145 ff.; Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, aaO, S. 570 ff.; Stützel, Wolfgang, Aktienrechtsreform und Konzentration, aaO, S. 949 f.

bzw. der Konzernglieder kann durch Gewinnrealisationen im konzerninternen Lieferungs- und Leistungsverkehr beeinflußt werden. Die rechtliche Selbständigkeit der Konzernglieder hat die Auffassung begünstigt, daß sie untereinander gewinnbringende Umsätze tätigen könnten, die sich in den Einzelabschlüssen unmittelbar "erfolgswirksam" niederschlugen. Aus der Gegenmeinung, der Konzern sei *e i n*, wenn auch polykorporativ gegliedertes, Unternehmen folgt, daß konzerninterne Umsätze wie innerbetriebliche Wertbewegungen betrachtet werden. Gewinnrealisierungen treten damit erst nach der Veräußerung an Externe ein ¹⁾.

Dieser Einsicht folgt auch der § 331 Abs. 1 AktG, der die Eliminierung konzerninterner Zwischengewinne aus Lieferungen und Leistungen vorsieht, wenn sie mit oder ohne anschließende Be- oder Verarbeitung zur Weiterveräußerung an Dritte bestimmt sind oder wenn sie außerhalb des üblichen Lieferungs- und Leistungsverkehrs übertragen wurden ^{2) 3)}.

Das Körperschaftsteuerrecht folgte bislang der "Mehrheitstheorie", da es den Begriff des Konzerns nicht kennt. Es knüpft die Steuerpflicht an die

1) Vgl. Schuhmann, Werner, Der Konzernabschluß, aaO, S. 115 f. sowie die darin enthaltenen Literaturhinweise.

2) Zu den Bewertungsgrundsätzen dieser Vorschrift vgl. Peupelmann, Hans W., Die Rechnungslegung im Konzern nach dem AktG 1965, aaO, S. 33 f.

3) Zu den Methoden und der unterschiedlichen Praxis der Erfolgskonsolidierung deutscher Konzerne vgl. Schuhmann, Werner, Der Konzernabschluß, aaO, S. 118 ff.

Rechtsform der zusammengefaßten Unternehmen. Deshalb unterliegen unter anderem sämtliche Kapitalgesellschaften der Körperschaftsteuer (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG). Die körperschaftsteuerlichen Auswirkungen des konzerninternen Finanz- und Leistungsaustausches hängen im einzelnen davon ab, ob die zusammengefaßten Unternehmen aufgrund ihrer Rechtsform das Schachtel- oder Organschaftsprivileg beanspruchen können oder nicht ¹⁾.

1. Die steuerliche Gewinnpolitik

Die steuerliche Gewinnpolitik der Konzerne ist der externen Analyse weitgehend entzogen. Deshalb sei hier nochmals auf die aufschlußreichen Ergebnisse der Konzentrationsenquete zurückgegriffen, die etwas über die Wahrnehmung der bereits erörterten Gewinnsteuerrechtsinstitute aussagen. Der übersichtlichen Darstellung dient Tabelle 39. Sie enthält für die Spitzen von 285 umsatzsteuerlichen Industrie-Organkreisen in ihrem ersten Teil (I) die für die Jahre 1952 bis einschließlich 1960 zusammengefaßten Einkommen der in den Spalten 4 bis 7 aufgeführten Kategorien. Die im zweiten Teil (II) wiedergegebenen Daten gelten dagegen nur für das Jahr 1960. Sie sind in den Daten des vorgenannten Neunjahreszeitraums mit enthalten.

1) Vgl. hierzu im einzelnen: Institut "Finanzen und Steuern", Zur Frage der Gewinnverwirklichung beim innerkonzernlichen Leistungsverkehr, Brief 85, Bonn, Dezember 1966, S. 3 ff.

In dem mehrjährigen Untersuchungszeitraum hatten die 285 Konzernspitzen ein saldiertes Gesamteinkommen in Höhe von 15,5 Mrd. DM. Davon haben die Gesellschaften 81,7 vH selbst erwirtschaftet. 17,0 vH sind ihnen aus Gewinnübernahmen und 5,5 vH als Schachteldividenden zugeflossen. Die organ-schaftliche Verlustübernahme hatte ein Volumen von 4,2 vH des Gesamteinkommens. Damit konnte etwa ein Viertel der gesamten Gewinnübernahme steuerlich neutralisiert werden. Aufgrund des hohen Eigeneinkommens der kapitalgesellschaftlichen Konzernspitzen konnte sich das Schachtelprivileg nicht steuermindernd auswirken, da seit 1955 die in § 9 Abs. 3 KStG geregelte besondere Körperschaftsteuer (Nachsteuer) zu entrichten war, wenn die empfangende Obergesellschaft die erhaltene Schachteldividende nicht ihrerseits ausschüttete. Der Ausschüttungssteuersatz wurde in diesen regelmäßig auftretenden Fällen bei der Untergesellschaft auf das Niveau angehoben, das bei der Obergesellschaft für die nicht ausgeschütteten Gewinne galt ¹⁾.

Die in der Tabelle aufgeführten 55 Großkonzerne mit Jahresumsätzen von mindestens 250 Mill. DM haben im Vergleich zu den 230 Konzernen darunterliegender Umsatzgrößenklassen mit 79,8 vH relativ weniger im eigenen Haus erwirtschaftet als die "kleineren" Konzerne (85,5 vH). Bei den "Großen" gab es nicht nur relativ höhere Gewinnübernahmen (19,6 vH gegenüber 11,7 vH des Gesamteinkommens), sondern der am Gesamteinkommen gemessene anteilige Verlustausgleich war mit 5,1 vH mehr als doppelt

1) Vgl. Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 657 f.

so hoch wie bei den kleineren Unternehmensverbindungen (2,4 vH).

Tabelle 39:

Das steuerliche Einkommen der Konzernspitzen ¹⁾

1952 bis 1960

und 1960

Umsatzgrößengruppe Mill.DM	Anzahl der Konzerne	Steuerliches Einkommen der Konzernspitzen				
		Gesamteinkommen (saldiert) Mill.DM	Eigeneinkommen	KSt-Organschaft		Schach- teldi- viden- (erhalte
				Gewinn- übernahme	Verlust- übernahme	
1	2	3	4	5	6	7
I. 1952 bis 1960						
10 bis unter 250	230	5 272	85,5	11,7	./ 2,4	5,1
250 und mehr	55	10 266	79,8	19,6	./ 5,1	5,7
Insgesamt	285	15 538	81,7	17,0	./ 4,2	5,5
II. Jahr 1960						
10 bis unter 250	230	1 073	84,4	12,9	./ 2,3	5,0
250 und mehr	55	2 544	84,2	13,7	./ 2,3	4,4
Insgesamt	285	3 617	84,2	13,5	./ 2,3	4,6

1) 285 umsatzsteuerliche Industrie-Organkreise mit Umsätze über 10 Mill.DM.

Quelle: Anlagenband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 655 und 658.

Im Jahre 1960 haben sich die Unterschiede zwischen den Konzernen beider Umsatzgrößengruppen im Vergleich zum vorangestellten Neunjahreszeitraum fast vollständig ausgeglichen. Insgesamt ist jedoch ein Anstieg des "Eigeneinkommens" sowie eine starke Reduzierung der Verlustübernahmen von 4,2 vH auf 2,3 vH des Gesamteinkommens festzustellen. Hierin offenbart sich die zunehmende Konsolidierung der in der Nachkriegszeit stark gewachsenen Konzerne.

Sie haben ihre Expansion mit hohen Aufbau- und Anlaufverlusten bezahlt. Im weiteren Verlauf traten an die Stelle der Anfangsverluste solche aus Anpassungen an konjunkturelle und strukturelle Änderungen. In Höhe der durch sofortigen Verlustausgleich nicht abgeführten Ertragsteuern wurde der Fiskus an der Aufbaufinanzierung beteiligt.

2. Die handelsrechtliche Gewinnpolitik

Im folgenden ist die "optische" Gewinnpolitik zu untersuchen, soweit sie sich an Hand der konzern- bzw. beteiligungsbedingten Gewinngrößen der laufenden Rechnung darstellen läßt ¹⁾. Es geht um die Ermittlung des Konzerneinkommens der Obergesellschaft, das nach der Aufgliederung der Gewinn- und Verlustrechnung aus Erträgen (und Aufwendungen) von bzw. für Unternehmen besteht, mit denen Gewinn- und Verlustübernahmeverträge abgeschlossen worden sind sowie aus Beteiligungserträgen von Unternehmen, mit denen keine derartigen Vereinbarungen bestehen.

Nach einer kurzen Erörterung des Inhalts und Erkenntniswerts der Positionen des laufenden Konzerneinkommens und des als Bezugsgrundlage dienen-

1) Zur externen Schätzung "tatsächlich" erwirtschafteter Gewinne bei Aktiengesellschaften vgl. Büschgen, Hans E., Aktienanalyse und Aktienbewertung nach der Ertragskraft. Die Price-earning ratio und die Schätzung des Reingewinns aus dem Steuerausweis bei deutschen Aktiengesellschaften, Bd. 2 der Beiträge zur Betriebswirtschaftslehre, Hrsg. Heinrich Rittershausen, Wiesbaden 1962, insbesondere S. 207 ff.; derselbe, Wertpapieranalyse. Die Beurteilung von Kapitalanlagen in Wertpapieren, Stuttgart 1966, insbesondere S. 91 ff. sowie die in beiden Werken gegebenen Literaturhinweise.

den Jahresüberschusses ist die optische Gewinnpolitik der 28 ausgewählten Konzernobergesellschaften an Hand von Durchschnittswerten eines Fünfjahreszeitraums darzustellen und kritisch zu würdigen.

a) Die Beteiligungserträge

Die Erträge aus den in der Bilanz verbuchten Beteiligungen sind, soweit keine aktienrechtlichen und körperschaftsteuerlichen Gewinnabführungs- und Verlustübernahmeverträge bestehen, nach § 132 Abs. 2 AktG 1937 in der neuen Fassung bei Verwendung der Kontoform unter Position II 5 und bei Staffelrechnung nach Absatz 3 unter Nr. 8 auszuweisen ¹⁾.

Als Beteiligungserträge gelten Dividenden insbesondere von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Ausbeuten bei bergrechtlichen Gewerkschaften, Gewinnanteile bei offenen Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften und Parten-Reedereien sowie sonstige Gewinnausschüttungen. Da bzw. soweit unter den Beteiligungen auch beteiligungsähnliche Darlehen erfaßt werden, sind die hieraus stammenden Zinsen ebenfalls den Beteiligungserträgen zuzurechnen. Zahlt eine Beteiligungsgesellschaft in Form "verdeckter Gewinnausschüttungen" regelmäßig Lizenz-

1) Gemäß § 132 Abs. 1 II AktG 1937 in der alten Fassung wurden die Beteiligungserträge unter Nr. 2 ausgewiesen. Aus der Neugliederung haben sich keine materiellen Änderungen ergeben.

gebühren oder Pachtzinsen bei Betriebsüberlassungen, so gehören diese Einkünfte ebenfalls zu den Beteiligungserträgen. Hierbei können sich jedoch Abgrenzungsschwierigkeiten ergeben ¹⁾.

Da sich die Beteiligungserträge nur aus tatsächlich ausgeschütteten Gewinnen der genannten Art zusammensetzen, bleibt es dem externen Betrachter verborgen, in welchem Umfang die einzelnen Konzernglieder überhaupt zum gesamten Konzerngewinn beigetragen haben. Es ist nicht einmal zu ersehen, inwieweit diese Gewinne bei der betreffenden Gesellschaft thesauriert oder über Verrechnungspreise, Zuschüsse, Kostenumlagen, Zinsen für konzerninterne Darlehen etc. auf andere Konzernglieder oder die Konzernspitze übertragen worden sind. Derartige verdeckte Gewinnausschüttungen werden, auch wenn sie an die Obergesellschaft gehen, in der Position "Erträge aus Beteiligungen" nicht erfaßt. Vielmehr weist sie hierunter nur das aus, was die Konzernführung für zweckdienlich hält ²⁾.

Entsprechend dem für die Gewinn- und Verlustrechnung geltenden Bruttoprinzip sind die Beteiligungserträge einschließlich der hierauf entfallenden Kapitalertragsteuern auszuweisen ³⁾.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Die neue Gewinn- und Verlustrechnung, aaO, § 132, Tz 14o.

2) Vgl. dieselben, aaO, § 132, Tz 14o.

3) Die von den in- und ausländischen Kapitalerträgen durch Steuerabzug erhobenen Kapitalertragsteuern waren nach der Neufassung der Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls in Position 24 a, "Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen", einzustellen. Die vorher oftmals übliche Verrechnung der Kapitalertragsteuer mit den jeweiligen Erträgen war damit nicht mehr gestattet.
Fortsetzung der Anmerkung s. folgende Seite.

Buchgewinne, die aus der Veräußerung von Beteiligungen stammen, dürfen nicht unter den Beteiligungserträgen ausgewiesen werden. Sie gelten als "Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens" unter Nr. 11. Dagegen gelangen Verluste aus Beteiligungsabgängen unter Position 22. als "Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens" zum Ausweis ¹⁾. Gewinne oder Verluste aus Beteiligungsabgängen werden also nicht vom übrigen Sach- und Finanzanlagevermögen gesondert ausgewiesen. Sind auch im Erläuterungsbericht keine Hinweise hierzu enthalten, können sie nur an Hand der bilanziellen Bewegungen der verschiedenen Arten des Anlagevermögens in der Spalte "Abgänge" geschätzt werden. Die hier interessierende Frage ist am einfachsten zu beantworten, wenn Anlagenabgänge nur im Beteiligungsvermögen vermerkt sind. Da aber gerade im Sachanlagevermögen alljährlich Abgänge zu Buchwerten erscheinen, lassen sich Buchgewinne oder -verluste aus Beteiligungsveräußerungen ohne erläuternde Hinweise kaum feststellen.

Noch schwieriger stellt sich die Aufgabe, Jahresverluste oder Kapitalverluste (bei Personengesellschaften) zu erkennen, die von der Obergesellschaft ohne vertragliche Verpflichtung zur Verlustübernahme übernommen worden sind. Obwohl es als unzulässig erachtet wird, derartige Verluste mit den Beteiligungserträgen aufzurechnen, werden

3) der vorhergehenden Seite:

Der Steuerposten ist wenig aussagefähig, da er sich aus verschiedenen Steuerarten (Körperschaftsteuer einschließlich Kapitalertragsteuer sowie Vermögen-, Grund-, Gewerbekapital-, Lohnsummen-, Erbschaft und Schenkungsteuer und den entsprechenden ausländischen Steuern) zusammensetzt. Außerdem werden die Steuern aus verschiedenen Gründen nicht immer periodengerecht ausgewiesen, obwohl dies grundsätzlich gefordert wird. Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Die neue Gewinn- und Verlustrechnung, aaO, § 132, Tz 227 ff.

1) Vgl. dieselben, § 132, Tz 141 f.

sie in die vieldeutige Position 27 als "sonstige Aufwendungen" eingestellt ¹⁾.

Verluste aus Beteiligungsabschreibungen erscheinen in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Nr. 20 zwar ebenfalls in einem Sammelposten als "Abschreibungen und Wertberichtigungen auf die in § 131 Abs. 1 A II Nr. 6 und 7 bezeichneten Gegenstände des Anlagevermögens", also als Abschreibungen auf die gesamten Finanzanlagen. Genaue Auskunft über die auf das Beteiligungsvermögen entfallenden Abschreibungsgibt wiederum die Jahresbilanz und die hierzu gegebenen Erläuterungen ²⁾.

b) Die Ergebnisübernahmen

Vor der "Kleinen Aktienrechtsreform" wurden die aus "Gewinngemeinschaften" nach § 256 Abs. 1 AktG 1937 stammenden Gewinne und Verluste bei der übernehmenden wie der abführenden Gesellschaft im inhaltlich undefinierbaren Rohüberschuß der Positionen I 9 bzw. II 1 des § 132 AktG 1937 i.d.a.F. verrechnet. So konnten die außenstehenden Aktionäre der abführenden Gesellschaft die Ertragslage ihres Unternehmens ebensowenig erkennen wie die Aktionäre der übernehmenden Gesellschaft die aus der Verlustübernahmeverpflichtung drohenden Gefahren ³⁾.

1) Vgl. Adler - Düring - Schmaltz, Die neue Gewinn- und Verlustrechnung, aaO, § 132, Tz 142.

2) Vgl. Seite 146f. dieser Arbeit.

3) Vgl. Adler - Düring - Schmaltz, Die neue Gewinn- und Verlustrechnung, aaO, § 132, Tz 125.

Um den Ertragsausweis bei Konzernverbindungen mit Gewinn- und Verlustübernahmeverträgen zu verbessern, bestimmte der § 132 Abs. 3 AktG 1937 i.d. n.F., daß die übernehmende Gesellschaft ab 1960/61 bei Verwendung der Staffelform unter Nr. 7 die "Erträge aus Gewinnabführungsverträgen" und unter Nr. 26 die "Aufwendungen aus Verlustübernahmeverträgen" auszuweisen hatte ¹⁾.

Nach der Terminologie des § 256 Abs. 1 AktG 1937 zählte man zu den "Erträge(n) aus Gewinnabführungsverträgen" sowohl die Erträge aus Gewinngemeinschaften als auch aus solchen Verträgen, nach denen der Gewinn ganz oder teilweise abzuführen war. In Anpassung an den Sprachgebrauch des Aktiengesetzes von 1965 heißt die materiell gleichgebliebene Position nunmehr "Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen" (§ 157 Abs. 1 Nr. 7 AktG).

Da es den Verlustübernahmevertrag im eigentlichen Sinne auch im neuen Aktienrecht wie im Ertragsteuerrecht nicht gibt ²⁾, wohl aber die Verpflichtung zur Verlustübernahme nach § 302 AktG bei bestimmten Unternehmensverträgen ³⁾, spricht

1) Diesen Posten entsprechen bei der zur Gewinnabführung verpflichteten bzw. zur Verlustdeckung berechtigten Gesellschaft die Positionen 15 und 28, welche die "Erträge aus Verlustübernahmeverträgen" und die "Auf Grund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte(n) Gewinne" enthalten.

2) Bachmayer, Karl, Der reine Verlustübernahmevertrag, ein Unternehmensvertrag im Sinne des Aktiengesetzes 1965, in: Der Betriebs-Berater, 22. Jg., 1967, S. 135 ff.

3) Die Verpflichtung zur allgemeinen Verlustübernahme durch das herrschende Unternehmen ergibt sich gemäß § 302 AktG aus Beherrschungs- oder Gewinnabführungsverträgen und in besonderen Fällen, d.h. soweit "die vereinbarte Gegenleistung das angemessene Entgelt nicht erreicht", auch aus Betriebspacht- und Betriebsüberlassungsverträgen.

man hiernach nicht mehr von "Aufwendungen aus Verlustübernahmeverträgen", sondern von "Aufwendungen aus Verlustübernahme" (§ 157 Abs. 1 Nr. 25 AktG).

Die Gewinne und Verluste aus den Gewinnabführungsverträgen des § 256 Abs. 1 AktG 1937 stammen aus den Ergebnisausschluß- oder Ergebnisübernahmeverträgen, die zwischen Ober- und Untergesellschaft für eine Mindestdauer von fünf Jahren zwecks Anerkennung der körperschaftsteuerlichen Organschaft abgeschlossen worden sind.

Die übernommenen Gewinne und Verluste sind von der Obergesellschaft in voller Höhe auszuweisen. Sie dürfen auch nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Hat die Obergesellschaft im mittelbaren oder unmittelbaren Zusammenhang mit der Gewinnübernahme irgendwelche Aufwendungen wie allgemeine Verwaltungskosten oder Steuern bestritten, die wirtschaftlich den gewinnabführenden Gesellschaften zuzurechnen sind, so dürfen auch diese Aufwendungen nicht unerkennbar mit den übernommenen Gewinnen verrechnet werden ¹⁾.

Trotz aller Gebote darf der Erkenntniswert der mit der "Kleinen Aktienrechtsreform" eingeführten Positionen zum Ausweis der vertraglichen Gewinn- oder Verlustübernahmen nicht überbewertet werden. Auch diesen Posten ist nicht anzusehen, inwieweit Gewinne bspw. durch Verrechnungspreise auf das aus dem Vertrage berechnete bzw. verpflichtete Unternehmen oder gar auf andere Konzernglieder übertragen worden sind. Stärkere Sicherungen gegen gesellschaftsschädigende Maßnahmen und Rechtsgeschäfte sind erst mit dem Aktiengesetz 1965 ein-

1) Vgl. Adler - Düring - Schmaltz, Die neue Gewinn- und Verlustrechnung, aaO, § 128, Tz 137.

geführt worden.

Darüberhinaus ist einer den Mindestanforderungen genügenden Ergebnisrechnung der Obergesellschaft nicht zu entnehmen, ob und in welchem Umfang sie Konzernumlagen für Steuern und andere Aufwendungen enthält. Die Obergesellschaft hat diese Aufwendungen zwar rechtlich zu tragen, doch steht es ihr frei, sie den Untergesellschaften nach Maßgabe ihrer Verursachung weiterzubelasten. Die hieraus stammenden Gutschriften stellen bei ihr jedoch keine Erträge aus Gewinnabführungsverträgen dar, sondern Entgelte für ausgetauschte Leistungen ¹⁾.

Da die Gewinne aus Ergebnisübernahmeverträgen nicht um die damit zusammenhängenden Steuern unerkennbar gekürzt ausgewiesen werden sollen und andererseits die Steuern zunächst vom Steuerschuldner, d.h. dem Organträger, ebenfalls in voller Höhe auszuweisen sind ²⁾, gibt es grundsätzlich zwei Wege für die

1) Vgl. Adler - Düring - Schmaltz, Die neue Gewinn- und Verlustrechnung, aaO, § 128, Tz 125 und Tz 135.

2) Nach den BFH-Urteilen vom 24.11.1953 (BStBl. 1954 III S. 21) und vom 8.3.1955 (BStBl. III S. 187) wird bei körperschaftsteuerlichen Ergebnisübernahmeverträgen im Rahmen von Organschaftsverhältnissen der steuerliche Gewinn der Organgesellschaft mit Ausnahme der nicht abzugsfähigen Ausgaben dem Organträger zugerechnet. Sie sind daher auch von ihm auszuweisen. Dies gilt auch für die anderen Steuern, vor allem die Umsatz- und Gewerbesteuer, bei denen im Rahmen von Organverhältnissen wirtschaftliche Entstehung und steuerrechtliche Zurechnung auseinanderfallen. Die körperschaftsteuerlich nicht abzugsfähigen Ausgaben, bspw. Personensteuern und Aufsichtsratsvergünstigungen, gelten demgegenüber als eigenes Einkommen des Organs und sind von diesem zu versteuern. Vgl. Adler - Düring - Schmaltz, Die neue Gewinn- und Verlustrechnung, aaO, § 128, Tz 235.

buchhalterische Weiterbelastung an die Organgesellschaften. Die dem Organ belasteten Steuerumlagen werden entweder **v e r d e c k t** unter den "Sonstigen Erträgen" verrechnet oder, wenn sie sich hinreichend genau bestimmen lassen, **o f f e n** in einer Vorspalte zu den unter Nr. 24 a ausgewiesenen Steuerbeträgen vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen abgesetzt ¹⁾.

c) Der Jahresüberschuß

Der unter Posten Nr. 29 des § 132 Abs. 3 AktG 1937 i.d.n.F. ausgewiesene Jahresüberschuß, mit dem das Konzerneinkommen verglichen werden soll, ist inhaltlich ein Zwischenergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres. Gewinn- und Verlustvorträge aus vorangegangenen Perioden und die Zuführungen und Auflösungen von Rücklagen sind hierin nicht enthalten. So kommt in dieser wichtigen Position der im Geschäftsjahr neu erzielte Gewinn oder im Jahresfehlbetrag der neu eingetretene Verlust zum Ausdruck. Einschränkend ist jedoch festzuhalten, daß Aufwendungen und Erträge aus der Bildung und Auflösung stiller Rücklagen sowie aus außerordentlichen Rechnungsposten in diesem Vergleichsposten mit enthalten sind ²⁾. Diese Einschränkung läßt sich auch für die Positionen des Konzerneinkommens treffen. Im Gegensatz zum Jahresergebnis brauchen die Beteiligungserträge und Aufwendungen und Erträge aus Gewinn- und Verlustübernahmeverträgen nicht periodenecht zu sein.

1) Vgl. Adler - Düring - Schmaltz, Die neue Gewinn- und Verlustrechnung, aaO, § 128, Tz 236 a.

2) Vgl. dieselben, § 132, Tz 258.

3. Die Analyse des Konzerneinkommens ausgewählter deutscher Obergesellschaften

Die Analyse des "offenen" Konzerneinkommens erstreckt sich wiederum auf den Kreis der bereits an anderer Stelle charakterisierten 28 deutschen Konzernobergesellschaften ¹⁾. Sie bezieht sich auf ihr laufendes Konzerneinkommen, die Neutralisierung der aus Ergebnisübernahmeverträgen stammenden Erträge durch entsprechende Verluste und die Bruttorendite ihres Beteiligungsvermögens. Um zufalls- und rechnungsbedingte Schwankungen auszugleichen, wurde für sämtliche Vergleichsgrößen das einfache arithmetische Mittel der Jahre 1961 bis 1965 errechnet.

a) Das laufende Konzerneinkommen

Als laufendes Konzerneinkommen gelten hier die Einkommensteile der Konzernober- oder Spitzengesellschaften, die in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung als gesellschaftsrechtlich bedingte Teile des Gesamteinkommens offen ausgewiesen werden. Ihre Zusammensetzung und ihr Verhältnis zum Jahresüberschuß ergibt sich für die näher untersuchten 28 deutschen Konzernobergesellschaften aus Tabelle 40.

Laut Spalte 2 weisen vier Gesellschaften negative Jahresüberschüsse aus. Sie wären ohne Konzerneinkommen noch größer ausgefallen, Nahe der 100 vH-Grenze des Jahresüberschusses oder wesentlich darüber liegen die Konzerneinkommensteile bei den

1) Zu den Auswahlkriterien der Gesellschaften vgl. Seite 168ff dieser Arbeit.

Tabelle 40:

Das Konzerneinkommen ausgewählter Konzernobergesellschaften

Durchschnittswerte der Jahre 1961 bis 1965

Gesellschaft ¹⁾	Jahres- überschuß Mill.DM	Konzerneinkommen						
		Insgesamt		Beteiligungserträge		Ergebnis übernahme		
		Mill.DM	vII Sp. 2	Mill.DM	vII Sp. 2	Mill.DM	vII Sp. 2	vII Sp. 3
1	2	3	4	5	6	7	8	9
A E G ²⁾	71,4	45,6	63	36,6	51	9,0	12	20
B A S F	211,4	11,6	6	3,9	2	7,7	4	66
B P	./.. 7,1	5,3	-	0,2	-	5,1	-	96
BUDERUS	6,6 ³⁾	3,8	58	2,1	32	1,7	26	45
CHEMIE-VERWALTUNG	16,0	15,6	98	15,6	98	-	-	-
DAIMLER-BENZ	80,4	4,2	5	2,8	4	1,4	2	33
DEUTSCHE CONTI-GAS	9,1	7,8	86	7,6	84	0,2	2	3
D E A	24,3	15,4	63	6,6	27	8,8	36	57
DEUTSCHE SHELL	./.. 18,0	24,7	-	1,5	-	23,2	-	94
D H H U	./.. 15,2	14,8	-	3,8	-	11,0	-	74
FARBENF. BAYER	229,3	18,2	8	7,7	3	10,5	5	58
FARBW. HOECHST	178,8	33,9	19	19,1	11	14,8	8	44
G B A G	17,1	29,9	175	4,9	29	25,0	146	84
GLANZSTOFF	28,7	4,1	14	1,1	4	3,0	11	73
G H H	17,2	24,1	140	13,4	78	10,7	62	44
HOESCH	38,9	11,5	30	2,6	7	8,9	23	77
MANNESMANN	83,3	46,6	56	14,1	17	32,5	39	70
METALLGESELLSCHAFT	31,4	17,6	56	17,1	55	0,5	2	3
PREUSSAG	16,9	13,5	80	6,0	36	7,5	44	56
RHEINSTAHL	58,7	81,6	139	7,2	12	74,4	127	91
SALZDETURTH	17,6	37,7	214	0,2	1	37,5	213	100
SALZGITTER	./.. 10,0	17,1	-	5,4	-	11,7	-	-
SIEMENS	144,9	84,0	58	83,2	57	0,8	1	1
A T H	71,9	29,0	40	4,8	7	24,2	34	83
V E R A	47,1	52,4	111	52,4	111	-	-	-
V I A G	27,7	32,3	117	30,6	111	1,7	6	5
V W	194,1	./.. 4,2	./.. 2	14,3	7	-	-	-
WINTERSHALL	26,7	16,2	61	4,8	18	11,4	43	70

1) Erläuterung der Kurzformen vgl. Seite

2) Einschließlich Rumpfgeschäftsjahr 1.10. bis 31.12.1963.

3) Einschließlich Gewinnabführung an den Organträger im Geschäftsjahr 1965.

Quelle: Geschäftsberichte der Gesellschaften.

Holdinggesellschaften ¹⁾. Über die Hälfte des positiven Jahresüberschusses bringen die zusammen-gerechneten Beteiligungs- und Ergebnisübernahme-erträge bei neun der gemischten Holdings (AEG, BUDERUS, DEUTSCHE CONTI-GAS, DEA, MANNESMANN, METALLGESELLSCHAFT, PREUSSAG, SIEMENS und WINTERS-HALL). Unter 10 vH des Jahresüberschusses lag das Konzerneinkommen bei drei Gesellschaften (BASF, DAIMLER-BENZ, BAYER). Das VOLKSWAGENWERK hat als einziges der aufgeführten Unternehmen ein negatives Konzerneinkommen aufgrund hoher Verlust-übernahmen aufzuweisen.

Die tabellarische Darstellung der Bedeutung des Konzerneinkommens erlaubt keine Rückschlüsse auf das tatsächliche Konzerneinkommen der Gesellschaften, da vor allem die verdeckten Gewinnausschüttungen sowie die verdeckten Verlustdeckungen nicht bekannt sind. Aus den zusammengefaßten oder auf-gliederten Werten kann auch nicht auf einen be-sonders starken Trend zur Gewinnkonzentration oder-dekonzentration durch Thesaurierung in den Toch-tergesellschaften geschlossen werden, da die Ge-samtgewinne des Konzerns wegen der begrenzten Publizitätspflicht weitgehend unbekannt sind. Hohe Gewinnreserven lassen vor allem die internatio-nal tätigen Gesellschaften vermuten, die sich internationaler Zwischenholdings bedienen. Den deutlichsten Hinweis hierauf geben die FARBFABRIKEN BAYER sowie die FARBWERKE HOECHST. Sie fi-nanzieren ihre hohen Auslandsinvestitionen größten-teils durch Verzicht auf die Repatriierung der Auslandsgewinne.

1) Vgl. das Typentableau auf Seite 454 dieser Arbeit.

b) Die Neutralisierung der aus Ergebnisübernahme-
verträgen stammenden Gewinne durch Verluste
gleicher Herkunft

Inwieweit die handelsrechtlich ausgewiesenen Erträge aus Ergebnisübernahmeverträgen durch komplementäre Verlustdeckungen neutralisiert wurden, kann aus den ebenfalls für fünf Jahre geltenden Durchschnittswerten der Tabelle 41 ersehen werden. Verlustübernahmen hat ^{es} in 22 der 28 Gesellschaften gegeben. Bei acht Gesellschaften konnte mehr als ein Drittel der übernommenen Erträge aus Ergebnisübernahmeverträgen durch Verluste gleicher Herkunft kompensiert werden (BASF, BP, DAIMLER-BENZ, BAYER, GLANZSTOFF, HOESCH, SALZGITTER und SIEMENS).

Unter 10 vH der Gewinnübernahmen machten die damit relativ bedeutungslosen Verlustübernahmen bei neun Gesellschaften aus (AEG, DEA, DHHU, HOECHST, GBAG, GHH, RHEINSTAHL, ATH und WINTERSHALL). Trotz ausgewiesener Gewinnübernahmen haben vier Gesellschaften keine offenen Verlustübernahmen getätigt (DEUTSCHE CONTI-GAS, METALLGESELLSCHAFT, PREUSSAG). Das VOLKSWAGENWERK hat, wie bereits vermerkt, nur Verlustübernahmen aufzuweisen.

Diese Übersicht läßt die verdeckten Gewinn- und Verlustkompensationen nicht erkennen. Inwieweit in den unteren Stufen der Konzernhierarchie Gewinn- und Verlustübernahmen verrechnet worden sind, kann ebenfalls nicht ersehen werden.

Tabelle 41:

Die Neutralisierung der aus Ergebnisübernahmeverträgen stammenden Gewinne durch Verluste gleicher Herkunft bei ausgewählten Konzernobergesellschaften

Durchschnittswerte der Jahre 1961 bis 1965

Gesellschaft ¹⁾	Ergebnisübernahme		
	Gewinn	Verlust	
		Mill. DM	vH Sp. 2
1	2	3	4
A E G. ²⁾	9,6	0,6	6
B A S F	14,6	6,9	47
B P	8,0	2,9	36
BUDERUS	2,2	0,5	23
CHEMIE-VERWALTUNG	-	-	-
DAIMLER-BENZ	2,4	1,0	42
DEUTSCHE CONTI-GAS	0,2	-	-
D E A	9,0	0,2	2
DEUTSCHE SHELL	26,0	2,8	11
D H H U	11,9	0,9	8
FARBENF. BAYER	22,3	11,8	53
FARBW. HOECHST	14,9	0,1	1
G B A G	25,2	0,2	1
GLANZSTOFF	6,1	3,1	51
G H H	11,8	1,1	9
HOESCH	14,6	5,7	39
MANNESMANN	39,9	7,4	19
METALLGESELLSCHAFT	0,5	-	-
PREUSSAG	7,5	-	-
RHEINSTHAL	81,5	7,1	9
SALZDETfurth	43,1	5,6	13
SALZGITTER	39,0	27,3	70
SIEMENS	2,2	1,4	64
A T H	26,3	2,1	8
V E B A	-	-	-
V I A G	1,7	-	-
V W	-	18,5	(∞)
WINTERSHALL	11,9	0,5	4

1) Erläuterung der Kurzform vgl. Seite

2) Einschließlich Rumpfgeschäftsjahr 1.10. bis 31.12.1963.

Quelle: Geschäftsberichte der Gesellschaften.

c) Die Bruttorendite des Beteiligungsvermögens

Die am offenen Konzerneinkommen gemessene Bruttorendite des Beteiligungsbuchvermögens ist der Gegenstand der in Tabelle 42 dargestellten Untersuchung. Die 28 Konzernobergesellschaften weisen laut Spalte 4 Sätze auf, die zwischen $\cdot/ \cdot 10,7$ vH (VOLKSWAGENWERK) und $+ 24,8$ vH (SALZDETFRUTH) liegen. Über die 10 vH-Grenze konnten sieben Gesellschaften gelangen (AEG, DEUTSCHE SHELL, GHH, METALLGESELLSCHAFT, RHEINSTAHL, SALZDETFRUTH und SIEMENS). Dagegen haben sechs Gesellschaften mit positivem Konzerneinkommen die 5 vH-Grenze nicht erreicht (BASF, DAIMERL-BENZ, BAYER, GLANZ-STOFF, SALZGITTER und ATH).

Diese sehr anschauliche Darstellung gibt ebenfalls nur ein von der Wirklichkeit weit entferntes Bild. So ist nicht nur das tatsächlich erzielte Konzerneinkommen (einschließlich verdeckter Gewinnkompensationen) bekannt. Auch die Bezugsgrundlage des Beteiligungsbuchwertes ist wegen der hierfür geltenden Bewertungsvorschriften nur als Hilfwert anzusehen. Von der Zugrundelegung des gesamten finanzwirtschaftlichen Konzernengagements ¹⁾ wurde abgesehen, da die Gesellschaften die konzernbedingten Zinsaufwendungen und -erträge nicht gesondert ausweisen.

1) Als gesamtes finanzwirtschaftliches Konzernengagement wurde der Beteiligungsbuchwert zuzüglich der Konzernforderungen und abzüglich der Konzernverbindlichkeiten bezeichnet. Vgl. hierzu Seite 303 f. dieser Arbeit.

Tabelle 42:

Die am Konzerneinkommen gemessene Bruttorendite des Beteiligungsvermögens

ausgewählter Konzernobergesellschaften

Durchschnittswerte der Jahre 1961 bis 1965

Gesellschaft 1)	Beteiligungsbuchwert Mill. DM	Konzerneinkommen 2)	
		Mill. DM	vH Sp. 2
1	2	3	4
A E G 2)	382,6	45,6	11,9
B A S F	296,6	11,6	3,9
B P	98,3	5,3	5,4
BUDERUS	54,0	3,8	7,0
CHEMIE-VERWALTUNG	163,9	15,6	9,5
DAIMLER-BENZ	106,9	4,2	3,9
DEUTSCHE CONTI-GAS	116,1	7,8	6,7
D E A	271,9	15,4	5,7
DEUTSCHE SHELL	173,9	24,7	14,2
D H H U	239,7	14,8	6,2
FARBENF. BAYER	481,9	18,2	3,8
FARBW. HOECHST	437,3	33,9	7,8
G B A G	422,2	29,9	7,1
GLANZSTOFF	115,5	4,1	3,5
G H H	203,5	24,1	11,9
HOESCH	160,7	11,5	7,2
MANNESMANN	620,8	46,6	7,5
METALLGESELLSCHAFT	147,2	17,6	12,0
PREUSSAG	195,1	13,5	6,9
RIEINSTAHL	479,6	81,6	16,4
SALZDETfurTH	152,3	37,7	24,8
SALZGITTER	687,6	17,1	2,5
SIEMENS	577,6	84,0	14,5
A T H	629,0	29,0	4,6
V E B A	788,1	52,4	6,6
V I A G	416,7	32,3	7,8
V W	39,2	./.	4,2
WINTERSHALL	179,7	16,2	9,0

1) Erläuterung der Kurzformen vgl. Seite

2) Einschließlich Rumpfgeschäftsjahr 1.10. bis 31.12.1963.

3) "Erträge aus Beteiligungen" zuzüglich "Erträge aus Gewinnabführungsverträgen" abzüglich "Aufwendungen aus Verlustübernahmeverträgen".

Quelle: Geschäftsberichte der Gesellschaften.

Dritter Abschnitt:

Der Erkenntniswert der Unternehmensberichterstattung in bezug auf die internationale Konzernpolitik

Die internationale Unternehmens- oder Konzernpolitik beginnt mit der Gründung und dem Ausbau fester Stützpunkte im Ausland. Kriterium des internationalen Unternehmens ist somit nicht der Im- oder Export von Gütern und Dienstleistungen, sondern die für die Unternehmen und Märkte gleichermaßen bedeutsame kapitalmäßige Verankerung in ausländischen Volkswirtschaften ¹⁾.

Nach einer einführenden Diskussion der Motive und Hemmnisse für die Internationalisierung der Unternehmenspolitik seien die grundlegenden wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturmerkmale internationaler Unternehmen herausgearbeitet, soweit es deren Berichterstattung und die Unterschiedlichkeit der internationaler Normen erlauben. Dabei wird festzustellen sein, daß internationale Unternehmenspolitik auf Grund der Wahl ihrer Mittel im größten Teil ihres Spektrums zugleich Konzernpolitik ist.

Die Ziele und Mittel internationaler Konzernpolitik finden ihren Ausdruck in der wirtschaftlich-rechtlichen Organisationsform der global operierenden Unternehmen. Das besondere Augenmerk gilt den spe-

1) Vgl. Sieber, Eugen H., Die internationale Unternehmung, in: Gegenwartsfragen der Unternehmensführung Festschrift zum 65. Geburtstag von Wilhelm Hasenack, Hrsg. Engeleiter, Hans-Joachim, Herne-Berlin 1966, S. 54; Huppert, Walter, Internationale Industriekonzerne. Eine Studie zur Erklärung, Systematisierung und Quantifizierung ihres Auslandsgeschäftes. Berlin 1966, S. 24 f. Der von Sieber getroffenen begrifflichen Trennung zwischen multinationalen, internationalen und Weltunternehmen kann nicht gefolgt werden, da die Unterscheidung weder notwendig, noch exakt durchführbar ist.

zifischen kapitalgesellschaftlichen Bauelementen der international expandierenden Konzerne.

Die Richtung ihrer Expansion sei an Hand der Beteiligungsinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland exemplifiziert. Damit gelangen die strukturell-organisatorischen Investitionsentscheidungen hinsichtlich des Gegenstands und Umfangs sowie der Standorte der unternehmerischen Auslandsbetätigung und nicht zuletzt die Formen der Mittelaufbringung zum Ausdruck.

Die Auswertung der Unternehmensberichte hinsichtlich der strukturellen Organisation internationaler Konzerne bildet die Brücke zum Verständnis ihrer Führungsprobleme. Ziel der globalen Steuerung der Konzernteile ist die Verwirklichung der mit der internationalen Organisation vorgezeichneten leistungs- und finanzwirtschaftlichen Verbundeffekte .

A Die Problematik der internationalen Unternehmenspolitik

Für die Internationalisierung der Unternehmenspolitik läßt sich eine Reihe spezifischer persönlicher und sachlicher Motive anführen, denen "gleichsam als die Hohlform der Motivation" ¹⁾ bestimmte Hemmungen entgegentreten.

1) Vgl. Meissner, Hans Günther, Betriebswirtschaftliche Probleme von Auslandsinvestitionen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 35. Jg., 1965, S. 719.

Die persönlichen Motive und Hemmnisse für unternehmerische Auslandsinvestitionen dürften mit zunehmender Versachlichung des Entscheidungsprozesses und mit zunehmender Zahl der hieran beteiligten Personen in den Hintergrund treten. Dennoch soll nicht unerwähnt bleiben, daß im persönlichen Bereich gleichermaßen individuelle und kulturelle Präferenzen oder Aversionen gegenüber Auslandsinvestitionen überhaupt oder in bestimmten Ländern bestehen können. Vorzugsweise werden Investitionsvorhaben in Ländern verwirklicht, die mit dem Heimatland des Investors kulturell und strukturell verwandt sind und soziologisch und politisch überschaubare und sichere Verhältnisse bieten ¹⁾.

Die sachlichen Beweggründe für die Internationalisierung der Unternehmenspolitik sind in den länderspezifischen Standortbedingungen und den strukturellen Gegebenheiten der expandierenden Unternehmen zu suchen ²⁾. Sie sind vor dem Hintergrund der allgemeinen gewinn- und rentabilitätspolitischen sowie der weltmarktpolitischen Zielsetzungen zu sehen, die letztlich auf die Steigerung und Erhaltung der Wettbewerbskraft der Unternehmen gerichtet sind ³⁾.

Die unternehmensbezogenen Standortbedingungen ergeben sich aus der politischen, sozialen und ökonomischen Struktur einer Volkswirtschaft. Mit Auslandsniederlassungen erschließt sich das investierende Unternehmen den Zugang zu den originären und

1) Vgl. Muldau, Bernd, US-Investitionen in der EWG, Hamburg 1966, S. 71 ff.

2) Derselbe, S. 59 ff.

3) Vgl. Meissner, Hans Günther, Betriebswirtschaftliche Probleme von Auslandsinvestitionen, aaO, S. 716 ff.

derivativen Faktormärkten auf eine intensivere Weise als durch bloße Im- und Exportgeschäfte. Auf der Beschaffungsseite sichert es sich die Versorgung mit Grund und Boden, Arbeitskräften und finanziellen Mitteln, soweit es die Niederlassungsbedingungen dem Ausländer zugestehen. Darüberhinaus gewinnt der Auslandsinvestor den unmittelbaren Zugang zu den Märkten der spezifischen Güter und Dienste, welche die Volkswirtschaft für den produktiven Einsatz in seinen Betrieben bereithält. Andererseits dürfen die Schwierigkeiten nicht verkannt werden, die sich aus einfuhr- und devisenrechtlichen Bestimmungen der Niederlassungsländer, insbesondere der Entwicklungsländer, ergeben und welche die Versorgung mit zu importierenden Schlüsselprodukten erschweren.

Auf der Absatzseite erleichtern Niederlassungen die Erschließung der Märkte für die im In- oder Ausland erstellten Güter und Dienste des Unternehmens, indem sie die örtliche Nähe zu den produktiven und konsumtiven Verwendern seiner Leistungen vermitteln. Die systematische Aufzählung sämtlicher Teilmärkte mag genügen, um die Bedeutung ihrer gründlichen Erforschung herauszustellen, die der Investitionsentscheidung vorauszuweichen hat ¹⁾.

Ist das Niederlassungsland Mitglied einer supranationalen Zoll- oder Wirtschaftsvereinigung, er-

1) Näheres zur Aufgabenstellung und Methodik der objekt- und funktionsbezogenen betriebswirtschaftlichen Marktforschung bei Deutsch, Paul, Die Problemstellung der betriebswirtschaftlichen Marktforschung, in: Gegenwartsfragen der Unternehmung, Festschrift zum 70. Geburtstag von Fritz Henzel, Wiesbaden 1961, S. 41 ff.; vgl. andererseits die funktionsorientierte Systematik der Standortfaktoren bei Behrens, Karl, Allgemeine Standortbestimmungslehre - mit einem Anhang über Raumordnung, Köln und Opladen, S. 49 ff.; ferner Heinen, Edmund, Industrielle Investitionsplanung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. II, dritte, völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1957/58, Sp. 2876 ff.

weitert sich das Marktfeld des Investors auf Grund der Ein- und Ausfuhrpräferenzen oder der binnenmarkähnlichen Verhältnisse gegenüber Drittländern ¹⁾. Durch den einmaligen, durch Zollfreiheit begünstigten, Export von Kapital und "know how" ²⁾ erschließt sich der Investor auch durch höchste Außenzölle abgeschlossene integrierte Märkte.

Außer den Absatz- und Beschaffungsmärkten einer Volkswirtschaft mit ihren unterschiedlichen Kosten und Preisen interessieren den ausländischen Investor auch die an den Staat abzuführenden Gebühren, Abgaben und Steuern, welche nicht unmittelbar mit dem Transit von Gütern und Diensten zusammenhängen. Sie beeinträchtigen die Rentabilität des eingesetzten Kapitals oft recht erheblich. Dennoch kann das absolute und zwischenstaatlich kaum vergleichbare Steuerniveau nicht als alleiniges Entscheidungskriterium gelten. Vielmehr sind die auftretenden Steuerbelastungen im Zusammenhang mit den Leistungen des Staates (benefits) zu sehen, die im wesentlichen im Dargebot einer bestimmten Infrastruktur, Ausbildungsförderung und Rechtssicherheit bestehen ³⁾.

Unter Berücksichtigung der strukturellen Gegebenheiten der expandierenden Unternehmen erlangen die internationalen Standortbedingungen unterschiedliche Bedeutung für die geplanten Auslandsinvestitionen.

1) Vgl. Möller, Hans, Internationale Wirtschaftsorganisationen, Wiesbaden 1960, S. 121 ff.

2) Vgl. Sieber, Eugen H., Die internationale Unternehmung, aaO, S. 60 f.

3) Vgl. Neumark, Fritz, Internationaler Finanz- und Steuerbelastungsvergleich, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. III, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1961, S. 653 und S. 658 f.

Sie äußern sich in einer bestimmten "Standort-orientierung", die durch beschaffungs-, produktions- oder absatzwirtschaftliche oder durch finanz- und steuerwirtschaftliche Einflußfaktoren bestimmt wird ¹⁾.

Die Neigung, sich im Ausland niederzulassen, ist naturgemäß bei den Unternehmen am stärksten ausgeprägt, welche gegenüber der ausländischen Wirtschaft im Wettbewerbsvorteil stehen. Die in der individuellen Unternehmensstruktur begründeten Wettbewerbsvorteile schlagen sich bei der Wahrnehmung der leistungs- und finanzwirtschaftlichen sowie der administrativen Funktionen in der langfristigen Ertragsrechnung nieder. Derartige Vorteile vermittelt der Zugang zu wichtigen Rohstoffquellen, der Einsatz bestimmter Produktionsverfahren, die Anwendung eines unternehmensspezifischen absatzwirtschaftlichen Instrumentariums, die Erschließung haftenden und nicht haftenden Kapitals und vor allem das Vorhandensein einer verantwortungsbewußt handelnden, weitsichtigen und wendigen Unternehmensführung.

Die Zollfreiheit von Kapital und "know how" als den wichtigsten Ingredienzen internationaler Konzernpolitik veranlaßt die Großkonzerne zu einer ständigen internen Umschichtung von Kapital und Wissen, um sie jeweils den Konzernteilen zuzuführen, die den höchsten Nutzen versprechen. Dabei kann es nicht nur zu Interessenkollisionen mit außenstehenden Gesellschaftern der durch den Ver-

1) Vgl. Behrens, Karl Christian, Allgemeine Standortbestimmungslehre, aaO, S. 82 ff.

mögensentzug geschädigten Konzernglieder ¹⁾ kommen, sondern auch zu Interessengegensätzen mit den nationalen Regierungen und der nationalen Geschäftswelt. Erstere fühlen sich in ihrer Souveränität, letztere in ihrer Wettbewerbskraft bedroht. Ihre Reaktionen können den internationalen Konzern hemmen oder gar daran hindern, auf ihre nationalen Bereiche überzugreifen.

Den nationalen Regierungen ist es nicht gleichgültig, ob die internationalen Konzerne ihren Volkswirtschaften Kapital und Arbeitskräfte zuführen oder entziehen und in welchen Ländern sie ihre Forschungs- und Entwicklungsarbeiten betreiben. Ebenso berührt es wesentliche staatspolitische Interessen, wenn die Konzerne ihren Heimat- oder Gastländern Exportmärkte erschließen oder verbauen, indem sie exportabhängige Produktionen ins Inland ziehen oder ins Ausland verlagern. Es bereitet den Staaten zunehmend Unbehagen, daß über die Schaffung oder Vernichtung von Arbeitsplätzen vielfach außerhalb der Landesgrenzen entschieden wird ²⁾.

1) Die theoretisch mögliche Erlangung gesellschaftsfremder Sondervorteile durch internationale Beteiligungsaktionen konnte durch die Konzentrationsenquete nicht endgültig nachgewiesen werden. Es bestand jedoch der Verdacht, daß eine deutsche Aktiengesellschaft eine wertvolle Beteiligung unter dem Buchwert an eine schweizerische Holdinggesellschaft veräußert hat, an welcher der Großaktionär mit einer größeren Quote beteiligt war als an der deutschen Aktiengesellschaft.

In einem anderen Fall wurden Vermögenswerte auf eine schweizerische Holding in der Rechtsform der GmbH übertragen, die sich zunächst in vollständigem Besitz der deutschen Aktiengesellschaft befand. Nach der Transaktion wurde bei der Auslandsgesellschaft eine Kapitalerhöhung beschlossen. Das Bezugsrecht wurde im wesentlichen vom Großaktionär der Aktiengesellschaft persönlich ausgeübt. Die Aktiengesellschaft selbst hatte ihr Bezugsrecht nur teilweise ausgeübt und war somit am Ende nur noch mit weniger als 50 vH an der Auslandsholding beteiligt. Vgl. Berichtsband zur Konzentrationsenquete, aaO, S. 67.

2) Vgl. Vernon, Raymond, Multinational Enterprise & National Sovereignty, in: Harvard Business Review, März-April 1967, S. 163 ff.; O'Connell, Denis J. und Benson, John B., Sourcing Abroad for Domestic Profit, in: Harvard Business Review, März-April 1963, S. 87 ff.

Da es den nationalen Behörden erschwert ist, die Maßnahmen der in mehreren Ländern verankerten Konzerne einem bestimmten Lande zuzurechnen, geraten die Konzerne in den Verdacht, sich auf ein Handeln im rechtlichen Vakuum einzurichten, in dem sie von keiner Regierung zur Verantwortung gezogen werden können ¹⁾. Nicht ganz zu unrecht wird ihnen unterstellt, daß sie die nationale Steuerpflicht zu umgehen versuchen, indem sie mit Verrechnungspreisen, Patent- und Lizenzgebühren und Konzernumlagen operieren ²⁾. Weiter wird ihnen vorgeworfen, daß sie die nationale Kredit- und Beschäftigungs-

1) Vgl. Vernon, Raymond, Multinational Enterprise & National Sovereignty, aaO, S. 163; Huppert, Walter, Internationale Industriekonzerne, aaO, S. 26; Gross, Herbert, Weltfirmen im rechtlichen Vakuum, in: Handelsblatt, Nr. 238, 10./11. Dezember 1965, S. 4.

2) Dienten die zwischen den beiden Weltkriegen abgeschlossenen bilateralen Abkommen der Vermeidung der Doppelbesteuerung internationaler Gewinne, so sehen sich die Regierungen heutzutage veranlaßt, Abkommen zur Vermeidung von Steuerausfällen zu schließen, da sich die internationalen Konzerne mit ihren Geschäften möglichst außerhalb jeglicher nationaler Steuerhoheit bewegen. Vgl. Barnes, William S., Guides to International Operations, in: Harvard Business Review, November - Dezember 1965, S. 27.

Die zoll- und steuerpolitische Problematik internationaler Verrechnungspreispolitik erhellt aus den gegensätzlichen Betrachtungsweisen der betreffenden in- und ausländischen Behörden hinsichtlich der konzerninternen Lieferungen. So vermutet die ausländische Zollbehörde eine zu niedrige Festsetzung des Verrechnungspreises, damit Einfuhrzölle eingespart werden. Der ausländische Steuerfiskus rechnet dagegen mit zu hohen, der inländische wiederum mit zu niedrigen Verrechnungspreisen, die zu Gewinnverlagerungen jeweils zu seinen Ungunsten führen. Vgl. Geertmann, Johannes, Die Steuerpolitik internationaler Konzerne, in: Steuern und Unternehmungs politik, Festschrift zum 65. Geburtstag von Ewald Aufermann, Hrsg. Edmund Heinen, Wiesbaden 1958, S. 26.

politik durch informelle konzerninterne Kapitaltransaktionen unterlaufen, indem sie ihre Tochtergesellschaften in kapitalmarktpolitisch restriktierten Volkswirtschaften mit Darlehen und Lieferantenkrediten versorgen ¹⁾).

An derartigen Wettbewerbsvorteilen ihrer Konkurrenten entzündet sich auch die oft nationalistisch gefärbte Kritik der einheimischen Geschäftswelt. Sie kann nicht auf internationale Ressourcen zurückgreifen und die Vorteile des internationalen Konzerns nutzen. Da die größten und bedeutendsten internationalen Unternehmen in den Vereinigten Staaten von Amerika beheimatet sind ²⁾, wo sie auch ihren finanzwirtschaftlichen, forschungstechnischen und managerialen Rückhalt haben, stehen die amerikanischen Firmen im Brennpunkt der öffentlichen Kritik. Anlaß hierzu gibt nicht nur die absolute Größe und das finanzielle Leistungsvermögen der amerikanischen Unternehmen, sondern auch das als aggressiv empfundene amerikanische Geschäftsgebaren, das einer eigenen "business philosophy"

1) Vom französischen Premierminister Pompidou stammt die treffende Bemerkung, die amerikanischen Weltkonzerne planten ihre Investitionspolitik in erster Linie auf Weltebene, in zweiter Linie auf amerikanischer Ebene und erst zum Schluß auf französischer Ebene. Vgl. Hellmann, Rainer, Amerika auf dem Europamarkt, US-Direktinvestitionen im Gemeinsamen Markt, Schriftenreihe zum Handbuch für Europäische Wirtschaft, Bd. 33, Baden-Baden 1966, S. 89.

2) Aus dem Kreise der größten amerikanischen Unternehmen (nach Fortune's Directory) hatten rund vierzig mehr als ein Drittel ihres Vermögens im Ausland eingesetzt. Weit mehr als vierzig Unternehmen erzielten 1965/66 mindestens ein Drittel ihrer Umsätze als Exporte oder Verkäufe ihrer Auslandsniederlassungen. Den etwa 200 amerikanischen Unternehmen, die Produktionsanlagen in einem halben Dutzend oder mehr Ländern betreiben, können zur Zeit nur etwa 30 vergleichbare europäische Weltkonzerne gegenübergestellt werden. Vgl. Vernon, Raymond, Multinational Enterprise & National Sovereignty, aaO, S. 156 und 158.

entspringt ¹⁾. Die in den Nachkriegsjahren noch willkommen geheißenen amerikanischen Direktinvestitionen werden von den Gastländern inzwischen recht unterschiedlich beurteilt. So verwundert es nicht, daß sie sich anschicken, selektive oder restriktive Maßnahmen zu ergreifen, um die künftige Entwicklung steuern zu können ²⁾.

Der überhöhte Wechselkurs des US-Dollars bewirkt für die amerikanischen und europäischen Konzerne ungleiche Startbedingungen, wenn sie sich durch Auslandsinvestitionen in Übersee zu etablieren suchen. Das gilt besonders hinsichtlich des Ankaufs von Unternehmen, die ohnehin in Europa niedriger bewertet werden als in den USA. Die finanzkräftigen amerikanischen Konzerne können in ihrem Heimatland oder in Europa einen höheren Preis-Gewinn-Faktor für den Beteiligungserwerb zugestehen als die potentiellen europäischen Aufkäufer ³⁾.

1) Vgl. hierzu die generalisierende Gegenüberstellung der menschlichen und unternehmerischen Werturteile der amerikanischen und europäischen Geschäftswelt bei Nowotny, Otto H., American vs. European Management Philosophy, in: Harvard Business Review, März - April 1964, S. 101 ff.; Hellmann, Rainer, Amerika auf dem Europamarkt, aaO, S. 81 ff.

2) Vgl. Smith, Richard Austin, European Nationalism Threatens U.S. Investment, in: Fortune, August 1963, S. 126 ff.; Karsten, C.F., Should Europe Restrict U.S. Investments, in: Harvard Business Review, September - Oktober 1965, S. 53 ff.; Muldau, Bernd, US-Investitionen in der EWG, aaO, S. 84 f. Zum Problem der Furcht vor der "Überfremdung" durch ausländisches, insbesondere amerikanisches, Kapital vgl. Hartmann, Heinz, Amerikanische Firmen in Deutschland, aaO, S. 63 ff.; Fettel, Johannes, Überfremdung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. IV, dritte völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1957/62, Sp. 4561 f.; Hellmann, Rainer, Amerika auf dem Europamarkt, aaO, S. 25 ff. und S. 100.

3) Vgl. Hellmann, Rainer, Amerika auf dem Europamarkt, aaO, S. 127 ff.

Die von Europa begrüßte amerikanische Selbstbeschränkung im Kapitalexport hat nicht zu einer Neutralisierung der Finanzkraft der amerikanischen Unternehmen geführt. Zwecks Entlastung ihrer Zahlungsbilanz von Kapitalexporten sind die US-Firmen dazu übergegangen, ihre Investitionen außerhalb Amerikas zu finanzieren. Die amerikanische Investitionstätigkeit brauchte nicht eingeschränkt zu werden. Sie ist seit 1963 sogar intensiviert worden ¹⁾. Für die europäischen Unternehmen brachte die amerikanische "Selbstbeschränkung" den Nachteil stark ansteigender Zinskosten, da die US-Firmen die europäischen Kapitalmärkte in einem bisher nicht gekannten Umfang in Anspruch genommen haben ²⁾.

1) Vgl. Hellmann, Rainer, Amerika auf dem Europamarkt, aaO, S. 138.

2) Die hohe Beanspruchung der europäischen Kapitalmärkte führte zu einer Verknappung des Angebots und zu einer rapiden Steigerung der Zinssätze. Während der hohe Zins die europäischen Wettbewerber von der Kapitalaufnahme praktisch ausschloß, konnten die amerikanischen Unternehmen ihren ausländischen Kapitalbedarf am heimatischen Kapitalmarkt zu etwas günstigeren Bedingungen decken. Der amerikanische Kapitalmarkt war den europäischen Unternehmen wegen ihrer geringen Kreditfähigkeit und auf Grund der 15%-igen Zinsausgleichsteuer verschlossen, so daß für sie bei gleichzeitiger Kapitalaufnahme kein so günstiger Mischzins zustande kam wie für ihre amerikanischen Konkurrenten. Vgl. Hellmann, Rainer, Amerika auf dem Europamarkt, aaO, S. 147 ff. Dem Survey of Current Business des US Department of Commerce von Januar 1967, Seite 20, ist zu entnehmen, daß von den mit 14,8 Mrd. \$ bezifferten Auslandsinvestitionen amerikanischer Industrieunternehmen des Jahres 1965 17 vH im Wege der Fremdfinanzierung in den USA und 24 vH außerhalb der USA aufgenommen worden sind. Es spricht für die Innenfinanzierungskraft der internationalen Konzerne Amerikas, daß 34 vH der Auslandsinvestitionen aus Gewinnen und 23 vH aus Abschreibungen aufgebracht worden sind. Vgl. Huppert, Walter, US-Auslandsunternehmen in finanzieller Sicht, in: Industriekurier vom 21. März 1967, Nr. 43, S. 5.

Auch die amerikanische und europäische Steuerpolitik konnte die Wettbewerbsungleichheit zwischen ihren Unternehmen nicht gänzlich beseitigen. Bis Ende 1962 wurde den amerikanischen Firmen die Gewinnthesaurierung in den Auslandstöchtern dadurch erleichtert, daß die US-Behörden nur die ins Mutterland transferierten Gewinne besteuerten. Zurückgehaltene Gewinne unterlagen lediglich der ausländischen Ertragsbesteuerung. Überdies war es möglich, die Auslandsgewinne mit Verlusten gleicher Herkunft auszugleichen. So lohnte sich die Gewinnthesaurierung in den europäischen Tochtergesellschaften, die geringere Ertragsteuer als die amerikanischen Unternehmen zu entrichten hatten. In Anwendung dieses Prinzips wurden Zwischenholdings in europäischen Niedrigsteuerländern wie der Schweiz, Liechtenstein und Luxemburg eingeschaltet. Thesaurierte Gewinne wurden bei ihnen nur mäßig oder gar nicht besteuert. Ausschüttungen brauchte man nur vorzunehmen, wenn sie durch Verluste aus anderen Auslandsbereichen kompensiert werden konnten.

Zu Beginn des Jahres 1963 haben die Vereinigten Staaten mit dem Revenue Act 1962 ihre Steuerhoheit auf sämtliche US-Tochter- und Beteiligungsgesellschaften im Ausland ausgedehnt mit dem Ergebnis, daß bei Beteiligungsquoten von 10 vH und mehr die nicht transferierten Gewinne der Holdinggesellschaften seither mit der Differenz zur US-Steuer belastet wurden ¹⁾.

1) Vgl. Hellmann, Rainer, Amerika auf dem Europamarkt, aaO, S. 157 f.

Die in der Bundesrepublik Deutschland domizilierenden Tochter- und Beteiligungsgesellschaften amerikanischer Konzerne genossen auf Grund des im Jahre 1953 eingeführten gespaltenen Körperschaftsteuertarifs darüberhinaus bis Ende 1964 erhebliche Wettbewerbsvorteile gegenüber den in deutscher Hand befindlichen Kapitalgesellschaften ¹⁾. Die an die Voraussetzung wesentlicher Gewinnrepatriierung geknüpften Freistellungen des Revenue Act und die Bestimmungen des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens gestatteten es den amerikanischen Muttergesellschaften, nur 15% statt 25 vH Kapitalertragsteuer zu zahlen. Für ihre berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen entrichteten die Töchter den allgemeinen Satz von 15 vH. Erstattete die amerikanische Mutter den Gewinn ganz oder teilweise in Form von Darlehen oder Kapitalerhöhungen, betrug die gesamte konzerninterne Ertragsteuerbelastung 30 vH. Hinzu kam die Gesellschaftsteuer von 2,5 vH, die bei der Kapitalerhöhung unbedingt und bei der Darlehensgewährung bedingt

1) Vgl. Debatin, Helmut, Die Wettbewerbsbesteuerung der amerikanischen Konzerne in der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 10. Jg., 1964, S. 284 ff.; Menck, Thomas, Die Revision des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens, in: Die Aktiengesellschaft, 11. Jg., 1966, S. 48 ff.

zu entrichten war ¹⁾. Demgegenüber hat die deutsche Kapitalgesellschaft ihre einbehaltenen Gewinne auch bei Schachtelverhältnissen mit 51 vH zu versteuern ²⁾.

Das mit Wirkung vom 1. Januar 1965 in Kraft getretene neue deutsch-amerikanische Doppelbesteuerungsabkommen sieht eine Erhöhung der von amerikanischen Obergesellschaften zu entrichtenden Kapitalertragsteuer von 15 auf 25 vH vor, soweit mehr als 7,5 vH der Dividende in der deutschen Tochter durch "pay-out-pay-back" reinvestiert werden. Da statt der bisherigen 30 vH nunmehr 40 vH für den

1) Die General Motors Corporation hat das dargestellte Verfahren des "pay-out-pay-back" mit ihrer deutschen Tochter, der Adam Opel AG, Rüsselsheim, insbesondere in den Jahren 1962 bis 1964 angewandt. Opel hat von seinem offenen Gewinn über 1 019 Mill. DM 664 Mill. DM an die Mutter transferiert. Davon wurden ihr 490 Mill. DM im Wege der ordentlichen Kapitalerhöhung erstattet. Den Rücklagen sind in den drei Jahren nur 15 Mill. DM zugeführt worden. Vgl. Der Volkswirt, 19. Jg., 1965, S. 1922 ff. und 20. Jg., 1966, S. 772 ff.

Einen umständlicheren Weg zum selben Ziel hat der Ford-Konzern mit seiner 99%-igen Tochter in Köln eingeschlagen, die in den Jahren 1962 bis 1964 -auch an ihre Minderheitsaktionäre- "exotische" Dividenden von 86,79% und 27 vH ihres Grundkapitals ausgeschüttet hat. Hiervon ließ sie sich den größten Teil als Darlehen gewähren, welche tunlichst als "kurzfristig" zu deklarieren waren, um wenigstens vorübergehend die Gesellschaftsteuer von 2,5 vH einzusparen oder wenigstens aufzuschieben, die für "kapitalersetzende" Darlehen zu entrichten wäre. Hernach wurden allein 1963 und 1964 rund 718 Mill. DM durch Darlehensverzicht der Mutter in Eigenkapital umgewandelt. Den sonst üblichen Weg der ordentlichen Kapitalerhöhung hat man gemieden, um die Dividendenbasis der Minderheitsaktionäre nicht zu vergrößern. Die ehemaligen Darlehen sind in die gesetzliche Rücklage eingestellt worden, um sie vor künftigen Gewinnausschüttungen -an die Minderheitsaktionäre- zu schützen, womit das Kapital qualitativ dem Grundkapital gleichgestellt ist. Vgl. Der Volkswirt, 19. Jg., 1965, S. 465 f.

2) Vgl. hierzu Seite 331 dieser Arbeit.

praktisch einbehaltenen Gewinn zu zahlen sind, verringert sich der Wettbewerbsvorteil gegenüber den deutschen Gesellschaften und Konzernen von 21 auf 11 vH des einbehaltenen Gewinns. Unter Einbeziehung der Gewerbeertragsteuer errechnete sich für den amerikanischen Konzern vor der Neuregelung ein Vorteil von 8 vH und danach immerhin noch von 3 bis 4 vH des einzubehaltenden Gewinns ¹⁾.

Die genannten Einflußfaktoren und die bessere Kapitalausstattung der amerikanischen Unternehmen hatten zur Folge, daß das Volumen der amerikanischen Direktinvestitionen wesentlich stärker angewachsen ist als das der europäischen Gegeninvestitionen ²⁾. Die Europäer haben nicht nur die Hürde des europäisch-amerikanischen Wechselkurses zu nehmen. Sie

1) Vgl. Schmidt, Eberhard, Noch keine volle Parität, in: der Volkswirt, 20. Jg., 1966, S. 311 ff.; Menck, Thomas, Die Revision des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens, aaO, S. 49 ff.; Meyer-Larsen, Werner, Die Hintertür wird enger, in: Der Volkswirt, 18. Jg., 1964, S. 2152 f., wo auch nachgewiesen wird, daß vor der Neuregelung im umgekehrten Fall des deutsch-amerikanischen Konzernverhältnisses bei gleichem Gewinn und gleicher Verfahrensweise unter Zugrundelegung eines Gewinns vor Steuern in Höhe von 200 Mill. DM gegenüber dem rein deutschen Konzern ein Nachteil von 13 Mill. DM und gegenüber dem oben erörterten amerikanisch-deutschen Konzern ein Minus von 31 Mill. DM bestand.

2) Befanden sich die EWG-Investitionen in den USA 1957 noch auf gleicher Höhe mit den amerikanischen Gegeninvestitionen, so verschob sich dieses Verhältnis bis 1964 zu Ungunsten der Europäer. Die Gemeinschaftsinvestitionen hatten mit 1,84 Mrd. US \$ nur noch ein Drittel des Wertes der amerikanischen Direktinvestitionen in der EWG. Mit 1,23 Mrd. \$ entfielen auf die Niederlande zwei Drittel der EWG-Direktinvestitionen in den USA. Mit den Konzernen Shell, Unilever und Philips beheimateten die Niederlande auch die größten europäischen Unternehmen. Vgl. Hellmann, Rainer, Amerika auf dem Europamarkt, aaO, S. 173 ff.

haben auch mit gezielten Importrestriktionen ¹⁾ und Eingriffen der Antitrust-Behörden ²⁾ zu rechnen, wenn sie sich anschicken, in die amerikanischen Märkte einzudringen.

1) Vgl. Bergmann, Hans und Ehleben, Hansjochen, Barrieren vor der Auslandskonkurrenz, in: Der Volkswirt, 19. Jg., 1965, S. 2568 ff.

2) So sah sich die Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen, unerwartet einem Antitrust-Verfahren ausgesetzt. Das vermutlich von den Wettbewerbern in Gang gesetzte Klageverfahren wurde neun Jahre nach der Gründung des Gemeinschaftsunternehmens Mobay Chemical Company, Pittsburgh, Pennsylvania, eingeleitet. Das gegen die paritätisch beteiligten Gesellschafter Bayer und Monsanto Chemical Co., St. Louis, Missouri, angestrengte Gerichtsverfahren beruhte auf der Behauptung, die Partner hätten ihren Wettbewerb eingeschränkt, indem Bayer den Import und Monsanto die Produktion von Schaumstoff-Vorprodukten aufgegeben hätte. Das Ziel der Klage bestand darin, Monsanto zum Verkauf ihrer Beteiligung an Bayer durch Gerichtsurteil zu zwingen. Für Bayer kam die Klage unerwartet, da das Unternehmen sich mit der Antitrust-Behörde auf Grund vorangegangener Konsultationen einig zu sein geglaubt hatte und da der betreffende Markt ohnehin von potenten Wettbewerbern wie du Pont, Allied Chemical, Union Carbide etc. umkämpft war. Anfang 1967 hatte Bayer von Monsanto die Mobay-Beteiligung übernommen, ohne daß die betroffenen Firmen irgendwelche Antitrust-Verstöße anerkannt haben. Vgl. Bergmann, Hans und Ehleben, Hansjochen, Barrieren vor der Auslandskonkurrenz, aaO, S. 2569; Geschäftsbericht Bayer, 1964, S. 18; 1966, S. 13.

I. Die wirtschaftliche Struktur der internationalen Unternehmen

In den Verlautbarungen zu ihrer internationalen Geschäftspolitik halten sich selbst große deutsche Unternehmen zurück. Für sie bestand bisher zwar nach § 128 Abs. 2 Nr. 8 AktG 1937 die allgemeine Pflicht, im Geschäftsbericht über die Beziehungen zu **a l l e n** Konzernunternehmen zu berichten ¹⁾, doch konnten sie unter Inanspruchnahme der im dritten Absatz dieser Vorschrift gewährten Schutzklausel auf eine Erörterung der Auslandsbeteiligungen verzichten. Somit beruhte die Auslandspublizität weitgehend auf freiwilliger Basis. Daran hat auch das neue Aktienrecht nichts geändert. Es stellt in § 160 Abs. 3 Nr. 10 klar, daß sich die Berichtspflicht nur auf **v e r b u n d e n e** Unternehmen im **I n l a n d** bezieht. Diese Klarstellung ergab sich aus dem Wegfall der genannten Schutzklausel, die den Vorstand von der Darlegung der rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu Konzernunternehmen befreite ²⁾.

Selbst der § 329 Abs. 2 Satz 4 AktG sieht für die künftige Aufstellung von Konzernabschlüssen und Konzerngeschäftsberichten vor, daß hierin nur **i n l ä n d i s c h e K o n z e r n g l i e d e r** zu berücksichtigen sind. Damit beruht die Aufnahme auch ausländischer Konzernglieder in den Konzernabschluß auf der Grundlage der Freiwilligkeit. Im Falle der Berücksichtigung ausländischer Konzerngesellschaften ist dies im Konzerngeschäftsbericht zu vermerken (§ 334 Abs. 1 Satz 3 AktG). Ein Zwang zur Berichts-

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, aaO, § 128, Tz 108ff.

2) Vgl. Kropff, Bruno, Aktiengesetz 1965, ssO, S. 261.

pflicht entsteht, wenn Verluste größeren Ausmaßes bei nicht aufgenommenen (in- und ausländischen) Konzerngliedern drohen oder entstanden sind (§ 334 Abs. 2 Satz 3)¹⁾.

Die fehlende gesetzliche Verpflichtung zu einer genauer definierten Auslandspublizität bereitet der externen Analyse und Beobachtung der internationalen Konzernpolitik erhebliche Schwierigkeiten. Sie werden auch dadurch nicht beseitigt, daß der Umfang der freiwilligen Auslandspublizität der deutschen und ausländischen Weltunternehmen zugenommen hat. Das Problem liegt in der mangelnden zwischenkonzernlichen und zwischenzeitlichen Vergleichbarkeit der meist nur sporadisch oder summarisch veröffentlichten Geschäftsdaten.

Dennoch reicht das vorliegende Material über in- und ausländische Weltfirmen aus, um ein Bild von ihrem wirtschaftlichen und rechtlichen Aufbau zu gewinnen und hieran die Ziele und Mittel ihrer Konzernpolitik zu erkennen. Diesem Zweck dient zunächst die tabellarische Zusammenfassung der wichtigsten wirtschaftlichen Strukturdaten ausgewählter Weltunternehmen. Die Qualität der in knapper Form wiedergegebenen Angaben zu ihrer Auslandsbetätigung im 1965 endenden Geschäftsjahr gibt zugleich einen Hinweis auf die länder- und unternehmensweise unterschiedliche Auslandspublizität.

1) Busse von Colbe, Walther, Der Konzernabschluß nach neuem Aktienrecht, aaO, S. 273.

Die Übersicht enthält Angaben über zwanzig amerikanische, sechs deutsche, fünf britische, vier niederländische, drei schweizerische, schwedische und belgische sowie zwei italienische und französische Konzerne.

Die Wettbewerbskraft dieser Unternehmen erhellt aus ihrer in Spalte 2 gewürdigten Marktgeltung, die stets im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Bedeutung des jeweiligen Ursprungslandes zu deuten ist. Es zeigt sich, daß zahlreiche führende internationale Unternehmen in rohstoff- oder forschungsintensiven Industriezweigen die Märkte beherrschen.

Aus Spalte 3 geht hervor, in welcher Weise und in welchem Umfang diese Unternehmen ihre Wettbewerbsvorteile durch Auslandsinvestitionen ausgebaut und abgesichert haben. Die Anzahl ihrer Produktions- und Vertriebsniederlassungen liegt zwischen einem Dutzend und einigen Hundert. Sie verteilen sich über zahlreiche Länder meist aller Kontinente. Die größte Zahl ihrer Standorte ist absatzorientiert.

Die Bedeutung des Auslandsgeschäftes der Weltkonzerne ist aus den Umsatzzahlen der Spalten 4, 5 und 6 zu ersehen. Darin sind die absoluten und prozentualen Anteile der Auslandsumsätze an den -meist konsolidierten- Gesamtumsätzen wiedergegeben. Die Auslandsumsatzanteile liegen bei den amerikanischen Konzernen zwischen 13 ¹⁾ und 58 vH, bei den deutschen und britischen zwischen 34 bzw. 33 und 63 bzw. 65 vH und bei den italienischen bei 45 und 80 vH. Bei den internationalen Konzernen,

1) Bei diesem gering erscheinenden Auslandsanteil der General Motors Corporation ist zu berücksichtigen, daß er im absoluten Betrage fast 2,8 Mrd. US \$ ausmacht.

Tabelle 43:

Strukturdaten zur wirtschaftlichen Betätigung wichtiger Weltunternehmen

Ende 1965

Konzernspitze	Marktbedeutung	Auslandsbetätigung	Umsatz			A V			Beteiligungen	Sonstige Angaben zur Auslandsbetätigung	
			Insges.	Ausland		vH	Mill.	vH			vH
				Mill.	WE						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
USA			US \$ 1)			US \$ 1)					
General Motors Corporation, Detroit	Großter Industriekonzern und bedeutendster Automobilkonzern der Welt, US-Marktanteil bei 51 vH.	Neben 120 nordamerikanischen Werken weitere 30 bedeutende Fabriken in 16 Ländern. Wichtige Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in 23 Ländern.	20 734	2 768	13	5 422	641	12		Von den insgesamt 7,3 Mill. abgesetzten Automobilen 1,6 Mill. Einheiten (22 vH) durch ausländische Werke.	
Ford Motor Company, Dearborn	Zweitgrößter Automobilkonzern der Welt, US-Marktanteil bei 28 vH.	Neben größeren Fabrikationsunternehmen in 7 Ländern, weitere konsolidierte Tochtergesellschaften in 26 Ländern aller Kontinente.	11 537	-	-	3 863	413	11		Von insgesamt 4,6 Mill. abgesetzten Automobilen rd. 1,5 Mill. Einheiten (33 vH) durch ausländische Betriebe. Von den rd. 364 000 Beschäftigten 147 000 (40 vH) im Ausland.	
Chrysler Corporation, Detroit	Drittgrößter Automobilkonzern der Welt, US-Marktanteil bei 16 vH, Europa 5 vH.	Produktion in 16 Ländern aller Kontinente mit Schwerpunkt in Frankreich und Kanada.	5 300	848	16	1 455	333	23		Von insgesamt 2,36 Mill. Automobilen 745 000 Einheiten (32 vH) durch ausländische Tochter- und Beteiligungsgesellschaften abgesetzt.	
E.I. du Pont de Nemours & Co., Wilmington, Del.	Großter Chemiekonzern der Welt.	Von insgesamt 130 Fabriken 46 Werke im Ausland.	3 230	565	17	1 399	56	4		Exporte aus den USA: 225 Mill. US \$.	
Eastman Kodak Company, Rochester, N. Y.	Führender Produzent fototechnischer und fotochemischer Erzeugnisse der Welt. Darüberhinaus bedeutender Chemieproduzent der USA.	Absatz in 115 Ländern. Von den 12 Produktionsgesellschaften 6 im Ausland. Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in zahlreichen Ländern aller Erdteile.	1 813	490	27	548	63	11			
Merck & Co., Inc., Rahway, N. Y.	Gehört zu den bedeutendsten Pharmazeutproduzenten in den USA.	Von insgesamt 31 Verkaufslagen 24 im Ausland, und zwar in 23 Ländern. Vertrieb in über 80 Ländern.	332	112	34	119	21	18		10 vH des Umsatzes für Forschung und Entwicklung aufgewandt.	
Chas. Pfizer & Co., Inc., New York, N. Y.	Führender Pharmakonzern der Welt.	Von 82 Produktionsanlagen 57 in 29 Ländern. Vertriebsorganisation in über 50 Staaten, Absatz in über 100 Ländern aller Kontinente	543	254	47	256	7	3		Forschungs- und Entwicklungsaufwand 3,7 vH des Umsatzes.	
Colgate-Palmolive Company, New York, N. Y.	Großter Hersteller in Toilettenartikel der Welt.	Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in 55 Ländern aller Kontinente.	862	462	54	164	2	1			

Konzernspitze	Marktbedeutung	Auslandsbeteiligung	Umsatz			A V	Beteiligungen			Sonstige Angaben zur Auslandsstatistik
			Insges.	Ausland			Mill.	vH		
				Mill.	vH			Mill.	vH	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
USA			US \$ 1)			US \$ 1)				
Corn Products Company, New York, N.Y.	Führender Nahrungsmittelproduzent der Welt.	Produktionsstätten in 26 Ländern.	979	426	44	363	6	3	Von 35 000 Beschäftigten 23 800 (68 vH) im Ausland, 47 vH des Reingewinns im Ausland erwirtschaftet.	
General Electric Company, New York, N.Y.	Großter Elektrokonzern der Welt. Marktanteil in den USA bei 25 vH.	Von 242 Werksanlagen 71 in 22 Ländern aller Kontinente.	6 214	1 119	18	1 458	241	17	Von den 300 000 Beschäftigten 42 000 (14 vH) im Ausland tätig. Vom Auslandsumsatz zwei Drittel durch Eigenleistungen der Auslandsgesellschaften.	
International Business Machines Corporation IBM, Armonk, N. Y.	Großter Produzent der Welt in elektronischen Datenverarbeitungsanlagen. Marktanteile in USA und Europa bei 70 vH.	Im Ausland 321 Verkaufsbüros, 218 Kundendienststellen, 6 Laboratorien, 15 Fabrikationsstätten in 16 Ländern in allen Kontinenten außer Afrika.	3 573	1 086	30	2 330	16	1	Von den 172 000 Beschäftigten Personen mehr als 60 000 (35 vH) im Ausland tätig. Vom Gewinn 30 vH im Ausland erzielt.	
International Telephone & Telegraph Corporation ITT, New York, N.Y.	Bedeutender Konzern der Elektro- und Fernmeldetechnik.	Auslandsgesellschaften in 42 Ländern aller Kontinente.	2 022	1 173	58	990	171	17	55 vH des Gewinns durch ausländische Gesellschaften. Von 199 000 Beschäftigten 152 000 im Ausland, davon allein 135 000 in Europa, 50 vH des Konzernumsatzes in Europa.	
The National Cash Register Company, NCR, Dayton, Ohio	Großter Hersteller von Registrierkassen und führender Produzent von Büromaschinen.	1 000 Verkaufs- und Kundendienststellen in 120 Ländern, Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in 46 Ländern aller Kontinente.	737	332	45	221	70	32	47 vH des Reingewinns aus ausländischen Unternehmen.	
Caterpillar Tractor Co., East Peoria, Illinois	Großter Produzent von Erdbewegungsmaschinen. Anteil am Weltmarkt über 30 vH.	24 Produktionsstätten in 7 Ländern. Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in 11 Ländern.	1 405	604	43	368	27	7	Verkaufs- und Kundendienstnetz mit 254 unabhängigen Händlern an 835 Plätzen der freien Welt.	
International Harvester Company, Chicago, Illinois	Großter Hersteller der Welt von schweren Lastkraftwagen, zweitgrößter Hersteller von Baumaschinen.	Über 98 Fabriken in 17 Ländern.	2 337	654	28	630	83	13		
The Goodyear Tire & Rubber Company, Akron, Ohio	Großter Produzent von Kautschukerzeugnissen und synthetischem Gummi der Welt.	Von 65 konzerneigenen Produktionsstätten 26 in 18 Ländern aller Kontinente. Weitere 11 Werke im Eigentum von Beteiligungsgesellschaften.	2 226	733	33	584	23	4	33,4 vH des Konzerngewinns im Ausland erwirtschaftet.	

Konzernspitze	Marktbedeutung	Auslandsbeteiligung	Umsatz			A V		Beteiligungen		Sonstige Angaben zur Auslandsaktivität
			insges.	Ausland		Mill. WE	vH			
				Mill. WE	vH		Mill. WE	vH		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
USA			US \$ 1)			US \$ 1)				
Standard Oil Company (New Jersey), New York, N. Y.	Großter Erdölkonzern der Welt mit 15 vH der Rohölförderung.	68 Raffinerien in 34 Ländern, chemische Fabriken in 30 Ländern.	12 493	-	-	8 789	751	9	Über 50 vH des Gesamtvermögens im Ausland eingesetzt. Damit fast 60 vH des Gesamtgewinns erwirtschaftet. Fast 80 vH des Raffineriedurchsatzes im Ausland bewerkstelligt.	
Tessco Inc., New York, N.Y.	Drittgrößter amerikanischer Mineralölkonzern.	Von 50 Konzernraffinerien 39 im Ausland. Petrochemische Werke außer in USA in 3 Ländern. Beteiligung in 60 Ländern.	3 779	-	-	3 774	242	6	65 vH der Rohölproduktion im Ausland.	
Mobil Oil Corporation	Führender internationaler Ölkonzern.	150 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in mehr als 100 Ländern. Von 40 Raffinerien 28 im Ausland.	5 412	-	-	3 173	456	14	Rohölförderung zu 72 vH außerhalb der USA und Kanadas. Absatz der Raffinerieprodukte zu 50 vH in Nordamerika.	
F.W. Woolworth Co., New York, N. Y.	Internationaler Warenhauskonzern.	Von 3 160 konsolidierten Warenhäusern 406 im Ausland. Weitere 1 119 nicht konsolidierte Warenhäuser im Ausland (Großbritannien).	1 143	-	-	561	164	29	73 vH des Gewinns im Ausland erwirtschaftet, 52 vH allein in Großbritannien.	
BRD			DM			DM 1)				
Siemens AG, Berlin-München	Führender Elektrokonzern der Welt.	25 Produktions- und Vertriebsgesellschaften in Europa (Siebzig), 12 Tochtergesellschaften in Übersee (Siemens Overseas) und Beteiligungen in 5 asiatischen Ländern.	7 179	2 584	36	1 512	282	19	76 vH der Gesamtbelegschaft im Ausland. 20 vH des Auslandsumsatzes durch Exporte der Inlandgesellschaften und 16 vH durch Eigenleistungen der Auslandsgesellschaften.	
Mannesmann AG, Düsseldorf	Bedeutender Rohrenproduzent der Welt.	37 Produktions- und Handelsbeteiligungen im Ausland.	4 160	1 416	34	2 096	459	22	Von 77 500 Mitarbeitern 7 600 (10 vH) im Ausland beschäftigt. Eigenleistungen der Auslandsgesellschaften 656 Mill. DM	
Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen	Führender Chemiekonzern der Welt. Größter Chemiekonzern der BRD.	28 Beteiligungen vorwiegend an Vertriebsgesellschaften in Europa, Amerika, Australien und Südafrika (Bayforin) sowie 5 Produktionsbeteiligungen im Fernen Osten.	6 301	3 592	57	2 735	631	23	Mit 91,5 vH an der Agfa AG beteiligt, die mit je 30 vH an der Agfa-Gevaert AG, Leverkusen und an der Gevaert-Agfa N.V., Mortsel, beteiligt ist.	
Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt a.M.	Führender Chemiekonzern der Welt. Zweitgrößter Chemiekonzern der BRD.	Eigene Niederlassungen und Vertretungen in 119 Ländern. Buchwert der Auslandsbeteiligungen und beteiligungsähnlichen Beteiligungen rd. 300 Mill. DM bei insgesamt 590 Mill. DM Beteiligungsbuchwert.	5 236	2 251	43	2 601	348	15	Von rd. 73 000 Mitarbeitern etwa 10 000 (14 vH) im Ausland beschäftigt. Von Auslandsumsatz (2 781 Mill. DM) 502 Mill. DM Eigenleistungen.	

Konzernspitze	Marktbedeutung	Auslandsbeteiligung	Umsatz			A V			Beteiligungen	Sonstige Angaben zur Auslandsstatistik
			Insges.	Ausland		Mill.	VE	vH		
				Mill.	VE					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
BASF Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen	Führender Chemiekonzern der Welt. Drittgrößter Chemiekonzern der BRD.	15 wichtige Produktions-tochter- oder -beteiligungsgesellschaften in 11 Ländern aller Kontinente außer Afrika.	4 050	1 823	45	2 690	530	20		
Schering AG, Berlin	Bedeutender Pharmazeutikhersteller.	79 von 48 Beteiligungen im Ausland.	413	262	63	229 215	18 32	8 15	Eigenleistungen der Auslands-gesellschaften 54 Mill. DM.	
Großbritannien			Mill. £			Mill. £ ¹⁾				
Imperial Chemical Industries Ltd. ICI, London	Zweitgrößter Chemiekonzern der Welt. Marktanteil in Großbritannien 30 vH.	Von den 217 in- und ausländischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften zahlreiche Unternehmen in 45 Ländern aller Erdteile.	816	393	48	907	108	12	Auslandsumsatz von 393 Mill. £ zu 189 Mill. £ (30 vH) aus britischen Exporten und zu 244 Mill. £ (62 vH) aus Eigenleistungen ausländischer Gesellschaften zusammengesetzt	
Courtaulds Ltd. London	Einer der größten Chemiefaserproduzenten der Welt. Zwei Drittel der britischen Produktion.	Produktion in Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in 25 Ländern.	301	123	41	222	19	9	Insgesamt 110 000 Mitarbeitern 17 vH des Gesamtumsatzes exportiert und 20 vH aus Eigenleistungen der Auslands-gesellschaften.	
Dunlop Rubber Company Ltd., London	Großter europäischer Gummiproduzent und einer der größten Hersteller von Kautschuk-erzeugnissen und synthetischem Gummi in der Welt.	Über 130 Divisions-, Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in Großbritannien und 17 Ländern aller Erdteile.	340	221	65	104	8	8	Von den rd. 100 000 Beschäftigten 50 vH im Ausland. 58 vH des Gesamtumsatzes von 740 Mill. £ Eigenleistungen der Überseefirmen. Ihr Beitrag zum Gesamtgewinn 55 vH.	
Associated Electrical Industries Ltd. AEI, London	Großter Elektrokonzern Großbritanniens.	Produktions- und Vertriebs-gesellschaften sowie Reprä-sentanten in mehr als 110 Ländern aller Kontinente.	254	84	33	84	24	29	Exporte der britischen Konzernunternehmen größer als Eigenleistungen der Auslands-gesellschaften. Insgesamt 90 000 Beschäftigte.	
The Leyland Motor Corporation Ltd., Leyland	Großter Nutzfahrzeug- und Omnibusproduzent Großbritanniens mit 60 vH Marktanteil und einer der bedeutendsten der Welt.	Produktionsanlagen in über 40 Ländern, Absatz in über 170 Ländern.	215	110	51	57	7	12	Von den 110 Mill. £ Auslands-umsatz 72 Mill. £ (65 vH) durch Exporte britischer Konzerngesellschaften, zum großen Teil an ausländische Montageverke. 56 100 Arbeit-nehmer.	
Niederlande			£			£				
"Royal Dutch" N.V. Koninklijke Nederlandse Petroleum Maatschappij, Den Haag	Die Royal Dutch-Shell-Gruppe gilt als zweitgrößter Erdölkonzern der Welt.	Die beiden Spitzen "Royal Dutch" und "Shell" Transport sind im Verhältnis 60 : 40 direkt oder indirekt an mehr als 300 Gesellschaften in über 100 Ländern beteiligt.	2 564	-	-	2 700	350	13	Über 60 der insgesamt 70 Raffinerien weder in Großbritannien (4) noch in den Niederlanden. 17 vH des Raffineriedurchsatzes und 79 vH des Absatzes raffi-nierter Produkte in Europa.	

Konzernspitze	Marktbedeutung	Auslandsbeteiligung	Umsatz			A V	Beteiligungen		Sonstige Angaben zur Auslandsstätigkeit
			insges.	Ausland			Mill. WE	vH	
				4	5				
1	2	3	hfl			hfl			10
Niederlande			hfl			hfl			
Unilever N.V., Rotterdam	Bedeutendster Hersteller von Speisefetten und Ölen sowie Reinigungsmitteln der Welt mit Marktanteilen von 40 bzw. 10 vH.	500 Produktions- und Vertriebsgesellschaften in rund 50 Ländern, eigene Rohstoffplantagen.	18 464 ⁰	-	-	4 975 ⁰	273 ¹¹	5	Von den 18,5 Mrd. hfl Fremdumsatz 65 vH in Europa, Europäischer Anteil am Gewinn 68 vH. Innenlieferungen 22 vH des Gesamtumsatzes (25,6 Mrd. hfl). Exporte der niederländischen und britischen Gesellschaften: 924 Mill. hfl.
N.V. Philips' Gloeilampenfabrieken, Eindhoven	Umsatzmäßig größter nichtamerikanischer Elektronikonzern, vorwiegend auf dem Schwachstromsektor.	270 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in 60 Ländern mit Fabrikationsanlagen in 30 Ländern.	7 545 ⁰	6 640	88	1 861 ⁰	444 ¹¹	11	Von den 252 000 Beschäftigten 165 000 (65 vH) im Ausland, 65 vH des Konzernvermögens im Ausland.
Allgemeine Kunstzijde Unie N.V. AKU, Arnhem	Einer der bedeutendsten Textilkonzerne der Welt, 23 vH Marktanteil bei Reifenkordfasern.	45 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in Europa, Nord- und Mittelamerika, Südafrika und Japan.	2 800	-	-	1 140	594	52	Umsatz der Muttergesellschaft: 596 Mill. hfl.
Schweiz			sfr			sfr			
Nestlé Aliment- a AG, Cham und Vevey	Führender Nahrungs- und Genußmittelhersteller der Welt.	120 Fabriken in Europa, 50 in Lateinamerika, 20 in Nordamerika, 20 in anderen Erdteilen, gehalten von drei regionalen Holdings.	6 815	6 698	98	864	864	100	Von den Beteiligungsverträgen (22) Mill. sfrs.) rd. 51 vH aus Kontinentaleuropa, 28 vH aus Großbritannien und dem Sterlinggebiet, 12 vH aus den USA und Japan sowie 11 vH aus Lateinamerika und Pazifikländern.
AG Brown, Burrer & Cie. BBC, Baden	Größtes Elektrounternehmen der Schweiz, führender europäischer Elektronikonzern, bedeutender Scherenschlittenhersteller.	Über 50 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften mit zahlreichen Produktionsstätten in verschiedenen Ländern.	2 890	2 457	85	190	70	17	76 vH des Auftragseinganges des Stammhauses aus dem Ausland, Umsatz des Stammhauses: 568 Mill. sfrs.
Schweizer Aluminium AG, Chippis 2)	Bedeutendster europäischer Aluminiumkonzern (neben Pechiney).	Über 55 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in 15 Ländern	1 050 1 850	-	-	247	219	89	Produktionskapazitäten 700 000 t Rohaluminium zu je 50 vH auf EW- und BTA-Länder und zu 20 vH auf die USA.
Aktiefabriek Svenska Kullagerfabriken, 2) Göteborg	Größter Kugel- und Rollenlagerproduzent der Welt.	18 ausländische Produktionsgesellschaften und rund 700 Niederlassungen in über 60 Ländern.	2 819	-	-	1 701	15	1	Umsatz des Stammhauses: 695 Mill. skr. Beschäftigte (1965) insgesamt 51 400, davon im Stammhaus 16 800.
Telefonaktiebilaget L.M. Ericsson, Stockholm	Führender Hersteller von Fernsprechanlagen.	Außer 32 Produktionsstätten in Schweden über 23 Fabriken im Ausland, Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in 40 und Vertretungen in 60 Ländern.	1 991	1 274	62	776	61	8	

Konzernspitze	Marktbedeutung	Auslandsbeteiligung	Umsatz			A V Beteiligungen			Sonstige Angaben zur Auslandsbeteiligung
			Insges.	Ausland		Mill. ME		+H	
			Mill. ME	5	6	7	8	9	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Schweden			skr			skr 1)			
ASEA Alimanna Svenska Elektriska Aktiebolaget, Västerås 2)	Großter schwedischer Starkstromelektronkonzern,	Produktions- und Vertriebsbeteiligungen in Europa, Südamerika, Südafrika, Vertriebsbeteiligungen in Nordamerika, Asien, Australien.	2 082			842	141	18	Umsatz des Stammhauses 1 012 Mill. skr. Beschäftigte des Konzerns 13 400, davon 4 000 im Ausland.
Belgien			bfr			bfr			
Petrofina S.A., Brüssel	Gehört zu den größten Mineralienkonzernen der Welt.	Von 13 Raffinerien 12 im Ausland. Rohproduktion verteilt sich zu je einem Drittel auf USA, Kanada und Angola. Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in 20 Ländern.	50 050	-	-	-	-	-	84 vH des Konzernvermögens im Ausland.
Société Financière de Transport et d'Entreprises Industrielles S.A. 10FINA, Hüssel	Hedoutende belgische Holding der Elektrizitätswirtschaft, Finanzholding.	Beteiligungen außer in Belgien in 10 Ländern Europas und Nord- und Südamerikas.	-	-	-	4 433	4 403	99	75 vH des Portefeuilles Auslandsanlagen.
Gesamt Photo-Produkten N.Y. Wirtel, Antwerpen 1)	Zweigfabriken Konzern der Photoindustrie.	25 eigene Vertriebsgesellschaften und weitere Kundendienststellen in 125 Ländern. Außer deutschen und belgischen Produktionsstätten Produktionsbeteiligungen in 8 Ländern.	16 913			3 591	3 007	84	Von den 30 000 Mitarbeitern 6 000 im Ausland. 37 vH des Umsatzes der Agfa-Gesamtgruppe in Deutschland und Beneluxländern.
Italien			Mrd. Lit			Mrd. Lit			
Ing. C. Olivetti & C., S.p.A., Ivrea	Bedeutendster europäischer (Kornmaschinenhersteller, 25 bis 30 vH Weltmarktanteil bei Schreib-, Addier- und Rechenmaschinen.	Von den 16 konzerneigenen Produktionsanlagen 9 im Ausland. Vertrieb über 400 ausländische von insgesamt 456 Zweigniederlassungen und Verkaufszentren.	281	225	80	115	50	43	Von 51 600 Beschäftigten des Gesamtkonzerns 29 200 (57 vH) im Ausland.
Pirelli S. p. A., Mailand	Führender Konzern auf dem italienischen und internationalen Gummi- und Kabelmarkt.	Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in 11 europäischen und 6 nord- und südamerikanischen Ländern.	462	206	45	206	116	56	65 000 Beschäftigte im In- und Ausland, davon 23 000 bei der Muttergesellschaft.
Frankreich			ffrs			ffrs			
Rhône-Poulenc S.A., Paris 2)	Großter französischer Konzern in privater Hand mit 33 vH der Chemiefaserkapazitäten der EWG und 10 vH der Welt.	Auslandsbeteiligungen in Europa, Nord- und Südamerika und indirekt über Großbritannien in einigen Ländern des Commonwealth.	4 928	1 570	32				Der mit 1 570 Mill. ffrs genannte Auslandsumsatz (an Dritte) bestand lediglich in Eigenleistungen der Auslandsfirmen. Vom Gesamtumsatz der 14 wichtigsten inländischen Tochtergesellschaften wurden rund 27 vH exportiert.
Compagnie de Saint-Gobain, Reuilly-sur-Loire	Einer der drei größten Glasproduzenten der Welt. Marktführer in der EWG bei Glasfasern 80 vH und bei Flach- und Sicherheitsglas 60 vH.	130 Werke in 10 europäischen und amerikanischen Ländern. Mehr als 100 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften.	4 050 1)	-	-	2 607	1 819	70	Mit 1 090 Mill. ffrs. (38 vH) des Umsatzes Muttergesellschaft exportiert.

1) Konsolidierte Werte. Für die FRG jeweils die Werte der ersten Zeile konsolidiert.

2) Geschäftsjahr 1964.

3) Geschäftsjahr 1966.

Quelle: Geschäftsberichte der Gesellschaften und Ausarbeitungen über ausländische Gesellschaften, Leseblattsammlung, Hrg. Deutsche Bank Aktiengesellschaft.

die Staaten mit kleineren Volkswirtschaften entwachsen sind, wie sie Schweden, die Niederlande und die Schweiz darstellen, erreichen die Auslandsumsatzanteile 62, 88 und gar 98 vH des gesamten Konzernumsatzes.

Die leistungswirtschaftliche Dezentralisation der internationalen Unternehmen erhellt aus Spalte 10 mit Angaben über die mengen- oder wertmäßigen Eigenleistungen der Auslandsniederlassungen im Verhältnis zu den Exporten der Inlandsbetriebe. Aufschluß hierüber gibt auch der Vergleich der Anzahl der im Ausland beschäftigten Personen mit der Gesamtzahl der Beschäftigten sowie die Angaben über den Anteil des im Ausland eingesetzten Konzernvermögens oder des im Ausland erwirtschafteten Gewinns. Soweit die Unternehmen über ihre Auslandsgewinne berichten, deckt sich die ertragswirtschaftliche mit der umsatzwirtschaftlichen Bedeutung des Auslandsgeschäfts ¹⁾.

Aufschluß über die rechtlich-wirtschaftliche Organisationsform der internationalen Unternehmen geben die Daten aus den Bilanzen der Muttergesellschaften in den Spalten 7,8 und 9. Obwohl die Buchwerte ihres Beteiligungs- und gesamten Anlagevermögens meist konsolidierten Rechnungen entnommen sind, erreichen die Beteiligungen oft erhebliche Anteile am gesamten Anlagevermögen der Muttergesellschaften bzw. ihres Konsolidierungskreises. Daraus kann erstens gefolgert werden, daß die großen internationalen Unternehmen in der rechtlich-wirtschaft-

1) Der Beitrag der Auslandsgesellschaften zum Konzerngewinn ist vermerkt bei IBM, NCR, ITT, Goodyear und Corn Products.

lichen Organisationsform des Konzerns betrieben werden. Zweitens zeigt der zwischenstaatliche Vergleich, daß die in einer kleineren Volkswirtschaft stehende Konzernspitze wesentlich stärker als Holding ausgebildet ist als die eher mit "Muttergesellschaft" zu bezeichnende Konzernspitze, die einer großen Volkswirtschaft angehört und zugleich den wirtschaftlichen Mittelpunkt des Konzerns bildet.

II. Die rechtliche Selbständigkeit der ausländischen Gliedbetriebe

Die Morphologie der führenden internationalen Unternehmen zeigt, daß sie durchweg die rechtliche Organisationsform des Konzerns aufweisen. Aus dem Ausweis wertvoller Beteiligungen kann jedoch nicht ohne weiteres geschlossen werden, ob und inwieweit sie das Vermögen der Auslandsorganisation repräsentieren. Grundsätzlich können die Auslandsniederlassungen als rechtlich unselbständige Außenstellen oder als rechtlich selbständige Gliedbetriebe geführt werden. Die Statistiken beweisen, daß die rechtliche Verselbständigung der Auslandsstützpunkte den Vorzug genießt ¹⁾. Die vielfältigen Unternehmensziele und die Nieder-

1) So wurden 92,5 vH der bis 1964 aufgebrachten deutschen privaten Direktinvestitionen im Ausland im Betrage von 7,2 Mrd. DM für Beteiligungen und beteiligungsähnliche Darlehen aufgewandt. Nur 7,5 vH der Auslandsinvestitionen gingen als Dotationskapital an rechtlich unselbständige Filialen. Vgl. Deutsche Bundesbank, Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland, aaO, S. 21.

Ein ähnliches Bild vermitteln die Investitionen amerikanischer Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Von ihren im Jahre 1960 in der BRD unterhaltenen 606 Niederlassungen waren 85 vH rechtlich selbständige Unternehmen und 15 vH rechtlich unselbständige Außenstellen (branches). Da gerade die größeren Niederlassungen rechtlich verselbständigt werden, liegt der Kapitalanteil vermutlich wesentlich über 85 vH. Vgl. Hartmann, Heinz, Amerikanische Firmen in Deutschland, aaO, S. 36.

lassungsbedingungen zahlreicher Länder ¹⁾ sind der Grund dafür, daß internationale Unternehmenspolitik zugleich Konzernpolitik ist. Ihr Interesse gilt vornehmlich der rechtlichen und wirtschaftlichen Ausrichtung der über zahlreiche Länder verstreuten Gliedbetriebe, um sie unter heterogenen Umweltbedingungen nach Maßgabe einer globalen Konzeption einheitlich zu führen.

Die rechtliche Verselbständigung der Gliedbetriebe des internationalen Unternehmens dient der Klärung zwischenstaatlicher Rechtsbeziehungen, die bei internationalem Kapitaleigentum auftreten. Rechtlich selbständige Auslandsbetriebe erlangen formal die gleichen Rechte und Pflichten, welche auch für die nationalen Unternehmen gelten, die im nationalen Konzernverbund stehen ²⁾.

Soweit sich die Konzernform nicht zwangsläufig daraus ergibt, daß das expandierende Unternehmen Beteiligungen an bereits bestehenden ausländischen Unternehmen erwirbt, wird sie auch bei der Neugründung von Auslandsniederlassungen bevorzugt ³⁾. Hierfür sprechen handels- und steuerrechtliche sowie führungstechnische Gründe.

1) Da die Eintragung von Zweigniederlassungen in einigen Ländern auf Schwierigkeiten stößt, bleibt die Tochtergesellschaft die einzig mögliche Rechtsform der Niederlassung. Vgl. Rädler-Raupach, Deutsche Steuern bei Auslandsbeziehungen, München und Berlin 1966, S. 4.

2) Vgl. Witthöfft, Gerhard, Internationale Konzerne, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, dritte, völlig neu bearbeitete Auflage, Bd. II, Stuttgart 1957/58, Sp. 3341; Rädler-Raupach, Deutsche Steuern bei Auslandsbeziehungen, aaO, S. 4 f.

3) Vgl. Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, aaO, S. 303 f.

Handelsrechtlich bewirkt die juristische Vonselbständigung eine Begrenzung des Auslandsrisikos nach dem Prinzip des "gambling dollar". Der vorsichtige Spieler beginnt mit einem geringen Einsatz und dehnt sein Engagement nur so weit aus, wie es die erzielten oder erzielbaren Gewinne zulassen. Dabei nimmt er die Verlustgefahr von Anfang an bewußt in Kauf ^{1) 2)}.

Ob das handelsrechtlich begründete Separierungsprinzip auch steuerlich geboten ist, hängt von den steuerlichen Gegebenheiten im Heimat- wie im Investitionsland ab. Nicht nur das Steuergeschehen zwischen den beteiligten Ländern, sondern auch -und vor allem- die Art und Weise der Steuerzuweisung bestimmt den Rechtsstatus der Auslandsniederlassung. Die Steuerzuweisung gestaltet sich nach dem Bestehen oder Nichtbestehen anwendbarer Doppelbesteuerungsabkommen und den hierin getroffenen Regelungen. Es kommt auf den Einzelfall und die zu erwartende Ertragslage der Niederlassung an, ob bei Fehlen oder Bestehen von Doppelbesteuerungsabkommen die Tochtergesellschaft oder die rechtlich unselbständige Betriebsstätte vorteilhafter ist. Im allgemeinen genießt die Tochtergesellschaft

1) Vgl. Haas, Gerhard, Internationale Steuerlehre - ein Wissen um unternehmerische Möglichkeiten, in: Neue Betriebswirtschaft, 14. Jg., 1961, S. 97 ff.

2) Rechtlich unselbständige Auslandsniederlassungen werden von Unternehmen des Handels sowie der Bank- und Versicherungswirtschaft bevorzugt. Das gilt vor allem, wenn die Ursprungs- und Investitionsländer wirtschaftlich und politisch miteinander verbunden sind. Vgl. Witthöfft, Gerhard, Internationale Konzerne, aaO, Sp. 3337.

jedoch den Vorzug ¹⁾,

Sehen die Niederlassungsbestimmungen des Gastlandes oder die eigenen Pläne des expandierenden Unternehmens vor, nationale oder ausländische Partner an dem Investitionsobjekt zu beteiligen, so ist es ebenfalls geboten, den Auslandsbetrieb rechtlich zu verselbständigen. Da Eigentum und Leitungsmacht in der Kapitalgesellschaft institutionell getrennt sind, genießt sie den Vorzug bei der vermögensrechtlichen Separierung der Auslandsniederlassung. Die führungstechnische Eingliederung der Kapitalgesellschaft in den Konzernverband gestaltet sich einfacher als die Einfügung einer partnerschaftlichen Personengesellschaft.

1) Vgl. Haas, Gerhard, Internationale Steuerlehre - ein Wissen um unternehmerische Möglichkeiten, aaO, S. 99; Bühler, Ottmar, Prinzipien des internationalen Steuerrechts, München und Berlin 1964, S. 83 f.; Rädler - Raupach, Deutsche Steuern bei Auslandsbeziehungen, aaO, S. 5 ff.; Vogel, Horst, Zur steuerlichen Behandlung zwischenstaatlicher Kapitalinvestitionen unter besonderer Berücksichtigung des Außensteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 42 der Schriftenreihe des Instituts für Steuerrecht der Universität Köln, Hrg. Armin Spitaler, Düsseldorf 1964, S. 19 ff., wo die Methoden der Steuerbefreiung und der Anrechnung bei der Besteuerung im Wohnsitzstaat dargelegt und gewürdigt werden.

III. Die kapitalgesellschaftliche Rechtsform der ausländischen Konzernglieder

Das Prinzip des kapitalgesellschaftlichen Konzernaufbaus wird insbesondere im ausländischen Konzernbereich verwirklicht ¹⁾. Der Vorzug der Kapitalgesellschaft liegt in ihrer vielseitigen Verwendbarkeit begründet. Die juristische Person in ihren Haupttypen der Aktiengesellschaft und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung hat nicht nur im internationalen Privatrecht, sondern auch im internationalen Steuerrecht als eigenständiges Rechtssubjekt Anerkennung und Bedeutung erlangt. Das gilt selbst für die anfangs umstrittene Einmann-Gesellschaft, die im internationalen Konzernaufbau eine wichtige Rolle spielt ²⁾.

1) Im Jahre 1960 hatten 64 vH der 606 amerikanischen Niederlassungen in der BRD die Rechtsform der Kapitalgesellschaft (subsidiaries bzw. foreign corporations). Weitere 13 vH wurden als Einzel-firmen (sole proprietorships) und 8 vH als Personengesellschaften (partnerships) geführt. Vgl. Hartmann, Heinz, Amerikanische Firmen in Deutschland, aaO, S. 36.
Über die Bedeutung der Kapitalgesellschaft im Aufbau der Auslandsorganisation deutscher Konzerne vgl. Seite 400ff. dieser Arbeit.

2) Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung wird im nationalen Handels- und Steuerrecht im allgemeinen als Kapitalgesellschaft behandelt. Das braucht im internationalen Recht nicht immer der Fall zu sein. Während bei der Aktiengesellschaft die Körperschaftsteuer im Sitzstaat und die Kapitalertragsteuer im Empfängerland eingreift, behandeln einige Staaten die Gesellschaft mit beschränkter Haftung als Personengesellschaft. Das wirkt sich auch in den Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz, Italien und Finnland aus. Die Gewinne der dort domizilierenden Gesellschaften mit beschränkter Haftung werden als Einkünfte aus Gewerbebetrieb nur im Sitzstaat versteuert. Vgl. Bühler, Ottmar, Prinzipien des internationalen Steuerrechts, aaO, S. 10 f. und S. 85 f.; Rädler, Albert J. und Raupach, Arndt, Deutsche Steuern bei Auslandsbeziehungen, aaO, S. 14 ff.

Die Kapitalgesellschaft kann auf Zeit oder für unbefristete Dauer gegründet und den vielfältigen Unternehmenszwecken in gleicher Weise als Betriebs- oder Holdinggesellschaft dienstbar gemacht werden. Sie paßt sich jeder Betriebs- oder Unternehmensgröße an, die von der Konzernführung als optimal erachtet wird. Als juristische Person ist sie fähig, Tochter- und Enkelgesellschaften zu gründen oder sich selbst eine Muttergesellschaft über- und Schwestergesellschaften nebenuordnen. Die Landesgrenzen behindern die derart betriebene Ausbreitung des Konzerns nicht. So können sich die miteinander verwandten Kapitalgesellschaften in allen Ländern und Kontinenten niederlassen, soweit deren Wirtschaftsordnung dies gestattet ¹⁾.

In den einzelnen Ländern können die kapitalgesellschaftlichen Konzernglieder nach außen hin mit so viel Nationalcharakter ausgestattet werden, daß sie von der Umwelt ihres Gastlandes nicht als Fremdkörper empfunden werden ²⁾³⁾. Die Multinationalität der Konzernglieder fördert die Inter-

1) Näheres zum Niederlassungs- und Gesellschaftsrecht für fast alle Länder: Bartholdy, Karl - Seidler, Gerhard - Wilhelm, Gerhard, Zweigbetriebe, Niederlassungen und Beteiligungen im Ausland, München 1963; für die Mitgliedstaaten der EWG: Association Européenne d'Etudes Juridiques et Fiscales, Paris (Hrsg.) Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im Gemeinsamen Markt, Probleme bei der Gründung, Baden-Baden 1964; Meyer-Marsilius, Hans Joachim, Das Niederlassungsrecht in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Heft 12 der Schriftenreihe zum Handbuch für Europäische Wirtschaft, Hrsg. Heinrich Rieber, Baden-Baden, Bonn 1966.

2) Vgl. Vernon, Raymond, Multinational Enterprise & National Sovereignty, aaO, S. 157

3) Diese Aussage wird nicht durch die Feststellung entwertet, daß die meisten amerikanischen Firmen in Europa "Schaukästen oder Brückenköpfe amerikanischer Wirtschaftskultur" seien. Hartmann, Heinz, Amerikanische Firmen in Deutschland, aaO, S. 185.

nationalisierung des Gesamtkonzerns in allen Bereichen. Bei wachsendem Kapitalbedarf erfährt das Eigentum am Beteiligungskapital der Spitzen- und Gliedgesellschaften eine internationale Streuung ¹⁾. Desgleichen wird die Aufnahme von Fremdkapital weltweit orientiert ²⁾. Die Mitarbeiterschaft aller Führungsebenen setzt sich aus zahlreichen Nationalitäten zusammen ³⁾. Die Beziehungen zu Lieferanten und Abnehmern reichen in alle wichtigen Länder ⁴⁾. In der arbeitsteiligen Weltwirtschaft sind die internationalen Gruppen und Konzerne somit zu einem integrierenden Faktor herangewachsen ⁵⁾.

1) Vgl. Kircher, Donald P., Now the Transnational Enterprise, in: Harvard Business Review, März-April 1964, S. 6 und 8.

2) Die Bankenvereinigung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat kürzlich auf die wachsende Bedeutung internationaler Anleihen hingewiesen. Es handelt sich hierbei um Obligationen, die der Emittent im Ausland in fremder Währung auflegt. Dabei ist es gleichgültig, ob sie auch im Inland abgesetzt werden können oder nicht. Auch in nationaler Währung aufgelegte Anleihen rechnen hierzu, die über internationale Konsortien ganz oder teilweise im Ausland placiert werden sowie in Rechnungseinheiten libellierte oder mit Währungsoptionen ausgestattete Obligationen. Der Absatz derartiger Anleihen durch private Unternehmen stieg von 209 Mill. US \$ im Jahre 1962 auf 1,32 Mrd. \$ im Jahre 1966 an. Im letztgenannten Jahr wurde allein die Hälfte von amerikanischen Emittenten aufgelegt. Vgl. Der Volkswirt, 21. Jg., 1967, Nr. 14, S. 528.

3) Vgl. Barnes, William S., Guides to International Operations, aaO, S. 27; Kircher, Donald P., Now the Transnational Enterprise, aaO, S. 8; Clee, Gilbert H. und Schachtjen, Wilbur M., Organizing a Worldwide Business, aaO, S. 56.

4) Vgl. O'Connell, Denis J. und Benson, John B., Sourcing Abroad for Domestic Profit, aaO, S. 90 ff.

5) Vgl. Gross, Herbert, Der Weltfirma gehört die Zukunft, in: Handelsblatt vom 21./22. April 1967, Nr. 78, S. 25.

IV. Der Auf- und Ausbau der internationalen Konzerne

Da die Fusion über die Landesgrenzen hinweg bis heute noch nicht möglich ist ¹⁾, kann die (dauerhafte) einheitliche Leitung von Unternehmen unterschiedlicher Staatszugehörigkeit nur durch beteiligungspolitische Verknüpfungen erreicht werden ²⁾. Diese führen zu Koordinations- und Subordinationsverhältnissen, welche als kunstvolle Ersatzformen der Verschmelzung oder als Medien der internationalen Expansion anzusehen sind. Behilft man sich bei der erstrebten internationalen Verschmelzung mit den Konstruktionen der dualistischen Konzernspitze oder des dem Zwillingkonzern ähnelnden Gemeinschaftsunternehmens, so bedient man sich bei der internationalen Ausdehnung des Konzerns vielfach der Institution der Auslandsholding.

1. Die Zwillingkonzerne

Als Prototypen des Konzerns mit dualistisch strukturierter Spitze gelten die niederländisch-britischen Gruppen Unilever N.V. und Unilever Limited sowie Royal Dutch/Shell in ihrer beteiligungspolitischen, vertraglichen und personellen Verknüpfung. Mit der als Gemeinschaftsunternehmen konzipierten deutsch-belgischen Agfa-Gevaert-Gruppe ist eine neue Variante des internationalen Zwillingkonzerns ins Blickfeld gerückt.

1) Vgl. hierzu die Diskussion über ein einheitliches europäisches Gesellschaftsrecht, insbesondere über die Schaffung einer europäischen Aktiengesellschaft, bei Gessler, Ernst, Grundfragen der europäischen Handelsgesellschaft, in: Der Betriebs-Berater, 22. Jg., 1967, S. 381 ff.; Skanpy, Walther, Europäisches Gesellschaftsrecht. Eine Betrachtung über die Harmonisierungsbestrebungen in der EWG, in: Die Aktiengesellschaft, 11. Jg., 1966, S. 13 ff.

2) Vgl. Bühler, Ottmar, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, aaO, S. 254.

Die Spitze der Unilever-Gruppe besteht aus je einer Holdinggesellschaft in den Niederlanden und Großbritannien, der Unilever N.V., Rotterdam, und der Unilever Limited, London. Diese Gesellschaften sind durch einen Gleichordnungsvertrag koordiniert ¹⁾.

Das Gleichordnungsverhältnis wurde aus dem ursprünglich von den Niederlanden ausgehenden Subordinationsverhältnis hergestellt, um einer Doppelbesteuerung zu entgehen, die sich aus dem Mutter-Tochter-Verhältnis ergab. Das Problem der Doppelbesteuerung war dadurch entstanden, daß für die niederländische Obergesellschaft der Erstattungsanspruch für Dividendenausschüttungen aus dem Commonwealth-Bereich im Jahre 1920 entfiel und zugleich die Tarife erhöht wurden. Mit der Gleichstellung der Spitzenholdings wurden die Commonwealth-Interessen bei der britischen und die übrigen Beteiligungen bei der niederländischen Gesellschaft zusammengefaßt und so die Gefahr der Doppelbesteuerung der Commonwealth-Erträge gebannt.²⁾

1) Der Gleichordnungsvertrag (Equalization Agreement) sieht vor, daß bei der Dividendenzahlung und im Liquidationsfall nominal 12 hfl am Stammaktienkapital der niederländischen Gesellschaft der Stammaktiennennwert von 1 £ der britischen Gesellschaft gleichgestellt sind. Nach der ergänzenden Maßgabe sind die Rechte und Vorteile aus den Stammaktien beider Gesellschaften soweit gleichzustellen, als handle es sich um "Beteiligungen an einer und derselben Gesellschaft". Die einheitliche Leitung des Konzerns wird dadurch gewährleistet, daß sich die Stammaktien (= vinkulierte Namensaktien) Nr. 1 bis 2 400 der niederländischen und ein ihnen entsprechender Betrag von "Deferred"-Aktien der britischen Holding je zur Hälfte im Besitz von Tochtergesellschaften der niederländischen und britischen Holding befinden. Mit der Stimmenmehrheit aus diesen Aktien werden zugleich die Verwaltungsratsmitglieder beider Holdinggesellschaften mit demselben Personenkreis besetzt. Vgl. Börsenzulassungsprospekt der Unilever N.V., abgedruckt in: Handelsblatt vom 16./17. Januar 1959, Nr. 6, S. 9 f.

2) Vgl. Wilson, Charles, The History of Unilever, A Study of Growth and Social Change, Bd. II, London 1954, S. 233.

An der Spitze der Royal Dutch/Shell-Gruppe stehen ebenfalls zwei "Muttergesellschaften", die niederländische N.V. Koninklijke Nederlandsche Petroleum Maatschappij (Royal Dutch) und die britische The "Shell" Transport and Trading Company, Limited.

Die "Muttergesellschaften" betätigen sich selbst nicht im Erdöl- oder Chemiegeschäft. Vielmehr halten sie die Kapitalanteile an den beiden wichtigsten Holdinggesellschaften der Gruppe, der niederländischen Bataafse Petroleum Maatschappij N.V. und der britischen The Shell Petroleum Company Limited. Die niederländische "Mutter" hält jeweils 60 vH des Kapitals der beiden Holdings und die britische die jeweils verbleibenden 40 vH. Die Holdings selbst sind an den über 500 Gesellschaften in über 100 Ländern direkt oder indirekt beteiligt. Zwischen den "Muttergesellschaften" besteht die Vereinbarung, daß sie ungeachtet ihrer tatsächlichen Beteiligungen an den Gesellschaften der Gruppe im Verhältnis 60 zu 40 am gesamten Nettovermögen und allen Zinsen und Dividenden teilhaben. Auch die auf die Erträge zu entrichtenden Steuern und steuerähnlichen Abgaben sind in demselben Verhältnis zu tragen ¹⁾.

Die einheitliche Leitung der Royal Dutch/Shell-Gruppe wird durch die Koordinierungsmaßnahmen je zweier niederländischer und britischer Dienstleistungsgesellschaften ermöglicht. Die "Direktoren" der Gruppe sind zugleich Präsidialmitglieder des Direktoriums der niederländischen und "Managing Directors" der britischen Zwischenholding. Sie sind außerdem Direktoren der koordinierenden Dienstleistungsgesellschaften und bilden mit dem "Committee of Managing Directors" jenen

1) Vgl. Geschäftsbericht Royal Dutch, 1965, S. 22 und 30 f.; Geschäftsbericht Shell, 1965, S. 22 und 30 f.

gemeinsamen Ausschuß, der die Ziele und Mittel der internationalen Konzernpolitik bestimmt.

Die deutsch-belgische Agfa-Gevaert-Gruppe verdankt ihre Entstehung dem Zwang zur Zusammenlegung von Forschung, Produktion und Vertrieb der sich im Amateur- und Fachfotogeschäft ergänzenden Unternehmen. Um als gleichwertiger Partner der belgischen Gevaert Photo-Producten N.V., Mortsel-Antwerpen, zu gelten, hat die Agfa AG, Leverkusen, eine Organtochter der Farbenfabriken Bayer AG, ihr Kapital um 90 auf 150 Mill. DM erhöht. Da eine formelle Fusion über die Grenze vorläufig noch ausgeschlossen ist, wurden die Geschäfte beider Gesellschaften am 1. Juli 1964 auf je eine neu gegründete deutsche und belgische Betriebsgesellschaft übertragen. An dem Gründungskapital der Agfa-Gevaert AG, Leverkusen, in Höhe von 110 Mill. DM und dem Kapital der Gevaert-Agfa N.V., Mortsel-Antwerpen, im Betrage von 1,4 Mrd. bfrs haben sich die beiden Ursprungsgesellschaften jeweils paritätisch beteiligt ¹⁾.

Die Obergesellschaften beschränken sich auf die Vermögensverwaltung, nachdem sie die Anlagen an die Betriebsgesellschaften verpachtet haben. Die Neuinvestitionen haben die Pächterinnen dagegen auf eigene Rechnung vorzunehmen. Auch bei dieser Zwillingssgruppe

1) Die Kapitalerhöhung wurde durch Sacheinlagen der Organmutter bestritten. Sie bestanden in den bisher rechtlich unselbständigen Fotofabriken in Leverkusen einschließlich der Zweigwerke Windhagen und Mülheim (Ruhr) sowie in den bisherigen Bayer-Töchtern Perutz Photowerke GmbH, München, Leonar-Werke AG, Hamburg-Wandsbek, Mimosa GmbH, Kiel, Chemische Fabrik Vaihingen/Enz GmbH, Vaihingen/Enz, und der Koepff & Söhne GmbH, Heilbronn, die sämtlich mit der Agfa AG verschmolzen worden sind. Vgl. Geschäftsbericht Bayer, 1964, S. 79 f.

sind die Leitungsgremien, Vorstand und Verwaltungsrat der beiden Betriebsgesellschaften, mit denselben fünf deutschen und fünf belgischen Mitgliedern besetzt. Nur der Vorsitz wird bei der Agfa-Gevaert AG von einem Deutschen und bei der Gevaert-Agfa N.V. von einem Belgier eingenommen ¹⁾.

Obwohl die Agfa-Gevaert-Gruppe als Gemeinschaftsunternehmen konzipiert worden ist, wird dieses deutsch-belgische Weltunternehmen ein Eigenleben entwickeln. Das bewirkt allein die unterschiedliche Struktur der Partner. Sie haben sich zwar beide auf die Ausübung ihrer Holdingfunktionen beschränkt, doch ist festzuhalten, daß hinter dem belgischen Partner Publikumsaktionäre und hinter dem deutschen ein Weltunternehmen der chemischen Industrie steht. Die Agfa AG steht zu 91,5 vH im Besitz der Farbenfabriken Bayer AG als Organmutter und zu 8,5 vH in der Hand der Firma Boehringer & Söhne GmbH, Mannheim, die eine Dividendengarantie von Bayer erhalten hat. Um nicht in den Einflußbereich des Bayer-Konzerns zu gelangen, wird das Gemeinschaftsunternehmen der ungleichen Partner ein eigenständiges Willenszentrum entwickeln, um als der Welt zweitgrößter Konzern der Fotoindustrie eine selbständige Unternehmenspolitik zu betreiben.

2. Die Gemeinschaftsunternehmen

Das in der internationalen Konzernpolitik insbesondere in Europa anzutreffende Gemeinschaftsunternehmen ist mehr als Objekt denn als Subjekt der Unternehmenspolitik zu begreifen. Seine Partner stehen zueinander und zu dem Gemeinschaftsunternehmen in einem tatsächlichen

1) Vgl. Der Volkswirt, 20. Jg., 1966, S. 253 f.

oder potentiellen Konkurrenzverhältnis. Daher wird der Zweck des eigentlichen Gemeinschaftsunternehmens derart eng definiert, daß es bei der Erfüllung seiner betrieblichen Aufgaben keine eigene Unternehmenspolitik zu betreiben vermag. Internationale Gemeinschaftsunternehmen können im Heimatstaat eines oder beider Partner oder in einem Drittland begründet werden.

Als internationales Gemeinschaftsunternehmen, das im Sitzstaat eines der Partner betrieben wird, sei die Rheinische Olefinwerke GmbH, Wesseling (Köln), zitiert. An dem Stammkapital von 140 Mill. DM sind die Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen, und die Royal Dutch/Shell-Gruppe über die Deutsche Shell AG, Hamburg, paritätisch beteiligt. Das Unternehmen dient der großbetrieblichen Produktion von Erzeugnissen auf Erdölbasis nach verschiedenen Verfahren, welche die Partner entwickelt und dem Unternehmen zur Verfügung gestellt haben. Die Erzeugnisse werden von den Gesellschaftern fast vollständig zur Weiterverarbeitung oder zum Vertrieb übernommen ¹⁾.

Der relativ seltene Fall des Betriebs von Gemeinschaftsunternehmen in den Stammländern beider Partner ist mit den im Schallplattengeschäft tätigen Unternehmen Grammophon Gesellschaft mbH, Hamburg, und der N.V. Philips' Phonographische Industrie, Baarn, gegeben. Die Muttergesellschaften beider Firmen, die Siemens AG und die N.V. Philips Gloeilampenfabrieken, hatten im Jahre 1962 vereinbart, ihre Schallplatteninteressen in der Weise wirtschaftlich zusammenzufassen, daß sie sich gegenseitig hälftige Beteiligung -

1) Vgl. Geschäftsbericht BASF, 1965, S. 33; 1966, S. 44.

gen am gleichwertigen Gesellschaftskapital ihrer Töchter einräumten. Zur Erhaltung ihres akquisitorischen Potentials haben die Gemeinschaftsunternehmen Repertoire, Marken und Vertrieb in der bisherigen Form beibehalten ¹⁾.

Daß internationale Partner auch in Drittländern gemeinschaftlich zusammenarbeiten, sei an Hand eines Beispiels belegt, wonach sich die Farbwerke Hoechst AG im Jahre 1966 mit 50 vH an der Polymeerfabrieken Breda N.V., Breda, in den Niederlanden beteiligt hat. Der andere Partner ist die nordamerikanische Foster Grant Co. Inc. Das Unternehmen produziert Polystyrol, das unter dem Hoechster Markenzeichen Hostyren verkauft wird ²⁾.

3. Die ausländischen Zwischenholdings

Im Aufbau zahlreicher internationaler Konzerne spielt die Auslandsholding eine vielseitige Rolle. Sie hat die allgemeine Aufgabe, Auslandsbeteiligungen für ihre Muttergesellschaft zu halten und zu verwalten. Von wenigen Ausnahmen ³⁾ abgesehen hat sie ihren Sitz

1) Vgl. Geschäftsbericht Siemens, 1961/62, S. 62.

2) Vgl. Geschäftsbericht Hoechst, 1966, S. 40.

3) Als internationale Auslandsholding mit Sitz im Inland fungiert die Duco AG, Bergkamen, die sich als Organtochter in vollständigem Besitz der Schering AG, Berlin, befindet. Ihr obliegt die Verwaltung und Nutzung der gewerblichen Schutzrechte und die Beteiligung an ausländischen Produktions- und Vertriebsgesellschaften, welche im Geschäftsbereich der Muttergesellschaft tätig sind. Der Buchwert der von der Organtochter gehaltenen Auslandsbeteiligungen belief sich Ende 1965 auf 42,8 Mill. DM. In diesem Geschäftsjahr hatte die Organmutter einen Jahresverlust von 3,9 Mill. DM übernommen. Vgl. Geschäftsbericht Schering, 1965, S. 51 ff.

im Ausland. Die unterschiedliche Zwecksetzung der Auslandsholdings wird bereits an der Zusammensetzung ihres Beteiligungsportefeuilles sichtbar. Die danach zu unterscheidenden nationalen und internationalen Zwischenholdings stellen somit selbständige Untersuchungsobjekte dar.

a) Die nationalen Auslandsholdings

Die Einschaltung nationaler Zwischenholdings gibt dem internationalen Konzern einen dreistufigen Aufbau. Der besondere Zweck dieser Holding kann darin liegen, die Vorteile aus dem Pagodenprinzip wahrzunehmen, wonach in ihrer Stufe außenstehende Gesellschafter an der Konzernfinanzierung beteiligt werden. Damit verringert sich der konzerneigene Kapitaleinsatz zur Beherrschung des nationalen Konzernzweigs. Der organisatorische Vorteil der Holding ergibt sich aus dem Bedürfnis, den nationalen Konzernteil betreffende rechtliche und wirtschaftliche Sonderfragen einheitlich und an Ort und Stelle zu regeln. In der zentralen Wahrnehmung derartiger Funktionen entwickelt sich die Holding zu einer weitgehend selbständigen Spitze des nationalen Konzernzweigs ¹⁾. Im Gegensatz zur internationalen braucht die nationale Zwischenholding sich nicht auf die Holdingfunktion zu beschränken. Eine eigene betriebliche Tätigkeit erhöht ihr Gewicht im nationalen Unterkonzern. Daß seine Bildung nicht zuletzt das Ergebnis der nationalen Steuergesetzgebung ist, braucht

1) Vgl. Witthöfft, Gerhard, Internationale Konzerne, aaO, Sp. 334o.

hier nicht weiter ausgeführt zu werden ¹⁾.

Zunächst mag das Beispiel eines in der Bundesrepublik Deutschland tätigen nationalen Unterkonzerns zitiert werden, der seinen Ausgang aus einer Betriebsgründung genommen hat. Es handelt sich um den Konzern der Felten & Guilleaume Carlswerk AG, Köln-Mülheim, deren Kapital zu 67 vH in der Hand des ARBED-Konzerns liegt ²⁾. An diesem, bereits im Jahre 1826 als Hanfseilerei gegründet und im Jahre 1899 nach dem heutigen Namen benannten Unternehmen hat sich der ausländische Groß-

1) Vgl. hierzu Bühler, Ottmar, Die steuerliche Beeinflussung der Unternehmenskonzentration im Ausland (Frankreich, Niederlande, Belgien, Österreich, Schweiz, Großbritannien und USA), in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/II, Berlin 1960, S. 1167 ff.; Mennel, Annemarie, Die Steuersysteme in den sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone und in den Vereinigten Staaten von Amerika, Herne/Berlin 1964; dieselbe, Internationaler Vergleich der Besteuerung verflochtener Gesellschaften, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters, 12.Jg., 1966, S. 289 ff.

2) Der ARBED-Konzern (Aciéries Réunies de Burbach-Eich-Dudelange S.A., Luxemburg) gilt als einer der führenden Stahlkonzerne Europas. Er betätigt sich im Erz- und Kohlenbergbau, der Stahlerzeugung und Metallverarbeitung sowie der Baustoffherzeugung und anderen Bereichen. Bei Felten & Guilleaume sind jedoch nicht sämtliche deutschen Interessen des Luxemburger Konzerns zusammengefaßt. So bestehen unter anderen noch direkte Beteiligungen an der Eschweiler Bergwerks-Verein, Kohlscheid, Aachen (95,6 vH) und der "Brohtal" A.-G. für Stein- und Tonindustrie, Burgbrohl, Andernach (33,3 vH) mit Grundkapitalien von 126 und 18 Mill. DM. Das Grundkapital von Felten beträgt 112 Mill. DM. Vgl. Commerzbank (Hrsg.), Wer gehört zu Wem, aaO.

aktionär erst im Jahre 1920 mehrheitlich beteiligt. Heute ist Felten das größte Unternehmen der deutschen Kabelindustrie. Es verfügt über zahlreiche direkte und indirekte Beteiligungen in der Kabel- und Elektroindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Weiterverarbeitung, womit noch nicht alle Tätigkeitsbereiche genannt sind. Die mit fast 100 Mill. DM in der Bilanz 1965 bewerteten Beteiligungen erstrecken sich nicht nur auf das Bundesgebiet, sondern auch auf das Ausland, dessen Anteil jedoch gering ist ¹⁾. Die damit dokumentierte Zentralisation des deutschen Beteiligungsbesitzes ermöglicht insbesondere die Wahrnehmung der Vorteile des steuerlichen Organschafts- und Schachtelprivilegs innerhalb der bundesdeutschen Staatsgrenzen.

Als wohl einziger deutscher Großkonzern mit internationaler Betätigung berichtet die Farbwerke Hoechst AG bereits in ihrem Geschäftsbericht 1960 über eine nationale Zwischenholding, die nordamerikanische Intercontinental Chemical Corporation, New York. Die Interessen der ICC beschränken sich auf die USA und dienen der Verbreiterung der dortigen Absatzbasis ²⁾. Im Jahre 1961 wurde die Intercontinental Chemical Corporation in American Hoechst Corporation (AHC), New York, umbenannt ³⁾ und zum 1. Januar 1965 durch Ver-

1) Vgl. Geschäftsbericht Felten, 1965, S. 15 ff.; Deutsche Bank AG (Hrsg.), Ausarbeitungen über deutsche Gesellschaften, aaO, Juni 1966.

2) Von den durch Hoechst bis Ende 1960 im Ausland investierten 157 Mill. DM entfielen 64 Mill. DM auf die kanadische (internationale) Holding TACL (vgl. Seite 418 dieser Arbeit), 42 Mill. DM auf die USA-Holding ICC und 51 Mill. DM auf direkt von der Mutter gehaltene Produktions- und Vertriebsbeteiligungen. Vgl. Geschäftsbericht Hoechst, 1960, S. 23 f.

3) Vgl. Geschäftsbericht Hoechst, 1961, S. 32.

schmelzung mit ihren bisherigen Tochtergesellschaften Hostachem Corporation, Hoechst Chemical Corporation und Carbic Hoechst Corporation in eine Betriebsgesellschaft umgewandelt. Die übrigen nordamerikanischen Beteiligungen sind bei der seither gemischten Holding verblieben, bis im Jahre 1966 auch die rechtlich selbstständigen Tochtergesellschaften für Arzneimittel und veterinärmedizinische Produkte im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme auf die AHC übergegangen sind, um als Betriebsabteilungen weitergeführt zu werden ¹⁾.

Auch in anderen Ländern hat Hoechst seine Interessen in nationalen Zwischenholdings zusammengefaßt. Zu erwähnen sind die der zentralen Steuerung dienenden Gesellschaften Hoechst U.K. Ltd. in Großbritannien ²⁾, die Hoechst Austria GmbH in Österreich ³⁾ und die Hoechst Danmark A/S. in Dänemark ⁴⁾.

b) Die internationalen Auslandsholdings

Im Gegensatz zur nationalen Auslandsholding verfügt die internationale Zwischenholding über ein international zusammengesetztes Beteiligungsportefeuille. Da es nicht ihr Zweck ist, außenstehende Gesellschafter an der Konzernfinanzierung zu beteiligen, befindet sie sich im ausschließlichen Besitz der Konzernmutter oder einer anderen internationalen Auslandsholding. Überdies obliegt es ihr auch nicht, sich

1) Vgl. Geschäftsbericht Hoechst, 1964, S. 37; 1966, S. 41.

2) Vgl. Geschäftsbericht Hoechst, 1965, S. 40.

3) Vgl. Geschäftsbericht Hoechst, 1966, S. 40 f.; Handelsblatt vom 14. Dezember 1966, Nr. 239, S. 10.

4) Vgl. Geschäftsbericht Hoechst, 1966, S. 40.

betrieblich zu betätigen und als Muttergesellschaft für eine einheitliche Geschäftspolitik der ihr unterstellten Beteiligungen zu sorgen. Die einheitliche Leitung geht vielmehr von den Koordinierungsausschüssen der Konzernspitze und in bestimmten Fragen von den nationalen Obergesellschaften aus ¹⁾.

Die Aufgaben der internationalen Zwischenholding liegen vorwiegend im vermögenswirtschaftlichen, insbesondere im finanzwirtschaftlichen Bereich ²⁾. Nach Überstellung der hierfür erforderlichen Mittel durch die Muttergesellschaft, die vornehmlich in Beteiligungen und gewerblichen Schutzrechten bestehen, übernimmt die Holding die Funktionen der internationalen Kapital-, Finanzierungs- oder Investitionsdrehscheide ³⁾. Sie hat Finanzierungsüberschüsse bestimmter Beteiligungsgesellschaften zu mobilisieren, um sie den Konzernmitgliedern mit dem jeweils dringendsten Kapital-

1) Die führungstechnische Arbeitsteilung zwischen der Muttergesellschaft und den internationalen Zwischenholdings zeigt sich darin, daß die Mutter die betriebliche Zusammenarbeit der in- und ausländischen Konzernglieder koordinieren und durch Lieferbeziehungen festigt, wohingegen den Holdings die finanzwirtschaftliche Steuerung ihres Konzernbereichs obliegt. Als finanzwirtschaftliche Clearingstellen können die internationalen Holdings auch in der Geschäftsvermittlung tätig sein. Vgl. Bühler, Ottmar, Prinzipien des internationalen Steuerrechts, aaO, S. 110 f.

2) Die Basisgesellschaft kann außer Beteiligungen auch rechtlich unselbständige Betriebsstätten sowie Grundstücke, Wertpapiere und Kredite verwalten, Darüberhinaus kann sie Patente verwerten und bestimmte Dienstleistungsfunktionen für eigene oder fremde Rechnung wahrnehmen, die auch den Ein- oder Verkauf umfassen. Vgl. Hollätz, Günter, Auslandsbeziehungen in steuerlicher Sicht - zugleich ein kritischer Beitrag zum Steueroasenbericht der Bundesregierung, in: Die Aktiengesellschaft, 10. Jg., 1965, S. 40.

3) Vgl. Debatin, Helmut, Die internationalen Basisgesellschaften, in: Deutsche Steuerzeitung, 52. Jg., 1964, S. 9 ff.

bedarf zuzuführen. Im internationalen Ausbau ihrer Konzerne haben sich vor allem die Amerikaner der internationalen Zwischenholding (basecompany) in zahlreichen Niedrigsteuerrändern bedient ¹⁾. Im nationalen Konzern wird die wichtige Funktion der finanziellen Steuerung der Unternehmensgesamtheit durch die Mutter wahrgenommen. Steuerlich befähigen sie die Institutionen der Organschaft und des Schachtelprivilegs hierzu. Sie kompensieren die Nachteile der Konzernorganisation gegenüber dem rechtseinheitlich geführten Unternehmen im Inland. Beginnt der deutsche Konzern aber, sich auch im Ausland zu betätigen, zwingt das deutsche Außensteuerrecht die Muttergesellschaft, die finanzielle Steuerung der Auslandsorganisation auf internationale Zwischenholdings zu übertragen, um steuerliche Wettbewerbsnachteile gegenüber der internationalen Konkurrenz auszugleichen.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört einerseits zu den Industriestaaten mit dem höchsten Steuerniveau, andererseits aber zu den Ländern, deren Außensteuerrecht ungenügend ausgebaut ist. So wird nicht nur die für die Besteuerung der Auslandserträge wichtige Steueranrechnung gemäß § 34 c EStG im internationalen Vergleich sehr eng gefaßt. Auch die steuerliche Entwicklungshilfe beschränkt sich in der Förderung von Kapitalanlagen im Ausland auf unzureichende Tatbestände ²⁾. Darüberhinaus fehlt ein über die Grenzen

1) Ende 1960, als die deutschen Konzerne darangingen, internationale Holdings in den Konzernaufbau einzubeziehen, unterhielten die amerikanischen Unternehmen bereits 2 894 "basecompanies", von denen allein 638 in Liberia, 569 in Panama, 517 in der Schweiz, 405 in Kanada, 105 auf den Bahama-Inseln und 86 in Venezuela domizilierten. Vgl. Bühler, Ottmar, Prinzipien des internationalen Steuerrechts, aaO, S. 108.

2) Vgl. Näheres zur steuerlichen Entwicklungshilfe auf Seite 429 ff. dieser Arbeit.

reichendes Schachtelprivileg, das Länder wie Frankreich, die Niederlande, die Schweiz, Kanada oder Südafrika kennen, obwohl sie sich durch unterschiedlich hohe Steuerniveaus auszeichnen. Da in Belgien, Italien und Großbritannien auf Grund anderer Steuersysteme die Dividenden ohnehin nicht doppelt belastet werden, ist ein internationales Schachtelprivileg für diese Länder gegenstandslos. Im Außensteuerrecht der USA tritt an die Stelle des internationalen Schachtelprivilegs ein großzügiger als im § 34 c EStG gehandhabtes Steueranrechnungsverfahren. Ein bilateral vereinbartes, zumeist aber nur auf zwischenstaatliche Beziehungen beschränktes, Schachtelprivileg sehen nur wenige der mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen vor ¹⁾.

Das deutsche Außensteuerrecht kennt auch nicht das Institut der inländischen Basisgesellschaft, die Investition und Gewinnerzielung im Ausland unter bestimmten Voraussetzungen begünstigt. Eine derartige Einrichtung kannte Kanada bis 1959 mit der "Foreign Business Company". Ihr vergleichbar ist die 1965 wieder abgeschaffte "Overseas Trade Corporation" in Großbritannien und bestimmte Gesellschaftstypen in Belgien, Frankreich und den Niederlanden ²⁾.

1) Vgl. Hollatz, Günter, Auslandsbeziehungen in steuerlicher Sicht, aaO, S. 34 f.; Näheres zur bilateralen Regelung des Schachtelprivilegs über die Grenze bei Vogel, Horst, Zur steuerlichen Behandlung zwischenstaatlicher Kapitalinvestitionen..., aaO, S. 28 f. und 48 ff.

2) Haas, Gerhard, Die Basisgesellschaft - Manipulations- oder Integrationsform?, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 9. Jg., 1963, S. 65 ff.

Auch die geringe Zahl der zudem auf wenige Tatbestände beschränkten deutschen Doppelbesteuerungsabkommen gleicht die genannten Nachteile nicht aus ¹⁾. Solange sie in wichtigen Landesbeziehungen noch auf sich warten lassen, unterliegt der inländische Steuerpflichtige hinsichtlich seines Welteinkommens und -vermögens der totalen Besteuerung nach dem Wohnsitzprinzip. Demgegenüber wenden zahlreiche Länder nach dem Territorialprinzip nur die Quellenbesteuerung an ²⁾.

Die Nachteile des deutschen Außensteuerrechts veranlassen die deutschen Konzerne, in den Ausbau ihrer Auslandsorganisation internationale Zwischenholdings einzuschalten. Die steuerliche Wirksamkeit der Holdinggründung besteht einerseits darin, sich der Doppelbesteuerungs-Brücken zu Drittstaaten zu bedienen ³⁾.

1) Ende 1965 bestanden nur mit 19 Ländern allgemeine, anwendbare Doppelbesteuerungsabkommen. Weitere drei waren unterzeichnet, aber noch nicht rechtskräftig und im langwährenden Verhandlungsstadium befanden sich derartige Abkommen mit 21 Ländern. Vgl. o. Verf., Übersicht über den Stand und die Entwicklung des Doppelbesteuerungsrechtes, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 11. Jg., 1965, S. 312 ff.; Ende 1966 bestanden Doppelbesteuerungsabkommen mit 21 Staaten. Neben den wichtigsten Industrieländern sind die Entwicklungsländer Ägypten, Ceylon, Indien und Pakistan Vertragspartner der Bundesrepublik Deutschland. Vgl. Rädler-Raupach, Deutsche Steuern bei Auslandsbeziehungen, aaO, S. 6.

2) Vgl. Hollatz, Günter, Auslandsbeziehungen in steuerlicher Sicht, aaO, S. 36.

3) Die finanzwirtschaftliche Bedeutung von Doppelbesteuerungs-Brücken für deutsche Konzerne sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß von den 500 bilateralen Abkommen der Welt nur 20 mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossene Vereinbarungen bestehen (Ende 1963). Vgl. Bühler, Ottmar, Prinzipien des internationalen Steuerrechts, aaO, S. 1.

Andererseits rechtfertigt sich die Holdinggründung in den Fällen, da zwischen dem Inland und dem Domizilland ein Doppelbesteuerungsabkommen besteht, welches den Gewinntransfer ins Inland steuerlich begünstigt oder befreit ¹⁾. Besteht aber zwischen dem Inland und dem Basisland kein Doppelbesteuerungsabkommen, so dient die Holding im Niedrigsteuerland (tax-shelter, tax-haven) der Gewinnakkumulation.

Die Gewinnakkumulation setzt voraus, daß einbehaltene Gewinne in dem betreffenden Land steuerfrei oder steuerbegünstigt sind. Diese Voraussetzung erfüllt bspw. die Schweiz als Basisland ²⁾. Die an die dortige Holding gehenden Ausschüttungen stärken ihr Eigenkapital, solange die Mutter darauf verzichtet, Dividenden von ihr zu beziehen. Der Vorteil, die Gewinne bei gleichen Bedingungen in der Holding statt in den ausländischen Produktions- und Vertriebsgesellschaften

1) Vgl. Hollatz, Günter, Auslandsbeziehungen in steuerlicher Sicht, aaO, S. 36; Vogel, Horst, Zur steuerlichen Behandlung zwischenstaatlicher Kapitalinvestitionen..., aaO, S. 73. Wie später zu zeigen ist, bevorzugen die deutschen Konzerne als Domizilstaaten für ihre Auslandsholdings die Schweiz, Kanada und Luxemburg. Zwischen diesen Ländern und der Bundesrepublik Deutschland bestehen Doppelbesteuerungsabkommen.

2) Nach dem derzeit gültigen deutsch-schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommen hat eine in der Schweiz gegründete Holding in der Rechtsform der GmbH noch den Vorteil, daß ihre mit 30 vH zu belegenden Ausschüttungen (3vH Couponabgabe und 27 vH Verrechnungssteuer) in der Bundesrepublik Deutschland nicht noch einmal der Besteuerung unterliegen. Vgl. Haas, Gerhard, Steuerillusionen und Wirtschaftlichkeit einer Auslandsholding in: Neue Betriebswirtschaft, 14. Jg., 1961, S. 171 ff. Demgegenüber ist festzuhalten, daß die deutschen Konzerne ihre Holdings zumeist in der Rechtsform der Aktiengesellschaft gründen, welche nicht die gleichen Privilegien wie die GmbH genießt. Vgl. Hollatz, Günter, Auslandsbeziehungen in steuerlicher Sicht, aaO, S. 37.

zu thesaurieren, liegt lediglich in der übergeordneten Gewinn disposition ¹⁾.

Daß die Holding die Funktion der Kapitaldrehscheibe wahrnehmen kann, setzt einen möglichst großen Kreis von Unternehmen in Ländern voraus, deren außenwirtschaftliche Bestimmungen den freien Gewinntransfer gestatten ²⁾. Andererseits besteht bei Konzernunternehmen mit außenstehenden Gesellschaftern ein weitgehender Zwang zur Gewinnausschüttung. In diesen Unternehmen wird der Dispositionsspielraum der Konzernführung hinsichtlich der Gewinnermittlung und Gewinnverwendung eingeengt, so daß es vorteilhafter ist, die Dividenden auszuschütten wie sie anfallen, um sie in einer höheren und gänzlich konzerneigenen Ebene zu thesaurieren.

Da die in der Holding einbehaltenen Gewinne nicht oder nur gering zu versteuern sind, kann der weitere Ausbau der Auslandsorganisation mit dem Eigenkapital der Holding finanziert werden, indem es für den Beteiligungserwerb eingesetzt oder darlehensweise an konzerneigene Unternehmen weitergegeben wird. Der eigentliche steuerliche Effekt der Gewinnakkumulation geht jedoch nicht von den Dividenden-, sondern den Zinseinnahmen für gewährte Darlehen aus. Auch sie bleiben ertragsteuerfrei, solange sie nicht ausgeschüttet werden. Liehe die deutsche Mutter das Kapital direkt an ihre Auslandsgesellschaften aus, hätte sie

1) Vgl. Haas, Gerhard, Steuerillusionen und Wirtschaftlichkeit einer Auslandsholding, aaO, S. 171.

2) Vgl. derselbe, Besteuerung und Arbitrage von Auslandsgewinnen, in: Neue Betriebswirtschaft, 15. Jg., 1962, S. 127.

die erhaltenen Zinsen zu versteuern. Verzichtet sie aber auf die Verzinsung ihrer Darlehen, so erhöht sich der von den ausländischen Betriebsgesellschaften zu versteuernde Gewinn. Das verdeutlicht das Interesse der Mutter, eine internationale Zwischenholding als "vehicle for expansion" in den Aufbau der Auslandsorganisation einzuschalten und zwischenzeitlich auf die Einnahme originärer und derivativer Beteiligungserträge (Dividenden und Zinsen) zu verzichten ¹⁾.

Der mit dem Steueraufschub (tax deferring) zu begründende Akkumulationseffekt verstärkt sich analog dem Zinseszinsseffekt mit zunehmender Dauer des Ausschüttungsverzichts. Darüberhinaus gestattet die durch Selbstfinanzierung verbreiterte Eigenkapitalsbasis der Holding, Fremdkapital zur Finanzierung der Auslandsorganisation aufzunehmen. Auf eine Repatriierung der Gewinne wird vorläufig verzichtet, da sie bei Einbehaltung oder Ausschüttung durch die Mutter der Besteuerung unterliegen und damit der konzernpolitischen Verfügungsmacht größtenteils entzogen werden.

Mit der Einschaltung internationaler Zwischenholdings sind jedoch auch Nachteile verbunden. So bewirkt die Gründung und Verwaltung der Holding zusätzliche Kosten, Gebühren und Steuern. Die Übertragung inlän-

1) Vgl. Haas, Gerhard, Internationale Steuerlehre - ein Wissen um unternehmerische Möglichkeiten, aaO, S. 99 sowie das ebenfalls von Haas durchgeführte Zahlenbeispiel, in dem unterschiedliche Resteigenkapitalien bei direkter Ausschüttung an die deutsche Mutter, Direktakkumulation in inländischen Betriebsgesellschaften und mittelbarer Gewinnakkumulation in der Holding nachgewiesen werden. Vgl. Haas, Gerhard, Steuerillusion und Wirtschaftlichkeit einer Auslands-
holding, aaO, S. 171.

discher Wirtschaftsgüter, denen auch die Beteiligungen an Auslandsgesellschaften zuzurechnen sind, auf ausländische Konzernglieder führt nicht nur im Inland, sondern bei ihrer Repatriierung auch im Ausland zu einer zwischenzeitlichen steuerlichen Gewinnrealisierung. Die Steuererleichterungen des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes können bei Zwischenschaltung von Holdings nicht wahrgenommen werden. Darüberhinaus entfällt die Möglichkeit der Teilwertabschreibung direkt gehaltener Beteiligungen bei nachhaltigen Verlusten. Der Verlustausgleich tritt dann bereits im Holdingbereich, jedoch ohne steuerliche Wirkung, ein. Muß die Muttergesellschaft auf die Einnahmen aus dem Auslandsbereich zurückgreifen, können die Dividendenrouten von den ausländischen Betriebsgesellschaften über die Holding teurer werden als bei direktem Gewinntransfer. Dieser Nachteil wirkt sich schwerwiegend aus, wenn zwischen dem Basisland und dem Niederlassungsland keine Doppelbesteuerungsabkommen bestehen. Gibt es solche aber zwischen dem Niederlassungsland und der Bundesrepublik Deutschland, so gehen die hierin vorgesehenen Vorteile bei Holdingeinschaltung verloren. Diese Neutralisierung wird zum Nachteil, wenn der Basisstaat keine Doppelbesteuerungsabkommen mit dem Niederlassungsland und der Bundesrepublik Deutschland hat ¹⁾. Als Standorte für Holdinggründungen kommen etwa 40 Niedrigsteuerländer (base countries) in Betracht ²⁾. Diese sich in geographischer, politischer und wirtschaftlicher Sicht stark voneinander unterscheidenden Staaten und Staatsgebilde lassen sich hinsichtlich der Art der gewährten Steuervorteile in drei Gruppen

1) Vgl. Hollatz, Günter, Auslandsbeziehungen in steuerlicher Sicht, aaO, S. 40 f.

2) Vgl. Haas, Gerhard, Steuerillusionen und Wirtschaftlichkeit einer Auslandsholding, aaO, S. 169.

untergliedern. So gibt es Länder, welche nur die reine Holdinggesellschaft privilegieren, Staaten, die lediglich ausländische Einkommen begünstigen und Länder, die auf jegliche Einkommensbesteuerung verzichten.

Das Holdingprivileg wird von der Schweiz, Lichtenstein, Luxemburg, Uruguay und den niederländischen Antillen gewährt. Beschränkt sich der Zweck der in diesen Ländern domizilierenden Gesellschaften darauf, Beteiligungen an anderen Unternehmen zu halten und andere Vermögenswerte zu verwalten und Kredite wie Lizenzen im Sinne einer Nebentätigkeit zu gewähren, so gelten sie als Holding-, Basis- oder Domizilgesellschaften. Insbesondere in Luxemburg und Uruguay dürfen sie sich nicht wirtschaftlich betätigen. Bei der Inanspruchnahme des schweizerischen "Domizilprivilegs" ist es den Gesellschaften einiger Kantone nicht einmal gestattet, eigene Büros zu unterhalten. Sie können nur als "Briefkastengesellschaften" existieren. Die Erträge der privilegierten Holdings bleiben völlig steuerfrei. Nur in den niederländischen Antillen wird eine ermäßigte Ertragsteuer erhoben. Lediglich in Lichtenstein und der Schweiz unterliegen die Gewinnausschüttungen der sog. Couponsteuer in Höhe von 3 vH. Dagegen wird in allen Ländern eine nach unterschiedlichen Kriterien bemessene Kapitalsteuer erhoben ¹⁾.

1) Vgl. Näheres zu den steuer- und gesellschaftsrechtlichen Besonderheiten der die Holdinggesellschaft privilegierenden Länder bei von Beringe, Harald, Recht und Besteuerung der Holding- und Basisgesellschaften in den Steueroasenländern, in: Der Betrieb, 19. Jg., 1966, S. 180 f.; Näheres zu den schweizerischen Holding-, Domizil-, Sitz- und Hilfsgesellschaften bei Bianchi, Silvio, Holdinggesellschaften und ähnliche steuerbegünstigte Gesellschaften in der Schweiz, in: Der Betrieb, 14. Jg., 1961, S. 820 ff.

Ein anderes Instrument der konzerninternen Gewinnarbitrage ist die "foreign business corporation" ¹⁾. Im Gegensatz zu den im Inland getätigten Geschäften lösen ihre Erträge aus dem Ausland keine Steuerpflicht aus. Das von den Ländern Haiti, Liberia, Panama und Venezuela angewandte Territorialprinzip trifft hinsichtlich der ausländischen Einkunftsarten keine Unterscheidungen. Außer Dividenden und Zinsen können in unbegrenzter Höhe Erträge aus Lizenzgewährungen und Dienstleistungen steuerfrei vereinnahmt und für Neuinvestitionen bereitgestellt werden. Es fallen nicht einmal Kapitalgewinnsteuern an ²⁾.

Als die letzten echten "Steuerroasen" gelten die Inselgruppen der Bahamas und Bermudas. In diesen Staaten herrscht völlige Steuerfreiheit. Ihr liberales und flexibles Gesellschaftsrecht erleichtert die Errichtung und Führung von Basisgesellschaften ³⁾. Die "base corporation" kann sich im Unterschied zur vorgenannten "foreign business corporation" auch im Domizilland wirtschaftlich betätigen, ohne die Inlandserträge versteuern zu müssen ⁴⁾.

1) Vgl. Haas, Gerhard, Internationale Steuerlehre - ein Wissen um unternehmerische Möglichkeiten, aaO, S. 100; Vogel, Horst, Zur steuerlichen Behandlung zwischenstaatlicher Kapitalinvestitionen, aaO, S. 82 ff.

2) Näheres zu den steuer- und gesellschaftsrechtlichen Besonderheiten der "foreign business corporations" in den genannten Ländern bei von Beringe, Harald, Recht und Besteuerung der Holding- und Basisgesellschaften in den Steuerroasenländern, aaO, S. 178 ff.

3) Derselbe, S. 177 f.

4) Vgl. Haas, Gerhard, Internationale Steuerlehre - ein Wissen um unternehmerische Möglichkeiten, aaO, S. 100.

Die Wahl von Holdingtyp und Domizilland hängt von der eigentlichen wirtschaftlichen Zwecksetzung der Holdinggründung ab. Nicht zuletzt im Interesse ihrer steuerlichen Anerkennung muß die Auslandsholding "good business reasons" aufweisen. Ihre Errichtung muß wirtschaftlich und nicht-steuerlich zu begründen sein. Wie oben bereits dargelegt, gilt als wirtschaftliches Motiv die Wahrnehmung echter Konzernfunktionen durch die Holding, die allein in der Beherrschung und Überwachung einer Mehrzahl von Unternehmen bestehen kann ¹⁾. Holdinggründungen in der Schweiz oder Luxemburg können den Zweck haben, Eigen- oder Fremdkapital zu günstigen Bedingungen für die Finanzierung der Auslandsorganisation aufzunehmen ²⁾.

1) Vgl. Haas, Gerhard, Steuerillusionen und Wirtschaftlichkeit einer Auslands-Holding, aaO, S. 170.

2) Auch die politische und wirtschaftliche Stabilität, ein liberales, aber ausgebautes Handels- und Gesellschaftsrecht, Devisen- und Niederlassungs- wie Patent- und Lizenzrecht und nicht zuletzt die Vermögenssicherung im Falle internationaler Auseinandersetzungen können als "good business reasons" gelten. Vgl. Hollatz, Günter, Auslandsbeziehungen in steuerlicher Sicht, aaO, S. 37. Nicht nur das amerikanische, sondern auch das deutsche Steuerrecht verlangt zur Anerkennung von Gesellschaftsgründungen das Vorliegen "echter wirtschaftlicher Bedürfnisse". Vgl. Deutsche Bundesregierung, Bericht über "Wettbewerbsverfälschungen, die sich aus Sitzverlagerungen in das Ausland und aus dem zwischenstaatlichen Steuergefälle ergeben (Steueroasenbericht)" vom 23. Juni 1964, Bundestagsdrucksache IV/2412 sowie den sog. Oasen-Erlaß der Länderfinanzminister, BStBl. 1965 II, S. 74.

In s t e u e r l i c h e r Hinsicht interessiert bei der Wahl des Domizillandes nicht nur sein (niedriges) Steuerniveau, sondern auch die Problematik der Steuerzuweisung. Sie ergibt sich, wie bereits dargelegt, aus dem Bestehen oder Fehlen von Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Heimat- und Basisland sowie zwischen letzterem und den Niederlassungsländern ¹⁾. Als Schwerpunktländer für Holdinggründungen kristallisieren sich die Niedrigsteuerländer heraus, zu denen bestimmte Niederlassungsländer nach Steuergefälle und Steuerzuweisung in einem optimalen Verhältnis stehen. Auf Grund der Vielfalt der Entscheidungskriterien allein zur Beurteilung von Steuerzuweisung und Steuergefälle ergibt sich für internationale Konzerne und Niederlassungen in zahlreichen Ländern die Notwendigkeit, zugleich zwei oder alle drei Holdingtypen einzuschalten oder miteinander zu verflechten ²⁾. Damit wird ein möglichst großer Kreis

1) Besteht zwischen dem Basisland und der Bundesrepublik Deutschland kein anwendbares Doppelbesteuerungsabkommen (bspw. mit den Bahamas, Lichtenstein oder Panama), so wird auch eine rechtlich selbständige Auslandsgesellschaft wie eine unbeschränkt steuerpflichtige deutsche Gesellschaft behandelt, wenn sich ihre tatsächliche Geschäftsleitung in Deutschland befindet oder als inländische angesehen wird. Dann liegt nach § 15 Abs. 2 StAnpG eine ausländische Organgesellschaft vor.

Besteht dagegen ein anwendbares Doppelbesteuerungsabkommen wie mit der Schweiz oder Kanada, so kann ein Organverhältnis bei sonst gegebenen Voraussetzungen nicht angenommen werden. Das liefe dem Prinzip der Betriebsstättenbesteuerung zuwider, es sei denn, der tatsächliche Ort der Geschäftsleitung der Auslandsgesellschaft befindet sich im deutschen Inland. Vgl. Haas, Gerhard, Steuerillusionen und Wirtschaftlichkeit einer Auslands holding, aaO, S. 169 f.

2) Vgl. Haas, Gerhard, Internationale Steuerlehre - ein Wissen um unternehmerische Möglichkeiten, aaO, S. 99 f.

von Auslandsgesellschaften der Produktion, der Beschaffung und des Absatzes in die internationale Steuerarbitrage einbezogen.

Bei den deutschen Konzernen mit publizitätspflichtiger Spitze, die auch über den Ausbau ihrer Auslandsorganisation berichten, ist eine umfassende Reorganisation im Auslandsbereich festzustellen. Die zunächst meist direkt erworbenen Auslandsbeteiligungen wurden zu Beginn der sechziger Jahre zunehmend auf internationale Zwischenholdings übertragen. Dieser Vorgang dokumentiert sich in den Beteiligungskonten der Inlandsgesellschaften in laufenden Abgängen, denen Zugänge in der Höhe gegenüberstehen, in der Beteiligungen und andere Vermögenswerte als Einlagen bei der Gründung und Kapitalerhöhung in die Auslands-
holdings eingebracht worden sind ¹⁾.

Bei der Errichtung internationaler Investitionsdreh-scheiben gaben die deutschen Konzerne solchen Domizilländern den Vorzug, mit denen Doppelbesteuerungsabkommen bestehen ²⁾, die das Holdingprivileg gewähren und zugleich den Zugang zu außerdeutschen

1) Es braucht nicht näher ausgeführt zu werden, daß die Übertragung direkt gehaltenen Beteiligungsbesitzes auf ausländische Holdinggesellschaften die Konzernpublizität erheblich beeinträchtigt.

2) Mit der Schweiz, Luxemburg und Kanada bestehen zur Zeit anwendbare Doppelbesteuerungsabkommen. Vgl. o. Verf., Übersicht über den Stand und die Entwicklung des Doppelbesteuerungsrechtes, aaO, S. 312.

Kapitalmärkten eröffnen. Schweizerische ¹⁾ und neuerdings luxemburgische ²⁾ Zwischenholdings sind daher in fast jedem größeren Konzern mit nennenswerter Auslandstätigkeit zu finden. Überseeische Holdings werden seltener in den Konzernausbau eingeschaltet. Sie domizilieren vornehmlich in Kanada ³⁾ und den niederländischen Antillen (Curaçao).

1) In der Schweiz gab es Ende 1964 6 840 Holdinggesellschaften mit einem Nennkapital von 7,4 Mrd. sfrs und eine ebenso große Anzahl von Hilfsgesellschaften der Vermögensverwaltung und Verfahrensverwertung. Ein knappes Drittel sämtlicher Firmen lag in ausländischer Hand. Etwa 2 000 Gesellschaften wurden von deutschen Unternehmen und Privatpersonen beherrscht.

Seit Mitte 1965 ist der Bestand des deutsch-schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommen gefährdet, da der deutsche Steuerfiskus die vermeintlichen Einnahmeausfälle nicht länger hinzunehmen bereit ist. Entweder sollten die schweizerischen Töchter deutscher Unternehmen unter Anwendung des § 15 Abs. 2 StAnpG als Organe der deutschen Muttergesellschaften behandelt werden oder man wollte auf die in den USA angewandte Methode der Steueranrechnung übergehen. Vgl. van den Wyenbergh, Wolfram, Bleibt die Schweiz eine Steueroase?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Oktober 1966, Nr. 235, S. 16.

2) Die Zahl der luxemburgischen Holdinggesellschaften ist seit der Gewährung des Holdingprivilegs im Jahre 1929 bis Ende 1964 auf etwa 1 500 angewachsen und erhöht sich alljährlich um etwa einhundert. Das Nennkapital dieser Gesellschaften hat sich in den Jahren 1962 bis 1964 auf 22 Mrd. lfrs (1,75 Mrd. DM) verdoppelt, nachdem sich herausgestellt hatte, daß Luxemburg über einen sehr ergiebigen Kapitalmarkt verfügt. Vgl. Karrasch, Horst, Die Steueroase der EWG ist Luxemburg, in: Handelsblatt vom 27. Januar 1965, Nr. 18, S. 3.

Der "Auslegungserlaß" zum luxemburgischen Holdinggesetz, den das luxemburgische Finanzministerium im September 1965 herausgegeben hat, hat eine neue Welle von Holdinggründungen ausgelöst. Bis zur Gültigkeit des Erlasses durften die Holdings nur im Interesse ihrer eigenen Beteiligungen handeln. Nunmehr können sie auch finanzwirtschaftliche Transaktionen für ihre Muttergesellschaften einschließlich der mit diesen verbundenen Unternehmen durchführen. Vgl. Handelsblatt vom 9. Februar 1966, Nr. 27, S. 10.

3) Die Neugründung steuerlich privilegierter "foreign business corporations" nach der Section 71 des kanadischen Einkommensteuergesetzes ist seit dem 10. April 1959 nicht mehr möglich. Vgl. von Beringe, Harald, Recht und Besteuerung der Holding- und Basisgesellschaften in den Steueroasenländern, aaO, S. 177.

Die Berichterstattung über den Ausbau der Auslandsorganisation ist bei den deutschen Konzernen umso ausführlicher, je bedeutsamer ihr Auslandsgeschäft ist. An Hand der Darlegungen einiger wichtiger Konzerne sei aufgezeigt, welche Rolle die internationalen Zwischenholdings im Auf- und Umbau ihrer Auslandsorganisation spielen. Dabei werden zugleich die strukturbedingten Parallelen und Unterschiede ihrer Konzernpolitik sichtbar.

Nachdem das Haus Siemens einen Teil seiner zahlreichen Auslandsbeteiligungen nach dem Kriege direkt zurückerworben hatte, berichtete es in seinem Geschäftsbericht 1960/61 erstmals über eine schweizerische Holdinggesellschaft, die ehemalige Bergwerks-Industrie- und Handelsgesellschaft AG, Zürich ¹⁾. Anlaß der Berichterstattung war die Umbenennung der Holding in Siemens Europa-Beteiligungen AG, Zürich (Siebag), und die damit einhergehende Erhöhung ihres Grundkapitals um 4,5 auf 6,0 Mill. sfrs. Damit wurde offensichtlich die Aktivierung der Holding eingeleitet. Denn in den folgenden Jahren hat sie laufend ihr Kapital erhöht, das von der Mutter größtenteils durch Sacheinlagen in Form von Auslandsbeteiligungen aufgebracht wurde und im September 1966 die Höhe von 50 Mill. sfrs erreicht hat. Im September 1965 hielt und finanzierte die Siebag "alle wesentlichen europäischen Fabrikations- und Vertriebsgesellschaften" des Konzerns, deren Anzahl mit 25 angegeben wurde ²⁾. Um die Kapitalaufnahme zu erleichtern, hat die Siebag im Geschäftsjahr 1965/66 eine weitere Holdinggesellschaft, die Siemens Europa-Finanz AG, Luxemburg, mit

1) Vgl. Geschäftsbericht Siemens, 1960/61, S. 64.

2) Vgl. Geschäftsbericht Siemens, 1962/63, S. 62 und 1964/65, S. 19.

einem Grundkapital von 10 Mill. sfrs gegründet ¹⁾.

Mit der Belebung der Züricher Europa-Holding ging die Gründung der Überseeholding Siemens & Halske Overseas Investments Ltd., Winnipeg, Kanada, einher ²⁾. Auch diese Gesellschaft hat laufend ihr Kapital erhöht, bis es im September 1965 den Stand von 10 Mill. can. \$ erreicht hat. Im Gegensatz zur Siebag, die alljährlich eine Dividende von 10 vH an die deutsche Mutter abgeführt hat, verwandte die kanadische Holding ihre Gewinne zur Stärkung der Rücklagen ³⁾. Im September 1964 kontrollierte die Siemens-Overseas bereits 12 Tochtergesellschaften ⁴⁾ und übernahm im Geschäftsjahr 1965/66 allein 14 Gesellschaften der Siemens-Reiniger-Werke AG. Damit verwaltet sie alle Siemens-Gesellschaften in Amerika, Afrika und Australien ⁵⁾.

1) Die Luxemburger Holding hat zum 12. Oktober 1966 eine 100 Mill. DM-Anleihe zu einem Nominalzins von 7 vH aufgelegt. Ihre Rendite lag bei ebenfalls 7 vH. Dagegen stellte sich der Effektivzins vergleichbarer Anleihen in der Bundesrepublik Deutschland derzeit auf 8,5 bis 9 vH. Der Zeichnungsanreiz für Ausländer lag in der Couponsteuerfreiheit der Zinserträge. Vgl. Geschäftsbericht Siemens, 1965/66, S. 21; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. November 1966, Nr. 260, S. 15.

2) Vgl. Geschäftsbericht Siemens, 1960/61, S. 27.

3) Vgl. Geschäftsbericht Siemens, 1964/65, S. 19.

4) Vgl. Geschäftsbericht Siemens, 1963/64, S. 52.

5) Vgl. Geschäftsbericht Siemens, 1965/66, S. 21.

Das dritte Holding-System des Siemens-Konzerns ist erst im Geschäftsjahr 1965/66 durch die Gründung der Siemens Asia Investments AG, Zürich, mit einem Grundkapital von 15 Mill. sfrs ins Leben gerufen worden. Diese Gesellschaft hat inzwischen die Siemens-Beteiligungen in Indien, Iran, Japan, Pakistan und der Türkei übernommen ^{1) 2)}.

Daß außer der luxemburgischen eine weitere Finanz-Holding besteht, geht aus der geplanten, aber vorerst zurückgestellten Begebung einer 25 Mill. US \$-Anleihe auf dem "Euromarkt" durch die Siemens Western Finance N.V., Curaçao, Niederländische Antillen, hervor. Die mit einem Kapital von 10 Mill. \$ ausgestattete Siemens-Western ist von der kanadischen Siemens Overseas gegründet worden, um das Überseegeschäft des Hauses Siemens zu finanzieren ³⁾.

Die AEG-Telefunken-Gruppe teilte die Gründung einer schweizerischen Zwischenholding erst für das Jahr 1965 mit. Im Jahre der Gründung der AEG-International AG, Zürich, hat die Muttergesellschaft ihrer

1) Vgl. Geschäftsbericht Siemens, 1965/66, S. 21.

2) Die leistungswirtschaftliche Bedeutung der nunmehr größtenteils durch Zwischenholdings gesteuerten Auslandsgesellschaften erhellt daraus, daß im Geschäftsjahr 1965/66 von den mit 2,65 Mrd. DM bezifferten Auslandsumsätzen 1,75 Mrd. DM auf den europäischen Kreis, 600 Mill. DM auf den amerikanisch-afrikanischen und fast 300 Mill. DM auf den asiatischen Beteiligungskreis entfielen. Der gesamte Auslandsumsatz (2,65 Mrd. DM) bestand zu 1,37 Mrd. DM aus Eigenleistungen. Aus deutschen Innenlieferungen stammten 1,28 Mrd. DM. Der Gesamtexport der im Konsolidierungskreis zusammengefaßten Inlandsgesellschaften betrug rd. 1,65 Mrd. DM. Ihr Inlandsumsatz an die Kundschaft stellte sich auf 4,8 Mrd. DM. Vgl. Geschäftsbericht Siemens, 1965/66, S. 14 und S. 20.

3) Vgl. Handelsblatt vom 26./27. Mai 1967, Nr. 99, S. 2

Holding Auslandsbeteiligungen im Buchwert von 14,8 Mill. DM übertragen. Darüberhinaus sind der Holding beteiligungsähnliche Darlehen in Höhe von 10,9 Mill. DM gewährt worden ¹⁾. Die AEG-International hat zusammen mit der Telefunken Interfinanz AG, Zürich, und anderen Konzerngesellschaften die AEG Finanz-Holding S.A., Luxemburg ²⁾, mit einem Kapital von 18 Mill. sfrs gegründet, um an diesem Platz zunächst eine Obligation über 60 Mill. DM zu ermitteln. Sie dient dem Ausbau der Auslandsorganisation der AEG-Telefunken-Gruppe ³⁾.

Die Farbenfabriken Bayer haben bereits im Jahre 1957 zur Verwaltung des größten Teils ihrer wieder recht bedeutenden Auslandsbeteiligungen die Bayer Foreign Investments Limited, Toronto, Kanada, gegründet. Das

1) Vgl. Geschäftsbericht AEG, 1965, S. 37.

2) Außer den genannten Gesellschaften sind die Olympia Büromaschinen AG, Zürich, und die Elfina AG, Zürich, neben drei natürlichen Personen als Gründer der Luxemburger Holding aufgetreten. Gegenstand der für die Dauer von 30 Jahren errichteten Gesellschaft "ist der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung von Beteiligungen an anderen Unternehmen, insbesondere solchen der elektrotechnischen Branche, einschließlich aller damit zusammenhängenden Geschäfte, Ihr Zweck besteht des weiteren in der Anschaffung, Betreuung und Verwaltung von Erfinderpapenten und Lizenzen. Die Gesellschaft kann ebenfalls Anleihen aufnehmen, auch zur Gewährung von Darlehen an Unternehmen, an denen die Darlehensgeberin entweder direkt maßgeblich beteiligt ist oder an Unternehmen, die der Konzerngruppe der Gründergesellschaften angehören. Die Gesellschaft wird keine industrielle Tätigkeit entfalten und auch keine dem Publikum zugängliche Geschäftsstelle unterhalten und ihre Geschäftstätigkeit im Rahmen des Gesetzes vom 31. Juli 1929 halten". Börsenzulassungsprospekt der AEG-Finanz-Holding S.A., Luxemburg, abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Januar 1966, Nr. 25, S. 14.

3) Vgl. Geschäftsbericht AEG, 1965, S. 19; 1966, S. 48. Die Luxemburger Holding hat nach ihrer Gründung von der Züricher AEG-International 510 000 Aktien der AEG Società Italiana per Azioni, Mailand, im Nennbetrag von je 1 500 Lire und 33 333 Aktien der AEG Ibérica de Electricidad S.A., Madrid, im Nennwert von 500 Peseten zum Gesamtaufpreis von 9,7 Mill. sfrs erworben. Vgl. Börsenzulassungsprospekt der AEG-Finanz-Holding S.A., Luxemburg, aaO, S. 14.

Das Interessengebiet der Bayforin erstreckte sich zu dieser Zeit auf Nord-, Mittel- und Südamerika, Afrika und Westeuropa ¹⁾. In dem der Gründung folgenden Jahre wurden Auslandsbeteiligungen im Buchwert von 83,5 Mill. DM von der Mutter auf die kanadische Holding übertragen. Auch die Auslandsbeteiligungen der im Fotosektor tätigen Organtochter Agfa AG, Le-verkusen, gingen auf die Bayforin über, soweit sie in ihrem Interessengebiet lagen ²⁾. Eigene Abrundungs-käufe und Kapitalerhöhungen bei Tochtergesellschaften erhöhen ihren Besitz bis Ende 1959 auf 73 Beteili-gungen mit einem Anschaffungswert von 132,8 Mill.DM ³⁾.

Der Buchwert der Auslandsbeteiligungen der Farbenfa-briken Bayer AG belief sich Ende 1960 auf insgesamt 121,2 Mill. DM. Davon entfielen allein 107,9 Mill. DM auf die Anteile an ihrer kanadischen Zwischen - holding ⁴⁾. Von 1952 bis 1960 hatte Bayer direkt oder

1) Vgl. Geschäftsbericht Bayer, 1957, S. 15 f.

2) Vgl. Geschäftsbericht Bayer, 1958, S. 13 ff. Das eingezahlte Kapital im Betrage von 20 Mill. can. \$ und das autorisierte Kapital in Höhe von 50 Mill. can. \$ ermöglichten der Bayforin die Aufnahme eines mittel-fristigen Bankkredits über 50 Mill. US \$. Dieser Kre-dit wurde durch ein amerikanisch- kanadisch- schweizerisches Konsortium zur Verfügung gestellt und von der Mutter garantiert und durch Verpfändung des größeren Teils der Bayforin-Aktien abgesichert. So war es der Holding möglich, außer den Beteiligungserwer-bungen auch Darlehen in Höhe von 35 Mill. DM an ihre Tochtergesellschaften zu finanzieren.

3) Von den 73 Beteiligungen der Bayforin waren 53 Mehrheitsbeteiligungen, 13 hälftige und 7 über 25 vH liegende Minderheitsbeteiligungen. 16 Beteiligungen bestanden an Produktionsgesellschaften, 45 an reinen Verkaufsgesellschaften und 10 an Verkaufsniederlassun-gen mit angegliederter Konfektionierung. Vgl. Geschäfts-bericht Bayer, 1959, S. 15.

4) Die gesamten Beteiligungen der Farbenfabriken Bayer AG hatten Ende 1960 einen Buchwert von 322,2 Mill. DM.

über Bayforin 187,3 Mill. DM für den Ausbau der Auslandsbeteiligungen aufgewandt. Fast drei Viertel dieses Betrages entfielen auf den Beteiligungserwerb in Entwicklungsländern ¹⁾. Im Jahre 1961 hielt Bayforin 83 und die Farbenfabriken Bayer AG einschließlich ihrer Organtochter Agfa AG, Leverkusen, 32 Auslandsbeteiligungen ²⁾.

Im Zusammenhang mit der ersten europäischen Fusion über die Grenze zwischen der Agfa AG, Leverkusen, und der Gevaert, Photo-Producten N.V., Mortsel-Antwerpen ³⁾, übernahm Agfa die zunächst auf Bayforin übertragenen 22 Auslandsbeteiligungen des Foto-sektors im Werte von rund 15,2 Mill. DM, um mit dem belgischen Partner eine eigene Auslandsvertriebsorganisation aufzubauen. Zu diesem Zeitpunkt verblieben noch 75 Beteiligungen bei der kanadischen Holding ⁴⁾. Nachdem die Bayforin im Jahre 1965 ihren Interessenbereich auch auf Australien und Neuseeland ausgedehnt hatte ⁵⁾, war sie Ende 1966 an 83 Gesellschaften in 30 Ländern beteiligt ⁶⁾.

Seit 1960 ist eine stärkere Hinwendung der Bayforin auf Europa festzustellen. Vom Buchwert ihrer Beteiligungen in der konsolidierten Bilanz, der Ende

1) Die Aufwendungen für Auslandsbeteiligungen (187,3 Mill. DM) verteilten sich zu 50 vH auf außer-europäische Entwicklungsländer, zu 36,8 vH auf die USA und Kanada, zu 11,2 vH auf Europa. Der Rest von 2,0 vH entfiel auf Australien, Japan und Südafrika. Vgl. Geschäftsbericht Bayer, 1960, S. 15.

2) Vgl. Geschäftsbericht Bayer, 1961, S. 19.

3) Vgl. Seite 389 dieser Arbeit.

4) Vgl. Geschäftsbericht Bayer, 1964, S. 29 und 46.

5) Vgl. Geschäftsbericht Bayer, 1965, S. 23.

6) Vgl. Geschäftsbericht Bayer, 1966, S. 40.

1965 bei 65,5 Mill. US \$ lag, entfielen 37 vH auf nordamerikanische und $\frac{3}{4}$ vH auf europäische Beteiligungen. Die mittel- und südamerikanischen Beteiligungen nahmen weitere 27 vH in Anspruch. Die zwischenzeitliche Entwicklung der Auslandsbeteiligungen wird erkennbar, wenn ihren Buchwerten die Anschaffungsaufwendungen gegenübergestellt werden. Sie hatten ein Volumen von 57,7 Mill. US \$ und verteilten sich zu 43 vH auf Mittel- und Südamerika, zu 31 vH auf Nordamerika und zu 24 vH auf Europa. Demnach haben die lateinamerikanischen Beteiligungen starke Buchverluste erlitten, wohingegen die europäischen Beteiligungen, wie auch die nordamerikanischen, erhebliche Wertsteigerungen aufweisen ¹⁾.

Im Jahre 1966 hat auch der Bayer-Konzern eine luxemburgische Finanzholding gegründet. Gegenstand der mit einem anfänglichen Grundkapital von 1,5 Mill. US \$ ausgestatteten Bayer Finance S.A., Luxemburg, ist "der Erwerb, die Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen an anderen Unternehmen einschließlich aller damit zusammenhängenden Geschäfte" ²⁾.

1) Den bis Ende 1965 getätigten Beteiligungsaufwendungen der Bayforin in Höhe von 231,1 Mill. DM seien zum Vergleich die Beteiligungsaufwendungen der Muttergesellschaft gegenübergestellt, die in den Jahren 1958 bis 1965 270,6 Mill. DM für ausländische und 200,9 Mill. DM für inländische Beteiligungen betragen haben. Vgl. Geschäftsberichte Bayer, 1958 bis 1965 und Geschäftsbericht Bayer, 1966, S. 40 f.

2) Die Luxemburger Holding hat Anfang 1967 bei einem Londoner Bankhaus ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 15 Mill. US \$ aufgenommen. Das von der Mutter verbürgte Darlehen sollte der N.V. Bayer S.A., Antwerpen, zur Finanzierung ihrer Anlageninvestitionen zur Verfügung gestellt werden. Vgl. Geschäftsbericht Bayer, 1966, S. 23.

Mit der Trans-American Chemical Ltd., Montreal, hatte die Farbwerke Hoechst AG im Jahre 1958 eine kanadische Zwischenholding gegründet, bevor die Gründung kanadischer "foreign business corporations" im Jahre 1959 gesetzlich ausgeschlossen wurde. Bis Ende ihres Gründungsjahres wurden auf die TACL Beteiligungen an südamerikanischen Vertriebsgesellschaften im Werte von 10,3 Mill. DM übertragen ¹⁾.

Die im Jahre 1962 mit einem Kapital von 2,0 Mill. sfrs gegründete Holding- und Finanzierungsgesellschaft Farbwerke Hoechst Investments AG, Zürich ²⁾, hat ihr Kapital inzwischen auf 10 Mill. sfrs erhöht und im Jahre 1966 die Hoechst Finanz-Holding S.A., Luxemburg, gegründet. Diese Gesellschaft hat am Luxemburger Kapitalmarkt eine Anleihe über 50 Mill. sfrs zur Finanzierung der Auslandsinvestitionen aufgelegt ³⁾.

Die dritte große Nachfolgerin der I.G. Farbenindustrie AG hat nach ihren Berichten verhältnismäßig spät mit dem Aufbau internationaler Zwischenholdings begonnen. Erst im Jahre 1961 wurde die BASF-Holding-AG, Zürich, mit einem Grundkapital von 30 Mill. sfrs gegründet.

1) Ende 1959 entfielen vom Gesamtbuchwert der Hoechster Beteiligungen in Höhe von 310,5 Mill. DM 58,4 Mill. DM auf Auslandsbeteiligungen. Die in den Konzern- und sonstigen Forderungen enthaltenen beteiligungsähnlichen Darlehen an Auslandsgesellschaften weisen auf ein noch höheres Auslandsengagement hin. Vgl. Geschäftsbericht Hoechst, 1958, S. 27 und 34. In den Jahren 1958 bis 1965 hat Hoechst 300 Mill. DM für inländische und 248 Mill. DM für ausländische Beteiligungserwerbungen aufgebracht. Vgl. Geschäftsberichte Hoechst, 1958 bis 1965.

2) Vgl. Geschäftsbericht Hoechst, 1962, S. 28.

3) Vgl. Geschäftsbericht Hoechst, 1966, S. 41.

In dieser Holding sollten die bisher von verschiedenen Konzerngesellschaften direkt gehaltenen ausländischen **V e r t r i e b s** gesellschaften organisatorisch zusammengefaßt werden ¹⁾.

Ein Jahr später wurde eine weitere Zwischenholding in der Schweiz gegründet. Die mit einem Anfangskapital von 10 Mill. sfrs ausgestattete BASF Chemiewerke-Aktiengesellschaft, Kilchberg, Zürich, diente dem Zweck, "gewisse Beteiligungen an **P r o d u k - t i o n s** gesellschaften im Ausland" organisatorisch zusammenzufassen, um nicht zuletzt die künftige Finanzierung zu erleichtern. Noch im Jahre ihrer Gründung hat diese Holding die BASF Aktiengesellschaft für Chemieverfahren in Chur gegründet. Dieser Gesellschaft wurde die Durchführung von Lizenzgeschäften übertragen ²⁾.

Um für die Finanzierung der Auslandsorganisation auch die Chancen des luxemburgischen Kapitalmarktes wahrzunehmen, wurde die BASF-Holding Luxemburg S.A., Luxemburg, gegründet ³⁾.

Daß neben den europäischen auch eine bedeutende Zwischenholding in Übersee besteht, geht aus der Mit-

1) Vgl. Geschäftsbericht BASF, 1961, S. 39.

2) Vgl. Geschäftsbericht BASF, 1962, S. 44.

3) Die Luxemburger Holding hat im März 1967 eine von der Mutter garantierte Anleihe über 120 Mill. DM zu einem Nominalzins von 6,75 vH erfolgreich platziert. Vgl. Börsenzulassungsprospekt der BASF AG, Ludwigshafen, Kapitalerhöhung März 1967, S. 13.

teilung hervor, daß die BASF Overzee N.V., Curaçao, im Jahre 1966 ihr Kapital um den Gegenwert von 15 Mill. US \$ erhöht hat ¹⁾.

Der Mannesmann-Konzern ist nach dem Kriege sehr rasch darangegangen, sein traditionell umfangreiches Netz ausländischer Röhrenproduktionsgesellschaften wieder aufzubauen. Im Jahre 1956 gründete Mannesmann durch die bereits bestehende Overzee-Holding Maatschappij N.V., Curaçao, Niederländische Antillen, eine weitere Zwischenholding in Kanada. Die mit einem Aktienkapital von 30 Mill. can. \$ ausgestattete Mannesmann International Corporation Ltd., Toronto, sollte die pan-amerikanischen Produktionsgesellschaften des Konzerns zentral lenken und finanzieren. Zusammen mit ihrer Gründerin, deren Kapital im Jahre 1956 bei 100 000 hfl lag, hielt sie sämtliche überseeischen Beteiligungen für die Muttergesellschaft ²⁾.

1) Die BASF Overzee hat ihrerseits im Jahre 1966 als 100 %-ige Tochter die Basfin Corp., New York, mit einem Aktienkapital von 2 Mill. US \$ gegründet, welche Anfang 1967 bei amerikanischen Versicherungsgesellschaften einen langfristigen Investitionskredit über 30 Mill. US \$ aufgenommen hat. Dieser Kredit ist sowohl von der BASF Overzee als auch von der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen, garantiert worden.

Vgl. Geschäftsbericht BASF, 1966, S. 16.

Die hauptsächlich für in- und ausländische Beteiligungsgesellschaften gestellten Bürgschaften der BASF AG erhöhten sich im Jahre 1966 von 241 auf 345 Mill. DM. Vgl. Börsenzulassungssprospekt der BASF AG, Ludwigshafen, aaO, S. 13.

2) Vgl. Geschäftsbericht Mannesmann, 1956, S. 31.

Auf Grund ihrer geringen Grundkapitalausstattung wurde die Overzee-Holding in Curaçao von ihrer Mutter durch langfristige Darlehen alimentiert, um ihre Beteiligungen finanzieren zu können ¹⁾. Außerdem bestand zwischen der antillanischen Holding und der Mannesmann AG zumindest seit 1958 ein so genannter Ergebnisausschließungsvertrag ²⁾.

Im Jahre 1962 übertrug die Holding mit ihren Vermögenswerten sämtliche Anteile an ihren Auslandsgeellschaften und ihre Schulden auf die Mannesmann Overseas GmbH, Düsseldorf. Die deutsche Gesellschaft verfügte über ein Stammkapital von 120 Mill. DM und stand ebenfalls im vollständigen Eigentum der Mutter. Die Ergebnisübernahmevereinbarung wurde auch mit der nunmehr deutschen Holding beibehalten ³⁾, bis die Gesellschaft mit Wirkung vom 1. Januar 1964 auf ihre Mutter übertragend umgewandelt wurde. Die ursprünglich von der antillanischen Holding gehaltenen Auslandsbeteiligungen, insbesondere die Anteile an der kanadischen Zwischenholding, gingen somit in das unmittelbare Eigentum der Mutter über. Mit Ausnahme der als Sonderfall zu betrachtenden Pariser Holding Société des Usines à Tubes de la Sarre, an der Mannesmann mit 51 vH beteiligt ist, gilt die kana-

1) Die der Overzee Holding in den Jahren 1956 bis 1961 gewährten und jeweils unter den beteiligungsähnlichen Ansprüchen ausgewiesenen langfristigen Darlehen stiegen kontinuierlich von 97,1 auf 269,6 Mill. DM im Jahre 1961 an. Vgl. Geschäftsberichte Mannesmann, 1956 bis 1961.

2) Vgl. Geschäftsbericht Mannesmann, 1957, S. 69.

3) Vgl. Geschäftsbericht Mannesmann, 1962, S. 32 f. und 57. Da die deutsche Holding sogleich in den Konsolidierungskreis des Mannesmann-Konzerns mit einbezogen wurde, gelangten ihre Auslandsbeteiligungen mit einem Buchwert von über 300 Mill. DM in der konsolidierten Bilanz unmittelbar zum Ausweis.

dische Holding nunmehr als einzige internationale Zwischenholding des Konzerns. Sie hat ihr Grundkapital bis zum direkten Anteilserwerb durch die Mutter auf fast 60 Mill. can. \$ erhöht ¹⁾.

Auch der Konzern der August Thyssen-Hütte AG, Duisburg-Hamborn, verfügt über einen Ring internationaler Zwischenholdings. Die ATH selbst hat aber erst im Geschäftsjahr 1965/66 die Thyssen Holding und Finanzierungs AG, Zürich, mit einem Grundkapital von 10 Mill. sfrs gegründet ²⁾. Im Februar 1966 hat die schweizerische Holding ihrerseits die Thyssen Investment S.A., Luxemburg, mit einem Grundkapital von 250 Mill. lfrs ins Leben gerufen, um eine 100 Mill. DM-Anleihe am Luxemburger Platz zu begeben. Der Erlös aus dieser Anleihe sollte darlehensweise an Unternehmen weitergegeben werden, an denen die Luxemburgische Holding maßgeblich beteiligt ist oder die dem Konzern der Gründergesellschaften angehören ³⁾.

An der Vereinigte Edelstahl AG, Glarus, Schweiz, die ebenfalls zu den Gründergesellschaften der Luxemburger Finanzholding gehört, ist die ATH indirekt über die Organtochter Deutsche Edelstahlwerke AG, Krefeld, beteiligt. Die inzwischen mit einem Kapital von 3,3 Mill. sfrs ausgestattete DEW-Holding wurde im Geschäftsjahr 1960/61 in die aktive Konzernfinanzierung eingeschaltet und hat zu diesem Zweck die meisten

1) Vgl. Geschäftsbericht Mannesmann, 1963, S. 22 und S. 55.

2) Vgl. Geschäftsbericht ATH, 1965/66, S. 31 f.

3) Unter den sieben Gründern der Thyssen Investment S.A., Luxemburg, befanden sich außer der genannten Gesellschaft auch die Thyssen Eisen, Stahl und Röhren AG, Zürich, die Vereinigte Edelstahl AG, Glarus und die Marathon Edelstahl AG, Zürich. Sie haben jedoch nur Zwerganteile von jeweils 10 000 lfrs übernommen. Vgl. Börsenzulassungssprospekt Thyssen Investment S.A.; abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. März 1966, Nr. 58, S. 15.

ausländischen Handelsgesellschaften der DEW übernommen ¹⁾.

Über die Organtochter Thyssenrohr AG, die ehemalige Phoenix Rheinrohr AG, Düsseldorf, gehört auch die AG für Beteiligungswerte, Bern, mit einem Grundkapital von 8,75 Mill. sfrs zum Thyssen-Konzern. Sie diene zunächst der Verstärkung der Absatzstützpunkte im europäischen Ausland, hat aber im Geschäftsjahr 1964/65 ihre Interessen auf Südafrika ausgedehnt ²⁾.

Die Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, hat trotz ihrer umfangreichen ausländischen Produktions- und Absatzbeteiligungen erst im Jahre 1965 eine schweizerische Holding, die HOLAD Holding & Administration AG, Zürich, gegründet. Diese Gesellschaft sollte sich nicht nur an ausländischen, sondern auch an inländischen Unternehmen beteiligen und darüberhinaus Vermögensverwaltungen sowie die Verwaltung und Verwertung gewerblicher Schutzrechte übernehmen. Die mit 110 000 sfrs geringe Kapitalausstattung und der von ihr noch nicht begonnene Ausbau von Auslandsbeteiligungen lassen auf eine für später geplante Intensivierung der internationalen Finanzarbitrage schließen ³⁾.

1) Vgl. Geschäftsbericht DEW, 1960/61, S. 19 f.

2) Vgl. Geschäftsbericht Phoenix Rheinrohr, 1963/64, S. 34 und 1964/65, S. 30

3) Ende 1965 hielt die HOLAD nur einen Anteil von 10 vH am Stammkapital der Wolfsburger Transportgesellschaft m.b.H. Vgl. Geschäftsbericht VW, 1965, S. 23.

4. Die Beteiligungsinvestitionen deutscher Konzerne im Ausland

Die Beteiligungsinvestitionen deutscher Unternehmen werden im Rahmen der deutschen Direktinvestitionen im Ausland durch die Deutsche Bundesbank statistisch ermittelt und veröffentlicht ¹⁾. Als Direktinvestitionen bezeichnet das Institut Kapitalanlagen im Ausland, die der private Investor vornimmt, um die Geschäftspolitik ausländischer Unternehmen zu beeinflussen. Diese für Ende 1964 mit 7,2 Mrd. DM beziffernten unternehmerischen Auslandsinvestitionen ²⁾ verteilten sich ihrer Form nach zu 67,7 vH auf Beteiligungen und zu 7,5 vH auf die Kapitalausstattung rechtlich unselbständiger Außenstellen. Der Rest von 24,8 vH der Direktinvestitionen bezog sich auf Forderungen an ausländische Konzernunternehmen ³⁾.

Im Gegensatz zum ausländischen Beteiligungsbesitz in der Bundesrepublik Deutschland, der in Nominalkapital berechnet wird, handelt es sich bei den hier erörterten Direktinvestitionen um Transaktionswerte.

1) Vgl. Deutsche Bundesbank, Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland, aaO, S. 19ff.

2) Bis einschließlich 1966 hat sich der Investitionsbetrag auf knapp 10 Mrd. DM erhöht. Vgl. Commerzbank (Hrsg.), Bericht zur Wirtschaftslage, März 1967, S. 6.

Im Vergleich zu den derzeitigen Auslandsinvestitionen der Vereinigten Staaten von Amerika in Höhe von umgerechnet 176 Mrd. DM oder Großbritanniens von rund 60 Mrd. DM nehmen sich die deutschen Auslandsinvestitionen äußerst bescheiden aus. Auch die unterschiedlichen Berechnungsmethoden ändern hieran wenig. Vgl. Deutsche Bundesbank, Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland, aaO, S. 22.

3) Vgl. Näheres zur Fremdkapitalverflechtung zwischen deutschen und ausländischen Konzernteilen auf Seite 444 ff. dieser Arbeit.

Das sind die effektiven Leistungen ¹⁾, die in einem bestimmten Zeitraum, hier von 1952 bis Ende 1964, aufgebracht worden sind ²⁾. Somit ist ein Vergleich der zeitraumbezogenen deutschen Direktinvestitionen mit dem stichtagsbezogenen ausländischen Dauerbesitz nicht möglich.

Bilanztechnisch handelt es sich bei den Transaktionswerten um "Anschaffungswerte", die nicht um nachträglich eingetretene Wertänderungen berichtigt sind, welche durch Verschiebungen der Währungsparitäten, Wertminderungen infolge eingetretener Verluste oder Werterhöhungen aufgrund von Gewinnthesaurierungen bedingt sind ³⁾. Weiter bleibt beim Ansatz zu Transaktionswerten unberücksichtigt, in welchem Umfang die ausländischen Tochtergesellschaften durch ihre inländischen Mütter mittels günstig gestellter Verrechnungspreise, bspw. bei der Überlassung von Patenten, alimentiert worden sind. Nicht zuletzt wurden mit knapp 700 Mill. DM fast 10 vH der deutschen Direktinvestitionen im Ausland durch Einbringung von Sachen und Rechten in ausländische Unternehmen bestritten. Gerade bei den Sacheinlagen handelt

1) Den Transaktionswerten liegen als Leistungen jene vermögenswirksamen Aufwendungen in Form von Zahlungen, Aufrechnungen und Verrechnungen sowie Einbringungen von Sachen und Rechten zugrunde, die nach den Vorschriften der §§ 55 f. der Außenwirtschaftsverordnung gemeldet worden sind.

2) Der Wert der deutschen Auslandsinvestitionen wird nach hiervon abweichenden Ermittlungsmethoden für die Zeit vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg mit rund 30 Mrd. Goldmark und 20 Mrd. Reichsmark veranschlagt. Vgl. Meissner, Hans-Günter, Betriebswirtschaftliche Probleme von Auslandsinvestitionen, aaO, S. 714.

3) Im Verhältnis zu den bisher vorgenommenen Auslandsinvestitionen waren die ins Inland transferierten Auslandsgewinne nach den Ergebnissen der Zahlungsbilanzstatistik außerordentlich gering. Vgl. Deutsche Bundesbank, Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland, aaO, S. 20.

es sich vielfach um bereits abgeschriebene Vermögens-
teile, deren tatsächlicher Wert meist über den ge-
meldeten Buchwerten gelegen haben dürfte ¹⁾.

Mit 3,5 Mrd. DM wurden 48,8 vH der deutschen Direkt-
investitionen im Ausland für den Erwerb und den Aus-
bau von Mehrheits- und Alleinbeteiligungen aufge-
wandt. Für weitere 1,4 Mrd. DM wurden Minderheits-
beteiligungen vornehmlich in Belgien, Luxemburg, In-
dien, Japan und der Südafrikanischen Republik erworben.
Die mit 1,8 Mrd. DM bezifferten Darlehensgewährungen
an affilierten Unternehmen gingen vor allem nach
Kolumbien und Algerien. Die Unterschiede in der
Eigen- oder Fremdkapitalhingabe ergeben sich teilweise
aus den besonderen handels-, steuer- oder devisa-
rechtlichen Bestimmungen der Anlageländer. Das Dar-
lehenskapital kann zumeist als Vorstufe oder Ersatz-
form des Eigenkapitals angesehen werden, da es viel-
fach nach dem Ausbau der Auslandsbetriebe in solches
umgewandelt wird.

Die Vorherrschaft der Großunternehmen unter den Aus-
landsinvestoren erhellt daraus, daß mit fast 3,8
Mrd. DM mehr als die Hälfte der Direktinvestitionen
auf 24 Unternehmen entfällt. Allein die neun größten
unter ihnen hatten Auslandsanlagen von jeweils über
100 Mill. DM durch Kapitalexporte finanziert, die
zusammen den Betrag von 2,7 Mrd. DM ausmachten ²⁾.

Die deutschen Auslandsinvestitionen verteilten sich
Ende 1964 auf 97 Länder, wovon 20 als Investitions-

1) Vgl. Deutsche Bundesbank, Die deutschen Direktin-
vestitionen im Ausland, aaO, S. 20. Vgl. auch die Aus-
führungen zur Behandlung von Sacheinlagen nach dem
Entwicklungshilfe-Steuerengesetz auf Seite 431 dieser
Arbeit.

2) Vgl. Deutsche Bundesbank, Die deutschen Direktin-
vestitionen im Ausland, aaO, S. 24.

schwerpunkte mindestens einer Branche galten. Die Verteilung der Schwerpunkte der Brancheninvestitionen ist in Tabelle 44 wiedergegeben, soweit auf ein Anlageland mehr als 5 vH der Investitionen entfielen. Vereinigten die Industrieländer rund 70 vH der gesamten "Anschaffungswerte" auf sich, so waren den Entwicklungsländern nur 30 vH direkt zuzurechnen. Bei branchenweiser Differenzierung zeigt sich jedoch, daß in 6 der aufgeführten 14 Wirtschaftszweige über 30 vH liegende Anlageanteile auf Entwicklungsländer entfallen. Dies ist umso beachtenswerter, als die überdurchschnittlichen Investitionen in Entwicklungsländern auf die drei erstgenannten Wirtschaftszweige mit Auslandsanlagen von jeweils über einer Milliarde DM zurückzuführen sind. Gerade in diesen Wirtschaftsbereichen betätigen sich die klassischen deutschen Großkonzerne.

Mit den ausgewiesenen sind jedoch nicht sämtliche deutschen Privatinvestitionen in Entwicklungsländern erfaßt. Aus der dominierenden Stellung der Schweiz und Kanadas als Anlageländern kann geschlossen werden, daß über die dort domizilierenden Auslandsholdings deutscher Konzerne beträchtliche Investitionssummen an Entwicklungsländer durchgeleitet worden sind. Unter Berücksichtigung auch der indirekten Auslandsinvestitionen dürften die Entwicklungsländer mehr als 30 vH der gesamten unternehmerischen Auslandsinvestitionen auf sich vereinigen.

Die Investitionstätigkeit deutscher Konzerne in Entwicklungsländern hat seit ihrer Wiederaufnahme im Jahre 1952 bei wechselnden Schwerpunkten einen un-
stetigen Verlauf genommen. Ging bis zu Beginn der sechziger Jahre etwa ein Drittel der deutschen Direktinvestitionen an Entwicklungsländer mit Brasilien und

Tabelle 44:

Die Schwerpunkte der deutschen Direktinvestitionen im Ausland nach Ländern ¹⁾ und Wirtschaftszweigen
1952 bis 1964

Wirtschaftszweig des inländischen Investors	Direkt- investi- tionen im Ausland Mill. DM	Industrielländer in VM Sp. 2															
		Land															
		Insgesamt	Schweden	Frankreich	Belgien, Lux.	U.S.A.	Italien	Dänemark	Niederlande	Australien	Österreich	Schweden	Insgesamt	Brasilien	Argentinien	Spanien	Indien
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Stählen, Maschinen-, Fahrzeuge und Schiffe	1 272	61,9	5,1		6,1	26,7					5,2		38,1	18,4	9,3	8,5	
Elektrotechnik	1 176	57,3	12,2		10,5				5,4				43,7	19,7	5,8		
Chemische Industrie, Kunststoffe, Gummi- und Lebmittelverarbeitung	1 101	53,9		7,0	10,2		10,8	6,4					46,1	16,3			
Eisen- und Stahlgewerbe, Gießerei, Metallverarbeitung	801	72,6	5,2	11,1	10,4								27,4	10,8			
Metallverarbeitung, Schweißstoffverarbeitung	464	61,4	7,8	8,9	13,8			15,5					38,6				9,5
Energetische, Wasserkraft, Bergbau	228	55,6	5,0	5,8		19,9	7,2		6,5				44,4	5,8	5,2		22,9
Beteiligungsgesellschaften, Versicherungsgewerbe, Finanzierungs- und Kreditinstitute	225	82,8	15,7	10,9			32,4				6,9		17,2				
Nahrungsmittel- und Genußmittelgewerbe	217	80,7	31,6	8,4	11,3		6,0		9,7				19,3				
Stein-, Erden-, Holz-, Keramik-, Glas-, Baum- gewerbe	197	73,9	8,0	12,0	31,0	6,0			6,6				26,1	5,0		7,0	6,0
Kreditinstitute	191	75,1	22,7	9,2	6,7	9,2			5,9			15,8	24,9			6,0	
Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie	184	85,1	23,1		7,0		11,2		21,6				16,9	6,2			
Handel	167	63,0	29,4				7,0					8,0	37,0				5,3
Verkehr	119	81,5	30,2		5,2		9,8		7,5	11,8			18,5				
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	72	71,1	13,9	10,3			14,8		11,7				6,0	28,9			
Einzelpersonen	603	88,6	47,8	13,5					9,3				11,4				
Insgesamt	7 205 ²⁾	70,2	13,4	10,6	9,3	8,1	5,9						29,8	11,4			

1) Nur Anlageländer, die mindestens 5 vH der Direktinvestitionen eines Wirtschaftszweiges auf sich vereinigen.

2) Einschließlich 112 Mill. DM in sonstigen Wirtschaftszweigen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland, 1965, S. 28 f.

Argentinien an der Spitze, so schrumpfte deren Anteil im Jahre 1963 auf ein Fünftel des aufgewandten Betrages von rund 200 Mill. DM. Hierzu haben die ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen in diesen Ländern beigetragen. Indien, das primär für Entwicklungsinvestitionen in Asien in Frage kommt, bietet den deutschen Investoren weder genügenden Rechtsschutz, noch ausreichende Niederlassungsfreiheit und gewährleistet keine zufriedenstellende Belieferung mit Rohstoffen und Ersatzteilen.

Um wenigstens einen bescheidenen steuerlichen Anreiz für unternehmerische Investitionen in Entwicklungsländern zu geben, wurden zunächst durch das Steueränderungsgesetz vom 13. Juli 1961 die Einzelvorschriften des § 34 d EStG, § 19 a KStG, § 9 a UStG und § 12 a GewStG in die jeweiligen Steuergesetze eingefügt ¹⁾. Nach diesen Vorschriften konnte für Investitionen in Entwicklungsländern, soweit sie in der Form abnutzbarer Wirtschaftsgüter bestanden, bis zu einem Drittel des Anlagebetrages in eine den steuerlichen Gewinn mindernde Rücklage eingebracht werden. Diese Rücklage war vom dritten Jahre ihrer Bildung an mit jährlich einem Fünftel gewinnerhöhend aufzulösen.

Da diese Form der Steuererleichterung den Niederlassungsrisiken in Entwicklungsländern kaum entsprach, wurden in das nunmehr verselbständigte und für die Zeit vom 1. Januar 1963 bis 31. Dezember 1967 einschließlich geltende Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz vom 23. Dezember 1963 ²⁾ wirksamere Bestim-

1) Vgl. BGBI. I 1961, S. 981.

2) Vgl. das Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung von privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, BGBI. I 1963, S. 1013.

mungen aufgenommen. Sie gehen auf die oben genannten Einzelvorschriften zur Förderung von privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zurück.

Als förderungswürdige Kapitalanlagen gelten nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 EntwStG die in diesem Zusammenhang interessierenden Vorgänge des originären Erwerbs von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften dortigen Rechts ¹⁾ im Wege der Gründung oder Kapitalerhöhung ²⁾. Die steuerbegünstigt zu finanzierenden Auslandsgesellschaften müssen sich der Leistungserstellung im betriebswirtschaftlichen Sinne widmen. Damit wird ausgeschlossen, daß auch reine Holdinggesellschaften gefördert werden. Die Vergünstigungen bemessen sich nach dem Umfang, in dem bewegliche (abnutzbare) Anlagegüter beschafft werden ³⁾.

Nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 EntwStG hat die inländische Konzernobergesellschaft die Möglichkeit, auf ihre im genannten Zeitraum erworbenen Beteiligungen einen steuerlich wirksamen Bewertungsabschlag bis zu 15 vH der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der An-

1) Über 90 vH der Kapitalanlagen in Entwicklungsländern wurden bis Ende 1963 in Kapitalgesellschaften nach Landesrecht getätigt. Vgl. Handbuch der Entwicklungshilfe, Hrsg. K. Krug, Baden-Baden, Bonn, Loseblattsammlung, 27. Lieferung, Mai 1964, S. 34.

2) Dem originären Erwerb von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften entspricht die ebenfalls begünstigte Aufbringung von Einlagen in Personengesellschaften anläßlich ihrer Gründung oder erheblichen Erweiterung. Auch rechtlich unselbständige Betriebe, deren Vermögen unmittelbar in der Bilanz des Investors ausgewiesen wird, gehören dem Kreis der steuerlich geförderten Auslandsinvestitionen an. Vgl. § 1 Abs. 2 Nr. 2 und 3 EntwStG.

3) Vgl. Handbuch der Entwicklungshilfe, aaO, S. 30 ff.; Börnstein, Ulrich, Entwicklungshilfe-Steuergesetz, Kommentar, Schriftenreihe zum Handbuch der Entwicklungshilfe, Hrsg. K. Krug, Bd. 12, Baden-Baden 1964, S. 39 f.

lagegüter vorzunehmen. Werden, was vielfach üblich ist, Sacheinlagen gegen Beteiligungen eingebracht, gilt der fortgeführte Buchwert als Bemessungsgrundlage für den Bewertungsabschlag ¹⁾. Die Realisation von Tauschgewinnen wird hierdurch ausgeschlossen.

Die Berichterstattung über die Inanspruchnahme dieser Vergünstigung ist sehr lückenhaft. Die ausführlichsten Informationen geben die Großunternehmen der chemischen Industrie.

So gibt die Farbwerke Hoechst Aktiengesellschaft, Frankfurt (M)-Hoechst, auf den Seiten 39 f. und 46 ihres Geschäftsberichtes 1965 folgenden Überblick: Während im Jahre 1965 21 Mill. DM für nicht konsolidierte Inlandsbeteiligungen ausgegeben wurden, betrug der Aufwand zum Erwerb ausländischer Kapitalbeteiligungen 55 Mill. DM. Von diesem Betrage entfielen allein 49 Mill. DM auf Produktionsanlagen vornehmlich in Spanien, Indien, Australien und den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Bewertungsabschlag nach dem Entwicklungshilfe-Steuergesetz betrug im Jahre 1965 bei "voller Ausnutzung" 2,8 Mill. DM. Der rechnerische Wert der begünstigten Auslandsinvestitionen muß demnach bei 18,7 Mill. DM gelegen haben. Bis Ende 1965 wurden insgesamt 7 Mill. DM steuerbegünstigt abgeschrieben, denen bei voller Ausnutzung 46,7 Mill. DM für Beteiligungserwerbungen in Entwicklungsländern zugrundegelegt haben müssen. Der um den Bewertungsabschlag von 7 Mill. DM und andere Wertberichtigungen bereinigte Buchwert der Aus-

1) Vgl. § 2 Abs. 1 EntwStG und die darin festgelegten weitergehenden Vergünstigungen bei Sachanlagen, die in Gesellschaften solcher Entwicklungsländer eingebracht werden, mit denen Doppelbesteuerungsabkommen bestehen. Vgl. Näheres hierzu bei Börnstein, Ulrich, Entwicklungshilfe-Steuergesetz, Kommentar, aaO, S. 52 ff.

landsbeteiligungen erreichte Ende 1965 ein Volumen von rund 300 Mill. DM. Bei Hinzurechnung von Waren- und Betriebsmittelkrediten an die ausländischen Beteiligungsgesellschaften, deren Umfang allerdings nicht beziffert wird, entfallen vom gesamten finanzwirtschaftlichen Auslandsengagement 44 vH auf Entwicklungsländer.

Bei der Farbenfabriken Bayer Aktiengesellschaft, Leverkusen, werden die Beteiligungszugänge im Jahre 1965 mit 93 Mill. DM angegeben. Auf das Ausland entfielen mit 82,3 Mill. DM allein 88,5 vH des direkten Beteiligungserwerbs. Der mit einer knappen Viertelmillion ^{DM} bezifferte Bewertungsabschlag nach dem Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz betrifft für dieses Jahr im wesentlichen die Gründung der Bayer Türk Kimya Sanayii Ltd., Sti., Istanbul, für die insgesamt 3,2 Mill. DM aufgewandt wurden ¹⁾.

Die in vollständigem Eigentum der Schering Aktiengesellschaft, Berlin, stehende Duco Aktiengesellschaft, Bergkamen, welche fast alle Beteiligungen an den ausländischen Produktions- und Vertriebsgesellschaften im chemisch-pharmazeutischen Geschäftsreich der Muttergesellschaft hält und die Verwaltung und Nutzung ihrer gewerblichen Schutzrechte betreibt, hat von den Beteiligungsinvestitionen des Jahres 1965 in Höhe von rund 11 Mill. DM einen Bewertungsabschlag nach dem Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz in Höhe von 0,9 Mill. DM vorgenommen. Darüberhinaus wurden im selben Geschäftsjahr weitere allgemeine Abschreibungen in der gleichen Höhe getätigt, die mit dem "weiteren Währungsverfall in einigen südamerikanischen ²⁾ Ländern" begründet worden sind. Das

1) Vgl. Geschäftsbericht Bayer, 1965, S. 48 f. und S. 58.

2) Vgl. Geschäftsbericht Schering, 1965, S. 51.

Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz sieht weiter vor, daß von dem nach dem Bewertungsabschlag verbleibenden Betrag in Höhe von 85 vH des für förderungswürdig befundenen Investitionsbetrages eine den steuerlichen Gewinn mindernde Rücklage bis zu dem Höchstsatz von 50 vH gebildet werden kann. Diese Rücklage ist nach sechs Jahren mit mindestens einem Sechstel ihrer ursprünglichen Höhe gewinnmindernd aufzulösen ¹⁾.

Über den Umfang der Bildung steuerfreier Rücklagen nach dem Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz gibt es ebenfalls nur vereinzelte Informationen. Sie stammen zumeist aus der chemischen Industrie und unterstreichen die Intensität ihrer Auslandsaktivität. So weisen die Farbwerke Hoechst in ihrer Bilanz 1965 Rücklagen nach § 1 EntwStG in Höhe von 15,7 Mill. DM nach 7,7 Mill. DM im Vorjahre aus. Bei den Farbenfabriken Bayer betrug der entsprechende Posten Ende 1965 8,1 Mill. DM ²⁾.

Die Duco Aktiengesellschaft, Bergkamen, welche für die Schering AG, Berlin, nur Auslandsbeteiligungen hält, weist bei einem Buchwert derselben in Höhe von 42,8 Mill. DM für Ende 1965 eine Rücklage nach dem Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz in Höhe von 4,4 Mill. DM aus. Die Steuerstundung machte zu der Zeit somit mehr als 10 vH des Beteiligungsbuchwertes aus. Bei Beteiligungszugängen in einem Umfang von 11 Mill. DM wurden dieser Rücklage allein im Jahre 1965 2,4 Mill. DM zugeführt. Sie betraf ausschließlich die Beteiligungsinvestitionen in Südamerika ³⁾.

1) Vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 2 EntwStG.

2) Vgl. Geschäftsbericht Bayer, 1965, S. 50.

3) Vgl. Geschäftsbericht Schering, 1965, S. 52 ff.

Aus dem Bereiche der Montanindustrie berichtet die August Thyssen-Hütte AG, Duisburg-Hamborn, über die Bildung steuerfreier Rücklagen nach dem Entwicklungshilfe-Steuergesetz. Diese Position hatte bei ihr am 30. September 1965 jedoch nur ein Volumen von einer Million DM ¹⁾.

Die Beispiele zeigen, daß die Konzerne von den Erleichterungen des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes zwar Gebrauch gemacht haben, doch veranlaßte sie der Ertragsvorteil aus der Liquiditätshilfe (Steuerstundung) und dem Steuergeschenk (Sonderabschreibung) ²⁾ nicht zu einer Umlenkung der Investitionen in Entwicklungsländer.

Vielfach sind die in anderen Staaten gewährten Erleichterungen für den Export von Kapital in Entwicklungsländer wirksamer. Mit der Beschränkung auf den Erwerb abnutzbarer Anlagegüter ist der Kreis der geförderten Kapitalanlagen zu eng gezogen. Er umfaßt nicht die Finanzierung von betriebsnotwendigem Grund und Boden wie Umlaufvermögen und begünstigt nicht die Hingabe beteiligungsähnlicher Darlehen oder von "know how". Desgleichen ist der Erwerb von Beteiligungen an Holdinggesellschaften von der Förderung ausgeschlossen ³⁾.

1) Vgl. Geschäftsbericht ATH, 1964/65, S. 62.

2) Zur Berechnung des Ertragsvorteils unter bestimmten Annahmen vgl. Börnstein, Ulrich, Entwicklungshilfe-Steuergesetz, Kommentar, aaO, S. 19 ff.

3) Vgl. Hollatz, Günter, Auslandsbeziehungen in steuerlicher Sicht ..., aaO, S. 35.

V. Die Führung der internationalen Konzerne

Die in den beteiligungspolitischen, vertraglichen und personellen Verflechtungen bestehende Grundstruktur des internationalen Konzerns gibt zwar die Voraussetzung für die einheitliche Führung der international gestreuten Konzernglieder ab, stellt aber die einheitliche Leitung selbst nicht dar. Der Konzern begnügt sich nicht mit der Streuung seines Vermögens auf verschiedene internationale Standorte. Seine Führungsaufgabe besteht darin, das Handeln der unter verschiedenartigen Umweltbedingungen arbeitenden Konzernglieder einheitlich zu lenken.

Die Arbeitsbedingungen der Auslandsniederlassungen weichen in kultureller, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht voneinander und von denen der heimischen Konzernglieder ab. Die Auslandstöchter stehen im Brennpunkt der öffentlichen Meinung wie der regierungsamtlichen Aufmerksamkeit ihrer Gastländer. Mit der Wahrnehmung der betrieblichen Haupt- und Nebenfunktionen sind in allen Stufen der führungstechnischen Hierarchie einheimische Personen hinzuzuziehen. Die räumlichen Entfernungen zwischen den auf alle Kontinente verteilten Konzernbetrieben werfen versorgungs- und nachrichtentechnische Probleme auf. Der ausländische Investor hat sich mit den Regierungen und Behörden der Gastländer auseinanderzusetzen. Die heimischen Produktions- und Absatzmethoden können nicht in allen Niederlassungsländern angewandt werden. Gerade die rationelle Produktion erfordert die Beachtung von Zeit, Kosten, Produktivität und Genauigkeit. Vornehmlich in Entwicklungsländern lassen sich die genannten Kriterien schwerlich mit der örtlichen Kultur vereinbaren. Wird

hierdurch das empfindliche Nationalgefühl berührt, treffen die Fremden in vielen Ländern auf öffentlichen und politischen Widerstand. Da der soziale und ökonomische Umschwung in diesen Ländern in vollem Gange ist, werden nicht nur die lang- sondern auch die kurzfristigen Schätzungen durch zahlreiche Unsicherheitsfaktoren erschwert. Andererseits müssen die Auslandstöchter ein beispielhaftes Geschäftsgebaren an den Tag legen, da ihre Selbständigkeit und Lebensfähigkeit von der Billigung und Anerkennung durch die Gastländer abhängt ¹⁾.

Die unter heterogenen Umweltbedingungen zu verwirklichenden Unternehmensziele erfordern je nach branchen- oder unternehmensindividueller Geschäftsstruktur bestimmte markt- und/oder produktionsbezogene oder finanzwirtschaftlich determinierte Organisationsformen der einheitlichen Leitung. Trotz aller Individualität finden sich bei den internationalen Konzernen drei grundlegende Organisationsstrukturen, deren Variationen letztlich auf eigene Bestimmungsgründe zurückzuführen sind.

1. Die leistungsbezogene Führung

Nach dem herkömmlichen Organisationsschema vornehmlich amerikanischer Unternehmen wird die Auslandstätigkeit durch eine internationale Abteilung gesteuert und kontrolliert. Dieses aus der Exportabteilung der Muttergesellschaft hervorgegangene

1) Vgl. Pryor, Millard H. jr., Planning In a World-wide Business, in: Harvard Business Review, Januar-Februar 1965, S. 130 ff.; Skinner, Wickham C., Management of International Production, in: Harvard Business Review, September-Oktober 1964, S. 127.

Führungsinstrument kann sich bei wachsender Bedeutung der Auslandsgeschäfte als unzulänglich erweisen und durch eine geographisch bestimmte Organisationsstruktur ersetzt werden. Bei der Hinwendung auf geographische Bereiche wird die Verantwortung für die dort arbeitenden Tochter- und Beteiligungsgesellschaften auf mehrere Abteilungen übertragen. Auch das dritte Organisationschema ist als Weiterbildung der ursprünglichen Auslandsabteilung aufzufassen. In der produktionsbezogenen Organisationsstruktur obliegt dem Top-Manager die volle Verantwortung für die weltweite Expansion der ihm übertragenen Produkte oder Produktgruppen ¹⁾. Die Gründe für die Wahl bestimmter Organisationsschemata oder deren Variationen offenbaren zugleich die führungstechnischen Probleme, die bei der globalen Steuerung internationaler Konzerne auftreten. Sie seien daher kurz umrissen.

In dezentral geführten Konzernen laufen die Fäden der Auslandsorganisation in einer Auslandsabteilung zusammen. Ihre Befugnisse sind mehr koordinierender als anweisender Art. Die Konzernführung begnügt sich mit der lockeren Bindung, wenn die Auslands-töchter ein gut eingearbeitetes und örtlich verwurzeltes Management haben, das seit jeher selbständig zu operieren verstanden hat. Von einer Straffung der äußeren Organisationsstruktur wird abgesehen, um die bisherige Zusammenarbeit der verbundenen Unternehmen nicht zu stören. Das gilt insbesondere für den Fall, daß der Konzern nicht die Majorität an der Auslandsgesellschaft besitzt. Die interna-

1) Vgl. Clee, Gilbert H. und Schachtjen, Wilbur M., Organizing a Worldwide Business, in: Harvard Business Review, November-Dezember 1964, S. 56 und 59ff.

tionale Abteilung genügt den Ansprüchen der Konzernführung so lange, wie das ausländische Geschäftsvolumen im Verhältnis zum inländischen gering ist und solange man noch am Anfang der internationalen Betätigung steht. Die zögernde Hinwendung auf eine bewußte Auslandspolitik kann auch damit begründet werden, daß die inländische Leistung als wichtigster Maßstab zur Beurteilung des managerialen Erfolgs angesehen wird. So beteiligt sich das Top-Management zwar an der Formulierung der unternehmenspolitischen Ziele und Strategien im Ausland und behält sich eine straffe Finanzkontrolle vor. Eine Änderung des herkömmlichen, locker gefügten Organisationsrahmens wird jedoch nicht angestrebt, zumal die bisher gehabten Führungsmethoden ausreichen und der Aufbau einer vielgliedrigen Auslandsabteilung mangels fähiger und erfahrener Persönlichkeiten scheitert. Die Vernachlässigung der Auslandsabteilung führt leicht zu einer Isolierung der Konzernführung von den auswärtigen Problemen und Möglichkeiten. Bei mangelhafter Koordinierung der Abteilungen kann die auf diversifizierte Produkte spezialisierte Auslandsabteilung aus egoistischen Motiven heraus die Bemühungen der Konzernführung hintertreiben, die Hilfsquellen des Gesamtkonzerns zu mobilisieren und die freigesetzten Mittel den ausgemachten Schwerpunkten zuzuführen.

In der geographisch bestimmten Organisationsstruktur liegen Handlungsfreiheit und Verantwortlichkeit bei eigens eingesetzten Bereichs-Managern. Der obersten Führung bleibt die Verantwortung für die weltweite Konzernpolitik vorbehalten. Sie entscheidet auch, in welchen Branchen sich der Konzern betätigt und welche Standorte die Betriebe einzunehmen haben.

Innerhalb dieses Rahmens untersteht dem Bereichs-Management die Anpassung der Grundprodukte an die örtlichen Verhältnisse. Damit wird der heimische Markt zu einem unter mehreren Teilmärkten, in denen Produktion und Absatz zu integrierten Einheiten zusammengefaßt sind. Die organisatorische Bildung von Teilmärkten schließt den konzerninternen Leistungsaustausch der geographisch getrennten Betriebs- und Markteinheiten nicht aus. Diese Organisationsstruktur wird meist bei eng verwandten Produkten wie Pharmazeutika, landwirtschaftlichen Maschinen, alkoholfreien Getränken, Haushaltsmaschinen, Mineralölprodukten ¹⁾ oder verpackten Nahrungs- und Genussmitteln verwirklicht. Die in hohen Stückzahlen produzierten Güter können in gleichartigen, nur durch geringe geographische Unterschiede nuancierten, Endverbraucher-Märkten der ganzen Welt verkauft werden. Bei entfernt verwandten Produkten, wie denen der elektrotechnischen Industrie, findet die geographische Organisationsstruktur seltener Anwendung. Diese Erzeugnisse müssen der landesüblichen Nachfrage noch angepaßt werden. Der Nachteil der geographischen Aufgliederung besteht darin, daß bei abnehmendem Verwandtschaftsgrad der Produkte die innerkonzernliche Zusammenarbeit erschwert wird ²⁾.

Diesem Mangel sucht die produktbezogene Organisationsstruktur zu begegnen. Hier werden Produkte oder Produktgruppen in der Spitze organisatorisch

1) So bemüht sich die Führung der internationalen Mineralölkonzerne um die Erlangung von Konzessionen, die Planung der Raffineriekapazitäten und den Aufbau des Transportwesens. Innerhalb dieses Rahmens betätigen sich die auf Kontinente oder Ländergruppen spezialisierten Bereichs-Manager.

2) Vgl. Clee-Schachtjen, Organizing a Worldwide Business, aaO, S. 61 f.

zusammengefaßt und durch Stabsstellen koordiniert. Dieses Schema wird bei Konzernen mit stark diversifiziertem Leistungsprogramm ebenso angewandt wie bei einigen Mineralölkonzernen, die neben dem konventionellen Ölgeschäft eine weltweit gestreute petrochemische Produktion aufgebaut haben. Verschiedenartige Märkte der produktiven und konsumtiven Verwendung, hohe Frachtkosten und Zölle legen die örtliche Produktion und die ihr entsprechende Organisationsform nahe. Bei gewichtigen Inlandsmärkten besteht die Gefahr, daß das Produkt-Management die auswärtigen Märkte vernachlässigt oder daß die Produktgruppen sich zusehend voneinander abkapseln und ein Eigenleben zu führen beginnen. Um die Gefahren der dargestellten reinen Organisationsstrukturen zu bannen, sucht man den Ausweg in der Kombination der geographischen mit der produktbezogenen Organisation. Der Erfolg hängt dann von der richtigen Dosierung beider Elemente ab ¹⁾.

Die bereits oben zusammengestellten und erörterten Strukturdaten internationaler Unternehmen sind als Zwischenergebnisse ihrer unter langfristigen Aspekten zu betrachtenden globalen leistungswirtschaftlichen Steuerung zu betrachten. Der Darstellung ist zu entnehmen, daß die weltweit gestreuten Konzernglieder als Teile eines übergeordneten Ganzen zu begreifen sind, die nicht nur durch Kapitalbesitz, sondern auch durch einen Lieferungs- und Leistungsaustausch unterschiedlicher Intensität miteinander verbunden sind ²⁾.

1) Vgl. Clee-Schachtjen, Organizing a Worldwide Business, aaO, S. 63 ff.

2) Vgl. Seite 377 ff. dieser Arbeit.

Als instruktives Beispiel einer durch intensive Lieferbeziehungen bewirkten weltweiten leistungswirtschaftlichen Konzernintegration sei der Mannesmann-Konzern zitiert. Seine diesbezügliche Publizität ist für deutsche Verhältnisse vorbildlich. Danach hat der Stahlkonzern im Jahre 1965 einschließlich seiner in- und ausländischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, an denen die Muttergesellschaft mindestens hälftig beteiligt ist, insgesamt 5,3 Mrd. DM umgesetzt. Die Innenlieferungen machten mit 1,144 Mrd. DM den hohen Anteil von 21,6 vH des Gesamtumsatzes aus. Im inländischen Konsolidierungskreis war der Anteil der Innenumsätze mit 22,2 vH der mit 4,321 Mrd. DM bezifferten Gesamtumsätze nicht wesentlich höher. Bereits aus diesen Angaben ist zu schließen, daß die leistungswirtschaftliche Integration auch zur Konzernperipherie hin nicht wesentlich an Intensität einbüßt. In dem ausländischen (nicht konsolidierten) Konzernbereich ist sogar das Gegenteil der Fall. Von den mit 636 Mill. DM bezifferten Eigenumsätzen sämtlicher Auslandsgesellschaften bestanden 29,2 vH in Innenlieferungen. Der Grad der leistungswirtschaftlichen Konzernintegration ist bei den europäischen Konzerngesellschaften, die insgesamt 252 Mill. DM umgesetzt haben, mit 32,9 vH am höchsten. Auch die auf dem nordamerikanischen Kontinent arbeitenden Konzerngesellschaften stehen in einem intensiven Leistungsaustausch. Er machte 31,4 vH des Gesamtumsatzes in Höhe von 236 Mill. DM aus. Von den in Südamerika umgesetzten 148 Mill. DM hatten die gegenseitigen Lieferungen einen Anteil von 19,6 vH ¹⁾. Inwieweit die für die einzelnen Kontinente errechenbaren Innenumsätze auch interkontinentale Lieferungen enthalten haben, kann aus den Darlegungen nicht ersehen werden.

1) Vgl. Geschäftsbericht Mannesmann, 1965, S. 8 f. und S. 23.

2. Die finanzwirtschaftliche Führung

Auch in finanzwirtschaftlicher Hinsicht wird der internationale Konzern mit Sonderproblemen konfrontiert, die bei lediglich nationaler Geschäftstätigkeit nicht auftreten und sich auch von den finanzwirtschaftlichen Risiken des Zahlungsausgleichs und der Zahlungssicherung im Außenhandel ¹⁾ wesentlich unterscheiden, da es sich zumeist um konzerninterne Finanzierungsvorgänge handelt.

Der internationale Konzern kann oder muß seine finanziellen Mittel auf abgegrenzten Kapitalmärkten mit eigenen Normen und Kosten beschaffen. Bei der Finanzierung von Investitionen in einem bestimmten Land hat er zu prüfen, auf welche externen in- oder ausländischen Kapitalquellen zurückzugreifen ist. Die Tochtergesellschaften unterliegen in den einzelnen Ländern unterschiedlich gearteten und bemessenen Ertragsteuern, von deren Niveau der Umfang konzerninterner Kapitalzuteilungen abhängen kann. Selbst der Transfer erzielter Gewinne wird länderspezifisch unterschiedlich genehmigt und besteuert, wobei die oben dargestellte Umlenkung über Drittländer eine besondere Rolle spielen kann. Das Arbeiten in verschiedenen Währungsgebieten bedeutet die Inkaufnahme unterschiedlicher Inflationsraten und die Inkaufnahme von Wechselkursrisiken ²⁾.

Die Lösung auch dieser Probleme wird immer zwischen zwei Extremen liegen, die in einer völligen Zen-

1) Vgl. Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung ^{2.Afl,}
aaO, S. 181 ff.

2) Vgl. Smith, Dan Throop, Financial Variables in International Business, in: Harvard Business Review, Januar-Februar 1966, S. 93 ff.

tralisation oder Dezentralisation der Verfügungsgewalt bestehen. Faßt die Konzernführung das internationale Unternehmensgebilde als markt- und produktionswirtschaftlich integrierte Einheit auf, wird sie die finanzielle Führung zwecks Maximierung des Gesamtgewinns wie in einem großen nationalen Konzern straffen, um die erzielten Finanzüberschüsse immer den Bereichen zuzuführen, welche die besten Gewinnchancen versprechen. Sieht sich die Muttergesellschaft jedoch nur in der Rolle eines Investors, wird sie ihre Auslandsbeteiligungen als Großabnehmer oder Lieferanten betrachten, die vielleicht zwar der technischen und kaufmännischen Hilfe bedürfen, ansonsten aber selbständig arbeiten. Von ihnen mag die Muttergesellschaft nur den Teil des Gewinns übernehmen, den sie auch ihren Aktionären vom eigenen Gesamtgewinn zukommen läßt ¹⁾.

Im folgenden sei der konzerninterne Finanzverkehr jener größeren in- und ausländischen Unternehmensgruppen untersucht, deren inländische Konzernteile mit dem Ausland einen intensiven Leistungs- und Finanztausch pflegen. Es handelt sich um 240 im Inland domizilierende Firmen, die als Schwester- oder Tochtergesellschaften meist großer internationaler Konzerne gelten sowie um 477 nicht in ausländischem Beteiligungsbesitz stehende inländische Unternehmen, die meist als Obergesellschaften auslän-

1) Vgl. Smith, Dan Throop, Financial Variables in International Business, aaO, S. 103.

discher Unternehmen anzusehen sind ¹⁾.

Ende September 1966 waren deutsche Unternehmen gegenüber dem Ausland in Höhe von 5,5 Mrd. DM kurzfristig verschuldet. Mit 2,2 Mrd. DM entfielen 44 vH dieser Auslandsverbindlichkeiten auf Firmen, die in ausländischem Mehrheitsbesitz standen ²⁾.

1,9 Mrd. DM wurden allein von 130 Unternehmen geschuldet, bei denen die ausländische Beteiligungsquote über 90 vH lag. Diese hauptsächlich in der Maschinenbau- und Fahrzeugindustrie, der Elektrotechnik, der Mineralölverarbeitung und dem Bergbau tätigen Unternehmen sind regelmäßig in den Finanzkreislauf großer internationaler Konzerne einbezogen, der über konzerninterne Verrechnungskonten (intercompany accounts) abgewickelt wird ³⁾.

1) Bei den genannten Unternehmen handelt es sich um einen Kreis von rund 700 Firmen, die der deutschen Bundesbank einen "Auslandsstatus" zu melden haben, sobald die von ihnen gewährten oder in Anspruch genommenen kurzfristigen Finanzkredite und Guthaben im Ausland am Monatsende 100 000 DM und mehr erreicht haben. Diese Unternehmen berichten zugleich über den Stand ihrer mittel- und langfristigen Finanzkredite sowie über ihre Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland. Ende September 1966 waren 717 Unternehmen berichtspflichtig. Vgl. Deutsche Bundesbank, Die Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten der Unternehmen, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 18. Jg., 1966, Nr. 11, S. 3 ff.

2) Die übrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten bestanden gegenüber ausländischen Kreditinstituten und wurden meist im Zusammenhang mit der technischen Abwicklung der Außenhandelsfinanzierung eingegangen. Bei den dieserart verschuldeten Unternehmen handelt es sich hauptsächlich um exportintensive Firmen, an denen keine überwiegenden Auslandsbeteiligungen bestanden. Vgl. Deutsche Bundesbank, Die Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten der Unternehmen, aaO, S. 7.

2) Zur banktechnischen Abwicklung der Außenhandels-geschäfte vgl. insbesondere Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung, aaO, S. 189 ff.

Die bei den als Investitionsdrehscheiben fungierenden ausländischen Mutter- oder Finanzierungsgesellschaften (base-companies) aufgenommenen Gelder werden zwar als kurzfristig deklariert, erfüllen jedoch vielfach die Aufgaben langfristiger Kredite oder dienen gar als Vorstufen oder Ersatzformen für haftendes Kapital. Das ergibt sich aus der zwischenzeitlichen Beobachtung, daß von Ende 1964 bis September 1966 rund 1,1 Mrd. DM ursprünglich kurzfristig gewährter Kredite an vollständig oder mehrheitlich in ausländischer Hand befindliche Unternehmen in langfristige Darlehen oder gar in Eigenkapital, meist in Form von Rücklagen, umgewandelt worden sind. Beim Ausbau der Auslandsstützpunkte spielt die Vorfinanzierung mit Forderungskapital und die spätere Konsolidierung durch Umwandlung in Beteiligungskapital ohnehin eine wichtige Rolle ¹⁾.

An langfristigen Auslandskrediten haben die inländischen Unternehmen insgesamt 4,8 Mrd. DM in Anspruch genommen. Davon entfiel die Hälfte auf Tochter- und Beteiligungsgesellschaften ausländischer Konzerne. Sie haben den größten Teil der Dar-

1) Die zwischenzeitlich verstärkte Konversion kurzfristiger Mittel in Haftungskapital dürfte unter anderem auf die amerikanischen Maßnahmen zum Ausgleich der Zahlungsbilanz zurückzuführen sein. Dadurch sahen sich zahlreiche amerikanische Unternehmen veranlaßt, ihre Auslandsinvestitionen nicht durch den bisher ausgeübten Kapitalexport, sondern vermehrt durch Mittelbeschaffung außerhalb der Vereinigten Staaten zu finanzieren. Der erste Schritt hierzu bestand daher in der Verbreiterung der Haftungskapitalbasis der ausländischen Konzernglieder. Vgl. Deutsche Bundesbank, Die Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten der Unternehmen, aaO, S. 5.

lehen vermutlich bei den ausländischen Mutter- oder Finanzierungsgesellschaften aufgenommen¹⁾. In der langfristigen Verschuldung gegenüber dem Ausland stehen die inländischen Gliedunternehmen der internationalen Konzerne der Mineralölindustrie, des Fahrzeug- und Maschinenbaus sowie der Nahrungs- und Genußmittelindustrie im Vordergrund. Das mag mit den besonderen Wachstumschancen dieser Industriezweige ebenso zu begründen sein wie mit den derzeitigen Schwierigkeiten der Kapitalaufnahme im Inland. Auch die langfristigen Darlehensforderungen können durch die ausländischen Gläubiger zu gegebener Zeit in Beteiligungskapital umgewandelt werden.

Unter den Gläubigerländern dominierten die Vereinigten Staaten mit 1,7 Mrd. DM und die EWG-Partner mit 1,4 Mrd. DM. Damit findet die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung durch Intensivierung der internationalen Kapital- und Kreditbeziehungen ihren sichtbaren Ausdruck. Einschränkend sei jedoch

1) Nach dem Appell der amerikanischen Regierung an die Großunternehmen, die Kapitalversorgung ihrer Auslandsniederlassungen außerhalb der Vereinigten Staaten sicherzustellen, haben Tochtergesellschaften namhafter amerikanischer Firmen in der Zeit von Juni 1965 bis November 1966 allein in Europa für rund 800 Mill. US \$ Obligationen emittiert. Zum Zwecke der Kapitalaufnahme mußten die durch Bürgschaften der Muttergesellschaften gesicherten Finanzierungsgesellschaften vielfach erst im Heimatland, vornehmlich im Staate Delaware, oder in Luxemburg gegründet werden. Die begebenen Anleihen wurden teilweise mit Wandlungsrechten ausgestattet, um ihren Absatz bei annehmbaren Zinssätzen zu sichern. Im genannten Emissionsbetrag ist die zum Tausch gegen Aktien der Deutschen Erdöl Aktiengesellschaft, Hamburg, ausgegebene Wandelanleihe der Deutschen Texaco Ltd., Dover/Delaware, USA, mit Wandlungsrecht auf Aktien der Texaco Inc., New York, im Nennwert von 179,5 Mill. US \$ nicht enthalten. Vgl. Commerzbank (Hrsg.), Bericht zur Wirtschaftslage, Mitte November 1966, S. 6 f.

vermerkt, daß die Verflechtungen bei 4,8 Mrd. DM hereingenommenen und 1,8 Mrd. DM ausgeliehenen Darlehen einseitig ausgerichtet sind.

Bei der Darlehensgewährung an das Ausland hielten sich die inländischen Glieder ausländischer Konzerne insgesamt zurück. Unter den Kreditgebern taten sich vielmehr die Muttergesellschaften deutscher Konzerne hervor, die den Ausbau ihrer Auslandsbeteiligungen zunächst durch konzerninterne Kredite finanzierten. Bei der Würdigung der gesamten internationalen innerkonzernlichen Kreditgewährung ist nicht zuletzt das derzeit im internationalen Vergleich hohe deutsche Zinsniveau zu berücksichtigen ¹⁾.

Die gesamtwirtschaftliche Betrachtung bildet den Hintergrund der folgenden typisiert einzelwirtschaftlichen Analyse der konzerninternen Kreditverflechtungen. Ihr liegt die nachstehende Tabelle Tabelle 45:

Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von 717 inländischen Unternehmen ¹⁾
nach der Höhe der ausländischen Beteiligungsquote
Ende September 1966

Inländische Unternehmen		Kredite insgesamt			Finanzkredite			Leistungskredite		
Ausländische Beteiligungsquote vH	Anzahl	Verbindlichkeiten MILLDM je Unternehmen	Forderungen vH Sp. 3		Verbindlichkeiten MILLDM je Unternehmen	Forderungen vH Sp. 6		Verbindlichkeiten MILLDM je Unternehmen	Forderungen vH Sp. 9	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Über 90	132	42,5	7,3	17,2	32,4	2,2	6,8	10,1	5,1	50,5
Über 50 bis 90	41	18,6	6,5	34,9	13,0	1,4	10,8	5,6	5,1	91,1
Über 25 bis 50	24	25,4	14,4	56,7	19,0	1,8	9,5	6,4	12,6	196,9
Über 0 bis 25	43	31,0	51,5	166,1	26,1	5,2	19,9	4,9	46,2	942,9
keine Beteiligungen	477	12,4	13,1	105,6	7,9	2,4	30,4	4,4	10,7	243,2
Insgesamt	717	19,8	14,0	70,7	14,2	2,4	16,9	5,6	11,5	205,4

1) Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft ohne Kreditinstitute.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 18 Jg., 1966, Nr. 11, S. 12 f.

1) Vgl. Deutsche Bundesbank, Die Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten der Unternehmen, aaO, S. 8 f.

zugrunde, die den durchschnittlichen "Auslandsstatus" der im Inland domizilierenden Unternehmen zum Gegenstand hat. Soweit die Firmen ganz oder teilweise in ausländischem Beteiligungsbesitz stehen, sind sie nach vier Beteiligungsquotengruppen untergliedert. Die durchschnittlich empfangenen und gewährten Kredite der 717 eigentumsrechtlich typisierten Unternehmen sind in ihrer Gesamtheit und, nach Finanz- und Leistungskrediten aufgeschlüsselt, ermittelt worden.

Bei den in Auslandsbesitz stehenden Unternehmen ist die in Spalte 3 wiedergegebene durchschnittliche Auslandsverschuldung bei hohen ausländischen Beteiligungsquoten am höchsten. Mit sinkender Anteilsquote nimmt die Verschuldung gegenüber dem Ausland ab. Andererseits nehmen die Forderungen an das Ausland mit sinkender Beteiligungsquote zu. Die Gegenläufigkeit spiegelt sich in den in Spalte 5 errechneten Werten wider, die angeben, in welchem Verhältnis die Verbindlichkeiten durch entsprechende Forderungen gedeckt sind. Bei den zu mehr als 90 vH in Auslandsbesitz stehenden Unternehmen beträgt die Deckung nur 17,2 vH ¹⁾, steigt aber mit abnehmender Beteiligungsquote kontinuierlich an. Das gilt auch hinsichtlich der detaillierten Leistungs- und Finanzkredite, jedoch mit dem Unterschied, daß die Leistungsforderungen der kapitalarmen, aber exportintensiven deutschen Unternehmen ihre reinen

1) Die Bedeutung der Beteiligungsquotengruppe "über 90 vH bis 100 vH" wird dadurch unterstrichen, daß sie rund 78 vH des gesamten nominellen ausländischen Beteiligungskapitals (13 Mrd. DM) an deutschen Unternehmen darstellt. Die Gruppe "über 50 vH bis 90 vH" repräsentiert weitere 10,7 vH des Nominalwertes des ausländischen Beteiligungsbesitzes in der Bundesrepublik Deutschland. Vgl. Deutsche Bundesbank, Die Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals, aaO, S. 19; vgl. hierzu auch Seite 119 ff. dieser Arbeit.

Finanzforderungen mehrfach übertrafen. Desgleichen wurden die Verbindlichkeiten auf Grund von Leistungen durch Leistungsforderungen wesentlich höher gedeckt als die korrespondierenden reinen Finanzpositionen.

Bei den Unternehmen, an denen keine wesentlichen Auslandsbeteiligungen bestanden, enthält der Gesamt- wie der Leistungsstatus Werte, die den Daten jener Unternehmen entsprechen, an denen das Ausland mit einfachem oder qualifiziertem Minderheitsbesitz beteiligt war. Nur bei den reinen Finanzkrediten erreichte die Deckung der Verbindlichkeiten durch entsprechende Forderungen mit 30,4 vH den höchsten Grad. Hierin spiegelt sich der Kapital-export der inländischen Konzernmütter wider, die ihren Auslandsunternehmen neben den Leistungskrediten auch reine Finanzkredite in nennenswertem Umfang zur Verfügung gestellt haben.

Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse

Die Bearbeitung der Frage nach dem konzernpolitischen Erkenntniswert der Berichterstattung privatwirtschaftlicher Unternehmen setzte eine gedanklich Trennung der darin enthaltenen Teilfragen voraus. Ging es einerseits um die Gewinnung einer Theorie zu den konzernpolitischen Führungsentscheidungen aus der Unternehmensberichterstattung, so bestand die Aufgabe andererseits in der Klärung der Frage, ob und inwieweit sich die Berichterstattung privatwirtschaftlicher Unternehmen dazu eignet, dem externen Betrachter etwas über die Kriterien und Beweggründe der konzernpolitischen Entscheidungen zu vermitteln.

Die Bearbeitung hat gezeigt, daß die Unternehmensberichterstattung nur bedingt geeignet ist, etwas über die konzernpolitischen Entscheidungen und die ihnen zugrundeliegenden Grundsätze auszusagen. Das liegt daran, daß die konzernbezogene Publizitätspolitik eine Funktion der Konzernpolitik ist. Macht und Herrschaft als die wichtigsten Medien der Konzernpolitik vereinbaren sich im Grunde nicht mit einer ungebrochenen Publizität. Der gesetzliche Zwang und das Angewiesensein auf das Wohlwollen der Marktpartner und der Öffentlichkeit sorgen für eine nur bedingt verwertbare Konzernpublizität. Sie wird durch das Prisma der von der Konzernpolitik gesetzten Zwecke der Publizitätspolitik gebrochen. Im Extremfall heiligt der konzernpolitische Zweck der Geheimhaltung das publizitätspolitische Mittel des Verschweigens oder der Irreführung.

Trotz dieser Mängel vermittelt die gegenwärtige konzernbezogene Publizität einige Einsichten, die ohne sie nicht zu gewinnen wären. So hat die Unter-

suchung gezeigt, daß der Konzern als der Prototyp des externen Unternehmenswachstums anzusehen ist. Die Konzernpolitik erstrebt damit die gleichen unternehmerischen Ziele, die sonst nur durch die Verschmelzung von Unternehmen erreicht werden können. Da die Durchführung der Verschmelzung durch handels- und steuerrechtliche Vorschriften erschwert wird, genießt die Konzernierung den Vorzug. Die Konzernbildung beruht vornehmlich auf dem Erwerb von Unternehmensbeteiligungen. Im Vergleich zur Verschmelzung bietet der Beteiligungserwerb nicht nur den Vorteil des weitgehenden Ausschlusses der Öffentlichkeit bei der Durchführung der Unternehmenszusammenfassung, sondern auch die Möglichkeit, gerade den Anteil an interessierenden Unternehmen zu erwerben, der notwendig oder möglich ist. Andererseits erleichtert es die rechtliche Selbständigkeit der Konzernglieder, sich von bestimmten Geschäftszweigen zu trennen, wenn sie nicht mehr in das unternehmenspolitische Konzept passen.

Die Höhe der einzugehenden Beteiligung ergibt sich aus den konzernpolitischen Zwecken der Einflußnahme und Haftungsbegrenzung. Sie werden unter Berücksichtigung der gesellschafts- und steuerrechtlichen Daten angestrebt. Diese bestimmen die Wahrnehmung der mitgliedschaftlichen Stimmrechte und bestimmter steuerrechtlicher "Privilegien". Letztere dienen dem Ausgleich jener Steuernachteile, die der Konzern gegenüber dem rechtseinheitlichen Unternehmen aufgrund der rechtlichen Selbständigkeit seiner Glieder hat.

Die rechtliche Selbständigkeit der Konzernglieder kann ihre leistungs- und finanzwirtschaftliche Zusammenarbeit behindern, da besondere gesellschafts-

rechtliche Formvorschriften für eine Trennung der Eigentums- und Verantwortungsbereiche sorgen. Jedes Konzernglied hat seine eigenen Leitungsorgane. Sie sind grundsätzlich nicht der Konzernführung verantwortlich. Sie haben eigenverantwortlich zu handeln, um den Interessen der Gläubiger und Gesellschafter ihres Unternehmens zu dienen. Eine entsprechende gesetzliche Regelung und mit ihr gekoppelte Publizitätspflicht beeinträchtigt die Weisungsmacht der Konzernführung erheblich. Das gilt insbesondere dann, wenn Minderheiten an den Konzerngliedern beteiligt sind. Die Zusammenarbeit mit konzernexternem Eigenkapital erschwert insbesondere die Verrechnung innerkonzernlicher Lieferungen und Leistungen sowie die konzerninterne Arbeitsteilung und Integration der Glieder. Das gilt auch für die konzerninterne Realisierung und Übertragung von Gewinnen einschließlich der Abschreibungsgegenwerte.

Die genannten Nachteile werden durch die Verwirklichung der aktienrechtlichen Tatbestände der Eingliederung und des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages sowie der steuerlichen Rechtsfiguren der Organschaft, Unternehmereinheit und des Schachtelprivilegs weitgehend neutralisiert.

Neben den Möglichkeiten und Bedingungen, die im Bereiche der nationalen Konzernpolitik die Bildung und Beibehaltung der Konzernorganisation bestimmen, stehen jene Faktoren, die bei der Einbeziehung ausländischer Standorte in die Konzernpolitik wirksam werden. Risiko- und steuerpolitische Gesichtspunkte sowie die äußerliche Anpassung an die Bedingungen der Gastländer machen es erforderlich, die Auslandsbetriebe rechtlich zu verselbständigen.

Nicht zuletzt bedingt die optimale Wahrnehmung der Marktfunktionen im nationalen und internationalen Bereich den Einsatz mehrerer, nach außen hin selbständig auftretender Unternehmen. Je nach Art der Angebots- oder Nachfrageverhältnisse kann der Konzern günstigere Marktergebnisse erzielen, wenn die Firmenbezeichnungen auf die Konzernzusammengehörigkeit hinweisen oder diese verdecken.

Die Untersuchung hat gezeigt, daß die Aktiengesellschaft trotz der rechtsformbedingten Publizitätspflicht das wichtigste Instrument der nationalen und internationalen Konzernpolitik ist. Sie ist die eigentliche Basis der Konzernbildung und -erweiterung. Dabei ist es gleichgültig, ob sie als Publikumsgesellschaft "eigene" konzernpolitische Entscheidungen trifft oder ob sie als Befehlsempfänger eines herrschenden Unternehmens bzw. Unternehmers tätig wird. Im letzteren Falle hat sie sich von dem ihr ursprünglich zugedachten Zweck der eigenständigen Gesellschaft mit weitgestreutem Aktienbesitz weitgehend entfernt.

Tabelle 46:

Name und Sitz der Gesellschaft

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft AEG-Telefunken, Berlin-Frankfurt/M.	a
Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft, Ludwigshafen (Rhein)	b
BP Benzin und Petroleum Aktiengesellschaft, Hamburg	c
Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar	d
Chemie-Verwaltungs-Aktiengesellschaft, Frankfurt/M.	e
Daimler-Benz Aktiengesellschaft, Stuttgart	f
Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft, Düsseldorf	g
Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft, Hamburg	h
Deutsche Shell Aktiengesellschaft, Hamburg	i
Dortmund-Hörder Hüttenunion Aktiengesellschaft, Dortmund	j
Farbenfabriken Bayer Aktiengesellschaft, Leverkusen	k
Farbwerke Hoechst Aktiengesellschaft, Frankfurt(Main)-Hoechst	l
Gelsenkirchener Berwerks-Aktien-Gesellschaft, Essen	m
Glanzstoff Aktiengesellschaft, Wuppertal	n
Gutehoffnungshütte Aktienverein, Nürnberg-Oberhausen	o
Hoesch Aktiengesellschaft, Dortmund	p
Mannesmann Aktiengesellschaft, Düsseldorf	q
Metallgesellschaft Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main)	r
PREUSSAG Aktiengesellschaft, Berlin-Mannover	s
Rheinische Stahlwerke, Essen	t
Salzdetfurth AG, Hannover	
Salzgitter AG, Berlin-Salzgitter-Drütte	
Siemens Aktiengesellschaft, Berlin-München	
August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft, Duisburg-Hamborn	
Vereinigte Elektrizitäts- und Berwerks-Aktiengesellschaft, Bonn-Berlin	
Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft (VIAG), Berlin-Bonn	
Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Wolfsburg	
Wintershall Aktiengesellschaft, Celle-Kassel	

Großaktionäre bis Ende 1965: a: 10 vH General Electric Company, New York; b: 100 vH The British Petroleum Company Limited, London; c: über 50 vH -VG- Verwaltungsgesellschaft für industrielle Unternehmungen Friedrich Flick GmbH., Düsseldorf und -HGI- Hessische Gesellschaft für industrielle Unternehmungen Friedrich Flick GmbH, Wetzlar; d: über 25 vH Dresdner Bank Aktiengesellschaft; e: über 25 vH (38 vH) -VG- Verwaltungsgesellschaft für industrielle Unternehmungen Friedrich Flick GmbH., Düsseldorf; über 25 vH Deutsche Bank Aktiengesellschaft; über 14 vH Quandt-Gruppe; f: 31 vH ALLIANZ Versicherungs-Aktiengesellschaft, München-Berlin; über 25 vH J.M. Voith GmbH., Heidenheim; 11 vH Elektro-Watt Elektrische und Industrielle Unternehmungen AG., Zürich; 6,4 vH Schweizerische Gesellschaft für Elektrische Industrie, Basel; g: über 90 vH Deutsche Texaco Ltd., Dover/Delaware (USA); h: 100 vH Royal Dutch/Shell-Gruppe; i: 43 vH Koninklijke Nederlandse Hoogovens en Staalfabrieken N.V., IJmuiden; j: über 25 vH Dresdner Bank Aktiengesellschaft; k: 75,7 vH Allgemeine Kunstzijde Unie N.V., Arnhem (Niederlande); l: "maßgeblich" Erben der Gründer; m: über 25 vH Siemens-Schuckertwerke Aktiengesellschaft, Berlin-Erlangen; über 25 vH Dresdner Bank Aktiengesellschaft; 17 vH Schweizerische Gesellschaft für Metallwerte, Zürich; n: 26 vH Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft, Bonn-Berlin; o: 100 vH Bundesrepublik Deutschland; p: 30 vH Thyssen Vermögensverwaltung GmbH, Düsseldorf; 13,2 vH Fritz Thyssen Stiftung; q: 36 vH BRD; r: 100 vH BRD; s: 20 vH BRD; 20 vH Land Niedersachsen, t: 50 vH Gewerkschaft Wintershall, Celle.

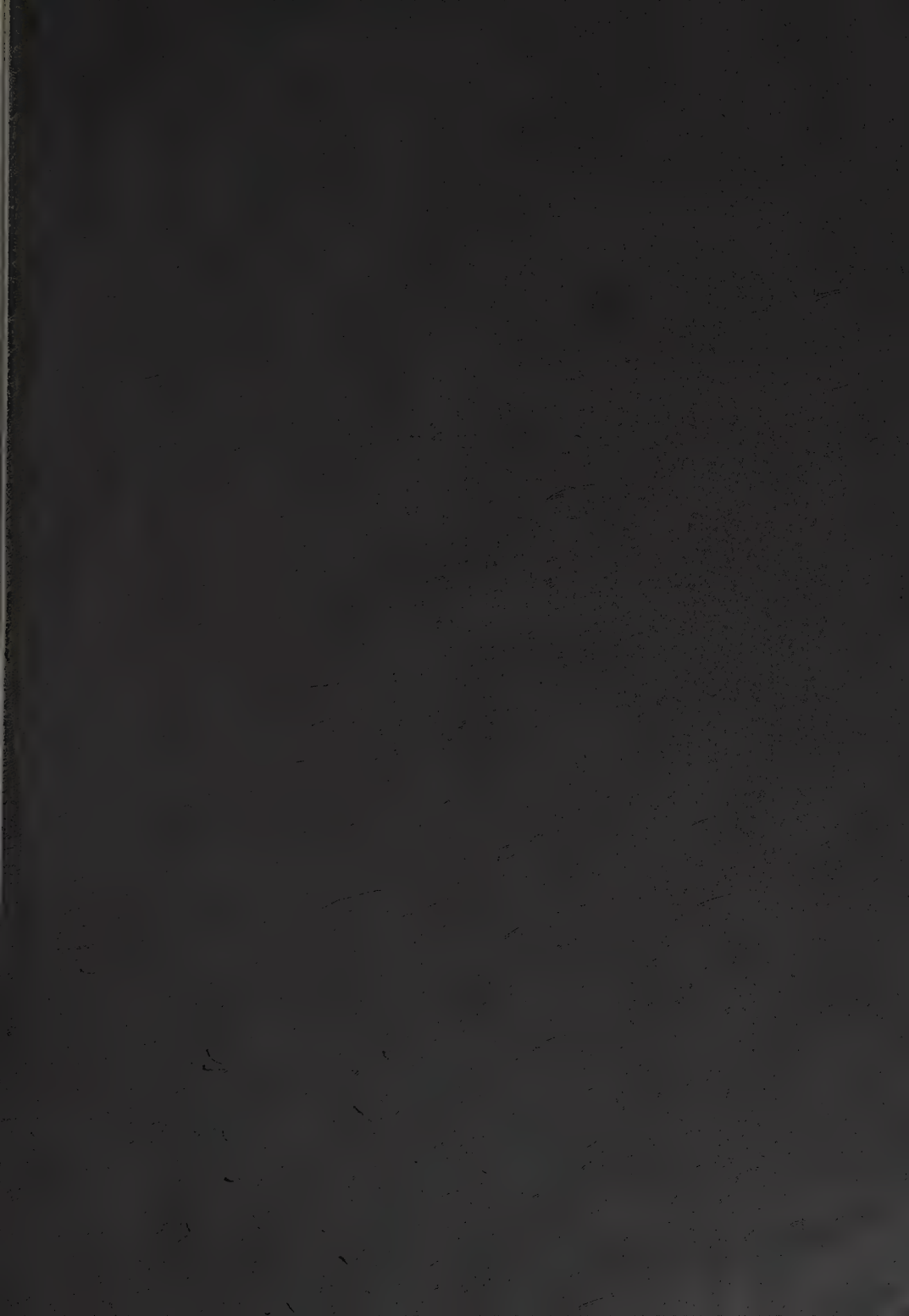
Quelle: Commerzbank Aktiengesellschaft (Hrsg.), Wer gehört zu wem. Mutter- und Tochtergesellschaften von A - Z, 7. Aufl., 1966.

Kurzform	Eigentum			Holding- typ		Industriezweig 1)								Pro- duktion	
	ST	GR	AL	RE	GE	MI	ES	CH	EL	NE	FA	MA	IN	AU	
2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
E G		x			x				x					x	
A S F	x				x			x						x	
P			x		x	x									
UDERUS		x			x							x	x		
HEMIE-VERWALTUNG		x		x				x					x		
AIMLER-BENZ		x			x						x			x	
DEUTSCHE CONTI-GAS		x			x				x				x		
E A		x			x	x							x		
DEUTSCHE SHELL			x		x	x							x		
H H U		x			x		x						x		
ARBENF. BAYER	x				x			x						x	
ARBW. HOECHST	x				x			x						x	
B A G		x			x	x							x		
LANZSTOFF		x			x			x					x		
H H		x		x								x	x		
OESCH	x				x		x						x		
ANNESMANN	x				x		x							x	
ETALLGESELLSCHAFT		x			x					x			x	x	
REUSSAG		x			x					x					
HEINSTAHL	x			x			x						x		
ALZDET FURTH	x			x		x								x	
ALZGITTER			x	x			x						x		
SIEMENS	x				x				x					x	
T H		x			x		x						x		
E B A		x		x		x							x		
I A G			x	x						x			x		
W		x			x						x			x	
INTERSHALL		x			x	x								x	
insgesamt	8	16	4	7	21	7	6	5	3	3	2	2	17	11	

) Industrieller Umsatzschwerpunkt ohne Elektrizitätserzeugung.

Symbole der Spalten 3 ff.: 3: Streubesitz; 4: Großaktionäre (neben Streubesitz); 5: Alleinaktionär; 6: Reine Holding; 7: Gemischte Holding; 8: Mineralölwirtschaft und Bergbau; 9: Eisen- und Stahlindustrie; 10: Chemische Industrie; 11: Elektroindustrie; 12: NE-Metallerzeugung; 13: Fahrzeugbau; 14: Maschinenbau; 15: Produktion nur im Inland; 16: Nennenswerte Produktion auch im Ausland.

Quelle: Geschäftsberichte der Gesellschaften.



T a b e l l e n v e r z e i c h n i s

Nr.		Seite
1	Einzelbeteiligungen an börsennotierten Aktiengesellschaften der Industrie, 1966	102
2	Das Eigentum am Grundkapital der deutschen Aktiengesellschaften, Ende 1956 und 1965	109
3	Aufgliederung des "sonstigen Dauerbesitzes" an deutschen Aktiengesellschaften, Ende 1965	112
4	Aufgliederung des Schachtelbesitzes von Aktiengesellschaften nach Beteiligungsgrößenklassen, Ende 1965	114
5	Unternehmen als Großaktionäre deutscher Aktiengesellschaften, 1965	117
6	Aufgliederung des ausländischen Dauerbesitzes an deutschen Aktiengesellschaften nach Eigentümerländern, Ende 1965	120
7	Die direkten Beteiligungen des Auslands am Nominalkapital deutscher Kapitalgesellschaften, Ende 1965	122
8	Aufgliederung des öffentlichen Dauerbesitzes am Kapital der Aktiengesellschaften nach Beteiligungsgrößenklassen, Ende 1965	125
9	Anzahl und Nominalwert der direkten Beteiligungen der öffentlichen Hand, 1960	126
10	Anzahl und Nominalkapital der in indirektem Mehrheitsbesitz von Bund und Ländern stehenden Unternehmen, 1960	128
11	Die Beteiligungen der drei großen Bundeskonzerne nach Beteiligungsgrößenklassen und Rechtsformen, 31. März 1959	130
12	Der Anteil der Beteiligungsbuchwerte am gesamten Anlagevermögen der deutschen Aktiengesellschaften, 1952 und 1961	158
13	Der Anteil der Beteiligungsbuchwerte am gesamten Anlagevermögen bei deutschen Industrie-Aktiengesellschaften, 1952 und 1961	160
14	Die Entwicklung der Buchwerte der Beteiligungen und Sachanlagen sowie des Eigenkapitals der deutschen Aktiengesellschaften, 1952 bis 1961	161
15	Die Entwicklung der Buchwerte der Beteiligungen und Sachanlagen sowie des Eigenkapitals der deutschen Industrie-Aktiengesellschaften, 1952 bis 1961	165
16	Anteile der Beteiligungsbuchwerte am gesamten Anlagevermögen in 105 Börsengesellschaften der EWG, 1962	167
17	Das Beteiligungsvermögen im Verhältnis zum gesamten Anlagevermögen und Eigenkapital bei ausgewählten deutschen Konzernobergesellschaften, Ende 1965	174

Nr.		Seite
18	Die Entwicklung der Buchwerte der Beteiligungen und Sachanlagen sowie des Eigenkapitals bei ausgewählten deutschen Konzernobergesellschaften, Anfang 1961 bis Ende 1965	178
19	Die Zu- und Abgänge im Beteiligungs- und Sachanlagevermögen bei ausgewählten deutschen Konzernobergesellschaften, Anfang 1961 bis Ende 1965	183
20	Die Abschreibungen im Beteiligungs- und Sachanlagevermögen bei ausgewählten deutschen Konzernobergesellschaften, Anfang 1961 bis Ende 1965	187
21	Die wirtschaftlichen Beteiligungsschwerpunkte bei der Verschachtelung der Aktiengesellschaften, Ende 1965	256
22	Die branchenbezogenen Beteiligungsschwerpunkte bei der Verschachtelung der Aktiengesellschaften (I), Ende 1965	257
23	Die branchenbezogenen Beteiligungsschwerpunkte bei der Verschachtelung der Aktiengesellschaften (II), Ende 1965	258
24	Die wirtschaftliche Zuordnung des Schachtelbesitzes an den Aktiengesellschaften verschiedener Wirtschaftsbereiche, Ende 1965	269
25	Die wirtschaftliche Zuordnung des Schachtelbesitzes an den Aktiengesellschaften verschiedener Wirtschaftszweige (I), Ende 1965	270
26	Die wirtschaftliche Zuordnung des Schachtelbesitzes an den Aktiengesellschaften verschiedener Wirtschaftszweige (II), Ende 1965	271
27	Wechselseitige Beteiligungen der Versicherungsaktiengesellschaften, 1960	277
28	Die Beteiligungsschwerpunkte von Versicherern und Nichtversicherern in den einzelnen Versicherungssparten, 1960	280
29	Die Eigentümerstruktur in den einzelnen Versicherungssparten, 1960	283
30	Die Verteilung der Beschäftigten auf einzelne Konzernbereiche, 1965	287
31	Die Verteilung der Umsatzerlöse auf einzelne Konzernbereiche, 1965	289
32	Die finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen im Rahmen des Gesamtvermögens bei ausgewählten deutschen Konzernobergesellschaften, Durchschnittswerte der Jahre 1961 bis 1965	305
33	Die Konzernforderungen im Rahmen der gesamten finanzwirtschaftlichen Konzernbindungen bei ausgewählten deutschen Obergesellschaften, Durchschnittswerte der Jahre 1961 bis 1965	308

Nr.		Seite
34	Gesamt- und organschaftliche Außenumsätze, 1964, Bundesgebiet einschließlich Berlin-West	318
35	Umsatzstruktur in 338 untersuchten Industrie- Organkreisen der Umsatzgrößenklassen über 10 Mill. DM, 1960	320
36	Anzahl der Organgesellschaften und Beteiligungsquoten in 338 Umsatz-Organkreisen, 1954 und 1960	322
37	Die Entwicklung der körperschaftsteuerlichen Organverhältnisse in 285 Konzernen, 1952 bis 1962	328
38	Die Entwicklung der körperschaftsteuerlichen Schachtelverhältnisse in 285 Konzernen, 1952 bis 1962	332
39	Das steuerliche Einkommen der Konzernspitzen, 1952 bis 1960 und 1960	341
40	Das Konzerneinkommen ausgewählter Konzernobergesellschaften, Durchschnittswerte der Jahre 1961 bis 1965	352
41	Die Neutralisierung der aus Ergebnisübernahmeverträgen stammenden Gewinne durch Verluste gleicher Herkunft bei ausgewählten Konzernobergesellschaften, Durchschnittswerte der Jahre 1961 bis 1965	355
42	Die am Konzerneinkommen gemessene Bruttorendite des Beteiligungsvermögens ausgewählter Konzernobergesellschaften, Durchschnittswerte der Jahre 1961 bis 1965	357
43	Strukturdaten zur wirtschaftlichen Betätigung großer Weltunternehmen, Ende 1965	377
44	Die Schwerpunkte der deutschen Direktinvestitionen im Ausland nach Ländern und Wirtschaftszweigen, 1952 bis 1964	428
45	Auslandsforderungen- und-verbindlichkeiten von 717 inländischen Unternehmen nach der Höhe der ausländischen Beteiligungsquote, Ende September 1966	447
46	Typologie von 28 deutschen Konzernobergesellschaften	

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

Bücher, Dissertationen und andere selbständige Schriften

- Adler, Hans - Düring, Walther - Schmaltz, Kurt, Die neue Gewinn- und Verlustrechnung, Ergänzungsband zur dritten Auflage des Handkommentars, Stuttgart 1961
- dies., Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1957
- Amonn, A. Leitfaden zum Studium der Nationalökonomie, Bern 1945
- Association Europeenne d'Etudes Juridiques et Fiscales, Paris (Hrsg.), Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im Gemeinsamen Markt, Probleme bei der Gründung, Baden-Baden 1964
- Bartels, Gerhard, Diversifizierung. Die gezielte Ausweitung des Leistungsprogramms der Unternehmung, Betriebswirtschaftliche Abhandlungen, N.F., Bd. 20, Stuttgart 1966
- Bartholdy, Karl - Seidler, Gerhard - Wilhelm, Gerhard, Zweigbetriebe, Niederlassungen und Beteiligungen im Ausland, München 1963
- Baumbach, Adolf - Hueck, Alfred, Aktiengesetz, 12. Aufl., München und Berlin 1965
- dies., GmbH-Gesetz, 8. Aufl., München und Berlin 1957
- Baumberger, H.U., Die Entwicklung der Organisationsstruktur in wachsenden Unternehmungen, Bern 1961
- Bayerische Hypotheken- und Wechselbank (Hrsg.), Wegweiser durch deutsche Aktiengesellschaften, München 1966
- Beckerath, Herbert von, Kräfte, Ziele und Gestaltungen in der deutschen Industriewirtschaft, 2. Aufl., Jena 1924
- Beckmann, Liesel, Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, 2. Aufl., Stuttgart 1956
- Beckmann, Liesel - Pausenberger, Ehrenfried, Gründungen, Umwandlungen, Fusionen, Sanierungen, Wiesbaden 1961
- Behrens, Karl Christian, Allgemeine Standortbestimmungslehre - mit einem Anhang über Raumordnung, Köln und Opladen 1961
- Beste, Theodor, Die Entflechtung der Eisenschaffenden Industrie, Köln und Opladen 1949
- Bidlingmaier, Johannes, Unternehmerziele und Unternehmerstrategien, Bd. VIII der Studienreihe Betrieb und Markt; Hrsg. Christian Behrens, Wiesbaden 1964

- Börnstein, Ulrich, Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz, Kommentar, Schriftenreihe zum Handbuch der Entwicklungshilfe, Hrsg. K. Krug, Bd. 12, Baden-Baden 1964
- Böttcher, Conrad - Meilicke, Heinz, Umwandlung und Verschmelzung von Kapitalgesellschaften, 5. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1958
- Bores, Wilhelm, Konsolidierte Erfolgsbilanzen und andere Bilanzierungsmethoden für Konzerne und Kontrollgesellschaften, Leipzig 1935
- Braun v. Stumm, Egbert, Die Dachgesellschaften im Aufbau deutscher Konzerne unter besonderer Berücksichtigung der Familien-Konzerne, Stuttgart und Berlin 1941
- Brönner, Herbert, Die Besteuerung der Gesellschaften, des Gesellschaftswechsels und der Umwandlungen, 11. Aufl., Stuttgart 1965
- Bühler, Ottmar, Prinzipien des internationalen Steuerrechts, München und Berlin 1964
- ders., Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, 3. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1956
- Büschgen, Hans E., Wertpapieranalyse. Die Beurteilung von Kapitalanlagen in Wertpapieren, Stuttgart 1966
- ders., Aktienanalyse und Aktienbewertung nach der Ertragskraft. Die Price-earnings ratio und die Schätzung des Reingewinns aus dem Steuerausweis bei deutschen Aktiengesellschaften, Bd. 2 der Beiträge zur Betriebswirtschaftslehre, Hrsg. Heinrich Rittershausen, Wiesbaden 1962
- Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft vom 29. Februar 1964, Bundestagsdrucksache IV/2320, Bonn 1964. Zit.: Berichtsband zur Konzentrationsenquete
- dass., Anlagenband zum Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft vom 29. Februar 1964, zu Bundestagsdrucksache IV/2320, Frankfurt a.M. 1964. Zit.: Anlagenband zur Konzentrationsenquete
- Bussmann, Karl Ferdinand, Kartelle und Konzerne, Stuttgart 1963
- Cassier, Siegfried C., Wer bestimmt die Geschäftspolitik der Großunternehmen? Das Verhältnis zwischen Kapitaleigentum und Entscheidungsgewalt, Frankfurt a.M. 1962
- Commerzbank AG (Hrsg.), Wer gehört zu wem. Mutter- und Tochtergesellschaften von A - Z, 7. Aufl., 1967
- Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung im Rahmen der betrieblichen Finanzwirtschaft, 2. Aufl., Wiesbaden 1967

- Deutsch, Paul, Grundfragen der Finanzierung im Rahmen der betrieblichen Finanzwirtschaft, Wiesbaden 1962
- Deutsche Bank AG (Hrsg.), Ausarbeitungen über deutsche Gesellschaften, Loseblattsammlung, div. Jahrgänge
- Deutsche Bundesregierung, Bericht über "Wettbewerbsverfälschungen, die sich aus Sitzverlagerungen in das Ausland und aus dem zwischenstaatlichen Steuergefälle ergeben (Steuerparadiesbericht)" vom 23. Juni 1964, Bundestagsdrucksache IV/2412
- Duden, Etymologisches Herkunftswörterbuch der deutschen Sprache, Hrsg. Paul Grebe, Mannheim 1963
- Eckhardt, Walter - Meyer - Arndt, Lüder (Hrsg.), Mehrwertsteuergesetz, Regierungsentwurf und Erläuterungen, Synoptische Ausgabe, Berlin 1964
- Edelkott, Dieter, Der Konzernabschluß in Deutschland. Eine Untersuchung über seine Aussagefähigkeit und seine zweckmäßige Gestaltung, Staatswissenschaftliche Studien, Hrsg. Edgar Salin und Gottfried Bombach, N.F., Bd. 48, Zürich 1963
- Everling, Wolfgang, Interne Konzernbeziehungen, Diss. Berlin 1957
- Friedlaender, Heinrich E., Konzernrecht unter Berücksichtigung der amerikanischen Praxis, 2. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1954
- ders., Konzernrecht, Mannheim 1927
- Fuchs, Hermann - Gerloff, Otto, Die konsolidierte Bilanz, Köln 1954
- ders., Begriff, Formen und Ausweis der Beteiligungen nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung im Jahresabschluß, Würzburg-Aumühle 1939
- Gadow, Wilhelm - Heinichen, Eduard - Schmidt, Eberhard - Schmidt, W. - Weipert, O., Aktiengesetz, Kommentar, Berlin 1939
- Godin, Reinhard Frh. v. - Wilhelmi, Hans, Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien vom 30. Januar 1937, 2. Aufl., Berlin 1950
- Gordon, R.A., Business Leadership in the Large Corporation, Washington 1945
- Grochla, Erwin, Betriebsverband und Verbandbetrieb. Wesen, Formen und Organisation der Verbände aus betriebswirtschaftlicher Sicht, Berlin 1959
- Giersch, Herbert, Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bd. I, Grundlagen, Wiesbaden 1960
- Gronau, Fr., Die Sicherung der Unternehmung, Stuttgart 1935

- Gunzert, Rudolf, Was ist Konzentration?, Wirtschaftssoziologische Studien, Hrsg. Rudolf Gunzert, Frankfurt a.M. 1960
- Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, Die Produktion, 11. Aufl., Berlin - Heidelberg - New York 1965
- Hardach, Fritz Wilhelm, Konzernorganisation, 2. Aufl., Köln und Opladen 1964
- Hartmann, Heinz, Amerikanische Firmen in Deutschland. Beobachtungen über Kontakte und Kontraste zwischen Industrie- und Handelsgesellschaften, Dortmunder Schriften zur Sozialforschung, Bd. 23, Köln und Opladen 1963
- Hausmann, Fritz, Die Tochtergesellschaft, Berlin 1923
- ders., Grundlegung des Rechts der Unternehmungszusammenfassungen, Berlin und Leipzig 1926
- ders., Konzerne und Kartelle im Zeichen der "Wirtschaftslenkung", Zürich - Leipzig 1938
- Hefermehl, Wolfgang, Aktiengesetz mit Einführungsgesetz. GmbH-Gesetz, München 1965
- Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, Teil I, Wiesbaden 1958
- ders., Handelsbilanzen, Teil II, Wiesbaden 1958
- Hellmann, Rainer, Amerika auf dem Europamarkt, US-Direktinvestitionen im Gemeinsamen Markt, Schriftenreihe zum Handbuch für Europäische Wirtschaft, Bd. 33, Baden-Baden 1966
- Hennig, Helmut, Entflechtung und Neuordnung der westdeutschen Montanindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Verbundwirtschaft zwischen Kohle und Eisen, Diss. Bern 1952
- Hick, Wilhelm, Der Verbund von Kohle und Eisen als betriebswirtschaftliches Problem, Köln und Opladen 1960
- Institut "Finanzen und Steuern" (Hrsg.), Verkehrsteuerliche Fragen bei der Eingliederung (§ 319 ff. AktG) - Grunderwerbsteuer und Gesellschaftsteuer -, Brief 88, Januar 1967, S. 1 ff.
- Institut "Finanzen und Steuern", (Hrsg.), Zur Frage der Gewinnverwirklichung beim innerkonzernlichen Leistungsverkehr, Brief 85, Bonn, Dezember 1966, S. 3 ff.
- Institut für Bilanzanalysen, Frankfurt a.M. (Hrsg.), Wochen-dienste, div. Jahrgänge
- Jakob, Herbert, Preispolitik, Wiesbaden 1963
- Jost, Theodor, Die steuerliche Bewertung von Beteiligungen, Würzburg 1938

- Kahle, Joachim, Aufbau und Finanzierung der deutschen Großkonzerne, Diss. Berlin, Würzburg - Aumühle 1940
- Katona, George, Psychological Analysis of Economic Behavior, First Edition, New York - Toronto - London 1951
- Kern, Peter R., Das Recht der Unternehmenszusammenschlüsse in der Montanunion, Berlin und Frankfurt a.M. 1955
- Kinnebrock, Franz, Kapitalverkehrsteuergesetz mit Durchführungsverordnung, Kommentar, 3. Aufl., München und Berlin 1960
- Koberstein, Günther, Unternehmenszusammenschlüsse, Essen 1955
- Koch, Helmut, Betriebliche Planung, Wiesbaden 1961
- Köhler, Hans, Über Konzerne und Konzernbilanzen, Hamburg 1950
- Krämer, Hans, Die Finanzpolitik westdeutscher Konzerne der Elektroindustrie, der chemischen Industrie und des Kohle-Eisen-Stahlbereichs von 1950 - 1959, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Hrsg. Hanns Linhardt, Heft 13, Berlin - München 1961
- Krollmann, Heinz, Organschaft im Steuerrecht, Herne - Berlin 1959
- Kropff, Bruno, Aktiengesetz, Textausgabe des Aktiengesetzes vom 6. 9. 1965 und des Einführungsgesetzes zum Aktiengesetz vom 6. 9. 1965, mit Begründung des Regierungsentwurfs, Düsseldorf 1965
- Krug, K. (Hrsg.), Handbuch der Entwicklungshilfe, Baden-Baden, Bonn, Loseblattsammlung, 27. Lieferung, Mai 1964
- Lange, Robert, Die steuerliche Bedeutung der Organschaftstheorie in wirtschaftlicher Betrachtung, Berlin und Frankfurt a.M. 1960
- Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, Düsseldorf 1964
- ders., Der Jahresabschluß in der Aktienrechtsreform, mit einem Vorschlag zur Änderung des Regierungsentwurfs, Wiesbaden 1961
- Lehmann, Helmut, Wesen und Formen des Verbundbetriebes. Ein Beitrag zur betriebswirtschaftlichen Morphologie, Betriebswirtschaftliche Forschungsergebnisse, Hrsg. Erich Kosiol und Erwin Grochla, Bd. 24, Berlin 1965
- Lenel, Hans Otto, Ursachen der Konzentration unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse, Tübingen 1962
- Lenski, Edgar, Körperschaftsteuer, 5. Aufl., Stuttgart 1964
- Liefmann, Robert, Kartelle, Konzerne und Trusts, 8. Aufl., Stuttgart 1930
- ders., Kartelle, Konzerne, Trusts, 7. Aufl., Stuttgart 1927

- Linhardt, Hanns, Grundlagen der Betriebsorganisation, Essen 1954
- Mattes, Helmut, Finanzierungsvorgänge im Konzern, Betriebswirtschaftliche Abhandlungen, N.F., Bd. 13, Stuttgart 1966
- Mellerowicz, Konrad, Kosten und Kostenrechnung, 3. Aufl., Berlin 1957
- ders., Unternehmenspolitik, Bd. I, Freiburg 1963
- ders., Unternehmenspolitik, Bd. III, Freiburg 1964
- Mennel, Annemarie, Die Steuersysteme in den sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone und in den Vereinigten Staaten von Amerika, Herne/Berlin 1964
- Mestmäcker, Ernst-Joachim, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre. Eine rechtsvergleichende Untersuchung nach deutschem Aktienrecht und dem Recht der Corporations in den Vereinigten Staaten, Karlsruhe 1958
- Meyer-Marsilius, Hans Joachim, Das Niederlassungsrecht in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Heft 12 der Schriftenreihe zum Handbuch für Europäische Wirtschaft, Hrsg. Heinrich Rieber, Baden-Baden, Bonn 1960
- Möller, Hans, Internationale Wirtschaftsorganisationen, Wiesbaden 1960
- Moxter, Adolf, Der Einfluß der Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962
- Mülhaupt, Ludwig, Der Bindungsgedanke in der Finanzierungslehre unter besonderer Berücksichtigung der holländischen Finanzierungs-literatur, Wiesbaden 1966
- Muldau, Bernd, US-Investitionen in der EWG, Hamburg 1966
- Naegeli, Eduard, Die Doppelgesellschaft als rechtliche Organisationsform der Kartelle, Konzerne und anderen Unternehmerzusammenschlüsse nach deutschem und schweizerischem Recht, Bd. I, Rechtssoziologischer Teil, Zürich - Berlin 1936
- Nicklisch, Heinrich, Die Betriebswirtschaft, 7. Auflage der Wirtschaftlichen Betriebslehre, Stuttgart 1932
- Obermüller, Walter - Werner, Winfried - Winden, Kurt, Aktiengesetz 1965, Erläuterung mit praktischen Hinweisen, Stuttgart 1965
- Oskierski, Wolfgang, Organschaftstheorie und Unternehmensbesteuerung, Schriftenreihe des Instituts für Steuerrecht der Universität zu Köln, Hrsg. Armin Spitaler, Bd. 55, Düsseldorf 1966
- Ott, Max, Die Bilanzprobleme bei Konzernverflechtung, Frankfurt a. M. 1960

- Pack, Ludwig, Betriebliche Investition. Begriff - Funktion - Bedeutung - Arten, Wiesbaden 1959
- Passow, Richard, Betrieb, Unternehmung, Konzern, Jena 1925
- Pastuszek, Horst, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspublizistik. Insbesondere Bankenpublizistik, Bankwirtschaftliche Schriftenreihe, Hrsg. Hanns Linhardt, Köln und Opladen 1959
- Pausenberger, Ehrenfried, Der Konzernaufbau. Versuch einer Morphologie des Konzerns, Diss. München 1957
- Philosophisches Wörterbuch, Hrsg. Georgi Schischkopf, 16. Aufl., Stuttgart 1961
- Pohmer, Dieter, Grundlagen der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Volks- und betriebswirtschaftliche Schriftenreihe der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, Hrsg. Erich Kosiol und Andreas Paulsen, Heft 12, Berlin 1958
- Rasch, Harold, Deutsches Konzernrecht, 3. Aufl., Köln - Berlin - Bonn - München 1966
- ders., Deutsches Konzernrecht, 2. Aufl., Köln - Berlin 1955
- Rädler, Albert J. und Raupach, Arndt, Deutsche Steuern bei Auslandsbeziehungen, München und Berlin 1966
- Rexhausen, Felix, Der Unternehmer und die volkswirtschaftliche Entwicklung, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 48, Hrsg. J. Broermann, Berlin 1960
- Robinson, E.A.G., The Structure of Competitive Industry, Cambridge 1959
- Sandig, Curt, Betriebswirtschaftspolitik, 2., völlig neu bearbeitete Auflage von "Die Führung des Betriebes". Betriebswirtschaftspolitik, Stuttgart 1966
- Schäfer, Erich, Die Unternehmung. Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 4. Aufl., Köln und Opladen 1961
- Schlienkamp, August, Mehrwertsteuergesetz. Textausgabe, Erläuterungen, Ausführliche Warenlisten, Darmstadt 1967
- Schmalenbach, Eugen, Die Beteiligungsfinanzierung, 9. Aufl., bearbeitet von Richard Bauer, Köln und Opladen 1966
- ders., Kostenrechnung und Preispolitik, 7. Aufl., Köln und Opladen 1956
- Schnettler, Albert, Betriebsanalyse, 2. Aufl. Stuttgart 1960
- Schuhmann, Werner, Der Konzernabschluß. Die Bilanzierungspraxis deutscher Konzerne, Schriftenreihe "Betriebswirtschaftliche Beiträge", Hrsg. Hans Münstermann, Wiesbaden 1962
- Schwantag, Karl, Aktiengesellschaft, (II) AG in wirtschaftlicher Hinsicht, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. I, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1956, S. 143 ff.

- Thomae, Hans, Der Mensch in der Entscheidung, München 1960
- Trumpler, Hans, Die Bilanz der Aktiengesellschaft nach Aktien- und Steuerrecht, Berlin - Leipzig 1937
- Vogel, Horst, Zur steuerlichen Behandlung zwischenstaatlicher Kapitalinvestitionen unter besonderer Berücksichtigung des Außensteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 42 der Schriftenreihe des Instituts für Steuerrecht der Universität zu Köln, Hrsg. Armin Spitaler, Düsseldorf 1964
- Wallis, H.v., Besteuerung der Unternehmenszusammenfassungen. Konzerne, Interessengemeinschaften, Kartelle und Syndikate, 3. Aufl., Herne - Berlin 1965
- Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der verstehenden Soziologie, Studienausgabe, Hrsg. Johannes Winkelmann, Berlin 1964, Erster Halbband
- Wiedenfeld, Kurt, Kartelle und Konzerne. Bericht für den Vorbereitungsausschuß der Weltwirtschafts-Konferenz mit Anhang: Gegenwartsfragen industrieller Organisationen, Berlin - Leipzig 1927
- Wilhelmi, Hans - Friedrich, Werner, Kleine Aktienrechtsreform, zugleich Nachtrag zu Godin - Wilhelmi, Aktiengesetz, Berlin 1960
- Wilson, Charles, The History of Unilever, A Study of Growth and Social Change, Bd. II, London 1954
- Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 1. Halbband, 2. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1965
- ders., Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 2. Halbband, 2. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1965
- Wörterbuch der Soziologie, Hrsg. Wilhelm Bernsdorf und Friedrich Bülow, Stuttgart 1955, S. 205
- Würdinger, Hans, Aktien- und Konzernrecht, 2. Aufl., Karlsruhe 1966
- Zöllner, Wolfgang, Die Schranken mitgliedschaftlicher Stimmrechtsmacht bei den privatrechtlichen Personenverbänden, Schriften des Instituts für Wirtschaftsrecht an der Universität Köln, Hrsg. H.C. Nipperdey, Bd. 15, München und Berlin 1963

Aufsätze und Beiträge in Zeitschriften, Festschriften ,
Sammelwerken und Zeitungen

- Albach, Horst, Rentabilität und Sicherheit als Kriterien betrieblicher Investitionsentscheidungen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 30. Jg., 1960, S. 583 ff. und S. 673 ff.
- ders., Zur Theorie des wachsenden Unternehmens, in: Theorien des einzel- und gesamtwirtschaftlichen Wachstums, Hrsg. Wilhelm Krelle, Berlin 1965, S. 9 ff.
- Arndt, Helmut - Ollenburg, Günter, Begriff und Arten der Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I, Berlin 1960, S. 3 ff.
- Bachmayer, Karl, Der reine Verlustübernahmevertrag, ein Unternehmensvertrag im Sinne des Aktiengesetzes 1965, in: Der Betriebs-Berater, 22. Jg., 1967, S. 135 ff.
- Barnes, William S., Guides to International Operations, in: Harvard Business Review, November - Dezember 1965, S. 26 ff.
- Bergmann, Hans und Ehleben, Hansjochen, Barrieren vor der Auslandskonkurrenz, in: Der Volkswirt, 19. Jg., 1965, S. 2568 ff.
- Beringe, Harald v., Recht und Besteuerung der Holding- und Basisgesellschaften in den Steueroasenländern, in: Der Betrieb, 19. Jg., 1966, S. 177 ff.
- Bernhardt, Wolfgang, Die Abfindung von Aktionären nach neuem Recht, in: Der Betriebs-Berater, 21. Jg., 1966, S. 257 ff.
- Bergstraesser, Arnold, Politik, (I) Phänomen und Begriff, in: Staatslexikon, Hrsg. Görres-Gesellschaft, Bd. VI, 6. Aufl., Freiburg 1961, Sp. 335 ff.
- Beste, Theodor, Aus Geschichte und Gegenwart der Publizität im Aktienwesen, in: Studium Berolinense, Aufsätze und Beiträge zu Problemen der Wissenschaft und zur Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Hrsg. Hans Leussink, Eduard Neumann und Georg Kotowski, Berlin 1960, S. 174 ff.
- Bianchi, Silvio, Holdinggesellschaften und ähnliche steuerbegünstigte Gesellschaften in der Schweiz, in: Der Betrieb, 14. Jg., 1961, S. 820 ff.
- Bornemann, Ernst, Sozialpsychologische Probleme der Führung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln und Opladen, 14. Jg., 1962, S. 105 ff.
- Bouffier, Willy, Bilanzpolitik, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. I, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Sp. 1144 ff.

- Braeß, Paul, Konzentration in der Versicherungswirtschaft, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I, S. 407 ff.
- Bühler, Ottmar, Die steuerliche Beeinflussung der Unternehmenskonzentration im Ausland (Frankreich, Niederlande, Belgien, Österreich, Schweiz, Großbritannien und USA), in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/II, Berlin 1960, S. 1167 ff.
- ders., Konzernbilanzen und Konzernbesteuerung, in: Betriebsgröße und Unternehmenskonzentration, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Hrsg. Hanns Linhardt, Heft 10, Berlin 1959, S. 229 ff.
- Burck, Gilbert, The Perils of the Multi-Market Corporation, in: Fortune, Februar 1967, S. 131 ff.
- Busse v. Colbe, Walther, Der Konzernabschluß nach neuem Aktienrecht, in: Die Aktiengesellschaft, 11. Jg., 1966, S. 269 ff., S. 308 ff. und S. 350 ff.
- ders., Verwaltungs- und Vertriebskosten wachsender Industrieunternehmen, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 16. Jg., 1964, S. 308 ff.
- Clee, Gilbert H. und Schachtjen, Wilbur M., Organizing a Worldwide Business, in: Harvard Business Review, November - Dezember 1964, S. 55 ff.
- O'Connell, Denis J. und Benson, John B., Sourcing Abroad for Domestic Profit, in: Harvard Business Review, März - April 1963, S. 87 ff.
- le Coutre, Walter, Beteiligungen, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. I, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Sp. 733 ff.
- "Das Frankfurter Publizitätsgespräch", Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung in Königstein/Ts. am 13. und 14. April 1962, Hrsg. die Veranstalter, Frankfurt a.M. 1962
- Debatin, Helmut, Die internationalen Basisgesellschaften. Eine Untersuchung über den Einsatz dieser Gesellschaften zur Erlangung von Steuervorteilen unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Rechts, in: Deutsche Steuerzeitung, 52. Jg., 1964, S. 9 ff.
- ders., Die Wettbewerbsstellung der amerikanischen Konzerne in der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 10. Jg., 1964, S. 284 ff.
- Deringer, Arved - Herrmann, Hansjürgen, Konzernmäßige Zusammenschlüsse und das Kartellverbot des § 1 GWB, in: Der Betriebs-Berater, 21. Jg., 1966, S. 1157 ff.

- Deutsch, Paul, Die Problemstellung der betriebswirtschaftlichen Marktforschung, in: Gegenwartsfragen der Unternehmung, Festschrift zum 70. Geburtstag von Fritz Henzel, Wiesbaden 1961, S. 41 ff.
- ders., Entwicklungstendenzen der Betriebswirtschaftslehre im Zeichen des technischen Fortschritts, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 26. Jg., 1956, S. 477 ff.
- ders., Zentralisation und Dezentralisation im Einzelhandel - Leitbilder im Aufbau seiner Betriebsformen, in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift für Wilhelm Rieger, Hrsg. Johannes Fettel und Hanns Linhardt, Stuttgart 1963, S. 340 ff.
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Die Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten der Unternehmen, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 18. Jg., 1966, Nr. 11, S. 3 ff.
- dies., Die Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 17. Jg., Mai 1965, S. 51 ff.
- dies., Ergebnisse der Depoterhebung für 1965, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 18. Jg., Juli 1966, S. 3 ff.
- Everling, Wolfgang, Der Verbundeffekt und seine Erfassung, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 15. Jg., 1963, S. 203 ff.
- ders., Fragen der internen Zinsverrechnung im Konzern, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 12. Jg., 1960, S. 71 ff.
- Falkenhausen, Bernhard Frh. v., Das Bankenstimmrecht im neuen Aktienrecht, in: Die Aktiengesellschaft, 11. Jg., 1966, S. 69 ff.
- Fettel, Johannes, Konzernbilanzen, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. II, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 3330 ff.
- ders., Überfremdung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. IV, dritte, völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1957/62, Sp. 5461 f.
- Fischer, Curt Eduard, Aktienrechtsreform als Beitrag zur Wirtschaftsordnung, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 24. Jg., 1954, S. 75 ff.
- Freund, Michael, Politik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. VIII, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1964, S. 356 ff.
- Geertmann, Johannes, Die Steuerpolitik internationaler Konzerne, in: Steuern und Unternehmenspolitik, Festschrift zum 65. Geburtstag von Ewald Aufermann, Hrsg. Edmund Heinen, Wiesbaden 1958, S. 25 ff.

- Gefromm, Erich, Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, in: Wirtschaft und Statistik, 1966, S. 94 ff.
- Gehlen, Arnold, Macht, (I) Soziologie der Macht, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. VII, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1961, S. 77 ff.
- Gessler, Ernst, Grundfragen der europäischen Handelsgesellschaft, in: Der Betriebs-Berater, 22. Jg., 1967, S. 381 ff.
- ders., Probleme des neuen Konzernrechts, in: Beiträge zum Aktienrecht 1965 (I), Schriftenreihe "Der Betrieb", Düsseldorf 1966, S. 5 ff.
- Grochla, Erwin, Planung, betriebliche, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. VIII, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1964, S. 314 ff.
- Gross, Herbert, Der Weltfirma gehört die Zukunft, in: Handelsblatt vom 21./22. April 1967, Nr. 78, S. 25
- ders., Weltfirmen im rechtlichen Vakuum, in: Handelsblatt vom 10./11. Dezember 1965, Nr. 238, S. 4
- Gutenberg, Erich, Konzernbilanzen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. VI, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1959, S. 179 ff.
- ders., Über den Einfluß der Gewinnverwendung auf das Wachstum der Unternehmen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 33. Jg., 1963, S. 193 ff.
- Haas, Gerhard, Besteuerung und Arbitrage aus Auslandsgewinnen, in: Neue Betriebswirtschaft, 15. Jg., 1962, S. 126 ff.
- ders., Die Basisgesellschaft - Manipulations- oder Integrationsform?, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 9. Jg., 1963, S. 65 ff.
- ders., Internationale Steuerlehre - ein Wissen um unternehmerische Möglichkeiten, in: Neue Betriebswirtschaft, 14. Jg., 1961, S. 97 ff.
- ders., Steuerillusionen und Wirtschaftlichkeit einer Auslands-Holding, in: Neue Betriebswirtschaft, 14. Jg., 1961, S. 169 ff.
- Hardach, Fritz Wilhelm, Die "einheitliche Leitung" von Konzernen, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F., 13. Jg., 1961, S. 713 ff.
- Hax, Karl, Betriebswirtschaftliche Probleme der Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Berlin 1961, S. 61 ff.
- ders., Industrielle Entwicklung, gesamtwirtschaftliches Wachstum und Unternehmens-Wachstum, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 16. Jg., N.F., 1964, S. 202 ff.

- Heinen, Edmund, Die Zielfunktion der Unternehmung, in: Zur Theorie der Unternehmung, Festschrift zum 65. Geburtstag von Erich Gutenberg, Hrsg. Helmut Koch, Wiesbaden 1962, S. 9 ff.
- ders., Industrielle Investitionsplanung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. II, dritte, völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1957/58, Sp. 2876 ff.
- ders., Konzentration und Kosten, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/III, Berlin 1960, S. 1633 ff.
- ders., Zum Begriff und Wesen der betriebswirtschaftlichen Investition, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 9. Jg., 1957, S. 16 ff. und S. 85 ff.
- Hintner, Otto, Konzern, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Sp. 3321 ff.
- Hoffmann, Alexander, Die Konzern-Bilanz, in: Betrieb und Unternehmung, Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 11, Hrsg. Alexander Hoffmann, Leipzig 1930
- Hollatz, Günter, Auslandsbeziehungen in steuerlicher Sicht - zugleich ein kritischer Beitrag zum Steueroasenbericht der Bundesregierung, in: Die Aktiengesellschaft, 10. Jg., 1965, S. 29 ff.
- Hornef, Heinrich, Die Aktie bleibt ein Risikopapier, in: Der Volkswirt, 14. Jg., 1960, S. 57 f.
- Huppert, Walter, US-Auslandsunternehmen in finanzieller Sicht, in: Industriekurier vom 21. März 1967, Nr. 43, S. 5
- Käfer, Karl, Konzentration und Publizität, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/III, Berlin 1960, S. 1603 ff.
- ders., Probleme der Konzernbilanz, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F., 9. Jg., 1957, S. 345 ff.
- Karrasch, Horst, Die Steueroase der EWG ist Luxemburg, in: Handelsblatt vom 27. Januar 1965, Nr. 18, S. 3
- Karsten, C.F., Should Europe Restrict U.S. Investments, in: Harvard Business Review, September - Oktober 1965, S. 53 ff.
- Kilger, Wolfgang, Industrie und Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/I, Berlin 1960, S. 277 ff.
- Kircher, Donald P., Now the Transnational Enterprise, in: Harvard Business Review, März - April 1964, S. 6 ff.

- Koch, Helmut, Betriebsgröße. in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. II, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1959, S. 86 ff.
- ders., Planung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. III, 3. Aufl., Stuttgart 1960, Sp. 4340 ff.
- Kosiol, Erich, Grundfragen der Konzernbilanzierung, in: Die Betriebswirtschaft, 31. Jg., 1938, S. 153 ff.
- Krähe, Walter, Verbundwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. XI, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1961, S. 1 ff.
- Krämer, Hans, Konzernbeherrschung und Konzerngestaltung aus der Sicht der beherrschenden Unternehmung, in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift für Wilhelm Rieger, Hrsg. Johannes Fettel und Hanns Linhardt, Stuttgart 1963, S. 256 ff.
- Kuhn, Klaus, Die Sacheinlage bei Kapitalgesellschaften in betriebswirtschaftlicher Sicht, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 36. Jg., 1966, S. 647 ff.
- Labus, Otto, Keine Anerkennung der Ergebnisabführung an Personenunternehmen im Rahmen der Organshaft, in: Der Betriebs-Berater, 22. Jg., 1967, S. 108 ff.
- Linhardt, Hanns, Mitbestimmung der Aktionäre, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 13. Jg., 1961 S. 1 ff.
- ders., Wider das Depotstimmrecht der Banken, in: Die Aktiengesellschaft, 3. Jg., 1958, S. 169 ff.
- Loos, Gerold, Die Haftung für Rechts- und Sachmängel beim Verkauf von Aktien oder GmbH-Anteilen, in: Neue Juristische Wochenschrift, 15. Jg., 1962, S. 519 ff.
- Ludwig, Karl-Heinz, "General Bull", der neue Riese der Elektronik, in: Handelsblatt vom 19./20. Februar 1965, Nr. 35, S. 11 f.
- Magener, Rolf, Wirtschaften im Großbetrieb, in: Die Zeit vom 4. Juni 1965, Nr. 23, S. 37 f.
- Mayer, Leopold, Publizität, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. III, 3. Aufl., Stuttgart 1960, Sp. 4510 ff.
- Meissner, Hans Günther, Betriebswirtschaftliche Probleme von Auslandsinvestitionen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 35. Jg., 1965, S. 713 ff.
- Mellerowicz, Konrad, Idealtypische und realtypische Betrachtungsweise in der Betriebswirtschaftslehre, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 23. Jg., 1953, S. 553 ff.
- Menck, Thomas, Die Revision des deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens, in: Die Aktiengesellschaft, 11. Jg., 1966, S. 48 ff.

- Mennel, Annemarie, Internationaler Vergleich der Besteuerung verflochtener Gesellschaften, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters, 12. Jg., 1966, S. 289 ff.
- Meyer-Larsen, Werner, Die Hintertür wird enger, in: Der Volkswirt, 18. Jg., 1964, S. 2152 ff.
- Münstermann, Hans, Konsolidierte Bilanzen deutscher Konzerne, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F. 9. Jg., 1957, S. 435 ff.
- Neumark, Fritz, Internationaler Finanz- und Steuerbelastungsvergleich, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. III, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1961, S. 653 ff.
- Nicklisch, Heinrich, Betriebspolitik, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Hrsg. Heinrich Nicklisch, Bd. I, Stuttgart 1926, Sp. 1115 ff.
- Nipperdey, Hans Carl, Stiftungen, (I) Recht der Stiftungen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. X, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1959, S. 201 ff.
- Nowotny, Otto H., American vs. European Management Philosophy, in: Harvard Business Review, März - April 1964, S. 101 ff.
- Peupelmann, Hans W., Die Rechnungslegung im Konzern nach dem AktG 1965, in: Beiträge zum Aktienrecht 1965 (I), Schriftenreihe "Der Betrieb", Düsseldorf 1966, S. 27 ff.
- Pöhlmann, Gerhard, Der Prozeß der Unternehmensführung, in: Schriftenreihe Die Unternehmung im Markt, Hrsg. Hanns Linhardt, Berlin 1964
- Pohle, Wolfgang, Konzentration und Wettbewerb, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 17. Jg., 1965, S. 438 ff.
- Preiser, Erich, Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie, in: Die Unternehmung im Markt, Festschrift für Wilhelm Rieger, Stuttgart und Köln 1953, S. 14 ff.
- Pryor, Millard H. jr., Planning In a Worldwide Business, in: Harvard Business Review, Januar - Februar 1965, S. 130 ff.
- Riebel, Paul, Mechanisch-technologische und chemisch-technologische Industrien in ihren betriebswirtschaftlichen Eigenarten, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F., 6. Jg., 1954, S. 413 ff.
- ders., Umgestaltung des Produktionsbereiches in wachsenden Industrieunternehmen, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 16. Jg., 1964, S. 210 ff.
- Salin, Edgar, Soziologische Aspekte der Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik in Bad Kissingen 1960, Berlin 1961, S. 16 ff.

- Sandig, Curt, Gewinn und Sicherheit in der Betriebspolitik, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 10. Jg., 1933, S. 349 ff.
- ders., Unternehmungspolitik, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. IV, 3. Aufl., Stuttgart 1962, Sp. 5554 ff.
- Schmidt, Eberhard, Noch keine volle Parität, in: Der Volkswirt, 20. Jg., 1966, S. 311 ff.
- Schmidt, Ralf-Bodo, Die Instrumentalfunktion der Unternehmung - Methodische Perspektiven zur betriebswirtschaftlichen Forschung, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 19. Jg., 1967, S. 233 ff.
- Schneider, Olaf, Der Begriff der Konzentration, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 30. Jg., 1960, S. 626 ff.
- Schwarz, Horst, Organisationsprobleme expandierender Unternehmungen unter besonderer Berücksichtigung der Probleme der Leitungsorganisation, in: Gegenwartsfragen der Unternehmensführung, Festschrift zum 65. Geburtstag von Wilhelm Hasenack, Hrsg. Hans-Joachim Engeleiter, Herne/Berlin 1966, S. 251 ff.
- Semler, Johannes, Die Publizität der Kapitalgesellschaften vom Standpunkt des Kapitalgebers und des öffentlichen Interesses, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F., 10. Jg., 1958, S. 453 ff.
- Sieber, Eugen H., Die internationale Unternehmung, in: Gegenwartsfragen der Unternehmensführung, Festschrift zum 65. Geburtstag von Wilhelm Hasenack, Hrsg. Hans-Joachim Engeleiter, Herne/Berlin 1966, S. 51 ff.
- Skaupy, Walther, Europäisches Gesellschaftsrecht. Eine Betrachtung über die Harmonisierungsbestrebungen in der EWG, in: Die Aktiengesellschaft, 11. Jg., 1966, S. 13 ff.
- ders., "Kooperation und Konzentration im gemeinsamen Markt". Ein Bericht zum II. Internationalen Forum "EWG-Kartellrecht" in Brüssel 17. - 19. April 1967, in: Die Aktiengesellschaft, 12. Jg., 1967, S. 185 ff.
- Skinner, Wickham C., Management of International Production, in: Harvard Business Review, September - Oktober 1964, S. 125 ff.
- Smith, Dan Throop, Financial Variables in International Business, in: Harvard Business Review, Januar - Februar 1966, S. 93 ff.
- Smith, Richard Austin, European Nationalism Threatens U.S. Investment, in: Fortune, August 1963, S. 126 ff.

- Strickrodt, Georg, Stiftungen, (II) Stiftungsunternehmen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. X, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1959, S. 205 ff.
- Stützel, Wolfgang, Aktienrechtsreform und Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/II, Berlin 1960, S. 907 ff.
- Tegethoff, Georg, Betrieb und Unternehmung im Handelsrecht, in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift für Wilhelm Rieger, Hrsg. Johannes Fettel und Hanns Linhardt, Stuttgart 1963, S. 136 ff.
- Thiel, Rudolf, Gedanken zu einer Neugestaltung des steuerlichen Umwandlungsgesetzes, in: Der Betrieb, 19. Jg., 1966, S. 1365 ff.
- Vernon, Raymond, Multinational Enterprise & National Sovereignty, in: Harvard Business Review, März - April 1967, S. 156 ff.
- Waffenschmidt, Walter, Technik und Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Hrsg. Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 20/II, Berlin 1960, S. 789 ff.
- Wangenheim, Ulrich Frh. v., Die Lehre aus den Umwandlungen - eine retrospektive Betrachtung. Das Flick-Konzept bei Feldmühle und Dynamit Nobel, in: Der Volkswirt, 14. Jg., 1960, S. 152 ff.
- ders., Publizität, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. II, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1957, Sp. 1327 ff.
- ders. Wirtschaftspresse und Publizität der Gesellschaften, Diskussionsbeitrag anlässlich der Arbeitstagung der Schmalenbach-Gesellschaft in Bad Godesberg am 6. Juni 1958, wiedergegeben in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, N.F., 10. Jg., 1958, S. 470 ff.
- Weisser, Gerhard, Wirtschaft, in: Handbuch der Soziologie, Hrsg. Werner Ziegenfuß, Stuttgart 1956, S. 996 ff.
- Winter, Ahrend, Die steuerliche Anerkennung von Gewinn- und Teilgewinnabführungsverträgen des neuen Konzernrechts nach dem AktG 1965, in: Der Betrieb, 19. Jg., 1966, S. 789 ff.
- Witthöfft, Gerhard, Internationale Konzerne, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, dritte, völlig neu bearbeitete Auflage, Bd. II, Stuttgart 1957/58, Sp. 337 ff.
- Wittmann, Waldemar, Überlegungen zu einer Theorie des Unternehmenswachstums, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 13. Jg., 1961, S. 493 ff.

Wolff, Jürgen, Wettbewerbsbeschränkende Wirkungen der Gründung gemeinsamer Produktionsunternehmen und ihre Beurteilung nach den §§ 1, 23 GWB, in: Der Betriebs-Berater, 21. Jg., 1966, S. 920 ff.

Wyenbergh, Wolfgang van den, Bleibt die Schweiz eine Steueroase?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Oktober 1966, Nr. 235, S. 16.

L e b e n s l a u f

Am 4. Februar 1938 wurde ich als ältester Sohn des Kaufmannes Max Piehl und seiner Ehefrau Gertrud, geb. Harms, in Deutsch-Krone, Westpreußen, geboren.

In den Monaten Januar bis Mai 1945 wurde unsere Familie auf der Flucht vor der Roten Armee nach Wentorf bei Hamburg verschlagen. Hier besuchte ich seit Oktober 1945 die Grundschule. Im April 1951 wechselte ich auf die Sachsenwaldschule, Naturwissenschaftlich-Neusprachliches Gymnasium zu Reinbek bei Hamburg, über. Im Februar 1958 legte ich dort die Reifeprüfung ab.

Im Sommer-Semester 1958 begann ich mit dem Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität zu Hamburg. Im 5. Semester studierte ich Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule für Welt-handel zu Wien. Im 6. Fachsemester setzte ich mein Studium an der Universität zu Münster fort, um dort im Mai 1963 das Staatsexamen für Diplomkaufleute abzulegen.

Nach dem Staatsexamen arbeitete ich für ein Jahr in den väterlichen Weinimportbetrieben in Hamburg und Dortmund. Von April 1964 bis September 1967 war ich als Korrekturassistent, wissenschaftliche Hilfskraft und Verwalter einer wissenschaftlichen Assistentenstelle im Institut für Exportwirtschaft der Universität zu Münster tätig. Seit Februar 1968 versehe ich die Stelle eines bevollmächtigten Wertpapier-Depotverwalters in einem privaten Beratungsunternehmen.



